270000
51
1918
19/III-25/IV. Äußere Politik 40

Vossische Zeitung

19./IV. 1918

19)
1

Der Wortlaut der Rede.

Zur Einleitung der gestrigen Reichstags-Debatte über den am 3. März unterzeichneten Friedensvertrag mit Groß-Rußland und über die Vereinbarungen mit Finnland führte Reichskanzler Graf Hertling aus:

Meine Herren, als ich zum erstenmal an dieser Stelle sprach, am 29. November v. J., konnte ich dem Reichstage die Mitteilung machen, daß die russische Regierung an sämtliche kriegführenden Mächte den Vorschlag habe gelangen lassen, in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Wir haben mit unseren Verbündeten den Vorschlag angenommen und alsbald Delegierte nach Brest-Litowsk gesandt; die bis dahin mit Rußland verbündeten Mächte blieben fern.

Der Verlauf der Verhandlungen ist den Herren bekannt. Sie erinnern sich der endlosen Reden, welche nicht so sehr für die dort versammelten Delegierten, als für die weiteste Oeffentlichkeit bestimmt waren und das anzustrebende Ziel einer Verständigung immer wieder in die Ferne rückten, an die wiederholten Unterbrechungen, den Abbruch und die Wiederaufnahme der Verhandlungen, man war an einen Punkt gelangt, wo das Entweder — Oder gesprochen werden mußte. (Zustimmung.) Am 3. März erfolgte der Friedensschluß in Brest-Litowsk, am 16. ist er von der zuständigen Versammlung in Moskau ratifiziert worden. (Beifall.)

Es ist nicht meine Absicht, auf die Beurteilung einzugehen, welche der Friede mit Rußland bei den feindlichen Mächten gefunden hat. Wo die Heuchelei zur zweiten Natur geworden ist (Beifall) und die Unwahrhaftigkeit sich bis zur Brutalität gesteigert hat (Stürmische Zustimmung), wo man im selben Augenblick, da man die drückende Hand auf ein neutrales Land zu legen im Begriffe ist, von der vollkommenen Selbstlosigkeit der befolgten Politik zu reden wagt, muß jeder Versuch einer ruhigen Aussprache, jede sachliche Erwägung scheitern. Und wenn eine Depesche aus Washington geglaubt hat, dem in Moskau versammelten Kongresse die Sympathie der Vereinigten Staaten in dem Augenblicke aussprechen zu sollen, wo, wie es darin heißt, die deutsche Macht sich eingedrängt hat, um den Kampf für die Freiheit um seinen Erfolg zu bringen, so lege ich auch das ruhig zu dem Uebrigen. (Heiterkeit.) Wir haben keinen Augenblick daran gedacht und denken nicht daran, den berechtigten Wünschen und Bestrebungen des vom Zarismus befreiten Rußland entgegenzutreten, wir wünschen, wie ich schon am 29. November v. Js. gesagt habe, dem schwer geprüften Lande die baldige Rückkehr ruhiger und geordneter Verhältnisse und beklagen es schmerzlich, wenn diese noch in weiter Ferne zu liegen scheinen und vielerorts entsetzliche Zustände eingetreten sind.

Ich wende mich nunmehr dem Vertrage selbst zu. Wie Sie, meine Herren, sofort ersehen haben, enthält derselbe keinerlei für Rußland entehrende Bedingungen, nichts von drückenden Kriegskostenentschädigungen, keine gewaltsame Aneignung russischer Gebiete. (Zustimmung. Unruhe auf der äußersten Linken.) Wenn eine Reihe von Randstaaten aus dem russischen Staatsverbande ausscheidet, so entspricht das dem eigenen von Rußland anerkannten Willen dieser Länder. Ihnen gegenüber stehen wir auf dem von mir schon früher zum Ausdruck gebrachten Standpunkte, daß sie sich unter dem mächtigen Schutze des Deutschen Reiches diejenige staatliche Gestaltung geben mögen, welche ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht, selbstverständlich unter Wahrung unserer Interessen.

In Kurland ist die Entwicklung am weitesten vorangeschritten. Wie bekannt, ist vor wenigen Tagen eine von dem Kurländischen Landesrat als der als zuständig anerkannten Körperschaft entsandte Deputation hier erschienen. Sie hat die Loslösung des Landes aus den bisherigen staatlichen Verbindungen erklärt und den Wunsch nach einer engen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Verbindung mit Deutschland ausgesprochen. (Beifall). In der Antwort, mit welcher mich Seine Majestät der Kaiser, als der völkerrechtliche Vertreter des Reiches, beauftragt hatte, habe ich die Selbständigkeit Kurlands anerkannt, von der angestrebten engen Anlehnung an das Deutsche Reich, welche ja den alten auf Jahrhunderte zurückgehenden kulturellen Beziehungen entspricht, mit Dank und Freude Kenntnis genommen, die letzte Entscheidung über die politische Ausgestaltung aber vorbehalten, bis sich die dortigen Verhältnisse weiter konsolidiert und die verfassungsmäßig zuständigen Faktoren allerseits Stellung genommen haben werden. (Beifall.)

Was Litauen betrifft, so ist ein Beschluß, welcher den engen Anschluß an das Deutsche Reich in wirtschaftlicher und militärischer Verbindung mit ihm vorsah, schon im vorigen Jahre gefaßt worden. Ich erwarte in den nächsten Tagen eine Deputation des dortigen Landesrats (Beifall), die diesen Beschluß neuerdings bekanntgeben soll, worauf dann ebenso die Anerkennung Litauens als eines unabhängigen staatlichen Gebildes erfolgen würde. Die weitere Entwicklung der politischen Ausgestaltung warten wir in Ruhe ab.

Etwas anders liegen die Dinge in Livland und Estland. Diese beiden befinden sich östlich der im Friedensvertrag vereinbarten Grenzlinie, werden aber, wie Artikel 6 des Vertrages mit Rußland besagt, von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist.

Alsdann wird auch für diese Länder der Augenblick für ihre politische Neuorientierung gekommen sein. Wir hoffen und wünschen, daß auch sie sich in ein nahes freundschaftliches Verhältnis zum Deutschen Reiche stellen werden, so aber, daß dies friedliche und freundliche Beziehungen zu Rußland nicht ausschließt.

Nur noch ein kurzes Wort über Polen, das freilich im Friedensvertrag nicht ausdrücklich genannt ist. Bekanntlich ist es die Proklamation der beiden Kaiser vom 5. November 1916 gewesen, welche die Selbständigkeit des Landes vor aller Welt verkündet hat. Daraus folgt, daß die nähere Ausgestaltung des neuen Staatswesens nur auf Grund gemeinsamer Verhandlungen zwischen Deutschland und der Donaumonarchie einerseits und Polen andererseits geschehen kann. Neuerdings sind aus politischen Kreisen Polens Anregungen für die Gestaltung unseres zukünftigen Verhältnisses an die Regierung und an Mitglieder des Reichstags gelangt.

Wir werden gern prüfen, ob und inwieweit sie sich mit den von den beiden Regierungen verfolgten Zielen werden vereinigen lassen, den Zielen, mit dem neuerstandenen Staat unter Sicherstellung unserer Interessen dauernd in guten nachbarlichen Beziehungen zu leben. (Beifall).

Alles Weitere wird Unterstaatssekretär Exzellenz von dem Busche mitteilen.

Ich komme meinerseits zum Schluß. Meine Herren! Wenn Sie, wie ich nicht zweifle, den vorgelegten Verträgen Ihre Genehmigung geben werden, wenn dann auch bald der Friede mit Rumänien zum Abschluß bereit sein wird, so ist das zur Tatsache geworden, was ich am 24. Februar als in naher Aussicht stehend verkünden durfte. Dann ist der Friede auf unserer ganzen Ostfront hergestellt. (Bravo!) Geben wir uns aber keiner Täuschung hin: Der Weltfriede ist noch nicht da! Noch zeigt sich in den Staaten der Entente nicht die geringste Neigung für Beendigung des furchtbaren Kriegshandwerks. Immer noch scheint ihr Ziel zu sein, zu kämpfen bis zu unserer Vernichtung. Wir werden darüber den Mut nicht verlieren. (Lebhaftes Bravo!)

Wir sind auf alles gefaßt. Wir sind bereit, weitere schwere Opfer zu bringen. (Bravo!) Gott, der mit uns gewesen ist, Gott wird uns auch weiter helfen. Wir vertrauen auf unsere gerechte Sache, auf unser unvergleichliches Heer, seine heldenmütigen Führer und Truppen, wir vertrauen auf unser standhaftes Volk. Die Verantwortung aber, meine Herren, ich habe es schon damals gesagt, am 24. Februar, die Verantwortung für das Blutvergießen wird auf die Häupter aller derer fallen, die die Fortsetzung des Blutvergießens wollen. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause mit Ausnahme der äußersten Linken.)

*

Den weiteren Verhandlungsbericht veröffentlichen wir in der zweiten Beilage.

Reichspost

19/IV. 1918

3

Die Annahme des Ultimatums des Verbandes.

Erklärungen des holländischen Ministers des Innern in der Kammer.

TK. Haag, 18. März.

In der stark besuchten Sitzung der zweiten Kammer hat der Minister des Aeußern in Anwesenheit sämtlicher Minister heute eine Erklärung über den Stand der Verhandlungen mit dem Verband und den Vereinigten Staaten abgegeben. Der Kammer war bereits bekannt, daß zwischen Holland und den vereinigten Regierungen der alliierten Länder vereinbart worden war, daß ein Vorschuß von 100.000 Tonnen Getreide an Holland geliefert wird, wogegen ein Teil des verlangten holländischen Schiffsraumes sofort zur Verfügung der Entente gestellt werden soll. Hierüber hat der Verband, so führte der Minister weiter aus, bis 18. März Antwort verlangt, weil an diesem Tage in London eine Konferenz der Vertreter der Regierungen der Ententeländer stattfindet. Während die holländische Regierung im Prinzip bereit war, diese Vereinbarung zu treffen, kamen in elfter Stunde ergänzende Bedingungen des Verbandes, daß Holland eventuell auch gestatten müsse, daß seine Schiffe innerhalb der Gefahrenzone verwendet werden dürfen. Diese Bedingung stand im schroffen Gegensatz zu den vereinbarten Grundprinzipien und die holländische Regierung konnte sich nicht erklären, welches die Ursache dieser veränderten prinzipiellen Stellungnahme war. Der Minister erklärt, er wolle sich nicht weiter darüber äußern, aber er könne mit aller Bestimmtheit sagen, daß diese Forderung niemals berechtigt sei und daß auch der schlimmste Schiffsraummangel für den Verband keine Berechtigung bilde, eine solche Forderung zu stellen. Diese neue Bedingung stellte die holländische Regierung vor große Schwierigkeiten. Es sprachen sehr ernste Bedenken und Gründe gegen eine Einwilligung, und dennoch müsse man vielleicht einwilligen, da eine Ablehnung die sofortige Zurückhaltung der bereits verladenen Vorräte bedeuten würde. Eine definitive Antwort wurde aber nicht sofort gegeben, weil Holland ohnehin mit einigem Getreidemangel rechnen mußte.

Der Minister erklärt, er habe sich unter diesen Umständen an die Mittelmächte, und zwar zunächst an Deutschland mit der Anfrage gewendet, ob die Möglichkeit bestehe, daß Deutschland innerhalb zweier Monate 100.000 Tonnen Getreide an Holland liefern könne. Deutschland erklärte jedoch, hiezu nicht in der Lage zu sein. Es mußte auch ablehnen, weil die Bedürfnisse der Bundesgenossen Deutschlands in allererster Linie gedeckt werden müßten. Außerdem sei von Deutschland keine bestimmte Zusicherung zu erzielen, daß dies etwas später der Fall sein werde. Infolgedessen hat der Minister jetzt die Forderungen der Alliierten vorläufig bis 15. April genehmigt, aber nicht ohne seinerseits ergänzende Bedingungen zu stellen. Als erste Bedingung habe er gefordert, daß auf jeden Fall für Holland selbst genügend Schiffe übrig bleiben müssen, damit die nach der Londoner Vereinbarung für Holland zur Verfügung gestellten Rohstoffe und Getreidevorräte auf holländischen Schiffen nach Holland gebracht werden können. Die zweite Bedingung ist, daß die holländischen Schiffe genügend Kohle erhalten werden, die dritte, daß auf holländischen Schiffen keine Truppen und kein Kriegsmaterial in die Gefahrenzone befördert werden dürfen, die vierte, daß holländische Schiffe nicht bewaffnet werden dürfen, die fünfte, daß es der Bemannung der Schiffe freistehen solle, zu bestimmen, ob sie in die Gefahrenzone fahren wollen oder nicht; sechstens müssen eventuell verloren gehende Schiffe sofort nach Friedensschluß ersetzt werden.

Der Minister schloß seine Erklärungen mit dem Hinweise darauf, daß Holland und seine Kolonien sich in großer Not befinden. Ueber das, was die Zukunft bringen werde, könne sich der Minister nicht äußern.

Der Präsident der zweiten Kammer schlug hierauf vor, die Tagesordnung so zu ändern, daß die Besprechung über diese Erklärung des Ministers erst später erfolgen soll. Der Führer der christlichen-historischen Partei Savornin Lohman ergriff das Wort und drückte seine Entrüstung über die Verschiebung der Diskussion aus. Er fragte, ob vielleicht beabsichtigt sei, zu warten, bis die Antwort der Vereinigten Mächte auf diese Erklärung eintreffen würde. Das Volk habe ein Recht darauf, sofort seine Stimme hören zu lassen und der Regierung mitzuteilen, wie es über diese Haltung denke. Auch die Alliierten sollen wissen, wie Holland und seine Volksvertretung über ihre Haltung urteilen. Der Führer der katholischen Partei Nolens protestierte in heftigen Worten gegen das Vorgehen der sogenannten Beschützer der kleinen Nationen. Schließlich einigte man sich ohne Abstimmung dahin, daß die Debatte über die Erklärung des Ministers des Aeußern erst morgen stattfinden soll.

Reichspost

19./III. 1918

4

Ein entscheidender Augenblick des Weltkrieges.

Ein Wort Kaiser Wilhelms an alle Berufenen.

Düsseldorf, 18. März.

Auf das Huldigungstelegramm des 58. rheinischen Provinziallandtages ist folgende Drahtantwort Kaiser Wilhelms eingegangen:

„Den treuen Gruß des Provinziallandtages erwidere ich mit wärmstem Dank für die großartigen Leistungen, mit welchen sich die Rheinprovinz in allen ihren Ständen und Gliedern auch im letzten Jahre glänzend bewährt hat. Wir stehen in einem entscheidenden Augenblick des Weltkrieges, in einem der größten der deutschen Geschichte. Möchte diese Empfindung sich tief in die Herzen eingraben. Alle, die eine führende Stellung einnehmen, sind berufen, die Geister immer wieder auf die großen vaterländischen Aufgaben hinzuweisen, vor welchen alles Persönliche zu schweigen und alles Parteimäßige zurückzutreten hat. Die Sicherstellung des baltischen Deutschtums, an dessen Begründung rhein-westfälische Ritter einst hervorragend mitgewirkt haben, wird auch dort freudig empfunden werden."

Ostdeutsche Rundschau

20./III. 1918

Eine deutsche Kundgebung.

In der am 15. d. M. vom Deutschnationalen Bezirksverein Wien-Landstraße im Drehersaale veranstalteten Versammlung wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

Die auf Veranlassung des Deutschnationalen Bezirksvereins Wien-Landstraße Versammelten **verlangen, daß bei Abschluß von Friedensverträgen unbedingt auch die Zahlung von Kriegsentschädigungen von unseren Gegnern verlangt werde,** da Oesterreich angesichts seiner schwachen wirtschaftlichen Verhältnisse außerstande ist, die Kriegskosten auf die Dauer allein zu tragen. **Kriegsentschädigungen müssen insbesondere im Interesse des Mittel- und Arbeiterstandes verlangt werden. Der Arbeiterstand lebt in einem großen Irrtum, wenn er glaubt, daß die Kriegsmilliarden von den besitzenden Klassen und den Kriegsgewinnern allein werden getragen werden.** Der Anfang mit der Forderung von Kriegsentschädigung muß jetzt bei Rumänien gemacht werden.

Die Regierung hat die Pflicht, sich diesen Standpunkt nicht nur selbst anzueignen, sondern auch durch die Presse die Bevölkerung in diesem Sinne aufzuklären und alle Presseäußerungen, welche diesem Bestreben entgegengerichtet sind, ausnahmslos stets unverzüglich amtlich richtig zu stellen.

Nachdem unsere Gegner ihre Siegeshoffnung nunmehr ausschließlich auf unseren inneren Zerfall und auf den Zerfall des deutsch-österreichischen Bündnisses aufbauen, **ist es heilige Pflicht der Regierung, die Hetze, welche gewisse Tagesblätter gegen dieses Bündnis betreiben, rücksichtslos zu unterdrücken,** falls nicht der Anschein erweckt werden soll, daß diese Hetze von gewisser Seite geradezu gerne gesehen wird.

In wirtschaftlicher Hinsicht fordern wir, daß die Regierung alles daransetze, um durch die Zufuhr von Lebensmitteln aus der Ukraine unserer täglichen Not schleunigst abzuhelfen, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Magenfrage alle unsere militärischen Erfolge zur Freude staatsunfreundlicher Elemente in Frage stellt. **Auf alle Fälle hat uns Ungarn unverzüglich mit Lebensmitteln auszuhelfen, welche ihm aus den Zufuhren aus der Ukraine zurückersetzt werden können, sobald die Not in Oesterreich behoben ist.**

Die Versammelten verlangen von der Regierung, daß bei den Friedensschlüssen die Interessen Oesterreichs auch in der Richtung gewahrt werden, **daß dem ungarischen Staate auf die Einfuhr von Fleisch, Vieh, Getreide und sonstigen Lebensmitteln nach Oesterreich keinerlei hemmender Einfluß zugestanden werde, wie dies bisher leider der Fall gewesen ist.**

Die Versammelten verlangen weiter die **Beseitigung der Kriegszentralen,** da sie die in sie gesetzten **Hoffnungen nicht nur nicht erfüllt, sondern durch ihre bureaukratische Führung und als Ableger der jüdischen Großbanken christlichen Handel und Wandel gänzlich zu erdrosseln drohen — zum Schaden des Staates,** der ohnehin schon fast unrettbar den Klauen dieser Großbanken verfallen ist.

In politischer Hinsicht steht die Versammlung auf dem Standpunkte der Osterbegehrschrift vom Jahre 1916 **und erwartet von allen deutschen Abgeordneten, daß sie ausschließlich im Rahmen dieser Begehrschrift für die Neuordnung der Dinge in Oesterreich eintreten werden.** Auch die deutschböhmische Frage ist im Rahmen dieser Osterbegehrschrift zu lösen.

Vossische Zeitung
20./III. 1918.

Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

Die Denkschrift, mit deren Inhaltsangabe wir im heutigen Morgenblatt begonnen haben, fährt nach dem veröffentlichten Teil mit Enthüllungen über den deutsch-englischen Kolonialvertrag fort. Lichnowsky schreibt sich in diesem Zusammenhang das Verdienst zu, durch seine vertrauensvollen Beziehungen zu Grey und anderen Staatsmännern die deutsch-englische Annäherung wesentlich gefördert zu haben. Insbesondere rühmt er sich seines Verdienstes um den Ausbau des Abkommens über die portugiesischen Kolonien in Afrika. Ihre Aufteilung in Interessensphären zwischen Deutschland und England war schon 1898 vereinbart worden mit Rücksicht auf die Unfähigkeit der Portugiesen, ihren Kolonialbesitz selbst zu erschließen. Ihre formelle Oberhoheit sollte dadurch nicht angetastet werden. Die von Lichnowsky geführten Verhandlungen bezweckten nun eine Umgestaltung und Verbesserung des alten Vertrages, und es gelang ihm, wie er behauptet, „den neuen Vertrag eine unseren Wünschen und Interessen durchaus entsprechende Form zu geben."

„Ganz Angola bis an den 20. Längengrad wurde uns zugesprochen, so daß wir an das Kongogebiet von Süden gelangten, außerdem noch die wertvollen Inseln San Thomé und Principe, die nördlich des Aequators liegen, und dadurch eigentlich dem französischen Interessengebiet zufielen, eine Tatsache, die meinen französischen Kollegen zu lebhaften, wenn auch vergeblichen Gegenvorstellungen veranlaßte. Ferner erhielten wir den nördlichen Teil von Mosambik; der Licango bildete die Grenze.

Unsere Interessen und Wünschen wurde seitens der britischen Regierung das größte Entgegenkommen gezeigt. Sir Edward Grey beabsichtigte, uns seinen guten Willen zu bekunden, er wünschte aber auch unsere koloniale Entwicklung überhaupt zu fördern, da England die deutsche Kraftentfaltung von der Nordsee und von Westeuropa nach dem Weltmeer und Afrika abzulenken hoffte. „Wir wollen Deutschland seine koloniale Entwicklung nicht mißgönnen," sagte mir ein Mitglied des Kabinetts.

Der Kongostaat sollte auf britische Anregung ursprünglich auch in den Vertrag einbezogen werden, was uns ein Vorkaufsrecht und die Möglichkeit gegeben hätte, ihn wirtschaftlich zu durchdringen. Angeblich mit Rücksicht auf belgische Empfindlichkeiten lehnten wir aber dieses Angebot ab! Vielleicht sollte mit Erfolgen gespart werden?"

Fürst Lichnowsky hebt weiter die Verdienste des damaligen Botschaftsrats von Kühlmann um den Abschluß des Vertrages im Jahre 1913 hervor. Es kam aber eine neue Schwierigkeit.

„Sir Edward Grey wollte nämlich nur unterzeichnen, falls der Vertrag mitsamt den beiden Verträgen von 1898 und 1899 (der sogenannte Windsorvertrag zwischen England und Portugal) veröffentlicht wurde. England besitze sonst keine geheimen Verträge (!), und es sei gegen die bestehenden Grundsätze, bindende Abmachungen zu verheimlichen . . . .

Im Auswärtigen Amt aber, wo meine Londoner Erfolge zunehmendes Mißvergnügen erregten, und wo eine einflußreiche Persönlichkeit, die die Rolle des Herrn von Hollstein spielte, den Londoner Posten für sich in Anspruch nahm, erklärte man, die Veröffentlichung gefährde unsere Interessen in den Kolonien, da die Portugiesen uns als dann keine Konzessionen geben würden."

„Der Vertrag, der uns außerordentliche Vorteile bot, das Ergebnis einer mehr als einjährigen Arbeit, war somit gefallen, weil er für mich ein öffentlicher Erfolg gewesen wäre."

Es folgen nun Enthüllungen über den Bagdadvertrag, über den gleichzeitig mit dem Kolonialabkommen in London unterhandelt wurde, und der die Einteilung Kleinasiens in Interessensphären bezweckte. „Das wichtigste Zugeständnis, das Sir Edward Grey mir persönlich gemacht hatte, war die Verlängerung der Bahnstrecke bis Basra. Dieser Standpunkt war nämlich unsererseits aufgegeben worden zugunsten des Anschlusses nach Alexandrette. Bagdad bildete bisher den Endpunkt der Bahn. Für die Schiffahrt auf dem Schatt el Arab sollte eine internationale Kommission sorgen. Auch an den Hafenbauten in Basra wurden wir beteiligt und erhielten ferner Rechte an der Tigrisschiffahrt, die bisher ein Monopol des Hauses Lynch war.

Durch diesen Vertrag wurde ganz Mesopotamien bis Basra unser Interessengebiet, unbeschadet älterer britischer Rechte an der Tigrisschiffahrt und den Wilcox-Bewässerungsanlagen, ferner das ganze Gebiet der Bagdad- und anatolischen Eisenbahn. Als britischer Wirtschaftsbereich galten die Küsten des Persischen Busens und die Smyrna-Aidin-Bahn, als französischer Syrien, als russischer Armenien. Würden beide Verträge vollzogen und veröffentlicht, so war damit eine Verständigung mit England erreicht, die allen Zweifeln an der Möglichkeit eines englisch-deutschen Zusammenwirkens für immer ein Ende machte."

Ueber die Flottenfrage äußert sich Fürst Lichnowsky folgendermaßen:

„Die Schaffung einer mächtigen Flotte am anderen Ufer der Nordsee, die gleichzeitige Entwicklung der bedeutendsten Militärmacht des Festlandes zur bedeutendsten Seemacht desselben mußte in England zum mindesten als Unbequemlichkeit empfunden werden. Hierüber kann billigerweise kein Zweifel bestehen. Um den nötigen Vorsprung zu behalten und nicht in Abhängigkeit zu geraten und die Herrschaft der Meere zu sichern, die Britannien benötigt, um nicht zu verhungern, mußte es zu Rüstungen und Ausgaben schreiten, die schwer auf dem Steuerzahler lasteten. Eine Bedrohung der britischen Weltstellung ergab sich jedoch, wenn unsere Politik die Möglichkeit kriegerischer Entwicklungen gewärtigen ließ. Diese Voraussetzung war bei den Marokkokriegen und der bosnischen Frage in sichtbare Nähe getreten.

Ich vertrat von Anfang an den Standpunkt, daß es trotz der Flotte möglich sei, zu freundschaftlicher Verständigung und Annäherung zu gelangen, wenn wir keine Novelle brächten und eine zweifelsfreie Friedenspolitik trieben."

Den Vorschlag Churchills, ein Flottenfeierjahr eintreten zu lassen, bezeichnet Lichnowsky als eine aufrichtig gemeinte Anregung.

In einem folgenden Abschnitt bestreitet Lichnowsky das Vorhandensein eines englischen Handelsneides gegen Deutschland. „Dr zunehmende Warenaustausch mit Deutschland, das an der Spitze aller britischen Exportländer in Europa stand . . . hatte den Wunsch, mit dem besten Kunden und Geschäftsfreund in guten Beziehungen zu bleiben, gezeitigt und alle anderen Erwägungen allmählich zurückgedrängt . . .

Es wurde mir von Leuten, die britische Verhältnisse nicht kennen und die Bedeutung der „public dinners" nicht würdigen, und auch von solchen, denen meine Erfolge unerwünscht waren, der Vorwurf gemacht, ich habe durch meine Reden geschadet. Ich glaube vielmehr, daß mein öffentliches Auftreten und die Betonung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen nicht unwesentlich zur Besserung der Beziehungen beigetragen hat, abgesehen davon, daß es ungeschickt und unhöflich gewesen wäre, alle Einladungen abzulehnen."

Der Auszug aus der Denkschrift wird fortgesetzt werden.

Neue Freie Presse

21./III. 1918

11

Ministerpräsident Dr. v. Seidler über die Verhandlungen mit Rumänien.

Wien, 20. März.

Im schriftlichen Wege hat Ministerpräsident Doktor v. Seidler heute dem Abgeordnetenhause folgende Anfragebeantwortung übermittelt:

In der Sitzung am 27. Februar haben die Abgeordneten Dr. Wilhelm Neumann und Genossen an mich die Frage gerichtet, durch wen die wirtschaftlichen Interessen des österreichischen Staates bei den Friedensverhandlungen mit Rumänien vertreten werden. In ähnlicher Weise haben am 28. Februar 1918 die Herren Abgeordneten Dr. Rybar und Genossen angefragt, ob die ungarische Regierung zu den Verhandlungen mit Rumänien besondere Vertreter entsendet hat und welche Haltung die österreichische Regierung in der gleichen Frage einzunehmen gedenkt.

Die beiden an mich gerichteten Anfragen beehre ich mich, in nachfolgender Weise zu beantworten:

Die k. k. Regierung ist sich bewußt, daß wichtige wirtschaftliche Interessen Oesterreichs bei den Friedensverhandlungen mit Rumänien auf mannigfachen Gebieten in Frage kommen. Diese beziehen sich insbesondere auf den Absatz unserer Produkte in Rumänien, auf den Bezug von Nahrungsmitteln und anderen landwirtschaftlichen Produkten sowie von Rohöl von dort, auf unsere Stellung in der Donauschiffahrt, auf die Sicherung des Eisenbahntransits und anderes mehr. Deshalb wurde eine größere Anzahl von Spezialreferenten der beteiligten Zentralstellen nach Bukarest entsendet. Ich nenne unter diesen den Sektionschef des Ackerbauministeriums Baron Cnobloch, die Ministerialräte des Handelsministeriums Doktor Schüller und Dr. Ondraczek, ferner von Beamten des Finanzministeriums Ministerialrat Dr. Ritter v. Thaa und Sektionsrat Dr. Kaltenbrunner, die Ministerialräte des Eisenbahnministeriums Müller-Martini und Ritter v. Pichler, den Ministerialrat des Justizministeriums Dr. Walker und den Ministerialvizesekretär des Ministeriums für öffentliche Arbeiten Dr. Dimitz.

Ich beehre mich noch beizufügen, daß sich in Begleitung dieser Herren einige hervorragende Fachmänner der in Frage kommenden Wirtschaftszweige befinden, mit denen an Ort und Stelle ohne weitwendige Rückfragen an das Hinterland Fühlung genommen werden kann.

Eine Reise des ungarischen Ministerpräsidenten nach Bukarest ist gegenwärtig nicht in Aussicht genommen und beabsichtige auch ich selbst vorläufig nicht, nach Rumänien zu fahren. Wohl aber werden sich der österreichische und der ungarische Handelsminister an den Verhandlungsort begeben.

Fremdenblatt Abendbl. 22./III. 1918

Die Beschlagnahme der holländischen Schiffe durch die Entente.

K. Washington, 22. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Marinesekretär Daniels teilt mit, daß der Befehl, die holländischen Schiffe zu übernehmen, gestern um 7 Uhr abends in Kraft getreten ist. Ein Teil der holländischen Mannschaften wird auf Schiffen beschäftigt werden, andere werden, wenn sie es wünschen, in Amerika bleiben und von der amerikanischen Regierung ihren Lohn ausbezahlt bekommen. Jene Seeleute, die nach Holland zurückkehren wollen, werden so rasch als möglich dorthin befördert werden.

Die niederländische Regierung hat noch keine Nachricht.

K. Haag, 21. März. Dem Korrespondenzbureau zufolge kann mit Bestimmtheit mitgeteilt werden, daß beim Ministerium des Auswärtigen bis 1 Uhr nachmittags noch keine Nachricht von den Alliierten über die Schiffsfrage vorlag.

Unsichere Stellung des holländischen Kabinetts.

Berlin, 22. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet aus dem Haag: Kurz vor 2 Uhr traf im holländischen Ministerium des Aeußern die Bestätigung der Reuter-Depesche aus Washington über die Beschlagnahme der holländischen Schiffe in Amerika ein. Kurz vorher hatte das Ministerium mitgeteilt, daß keine amtliche Bestätigung eingetroffen ist.

Ueber die Beschlagnahme wird in der heutigen Sitzung der Kammer eine Interpellation eingebracht werden. Die Lage der Regierung ist dauernd unsicher.

Deutschland wird sein Möglichstes tun, um Hollands Not zu lindern.

In amerikanischen Häfen liegen derzeit 71 holländische Schiffe.

Neue freie Presse

22./III. 1918

Die Ermächtigung Wilsons zur Beschlagnahme.

Washington, 20. März.

Reuter meldet: Präsident Wilson erließ eine Proklamation, die die Ermächtigung zur Beschlagnahme der holländischen Schiffe in den amerikanischen Häfen von Mittwoch nacht an ausspricht.

Der Schritt wurde unternommen, nachdem das Kriegshandelsamt benachrichtigt worden war, daß Holland das amerikanische Ultimatum bezüglich Ueberlassung der Schiffe ablehne.

Washington, 21. März.

„Central News" melden: Mittwoch abend hat der Marinesekretär Daniels gemäß der Proklamation des Präsidenten Wilson den Schiffahrtsbehörden in sämtlichen amerikanischen Häfen befohlen, die dort liegenden niederländischen Schiffe zu beschlagnahmen.

Präsident Wilson hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Interessen Hollands und der niederländischen Untertanen in jeder Richtung berücksichtigt werden sollen. Er erklärte, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie in dieser Krise von dem Rechte, über das auf amerikanischem Gebiet befindliche fremde Eigentum Kontrolle auszuüben, Gebrauch machen, gegenüber Holland nicht ungerecht handeln und daß die Art, wie von diesem Rechte Gebrauch gemacht werde, ein Beweis dafür sei, wie ernst die Freundschaft, die die Vereinigten Staaten für Holland hegen, aufgefaßt werde.

Vossische Zeitung

22./III. 1918

22
15

Die Politik der neuen Ukraine.

Von

Professor Dr. Ludwig Stein.

Der neunundzwanzigjährige Gesandte der Kiewer Regierung, Alexander Sfewrjuk, der bisher als Vorsitzender der ukrainischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk funktioniert hat und früher bereits Mitglied der gesamtrussischen Konstituante in Petersburg war, traf am Donnerstag in Begleitung des Ministerialbeamten der ukrainischen Volksrepublik Kosarenko und des Uebersetzers Frid in Berlin ein. In einer Besprechung, die er mit mir, anknüpfend an die in der Morgen-Ausgabe vom 26. Februar wiedergegebene Unterredung hatte, erklärte der Gesandte über die Ratifizierung des Friedensvertrags:

Im Paragraphen 2 des Friedensvertrages und im Protokoll vom 4. März ist alles Grundsätzliche bereits festgelegt. Die Ratifikationsurkunden sollen demnächst ausgetauscht werden. Zur Durchführung der Friedensbedingungen wird demnächst eine besondere Kommission zusammentreten.

Am 17. März, 12 Uhr nachts, ist von der Zentralrada in dritter Lesung der Friedensvertrag mit den verbündeten Mächten endgültig ratifiziert worden. Ich war noch bei der zweiten Lesung zugegen, und bin 5 Stunden vor Schluß der dritten Lesung abgereist. Bis auf die Polen, die den Saal verlassen hatten, und die russischen Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten (Menschewiki), die sich der Abstimmung enthielten, ist die Ratifikation in der zweiten Lesung einstimmig erfolgt. In Brest-Litowsk erreichte mich ein Telegramm, nach welchem auch die dritte Lesung den Vertrag und den Text der Ratifikationsurkunde endgültig angenommen hat. Da unser Volk den Frieden begehrt, so besteht zwischen Regierung, Parlament und Volk volle Uebereinstimmung und alle empfinden eine große Genugtuung über die endgültige Finalisierung des Friedensvertrages.

Was die politische Orientierung der neuen Ukraine in der Richtung der Zentralmächte betrifft, so nahm der Gesandte Sfewrjuk Veranlassung, mich auf einen Hörfehler aufmerksam zu machen, der vielleicht dadurch entstünden sein mag, daß wir zuletzt durch einen Dolmetsch verkehrten. Ich hatte den Satz niedergeschrieben: „Unter keinen Umständen werden wir mit den Bolschewiki in ein engeres politisches Verhältnis treten, nicht einmal in das eines Föderativstaates. Nur wenn die gemäßigte Richtung eines Tschernow obsiegt, käme der Gedanke einer Föderation noch in Betracht. Ebensowenig würden wir jemals mit Nordrußland gehen, wenn es wieder dem Zarismus anheimfallen sollte." Bei der politischen Tragweite der Auffassung, als ob die Ukraine den Gedanken einer Förderation mit Nordrußland in Betracht zöge, wenn die gemäßigte Richtung eines Tschernow obsiegen würde, legte Herr Sfewrjuk Wert auf die Feststellung, daß er diese Eventualität nicht bejaht, sondern verneint habe. „Von keiner Seite der ukrainischen Regierungskreise wird eine Orientierung nach Nordrußland auch nur in Betracht gezogen."

Angesichts der augenblicklichen Verhandlungen in Bukarest drängte sich das bessarabische Problem auf. Hierüber entwickelte Sfewrjuk folgende Gedanken:

„Am 14. März wurde eine Interpellation über Beßarabien seitens der ukrainischen Sozialrevolutionäre, die bekanntlich über die überwiegende Majorität unseres Parlamentes verfügt, eingereicht. Die Dringlichkeit dieser Interpellation ist auch von der polnischen, jüdischen und russischen Partei unterstützt worden. Es ist ja bekannt, daß der Präsident Holubowitz am 3. März eine Note an die Zentralmächte überreicht hat, in welcher er die Zusammenhänge politischer, ethnographischer und wirtschaftlicher Natur zwischen der Ukraine und Beßarabien dargelegt hat. Die ukrainische Regierung hält demgemäß die Lösung der beßarabischen Frage seitens der Unterhändler in Bukarest ohne Mitwirkung der Ukraine für undenkbar. Die Bauern und die Juden in Beßarabien haben in den Bezirksversammlungen von Chotin, Ackermann und anderen Orten einstimmige Beschlüsse gefaßt, in welchen sie gegen eine Angliederung an Rumänien lebhaften Protest einlegen, gleichzeitig aber den Anschluß an den ukrainischen Staat fordern.

Im Mittelpunkte des öffentlichen Interesses steht die rFage, wie sich der Austausch von Gütern mit der Ukraine vollziehen wird. „Als ich noch in Kiew war," so führte Gesandter Sfewrjuk aus, „traf bereits die österreichische Kommission dort ein. In Brest-Litowsk erreichte mich die telegraphische Nachricht, daß auch die deutsche Kommission sich bereits auf dem Wege nach Kiew befinde. Beide Kommissionen werden gemeinschaftlich mit einer ukrainischen Sonderkommission feststellen, wann, auf welchem Wege und in welchem Ausmaße der Austausch von Gütern zu erfolgen hat."

Neues Wiener Tagblatt Abendblatt 17
23./III. 1918

Abbruch der Verhandlungen zwischen der Republik Kaukasus und der Türkei.

London, 22. März. (Meldung der Telegraphenkompagnie.) Reuter meldet aus Petersburg: Die Verhandlungen zwischen dem kaukasischen Landtag und dem türkischen Oberkommando über einen Sonderfrieden wurden abgebrochen, weil man die türkischen Forderungen für unannehmbar findet.

Fremdenblatt Abend
23./II. 1918

Die Beschlagnahme der holländischen Schiffe durch die Entente.

Gr. Berlin, 22. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Der „Lokalanzeiger" meldet aus London: Reuter berichtet aus Washington, daß die Kapitäne der holländischen Schiffe durch eine Eintragung in das Loggbuch ihre Aemter als Kapitäne unter Protest niedergelegt haben. Als die amerikanischen Beamten die Schiffe in Besitz nahmen, kam es zu Zwischenfällen.

Neues Wiener Tagblatt
23./III. 1918

Die neuen Unterhändler Rumäniens.

Der Kabinettswechsel in Rumänien, der Marghiloman und seine Anhänger ans Ruder brachte, hatte bekanntlich eine Unterbrechung in den Verhandlungen von Cotroceni herbeigeführt. Nun sind die neuen Unterhändler mit den rumänischen Minister des Aeußern Herrn Ariou ernannt, und sie sind sofort in die Prüfung des von den Kommissionen mittlerweile gesichteten, vielfach schon ausgearbeiteten Materials eingetreten. Es ist somit anzunehmen, daß die endgültigen Verhandlungen nunmehr in schnellen Fluß geraten werden. Die Hauptbedingungen sind im Präliminarfriedensvertrag niedergelegt und von den neuen Bevollmächtigten Rumäniens als Unterlage für ihre weiteren Konferenzen anerkannt worden. Die Detailberatungen werden sofort, nachdem sich Minister Ariou mit den Akten vertraut gemacht haben wird, wieder einsetzen und dann rasch zum Abschluß gebracht werden.

* * *

Bukarest, 22. März. Zu Delegierten für die Verhandlungen auf rumänischer Seite wurden ernannt: Minister des Aeußern Ariou, General Lupescu und Oberst Mircescu.

Jassyer Zeitungen melden, daß das rumänische Parlament aufgelöst wird und Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Minister des Aeußern Ariou äußerte sich über seine Aufgabe wie folgt: Ich studiere alle von den Mittelmächten gemachten Vorschläge politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Natur, um den Präliminarfrieden zum endgültigen Frieden zu machen. Ich hoffe, daß es gelingen wird, zu einem für Rumänien annehmbaren ehrenhaften Frieden zu gelangen, der nicht eine Verminderung der Lebenskräfte des Landes darstellt. In der inneren Politik stehen wir sozialen Fragen gegenüber, deren Lösung im Geiste des vollständigen Einklanges und Vertrauens zwischen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung erfolgen muß.

Neues Wiener Tagblatt Abendb. 22
23./III. 1918

Der Protest Hollands.

Haag, 22. März. In der Zweiten Kammer erklärte Minister des Innern Cortvander Linden, daß der Minister des Auswärtigen durch leichtes Unwohlsein verhindert sei, in der Kammer zu erscheinen, obwohl er heute vormittag in der Ersten Kammer gesprochen hatte. Der Minister betonte, daß die Regierung bestrebt gewesen sei, die vitalen Interessen Hollands zu berücksichtigen. Ein Ultimatum sei nicht gestellt worden. Ebensowenig habe die Regierung unter deutschem Druck gehandelt. Sie habe sich lediglich durch den Notstand beeinflussen lassen und versucht, die beste Lösung zu finden. Jetzt sei das alles vorbei. Es gebe Augenblicke im Leben eines Staatsmannes, in denen er den Gefühlen seines Herzens freien Lauf lassen müsse. Das niederländische Volk, fuhr der Minister fort, ist einig ohne Unterschied von Rang, Partei oder Religion. Noch nie sind wir so einig gewesen wie jetzt. Ich hoffe, daß meine Stimme weit über die Grenze gehört werden wird, wenn ich gegen Unrecht und Zwang flammenden Protest einlege. Unsre Selbständigkeit und unser Recht sind uns lieber als Brot, und wir werden bis an den Bettelstab getreulich daran festhalten. (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

24./III. 1918

Jagow gegen Lichnowsky.

Berlin, 23. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt eine Aufzeichnung zum Abdruck, in welcher der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow zur Denkschrift des Fürsten Lichnowsky Stellung genommen hat. Die Aufzeichnung ist aus München vom 20. März d. J. datiert und enthält eine eingehende Widerlegung der einzelnen vom Fürsten Lichnowsky in seiner Denkschrift aufgestellten Behauptungen. Jagow schreibt:

Die Botschafterkonferenz.

Ebensowenig wie Sir Edward Grey haben wir gewollt, daß es wegen Albanien zum Kriege käme. Darum haben wir trotz schlechter Erfahrungen in Algeciras in eine Konferenz gewilligt. Das Verdienst einer vermittelnden Haltung auf der Konferenz soll Sir Edward Grey nicht abgesprochen werden. Daß er sich keineswegs auf die Seite der Entente gestellt hätte, ist aber doch wohl etwas viel gesagt. Er hat gewiß öfter in Petersburg wie wir in Wien zum Nachgeben geraten und Einigungsformeln gefunden. Nach außen hin aber vertrat er die Entente, da er ebensowenig wie wir seine Sozien im Stiche lassen konnte. Wir haben wie England eine ausgleichende Rolle gespielt und auch in Wien weit mehr zur Nachgiebigkeit und Mäßigung geraten, als Fürst Lichnowsky zu wissen scheint oder vorgibt. Der Botschafter Graf Szögyeny gehörte selbst nicht zu den Extremen. In Wien war man mit seiner Haltung keineswegs immer zufrieden. Daß der Botschafter, mit dem ich beinahe täglich verhandelte, fortgesetzt den Refrain des Casus foederis spielen ließ, ist mir gänzlich unbekannt. Richtig ist allerdings, daß Fürst Lichnowsky in Wien schon früher nicht als Freund Oesterreich-Ungarns galt. Doch sind mir Klagen über ihn mehr von seiten des Marchese di San Giuliano als von seiten des Grafen Berchtold zu Ohren gekommen. Fürst Lichnowsky sagt, daß der Verlauf der Konferenz eine neue Demütigung für das russische Selbstbewußtsein war. Es kann nicht Aufgabe unsrer Politik sein, allen unberechtigten Forderungen des überspannten Selbstbewußtseins einer durchaus nicht freundlichen Macht auf Kosten unsrer Bundesgenossen Geltung zu verschaffen. Hätten wir uns, wie Fürst Lichnowsky zu wollen scheint, durchweg auf den russischen Standpunkt gestellt, so wäre das Ergebnis eine Demütigung Oesterreich-Ungarns und damit eine Schwächung unsrer Gruppe gewesen. Fürst Lichnowsky scheint immer nur besorgt, daß Rußland nicht gedemütigt werde. Eine Demütigung Oesterreich-Ungarns ist ihm offenbar gleichgültig.

Die Balkankonferenz.

Bezüglich der Balkankonferenz und des zweiten Balkankrieges führt die Aufzeichnung aus: Daß Graf Berchtold gewisse Neigungen für Bulgarien an den Tag legte, ist richtig. Daß wir dies natürlich mit ihm getan, ist aber durchaus falsch. Mit unsrer Begünstigung hatte König Carol die Genugtuung des Bukarester Friedens. Wenn somit hinsichtlich des Bukarester Friedens unsre Politik etwas von der Wiener abwich, so hat das österreichisch-ungarische Kabinett doch ganz sicher nicht geglaubt, wie Fürst Lichnowsky behauptet, bei einer Revision desselben auf unsre Unterstützung rechnen zu können. Daß Marchese di San Giuliano uns davor gewarnt haben soll, schon im Sommer 1913 in einen Weltkrieg verwickelt zu werden, weil damals in Oesterreich-Ungarn der Gedanke eines Waffenganges gegen Serbien Eingang gefunden hätte, ist mir ganz unbekannt.

Die serbische Krise.

In Konopischt ist kein Plan einer aktiven Politik gegen Serbien festgelegt worden. Erzherzog Franz Ferdinand war überhaupt nicht der Befürworter einer zum Kriege führenden Politik. Während der Londoner Konferenz hat er zur Mäßigung und Vermeidung des Krieges geraten. Der „Optimismus" des Fürsten Lichnowsky war wenig berechtigt, wie er sich inzwischen wohl selbst durch die Enthüllungen des Suchomlinowprozesses überzeugt haben wird. Trotz aller bisherigen Ausgleiche gab Rußland seine Politik, die auf völlige Ausschaltung des österreichisch-ungarischen Einflusses auf dem Balkan hinzielte, nicht auf. Die russischen Agenten, von Petersburg inspiriert, wühlten weiter. Es handelte sich um eine Prestige- und Existenzfrage der Donaumonarchie.

Aber trotz alledem hat uns der Gedanke eines Präventivkrieges ferngelegen. Wir haben uns zur Kriegserklärung an Rußland erst angesichts der russischen Mobilmachung entschlossen. Den Briefwechsel mit dem Fürsten, es handelt sich um Privatbriefe, habe ich nicht zur Hand. Fürst Lichnowsky plädierte für eine Preisgabe Oesterreich-Ungarns. Ich erwiderte, soweit ich mich erinnere, daß wir, abgesehen von der vertraglichen Verpflichtung, unsern Verbündeten nicht für eine ungewisse Freundschaft Englands opfern könnten. Geben wir unsern einzig zuverlässigen Bundesgenossen preis, so hätten wir später ganz isoliert der Entente gegenübergestanden. Ich hielt den Krieg damals allerdings für vermeidlich, war mir aber, wie wir alle, der sehr ernsten Gefahr voll bewußt. Dem englischen Vorschlag einer Botschafterkonferenz konnten wir nicht zustimmen, da sie zweifellos zu einer ernsten diplomatischen Niederlage geführt hätte. Das stärkste Zerrbild bietet der Satz: „Als endlich Graf Berchtold sich zum Einlenken entschloß, beantworten wir die russische Mobilmachung, nachdem Rußland eine ganze Woche vergeblich unterhandelt und gewartet hatte, mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung." Sollten wir etwa warten, bis die mobilisierte russische Armee über unsre Grenze flutete?

Die Angabe, daß ich bald nach dem 5. Juli in Wien war, um alles mit Berchtold zu besprechen, ist falsch. Ich kam am 6. Juli von meiner Hochzeitsreise nach Berlin zurück und habe mich von dort bis zum 15. August, dem Aufbruch des großen Hauptquartiers, nicht gerührt. Ich bin als Staatssekretär vor dem Kriege nur einmal, im Frühjahr 1913, in Wien gewesen.

Freiheitsrecht

24. III. 1918

Anerkennung Litauens durch Deutschland.

Ewiges Bundesverhältnis zwischen dem litauischen Staat und dem Deutschen Reich.

K. Berlin, 23. März. Das Wolffsche Bureau meldet: Eine Abordnung des litauischen Landesrates ist heute beim Reichskanzler erschienen, um namens des litauischen Volkes die Anerkennung der Selbständigkeit des litauischen Staates von der deutschen Regierung zu erbitten. Der Abordnung ist vom Reichskanzler folgende Antwort erteilt worden:

Im Namen und auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers als des völkerrechtlichen Vertreters des Deutschen Reiches habe ich Ihnen folgendes zu erklären: Nachdem der litauische Landesrat als die anerkannte Vertretung des litauischen Volkes am 11. Dezember 1917 die Wiedererrichtung Litauens als einen unabhängigen, mit dem Deutschen Reiche durch ein ewiges festes Bundesverhältnis und durch Konventionen vornehmlich auf dem Gebiete des Militärs, des Verkehrs-, des Zoll- und des Münzwesens verbündeten Staates verkündet und zur Wiedererrichtung dieses Staates den Schutz und die Hilfe des Deutschen Reiches erbeten hat, und nachdem ferner nunmehr die bisherigen staatlichen Verbindungen Litauens gelöst sind, wird Litauen hiemit auf der Grundlage der genannten Erklärung des litauischen Landesrates vom 11. Dezember 1917 namens des Deutschen Reiches als ein freier und unabhängiger Staat anerkannt. Das Deutsche Reich ist bereit, dem litauischen Staate den erbetenen Schutz und Beistand bei seiner Wiederaufrichtung zu gewähren, und wird im Benehmen mit Vertretern der Bevölkerung Litauens die dazu erforderlichen Maßnahmen treffen. Auch wird wegen der Festlegung des Bundesverhältnisses zum Deutschen Reiche und der für seine Gestaltung vorgesehenen und erforderlichen Konventionen das Weitere veranlaßt werden. Die kaiserlich deutsche Regierung geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die abzuschließenden Konventionen den Interessen des Deutschen Reiches ebenso Rechnung tragen werden wie den litauischen und daß Litauen an den Kriegslasten Deutschlands, die auch seiner Befreiung dienen, teilnehmen wird. Eine formelle Urkunde über die Anerkennung wird dem Landesrat noch zugehen.

Der in der Antwort genannte Beschluß des litauischen Landesrates vom 11. Dezember 1917 lautet folgendermaßen: Der litauische Landesrat, von den Litauern des In- und Auslandes als einzige bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt, proklamiert auf Grund des anerkannten Selbstbestimmungsrechtes der Völker und des Beschlusses der in Wilna vom 18. bis 23. September 1917 abgehaltenen litauischen Konferenz die Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna und seine Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die mit anderen Völkern bestanden haben.

Bei der Aufrichtung dieses Staates und zur Wahrnehmung seiner Interessen bei den Friedensverhandlungen erbittet der Landesrat den Schutz und die Hilfe des Deutschen Reiches. In Anbetracht der Lebensinteressen Litauens, welche die alsbaldige Herstellung dauernder und enger Beziehungen zum Deutschen Reiche verlangen, tritt der Landesrat ein für ein ewiges, festes Bundesverhältnis des litauischen Staates mit dem Deutschen Reiche, das seine Verwirklichung vornehmlich in einer militärischen Konvention, einer Verkehrskonvention und einer Zoll- und Münzgemeinschaft finden soll.

Die Abordnung wird sich nunmehr nach Litauen zurückbegeben, um ihren Landsleuten das Ergebnis ihrer Sendung mitzuteilen.

26./III. 1918

26
29

Die Regelung der Ostfragen. II.

Von Dr. Philipp Hiltebrandt.

(Schluß aus Nr. 285.)

Das Hauptmittel zur Erreichung dieses Ziels ist die loyale und vernünftige Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. Wenn von seiten der Ostorientierten dagegen eingewandt wird, daß diese Politik zu einer für Deutschland gefährlichen „Balkanisierung" des Ostens und zu unhaltbaren und unhistorischen Staatengründungen nach napoleonischer Art führe, so beweisen diese Behauptungen ebensowenig wie die immer von neuem gemachte Berufung auf Aussprüche Bismarcks, die in ganz andrer Zeit und unter völlig andern Verhältnissen getan wurden. Ein mißverstandener Historizismus und eine Dogmatisierung Bismarcks kann in der Politik nur verhängnisvoll wirken. Das russische Zarenreich war ein Nationalitätenstaat, in dem die unterjochten, kulturell höher stehenden Fremdvölker von dem herrschenden Großrussentum politisch, national und wirtschaftlich niedergehalten wurden. Sie hatten im wesentlichen die Gelder für das russische Riesenreich und den russischen Imperialismus aufzubringen: nicht weniger als vier Milliarden mußte die Ukraine jährlich an Rußland zahlen. Erst von Rußland losgelöst, haben sie freie Bahn für ihre kulturelle, wirtschaftliche und nationale Entwicklung. An einer Wiedervereinigung mit Rußland in föderativer Form haben sie kein Interesse, denn das industriearme Großrußland bleibt auch fernerhin auf den Import ihrer Industriewaren angewiesen. Nichts wäre von deutscher Seite verkehrter, als diesen Völkern die deutsche Herrschaft aufdrängen, oder sie gar germanisieren zu wollen. Es gilt im Gegenteil, ihre Nationalität und ihr Selbständigkeitsbewußtsein zu entwickeln und sie dadurch für immer von Rußland loszulösen. Denn Deutschland hat im Osten zunächst kein andres Interesse, als das der Rückendeckung für den Westen, wo seine Zukunft liegt und wo sein erbittertster Feind steht. Rußland hat diese Sicherheit nicht gewähren wollen, darum muß sie mit Hilfe der freigewordenen russischen Fremdvölker erreicht werden. Sind sie einmal zu selbständigem nationalen und wirtschaftlichen Leben erwacht, so werden sie zum Schutz ihrer Freiheit gegen Rußland von selbst Anlehnung und Anschluß an das mächtige Deutsche Reich suchen. Aufgabe der deutschen Regierung ist es, diese natürliche Entwicklung durch Maßnahmen einer modernen, mit modernen Mitteln arbeitenden Politik zu fördern.

Daß sie dabei auf mancherlei Schwierigkeiten und Mißhelligkeiten, besonders den Polen gegenüber, stoßen wird, ist nach einer so grundlegenden Umwälzung nicht weiter zu verwundern: sie beweisen aber gegen die prinzipielle Richtigkeit der deutschen Ostpolitik nicht das geringste. Denn selbst den schlimmsten Fall angenommen, alle diese neuen Staaten träten in einem künftigen Kriege auf Rußlands Seite, so wäre dies für uns noch um einige Grade weniger gefährlich, als wenn schon heute an unsrer offenen Ostgrenze ein uns feindseliges, mit den Angelsachsen offen oder im stillen verbündetes Rußland, das alle diese Randgebiete umfaßte, stünde. So und nicht anders muß man die Frage stellen, wenn man das richtige Kriterium unsrer Ostpolitik gegenüber einnehmen will.

In Wirklichkeit werden sich aber die Befürchtungen unsrer Ostorientierten ebenso unbegründet erweisen wie ihre Illusionen. Gelingt es, durch die Konstituierung der Nationalstaaten von Finnland, Baltenland, Litauen, Polen, der Ukraine und dem Kaukasus eine Kette um das westliche und südliche Rußland zu legen und diese im Deutschen Reiche zu verankern, dann ist Großrußland dauernd zur Ohnmacht gegen den Westen verurteilt. Es ist ein Staat ohne Häfen, ohne Eisen, ohne Kohle, ohne Erdöl, und was alle diese Dinge in einem modernen Kriege bedeuten, hat der Weltkrieg gelehrt. Der Rachegedanke des Großrussentums kann Deutschland dann zur Not kalt lassen. Was aus dem russischen Reiche künftighin werden wird, ist völlig ungewiß, und niemand kann sagen, ob es nicht angesichts der Unmöglichkeit, gegen den durch den Weltkrieg geschaffenen Zustand der Dinge anzukämpfen, nicht lieber, ähnlich wie nach dem Kriege gegen Japan, den Anschluß an den Sieger sucht: denn die Notwendigkeit ist oftmals für Bündnisse ein besseres Bindemittel als das Entgegenkommen von der einen oder der andern Seite. Das Ziel, das unsre Ostorientierten im Auge haben, wäre dann auf anderm und auf sichrem Wege erreicht. Gerade diejenigen, die unsre Zukunftsaufgaben im Westen und auf den Weltmeeren sehen, müssen die Neuordnung im Osten mit Genugtuung begrüßen. Die deutsche Weltpolitik beruht in ihren Grundlagen in der Sicherheit unsrer kontinentalen Stellung. Solange aber das panslawistische Riesenreich mit seinen unbegrenzten Ansprüchen, mit seiner stetig wachsenden Macht in Kurland, Litauen und Polen an der offenen Grenze der für unsre Ernährung absolut notwendigen östlichen Provinzen stand, waren die Fundamente der deutschen Weltpolitik bedroht. Um der panslawistischen Gefahr zu begegnen, wäre Deutschland schließlich kein andres Mittel übriggeblieben, als sich unter den Schutz der angelsächsischen Mächte zu begeben und ähnlich wie Japan die Verteidigung der asiatischen Besitzungen Englands an der deutschen Ostgrenze zu übernehmen. Die Weltherrschaft der Angelsachsen und die Abhängigkeit Deutschlands wären damit für alle Zeiten besiegelt gewesen. Das panslawistische, von deutschfeindlichen Stimmungen erfüllte Rußland war die eigentliche Basis, auf der das Angelsachsentum seine weltbeherrschenden Pläne aufbaute. Dieses Fundament ist jetzt zerbrochen.

Die politischen Folgen dieses Ereignisses für die Verbandsmächte sind unabsehbar. Sie haben die Festlandsmacht verloren, die Deutschlands rechten Arm gebunden hatte. Deutschland hat künftighin beide Arme gegen den Westen frei. Die furchtbare Gefahr der Einkreisung, der Cauchemar des coalitions, der schon Bismarck beständig bedrückte, ist für Deutschland vorüber. Mit Deutschland hat auch Japan im Fernen Osten Bewegungsfreiheit gewonnen: solange das mit den Westmächten verbündete panslawistische Rußland bestand, war es an diese gebunden. Erhebt sich im Osten das über die japanischen Inseln, Transbaikalien, die Mandschurei, Korea und Schantung verfügende japanische Weltreich, dann ist das Angelsachsentum im Stillen Ozean aufs schwerste bedroht. Einem Bündnis zwischen Deutschland und Japan steht nichts mehr im Wege. Frankreich ist durch den russischen Staatsbankerott finanziell ruiniert. England aber muß für den Ausfall, den es durch den russischen Zusammenbruch militärisch erlitten hat, durch dauernde Einführung der allgemeinen Wehrpflicht Ersatz schaffen, und dies ist eine Bürde, die das Inselreich mit seinen 40 Millionen Einwohnern zusammen mit seinen Seerüstungen nicht tragen kann. Man braucht nur die Klagen der feindlichen Presse, die mißmutige Rede Balfours und die verzweifelten Anstrengungen Wilsons in Rußland zu beobachten, um zu sehen, wie schwer der Verband sich durch die Ereignisse im Osten betroffen fühlt. Betrachtete der Verband, wie die Ostorientierten behaupten, Deutschland durch die Neuordnung im Osten weltpolitisch künftighin gebunden, er würde den jetzt doppelt aussichtslos und überflüssig gewordenen Kampf gegen Deutschland einstellen. Statt dessen ist er zum Äußersten entschlossen: denn besser und klarer als in Deutschland hat man in den Verbandsstaaten erkannt, daß im Osten die wirklichen Grundlagen der deutschen Weltstellung gegen den Westen gelegt werden.

Neue Freie Presse

27. III. 1918

30

Die Verhandlungen mit Rumänien.

(Telegramm der „Neuen Frei»n Presse".)

Budapest, 27. März.

„Pesti Naplo" meldet aus Bukarest: Der Abschluß der Verhandlungen wurde für Montag erwartet. Diese werden aber wegen wichtiger wirtschaftlicher Besprechungen noch einige Tage länger dauern.

Der Sitz der Verhandlungen wurde auf Ersuchen Marghilomans, der auf die Empfindlichkeit der Königin hinwies, aus dem Schlosse Cotroceni in das Bukarester-Ackerbauministerium verlegt.

Tägliche Rundschau
28./III. 1918
28
31

Versammlung der Vaterlands-Partei.

Nach dem Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses strömten gestern abend viele Hunderte zu einer Versammlung des Landesvereins Groß-Berlin der Deutschen Vaterlands-Partei. Saal und Emporen waren bald dicht gefüllt. Man sah bekannte Führer der Vaterlands-Partei, unter ihnen Großadmiral v. Tirpitz. Den Vorsitz führte General v. Lochow, der zu Beginn der Versammlung unter lebhaftem Beifalle mitteilte, daß als Gäste Herren der neuen Republik Finnland und der Vlamenführer Dr. Borms-Antwerpen, Mitglied des Rates von Flandern, erschienen sind. Er nahm diese Anwesenheit als ein Zeichen dafür, daß beide Völker nunmehr wissen, daß von den Versprechungen der Entente nichts zu halten ist, und daß Deutschlands Taten für sie desto schwerer wiegen! (Lebhafter Beifall.)

Der Abend brachte dann eine ganze Reihe von Vorträgen und Ansprachen, zuerst von dem Philosophen aus Jena,

Geh. Rat Professor Dr. Eucken,

über Weltanschauung und Politik. Er zeigte, wie beide innerlich zusammenhängen, aber auch wirklich immer näher zusammengebracht werden müssen. Von solcher näheren Verbindung erwartet er eine Hebung der Politik, unter der er ja nicht etwa das Tagesgezänk versteht, sondern die großen Gedanken, die miteinander streiten, den Kern der politischen Gesamtrichtung des Handelns. Es läßt sich ja nicht leugen, sagte Eucken, daß die politischen Auseinandersetzungen selbst in Körperschaften, die auf höherer geistiger Warte stehen sollten, durchaus nicht erhebend und erziehend auf das Volk wirken (Zustimmung.), daß es an Größe der Gedanken und Festigkeit und Ueberzeugung oft fehlt! (Sehr richtig!) Wir Deutschen müssen aber durchaus auch das politische Leben auf die Höhe heben, die für uns Deutsche ziemt. Der Philosoph hat die heilige Aufgabe, mahnend und weckend dafür zu wirken. (Beifall.) — Im Laufe seiner grundsätzlichen Darlegungen sprach Eucken auch manch gutes und klares Wort zu allerlei Gegenwartsfragen. Er kam auch auf die inneren Kämpfe und erkannte an, daß die inneren Wandlungen auch irgendwie einen äußeren Ausdruck finden müssen; aber die Eigenart unserer Verfassung kann doch wirklich so schlecht nicht sein, wenn sie Taten möglich macht, die wir diese Woche erleben. (Zustimmung.) Nein, die Grundlagen sind gesund, und der Vergleich mit der Zeit von 1806 ist ganz hinfällig; wir brauchen wahrlich nicht bloß Buße zu tun, sondern können die Vergangenheit festhalten. Traurige Menschen, die ihre Liebe zum Vaterlande etwa von einer Verfassungsänderung abhängig machen wollten. Ueber allem Kampfe aber, der ja sein Recht hat, muß das Vaterland stehen (Lebh. Beifall) und diese Erkenntnis hat die Vaterlands-Partei auf den Plan gerufen.

Von dröhnendem Beifall empfangen, trat dann

der Vlamenführer Dr. Borms

hervor. Er habe sich die Gunst erbeten, in dieser großen Versammlung einige Worte reden zu dürfen, um Herzen zu gewinnen für sein teures Vaterland Flandern. (Stürmischer Beifall.) Ich bringe dem deutschen Brudervolke den Gruß meiner Brüder aus Flandern. (Erneuter Beifall.) Wir erleben in Flandern jetzt eine große Zeit, aber tragisch zugleich; auf der einen Seite so viel Weh, auf der andern die Morgenröte der Freiheit. Wir, die wir in Flandern offene Augen hatten, wußten besser und eher als die Deutschen, wie man diesen Krieg gegen Deutschland vorbereitet hat. Daß Deutschland nicht anders konnte als bei uns durchzuziehen, um die Mauer von Stahl und Eisen zu zerbrechen, ist klar. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Deutschland eine Schuld hat, so ist es nur die, daß die deutsche Diplomatie nicht wußte, was bei uns hier sich zutrug. (Allseitige, stürmische Zustimmung.) Der Redner führte für dieses freche Spiel Frankreichs einige Beispiele an. Ganz öffentlich wurde für den Einfluß Frankreichs bei uns gearbeitet und gesprochen. Deutschland sah ruhig zu. Wir aber hatten das dumpfe Gefühl eines nahenden Gewitters. Dr. Borms schilderte die Lage der Vlamen und zeigte, wie durch das Verhalten der belgischen Regierung in Le Havre schließlich die aktivistische Bewegung gewachsen ist. Freilich, Drohungen und Verfolgungen blieben nicht aus. Es ging um Stellung und Amt, ja ums Leben bei vielen von uns. Aber wir sagten uns: was liegt an unserem Leben? In den Schützengräben von Flandern müssen Tausende von Vlamen umsonst sterben — wir wollen uns für die vlamische Sache opfern. (Stürmischer Beifall.) Trotz aller Schwierigkeiten aber geht die Bewegung vorwärts. Wir erwarten von Deutschland unsere Rettung. (Stürmischer Beifall.) Sie werden uns die politische Selbständigkeit geben! (Stürmischer Beifall.) Wir sind bereit, uns ein zweitesmal zu opfern, aber nicht für das Stiefmutterland Belgien, sondern für das Vaterland Flandern! Unter jubelndem Beifall schloß der Vlamenführer mit dem Worte des deutschen Freiheitsdichters: Das Volk ist auferstanden; ein herrlich Osterfest; gebrochen sind die Banden, die nicht mehr halten fest! — Ebenfalls stürmisch begrüßt gab

Großadmiral v. Tirpitz

hierauf eine Antwort. Aus dem Frieden heraus war den Vlamen schwer zu helfen — wir sind ja ein friedliches Volk! — aber jetzt müssen wir unerbittlich die Folgerungen für Deutschlands Zukunft ziehen. Jetzt hat Deutschland die Pflicht, Flandern zu schützen vor fernerer Vergewaltigung. (Anhaltender Beifall.) Möge der Vlamenführer, den man dort die „Glocke von Flandern" nennt, die Ueberzeugung mitnehmen: Der überwiegende Teil des deutschen Volkes will Flandern nicht verlorengehen lassen! (Minutenlanger Beifall.) — General v. Lochow gedachte der Siege im Westen. Selbst aus Kreisen, die der Vaterlands-Partei nicht günstig gegenüberstehen wurde gesagt: „Das ist mehr als alle Reichstagsresolutionen!" (Donnernder Beifall.) In gehobener Stimmung beschloß die Versammlung, sofort eine Dank- und Huldigungsdrahtung an den Kaiser, den Obersten Kriegsherrn, zu senden. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Reichspost

28./III.1918

Weitere Erpressungsversuche an Holland.

Köln, 27. März.

Die „Kölnische Zeitung" schreibt: Das Reutersche Bureau meldet, daß der englische Gesandte im Haag dem holländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten ein Schreiben übergab, worin gesagt wird, daß die jetzt in den Häfen der Verbündeten liegenden holländischen Schiffe nicht ganz dem Schiffsraum entsprechen, den sie nach den Bedingungen des geplanten allgemeinen Abkommens beanspruchen zu können gehofft hatten, und daß der Verband daher auch einen Teil der in Holland und auf dem Wege dahin befindlichen Schiffe beansprucht. Man macht also von seiten des Verbandes den Versuch, die holländische Regierung zur Aufgabe eines Teiles des noch in holländischen Häfen befindlichen und damit dem Zugriff der Entente entzogenen Schiffsraumes zu zwingen. Wie groß dieser Teil sein soll, soll nicht Holland nach seinen Bedürfnissen festzustellen die Freiheit haben, sondern will England mit seinen Verbündeten den Holländern vorschreiben. Hier handelt es sich also nicht um das von unseren Gegnern oft angeführte Recht der Kriegführenden, sich solcher Mittel der Neutralen zu bedienen, die sich in der Gewalt der kriegführenden Partei befinden, sondern es liegt der offen eingestandene Versuch eines Eingriffes in holländische Hoheitsrechte und Nichtachtung der holländischen Souveränität vor. Wir sind überzeugt, daß die holländische Regierung auf diesen Eingriff die gebührende Antwort geben wird.

Neue Freie Presse

28./III. 1918

Die amtliche Mitteilung.

Wien, 27. März.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Kaiser hat anläßlich des Friedensschlusses mit Rumänien folgende Auszeichnungen verliehen: Dem Generalfeldmarschall Prinzen Leopold von Bayern und den Generalfeldmarschällen v. Hindenburg und v. Mackensen das Großkreuz des Militär-Maria Theresien-Ordens; dem Ersten Generalquartiermeister G. d. J. Ludendorff die große Militärverdienstmedaille am Bande des Militärverdienstkreuzes; dem GM. Hoffmann, Chef des Stabes beim Oberbefehlshaber Ost, den Orden der Eisernen Krone erster Klasse mit der Kriegsdekoration und dem GM. Hell, Chef des Stabes der Heeresgruppe v. Mackensen, das Kommandeurkreuz des Leopolds-Ordens mit der Kriegsdekoration.

Neue freie Presse

28./III. 1918

Die Verhandlungen mit Rumänien.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 27. März.

„Pesti Naplo" meldet: In der Montagsitzung wurde der Friedensvertrag beraten und die Delegierten kamen überein, nach Abschluß der Beratung im Palais Marghiloman zusammenzukommen. Später einigten sie sich dahin, in der Wohnung des deutschen Staatssekretärs v. Kühlmann zusammenzutreten.

Die Mittelmächte haben während der Verhandlungen besonderes Gewicht darauf gelegt, nach Möglichkeit ein Uebereinkommen zustandezubringen, das ein Zusammenwirken der vertragschließenden Staaten in der Zukunft ermöglicht. Besonders Oesterreich-Ungarn achtete darauf, daß die Vereinbarungen nach jeder Richtung hin im gegenseitigen Einverständnis erfolgen und mit Rumänien ein Verständigungsvertrag abgeschlossen werde.

Marghiloman befindet sich noch in Bukarest und es ist noch nicht bekannt, ob er jetzt oder später nach Jassy zurückkehrt, ebenso ob er das Parlament auflösen wird oder nicht. Bemerkenswert ist, daß in Jassy sich bloß 66 Parlamentsmitglieder befinden, während nach der Verfassung zur Beschlußfähigkeit des Parlaments die Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten erforderlich ist. Das ganze Parlament zählt aber 152 Mitglieder. Es ist auch nicht gewiß, ob Marghiloman das königliche Dekret über die Auflösung des Parlaments im Amtsblatt publizieren oder das gegenwärtige Parlament einberufen wird, um in diesem das Auflösungsschreiben zu verlesen. Man hofft, daß Marghiloman im Lande Ordnung schaffen und die aus der Moldau ausgehenden ordnungsstörenden Bestrebungen unterdrücken wird.

Neue Freie Presse
29./III. 1918

Die Verhandlungen über den Warenaustausch in Kiew.

Kiew, 27. März.

Die Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung über die Regelung des gegenseitigen Warenaustausches sind zu Einzelberatungen gediehen, zu welchem Zwecke sechs Ausschüsse eingesetzt wurden. Der erste Ausschuß befaßt sich mit Angelegenheiten der Ausfuhr von Getreide einschließlich Sämereien, Hülsenfrüchten und Futtermitteln aus der Ukraine, der zweite mit der Ausfuhr anderer landwirtschaftlicher Produkte wie Eier, Fett, der dritte mit der ukrainischen Ausfuhr von Rohstoffen und anderen für den Export aus der Ukraine in Betracht kommenden Waren. Der vierte Ausschuß widmet sich den Fragen, die mit dem Import der Zentralmächte in die Ukraine zusammenhängen und hat sich in drei Unterausschüsse geteilt. Der fünfte Ausschuß behandelt die Finanzfragen, während der sechste allgemeine Verkehrsfragen zu erörtern hat, insbesondere die Bestimmungen für den Reiseverkehr von Kaufleuten. Die Verhandlungen werden mit Hilfe von Dolmetschen geführt.

Reichspost

29./III. 1918

Grundsätzliche wirtschaftliche Einigung mit Rumänien.

Unterzeichnung der Verträge in acht bis vierzehn Tagen.

KB. Wien, 28 März.

Die wirtschaftlichen Verhandlnngen mit Rumänien haben zwar in den wichtigsten Punkten zu einer grundsätzlichen Einigung geführt, bedürfen aber wegen ihrer Vielseitigkeit und Tragweite in den Einzelheiten noch einer Durcharbeitung mit den rumänischen Unterhändlern, die voraussichtlich 1 bis 2 Wochen in Anspruch nehmen wird.

Für die Dauer dieser, den Kommissionssitzungen vorbehaltenen Arbeiten kehren die politischen Verhandlungsleiter zur mündlichen Berichterstattung und Erledigung anderer dringlicher Arbeiten an den Sitz ihrer Regierungen zurück. Talaat Pascha ist bereits abgereist. Graf Czernin, Staatssekretär v. Kühlmann und Herr Radoslawow werden morgen folgen. Nach Beendigung der wirtschaftlichen Verhandlungen werden die politischen Leiter der Mittelmächte zur gemeinsamen Unterzeichnung der Verträge nach Bukarest zurückkehren.

Die Abreise des Grafen Czernin und des Herrn von Kühlmann.

Wien, 28. März.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, haben die einleitenden Bemerkungen, mit welchen die Veröffentlichung der kaiserlichen Auszeichnungen an deutsche Heerführer in Rumänien erfolgte, eine gewisse Unklarheit geschaffen über den tatsächlichen Stand des Friedenswerkes in Bukarest.

Ueber eine Reihe von Fragen, und zwar über entscheidende Punkte, ist zwischen den Friedensunterhändlern eine Einigung erzielt worden. Es ist eine gemeinsame Aufzeichnung gemacht und von den verhandelnden Teilen unterzeichnet worden. Diese Aufzeichnung stellt jedoch noch keinen Friedensvertrag dar, ein solcher wird erst später veröffentlicht werden.

Durch die Beifügung der Paraphe auf das gemeinsame ausgearbeitete Schriftstück haben die leitenden Staatsmänner die Verpflichtung übernommen, den definitiven Friedensvertrag im Sinne des paraphierten Schriftstückes zu unterzeichnen.

Heute hat der türkische Großvezier Talaat Pascha Bukarest verlassen, morgen reisen Graf Czernin nach Wien und Herr v. Kühlmann nach Berlin. Es handelt sich um einen kurzen, auf wenige Tage berechneten Aufenthalt der beiden Staatsmänner in den Hauptstädten zur Erledigung dringender Agenden. Nach etwa einer Woche werden sowohl Graf Czernin als Herr v. Kühlmann wieder nach Bukarest zurückkehren. Bis dahin dürfte der Friedensvertrag zur Unterzeichnung fertiggestellt sein.

Unterdessen arbeiten die Kommissionen, die Donaukommission, die Rechtskommission u. a. weiter, um das Schriftstück so weit auszuarbeiten, daß die leitenden Staatsmänner bei der Rückkehr nach Bukarest sofort unterzeichnen oder Abänderungen vornehmen können. Es ist in 8 bis 14 Tagen mit der Unterzeichnung des Friedensinstruments zu rechnen. Ueber den Inhalt des Vertrages haben bis dahin alle Beteiligte das gegenseitig versprochene Stillschweigen zu halten.

Neue Freie Presse

30./III. 1918

Der deutsche Kaiser über das Zusammenstehen zwischen Deutschland und der Monarchie.

Lob der österreichisch-ungarischen Artillerie.

Berlin, 29. März.

Das Wolffsche Bureau meldet: Anläßlich der Siege im Westen hat der Bürgermeister der Stadt Budapest Doktor Barczy folgendes Telegramm an Kaiser Wilhelm gerichtet:

„Zum riesenhaft herrlichen Beginn des Entscheidungskampfes um Freiheit und gesicherten Frieden entbietet die Stadt Budapest ehrfurchtsvoll den Ausdruck freudigster Zuversicht und heißester bundesbrüderlicher Gefühle der Majestät des Kaisers als Hauptes und Führers des deutschen Volkes."

Kaiser Wilhelm hat darauf geantwortet: „Ungarns Hauptstadt, an die mich so viele unvergeßliche Erinnerungen knüpfen, hat mich durch ihren Glückwunsch zum neuen siegreichen Vordringen meiner von österreichischer und ungarischer Artillerie wirksam unterstützten Heere in Frankreich hoch erfreut. Euer Hochwohlgeboren sage ich hiefür von Herzen Dank, den ich der Stadt zu übermitteln bitte. Wie wir bisher in festem bundesbrüderlichen Zusammenstehen die Pläne der Feinde im Osten vereitelt haben, so werden die jetzt erkämpften Siege im Westen uns mit Gottes Hilfe einem sicheren und ehrenvollen Frieden näherbringen."

Neue Freie Presse

30./III. 1918

Bevorstehende Erklärungen des Grafen Czernin.

Anläßlich des Empfanges einer Abordnung des Wiener Gemeinderates.

Wien, 29. März.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird der Minister des Aeußern Graf Czernin kurz nach seiner Rückkehr eine vom Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien geführte Deputation des Wiener Gemeinderates empfangen, um dieser in Entsprechung eines von Dr. Weiskirchner ausgesprochenen Wunsches Aufschlüsse über den Einfluß zu geben, den die letzten Friedensschlüsse auf die Ernährungslage der Monarchie geäußert haben.

Graf Czernin dürfte diese Gelegenheit benützen, um auch die allgemeine politische Situation zu besprechen, da wegen der Osterfeiertage von einer sofortigen Einberufung der Delegationsausschüsse abgesehen werden mußte. Die Delegationen dürften jedoch noch im Laufe des Monats April ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Neue Freie Presse

30./III. 1918

Abreise Czernins und Kühlmanns aus Bukarest.

Bukarest, 29. März.

Minister des Aeußern Graf Czernin ist heute mittag mit seinem engeren Stabe nach Wien abgereist. Die übrigen Mitglieder der österreichisch-ungarischen Delegation bleiben hier, da bekanntlich der wirtschaftliche Teil des Friedensvertrages mit Rumänien auszuarbeiten ist. Nach dessen Fertigstellung wird Graf Czernin wieder nach Bukarest kommen, wo die Unterzeichnung des Vertrages erfolgen wird. Gleichzeitig mit dem Grafen Czernin reist Staatssekretär v. Kühlmann ab.

Bukarest, 29. März.

Bei der Abreise des Ministers des Aeußern Grafen Czernin und des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann waren auf dem Bahnhofe zahlreiche Angehörige der Mittelmächte sowie der Ministerpräsident Alexander Marghiloman und der Minister des Aeußern Konstantin Arion erschienen.

Fremdenblatt
31./III. 1918

Deutschland und Oesterreich.

Vom Reichsrats-Abgeordneten Raim. Neunteufel.

Unter dem Eindruck der gewaltigen Osterschlacht im Westen, in der sich deutsche Führergröße, deutsche Geistestiefe, Organisationskunst und deutsche Volkskraft den Weg zur vollen Entwicklungsfreiheit bahnt, gewinnt das Osterfest, das Fest der Lebenserneuerung mit seiner tiefen Symbolik von Tod und Auferstehung, von Leiden und Sieg besondere Bedeutung. Es lehrt uns den ursächlichen Zusammenhang von Leidenswillen und Siegeskraft, von der opfermutigen Mithilfe des Hinterlandes mit der Todesentschlossenheit unserer Heldenscharen vor dem Feinde.

Deutschland gibt der Welt ein Beispiel, wie man leiden und kämpfen muß, um frei zu leben und schaffen zu können. Das deutsche Volk ist friedliebend und mitten im Kampf friedenswillig. Es hat aber während des ganzen Krieges nie aufgehört, auf sich und sein Freiheitsrecht zu vertrauen und sein ganzes Können, seine ganze Volkskraft, ja seine Existenz dafür in die Wagschale zu werfen, im Hinterland gleichwie an der Front. Jeder Versuch, diese kraftvolle Einmütigkeit des deutschen Volkes zu stören, sei es im Inland oder sei es vom Ausland her, ist an dem gesunden Sinne des Volkes selbst zu Schanden geworden. Keine Unglücksverkünder und Miesmacher konnten das Volk davon abbringen, zu opfern und zu darben, zu kämpfen und zu vertrauen und nach vierjährigen Leiden und Opfern erlebt es die ersten Sonnenstrahlen des anbrechenden Erlösungsmorgens im Osten und den siegreich fortschreitenden Titanenkampf im Westen, der die Fesseln sprengt, welche das deutsche Volk umklammert haben.

Unserem österreichischen Hinterlande ist das deutsche Volk im Reiche ein leuchtendes Vorbild, das mancher unter uns gerne verdunkeln möchte. Oft schon ging durch die Völker Oesterreichs ein deutliches Murren gegen den „deutschen Druck", der auf Oesterreich laste, den Krieg verlängere und uns alle ins Verderben ziehe. Die unleugbaren Leiden des Krieges, die in jeder Familie zu Gaste sitzen, waren ein guter Nährboden für die Unterwühlung des Hinterlandes und halfen das Licht der Tatsachen verhüllen. Die Wahrheit, die sich allmählich wieder durchringt, ist die, daß wir zwar Deutschland in diesem Kriege wertvolle Hilfe geleistet haben, die gewiß nie unerwähnt bleiben soll und wird, daß uns aber das Deutsche Reich eine nie versagende Hilfe in den zahllosen Fällen war, in denen wir ohne sie nicht imstande gewesen wären, zu bestehen. Es ist keine Schande, dies offen zu gestehen, eine Schmach wäre es aber für den österreichischen Charakter, es leugnen zu wollen.

Trotz des dämmernden Friedensmorgens ist der Krieg noch nicht zu Ende und auch nach dem Kriege werden die Leiden nicht über Nacht verschwinden. Einen Trost aber, der kein leeres Wahngebilde ist, darf uns Oesterreicher mit froher Hoffnung erfüllen: Die Kraft des deutschen Volkes und die Opfertaten auch aller derer in Oesterreich, die nicht zersetzt und zerstört, sondern redlich mitgekämpft und mitgeholfen haben, werden nicht nur den Weg zur Freiheit des Schaffens und des Aufstieges für Deutschland erkämpft haben, sondern auch den Weg zur kraftvollen und schaffensfreudigen Entwicklung für Oesterreich. Kommen auch noch schwere Tage der Entbehrung und des Leidens für uns, wir werden nicht zusammenbrechen, sondern unter Zusammenfassung aller Kräfte und in immer festerem Anschlusse an unsere deutschen Bundesgenossen den glücklichen Tag erleben, der uns die Erlösung aus Not und Gefahr und den Beginn einer neuen Zeit friedlichen und erfolgreichen Schaffens im Wettbewerbe der Völker bringen wird. Dafür bürgen uns der ganze Verlauf dieses Krieges, das Zurückweichen und Niederbrechen unserer Feinde und die wunderbaren Beweise aus den jüngsten Tagen, daß die Kraft des deutschen Volkes am Ende des vierten Kriegsjahres ungebrochen, ja größer denn je ist. Die ganze Welt der feindlichen Mächte ist vergeblich gegen die Wälle der Mittelmächte angerannt; was sie bisher nicht erzielen konnten, werden sie nimmermehr gewinnen. Wer aber versuchen wollte, einen Keil zwischen Deutschland und Oesterreich zu treiben, der möge sich das, wer es auch sei, dreimal überlegen.

Reichspost

31./III. 1918

Die letzten Friedensschritte Benedikts XV. in Frankreich.

Wie richtig Papst Benedikt XV. den Erfolg der deutschen Waffen in Frankreich voraussah, geht aus den Friedensschritten hervor, welche in letzter Stunde der Papst unternahm, um in Frankreich die Geister einem Verständigungsfrieden näher zu bringen. Den ersten Anlaß bot ihm dazu, zur selben Zeit als in Paris P. Janvier und in Holland P. Reymond ihre Propagandapredigten gegen das Deutschtum begannen, das 50jähr. Stiftungsfest der „Societè bibliographique" in Paris. Er richtete einen Appell an die französischen „Ritter von der Feder": „Die Eroberungs- und Herrschsucht, welche den Krieg hervorgerufen . . . diese Maßlosigkeiten müssen von jedem gutdenkenden Menschen beklagt werden, besonders aber diejenigen, die, wie Sie mit der Feder arbeiten, müssen tun, was in ihrer Macht steht, um beruhigend und versöhnend zu wirken, daß man mit der Waffenniederlegung auch dem Haß entsagt. Sie können der Religion und Ihrem Vaterland keine besseren Dienste leisten." Auch im Getöse des Weltkrieges könnte es immer noch eine „Civitas Dei" geben, gebildet von den Anstalten der internationalen Wissenschaft. Noch bedeutungsvoller sind die Schritte, die unmittelbar nach der Rückkehr von Rom, im Auftrage Benedikts XV. Kardinal Dubois, Erzbischof von Bourges, bei den französischen Katholiken unternommen hat. Der Papst habe mit ganz Rom voll Bedauern erkannt, wie besonders in Frankreich seine Friedensarbeit zurückgestoßen wurde. Er habe sich darüber öffentlich in seiner Weihnachtrede ausgesprochen. Die geübte Presse der Freimaurer habe den Wunsch des Papstes, welcher der baldigen Anbahnung eines gerechten und dauerhaften Friedens dienen sollte, entstellt, habe selbst die Katholiken gegen ihn unzufrieden gemacht, und diese haben so zum Vorteil ihre größten Feinde gearbeitet. Der Kardinal kommt dann auf das Unrecht zu sprechen, das die Entente durch die Londoner Klausel dem Papst zugefügt, und verlangt die sofortige Errichtung einer diplomatischen Vertretung Frankreichs beim Vatikan, um für das Friedenswerk Benedikts XV. bei den Regierungsstellen den Boden zu ebnen. Unterdessen begann die deutsche Offensive.

Wie der Kaiser die erste Friedensnachricht empfing

Von besonders geschätzter Seite werden uns über den historischen Augenblick, da der Kaiser die Nachricht vom ersten Friedensschluß erhielt, folgende Zeilen zur Verfügung gestellt:

Es war am 9. Februar in den ersten Morgenstunden. Der Kaiser befand sich auf einer Reise nach Siebenbürgen und der Hofzug hatte Szekely-Kocsard und Maros-Vasarhely passiert. Es war das die Zeit, da die Verhandlungen mit der Ukraine ihren Höhepunkt erreicht hatten. Der Kaiser hatte die lang projektierte Reise nach Siebenbürgen nicht länger aufschieben wollen und nun wurden Versuche gemacht, Verbindungen mit Brest-Litowsk herzustellen. Aber das schlechte Wetter, das damals in der Monarchie herrschte, der Frost, der über Russisch-Polen lag, machten trotz der großen Spannung, mit der man im Hofzug auf Nachrichten harrte, jede telephonische und telegraphische Verbindung mit Brest-Litowsk unmöglich. Bei dieser Gelegenheit dürfte eine Schilderung des Hofzuges und des mit diesem verbundenen Telegraphenwagens interessieren. Der Kaiser hat einen Schlafraum und ein Arbeitsgemach in seinem Wagen inne, anschließend an diese Räume stößt der Abteil des Flügeladjutanten. Der Generalstabschef v. Arz arbeitet mit seinem Gehilfen in einem benachbarten Wagen. Der Telegraphenwagen ist so eingerichtet, daß die Verbindung so rasch als möglich hergestellt werden kann. Von Wien aus sind schon jene Stationen festgelegt, an denen Aufenthalt genommen wird. Erhält eine Station das Aviso, daß telegraphische Verbindung gewünscht wird, so werden dort die Vorbereitungen so getroffen, daß die Drähte bloßgelegt werden und neben dem Einfahrtsgeleise liegen. Der Telegraphenwagen hält genau an der Stelle, wo sich die Drähte befinden, kundige Hände schließen Haken und Oesen an und binnen dreißig Sekunden ist der telephonische oder telegraphische Verkehr ermöglicht. Sehr häufig begibt sich der Kaiser direkt in den Telegraphenwagen und liest die Streifen, die ihm die Nachrichten übermitteln; oft erfolgt augenblicklich Antwort, und so entwickeln sich zeitweise ganze telegraphische Gespräche.

Der Kaiser, der vom Augenblicke der Thronbesteigung an mit bewunderungswerter Beharrlichkeit den Frieden herbeizuführen wünscht und das

Kriegsende ersehnt, verfolgte in jenen Tagen, da er sich auf der Reise durch Siebenbürgen befand, die Nachrichten über die Friedensverhandlungen mit stärkster Teilnahme. Aber die Hughesapparate funktionieren seit zwei Tagen nicht und trotz wiederholter Versuche, trotz der Schallverstärker, mit denen die Apparate ausgestaltet sind, war der Kontakt mit den Friedensunterhändlern nicht herzustellen.

Der Kaiser begibt sich spät zur Ruhe. Nach dem Nachtmahl nimmt er die Vorträge aller Referenten zur Kenntnis; es erscheinen die Chefs des Generalstabes, der Militärkanzlei, der Kabinettskanzlei, die Vertreter des Ministeriums des Aeußern, der ungarische Sektionschef und andere. Erst wenn alles durchgearbeitet ist, kommt der Kaiser zur Ruhe, um am frühen Morgen wieder wichtige Empfänge im Hofzuge oder Inspektionen von Truppen vorzunehmen.

Nachdem in der Nacht wiederholte Aufrufe versucht worden waren, die als Resultate ergaben, daß das Hinterland sich meldete, die Apparate aber beharrlich schwiegen, sobald eine russisch-polnische Station angerufen wurde, fuhr der Hofzug etwa um 9 Uhr vormittags in die Station Szasz-Regen ein. Der Kaiser befand sich beim Telephon und sprach mit Baden, als plötzlich die Hughesapparate zu spielen begannen.

Es war dem Armeeoberkommando gelungen, über Berlin eine kurze telephonische Mitteilung aus Brest-Litowsk zu erhalten. Die Nachricht besagte, daß soeben nachts der Friede von den Verbündeten und von den ukrainischen Unterhändlern unterzeichnet worden sei. Dieses in Baden vom Stellvertreter des Chefs des Generalstabes übernommene Telegramm wurde augenblicklich dem G. d. J. Freiherrn von Arz übergeben und der Generalstabschef begab sich sofort in den Wagen des Kaisers. Der Flügeladjutant machte dem Monarchen die Meldung und, wie immer, wurde Freiherr v. Arz sogleich empfangen. Der Kaiser war im Arbeitsraum beim Schreibtisch beschäftigt. Als der Generalstabschef eintrat, erhob sich der Kaiser; er merkte an der Miene des Baron Arz, daß es sich um eine frohe Botschaft handle.

Voll Bewegung empfing der Kaiser die Nachricht von dem Friedensschlusse, ergriffen nahm er die Depesche entgegen, und wer immer auch aus der Umgebung des Monarchen in den nächsten Minuten dem Kaiser begegnete, der erhielt aus des Kaisers Munde die frohe Nachricht: „Gott hat uns den ersten Frieden geschenkt, heute nachts wurde der Vertrag mit der Ukraine unterzeichnet."

Mit herzlicher Freude nahm der Kaiser alle Glückwünsche entgegen, und einige Augenblicke nach Eintreffen der frohen Botschaft ließ der Kaiser die Verbindung mit der Kaiserin herstellen und übermittelte ihr persönlich die Kunde, die ihn selbst mit so viel Freude und Zuversicht erfüllte. Aus allen Worten des Monarchen sprach das Vertrauen, daß es dem Friedenswillen der Verbündeten gelingen werde, mit Gottes Beistand dem glücklichen Anfang noch weitere Schritte folgen zu lassen.

Der Kaiser befand sich den ganzen Tag über in gehobener Stimmung. Aus der Erkenntnis heraus, daß die glänzenden Leistungen unserer Soldaten diesen ersten großen Erfolg herbeigeführt hatten, ernannte der Kaiser den G. d. J. Freiherrn v. Arz in dankbarer Würdigung seiner Verdienste um die Armee zum Generaloberſten.

Einige Zeit später stand dem Kaiser der Kommandant der die siebenbürgische Front haltenden ersten Armee, Generaloberst Freiherr v. Rohr, gegenüber. Freudig benachrichtigte der Monarch den Heerführer vom Friedensschlusse und ernannte ihn zum Feldmarschall. Der Kaiser hatte die Absicht, die von ihm so besonders ausgezeichneten Generale in ihren neuen Distinktionen zu sehen. Aber für diese höchsten militärischen Stellen, die erst im Krieg geschaffen wurden, lassen sich die Distinktionen nicht so leicht herstellen. Es bedarf vieler Wochen, ehe die Wiener Fabrikanten die goldenen Kragen liefern können. Um dem neuen Feldmarschall eine besondere Freude zu bereiten, gab der Kaiser den Auftrag, von einer seiner Blusen den Kragen mit dem goldenen Lorbeer abzutrennen und ihn auf dem Waffenrock des Feldmarschalls aufheften zu lassen. Augenblicklich wurde der Befehl des Monarchen vollzogen, dann erfolgte der Auftrag, Baron Rohr möge seinen Kragen mit der Distinktion gleichfalls abtrennen und dem Generaloberſten Arz zur Verfügung stellen. So ereignete es sich, daß die beiden Generale schon beim Mittagmahl mit den neuen Distinktionen erscheinen konnten. Noch größer war das Erstaunen der ersten Armee, die ihren Führer als Generaloberst den kaiserlichen Wagen betreten sah und ihn beim Verlassen als Feldmarschall begrüßen konnte.

Der gewaltige Eindruck, da der Kaiser dankerfüllten Herzens die Nachricht vom ersten Friedensschluß empfing, wird allen, die den Monarchen an jenem Tage sehen konnten, als historisches Datum unauslöschlich in Erinnerung bleiben.

Reichspost

2./IV. 1918

48

Einhellige Genehmigung der Friedensverträge in der türkischen Kammer.

Der Anteil der Dardanellenverteidiger am Siege. — „Wir werden die Engländer aus Aegypten verjagen." — Der Freistaatenbund im Kaukasus.

Konstantinopel, 29. März. (Milli.)

Der interimistische Minister des Aeußern Halil Bey hielt gestern in der Kammer eine Rede, in der er sich über die Friedensverträge mit der Ukraine und mit Rußland sprach. Der Minister hob hervor, die bedeutendsten Punkte der Verträge bestünden in der Aufhebung aller zwischen der Türkei und Rußland in Geltung gestandenen Konventionen und in dem Abschluß neuer Verträge auf Grund des Völkerrechtes.

Der letzte Konflikt, sagte der Minister, der seit zweieinhalb Jahrhunderten zwischen dem russischen Reiche und uns bestand, der zeitweise heftigere Formen annahm und dann und wann zu vorläufigen Abkommen führte, findet nunmehr einen den obersten Interessen und der Ehre unseres Reiches entsprechenden Abschluß. Lloyd George hat in seiner bekannten Rede gesagt, die russischen Truppen seien nicht wegen mangelnder Tapferkeit noch durch Verschulden ihrer Generäle besiegt worden, sondern infolge Mangels an Munition und Ausrüstungsgegenständen. Ich sage, daß es die Verteidiger der Dardanellen sind, die die Verbindungslinie zwischen Rußland und seinen Verbündeten abschnitten. (Lebhafter Beifall.) Diese Verteidiger der Dardanellen sind es, die, indem sie die Verbindung zwischen Rußland und seinen Verbündeten durchschnitten, den verbündeten Armeen die Gelegenheit boten, der russischen Armee die heftigen Schläge zu versetzen, die das gegenwärtige Ergebnis herbeigeführt haben. Niemand kann bestreiten, wie es auch die Ereignisse zu wiederholtenmalen bewiesen haben, daß Rußland es ist, das diesen Krieg begonnen hat, und meiner Ansicht nach ist das gegenwärtige Schicksal Rußlands, das diese Drangsal über die Menschheit heraufbeschworen hat, ein göttliches Strafgericht. Ich bin überzeugt, daß England, das Rußland aufgereizt hat, indem es ihm seinen Beistand zusagte, nahe daran ist, seine Bestrafung zu erleiden, da die mächtigen verbündeten Armeen sich anschicken, auch ihm den Gnadenstoß zu versetzen. An jenem 5. März, zur Zeit der Schlacht in den Dardanellen, und als der Horizont von Konstantinopel von schwarzen Wolken bedeckt war, habe ich von dieser Tribüne herab gesagt, die Welt soll wohl wissen, daß wir entschlossen sind, uns zu schlagen wie die Löwen und zu leben wie edle und unabhängige Nationen mit hoch erhobener reiner Stirne. Heute kann ich sagen, daß wir wir Löwen gekämpft und das Recht gewonnen haben, für ewig als edle und unabhängige Nation zu leben. (Langanhaltender Beifall.) Die zermalmende Walze des Zarismus, führte der Minister weiter aus, die sich in Bewegung gesetzt hatte, um Berlin und Wien zu zerschmettern und uns nach Asien zu treiben, ist in den Sümpfen versunken, um nicht wieder hervorzukommen.

Der Abgeordnete von Hauran Schekib Bey befaßte sich mit Aegypten und erhob Einspruch gegen die englische Besetzung. Er sagte: Die ägyptische Bevölkerung ist, soweit sie muselmanisch ist, dem Kalifat und dem ottomanischen Reich zugetan. Darum erheben wir als die in Konstantinopel und im Auslande seßhaften Aegypter Einspruch; Aegypten ist seit seiner Eroberung durch Sultan Selim ottomanisch geblieben und wünscht es zu bleiben; wir erheben Einspruch im Namen des Völkerrechtes und im Namen der Freiheit der Meere.

Halil Bey erklärte, daß Aegypten ottomanisch sei und daß es so bleiben werde. (Lebhafter Beifall.) Indem wir uns, sagte der Minister, auf unser unerschütterliches Bündnis und auf unsere heldenmütige Armee stützen, sagen wir, daß wir die Engländer verjagen werden. Ich wiederhole, daß Aegypten unser ist. (Lebhafter Beifall.

Agha Oglau Ahmed Bey bittet die Regierung, an den Kaukasus zu denken, um Rußland für immer auszuschalten.

Der Minister gibt zur Antwort, daß Rußland sich gezwungen gesehen habe, die der Türkei seit vierzig Jahren entrissenen Provinzen zu räumen, und daß infolge der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker seitens Rußlands jenseits des Kaukasus ein Freistaatenbund in der Bildung begriffen sei, was uns eine Gewähr biete.

Hierauf nahm die Kammer einstimmig — mit 163 Stimmen — das Gesetz an, womit die Regierung ermächtigt wird, die in Frage stehenden Verträge zu unterzeichnen.

Kiew, 30. März.

Die polnische Zeitung „Dziennik Kijewski" meldet die Ernennung des Friedensdelegierten Lewickyj zum Gesandten in Konstantinopel.

Unsere Verträge mit der Türkei.

Konstantinopel, 31. März.

In der heutigen Sitzung der Kammer erklärte im Laufe der Verhandlung über die jüngst mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Verträge der Minister des Aeußern unter anderem, daß die Verträge bis auf einige Unterschiede im Konsularabkommen mit denjenigen identisch seien, die mit dem Deutschen Reiche auf Grundlage des Völkerrechtes und der Gegenseitigkeit abgeschlossen wurden. Der Minister drückte der österreich-ungarischen Regierung den Dank aus für den während der Verhandlungen an den Tag gelegten Geist des Entgegenkommens und der Gerechtigkeit.

Die Kammer genehmigte hierauf den Gesetzartikel, womit die Regierung ermächtigt wird, die erwähnten Verträge zu unterzeichnen und auszutauschen.

Neue Freie Presse

2./IV. 1918

Der Friedensvertrag mit Rumänien.

Wien, 2. April.

Der Handelsminister Freiherr v. Wieser ist aus Bukarest zurückgekehrt. Eine Reihe von Referenten, die an den Verhandlungen in Bukarest teilnehmen, sind dort zurückgeblieben, da verschiedene wirtschaftliche Fragen einer weiteren Erörterung bedürfen.

Neue Freie Presse
2./IV. 1918

Die Verträge Oesterreich-Ungarns mit der Türkei.

Konstantinopel, 31. März.

In der heutigen Sitzung der Kammer erklärte im Laufe der Verhandlung über die jüngst mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Verträge der Minister des Aeußern unter anderm, daß die Verträge bis auf einige Unterschiede im Konsularabkommen mit denjenigen identisch seien, die mit dem Deutschen Reiche auf Grundlage des Völkerrechtes und der Gegenseitigkeit abgeschlossen wurden. Der Minister versicherte, daß die Verträge dazu beitragen werden, die Bande des Bündnisses zwischen der Türkei und Oesterreich-Ungarn enger zu knüpfen sowie die wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten zu entwickeln, und drückte der österreichisch-ungarischen Regierung den Dank aus für den während der Verhandlungen an den Tag gelegten Geist des Entgegenkommens und der Gerechtigkeit.

Die Kammer genehmigte hierauf den Gesetzartikel, durch den die Regierung ermächtigt wird, die erwähnten Verträge zu unterzeichnen und auszutauschen.

Fremdenblatt
2./IV. 1918

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Aus dem Kriegspressequartier wird mitgeteilt: Der Vertreter des Armee-Oberkommandos bei den Friedensverhandlungen mit Rumänien GM. v. Hranilovic ist zur Berichterstattung in Baden eingetroffen.

Neue Freie Presse

2./IV. 1918

Forderung Lloyd-Georges nach neuen Kriegsopfern.

London, 30. März.

Premierminister Lloyd-George hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er sagt, daß sich die Verhältnisse nach den äußerst kritischen Anfangstagen jetzt gebessert hätten. Der Kampf sei jedoch noch in seinem Anfangsstadium. Es könne noch nicht gesagt werden, wie er ausgehen werde. Das Kabinett sei vom ersten Tag an in Verbindung mit dem Hauptquartier und mit der französischen und amerikanischen Regierung gewesen. Um den unberechenbaren Vorteil der einheitlichen Führung beim Feinde aufzuheben, sei General Foch in Uebereinstimmung mit dem englischen und dem französischen Oberbefehlshaber von der englischen, der französischen und der amerikanischen Regierung mit der Leitung der gesamten Armeen an der Westfront betraut worden. Außer den Schritten, die geschehen seien, um den unmittelbaren Interessen des Augenblicks entgegenzukommen, werde noch eine gewisse Maßnahme notwendig sein, die bereits seit längerer Zeit für den Fall bedacht worden sei, daß Verhältnisse wie die jetzigen eintreten würden. Wie auch der Ausgang der Schlacht sein möge, das Land müsse zu fernerem Opfern bereit sein, um den Endsieg zu sichern. Die erforderlichen Pläne würden vom Kabinett sorgfältig vorbereitet und beim Zusammentritt des Parlaments bekannt gegeben werden.

Neue Freie Presse

2./IV. 1918

Erklärungen des Grafen Czernin nach seiner Rückkehr.

Empfang des Bürgermeisters, der Vizebürgermeister und der Parteiobmänner des Gemeinderates.

Wien, 2. April.

Heute um 10 Uhr vormittags hat Minister des Aeußern Graf Czernin eine Deputation des Wiener Gemeinderates empfangen und im Verlaufe der Unterredung Aufschlüsse über den Einfluß gegeben, den die letzten Friedensschlüsse auf die Ernährungslage der Monarchie geäußert haben. Graf Czernin hat auch Gelegenheit genommen, die allgemeine politische Situation zu besprechen.

Der Deputation gehörten an: Bürgermeister Doktor Weiskirchner, die Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, der Obmann des Bürgerklubs Oberkurator v. Steiner, der Obmann der Bürgerlich-fortschrittlichen Vereinigung im Wiener Gemeinderat Stadtrat Dr. Hein und der Obmann des Sozialdemokratischen Klubs Gemeinderat Reumann.

Die Besprechung des Ministers des Aeußern mit der Deputation des Wiener Gemeinderates war von zweistündiger Dauer.

Neue Freie Presse
2./IV. 1918

Audienz des Grafen Czernin beim Kaiser.

Wien, 2. April.

Der Kaiser hat Ostersonntag die üblichen Vorträge entgegengenommen und den Minister des Aeußern Grafen Czernin in besonderer Audienz empfangen.

Vossische Zeitung
3./IV. 1918

3
56

Dr. Michaelis über Kriegs- und Friedensnot.

Vor Antritt seiner neuen Stellung als Oberpräsident in Stettin hielt der frühere Kanzler Dr. Michaelis im Harzstädtchen Benneckenstein einen öffentlichen Vortrag. Nach einem Berichte der „Braunschweiger Neuesten Nachr." führte Dr. Michaelis u. a. aus:

Es würde eine Täuschung sein, wollten wir glauben, wir hätten mit dem Frieden die geordneten Lebensverhältnisse von 1914 wieder. Wir müssen der Tatsache ins Gesicht sehen, daß wir die Kriegsnot mit in den Frieden nehmen. Wir müssen uns innerlich dazu rüsten, daß wir

die Friedensnot ertragen ohne Murren.

Die Völker haben sich mit den sozialistischen Waffen bekämpft, und es wird ein Kampf von zwei Parteien sein, die einen Prozeß durch alle Instanzen geführt haben und endlich zum Frieden gezwungen worden sind. Die Bitterkeit im Herzen wird bleiben. Unser Leben wird auch nach dem Kriege noch unter Zwang stehen. Schmalhans wird Küchenmeister bleiben. Die Knappheit und Teuerung wird bleiben, nicht nur mit der Ernährung, sondern auch mit den Kleidern und Schuhen. Unsere große Schuldenlast wird uns zwingen zu einer staatlichen Zwangsverwaltung der Rohstoffe. Man kann jetzt darüber streiten, ob es richtiger war, auch die Dinge, die nicht unbedingt zum Leben nötig sind, unter Zwang zu stellen. Der Segen und die Freuden des Friedens, der in diesem Jahre kommen wird, werden uns verloren gehen, wenn wir die Friedensnot unwillig tragen. Wir müssen einsehen, daß wir den Krieg mitverschuldet haben, nicht politisch. Der Kaiser hat bis zum letzten Augenblick den Frieden gewollt. Die Prüfung hat uns das geschickt, weil das Geld bei uns zu herrschen anfing. Gott wollte uns vor der völligen Materialisierung bewahren. Ich würde lieber auf Kriegsentschädigung verzichten, wenn ich noch einmal dafür verantwortlich sein sollte, als unser Volk durch die Bezahlung seiner Schulden in die große Gefahr zu bringen, im Materialismus zu versinken. Ein schlichtes, häusliches Leben wird nach dem Kriege unsere Aufgabe sein. Unsere Kinder sind unser höchstes Gut. Wir müssen Kinder haben. Wir dürfen die Friedensnot nicht fürchten. Das deutsche Volk hat sich immer am kräftigsten erwiesen und am herrlichsten, wenn es in der Not war.

Acta Exc. Pressa

3./IV. 1918

Russisch-rumänischer Friedensschluß.

Französische Meldungen.

Paris, 1. April. (T.-K.)

Die Pariser Zeitungen bestätigen auf Grund offizieller Mitteilungen den Abschluß eines russisch-rumänischen Uebereinkommens auf folgender Grundlage: 1. Räumung von Beßarabien durch Rumänien innerhalb zweier Monate; 2. Austausch der Gefangenen; 3. Ausfuhr des in Beßarabien befindlichen überschüssigen Getreides nach Rumänien.

3./IV. 1918

Ein Brief Wilsons über die Voraussetzungen eines dauernden Friedens.

Newyork, 1. April. (T.-K.)

Präsident Wilson erklärte in Beantwortung eines Briefes an den methodistischen Bischof Henderson, daß sein gegenwärtiger unumstößlicher Beschluß noch immer im folgenden Satz einer seiner früheren Botschaften zum Ausdruck kommt: die deutsche Macht, die ohne Wissen und Rechtsbegriff von einem Frieden durch gegenseitige Verständigung ist, muß beseitigt werden. Unsere derzeit dringendste Pflicht ist es, den Krieg zu gewinnen, und nichts wird uns davon abhalten, dieses Ziel zu erreichen. Präsident Wilson schreibt in diesem Briefe weiter: Sie können ruhig die Worte, die Sie aus meiner Botschaft zitierten, als Aeußerung meiner unveränderten Ideen und meines unumstößlichen Entschlusses wiedergeben. Es bleibt unsere Pflicht, ausfindig zu machen, was als Aeußerung einer wirklichen Friedensbereitschaft bei unseren Gegnern angesehen werden kann. Solange nicht ein Programm der Gerechtigkeit vorliegt, auf dem wir einen dauernden Frieden wirklich aufbauen können, — und bisher haben wir noch nicht genügende Beweise dafür — ist an einen Frieden nicht zu denken.

Dieser Brief des Präsidenten ist vom 25. März datiert und wird am nächsten Sonntag in allen methodistischen Kirchen vorgelesen werden.

Reichspost
3./IV.1918

Die Grenzsicherungen gegen Rumänien.

Die künftigen Nahrungsmittelzufuhren aus Rumänien.

In seinen Mitteilungen an die Abordnung des Wiener Gemeinderates hat der Minister des Aeußern Graf Czernin über den Inhalt des Friedensvertrages mit Rumänien wichtige Ankündigungen gemacht. Die Gebietsabtretungen Rumäniens zur Sicherung unserer Grenzen gegen eine Wiederholung des Ueberfalles vom August 1916 beziehen sich darnach sowohl auf die Südgrenze Siebenbürgens wie auf die Grenzen der Bukowina.

Die Siebenbürger Grenze wird an der Donau bis zur Stadt Turn-Severin, südlich vom Szurdukpasse bis nach Lainic und südlich des Roten-Turm-Passes sowie der übrigen Pässe gemäß den militärischen Erfordernissen vorgeschoben. Die Stadt Turn-Severin selbst bleibt nach dieser Darlegung offenbar rumänisch, die Grenze werden dort künftig die Höhen bei dieser Stadt bilden; diese Grenzregulierung ist nötig, um unsere Donauschiffahrt zu schützen und das Eiserne Tor durch ein entsprechendes Vorfeld zu sichern und es liegt der Gedanke nahe, daß diese Grenzänderung auch auf die künftigen Verhandlungen mit dem anderen Anrainer des Eisernen Tores, mit Serbien, nicht ohne Rückwirkung sein wird, da bereits die Pachtung der vorliegenden Donauinseln den Weg hiezu weisen. Die wichtigen Werften bei Turn-Severin sollen gegen einen Anerkennungszins von 1000 Lei jährlich auf dreißig Jahre gepachtet und damit unserer Donauschiffahrt dienstbar gemacht werden; sie werden jedenfalls der ungarischen Regierung unterstellt werden und eine bedeutsame Stärkung der ungarischen Schiffbauindustrie und der ungarischen Handelsflotte auf der unteren Donau bewirken. Zur Sicherung des Kohlenbeckens von Petroszeny, das von den Rumänen infolge der ungünstigen Grenze im ersten Anpralle genommen und vandalisch verwüstet wurde, wird die Grenze bis nach Lainic vorgelegt; Lainic liegt etwa 15 Kilometer südlich der bisherigen Grenze am Szurdukpaß. Damit kommen die beherrschenden Höhen des Vulkangebirges in unsere Hand, von denen aus früher Rumänien das Kohlengebiet militärisch vollkommen in seiner Gewalt hatte. Ebenso werden die Niederungen von Hermannstadt und Fogaras von der rumänischen Gefahr befreit, indem die Grenze, die bisher auf dem Kamme des Fogaraseh Gebirges verlief, um 15 bis 18 Kilometer nach Süden gerückt, der Gebirgskamm somit als Grenzschutz in die Hand Ungarns gelangt; im Süden des Roten-Turm-Passes wird sonach die Grenze über Caineni, bekannt durch die heftigen Kämpfe, in denen sich unsere Armeen den Austritt in die Walachei erzwangen, nach Süden bis gegen Topaceni vorverlegt werden. Kronstadt, bisher kaum 20 Kilometer von der Grenze entfernt, wird durch eine gleiche Verschiebung der Grenze über Predeal nach Süden gesichert werden. Ebenso werden durch Vorverlegung der Grenze der Bodzapaß, der nach Buzau-Braila führt, der Gyimespaß, der aus Ostsiebenbürgen zum Serethtale überleitet, der Bekaspaß, durch den die Bicaza in die Bistritza fließt, und der Tölgyespaß, der zum selben Flußgebiet gehört, gesichert werden; dieser Zuwachs zu Ostsiebenbürgen und Ostungarn auf Kosten des Gebietes der Moldau hat sich gleichfalls im Verlaufe des Krieges zum unumgänglichen militärischen Schutze unserer Reichsgrenze erwiesen.

An den Grenzen der Bukowina soll die Dreiländerecke von Rumänien abgetreten werden; es ist dies das fruchtbare Gebiet östlich von Dornawatra. Bereits zu Beginn der Verhandlungen mit Rumänien ist in der „Reichspost" auf die Notwendigkeit dieser Maßregel verwiesen worden, um der Bahnstrecke Klausenburg—Des—Kimpolung, die bisher dem Zugriffe Rumäniens schutzlos offenlag, einen Sicherungsgürtel zu bieten und die wie ein Dorn in unser Fleisch vorspringende dreieckige Einbuchtung rumänischen Gebietes zu beseitigen. Es wird in der Rede des Grafen Czernin nicht erwähnt, dürfte aber angesichts des verhältnismäßig namhaften Gebietszuwachses Ungarns selbstverständlich sein, daß dieses Dreieck dem Buchenländchen einverleibt wird, das ferner durch die Verlegung der Reichsgrenze östlich von Czernowitz vergrößert wird.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht hat Graf Czernin erfreuliche Erfolge in den rumänischen Verhandlungen aufzuweisen. Von der kommenden Ernte ist nach seinen Worten für die Monarchie ein beträchtlicher Zuschub von Lebensmitteln gesichert; 400.000 Tonnen Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel wird Rumänien im kommenden Herbst uns liefern, die Abmachungen betreffen vorläufig nur das Nächste, und Vereinbarungen für die spätere Zeit sind jedenfalls besonderen Verträgen vorbehalten. Bei unserer Fleischnot ist es ferner eine besonders angenehme Kunde, daß Rumänien ein jetzt schon aufzubringendes Einfuhrkontingent von 300.000 Schafen und 100.000 Schweinen uns zugestanden hat. Da hievon Ungarn kaum einen nennenswerten Teil für sich beanspruchen dürfte, ist zu hoffen, daß dieses Kontingent zur Gänze unserer Reichshälfte zufällt; vergleicht man diese Zahlen mit dem Verbrauch der Stadt Wien im Jahre 1913, in dem in Wien nur 78.000 Schafe und 840.000 Schweine konsumiert wurden, so ergibt sich ein Bild dieser verhältnismäßig sehr bedeutenden Aushilfe unserer Ernährungsmittel, eine Hoffnung, die noch durch die Möglichkeit einer raschen Zuführung dieses Kontingentes gehoben wird.

Es ist bemerkenswert, daß Graf Czernin über die Vereinbarungen betreffs der Dobrudscha nichts erwähnte, offenbar, um den Mitteilungen der zunächst beteiligten bulgarischen Unterhändler vor ihrem Sobranje nicht vorzugreifen.

Vossische Zeitung
3./IV. 1918
60 3

Czernins Bekenntnisse.

Während von Ofen-Pest aus das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt des Grafen Czernin durch die Welt gesprengt wurde, kam der Graf von Bukarest nach Wien, um da eine politische Rede allerschwersten Kalibers zu halten und den ganzen Umfang der weltpolitischen Probleme zu umschreiben, durchaus im Ton und mit der Geste eines Mannes, der sich bewußt ist, noch auf alle absehbare Zeit dazu berufen zu sein, an der Lösung dieser Probleme im Interesse der Habsburgermonarchie nach seinem Sinne mitzuwirken.

Ist doch auch gar nicht zu erkennen, warum Kaiser Karl sich von einem Minister des Aeußern trennen sollte, der eben in Bukarest einen wesentlich deutschen Feldzug durch einen Frieden abgeschlossen hat, der den österreichischen Interessen vorwiegend gerecht wird. Wer es nicht schon zuvor sich entwickeln sah, sieht jetzt durch die näheren Mitteilungen des Grafen Czernin über den Friedensschluß von Bukarest dessen Gestaltung unter vorherrschend österreichisch-ungarischen Gesichtspunkten Ereignis geworden. Das erweisen die Mitteilungen über die Grenzberichtigungen des Annexionsgegners Czernin, durch die er immerhin einige tausend Geviertkilometer rumänischen Gebietes herüberberichtigt; das beweisen die von ihm selbst als noch wichtiger bezeichneten wirtschaftlichen Sicherungen.

Vier Hauptthemata drängen sich daneben bei einer zusammenfassenden Betrachtung der Czerninschen Rede vor allem anderen auf: Die nebelhafte Unterhaltung mit dem Geiste Wilsons; die Mitteilung über die Clemenceausche Friedensfrage; die Auseinandersetzung mit den Kriegsverlängerern aller Ordnungen; endlich das unter Kanonendonner und Schlachtenlärm erneuerte Bekenntnis zur Weltabrüstung.

Die rhetorische Bewunderung des Grafen Czernin für den Geist und Charakter Wilsons, der weder selbst einer Unehrlichkeit fähig sein soll, noch auch nur den Gedanken einer fremden Unehrlichkeit soll denken können, ist entweder bitterer Hohn, den man verstehen könnte, oder eine wenig würdige erneute Anbiederei zur unpassendsten Stunde, die man nur sehr schwer verstehen könnte. Will Graf Czernin uns im Ernste die Naivetät der Annahme zumuten, Woodrow Wilson habe keinen Keil zwischen Wien und Berlin zu treiben gesucht und werde es nicht immer wieder versuchen? Eine Sache, über die nicht zu streiten ist. „Ich glaube es nicht", sagt Graf Czernin. Wir sind davon überzeugt. Und wir verstehen nach so vielem, was vorgegangen ist, durchaus, daß Herr Wilson, wie Graf Czernin es formuliert, Wien für den günstigsten Boden für das Samenkorn des allgemeinen Friedens hält. Eine für Wien recht beschämende Erklärung für diese Annahme nicht nur Herrn Wilsons gibt Graf Czernin ja im Verlauf seiner Rede selber; eine Erklärung, welche in einem unvereinbaren Widerspruch steht zu der Wendung von der „geschlossenen Masse" der 55 Millionen, deren Herzen in den Grenzen Oesterreichs und Ungarns angeblich einen Schlag schlagen. Zwar beruft sich Graf Czernin bei seinen Rufen in den amerikanischen Nebel ausdrücklich auf die Kanzlerrede vom 25. Februar. Aber was er mit einem sentimentalischen Ernst sagt, war bei Herrn v. Hertling durchklungen vom Ton einer feinen Ironie, die genau wußte, wie fern die Herzensgedanken Herrn Wilsons von seinem Lippenbekenntnis waren. Und zwischen dem 25. Februar, da Herr v. Hertling sprach, und dem Heute, da Graf Czernin spricht, liegen die Tage von Arras, Bapaume und Montdidier, liegen neue eherne Tatsachen, die sich nach ihren inneren Notwendigkeiten werden auswirken müssen; Notwendigkeiten, die nach anderen Gesetzen sich vollziehen als die Willeleien diplomatischer Roßtäuschereien. Die Schüsse der österreichischen Mörser an unserer Westfront klingen uns besser, als Herrn Czernins diplomatische Schüsse in den amerikanischen Nebel.

Die bedeutsamste von allen Mitteilungen des Grafen Czernin ist wohl die über die Clemenceausche Friedensanfrage an Wien. Das Bekenntnis des Grafen Czernin, daß er „alles versucht habe, was möglich war, um die neue Offensive zu vermeiden" — ein Bekenntnis, das wir vollauf bestätigen können — erfährt eine heilsame Einschränkung durch die Feststellung, daß zu den also versuchten Möglichkeiten der Versuch eines Marktens um Elsaß-Lothringen nicht gehörte. Laut und tönend wird von Amts wegen der Dank für so bewährte Nibelungentreue nach Wien ergehen. Erfreulich in der Tat ist die Bestimmtheit, womit Graf Czernin an mehreren Stellen seiner Rede die Selbstverständlichkeit der österreichisch-ungarischen Bündnistreue betont. Solcher Ton findet in unseren Herzen Widerhall. Aber unseren Hirnen verdunkelt sich darob doch nicht die Erkenntnis, daß es sich dabei eben doch um Selbstverständliches handelt. Und so dankenswert es ist, daß Graf Czernin seine Stellungnahme in der elsaß-lothringischen Frage restlos in Einklang mit derjenigen Berlins gebracht hat, so stark drängt sich doch die Frage auf, ob er damit den ganzen Kreis seiner Bundespflichten für umschrieben hält. Wir wollen nicht mit ihm darum rechten, daß er vor diesen Tagen die französische Gier nach Elsaß-Lothringen als das einzige Friedenshindernis bezeichnete. Es ist unsere Schuld, unsere sehr schwere Schuld, daß er das ohne Anstoß tun konnte. Denn die deutsche Diplomatie hat uns seinerzeit diese Fangschlinge ums Bein geworfen. Aber soll das heute noch gelten? Soll das jetzt noch gelten, nachdem die Stunde gekommen ist, das Wort dreier Reichskanzler, das Wort Hindenburgs und Ludendorffs einzulösen, daß unseren Feinden kein Freibrief für eine gefahrlose Verlängerung des Krieges gegeben sein solle; daß verbrecherische Kriegsverlängerung durch unsere Feinde uns zwingen werde, stärkere Friedenssicherheiten zu fordern; daß nach solchen Geschehnissen kein status quo ante möglich sei; daß wir einen deutschen Sicherheitsfrieden, keinen weichen Angstfrieden schließen werden, und daß durch das Verhalten unserer Feinde uns unsere Entschlußfreiheit auch im Westen wieder zurückgegeben sei. Im Westen liegt aber nicht nur Elsaß-Lothringen. Dort haben wir nicht nur gegen Frankreich um die Bürgschaften für den Bestand deutscher Zukunft zu kämpfen. Davon klingt uns zu wenig in den Worten des Grafen Czernin durch. Hoffentlich vergißt unsere Diplomatie nicht sich zu vergewissern, wie weit er denn, abgesehen von Elsaß und Lothringen, die Sphäre lebenbedingender deutscher Interessen nach Westen hin zieht, für die einzutreten Oesterreich-Ungarn als seine Bundespflicht betrachtet, wie wir es als die unsrige ihm gegenüber in Rußland, Rumänien, Serbien, Montenegro und Italien betrachtet haben. Immerhin läßt des Grafen Czernin Feststellung, daß es sich bei den östlichen Gebietsregelungen in keiner Weise um deutsche Annexionen handle, die Annahme zu, daß er demgemäße Regelungen der Dinge nach der belgischen Seite hin auch nicht als unzulässige Annexionen auffassen werde. Und wenn er uns Frankreich gegenüber als recht zugestehen will, was er für sich Rumänien gegenüber für billig hielt und hält, so sollte man eine Verständigung zwischen ihm und den verschriensten alldeutschen „Annexionisten" nicht für unmöglich halten.

Dadurch würde es sich dann erübrigen, mit dem Grafen Czernin noch viele Worte zu wechseln über die beiden ersten von den drei Klassen von Kriegsverlängerern, gegen die er sich wendet. Ueber die Verächtlichkeit aller kriegsverlängernden Friedenswinselei sind wir mit ihm ganz einer Meinung. Ueber seinen Zorn gegen die „Annexionisten" wollen wir nicht mit ihm rechten, solange seine Worte uns nur den Schluß zulassen, daß belgische Regelungen nach dem Muster von Kurland, Livland und Litauen eben keine Annexionen wären, gegen die er glaubte sich wenden zu müssen, und daß französisch-deutsche Grenzregulierungen nach der Art der ungarisch-rumänischen durchaus im Rahmen eines annexionslosen Friedens, wie er ihn auffaßt, einbegriffen sein könnten. Mit starkem Strich aber möchten wir die Abrechnung unterstreichen, die Graf Czernin endlich einmal mit den tschechischen Hochverrätern hält. Durch die schonende Behandlung, die man dieser Pestbeule am Körper Oesterreich-Ungarns bisher hat angedeihen lassen, ist diese Weltschmach nicht minder stinkend geworden. Dies war endlich eine moralische Züchtigung, nach der es in Zukunft nicht mehr angehen wird, durch die Zensur verhindern zu wollen, daß ein Hundsfott, ein Hundsfott ein Masaryk ein Masaryk und ein Lammasch ein Lammasch genannt wird.

Seltsam daneben wieder der Versuch des Grafen Czernin, unter dem Geheul des Kampfes, unter dem noch währenden Ueberfall der unerhörtesten Weltkoalition, gegenüber der von ihm selbst festgestellten Erfolglosigkeit erneuter Verständigungsversuche erneute Propaganda für internationale Abrüstung zu machen. Internationale Abmachungen erklärt der Graf aufs neue für die sichersten Friedensbürgschaften. Dennoch muß er selbst feststellen, daß auf keiner Seite ein ernster Wille zu solchen Abmachungen vorhanden sei. Dann aber verlohnt sich's doch wohl nicht, den „Bleistift zur Hand zu nehmen", um ausgerechnet in dieser Stunde das allerschwierigste und allerunmöglichste aller internationalen Abkommen, das über eine Weltabrüstung zu ertüfteln.

Wir hören mit Genugtuung die Wiener Treueversicherungen und halten sie für wohlverbürgt durch den Willen der Ungarn und der Deutschösterreicher, durch die Erkenntnis der Wiener Regierung von den eigenen wohlverstandenen Interessen der Habsburgermonarchie. Aber wir hören minder gern die besondere Betonung, bei welcher der Ton nicht so sehr auf den harten Notwendigkeiten der Stunde liegt als auf den nebelhaften Möglichkeiten einer Zukunft des ewigen Friedens.

F. H.

Neue Freie Presse Abendl 3. IV. 1918 62 b 3

Die Aufnahme der Rede des Grafen Czernin im Parlament.

Wien, 3. April.

Die Erklärungen, welche der Minister des Aeußern Graf Czernin gestern vor einer Abordnung des Wiener Gemeinderates über die außenpolitische Lage abgegeben hat, bilden begreiflicherweise unter den Abgeordneten den Gegenstand eingehender Erörterung. Trotz der Ferien, die das Haus gegenwärtig hält, hatten sich zahlreiche Volksvertreter im Parlament eingefunden, die das Bedürfnis fühlten, ihre Meinungen über den in so vielen Punkten geradezu sensationellen Inhalt der Erklärungen des Grafen Czernin auszutauschen.

In den deutschbürgerlichen Parteikreisen werden die Erklärungen des Ministers des Aeußern mit ungeteiltem Beifall aufgenommen. Die Offenheit, mit der Graf Czernin die Wunden unseres innerstaatlichen Lebens bloßlegte, wird rückhaltlos gebilligt, seiner Unerschrockenheit volles Lob gezollt. Die deutschen Abgeordneten weisen darauf hin, daß der bisher vielfach geübte Vorgang, zu vertuschen oder gar zu beschönigen, eine Vogel-Strauß-Politik sei, da man ja im Auslande eigentlich viel früher als bei uns selbst über diese Vorkommnisse unterrichtet war.

Ganz besondere Bedeutung mißt man in den deutschen Parteikreisen der Mitteilung des Grafen Czernin bei, daß zum Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson Verhandlungsfäden führen. Gerüchtweise waren Nachrichten darüber in der letzten Zeit aufgetaucht, die heute ihre offizielle Bestätigung gefunden haben. Darauf führt man auch den vom Minister des Aeußern bekanntgegebenen Versuch Clemenceaus zurück, die Monarchie zu Friedensverhandlungen zu veranlassen, was gewiß nur mit Vorwissen aller Ententemächte geschehen konnte. Welche Motive Clemenceau dabei leiteten, ist offenkundig. Die Entente hat aber nun auch von berufenster Stelle erfahren, daß unser Bündnis mit Deutschland unauflöslich ist und daß wir an diesem innigen Bunde unter allen Umständen festhalten werden. Diese Dokumentierung der Bündnistreue wird insbesondere auch mit Rücksicht auf Vorkommnisse der letzten Zeit, die zu einer lebhaften Auseinandersetzung in der Presse führten, von den deutschen Abgeordneten auf das wärmste begrüßt.

Großes Interesse erregten die Mitteilungen des Ministers des Aeußern über den Frieden mit der Ukraine wie über die Verhandlungen mit Rumänien über die wirtschafts- und ernährungspolitischen Fragen. Auch in jenen Pulten der Erklärung, die sich mit den Grenzregulierungen gegenüber Rumänien befassen, stehen die deutschbürgerlichen Parteikreise ohne Einschränkung zum Grafen Czernin.

Die Anschauungen über die Erklärungen des Grafen Czernin in den Kreisen der deutschnationalen Parteien insbesondere lassen sich in folgendem zusammenfassen: In deutschnationalen Parteikreisen wird die Rede des Grafen Czernin geradezu als eine befreiende Tat empfunden. Die offene Sprache, mit der der Minister die Versuche, Oesterreich-Ungarn von seinen Bundesgenossen und vor allem vom Deutschen Reiche abzuspalten, zurückgewiesen hat, fällt wohltuend auf. Der Minister hat sich dabei — so wird in den deutschnationalen Kreisen argumentiert — von der klaren Erkenntnis leiten lassen, daß es sich Clemenceau bei seinem Friedensanbot an Oesterreich-Ungarn offenbar lediglich darum gehandelt hat, durch eine Teilung der Gegner zuerst die Bundesgenossen der Monarchie niederzuringen, um dann über sie selbst verfügen zu können. Ueber die Pläne des Grafen Czernin hinsichtlich der künftigen Gestaltung der Landkarte auf dem Balkan und im Osten läßt sich heute ein abschließendes Urteil noch nicht abgeben, weil diese Teile der Rede des Grafen Czernin vorerst einer eingehenden Erörterung und Prüfung bedürfen. Der Schlußteil der Erklärungen, der sich mit den Defaitisten und Annexionisten beschäftigt, gibt eigentlich in gedrängtester Kürze alles das wieder, was von den deutschen Abgeordneten sowohl in der Delegation als auch im Reichsrat und auch sonst in der Oeffentlichkeit wiederholt ausgesprochen worden ist.

Die Kritik an der Hochverräterpolitik mancher czechischer Führer kommt zwar spät, aber gewiß noch nicht zu spät und stellt nur neuerdings fest, was amtlich längst erwiesen wurde. Vielleicht wäre es nicht unangebracht gewesen, diejenigen Personen und Kreise, die Graf Czernin im Auge hat, mit voller Deutlichkeit zu bezeichnen. Es wird aber notwendig sein, daß das Parlament sich weiter mit dieser Angelegenheit befasse, da es ihm nicht gleichgültig sein kann, wenn sich, wie Graf Czernin mitteilte, in seiner Mitte Abgeordnete befinden, die an der Verlängerung des Krieges Schuld tragen.

In christlichsozialen Parteikreisen äußerte man sich über die Rede des Ministers des Aeußern in folgender Weise: „Die Rede ist zweifellos hoch bedeutsam und wird ihre Wirkung im In- und Auslande nicht verfehlen. Man erfährt, daß mit dem Präsidenten Wilson eine gewisse Verbindung besteht, auf die wahrscheinlich auch die große Neuigkeit zurückzuführen ist, daß Clemenceau Verhandlungen wünschte. Die Antwort, daß von solchen Elsaß-Lothringen ausgeschlossen bleiben müßte, war gewiß schon vom Standpunkte unseres engen Bündnisses mit dem Deutschen Reiche von vornherein gegeben und durchaus korrekt. Elsaß-Lothringen muß unberührt bleiben. In unser Verhältnis zu Deutschland darf nicht der leiseste Schatten treten, an der Festigkeit des Bündnisses darf nicht gerührt werden. Das Wort von der gleichen Treue an der Donau bleibt unverändert in Kraft. Auch das in den letzten Erklärungen des Grafen Czernin geprägte Wort vom Brotfrieden mit der Ukraine bleibt in Geltung, und Graf Czernin konnte ihn mit berechtigtem Stolz als einen Stoß ins Herz unserer Feinde gestern bezeichnen. Die Aushungerungspläne sind damit zunichte geworden."

Auch mit dem Satz des Grafen Czernin sind die Christlichsozialen einverstanden, in dem er die rumänischen Grenzrektifikationen als bloße Sicherung bezeichnet, die keineswegs als Annexionen betrachtet werden können. Die Sicherung des Eisernen Tores, von Hermannstadt, Kronstadt und Czernowitz ist eine unerläßliche Notwendigkeit und trägt vom Begriffe „Annexionen" keine Spur in sich. „Wir begrüßen auch die Erklärung, daß Serbien und Montenegro die Möglichkeit gegeben werden soll, sich zu entwickeln. Die Feinde müssen auch moralisch erobert werden. Das ist auch unsere Meinung, die wir nicht nur einen baldigen und ehrenvollen, sondern auch einen dauernden Frieden wünschen. Der Unterscheidung des Grafen Czernin in kriegsverlängernde politische Führer und deren verführte Anhänger stimmen wir zu. Die inneren Masaryks werden aufheulen, aber die breiten Massen unserer slawischen Bevölkerung werden und können sich nicht betroffen fühlen; wir erwarten von der scharfen Kritik des Grafen Czernin gegen die gewissen Förderer und Diener der Ententepolitik die endliche Klärung unter den slawischen Völkern Oesterreichs. Der Spreu muß vom Weizen gesondert werden, dem herostratischen Treiben jener Politiker, denen der ukrainische und rumänische Friedensschluß ein Greuel ist, weil er die Aushungerungswünsche unserer Feinde unerfüllbar gemacht hat, und die die Regelung innerösterreichischer Fragen auf einem internationalen Friedenskongresse herbeiführen wollen, muß ein Ende bereitet werden."

In czechischen Parteikreisen zeigt sich große Betroffenheit. Der Präsident des Czechischen Verbandes Abgeordneter Stanek und Vizepräsident Abgeordneter Tusar werden sich heute nachmittag zum Ministerpräsidenten Doktor Ritter v. Seidler begeben, um von ihm Aufklärungen über die Rede des Grafen Czernin zu verlangen. Es besteht in czechischen Parteikreisen auch die Absicht, auf die sofortige Einberufung des Parlaments zu dringen, um gegen die Rede des Grafen Czernin Stellung zu nehmen.

Neue Freie Presse Abend 4./IV. 1918 65

Bulgarisch-rumänische Abmachungen.

Sofia, 2. April.

Die Bulgarische Telegraphenagentur meldet aus Bukarest vom 1. d.: Unser Delegierter für die Friedensverhandlungen, General Tantilow, hat gestern dem Ministerpräsidenten Marghiloman in dessen Privatwohnung einen Besuch abgestattet. Der Zweck dieses Besuches war, wie man von zuständiger Seite behauptet, die Regelung gewisser Einzelheiten über den Austausch der Kriegsgefangenen, worüber ein besonderer Vertrag geschlossen worden ist und die Beschleunigung der Durchführung der von Rumänien auf wirtschaftlichem Gebiet eingegangenen Vertragsverpflichtungen. Von der Regelung dieser Fragen soll die rascheste Rückkehr der in Bulgarien befindlichen rumänischen Kriegsgefangenen abhängen. Ministerpräsident Marghiloman hat versprochen, in Jassy die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen durchzusetzen. General Tantilow verlangte die Ausscheidung sämtlicher aus der Dobrudscha sich rekrutierenden Soldaten aus der rumänischen Armee und deren Rückkehr in ihr Vaterland. Es wurde zwischen Tantilow und Marghiloman vereinbart, daß die Kommissionen täglich Sitzungen abhalten sollen, um alle Details des bulgarisch-rumänischen Friedensvertrages durchzuführen. Ministerpräsident Marghiloman hatte auch mit dem Finanzminister Tontschew eine Besprechung. Die Unterredung Tantilows und Marghilomans war von dem gegenseitigen Wunsche beseelt, zu einem Einverständnis zu gelangen und die Grundlagen für gute Beziehungen in der Zukunft zu schaffen.

Neues Pester Journal

4./IV. 1918

66

* **Eine erfolgreiche Vermittlung des Papstes bei der Monarchie.** Der Papst hat die apostolische Nuntiatur in Wien beauftragt, im Interesse der Heimbeförderung der tuberkulosen italienischen Kriegsgefangenen beim k. u. k. Kriegsministerium Schritte zu unternehmen. Das offiziöse Organ des Heiligen Stuhles, „Osservatore Romano", veröffentlicht nun, wie „Magyar Kurir" meldet, die im Wege des Ministers des Aeußern übermittelte Antwort des Kriegsministeriums. Die Antwort lautet: Die österreichisch-ungarische Militärverwaltung, welche die durch den Heiligen Vater zwecks Erweiterung der Wohltat der Heimschaffung auch auf gewisse, der speziellen Fürsorge besonders bedürftige Kategorien von Kriegsgefangenen unternommene Initiative mit den lebhaftesten Gefühlen der Anerkennung aufgenommen hat, hat sich gern dem Wunsche des Heiligen Stuhles angeschlossen, wonach ohne direkte Kompensation die an Tuberkulose erkrankten italienischen Kriegsgefangenen heimbefördert werden sollen. Um das hervorragend charitative Werk des Heiligen Vaters zur Ausführung zu bringen, hat das k. u. k. Kriegsministerium, ohne eine direkte Kompensation von der königlich italienischen Regierung zu verlangen, unverzüglich für die Heimbeförderung der eintreffenden italienischen Kriegsgefangenen durch Sonderzüge Anordnung getroffen und den ersten Transport Tubekulosekranker am 23. März l. J. abgehen lassen. Indem die österreichisch-ungarische Militärverwaltung diese den tuberkulösen Kriegsgefangenen bewiesene Fürsorge als einen neuen, sehr bedeutsamen Fortschritt in den Anstrengungen zur Behebung der Leiden der Gefangenschaft betrachtet, möchte sie die Hoffnung äußern, daß Se. Heiligkeit auch den österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in Italien sein väterliches Wohlwollen bewahren möge, von dem Se. Heiligkeit schon so viele Beweise gegeben hat. Bei dieser Gelegenheit macht das k. u. k. Kriegsministerium es sich zur Pflicht, seinen tiefsten Dank für die wirksamen Schritte auszusprechen, die der Heilige Stuhl gern und so oftmals unternommen hat, um für die seiner Fürsorge empfohlenen österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen die Heimbeförderung zu erlangen.

Reichspost

4./IV. 1918

Die Rechtsabkommen der Türkei mit Oesterreich-Ungarn.

Konstantinopel, 30. März. (Verspätet eingetroffen.)

Die Kammer nahm einstimmig bei Anwesenheit von 160 Abgeordneten die Vorlage an, womit die Regierung ermächtigt wird, die Ratifikationsurkunden der fünf Abkommen, durch welche die Konsular- und rechtlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei geregelt werden, endgültig zu unterzeichnen und auszutauschen. Ein Abgeordneter sprach der verbündeten Monarchie unter lebhaftem Beifall des Hauses herzlichen Dank für das Zustandekommen der Verträge aus. Auch der Senat genehmigte die Verträge.

Reichspost Abend 4./IV. 1918

Eine christlichsoziale Kundgebung zur Rede des Grafen Czernin.

Der christlichsoziale Wählerverein Neubau nahm in seiner gestrigen Versammlung nach einer Rede des LAbg. Dr. Nepustil zu den innerpolitischen Verhältnissen Stellung, insbesondere zu den Ausführungen des Grafen Czernin über die Friedensverträge. Abg. Dr. Nepustil schloß aus der feingedrechselten Aeußerung an die Adresse Wilsons, daß trotz des Kanonendonners an der Westfront die Fäden mit Washington nicht zerrissen seien. Wenn die Ausführungen des Grafen Czernin richtig übers große Wasser gelangen, wird man auch in Washington begreifen, daß unser Monarch ehrlich bestrebt ist, Frieden zu schließen, daß er aber niemals bereit sein wird, einen Treubruch zu begehen und einen schimpflichen Frieden zu schließen. Daß wir dem Frieden um ein weiteres Stück näher gekommen sind, darf auch daraus geschlossen werden, daß Clémenceau in Wien anfragte, bevor die Geschütze sprachen. Es ist deutlich, daß auf der ganzen Welt der Drang nach Beendigung des Krieges vorhanden ist, und seit der zehntägigen Westschlacht wird Frankreich wohl selbst einsehen, daß es um die letzten Karten geht. Mit der Rede des Grafen Czernin unzufrieden sind — nur die Sozialdemokraten und die Tschechen. Die Sozialdemokraten waren immer diejenigen, die uns die utopistischesten Annexionsgelüste andichteten; dabei haben sie aber stets die Erklärungen unterschlagen, daß wir nur den Schutz unserer Grenzen wollen. Kaum hatte Czernin erklärt, daß wir unseren Gegnern doch keinen Freibrief ausstellen werden, meldeten sich schon jene Elemente, die Graf Czernin in seiner Rede der Oeffentlichkeit vor Augen geführt hat. Bedenken die Sozialdemokraten, die einen Freibrief für stete internationale Belästigungen ausstellen wollen, nicht, daß dann, wenn wir in unserer gesamten Entwicklung behindert und unsicher sind, die Zeit der hohen Löhne für die Arbeiter vorbei ist, daß nach einem schlechten Frieden dann auf den Fabrikskaminen das Gras wachsen wird, die Ausfuhr unmöglich und eine Ueberproduktion eintreten wird, wodurch die Arbeiter in erster Linie schwer geschädigt würden?

Am trefflichsten hat Graf Czernin die Kriegsverlängerer entlarvt. Man muß ihm dafür dankbar sein, daß er einmal das Treiben jener erbärmlichen Subjekte aufgedeckt hat, die für einen Ententesieg arbeiten. Das war eine Tat, von der zu hoffen und zu wünschen ist, daß sie eine konsequente Fortsetzung in Oesterreich finde. Wenn ein Staatsmann vom Range Czernins derartige Worte findet, darf nicht gezweifelt werden, daß auch die österreichische Regierung Mittel und Wege finden wird, derartige Elemente, die nicht das Volk sind, unschädlich zu machen. Die tschechischen Führer Stanek und Tusar sind sofort zum Ministerpräsidenten gelaufen und jetzt erzittere österreichische Regierung! Hoffentlich wird der Kommentar im Ministerratspräsidium nicht anders lauten als die kraftvollen Worte Czernins und hoffentlich hat Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler aus dem Konzepte Czernins ersehen, wie man mit derartigen Elementen zu verkehren hat. Wenn der Minister des Aeußern an die staatstreuen Bürger appellierte, so werden wir Christlichsozialen die ersten sein, die ihm Gefolgschaft leisten. Wir verlangen aber, daß die österreichische Regierung, wenn es zur Rallierung der staatstreuen Elemente kommt, auch staatstreu ist und durchhält. Auf eine Gattung von Kriegsverlängerern hat Graf Czernin in seiner trefflichen Rede aber vergessen: auf jene, die uns während des Krieges so infam ausgebeutet und geschwächt haben. Auch sie müssen in die Abwehr einbezogen werden. (Langandauernder Beifall.) Es sprach noch Bezirksvorsteher Ohrfandl und Stadtrat Fraß.

Neue Freie Presse Abend 4/IV. 1918 70

Reise des Grafen Czernin nach Bukarest am 6. April.

Wien, 4. April.

Der Minister des Aeußern Graf Czernin begibt sich Samstag den 6. d. nach Bukarest zur Fortsetzung der Friedensverhandlungen.

Neue Freie Presse

5./IV. 1918

Das französische Dementi gegen den Grafen Czernin.

Paris, 3. April.

Die Agence Havas meldet: Bei einer Vorsprache der Obmänner des Wiener Gemeinderates beim Minister des Aeußern Grafen Czernin hat dieser erklärt, daß einige Zeit vor der gegenwärtigen Offensive Ministerpräsident Clemenceau bei ihm angefragt habe, ob er zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis.

Ministerpräsident Clemenceau, der von den Erklärungen des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern heute vormittag an der Front Kenntnis erhalten hat, hat einfach geantwortet: „Graf Czernin hat hierin gelogen."

Die amtliche Erwiderung auf dieses Dementi.

Wien, 4. April.

Amtlich wird verlautbart:

Der k. u. k. Minister des Aeußern Graf Czernin hat in seiner am 2. April vor der Deputation des Wiener Gemeinderates gehaltenen Rede folgendes erklärt:

„Herr Clemenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich hiezu bereit sei und gegenüber Frankreich kein Friedenshindernis erblicken könne als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln."

Wie die Agence Havas am 3. d. meldet, hat der Herr französische Ministerpräsident nach Kenntnisnahme dieser Aeußerung des Grafen Czernin erklärt: „Graf Czernin hat hierin gelogen."

Dieser Aeußerung Herrn Clemenceaus gegenüber wird folgendes festgestellt:

Im Auftrage des k. u. k. Ministers des Aeußern hatte der Legationsrat i. R. Graf Nikolaus Revertera mit dem zu einer Unterredung mit letzterem nach der Schweiz entsendeten Vertrauensmanne Herrn Clemenceaus, dem im französischen Kriegsministerium zugeteilten Grafen Armand, dortselbst wiederholte Besprechungen. Anläßlich einer am 2. Februar d. J. in Freiburg in der Schweiz stattgehabten Unterredung der beiden Herren wurde die Frage erörtert, ob und auf welcher Grundlage zwischen den Ministern des Aeußern Oesterreich-Ungarns und Frankreichs oder zwischen offiziellen Vertretern dieser Minister eine Aussprache über die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens möglich wäre. Hierauf hat Graf Revertera nach Einholung der Weisungen des k. u. k. Ministers des Aeußern in dessen Auftrage dem Grafen Armand zwecks Mitteilung an Herrn Clemenceau in den letzten Februartagen erklärt, Graf Czernin sei zu einer Aussprache mit einem Vertreter Frankreichs bereit und halte ein Gespräch mit Aussicht auf Erfolg für möglich, sobald Frankreich nur auf seine Eroberungsabsichten, betreffend Elsaß-Lothringen, verzichtet. Dem Grafen Revertera wurde hierauf im Namen Herrn Clemenceaus erwidert, dieser sei nicht in der Lage, die vorgeschlagene Verzichtleistung Frankreichs auf diese Annexion anzunehmen, so daß eine Zusammenkunft von Vertretern nach beiderseitiger Ansicht derzeit zwecklos wäre.

Neue Freie Presse

5./IV. 1918

Die Ablehnung Clemenceaus.

Beschimpfung des Grafen Czernin durch die Agence Havas.

Paris, 3. April.

Die Agence Havas meldet: Die Erklärungen des Ministers des Aeußern Grafen Czernin gegenüber den Vertretern des Wiener Gemeinderates sind erst heute vormittag in Paris eingelangt. In politischen Kreisen wird bemerkt, daß das Manöver des Grafen Czernin von einer zu offensichtlichen Doppelzüngigkeit ist, um irgend jemanden zu täuschen. Es liegt klar zutage, daß Graf Czernin zuerst und vor allem bei der Bevölkerung der Monarchie die diesmalige Entsendung von Kontingenten an die französische Front rechtfertigen wollte. Das zweite Ziel des Manövers des Grafen Czernin ist, dem Rufe der Loyalität, der Energie und der Geradheit Clemenceaus Eintrag zu tun und die Beliebtheit seiner Persönlichkeit, die ihn geniert, zu untergraben zu suchen. Schließlich hoffte Graf Czernin zweifellos, auf diese Weise Zwiespalt zwischen den französischen politischen Parlamentsparteien zu erregen und gleichzeitig Mißtrauen und Unstimmigkeit zwischen den Verbündeten der Entente hervorzurufen. Es ist überflüssig hinzuzufügen, daß die Plumpheit des Manövers derart zutage liegt, daß es nicht einen einzigen Augenblick Illusionen hervorrufen könnte. Ueberdies genügt das energische Dementi Clemenceaus, in beredter Weise die Dinge richtigzustellen und diesen ungeschickten Verleumdungsversuch mit der Wurzel auszurotten.

Amsterdam, 3. April.

Die Abendblätter veröffentlichen eine drahtlose Meldung aus Paris, wonach Ministerpräsident Clemenceau, als er bei einem Besuch an der Front von der Behauptung des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern Grafen Czernin erfuhr, wonach der französische Ministerpräsident bei ihm anfragen ließ, ob und auf welcher Basis Graf Czernin zu verhandeln bereit sei, erklärt habe, daß diese Behauptung erlogen sei. Das Ziel dieser Behauptung sei, das österreichisch-ungarische Volk glauben zu machen, daß sich die französische Regierung von ihren Bundesgenossen lossagen werde. Graf Czernin bilde sich ein, auf diese Weise der Bevölkerung Oesterreich-Ungarns den Mut zurückgeben zu können. Das Dementi Clemenceaus werde diesen Versuch jedoch vereiteln.

Legationsrat i. R. Graf Nikolaus Revertera.

Der österreichisch-ungarische Diplomat, der mit dem französischen Vertreter Grafen Armand in der Schweiz über die Sondierung Clemenceaus im Februar dieses Jahres verhandelt hat, ist, nach einer amtlichen Mitteilung, der Legationsrat i. R. Nikolaus Graf Revertera v. Salandra. Graf Revertera ist 1866 geboren, legte 1890 die Diplomatenprüfung ab, wurde der Botschaft beim päpstlichen Stuhl in Rom zugewiesen, im Jahre 1891 nach Konstantinopel, 1892 nach Paris transferiert, 1895 zum Legationssekretär ernannt und 1896 nach Stuttgart versetzt. Ein Jahr später wurde er der Botschaft in London zugeteilt und 1899 in den zeitlichen Ruhestand versetzt. Im Jahre 1902 erhielt er den Titel eines Legationsrates. Graf Revertera ist Abgeordneter des oberösterreichischen Landtages als Mitglied der Kurie des Großgrundbesitzes. Er ist Herrschaftsbesitzer in Tollet.

Graf Armand.

In der französischen Diplomatie sind zwei Männer des Namens Armand, und zwar: André Ernst Emil Armand, geboren im März 1874 in Algier, im diplomatischen Dienst tätig; seit Dezember 1907 Vizekonsul. Ferner Jean Paul Harry Armand, geboren im Februar 1874, Vizekonsul in Stuttgart, sodann in Danzig und hierauf in Sydney (Australien). Zuletzt wurde er im August 1912 nach Dublin versetzt. Welcher von diesen beiden der französische Unterhändler ist, ist noch nicht bekannt.

Österr. Volkszeitung
5./IV. 1918

Besprechung der deutschnationalen Abgeordneten Niederösterreichs.

Kundgebung für den Grafen Czernin.

In der gestern unter Vorsitz des Abgeordneten Kittinger stattgefundenen Besprechung der deutschnationalen Reichsratsabgeordneten von Niederösterreich, an der die Abgeordneten Richter, Doktor Schürff, Dr. Waber und Wedra teilnahmen, wurde zu den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen Stellung genommen. Im besonderen wurde der Genugtuung über die entschlossene und deutliche Erklärung des Ministers des Aeußern Grafen Czernin gegen die staatsfeindlichen Vorgänge im slawischen Lager und gegen die Hetze wider das Deutsche Reich Ausdruck verliehen. Bei der Erörterung über den Rohstoffmangel, unter dem insbesondere die mittelständischen Betriebe schwer zu leiden haben, wurde einer scharfen Kritik ganz besonders der Umstand unterzogen, daß notwendige Rohmaterialien auf gesetzlichem Wege überhaupt nicht zu haben sind, während sie im Schleichhandel in jeder beliebigen Menge zu Wucherpreisen erhältlich sind. Daran anschließend wurde die noch immer andauernde Ausschaltung des legitimen Handels von der Warenverteilung schärfstens verurteilt und beschlossen, in beiden Fragen zur Abstellung dieser Uebelstände beim Ministerpräsidenten vorstellig zu werden. Bei Erörterung der Ernährungsfragen wurde darauf hingewiesen, daß an dem gegenwärtigen Notstand zum großen Teile der Mangel der notwendigen Voraussicht bei der Bewirtschaftung der vorjährigen Ernte schuld trägt und daß künftig in diesen wichtigen Lebensfragen der breiten Volksschichten mit weniger Optimismus, aber mehr Sachlichkeit vorgegangen werde.

Neues Wiener Tagblatt

6./IV. 1918

Herr v. Jagow und die Denkschrift Lichnowskys.

Oesterreich-Ungarn und die englische Kombination.

München, 4. April. In der Auseinandersetzung über die Grundlinien der auswärtigen Politik vor dem Kriege, zu der die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky Anstoß gegeben hat, findet man in Berliner Blättern gelegentlich die Darstellung, als ob der frühere Staatssekretär v. Jagow gleich dem Fürsten Lichnowsky die Ersetzung des Bundes mit Oesterreich-Ungarn durch eine neue Kombination mit England erstrebt hätte.

Der Chefredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten", Ernst Posselt, hat sich, um den verwirrenden Folgen einer solchen mißverständlichen Auslegung vorzubeugen, an Herrn v. Jagow, der zurzeit in München weilt, mit der Bitte um Auskunft gewendet.

Herr v. Jagow hat sich bei dieser Gelegenheit folgendermaßen geäußert: Es ist mir unverständlich, wie aus einem aus dem Zusammenhang gerissenen Satz die Folgerung hergeleitet werden konnte, die Auffassungen des Fürsten Lichnowsky über Oesterreich-Ungarn seien im Auswärtigen Amt geteilt worden. Schon der Hinweis am Schlusse meiner Ausführungen auf den Standpunkt des Fürsten Bismark, Deutschland dürfe nicht neben einem niedergeworfenen Oesterreich-Ungarn auf dem europäischen Kontinent zwischen Rußland und Frankreich isoliert zurückbleiben, müßte wohl eine solche Verkennung meiner Absichten ausschließen.

Wegen der im Laufe der Jahre eingetretenen Isolierung des Dreibundes habe ich die Annäherung an England betrieben, aber nicht etwa, um England an die Stelle Oesterreich-Ungarns zu setzen, sondern um durch Beseitigung des deutsch-englischen Gegensatzes England zu einer anderweitigen Orientierung seiner Politik zu bewegen. Die Sicherung der durch die russische Balkanpolitik bedrohten Großmachtstellung unsres österreichisch-ungarischen Bundesgenossen — deren Erhaltung für uns ein eminentes Interesse bedeutet — blieb dann nicht mehr eine Aufgabe, die ausschließlich Deutschland zufiel. Denn auf Italien könnten wir dabei nicht zählen. Die Kombination mit England hätte uns von der Notwendigkeit entbunden, gegebenenfalls für Oesterreich-Ungarn gegen Rußland allein in die Schranken zu treten. Aehnlich wie durch die Abmachungen vom Jahre 1887 wäre ein Teil unsrer Verpflichtungen auch auf andre Schultern gelegt worden. Eine freundliche Haltung Englands zum Dreibund, dessen moralische Verlängerung über den Kanal hinaus, wie Hermann Oncken sich ausdrückt, wieder herzustellen war das Ziel unsrer Politik, wobei wir auch, was gegenüber irrigen Auffassungen festgestellt sei, der vollen Zustimmung unsrer Bundesgenossen gewiß waren. Der Bund zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, gestützt durch die Freundschaft mit England, hätte einen Friedensblock von unangreifbarer Festigkeit geschaffen.

Der Weg zu diesem Ziel war weit. Die ruhige Entwicklung wurde durch die Mordtat von Sarajevo durchkreuzt, und in der Schicksalsstunde des August 1914 zog die englische Regierung, statt den Frieden zu erhalten, es vor, sich dem Kriege gegen uns anzuschließen. Ob sie mit diesem Entschluß das Richtige gewählt hat, darüber mögen ihr inzwischen wohl ernste Zweifel gekommen sein. Jedenfalls hat sie an dem Blutvergießen in Europa ein erhebliches Teil der Schuld auf sich geladen.

Neue Freie Presse

6./IV. 1918

General Smuts über die deutsche Offensive und die „Enthüllungen" Lichnowskys.

London, 3. April. (T.-K.)

General Smuts hielt heute eine Rede, in der er unter anderm sagte: Während der letzten zwölf Monate der Kämpfe im Westen hat die britische Armee vier schwere Stöße aufgefangen gehabt und dabei immer ihren Mann gestellt. Der Feind hat nun wohl gemeint, daß der Geist unserer Truppen gelitten habe und daß die Zeit gekommen sei, uns durch einen Gewaltstoß außer Gefecht zu setzen. Aus diesem Grunde hat er am 21. März einen Angriff begonnen, wie ihn dieser Krieg noch nicht gesehen hat. Der Feind hat offenbar die Ueberzeugung, daß er uns jetzt besiegen kann. In weniger als einer Woche haben die Deutschen gegen unsere fünfte und dritte Armee mehr als anderthalb Millionen Mann ins Feuer gebracht, in einem Angriff, wie ihn die Kriegsgeschichte bisher nicht gekannt hat. Wiederum hat die englische Armee in heldenmütiger und glorreicher Verteidigung standgehalten. Unsere Linien sind trotz dieser fürchterlichen Feuerprobe nicht zusammengebrochen. Unter einem unwiderstehlichen Druck sind unsere Truppen langsam zurückgezogen worden und sie haben jeden Fußbreit Boden bis aufs äußerste verteidigt.

Die beiden letzten Wochen haben endlich die erwünschte Klärung darüber gebracht, ob die Deutschen angreifen oder ob sie den Krieg zur Verteidigung ihres Landes gegen eine Welt führen wollen, die sich zu ihrer Vernichtung vereinigt hat. Die deutsche Regierung hat mit Hilfe der deutschen Presse dem Volke die Ueberzeugung beigebracht, daß es durch die Intrigen Englands zum Kriege gezwungen worden sei. Von großer Wichtigkeit sind in diesem Zusammenhang die Enthüllungen Lichnowskys, der seine Ueberzeugung ausgedrückt hat, daß weder die englische Regierung noch das englische Volk mit Deutschland in Feindschaft geraten wollten und daß sie danach strebten, jede Meinungsverschiedenheit auf friedlichem Wege zu regeln. Dieser Krieg hätte nach der Ansicht Lichnowskys verhindert werden können, wurde jedoch von der deutschen Regierung in dem Moment, den sie für günstig erachtete, angefangen. Den deutlichsten Beweis hiefür liefern die Erklärungen Jagows in der Antwort der deutschen Regierung an Lichnowsky. Nachdem dem deutschen Volke während der letzten dreieinhalb Jahre stets versichert worden war, daß England die Hauptursache dieses Krieges sei, gibt Jagow nun zu, daß dem nicht so ist; er gibt zu, daß der Krieg eine Angelegenheit der deutschen Presse war. Es kann nunmehr kein Zweifel darüber bestehen, daß Deutschland den Krieg gesucht hat und daß es sich um einen deutschen Angriffskrieg handelt.

Der zweite Punkt, der nun geklärt ist, bezieht sich auf die Kriegsziele Deutschlands. Diese sind uns offenbar geworden, als dem hilflosen Rußland der Friede aufgezwungen wurde. Entgegen sämtlichen Mehrheitsbeschlüssen über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und ähnlichen Formeln wurden Rußland die Friedensbedingungen diktiert. Es ist noch niemals in dem Maße eine Annexionspolitik zur Anwendung gebracht worden, wie von der siegreichen deutschen Großmacht. Deutschland muß bedenken, daß auch Rußland, obwohl es sich augenblicklich in einem schlimmen Zustand befindet, eine Großmacht bleibt und daß der stärkste Bau des deutschen Imperialismus durch Rußland in späteren Zeiten gestürzt werden kann. Der Friede mit Rußland und Rumänien hat uns überzeugt, daß der Krieg von Deutschland nicht im Interesse eines Weltfriedens, sondern im Interesse eines deutschen Friedens geführt wird.

Der dritte Punkt von großer Bedeutung, der nun aufgeklärt ist, war das Friedensangebot, das unsere billigen Forderungen bezüglich Belgiens hätte befriedigen sollen und auf das wir einzugehen bereit waren. Dem Feinde ist im Januar dieses Jahres eine schöne Gelegenheit geboten worden, als Lloyd-George eine sehr mäßige Erklärung über unsere Kriegsziele vor der Arbeiterkonferenz abgegeben hat. Jedermann erkannte die Billigkeit und Redlichkeit dieser Erklärung. Sie wurde von Wilson und Clemenceau sowie durch den sozialistischen Kongreß aller alliierten Länder unterstützt. Aber wie hat Deutschland von dieser Friedensgelegenheit Gebrauch gemacht? Die Antwort ist in Form einer blutigen Offensive an der Westfront erteilt worden. Nicht weniger als an den anderen Fronten soll hier das deutsche Schwert den deutschen Frieden erringen. Lloyd-Georges Oelzweig ist von den Deutschen mit einem Faustschlag beantwortet worden. Deutschland scheint den festen Entschluß zu haben, diesen Krieg zu gewinnen und dann der Welt einen Frieden aufzuerlegen, wie ihn Hindenburg ausgedacht hat. Darum spornen unsere Bundesgenossen in Europa alle ihre Kräfte an und darum setzt Amerika alles ein, um lange noch vor Ende dieses Jahres mit einer sehr großen Armee nach Europa zu kommen. Aber am Ende muß das britische Reich die tonangebende Rolle für die Freiheit der Welt spielen.

6./IV. 1918

79

Die Demobilisierung der rumänischen Armee.

Die Verhandlungen mit Bulgarien.

Sofia, 4. April.

Die Bulgarische Telegraphenagentur meldet aus Bukarest unter dem 3. April: Der bulgarische Abgesandte Generalmajor Tantilow verlangte die Freilassung sämtlicher bulgarischen Offiziere und Mannschaften, die aus der Dobrudscha stammen und in die rumänische Armee eingereiht sind, sowie die Ermächtigung zu ihrer sofortigen Rückkehr in ihre Heimat.

Nach aus Jassy eingetroffenen Nachrichten sind bis jetzt die 11., 12., 13., 14. und 15. rumänische Division abgerüstet worden. Der rumänische Ministerrat soll die Frage der Demobilisierung in möglichst kurzer Zeit einem Studium unterziehen. 45.000 Soldaten und 1000 Offiziere sind nach der Abrüstung in die Walachei zurückgekehrt.

Die bulgarischen Abgesandten und Sachverständigen halten in den Kommissionen täglich mit den rumänischen Abgesandten Beratungen ab. Der bulgarische Entwurf hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen ist bereits angenommen. Die übrigen Entwürfe sind ebenfalls bereits geprüft worden. Ihre endgültige Annahme ist um 24 bis 48 Stunden verschoben worden, eine Frist, die zur Ueberprüfung nötig ist, um zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Heute begann die Beratung des bulgarischen Entwurfes des politischen Vertrages, der sehr geringe Abweichungen von jenem unserer Verbündeten aufweist. Er ist bereits in Paragraphe gefaßt, so daß seine En bloc-Annahme keinen Schwierigkeiten begegnen wird. Alle diese Sonderfragen werden, in der Form von besonderen Kapiteln zusammengefaßt, einen integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages bilden.

6./IV. 1918

80

Der russisch-rumänische Vertrag über Beßarabien.

Paris, 4. April. (T.-K.)

Die Blätter veröffentlichen den Wortlaut des russisch-rumänischen Vertrages über die Räumung von Beßarabien. Nach diesem Vertrag werden die rumänischen Truppen Beßarabien innerhalb zweier Monate, vom 9. März an gerechnet, verlassen. Alle großen Orte werden sofort von russischen Truppen besetzt werden. Nach Ablauf von zwei Monaten werden nur noch rumänische Abteilungen in der Stärke von etwa 10.000 Mann zur Bewachung der Depots und Eisenbahnlinien in Beßarabien zurückbleiben. Die in Rumänien festgenommenen russischen Revolutionäre werden gegen die in Rußland verhafteten rumänischen Staatsangehörigen ausgetauscht werden. Rußland verpflichtet sich schließlich, den Ueberschuß des beßarabischen Getreides an Rumänien zu liefern.

Reichspost

6./IV. 1918

81

Die Friedensverhandlungen in Bukarest.

Die Beratungen über die bulgarischen Entwürfe.

Sofia, 4. April.

Die Bulg. Tel.-Ag. meldet aus Bukarest unter dem 3. April: Der bulgarische Abgesandte Generalmajor Tantilow verlangte die Freilassung sämtlicher bulgarischen Offiziere und Mannschaften, die aus der Dobrudscha stammen und in die rumänische Armee eingereiht sind, sowie die Ermächtigung zu ihrer sofortigen Rückkehr in ihre Heimat.

Nach aus Jassy eingetroffenen Nachrichten sind bis jetzt die 11., 12., 13., 14. und 15. rumänische Division abgerüstet worden. Der rumänische Ministerrat soll die Frage der Demobilisierung in möglichst kurzer Zeit einem Studium unterziehen. 45.000 Soldaten und 1000 Offiziere sind nach der Abrüstung in die Walachei zurückgekehrt.

Die bulgarischen Abgesandten und Sachverständigen halten in den Kommissionen täglich mit den rumänischen Abgesandten Beratungen ab. Der bulgarische Entwurf hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen ist bereits angenommen. Die übrigen Entwürfe sind ebenfalls bereits geprüft worden. Ihre endgültige Annahme ist um 24 bis 48 Stunden verschoben worden, eine Frist, die zur Ueberprüfung nötig ist, um zu einem Einvernehmen zu gelangen. Heute begann die Beratung des bulgarischen Entwurfes des politischen Vertrages, der sehr geringe Abweichungen von jenem unserer Verbündeten aufweist. Er ist bereits in Paragraphe gefaßt, so daß seine en-bloc-Annahme keinen Schwierigkeiten begegnen wird. Alle diese Sonderfragen werden, in der Form von besonderen Kapiteln zusammengefaßt, einen integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages bilden.

Reichspost

Abendz
6./IV. 1918

Die Anstiftung des Krieges.

Die russischen Pläne auf Konstantinopel und die Meerengen. — Die Beschlüsse einer Geheimberatung in Petersburg.

Berlin, 5. April.

Die „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht nach der Gorkischen Zeitung „Nowaja Shisn" vom 19. Februar 1918 ein Dokument aus der Vorgeschichte des Krieges, das von ausschlaggebender Bedeutung für die Frage ist, wer den Krieg gewollt hat und wer ihn planmäßig vorbereitet hat. „Nowaja Shisn" schreibt:

Am 8. (21) Februar 1914, also fünf Monate vor Beginn des Weltkrieges fand in Petersburg eine ganz geheime Sitzung statt, worin ein Plan der Eroberung Konstantinopels und der Meerengen ausgearbeitet wurde. Dabei wurde in Aussicht genommen, daß diese Operation im Rahmen eines allgemeinen europäischen Krieges vorgenommen werden sollte und die Rollen Serbiens, Bulgariens, Griechenlands, Rumäniens und anderer Staaten waren im voraus verteilt. Das Protokoll der Sitzung wurde Nikolaus II. zur Bestätigung vorgelegt, der darauf eigenhändig vermerkte: „Die Beschlüsse der Beratung heiße ich in vollem Umfange gut." Deshalb sind die in der Sitzung angenommenen Beschlüsse nicht platonische Träume irgendwelcher einzelner höherer Staatsbeamten, sondern stellen im Gegenteil das reale Aktionsprogramm der russischen Regierung dar.

Nach dem Sitzungsprotokoll nahmen an der Sitzung der russische Minister des Aeußern Sasanow, Marineminister Grigorowitsch, der Chef des Generalstabes Schilinsky, der damalige russische Botschafter in Konstantinopel v. Giers und andere hohe Offiziere des Heeres und der Marine teil. Bei Beginn der Sitzung nahm der russische Minister des Aeußern auf das von ihm im November an allerhöchster Stelle vorgelegte Memorandum Bezug, worin er dem russischen Kaiser folgende Erwägung unterbreitet hatte:

Im Zusammenhange mit der Veränderung der politischen Lage müsse vielleicht schon in naher Zukunft die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, daß Ereignisse eintreten können, die die internationale Lage der Meerengen von Konstantinopel von Grund aus verändern. Es sei deshalb notwendig, unter Mitarbeit der entsprechenden Behörden unverzüglich an die Ausarbeitung eines allseitigen Aktionsprogramms zu schreiten, um eine für Rußland günstige Lösung der historischen Meerengenfrage sicherzustellen. Obgleich er im gegenwärtigen Moment erhebliche politische Verwicklungen für wenig wahrscheinlich halte, könne er trotzdem selbst in der nächsten Zukunft für die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes im nahen Osten keine Gewähr übernehmen. Rußland könne nicht zulassen, daß sich an den Meerengen irgend eine andere Macht festsetze, und es sei deshalb notwendig, festzustellen, was zur Vorbereitung einer schnellen Besetzung des Bosporus und der Dardanellen bereits geschehen sei und noch geschehen müsse.

Im Verlaufe der weiteren Erörterungen erklärte Minister Sasanow, daß gegen die Besitzergreifung der Meerengen sowohl Griechenland als auch Bulgarien auftreten könnten, daß ferner mit einer Unterstützung Rußlands durch Serbien kaum gerechnet werden könnte, da man nicht voraussetzen könne, daß eine russische Aktion gegen die Meerengen außerhalb eines europäischen Krieges unternommen werden könne, und unter solchen Umständen Serbien gezwungen sein würde, seine gesamte Macht gegen Oesterreich-Ungarn zu werfen. Der Minister sagte weiters, er glaube auch nicht, daß Rumänien im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn gegen Rußland auftreten werde, ebensowenig, daß im Falle eines Zusammenstoßes zwischen dem Dreibund und Rußland Deutschland und Oesterreich-Ungarn Truppen nach den Meerengen werfen würden.

Der Chef des Generalstabes gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kampf um Konstantinopel außerhalb eines europäischen Krieges unmöglich sei.

Botschafter v. Giers erklärte es für besonders erwünscht, die für eine Landungsoperation notwendigen Truppen im voraus ausdrücklich zu bestimmen und dabei festzulegen, daß sie nicht von dieser Aufgabe abweichen und für andere Zwecke verwendet werden dürfen.

Der Vertreter des Marinestabes Kapitän Njemitz äußerte, daß Rußland durchaus gleichzeitig mit den Operationen an der Westfront auch Konstantinopel und die Meerengen durch seine Streitkräfte besetzen müsse.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung über die technischen Fragen einer Landung gab Minister Sasonow dem Wunsche Ausdruck, daß die erste Staffel der Landungsarmee, d. h. das zusammengesetzte Korps, das innerhalb drei bis vier Tagen mobilisiert werden soll, sofort auf Schiffe gebracht und somit innerhalb von vier bis fünf Tagen nach der Erklärung der Mobilisation nach dem Bosporus geschafft werde.

Nach Beendigung der Beratung über die Hauptfragen, die sich aus einer planmäßigen Vorbereitung für die Besitzergreifung der Meerengen in nicht ferner Zukunft als notwendig erweisen würden, sprach die Versammlung den Wunsch aus, daß die Regierung in allen einschlägigen Ressorts alle Maßregeln ergreifen möge, die die Ausführung dieser Aufgabe in technischer Beziehung erfordere. Insbesondere wurde beschlossen, daß das Marineressort unverzüglich die Mittel ausfindig machen möge, um den Transport der aus einem Korps bestehenden ersten Staffel der Landungsarmee zu den Meerengen bis auf vier bis fünf Tage nach Eintreffen des Befehls zu reduzieren. Die Kommission beschloß, daß seitens Rußland alle Maßnahmen getroffen werden müßten, um planmäßige Vorbereitungen für die Besitzergreifung der Dardanellen in nicht ferner Zukunft durchzuführen. Der russische Zar billigte ausdrücklich alle diese Maßnahmen und ihre Ausführung wurde sofort in Angriff genommen.

„Nowaja Schisn" fügt hinzu: Der erwartete günstige Zufall, der die Möglichkeit bieten sollte, eine eingetretene Verwicklung zu benützen, um sich in den Krieg zu stürzen, und den Versuch zu machen, die Meerengen in Besitz zu nehmen, ist alsbald eingetreten. Die russische Regierung, die, wie aus dem obigen Protokoll zu ersehen ist, nur auf einen derartigen Vorgang wartete, zog im voraus die Möglichkeit in Rechnung, Serbien in einen Krieg mit Oesterreich-Ungarn zu verwickeln, und beeilte sich alsdann, den Verteidiger des beleidigten Serbien zu spielen, um sich blind in das Kriegsabenteuer zu stürzen. Wenn es trotzdem nicht gelungen ist, den Plan einer Eroberung Konstantinopels und der Meerengen zu verwirklichen, so war der Mangel des entsprechenden Wunsches jedenfalls nicht der Grund dafür.

Neue Freie Presse

Abendblatt
6/IV. 1918

83

Deutschlands Politik vor dem Kriege.

Eine Darstellung des früheren Staatssekretärs v. Jagow.

München, 4. April.

In der Auseinandersetzung über die Grundlinien der auswärtigen Politik vor dem Kriege, zu der die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky Anstoß gegeben hat, findet man in Berliner Blättern gelegentlich die Darstellung, als ob der frühere Staatssekretär v. Jagow gleich dem Fürsten Lichnowsky die Ersetzung des Bundes mit Oesterreich-Ungarn durch eine neue Kombination mit England erstrebt hätte.

Der Hauptschriftleiter der „Münchner Neuesten Nachrichten", Ernst Posselt, hat sich, um den verwirrenden Folgen einer solchen mißverständlichen Auslegung vorzubeugen, an Herrn v. Jagow, der zurzeit in München weilt, mit der Bitte um Auskunft gewendet.

Herr v. Jagow hat sich bei dieser Gelegenheit folgendermaßen geäußert: Es ist mir unverständlich, wie aus einem aus dem Zusammenhang gerissenen Satz die Folgerung hergeleitet werden konnte, die Auffassungen des Fürsten Lichnowsky über Oesterreich-Ungarn seien im Auswärtigen Amt geteilt worden, ich selbst sei Gegner des Bündnisses gewesen und es habe sich damals um die Frage: England oder Oesterreich-Ungarn, gehandelt. Schon der Hinweis am Schlusse meiner Ausführungen auf den Standpunkt des Fürsten Bismarck, Deutschland dürfe nicht neben einem niedergeworfenen Oesterreich-Ungarn auf dem europäischen Kontinent zwischen Rußland und Frankreich isoliert zurückbleiben, müßte wohl eine solche Verkennung meiner Absichten ausschließen. Aus den Ausführungen Lichnowskys selbst geht schon klar hervor, daß seine Anschauungen in diesem Punkte der amtlichen Politik zuwiderliefen. Wegen der im Laufe der Jahre eingetretenen Isolierung des Dreibundes habe ich, wie ich schon in meiner Entgegnung auf die Schrift Lichnowskys bemerkte, die Annäherung an England betrieben, aber nicht etwa, um England an die Stelle Oesterreich-Ungarns zu setzen, sondern um durch Beseitigung des deutsch-englischen Gegensatzes England zu einer anderweitigen Orientierung seiner Politik zu bewegen. Die Sicherung der durch die russische Balkanpolitik bedrohten Großmachtstellung unseres österreichisch-ungarischen Bundesgenossen — deren Erhaltung für uns ein eminentes Interesse bedeutet — blieb dann nicht mehr eine Aufgabe, die ausschließlich Deutschland zufiel. Denn auf Italien könnten wir dabei nicht zählen. Die Kombination mit England hätte uns von der Notwendigkeit entbunden, gegebenenfalls für Oesterreich-Ungarn gegen Rußland allein in die Schranken zu treten. Aehnlich wie durch die Abmachungen vom Jahre 1887 wäre ein Teil unserer Verpflichtungen auch auf andere Schultern gelegt worden. Eine freundliche Haltung Englands zum Dreibund, dessen moralische Verlängerung über den Kanal hinaus, wie Hermann Oncken sich ausdrückt, wieder herzustellen war, war das Ziel unserer Politik, wobei wir auch, was gegenüber irrigen Auffassungen festgestellt sei, der vollen Zustimmung unserer Bundesgenossen gewiß waren. Der Bund zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, gestützt durch die Freundschaft mit England, hätte einen Friedensblock von unangreifbarer Festigkeit geschaffen.

Der Weg zu diesem Ziele war weit. Die ruhige Entwicklung wurde durch die Mordtat von Sarajevo durchkreuzt, und in der Schicksalsstunde des August 1914 zog die englische Regierung, statt den Frieden zu erhalten, es vor, sich dem Kriege gegen uns anzuschließen. Ob sie mit diesem Entschluß das Richtige gewählt hat, darüber mögen ihr inzwischen wohl ernste Zweifel gekommen sein. Jedenfalls hat sie an dem Blutvergießen in Europa ein erhebliches Teil der Schuld auf sich geladen. Daß England für die oben angedeutete Politik der Annäherung nie und nimmer zu haben gewesen wäre, ist eine These, die unsere einseitigen Anglophoben mit mehr Lungen- als Beweiskraft immer wieder verkündet haben. Keine Politik ist so anpassungs- und wendungsfähig wie die englische; das Intrigenspiel König Eduards VII. war nicht von ewiger Geltung. Auch nach dem Eintritt Deutschlands in die Weltpolitik blieb die Welt groß genug, um den beiden Reichen und Völkern ihre Betätigung neben- und miteinander zu gestatten. Vorhandene Reibungsflächen ließen sich durch Ausgleiche zu beiderseitigen Vorteil glätten; die Abmachungen über Bagdad und die Kolonien, die bei Ausbruch des Krieges vor dem Abschluß standen, sind Beweise dafür. Bezeichnenderweise sind diejenigen Leute bei uns, die immer nur England als den Feind, den einzigen Feind hinstellen, dieselben, die, um die Einkreisungsgefahr zu beschwören, mit dem gleichen Eifer die Anlehnung an Rußland als natürlichen Bundesgenossen, als starken Stützpunkt der monarchischen Weltordnung gepredigt haben. Weder die Veröffentlichungen über unsere Erfahrungen von Björkö noch die Enthüllungen im Suchomlinow-Prozeß, noch der schließliche Zusammenbruch des durch den Panslawismus, den Nihilismus und die Fäule seines Beamtentums zermorschten Zarenreiches scheinen sie eines besseren belehrt zu haben. Wie die Dinge heute liegen, kann es nur geschichtlichen Wert haben, wenn man sich über die Rollenverteilung unserer Feinde beim Ausbruch des Krieges, über das größere oder kleinere Maß von Schuld, das jedem einzelnen von ihnen zukommt, klar zu werden sucht. England hat die Sache unserer Feinde zu der seinigen gemacht. So soll es auch spüren, wie Deutschland sich seiner Feinde erwehrt.

Ostdeutsche Rundschau
7./IV. 1918

84 D 7

Reichsratsabgeordneter K. H. Wolf über die Rede Czernins.

Reichsratsabgeordneter K. H. Wolf äußerte sich zur Rede des Grafen Czernin folgendermaßen:

Was Graf Czernin in seiner letzten, vor den Wiener Gemeinderäten gehaltenen Rede über das Verhalten der Tschechen an der Front und in der inneren Politik sagte, war von einer erfrischenden Deutlichkeit. Die Brandmarkung Masaryks und Konsorten hatte auch ihre vorauszusehende und vielleicht auch beabsichtigte Wirkung nicht verfehlt und es wird nun die Aufgabe der mit der Leitung der inneren Politik betrauten Faktoren sein, das fortzusetzen, wozu Czernin in seiner Rede den Auftakt gegeben hat. Zwei von den innerhalb der Grenzen gebliebenen Masaryks waren denn auch gleich tags darauf beim Ministerpräsidenten, bei demselben Ministerpräsidenten, der durch seine Gegenzeichnung die Verantwortung für den Amnestieerlaß übernommen hatte und haben mit der ihnen eigenen Dreistigkeit Rechenschaft gefordert. Nach dem, was sie selbst über ihre Vorsprache beim Ministerpräsidenten verlautbart haben, scheint die Antwort, die ihnen dort gegeben wurde, zu den Ausführungen Czernins gerade gepaßt zu haben und der Brief, den die Tschechen an den Obmann des Ausschusses für Aeußeres, Exzellenz Dr. Baernreither gerichtet haben, in welchem sie die sofortige Zusammenberufung dieses Ausschusses verlangen, läßt erkennen, daß sie sich noch durchaus als die Herren der Lage fühlen und nicht die geringste Besorgnis hegen, es könnte auch auf dem Gebiete der inneren Politik von ihnen einmal so gesprochen werden, wie dies Graf Czernin als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten so kräftig und mit so starkem Widerhall getan hat. Nach diesem überaus dreisten Benehmen der Tschechen kann man wohl sicher Schlüsse ziehen auf die Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse bei dem ja doch in absehbarer Zeit zu gewärtigenden Zusammentritte des Reichsrates und auf die schwachen Hoffnungen, die von so mancher Seite noch auf den Verfassungsausschuß oder eine andere zur Verfassungsreform einzuberufende Körperschaft gesetzt worden sind. Diese dürften nun wohl in Nebel und Nichts zerflattern. **Dem Mut, mit welchem Graf Czernin seine zürnenden und richtigen Worte sprach, müßte nun folgerichtig der Mut zur Tat folgen und man müßte sich entschließen, bei der unbedingt notwendigen Verfassungsreform den bösen Willen völlig auszuschalten, den die Tschechen allen staatlichen Interessen gegenüber bisher so schrankenlos und unbehindert betätigt haben.** Darf man bei uns in Oesterreich wirklich solchen Mut von unseren leitenden Männern erhoffen und solche Taten?

Graf Czernin scheint sich nach seinen Aeußerungen nunmehr zur völlig klaren Erkenntnis durchgerungen zu haben, daß die Verfassungsreform, deren Notwendigkeit er ja doch wohl nie verkannt haben dürfte, den Tschechen und Südslaven nicht abgekauft und abgeschmeichelt werden kann und darf, sondern daß sie nur unter rücksichtsloser Beiseiteschiebung der von dieser Seite zu erwartenden Widerstände mit Einsetzung aller Kräfte und Anwendung aller verfügbaren Mittel erzwungen werden muß. Ob diese Mittel auf dem Wege parlamentarischer Auseinandersetzung gefunden und ausgenützt werden können, darüber waren Kenner der Verhältnisse nie im Unklaren. Für Oesterreich und seine durchaus unaufschiebbare Neugestaltung wäre es aber besser gewesen, wenn Herr Graf Czernin nicht erst jahrelager Erfahrungen bedurft hätte, um die Lage zu erkennen, sondern wenn er die Erkenntnis schon damals besessen hätte, **als die Durchsetzung und Durchführung der Neugestaltung auf dem einzig denkbaren, das heißt außerparlamentarischen Wege unmittelbar bevorstehend schien. Damals hat Graf Czernin in dem entscheidenden Augenblick hindernd eingegriffen, indem er mit Rücksicht auf die russische Revolution der Anwendung des Oktrois bei der inneren Neugestaltung sich widersetzte und die Einberufung des Parlamentes erzwang, eines Parlamentes, das im Verlaufe seiner bisherigen Tagung in jeder Stunde dem Staatsgedanken nie wieder gutzumachenden Schaden brachte und den Weg zur Neuordnung Oesterreichs mit schier unüberwindlichen Hindernissen verrammelte.**

So freudig man daher die nun erwachte Erkenntnis begrüßen mag, so wird die Freude doch sehr gedämpft durch den bangen Gedanken, ob es denn jetzt nicht vielleicht zu spät und die entscheidende Schicksalsstunde dieses Staates unwiederbringlich verpaßt ist.

Neue Freie Presse

86

7./IV. 1918

Die Rede Wilsons.

Washington, 6. April.

Reuter meldet: Bei der Feier des ersten Jahrestages des Eintrittes der Vereinigten Staaten in den Krieg und der Eröffnung des Werbefeldzuges für die dritte Freiheitsanleihe hielt Präsident Wilson in Baltimore heute eine Rede, in der er ausführte: Heute ist der Jahrestag unserer Annahme der Herausforderung Deutschlands zum Kampfe für unser Recht, frei zu leben, frei zu sein und für die heiligen Rechte der Völker der ganzen Welt. Die Nation ist erwacht. Es ist nicht nötig, sie zu wecken. Wir wissen, daß der Krieg uns die größten Opfer auferlegt, daß er unsere besten Männer und, wenn es sein muß, alles, was wir besitzen, fordern wird. Ich bin nicht gekommen, um für die Notwendigkeit der Anleihe zu sprechen, sondern nur, um euch eine lebendigere Anschauung von den Zwecken zu geben, denen sie dient. Die Ursachen dieses größten Krieges, der Grund, weshalb wir ihn kämpfen müssen, und alles, was von ihm abhängt, liegt jetzt klarer zutage als zuvor. Die Vereinigten Staaten können jetzt mehr als je sicher sein, daß ihr Schicksal davon abhängt und daß, wenn der Krieg verloren wird, ihre Stellung als große Nation sowie ihre Mission in der Welt gleichzeitig verloren sein wird.

Ich rufe meine Mitbürger zu Zeugen an, daß wir in keiner Phase dieses schrecklichen Krieges die Absichten Deutschlands in unserem Urteil übertrieben haben. Angesichts der Vorgänge, die einen so einschneidenden Einfluß auf das Schicksal der Menschheit in der ganzen Welt haben, würde ich mich schämen, harte Worte oder Ausdrücke von Haß oder Rache zu gebrauchen. Wir haben versucht, die Absichten, die Deutschland mit diesem Kriege verfolgt, aus den Aussprüchen seiner eigenen Wortführer zu erfahren und ihnen gegenüber ebenso offen zu handeln, wie sie wünschen, daß wir ihnen gegenüber handeln würden. Ich habe die Ideale und Absichten Amerikas ohne Vorbehalt und ohne Anwendung zweideutiger Phrasen aufgedeckt und die Feinde aufgefordert, ebenso offen zu sagen, was sie bezwecken. Sie haben in nicht mißzuverstehenden Ausdrücken geantwortet und erklärt, daß sie nicht Gerechtigkeit suchen, sondern die Herrschaft und das unbehinderte Durchsetzen ihres Willens. Die Deutschen antworteten nicht durch ihre Staatsmänner, sondern durch ihre militärischen Führer, die Deutschland tatsächlich beherrschen. Man kann in den Vereinigten Staaten nicht mißverstehen, was sie in Rußland, Finnland, der Ukraine und Rumänien getan haben, und Amerika ist zu der Annahme berechtigt, daß sie an der Westfront dasselbe tun würden, wenn sie nicht Armeen gegenüberstünden, die nicht einmal von ihren zahllosen Divisionen überwunden werden können. Wenn die Deutschen, sobald sie fühlten, daß dieser Widerstand unüberwindlich sei, günstige und gerechte Bedingungen in bezug auf Belgien, Frankreich und Italien stellen würden, könnten sie dann die Amerikaner tadeln, wenn sie daraus den Schluß zögen, daß dies nur deshalb geschehe, um den Feinden freie Hand in Rußland und im Osten zu sichern? Die Absicht der Feinde sei ohne Zweifel, alle slawischen Völker, alle ursprünglichen Ziele der Völker auf der Balkanhalbinsel und alle Länder, die die Türkei beherrschte und mißregierte, ihrem Willen und Ehrgeiz untertan zu machen, ein Weltreich der Gewalt, der Gewinnsucht und der kommerziellen Oberherrschaft aufzubauen, das für Amerika ebenso feindselig sein würde wie für Europa, und das letzten Endes Persien, Indien und die Völker des fernen Ostens bemeistern würde.

Wilson schloß: Was sollen wir also tun? Was mich anbelangt, bin ich bereit, selbst jetzt über einen gerechten und ehrlichen Frieden zu sprechen und zu jeder Zeit, wo er aufrichtig gewünscht wird, über einen Frieden, in dem Starke und Schwache gleich gut abschneiden. Aber als ich einen solchen Frieden vorschlug, kam die Antwort von den deutschen Befehlshabern in Rußland, und ich kann die Bedeutung dieser Antwort nicht mißverstehen. Ich nehme diese Herausforderung an und weiß, daß Ihr sie annehmt; die ganze Welt soll wissen, daß Ihr sie annehmt. Deutschland hat noch einmal gesagt, daß die Macht allein darüber entscheiden soll, ob ein gerechter Friede unter den Menschen herrschen und ob das Recht, wie Amerika es auffaßt, die Geschicke der Menschheit entscheiden soll, oder die Oberherrschaft, wie Deutschland sie auffaßt. Wir können deshalb nur eine Antwort geben, und die ist: Gewalt, Gewalt bis zum Aeußersten, Gewalt ohne Maß und Grenzen, die rechte, triumphierende Gewalt, die die Gesetze der Welt wieder in ihre Rechte einsetzt und jede selbstische Oberherrschaft in den Staub schleudern wird.

Vossische Zeitung

8./4 1918.

881 8

Der Tschechen-Kongreß in Rom.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

th Lugano, 7. April.

Dr. Hlawaceł, der Leiter der tschechischen nationalen Organisation in Italien, erklärte einem italienischen Journalisten, die jüngste Rede des Grafen Czernin gebe den klaren Beweis der Untrennbarkeit zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Der Kongreß der Vertreter der unterdrückten Völker Oesterreich-Ungarns, der am 8. April in Rom zusammentreten werde, erscheine daher umso wichtiger und werde den verschiedenen österreichisch-ungarischen nationalen Bewegungen einen starken Antrieb verleihen. Namens der Gesellschaft Dante Alighieri erklärte der ehemalige Ministerpräsident Boselli, die wärmsten Sympathien für die Ziele dieses Kongresses.

Demgegenüber hat sich die italienische Regierung zu einer offiziellen Unterstützung noch nicht bereit gefunden, worüber in den Kreisen der italienischen Interventionisten große Erbitterung herrscht. Die Interventionisten behaupten, daß innerhalb des Kabinetts eine Strömung besteht, die noch an die Möglichkeit eines Kompromißfriedens mit Oesterreich-Ungarn glaubt. Man erwartet jedoch, daß der demnächst aus London eintreffende Leutnant Sebaz, der frühere Organisator der tschechischen Hilfstruppen in Rußland, die Regierung zur Aufgabe ihrer bisherigen Zurückhaltung veranlassen wird.

*

Neue Freie Presse

8/IV. 1918

90

Zustimmung der russischen Regierung zu Friedensverhandlungen mit der Ukraine.

Moskau, 4. April.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat am 3. April dem Ministerrat der ukrainischen Volksrepublik in Kiew folgende Note übermittelt:

„In Beantwortung des Funkspruchs vom 2. April, der den Vorschlag des Ministerrates der Volksrepublik enthält, Friedensverhandlungen einzuleiten, schlägt die Regierung der russischen Republik, da sie durch das Ultimatum vom 21. Februar und durch den Vertrag von Brest-Litowsk gezwungen ist, einen Friedensvertrag mit dem Ministerrat der ukrainischen Volksrepublik zu schließen, als Verhandlungsort die Stadt Smolensk vor. Wir bringen für den Beginn der Verhandlungen den 6. April d. J. in Vorschlag.

Was den angeblich zwischen den feindlichen Völkern geführten Krieg betrifft, so leynt das Kommissariat für die auswärtigen Angelegenheiten der Volksrepublik nachdrücklich diese Bezeichnung des blutigen Kampfes, der sich in der Ukraine entwickelte, ab. Die Sowjetsregierung in Rußland führt nicht Krieg gegen die Volksrepublik der Ukraine. Der gegenwärtige Kampf spielt sich zwischen zwei Parteien des ukrainischen Volkes ab und es kann sich nur um die warmen Sympathien handeln, welche die arbeitenden Massen Rußlands in diesen tragischen Tagen — und tragisch nicht für das ukrainische Volk allein — den Arbeitern und Bauern der Ukraine entgegenbringen.

Das Volkskommissariat für die auswärtigen Angelegenheiten: Tschitscherin."

Neue Freie Presse
8./IV. 1918

Abreise des Grafen Czernin nach Bukarest.

Wien, 8. April.

Der Minister des Aeußern Graf Czernin ist gestern abend mit einem Sonderzug von hier nach Bukarest abgereist.

Im Laufe des Vormittags war Graf Czernin vom Kaiser in Audienz empfangen worden.

Neues Wiener Tagblatt
8/IV. 1918

Eine Hetzrede Balfours.

London, 6. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Bei der Feier des Jahrestages der Kriegserklärung seitens der Vereinigten Staaten von Amerika hielt Balfour eine Rede, in der er ausführte, daß die Ideale der Alliierten durch den Präsidenten Wilson in seinen Reden kristallisiert seien, die von allen jenen auf der ganzen Erde, die wüßten, was Freiheit bedeute, verstanden wurden. Die Staatsmänner der Mittelmächte hätten die Grundsätze Wilsons, die sie rühmten, in Rußland und Rumänien zynisch verletzt, ohne daß das deutsche Volk Einspruch erhoben hätte. Die russischen Freunde der Entente begännen, die Wahrheit einzusehen. Er hoffe, die Wahrheit komme nicht zu spät. Er glaube an das russische Volk, und jeden Beistand, den die Alliierten Rußland in seinen schweren Freiheitskämpfen gewähren könnten, sollten die Alliierten gewähren. Der größte Beweis der Hingabe der Vereinigten Staaten an die gemeinsame Sache sei kürzlich durch die Zustimmung Wilsons, daß amerikanische Truppen mit den britischen und französischen Truppen an der großen Schlacht im Westen teilnehmen sollten, geliefert worden. Gegenüber den militärischen Reserven der Mittelmächte vertraue er auf die große Waffe der kommerziellen Ueberlegenheit, vor allem aber auf die Einheit der Alliierten.

Auf die Worte Balfours entgegnete der amerikanische Botschafter Page: Es ist gerade ein Jahr her, daß wir uns aus demselben Anlaß begrüßt haben, daß wir an der grausamen Tätigkeit des Krieges unsern Anteil nehmen, und stets habt ihr für unsre Teilnahme an dem Bündnis eure Wertschätzung bekundet. Als die „Lusitania" torpediert wurde, haben eure Marinepatrouillen nicht nur ihre Schiffe und das Leben der Bemannung riskiert, um unsre Leute zu retten, sondern die Bevölkerung von Irland und Schottland von den höchsten Kreisen bis zu den niedrigsten Bewohnern der Küste haben eine uneigennützige Herzlichkeit gezeigt, die wir niemals vergessen werden. Keine Vereinigung von verschiedenen Nationen in der Geschichte der Menschheit hat jemals einen stärkeren Geist von Uneigennützigkeit und Ernst bekundet als das jetzige Bündnis, das Engländer, Franzosen, Italiener und Amerikaner geschlossen haben. Dieses Bündnis kann nicht vergeblich geschlossen worden sein. In diesem Geiste waren die Amerikaner einig mit den Truppen der Italiener und Japaner, die in edelmütiger Weise die dringendsten Bedürfnisse des Augenblickes begreifen und ihren Schiffsraum zur Verfügung stellen.

Dann ergriff der italienische Botschafter das Wort zu folgenden Ausführungen: In diesem Augenblick, wo wir hier versammelt sind, kämpfen die amerikanischen Bürger im Verein mit ihren englischen und französischen Kameraden in gleicher heldenmütiger Anstrengung und unter Einsetzung ihrer Leiber gegen den Feind, und die italienischen Soldaten halten in den Bergen ihres Landes denselben gemeinsamen Feind auf.

Bei Beginn der Ansprachen war ein Telegramm des Premierministers Lloyd George eingelaufen, der am Erscheinen verhindert war. Dieses Telegramm hat folgenden Wortlaut: „Die Entscheidung des amerikanischen Volkes, am Kriege gegen eine despotische Macht teilzunehmen, die die Welt unter die Herrschaft des Militarismus zwingen wollte, ist eines der denkwürdigsten Ereignisse der Geschichte. In den folgenden Wochen wird Amerika der militärischen Clique Ueberraschungen bereiten."

Vom König war auf ein Begrüßungstelegramm des Lord-Mayors folgende Antwort eingelaufen: „Ihr Telegramm hat mich tief getroffen. Der Gedanke, daß die amerikanischen Truppen täglich in der Feuerzone ankommen, verstärkt das Vertrauen, mit welchem wir geduldig dem Triumph unsrer vereinigten Kraftanspannung zur Verteidigung der Rechte und der Freiheit der Kultur entgegensehen."

8./IV. 1918

93

Friede nur durch den Sieg.

Eine Rede Pichons.

Paris, 6. April. (Meldung der Agence Havas.) Der Pariser Gemeinderat gab heute nachmittag anläßlich des Jahrestages des Eintrittes der Vereinigten Staaten in den Krieg einen festlichen Empfang, zu dem der Botschafter der Vereinigten Staaten Sharp, der amerikanische Kriegssekretär Baker, die Mitglieder der französischen Regierung, die Botschafter und Gesandten der verbündeten Staaten, Marschall Joffre sowie die Mitglieder der amerikanischen Kolonie geladen waren.

Nach den Begrüßungsansprachen des Präsidenten des Gemeinderates und des Seinepräfekten ergriff Minister des Aeußern Pichon das Wort. Er sagte: Die Vereinigten Staaten sind ohne Berechnung und Selbstsucht, einzig darauf bedacht, der Sache der zivilisierten Welt zu dienen, in ein Ringen eingetreten, in dem die Zukunft der ganzen Erde entschieden werden wird. Die Vereinigten Staaten schicken in diesem Streite ihre ganze Macht ins Treffen. Die bewunderungswürdigen amerikanischen Truppen, die sich aufopfern, um den Feind aus unserm Lande zu vertreiben, marschieren vereint mit unsern Heeren, um der unglücklichen Bevölkerung unsrer besetzten Gebiete den Boden zurückzugeben, den wir Schritt für Schritt gegen den Fremden verteidigen. Wie schmerzlich auch unsre Prüfungen sein mögen, wir zweifeln weniger denn jedaran, daß sie mit einer Niederlage unsrer Feinde endigen werden. Wir wären des Namens „Franzosen" unwürdig, wenn wir uns herabwürdigten, für uns selbst ebenso wie für eine Nation, deren Heil von demselben Erfolge abhängt, besorgt zu sein. Es ist nicht möglich, daß wir besiegt werden, weil unsre Soldaten nicht besiegt werden können und weil Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht imstande sind, über die verbündeten Heere obzusiegen, die aus unerschrockenen Truppen bestehen und von Feldherren geführt werden, die sich freiwillig der Disziplin unter der Leitung eines mit dem Vertrauen aller ausgestatteten obersten Feldherrn fügen.

Wir wissen und haben es stets gesagt, daß wir den Frieden nur durch den Sieg erlangen werden. Wir wissen, daß der Friede nur dann von Dauer sein wird, wenn er gerecht ist. Wir wissen, daß wir die Wiederholung neuer Ueberfälle nur dann abwenden können, wenn wir den Völkern zugleich mit dem Selbstbestimmungsrecht gleiche Sicherheitsbürgschaften durch das organisierte Recht gewährleisten. All dies sind wir entschlossen zu erreichen als die Bedingungen unsres Lebens selbst.

Der Minister schloß mit einem Lobe der Vereinigten Staaten, die zu einer Stunde, wo andre kapitulieren oder schiffbrüchig vor der Gewalt weichen, ihre Anstrengungen verdoppeln, um die Freiheit, in der sie geboren sind und in der sie leben, zur Regel der menschlichen Einrichtungen zu machen.

Botschafter Sharp sagte in seiner Erwiderung: Solange der Feind versuchen wird, uns seine Bedingungen aufzuzwingen, müssen wir kämpfen, um zu siegen, und wir werden es tun. Zu diesem hohen Ziele werden alle Hilfsquellen und alle Mannschaften Amerikas Frankreich zur Verfügung gestellt werden.

Fremdenblatt
Abendpost
9./IV. 1918

Kundgebung für das deutsch-österreichische Bündnis.

Der Deutschnationale Verein für Oesterreich veranstaltete am Samstag den 6. d. eine Bismarckfeier, die sich zu einer mächtigen Kundgebung für das deutsch-österreichische Bündnis gestaltete. Schon geraume Zeit vor Beginn der Feier mußte der Saal wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden. Unter den Anwesenden bemerkte man die Vertreter der deutschen Botschaft Prinz von Thurn und Taxis und Oberleutnant Bülow; der sächsischen Gesandtschaft Freiherr v. Kaskel und Dr. Benndorf; der bayrischen Gesandtschaft Legationsrat Freiherr von Hoffmann. Ferner waren erschienen: der Präsident des Abgeordnetenhauses Exzellenz Dr. Groß, die Abgeordneten Doktor Bodirsky, Heine, Kroy, v. Mühlwerth, Oberleithner, Waber, Webra, Dr. Wichtl, Geheimer Rat Dr. Pattai, Altgraf Erich Salm, mehrere Gemeinderäte der Stadt Wien und Bürgermeister niederösterreichischer Städte.

Reichsrats-Abgeordneter Wolf begrüßte die Erschienenen, gedachte der großen Siege an der Westfront und der heldenhaften verbündeten Streiter und schloß seine Ansprache mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die verbündeten Monarchen. — Als Festredner schilderte Professor Dr. Richard Graf du Moulin-Eckardt aus München Bismarcks gewaltige staatsmännische Persönlichkeit als das Bild deutscher Kraft und Wesens, der in den Tagen tiefster Erniedrigung dem deutschen Volke geschenkt, durch sein Staatsgefühl und seine treue Anhänglichkeit an den Kaisergedanken die Grundlage der deutschen Siege in diesem Kriege geschaffen habe. Was nützen uns aber die Siege, wenn wir nicht verstehen und begreifen, daß mit Bismarck uns die Verpflichtung gegeben wurde, in seinem Geiste zu leben und weiter zu wirken im Sinne einer großen deutschen Entwicklung und einer nationalen Politik, für die nur die reale Macht und das Verständnis der Weltlage maßgebend sind?

Von stürmischem Beifall unterbrochen, führte sodann Reichsrats-Abgeordneter Wolf aus: Alles schreit bei uns nach einem Manne, der nach dem Mut des Wortes auch den der Tat findet. Redner gedenkt des deutsch-österreichische Bündnisses, der machtvollen Unterstützung von Seite Deutschlands auf militärischem Gebiete und begrüßt das herzhafte Auftreten des Grafen Czernin und sein offenes rückhaltloses Bekenntnis für das Bündnis. Nach diesen kraftvollen Worten des Grafen Czernin können wir Deutsche in Oesterreich wieder aufatmen, nunmehr ist es uns erlaubt, Hochverrat als Hochverrat, Verräter als Verräter und die Czechen als Czechen nennen zu dürfen. (Stürmischer Beifall.)

Tägliche Rundschau

95 9

9./4. 1918.

Der Friedensvertrag mit Rumänien

scheint zwar den Interessen Oesterreich-Ungarns zu entsprechen, nicht aber den unseren, soweit die wirtschaftlichen Interessen in Frage kommen. Es muß gefordert werden, daß dieser Fehler im letzten Augenblick noch gut gemacht wird. In einer Zuschrift an uns heißt es zutreffend:

Ein Land, welches uns gegenüber solch schwere Schuld auf sich geladen hat und nun derartig wehrlos zu unseren Füßen liegt, darf unter keinen Umständen aus sentimentalen Rücksichten, um eine für uns günstige Stimmung in Rumänien hervorzurufen, mit einem Generalpardon von uns davonkommen. Solche Milde wird im politischen Leben nie gedankt, sie wird nur als Schwäche gewertet. Die Bulgaren und Oesterreicher erhalten nach Zeitungsnachrichten erhebliche Vorteile. Da Deutschland aber doch die größten militärischen Opfer gebracht hat, ist doch sicher anzunehmen, daß die wirtschaftlichen Fragen in einer für Deutschland ganz besonders günstigen Weise gelöst werden. Geschähe dies nicht, würde die Verantwortung hierfür von denen, welche die Verhandlungen geführt haben, kaum zu tragen sein. Der Vertrag ist bereits paraphiert, in wenigen Tagen soll er unterzeichnet werden. Es ist daher vielleicht höchste Zeit, klarzustellen, ob etwas geschehen ist.

Wien und Berlin.

Im Zusammenhang mit den Czerninschen und Clemenceauschen Erklärungen und Gegenerklärungen und den dadurch erweckten Zweifeln, ob die Wiener Diplomatie gegenüber der Berliner auch wirklich stets mit offenen Karten gespielt habe, wird in völlig unverbindlicher Weise durch einzelne Blätter die Belehrung erteilt, daß die deutsche Reichsleitung von Wien aus stets und in jedem Augenblick über die Tatsachen der Verhandlungen sowohl wie über ihren Inhalt auf dem Laufenden gehalten worden sei. — Die Botschaft hört man wohl; allein, wer an solcher Belehrung interessiert ist, sollte sich darüber klar sein, daß die hier aufgetauchten nationalen Gewissensbedenken auf so leichte Weise denn doch nicht zu zerstreuen sein können. Man wird sich schon entschließen müssen, zu versuchen, ob das auch nur dann zu erreichen ist, wenn man sich an interessierter Stelle entschließt, mit stärkerem Ansehen, als ein paar unverbindlichen Zeitungsnotizen zukommt, sich für die gewünschte Lesart einzusetzen. Die Art, wie man bis jetzt die Behauptung rechtzeitiger Information Berlins über das Wiener Vorgehen zu begründen sucht, ist jedenfalls das genaue Gegenteil einer solchen Begründung.

Vossische Zeitung

96 9.

9./4. 1918.

Der Ochsenknecht des Grafen Czernin

Die politische Bildersprache Oesterreichs ist in den letzten Tagen um ein neues Symbol bereichert worden, den Ochsenknecht des Grafen Czernin. Seine Einführung in den Vorstellungs- und Wortschatz der tschechischen Oeffentlichkeit ist der Prager „Narodni Listy", seine Einführung in die große Welt der ohne Kenntnis des tschechischen Idioms dahinlebenden Zeitgenossenschaft der deutschen Zeitung „Bohemia" zu danken. Die Entstehung dieser mit allen Voraussetzungen langlebiger Volkstümlichkeit ausgestatteten Figur, neben der selbst der heiterberühmte „Nachtwächter von Leitomischel" stark verblaßt, ist auf die letzte große Rede des Grafen Czernin zurückzuleiten. Der Minister richtete in dieser Rede eine entschlossene Absage an die Gesinnungsgenossen des „elenden Masaryk", an jene Tschechen und Tschechenführer, die, alles österreichischen Staatsgefühls bar, staatsrechtlichen Zielen nachjagen, die ohne Zertrümmerung Oesterreichs unerreichbar sind, und deshalb vollbewußt auf den Sieg der Entente hinarbeiten. Diese Kampfansage an die tschechischen Hochverräter, die Graf Czernin nicht mit dem tschechischen Volke identifiziren will, hat die gesamte tschechische Presse mit ganz spärlichen Ausnahmen mit einem nur durch Zensurrücksichten zu dumpfem Knurren abgedämpften Wutschrei beantwortet. Die „Narodni Listy", eines der führenden Blätter, erklärte rund heraus, es gebe keinen Tschechen, der sich durch die Czerninsche Kundgebung nicht getroffen fühlte, und variierte das „Will der Herr Graf ein Tänzchen wagen?" also:

> „Herr Graf Czernin ist in Winorsch, unweit von Prag, zu Hause. Möge er dort zu Hause in Winorsch kandidieren, und wir werden sehen, wie viele Stimmen er bekommen wird. Wenn er es wagen würde, und wenn die Wahl frei wäre, so würde er nicht einmal die Stimme auch nur eines Ochsenknechtes auf seinem Hofe erhalten!"

Das klingt lustiger, als es ist. Denn alles spricht dafür, daß die „Narodni Listy" ganz genau wissen, was sie sagen, und Recht behalten würden, falls sie beim Wort genommen werden sollten. Gewiß, man soll nie, auch in der Politik nicht, verallgemeinern, und man soll nie den Stab über ein ganzes Volk brechen. Das sind zwei sehr weise und von echter Humanität erfüllte Grundsätze. Und gewiß hat Graf Czernin recht, wenn er trotz Masaryk und Kramarz und trotz all den abscheulichen Verrätereien tschechischer Offiziere und Regimenter an dem Glauben festhält, daß es immer noch tschechische Volkskreise gibt, die bei aller nationalen Gesinnung doch die Treue zum Staate Oesterreich nicht vergessen haben. Die Frage ist nur — und hier erhebt sich hinter dem Gedankengange des Ministers ein großes Aber —, wie groß diese staatstreuen tschechischen Kreise und wo sie zu suchen sind. Ihre Spuren haben sich schon vor dem Kriege in der „neoslawistischen" Flut, die ganz Tschechien überströmte, völlig verloren, nicht allein die städtischen, auch die bäuerlichen Wählerschaften, selbst die Arbeiter bilden die entschlossene Gefolgschaft der Abgeordneten, die durch ihre einmütige Kundgebung für die Aufrichtung eines selbständigen tschechischen Staatswesens und durch vielfache Einzelhandlungen den österreichischen Staatsgedanken verneint und mehr oder minder offen erklärt haben, daß sie die Erfüllung ihrer Wünsche von dem Siege der Entente erwarten. Eine durch viele Jahre betriebene, von kurzsichtigen Regierungen geduldete, ja mitunter mittelbar geförderte Propaganda hat die panslawistische Seelenverseuchung in so weite und tiefe Schichten des tschechischen Volkes getragen, daß eine Scheidung der weißen und schwarzen Böcke überaus schwierig ist, um so schwieriger, als ein bedenkenloser Terrorismus auf der einen Seite, auf der anderen eine falsche Scham, in den Schein unzulänglicher nationaler Gesinnung zu geraten, auch weiterhin den Anhängern der Masaryk und Kramarz gar manche Stimme zuführen wird, hinter der nicht die entsprechende Gesinnung steht.

Und so könnte es wohl kommen, daß Graf Czernin gegebenenfalls an seinem Winorscher Ochsenknecht eine schmerzliche Enttäuschung erleben würde.

H. B.

Reichspost

10./IV. 1918

100

Die Fortsetzung der Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Graf Czernin in Bukarest.

Bukarest, 9. April.

Minister des Aeußern Graf Czernin ist heute früh hier angekommen.

Der bisherige österreich-ungarische Bevollmächtigte in Rumänien Generalmajor v. Sendler ist nach Odessa versetzt worden. Der Chef des österreich-ungarischen Wirtschaftsstabes in Bukarest, Oberst v. Kontz, hat die Geschäfte des Bevollmächtigten übernommen.

Fremdenblatt
11./IV. 1918

Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien.

Ein Beschluß des bessarabischen Landtages.

K. Bukarest, 10. April. Nachrichten aus Jassy zufolge hat der bessarabische Landtag die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien beschlossen.

11./IV. 1918

104

Gefälschte Briefe des Kaisers unter den Beweisen Clemenceaus.

Erklärung des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Aeußern.

Wien, 10. April.

Amtlich wird verlautbart: Herr Clemenceau sucht sich durch fortgesetzte Verdrehungen der Tatsachen aus der peinlichen Lage herauszuwinden, in die er durch das Ableugnen der in der Rede des Grafen Czernin vom 2. April enthaltenen Feststellungen geraten ist. Wir halten es für überflüssig, die Unwahrheit jeder einzelnen seiner Behauptungen besonders nachzuweisen, denn wir würden uns damit nur in den Dienst seines offenkundigen Bestrebens stellen, durch eine Erörterung über die Vorgeschichte der Freiburger Zusammenkunft die Aufmerksamkeit von jenen zwei Tatsachen abzulenken, auf welche es in der Rede des Grafen Czernin allein ankommt, daß nämlich Herr Clemenceau noch kurz vor Beginn der letzten Offensive im Westen erst eine Annäherung an Oesterreich-Ungarn gesucht und ihm sodann zu wissen gegeben hat, daß Frankreich zu einem Frieden ohne Annexion Elsaß-Lothringens nicht zu haben sei.

Nun sucht Herr Clemenceau die Aufmerksamkeit von diesen zwei Punkten dadurch abzulenken, daß er angebliche politische Aeußerungen in die Diskussion wirft, welche Kaiser Karl brieflich getan haben soll und welche, wie er behauptet, besagen, daß „er den gerechten Wünschen Frankreichs auf eine Rückerwerbung Elsaß-Lothringens zustimme", daß ferner sein Minister des Aeußern ebenso denke wie er. Die Unsinnigkeit dieser Behauptung liegt auf der Hand. Sie steht im krassesten Widerspruch mit allen öffentlichen Reden, welche der verantwortliche Minister des Aeußern stets gehalten hat und welche auch in Frankreich bekannt sind. Insbesondere beweist die nicht einmal von Clemenceau ableugbare Tatsache, daß k. u. k. Truppen für Elsaß-Lothringen an der Westfront kämpfen, klarer als alle Argumente, die über jeden Zweifel erhabene bundestreue Gesinnung unseres Monarchen. Zum Ueberfluß aber sei ausdrücklich festgestellt, daß die Angaben Herrn Clemenceaus über die brieflichen Aeußerungen Kaiser Karls vom Anfang bis zum Ende erlogen sind.

Deutlich geht aus all den Aeußerungen Clemenceaus nur die von ihm offen eingestandene Tatsache hervor, daß der Krieg an der Westfront andauert, weil Frankreich Elsaß-Lothringen erobern will.

Einen besseren Beweis, daß die Mittelmächte zur Verteidigung ihres Besitzstandes kämpfen, hätte Herr Clemenceau der Welt nicht liefern können.

Telegramm des Kaisers Karl an Kaiser Wilhelm über die gefälschten Briefe.

Wien, 10. April.

Der Kaiser hat heute an den deutschen Kaiser folgendes Telegramm gerichtet:

„Der französische Ministerpräsident, in die Enge getrieben, sucht dem Lügennetz, in das er sich selbst verstrickt hat, zu entrinnen, indem er immer mehr und mehr Unwahrheiten anhäuft und sich nicht scheut, nunmehr auch die völlig falsche und unwahre Behauptung aufzustellen, daß Ich irgendwelche „gerechte Rückerwerbungsansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen" anerkannt hätte. Ich weise diese Behauptung mit Entrüstung zurück. In einem Augenblick, in welchem die österreichisch-ungarischen Kanonen gemeinsam mit den deutschen an der Westfront donnern, bedarf es wohl kaum eines Beweises dafür, daß Ich für Deine Provinzen genau so kämpfe und auch ferner zu kämpfen bereit bin, als gälte es, Meine eigenen Länder zu verteidigen. Obwohl Ich es angesichts dieses sprechenden Beweises einer völligen Gemeinschaft in den Zielen, für welche wir seit nunmehr fast vier Jahren den Krieg fortführen, für überflüssig halte, auch nur ein Wort über die erlogene Behauptung Clemenceaus zu verlieren, liegt Mir doch daran, Dich bei dieser Gelegenheit erneuert der vollständigen Solidarität zu versichern, die zwischen Dir und Mir, zwischen Deinem und Meinen Reichen besteht. Keine Intrige, keine Versuche, von wem immer sie ausgehen mögen, werden unsere treue Waffenbrüderschaft gefährden. Gemeinsam werden wir den ehrenvollen Frieden erzwingen."

Reichspost

12./IV. 1918

Der Gang der Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Wien, 11. April.

Wie wir von unterrichteter Seite vernehmen, dürften die Verhandlungen mit Rumänien nicht in jenem raschen Tempo wie bisher ihren Fortgang nehmen. Der Friedensvertrag und die Rechtsverträge sind im wesentlichen bereits fertiggestellt, dagegen ergeben sich bei den Handelsverträgen Schwierigkeiten, welche einen langsameren Gang der Verhandlungen bedingen. Diese Schwierigkeiten gehen hervor aus dem Innern unserer Monarchie, sie stammen von österreichischer und ungarischer Seite; es besteht weder auf unserer Seite noch auf jener Rumäniens eine derartige Einheit, daß eine rasche Ausarbeitung der wirtschaftlichen Verträge möglich wäre. Wenn daher innerhalb der nächsten acht Tage nicht der erwartete Abschluß der Verhandlungen erfolgt, so ist dies nicht auf das Hervortreten neuer, plötzlich aufgetretener Schwierigkeiten zurückzuführen.

Reichspost

12./IV. 1918

Amerika von Rußland gegen Japan angerufen.

Lenin kündigt Enthüllungen über die Rolle Japans an. — Ein Hungeraufstand in Petersburg.

Rotterdam, 11. April.

Der „N. Rotterd. C." meldet auch London: Nach einem Telegramm des Korrespondenten der „Daily News" vom 9. d. habe Lenin in einer tagszuvor gehaltenen Rede erklärt, daß Rußland von Gefahren umgeben sei. Die Deutschen träfen im Süden, wo sich Anzeichen von neuen Unruhen gezeigt hätten, Vorbereitungen. Die Japaner seien, von den Engländern unterstützt, in Wladiwostok. Rußland tue sein Bestes, um neue Greuel zu verhüten, aber es werde vergeblich sein. Es werde aufs neue kämpfen müssen. Es sei ein offizieller Protest nach Washington gesandt worden. Der Volksbeauftragte für die auswärtigen Angelegenheiten werde Geheimdokumente veröffentlichen, die zeigen, daß die Aktion seit Beginn der Revolution von Japan vorbereitet worden sei.

Das Semstwo von Wladiwostok hat, ermuntert durch die Anwesenheit fremder Truppen, vom Sowjet verlangt, ihm die Führung der Geschäfte zu übergeben, dieser habe sich aber geweigert.

TK. Paris, 10. April. (Privat.)

„Le Petit Journal" meldet aus Petersburg: In der russischen Hauptstadt ist ein Hungeraufstand ausgebrochen. Das Volk hat sich gegen die verantwortliche Regierung erhoben. Auch die Rote Garde wendet sich gegen die Regierung. Dies beweisen die Vorgänge in Petersburg und Zarskoje Selo, wo die Bevölkerung in Versammlungen die Verwaltung des Sowjet anklagte. Die Rote Garde weigerte sich, die Manifestanten zu zerstreuen. Der Kriegszustand wurde verhängt und alle Versammlungen verboten.

Die Japaner und Briten in Wladiwostok.

Tokio, 8. April. (Reuter.)

Der Sowjet und der Gemeinderat von Wladiwostok protestierten beim japanischen Konsul gegen die japanische Landung. Der Protest setzt in den höflichsten Worten auseinander, daß alles getan werden wird, um die Unruhestifter in Wladiwostok gefangen zu nehmen und daß die Uebergriffe als gewöhnliche Diebereien betrachtet werden müssen. Es wird bedauert, daß das befreundete Japan zu dieser Maßregel übergehen zu müssen glaubte, denn die Gründe Japans für diese Maßnahme seien schwer zu erklären. Die Bolschewiken sind Japan nicht unfreundlich oder feindlich gesinnt. Der japanische Konsul antwortete darauf, daß diese Maßregel ausschließlich Selbstverteidigungszweck habe und keinen Eingriff in die innere russische Verwaltung bedeute. Die bolschewikischen Behörden haben eine Mitteilung an die Arbeiter gerichtet, unter denen große Erregung herrscht, um sie auf die Gefahr feindlichen Verhaltens gegenüber den Japanern hinzuweisen. Britische Marinetruppen wurden nachmittags am 6. d. ans Land gesetzt. Zahlreiche Einwohner sehen stillschweigend zu. Die Stadt ist ruhig. Man erwartet keine Ruhestörungen.

Petersburg, 11. April. (Reuter.)

Nach einem vorliegenden Telegramm aus Wladiwostok teilten die ausländischen Konsuln den örtlichen Sowjets mit, daß die Truppen zurückgezogen werden würden, sobald nach Ansicht der Konsuln die Ordnung wiederhergestellt sein werde.

Einberufung der Japaner in der Union.

(Drahtmeldung der „Reichspost".)

Zürich, 11. April.

Der „Temps" meldet aus New-York: Die japanischen Heerespflichtigen in der Union erhalten seit Samstag Einberufungsbefehle.

12./IV. 1918

107

Der Plan einer Angliederung von Beßarabien an Rumänien.

Beschluß des beßarabischen Landesrates.

Wien, 11. April.

Der Landesrat von Beßarabien hat den Wunsch geäußert, daß eine Vereinigung dieses Landes mit Rumänien stattfinde. Graf Czernin hat in seiner Rede im Wiener Rathause gesagt: Die Zukunft Rumäniens liegt im Osten. Weite Gebiete Beßarabiens sind von rumänischer Bevölkerung bewohnt, und wenn sich Rumänien auf einen offenen, ehrlichen und freundschaftlichen Fuß mit uns stellen will, so werden wir nichts dagegen haben, jenen aus Beßarabien kommenden Tendenzen entgegenzukommen. Rumänien kann in Beßarabien viel mehr gewinnen, als es in diesem Kriege verloren hat. Ich will, daß die Wunden, die dieser Krieg Rumänien geschlagen hat, wieder verheilen und vernarben.

Diese versöhnlichen Worte beweisen, daß es der Monarchie voller Ernst ist mit dem Begriff eines Verständigungsfriedens. Beßarabien gehörte ursprünglich zur Türkei, wurde dann im Jahre 1812 mit Rußland vereinigt, später, im Jahre 1856, im Pariser Frieden zum Teile der Moldau zurückgegeben. Dies blieb bis zum Russisch-türkischen Krieg vom Jahre 1877. Es ist oft erzählt worden, mit welch unerhörter Gewalttätigkeit Rußland damals gegen König Karol vorging, um ihn zur Abtretung von Beßarabien zu zwingen. Die heftigste Erregung herrschte damals in Rumänien. Alles wurde aufgeboten, um dieser Demütigung auszuweichen. Bratianu und Cogalniceanu wurden nach Berlin geschickt, um beim Kongreß Hilfe zu erlangen. Rußland arbeitete mit brutalen Drohungen, und nur mit Mühe konnte der Ausbruch von Feindseligkeiten vermieden werden. Klassisch ist die Aeußerung des englischen Botschafters in Wien, der den Rumänen antwortete: Großbritannien fühlt gerecht und hat das herzlichste Mitgefühl für Rumänien. Aber es liebt nicht, sich in die Angelegenheiten von Verbündeten einzumischen. Nun hat Rumänien den Tausch des Jahres 1878 wieder rückgängig machen können. Es dürfte, wenn Rußland zustimmt, und wenn die Mittelmächte sich einverstanden erklären, statt der Dobrudscha Beßarabien erhalten.

Beßarabien ist ein Land von außerordentlicher Fruchtbarkeit, ein Land der schwarzen Erde. Es ist 44.000 Quadratkilometer groß, hat 2½ Millionen Einwohner, von denen die Hälfte Rumänen sind. Sonst gibt es dort Russen, Bulgaren, deutsche Kolonisten, besonders im Kreise Akkerman, und Türken. In den Kreisen Chotin und Bender überwiegen die Russen. Das Land, berühmt durch die Schönheit seiner Steppenlandschaft, bringt hauptsächlich Weizen und Mais hervor. Auch der Viehstand ist bedeutend. Vor einigen Jahren wurden dort mehr als 800.000 Rinder und etwa zwei Millionen Schafe gezählt. Die Hauptstadt ist Kischenew. Wichtig ist, daß Beßarabien bis zur Donaumündung hinunterreicht, bis zu dem gewaltigen Kiliaarm, der für die Schiffahrt bedeutsam ist. Nun dürfte Rumänien dieses reiche Geschenk empfangen. Es hat allen Grund zur tiefsten Dankbarkeit.

Der Anschluß Beßarabiens an Rumänien.

Wien, 11. April.

Die rumänische Regierung hat, wie gemeldet wird, mit großer Befriedigung von der Entschließung des beßarabischen Landesrates bezüglich des Anschlusses Beßarabiens an Rumänien Kenntnis genommen und der König von Rumänien hat die Vereinigung mit Beßarabien proklamiert.

Wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, kann diese Proklamation noch nicht als endgültiges Faktum angesehen werden, da in Gemäßheit des Abkommens Rumäniens mit den Zentralmächten die Lösung dieser Frage von der Haltung Rumäniens gegenüber den Zentralmächten abhängig gemacht wird. Der Erledigung dieser Frage stehen übrigens auch noch andere Schwierigkeiten entgegen, die durch die Haltung der Ukraine bedingt sind. Von ukrainischer Seite werden nämlich auf gewisse Teile Beßarabiens, in welchen das ukrainische Element überwiegend ist, Ansprüche erhoben.

Ein ukrainischer Protest gegen die Vereinigung von ganz Beßarabien mit Rumänien.

(Telegramm der „Neuen Freien

Berlin, 11. April.

Wie der „Lokalanzeiger" erfährt, wird die ukrainische Regierung gegen den Beschluß des beßarabischen Landesrates, der sich für die Vereinigung Beßarabiens mit Rumänien ausgesprochen hat, Protest einlegen, um ihre Ansprüche auf die von Ukrainern bewohnten Teile Beßarabiens wieder zur Geltung zu bringen.

12./IV. 1918

108

Proklamation der Vereinigung Beßarabiens mit Rumänien.

Im Namen des Königs und des Volkes von Rumänien.

Bukarest, 10. April.

Ministerpräsident Marghiloman hat an den Minister des Aeußern Arion folgendes Telegramm gerichtet:

„Der Landesrat hat nach zweitägiger Beratung am 9. d., abends um 7 Uhr, mit 86 Stimmen gegen 3 Stimmen in feierlicher Weise die Vereinigung Beßarabiens mit dem unteilbaren Rumänien beschlossen. Im Namen des rumänischen Volkes und des Königs habe ich hievon Kenntnis genommen und inmitten eines unbeschreiblichen Enthusiasmus die Vereinigung proklamiert.

Um 8 Uhr abends wurde in der Kathedrale ein feierliches Tedeum abgehalten, dem eine ungeheure Menge unter nicht endenwollenden Akklamationen beiwohnte. Ich bin sehr glücklich. Marghiloman."

Minister des Aeußern Arion hat hierauf folgendes geantwortet:

„Das Recht hat gesiegt. Mit freudvollem Herzen beglückwünsche ich Sie zum glänzenden Siege. Die Wunden des Landes mögen heilen und die große Tat möge Rumänien wachsende neue Macht verleihen. Beßarabien hat dem Rufe der Nation und der Zukunft Folge geleistet. Arion."

Die Nachricht von der Vereinigung verbreitete sich hier in den Nachmittagsstunden und rief in der rumänischen Bevölkerung große Befriedigung hervor. Es herrscht das Gefühl vor, daß das Land aus dem unglücklichen Kriege trotz allem nicht nur lebensfähig, sondern gestärkt hervorgeht und daß man ohne Phrasen nun tatsächlich an eine gute Zukunft denken könne. Die Meinung ist allgemein, daß das Kabinett Marghiloman durch die Vereinigung seine Stellung wesentlich gestärkt habe. Zum Gouverneur von Beßarabien ist Konstantin Stero ausersehen.

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Wien, 11. April.

Wie uns von informierter Seite mitgeteilt wird, ist in den Schlußverhandlungen über den Friedensvertrag mit Rumänien ein langsameres Tempo eingetreten. Der eigentliche Friedensvertrag und die damit in Zusammenhang stehenden Rechtsverträge sind allerdings bereits als perfekt anzusehen. Schwierigkeiten bietet lediglich der Handelsvertrag. Zwischen den beiden Reichshälften ist nämlich bezüglich verschiedener Punkte noch kein vollständiges Einvernehmen zu konstatieren. Ferner sind auch eisenbahnpolitische Fragen mit Rumänien noch nicht gänzlich geregelt. Andere Schwierigkeiten hinwieder werden rumänischerseits gemacht, so daß die endgültige Fertigstellung des Friedenstraktats wohl noch einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Reichspost

12./IV. 1918

109

Ergänzende Wiener Feststellungen zu den Fälschungen Clémenceaus.

Wien, 11. April.

Wie wir von autoritativer unterrichteter Seite erfahren, legen die maßgebenden Wiener Stellen Gewicht darauf, nochmals zu betonen, daß in der Zeit von Ende August 1917 bis zum Jänner 1918 zwischen dem Minister Grafen Czernin und der französischen Regierung, sowohl unter Painlevé wie unter Clemenceau, weder direkt noch indirekt durch Mittelspersonen irgendwelcher Verkehr oder Gedankenaustausch stattgefunden hat. Den besten Zeugenfür uns, daß der Faden der Verhandlungen tatsächlich abgerissen war, bildet die Erklärung Painlevés. Um so läppischer und kindischer ist die sonderbare Erzählung Clémenceaus, daß er am 18. November, einen Tag, nachdem er die Regierung angetreten, bereits mit den Verhandlungen Armand-Revertera befaßt worden sei durch eine Depesche vom 10. November. Es wird mit aller Bestimmtheit von maßgebender österreichischer Seite hervorgehoben, daß eine derartige Depesche, die an und für sich eine Merkwürdigkeit darstellen würde, nie existiert hat. Ueberaus nichtssagend ist die Ausflucht Clémenceaus, daß er in den letzten fünfzehn Jahren überhaupt den Grafen Armand nicht gesprochen habe. Minister pflegen bekanntlich fast nie persönlich mit ihren Mittelspersonen in Vertrauenssachen zu verkehren.

Bezüglich des Briefes, den Kaiser Karl im März 1917 geschrieben haben soll, hat Clémenceau bis jetzt sich nicht geäußert, an wen der Brief gerichtet gewesen, noch was er sonst enthalten haben soll. Das Genfer „Journal de Geneve" schreibt, wahrscheinlich inspiriert vom Quai d'Orsay in Paris, daß es ein Brief des Kaisers Karl an den König von England sei. Nach eingeholter Information von kompetenter Stelle können wir sagen, daß ein solcher Brief niemals existiert hat. Dasselbe gilt von dem zweiten angeblichen Briefe, aus welchem hervorgehen soll, daß der Kaiser mit seinem Minister einig ist. Es bleibt zu erwarten, daß jetzt in Paris Faksimiles von angeblichen Briefen des Kaisers veröffentlicht werden. Dann wird sich erkennen lassen, ob Clémenceau selbst die Fälschung veranlaßt oder das Opfer eines Betruges geworden ist. Clémenceau spricht von einem eigenhändigen Brief des Kaisers, seine Worte können daher nicht umgedeutet werden auf das, was dritte Personen über die Absichten des Kaisers schreiben. Daß die Grundlage der Erzählungen Clémenceaus eine Fälschung bildet, steht heute schon unbedingt fest.

Kölnische Zeitung Abendblatt 111
12./IV. 1918

Die Antwort des Kaisers Wilhelm auf die Depesche des Kaisers Karl.

Volle Gemeinschaft zwischen der Monarchie und Deutschland in der Kriegführung.

Wien, 12. April.

Der deutsche Kaiser hat an Se. k. u. k. Apostolische Majestät folgendes Telegramm gerichtet:

„Empfange meinen herzlichsten Dank für Dein Telegramm, worin Du die Behauptung des französischen Ministerpräsidenten über Deine Stellung zu den französischen Ansprüchen auf Elsaß-Lothringen als völlig haltlos zurückweisest und aufs neue die Solidarität der Interessen betonst, die zwischen uns und unseren Reichen besteht.

Ich beeile mich, Dir zu sagen, daß es in meinen Augen einer solchen Versicherung Deinerseits gar nicht bedurfte, denn Ich bin keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen, daß Du unsere Sache in gleichem Maße zu der Deinigen gemacht hast, wie wir für die Rechte Deiner Monarchie eintreten.

Die schweren, aber erfolgreichen Kämpfe dieser Jahre haben dies für jeden, der sehen will, klar erwiesen, sie haben das Band nur fester geknüpft.

Unsere Feinde, die in ehrlichem Kampfe gegen uns nichts vermögen, schrecken vor den unlautersten und niedrigsten Mitteln nicht zurück; damit müssen wir uns abfinden. Aber um so mehr erwächst uns die Pflicht, die Feinde auf allen Kriegsschauplätzen rücksichtslos anzugreifen und zu schlagen.

In treuer Freundschaft Wilhelm."

Neues Wiener Tagblatt Abendl 112
12./IV. 1918

Der Anschlag Clemenceaus.

Genf, 11. April. (Meldung der Telegraphenkompagnie.) Die Pariser Blätter setzen ihre Veröffentlichungen über die angeblichen zwei Briefe des Kaisers Karl fort. Einige Blätter wiederholen die Behauptung, daß Clemenceau als Wortführer und im Auftrage Englands gehandelt habe. Seine künftigen Erklärungen würden ebenso wie die erste Erklärung im Einvernehmen mit der britischen Regierung erfolgen. Daß der eine oder der andre der angeblichen Briefe Kaiser Karls an den König von England gerichtet gewesen seien, wird jedoch nirgends behauptet. Man deutet nur an, daß die königliche Familie in England zu befragen wäre, bevor der Brief, den Clemenceau kennen will, veröffentlicht werden würde. Es sei selbstverständlich, daß Clemenceau jetzt einen Schritt weitergehen und den Inhalt der Briefe vollständig mitteilen werde. Clemenceau werde seine neue Erklärung im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu Beginn der nächsten Woche abgeben. Ebenso wie die am Montag erschienenen ersten Kommentare zur Note der Agence Havas über den angeblichen Brief des Kaisers von Oesterreich sind auch alle Pariser Blätter vom Dienstag und Mittwoch ausschließlich mit Erörterungen über die angeblichen Konsequenzen angefüllt, die die Mitteilungen Clemenceaus für das Verhältnis zwischen Wien und Berlin haben müßten. Die Blätter veröffentlichen außerdem verschiedene Sensationsgerüchte über Zürich aus Wien, die sämtlich den Stempel der freien Erfindung tragen.

* * *

Genf, 12. April. (Privattelegramm.) Der „Temps" meldet: Der Heeresausschuß der Kammer hat Painlevé für kommenden Freitag zu einer Darlegung der Vorgänge ersucht, die zu den Friedensbesprechungen des Grafen Armand in der Schweiz unter der Ministerpräsidentschaft Painlevés geführt haben.

Fremdenblatt
12./IV. 1918

Rußland und die Ukraine.

Deutsche Aufforderung an Rußland zu Friedensverhandlungen.

K. **Moskau**, 9. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Dem Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten ist folgendes Radiotelegramm der deutschen Regierung zugegangen:

Gemäß dem Artikel VI des Friedensvertrages hat sich die russische Regierung verpflichtet, mit der ukrainischen Republik binnen kurzer Frist Frieden zu schließen. Nach einem Berichte der ukrainischen Regierung hat die russische Regierung keinen Schritt unternommen, um rasch zu einem Frieden zu gelangen, trotz diesbezüglicher Aufforderungen und Versuche der Ukraine. Unter der Voraussetzung, daß der russisch-ukrainische Friedensvertrag unter anderem alle Zweifel über die Ausdehnung des ukrainischen Gebietes wird lösen müssen, gibt die deutsche Regierung der Hoffnung Ausdruck, daß die russische Regierung unverzüglich an die Verhandlungen mit der Regierung der ukrainischen Republik schreiten wird. Die russische Regierung wird ersucht, den Beginn der Verhandlungen bekanntzugeben.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes:
von dem Busche.

Das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten sandte folgende Antwort:

In Erwiderung auf das Radiotelegramm des deutschen Auswärtigen Amtes vom 5. April, worin die deutsche Regierung die russische Regierung an die noch nicht erfüllte Verpflichtung erinnert, mit der Kiewer Rada über den Frieden zu verhandeln, übermittelt das Kommissariat den Wortlaut seines noch am 4. April nach Kiew abgeschickten Radiogrammes mit dem Vorschlag, die Verhandlungen am 6. April in Smolensk zu beginnen.

Da das Kommissariat von der Rada in Kiew keine Antwort erhalten hat, ersucht es die deutsche Regierung, den Text des oben angeführten Radiogramms, worin als Verhandlungsort Smolensk, als neuer Zeitpunkt jedoch der 8. April vorgeschlagen wird, der Rada zur Kenntnis zu bringen.

Fremdenblatt
13./IV. 1918
114

Die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien

Einspruch der ukrainischen Regierung.

K. Berlin, 10. April. Der Präsident der Volksminister der Ukraine hat an die königlich rumänische Regierung folgende Note gerichtet: Hiemit beehre ich mich zu erklären, daß der Rat der Volksminister der ukrainischen Volksrepublik es für notwendig hält, der königlich rumänischen Regierung folgendes zur Kenntnis zu bringen: Die ukrainische Regierung hat ein lebhaftes Interesse an dem Schicksal Bessarabiens, des Grenzgebietes der ukrainischen Volksrepublik.

Obwohl die Gebiete der beiden dominierenden Völker, des ukrainischen und des moldauischen, mit einander verflochten sind, unterliegt es keinem Zweifel, daß in dem nördlichen Teil des bessarabischen Territoriums größtenteils Ukrainer leben und in dem südlichen Teile (zwischen der Donau und der Dnjestrmündung am Schwarzen Meerufer) die Ukrainer die relative Mehrheit besitzen und auf diese Weise Bessarabien angesichts seiner ethnographischen, ökonomischen und politischen Lage ein unteilbares Ganzes mit dem Territoirum der ukrainischen Volksrepublik bildet.

Die ukrainische Regierung, die einen bedeutenden Teil des Schwarzen Meerufers beherrscht, in dessen westlichem Teile ein so wichtiges Handelszentrum wie Odessa liegt, mit dem das ganze südliche Bessarabien verbunden ist, stellt sich auf den Standpunkt, daß jede Aenderung der ehemaligen rumänisch-russischen Grenze, insbesondere in ihrem nördlichen und südlichen Teile, die politischen und ökonomischen Interessen der ukrainischen Volksrepublik stark berührt.

Mit Rücksicht darauf, daß zurzeit ein bedeutender Teil Bessarabiens von rumänischen Truppen besetzt ist und daß die Frage über die weitere Zugehörigkeit Bessarabiens zum Gegenstande von Besprechungen bei den Bukarester Friedensverhandlungen gemacht werden könnte, hält die ukrainische Regierung die Beratung und Entscheidung dieser Frage nur unter Beteiligung und mit Einverständnis der Vertreter der ukrainischen Volksrepublik für möglich.

Der Präsident der Volksminister und Minister für äußere Angelegenheiten
Gez. W. Holubowitsch.

Neue Freie Presse

13./IV. 1918

Der Brief des Kaisers Karl.

Der entstellte Text in einer Note der Agence Havas veröffentlicht.

Wien, 12. April.

Die Agence Havas veröffentlicht heute den angeblichen Text des von Kaiser Karl an seinen Schwager, den Prinzen Sixtus von Parma, gerichteten Briefes unter dem Datum vom 31. März des vorigen Jahres. Dieser Brief soll der Beweis sein, daß Kaiser Karl den Anspruch der Franzosen auf die Rückforderung von Elsaß und Lothringen für berechtigt angesehen habe.

Wir veröffentlichen den Wortlaut des Briefes auf der folgenden Seite.

In einem amtlichen Communiqué wird erklärt, daß dieser Brief in den wichtigsten Stellen nicht der Wahrheit entspreche.

Der Wortlaut der amtlichen Erklärung des Ministeriums des Aeußern.

Wien, 12. April.

Der von dem französischen Ministerpräsidium in seinem Communiqué vom 12. April 1918 veröffentlichte Brief Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät ist verfälscht.

Vor allem sei erklärt, daß unter der „im Range weit über dem Minister des Aeußern stehenden Persönlichkeit", welche, wie in der amtlichen Verlautbarung vom 7. April zugegeben wurde, im Frühjahre 1917 Friedensbemühungen unternommen hat, nicht Se. k. u. k. Apostolische Majestät, sondern Prinz Sixtus von Bourbon verstanden werden mußte und verstanden wurde, da Prinz Sixtus im Frühjahre 1917 mit der Herbeiführung einer Annäherung der kriegführenden Staaten befaßt war.

Zu dem von Herrn Clemenceau veröffentlichten Brieftext erklärt das k. u. k. Ministerium des Aeußern über Allerhöchsten Befehl, daß Se. k. u. k. Apostolische Majestät seinem Schwager, dem Prinzen Sixtus von Bourbon, im Frühjahre 1917 einen rein persönlichen Privatbrief geschrieben hat, der keinen Auftrag an den Prinzen enthielt, eine Vermittlung beim Präsidenten der französischen Republik oder sonstwie einzuleiten und die ihm gemachten Mitteilungen weiterzugeben sowie Gegenerklärungen zu veranlassen und entgegenzunehmen. Dieser Brief erwähnte die belgische Frage überhaupt nicht und enthielt bezüglich Elsaß-Lothringens folgende Stelle:

„Ich hätte Meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären; sie sind es jedoch nicht."

Den im Communiqué des französischen Ministerratspräsidiums vom 9. April erwähnten zweiten Brief des Kaisers, in welchem Se. k. u. k. Apostolische Majestät erklärt haben soll, daß Er „mit Seinem Minister einig" sei, erwähnt das französische Communiqué bezeichnenderweise nicht.

Abendblatt 119

13./IV. 1918

Die Bedingungen der Beßarabier für die Vereinigung mit Rumänien.

Wien, 13. April.

Zur Vorgeschichte der vom beßarabischen Landesrat beschlossenen und hierauf von der rumänischen Regierung proklamierten Vereinigung Beßarabiens mit Rumänien wird aus Bukarest berichtet:

Dem Beschlusse des beßarabischen Landesrates gingen vertrauliche Besprechungen zwischen Vertretern der rumänischen Regierung und der Regierung der moldauischen Republik voraus, die in Jassy und Kischenew gepflogen wurden. Der leitende Grundsatz dieser Verhandlungen zielt auf beßarabischer Seite darauf ab, daß die Angliederung nicht im Wege einer Annexion vollzogen werde, sondern in Form der Erfüllung eines durch eine zuständige Körperschaft in Beßarabien auszusprechenden Wunsches. Von den beßarabischen Unterhändlern wurde ferner der Wunsch kundgegeben, daß bei der Vereinigung mit Rumänien die Beßarabier zu rumänischen Vollbürgern gemacht werden, so daß sie alle den rumänischen Staatsbürgern zustehenden Rechte erhalten; des weiteren verlangten sie die Einräumung einer gewissen Autonomie, welcher gemäß für die Verwaltung in Beßarabien nur von dort stammende Beamte angestellt werden sollen. Die Veranlassung zur Geltendmachung dieses Wunsches war die Erinnerung an die Art und Weise, in der die rumänische Regierung in dieser Hinsicht nach der Annexion der Dobrudscha in bezug auf die Bewohner dieses Gebietes vorgegangen ist.

Neues Pester Journal 120

14./IV. 1918

Eine Czernin-Krise?

Gerüchte über die Demission des Ministers des Aeußern.

Der Minister des Aeußern Graf Czernin ist mit plötzlicher Unterbrechung der Bukarester Verhandlungen vorgestern in Wien eingetroffen. Der Minister des Aeußern wurde unverzüglich vom Monarchen in Audienz empfangen und im Laufe des gestrigen Tages fanden wiederholt Besprechungen statt, die den Grafen Czernin bis in die späten Nachtstunden an sein Arbeitsbureau festhielten. Unerwarteterweise tauchten heute auf dem Umwege über Berlin Gerüchte auf, daß die Feinde des Grafen Czernin an der Arbeit seien, um dessen Stellung zu erschüttern. Bezeichnenderweise wurde unter den erwähnten Feinden des Grafen Czernin auch der ungarische Reichstagsabgeordnete Graf Michael Károlyi genannt, der die Politik des Grafen Czernin seit längerer Zeit hartnäckig bekämpft. Als einen sonstigen Gegner bezeichnet man die österreichischen Sozialdemokraten, die Gruppe der italienischen Abgeordneten und natürlich in erster Reihe die Tschechen, die namentlich durch seine jüngst gehaltene Rede vor der Wiener Deputation gegen ihn in Harnisch gebracht wurden.

Angesichts dieses Ansturmes all dieser Gruppen gegen die Stellung des Grafen Czernin fiel es auf, daß ein Boulevardblatt heute mittag sich aus Wien telegraphieren ließ, Graf Czernin soll dem Präsidenten der österreichischen Delegation Prälat Hauser gegenüber nach seiner gestrigen Audienz folgende Bemerkung gemacht haben: „Ich war überzeugt, daß ich das Arbeitszimmer Sr. Majestät nicht mehr als Minister verlassen werde, aber der Monarch überredete mich, zu bleiben und mich wieder nach Bukarest zu begeben, den rumänischen Frieden unter Dach und Fach zu bringen."

Den hauptsächlichsten Grund zur Verstimmung aber hatte Graf Czernin darin gefunden, daß der österreichische Ministerpräsident Dr. Seidler in verschiedenen Erklärungen, die derselbe den Tschechen gegenüber abgab, die vom Grafen Czernin den Tschechen erteilte energische Zurückweisung gründlich abgeschwächt hatte. All diese Gerüchte wurden in hiesigen politischen Kreisen viel bemerkt und lebhaft kommentiert. Dazu kam noch, daß im Laufe des Abends bekannt wurde, daß der Ministerpräsident Dr. Wekerle und der Führer der Nationalen Arbeitspartei Graf Stefan Tißa sich nach Wien begeben haben, und diese Reise wurde ebenfalls mit den Gerüchten über eine im auswärtigen Amt entstandene Krise in Verbindung gebracht. Zu diesem Sachverhalt erhalten wir von unserem Wiener Gewährsmann folgende Meldung:

Die aus Budapest einlaufenden Gerüchte über das angebliche Bestehen einer Czernin-Krise wirken hier als vollständige Neuigkeit. An maßgebenden und informierten Stellen ist von dem Vorhandensein einer Czernin-Krise nichts bekannt, wenigstens nichts positives. Es wäre auch unglaublich, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo Graf Czernin im Mittelpunkte einer überaus energischen Kontroverse mit dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau steht, wo die Affäre des gefälschten Königsbriefes noch nicht vollständig beigelegt ist und wo Graf Czernin der hervorragendste Friedensunterhändler mit Rumänien ist, mit seinem unmittelbar bevorstehenden Rücktritt gerechnet werden könne. Seine Demission unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde überall den denkbar schlechtesten Eindruck hervorrufen. Es darf daher angenommen werden, daß die Aeußerung jenes ungarischen Staatsmannes die Situation am richtigsten charakterisiert, der auf die Frage, ob es eine Czernin-Krise gebe, die Antwort erteilte: Bei all diesen Gerüchten ist der Wunsch der Vater des Gedankens, der von einigen Gegnern des Grafen Czernin gehegt wird, der aber jetzt wohl nicht verwirklicht werden wird."

Neue Freie Presse

14./IV. 1918

123

Die Proklamierung der Vereinigung Beßarabiens mit Rumänien.

Erklärungen Marghilomans im beßarabischen Landrat.

Wien, 13. April.

Die Vorgänge in Kischenew bis zur Kundmachung der Vereinigung Beßarabiens mit Rumänien haben sich wie folgt abgespielt: Nach mehrtägigen Beratungen des beßarabischen Ministerpräsidenten mit den angesehenen Politikern des Landes erfolgte die Aufforderung an den rumänischen Ministerpräsidenten, im beßarabischen Landrat zu erscheinen und die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen die Vereinigung zu erfolgen hätte.

Marghiloman erschien mit dem rumänischen Kriegsminister Harjeu im Saale des Landrates und verlas folgende Bedingungen: Die demokratische moldauische Republik, deren Grenzen der Pruth, Dnjestr, Donau, Schwarzes Meer und die alten Grenzen Oesterreichs sind, macht nach ihrer Lostrennung von Rußland von ihrem Rechte der Selbstbestimmung Gebrauch und vereinigt sich mit ihrem Mutterlande Rumänien.

Die Vereinigung erfolgt auf folgender Grundlage: Der Landrat bleibt auch weiter versammelt, um die Agrarreform nach den Bedürfnissen des Landes zu beschließen. Beßarabien behält seine Autonomie, bekommt einen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes gewählten Landtag und eine eigene Verwaltung. In den Wirkungskreis des Landtages gehört die Abstimmung über die lokalen Budgets, die Kontrolle aller Verwaltungsorgane und die Ernennung der lokalen Beamten durch sein ausführendes Organ, während die höheren Beamten von der Regierung bestellt werden. Die Aushebung der Mannschaft für die Armee wird auf territorialer Grundlage erfolgen. Die bestehenden Gesetze und die lokale Organisation (Semstwos und Städte) bleiben in Kraft und können vom rumänischen Parlament erst geändert werden, wenn diesem die beßarabischen Vertreter angehören. Die Rechte der Minderheiten in Beßarabien müssen geachtet werden.

In das rumänische Kabinett treten zwei beßarabische Vertreter ein. Für diesmal werden sie vom Landrat bestimmt, später sind sie unter den beßarabischen Angehörigen des rumänischen Parlaments zu wählen. Beßarabien entsendet in das rumänische Parlament eine seiner Einwohnerschaft entsprechende Anzahl von Vertretern, die auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes gewählt werden, das überhaupt für alle Wahlen in Beßarabien die Grundlage zu sein hat. Die persönliche Freiheit, die Freiheit des gedruckten und gesprochenen Wortes, des Glaubens und der Versammlungen sind durch die Verfassung zu gewährleisten. Das rumänische Parlament wird unverzüglich eine Konstituante einberufen, in welcher die beßarabische Bevölkerung entsprechend ihrer numerischen Stärke vertreten sein wird. Sie wird die Aufgabe haben, die Vereinigung beider Länder und die Bedingungen, unter denen sie erfolgte, festzulegen.

Nach der Verlesung der Bedingungen verließ Marghiloman mit seiner Begleitung den Landrat, der in die Besprechung der Bedingungen einging. An ihr nahm auch Stere teil, der zum beßarabischen Abgeordneten gewählt worden war. Die Bauernvertreter waren ursprünglich gegen die Vereinigung, ließen sich aber durch ihren Führer Tziganco bekehren. Von den 140 Mitgliedern des Landrates waren 123 anwesend. Bei der Abstimmung sprachen sich 84 für die Vereinigung, 3 gegen sie aus, 36 enthielten sich der Abstimmung. Dagegen stimmten die Russen, die Juden enthielten sich.

Sodann wurde Marghiloman von dem Ergebnis verständigt, erschien im Landrat aufs neue und proklamierte die Vereinigung beider Länder. Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit in Beßarabien war Stere, seit Jahrzehnten Vorkämpfer der Vereinigung.

NOLO [illegible]

14./IV. 1918

Bereitschaft Hollands zur Friedensvermittlung.

Eine Erklärung des holländischen Ministerpräsidenten.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 13. April.

Der holländische Ministerpräsident van der Linden machte in einer Kammerrede folgende sehr bemerkenswerte Aeußerung: Es ist möglich, daß es einen Augenblick gibt, in dem beide Parteien der Kriegführenden nach der Vermittlung eines neutralen Staates für die Förderung des Friedens verlangen. Hiefür hat die holländische Regierung bereits vorbereitende Schritte getan und hat getan, was getan werden kann.

14./IV. 1918

125

Die baltischen Gebiete für den Anschluß an Deutschland.

Als monarchisch-konstitutioneller Staat unter dem König von Preußen.

Berlin, 13. April.

Das Wolffsche Bureau meldet: Der vereinigte Landesrat von Livland, Estland, Riga und Oesel hat im Schlosse zu Riga unter großer Begeisterung und Jubel einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Der vereinigte Landesrat von Livland, Estland, Riga und Oesel beschließt:

1. Den deutschen Kaiser zu bitten, Livland und Estland dauernd unter militärischem Schutz zu behalten und bei endgültiger Durchführung der Loslösung von Rußland wirksam zu unterstützen;

2. den Wunsch auszusprechen, daß aus Livland, Estland, Kurland, den vorgelagerten Inseln und der Stadt Riga ein einheitlich geschlossener monarchisch-konstitutioneller Staat mit einheitlicher Verfassung und Verwaltung gebildet und an das Deutsche Reich durch Personalunion mit dem König von Preußen angeschlossen werde, und den deutschen Kaiser zu bitten, diesen Wunsch der baltischen Bevölkerung huldvollst zu genehmigen und dessen Verwirklichung herbeizuführen;

3. den deutschen Kaiser zu bitten:

erstens daß er die Schaffung eigener Landeseinrichtungen für Livland und Estland ermögliche, die bis zum staatlichen Zusammenschluß der baltischen Gebiete die Verwaltung Livlands und Estlands führen sollen;

zweitens, daß zwischen dem Deutschen Reich, beziehungsweise dem Königreich Preußen und dem aus den baltischen Gebieten gebildeten Staate die erforderlichen Militär-, Münz-, Verkehrs-, Zoll-, Maß-, Gewichts- und sonstigen Konventionen abgeschlossen werden.

Neues Wiener Tagblatt
15./IV. 1918

Die Gründe des Rücktrittes.

Von berufener, unterrichteter Stelle werden uns Informationen zur Verfügung gestellt, die dahin gehen, daß sich die Gründe, die zur Demission des Grafen Czernin geführt haben, der öffentlichen Erörterung entziehen. Nur Feststellungen negativer Natur könnten gemacht werden. Die eine dieser Feststellungen beziehe sich auf die Polemik der österreichisch-ungarischen Regierung mit der französischen in der Briefangelegenheit, und es wird an der erwähnten Stelle versichert, daß dieser Meinungsstreit mit Frankreich die Demissionsabsicht des Grafen Czernin nicht bewirkt habe.

Ueber die eigentlichen Gründe, die zum Rücktritte des Ministers des Aeußern geführt haben, wird nur so viel mitgeteilt, daß sich in der letzten Zeit in verschiedenen Fragen die Auffassungen des Kaisers mit jenen seines Ministers des Aeußern nicht gedeckt haben. Aus dieser Tatsache habe Graf Czernin den Schluß gezogen, daß er das Vertrauen des Monarchen nicht mehr im notwendigen Maße besitze, und deshalb sei er aus dem Amte geschieden.

Ueber den Nachfolger des Grafen Czernin ist bis zur Stunde nichts bekannt geworden. Wie stets bei ähnlichen Anlässen, werden die Namen verschiedener im Vordergrunde der Ereignisse stehender Persönlichkeiten genannt, darunter zweier ungarischer Staatsmänner und zweier Mitglieder des diplomatischen Korps. Doch liegt gegenwärtig eine verläßliche Andeutung über die in Aussicht genommene Persönlichkeit nicht vor.

Reichspost

15./IV. 1918

128

Eine persönliche Erklärung des Grafen Czernin.

Wien, 15. April.

Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß Graf Czernin erklärt, von Seiner Majestät über den Inhalt des Briefes an den Prinzen Sixtus unterrichtet worden zu sein. Der Brief sei einwandfrei und stimme mit jenen Daten überein, die offiziell bekanntgegeben worden seien. Nach Einsicht in das Konzept des Briefes bestätigt der Minister persönlich die Meldungen vom 12. April.

Neue Freie Presse

15./IV. 1918

Demission des Ministers des Aeußern.

Vom Kaiser angenommen.

Wien, 15. April.

Gestern abend wurde folgende amtliche Meldung ausgegeben:

Der Minister des k. u. k. Hauses und des Aeußern hat heute Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät seine Demission unterbreitet.

Se. Majestät geruhten dieselbe allergnädigst anzunehmen und Grafen Czernin bis zur Ernennung eines Nachfolgers mit der Fortführung der Geschäfte zu betrauen.

Fremdenblatt
15./IV. 1918

Das Konzept des Kaiserbriefes.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat Graf Czernin in das Konzept des Briefes Kaiser Karls an den Prinzen Sixtus von Parma Einsicht genommen. Das Konzept steht vollständig im Einklang mit den über den Kaiserbrief veröffentlichten Communiqués unseres k. u. k. Ministeriums des Aeußern vom 12. April. Es ist in diesem Schriftstück weder ein Auftrag an den Prinzen Sixtus von Parma enthalten, den Brief Kaiser Karls irgend jemandem mitzuteilen, noch befindet sich ein Wort über Belgien darin. Der auf Elsaß-Lothringen bezügliche Passus deckt sich vollständig mit dem vom Ministerium des Aeußern veröffentlichten Passus.

Eine neue Erklärung Clemenceaus.

K. Paris, 14. April.

Folgendes offizielle Communiqué wird ausgegeben: Es gibt verrottete Gewissen. In der Unmöglichkeit, ein Mittel zu finden, um das Gesicht zu wahren, verfällt Kaiser Karl in das Stammeln eines in Verwirrung geratenen Menschen. Er ist nun darauf angewiesen, seinen Schwager der Fälschung zu beschuldigen, indem er mit eigener Hand einen lügenhaften Text des Dokumentes herstellt. Das Original, dessen Text von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist, war in Gegenwart des vom französischen Ministerpräsidenten delegierten Generalsekretärs im Ministerium des Aeußern Jules Cambon mitgeteilt worden, welcher eine Kopie desselben mit Ermächtigung des Prinzen dem Ministerpräsidenten übergeben hat. Der Prinz hat sich hierüber mit Ribot selbst in einer Weise unterhalten, welche keinen Sinn gehabt hätte, wenn der Text nicht jener gewesen wäre, der von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist. Ist es nicht offensichtlich, daß eine Besprechung nicht hätte eingeleitet werden können und daß der Präsident der Republik den Prinzen nicht einmal ein zweites Mal empfangen hätte, wenn dieser auf Initiative Oesterreich-Ungarns der Ueberbringer eines Schriftstückes gewesen wäre, das unsere Rechte bestritt, statt sie zu bestätigen? Der Brief des Kaisers Karl, so wie wir ihn ziliert haben, ist vom Prinzen Sixtus selbst Regierungsoberhäuptern gezeigt worden. Uebrigens können zwei Freunde des Prinzen und insbesondere jener von ihnen die Authentizität des Briefes bestätigen, welcher ihn vom Prinzen erhalten hat, um ihn abzuschreiben.

Eine amtliche Erwiderung.

Die Angelegenheit für uns erledigt.

Wien, 14. April.

Amtlich wird verlautbart:

Die letzten Ausführungen Herrn Clemenceaus ändern nichts an der Wahrheit der bisherigen amtlichen Erklärungen des k. u. k. Ministeriums des Aeußern. Prinz Sixtus von Bourbon, dessen Seiner k. u. k. apostolischen Majestät bekannter Charakter eine Fälschung ausschließt, wurde derselben ebensowenig beschuldigt wie irgendeine andere spezielle Persönlichkeit, da vom k. u. k. Ministerium des Aeußern nicht festgestellt werden kann, wo die Unterschiebung des falschen Briefes erfolgt ist.

Hiemit wird die Angelegenheit als beendet erklärt.

Telegramm unseres Kaisers an Kaiser Wilhelm.

Wien, 14. April.

Se. Majestät der Kaiser hat an den Deutschen Kaiser folgende Depesche abgesendet:

Die Anschuldigungen Herrn Clemenceaus gegen Mich sind so niedrig, daß Ich nicht gesonnen bin, mit Frankreich über die Sache ferner zu diskutieren. Unsere weitere Antwort sind Meine Kanonen im Westen.

In treuer Freundschaft

Karl.

Reichspost

15./IV. 1918

132

Das Duell Czernin — Clémenceau.

Am 2. April hatte Graf Czernin in seiner Ansprache an eine bei ihm erschienene Abordnung des Wiener Gemeinderates die überall großes Aufsehen erregende Mitteilung gemacht:

Gott ist mein Zeuge, daß wir alles versucht haben, was möglich war, um die neue Offensive zu vermeiden. Die Entente hat es nicht gewollt. Herr Clémenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich hiezu bereit sei und gegenüber Frankreich kein Friedenshindernis erblicken könne, als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen Es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln. Daraufhin gab es keine Wahl mehr .... Die Erklärung aber für dieses an Wahnsinn grenzende Vorgehen der Ententemächte liegt zum großen Teile in gewissen Vorgängen in unserem Hinterlande.

Unter den „gewissen Vorgängen im Hinterlande" verstand Graf Czernin, wie er am Schluß seiner Ansprache darlegte, das kriegsverlängernde Treiben der Defaitisten, Annexionisten und Hochverräter, der „Masaryks innerhalb der Grenzpfähle unserer Monarchie". Ueber die Bündnispolitik sprach Graf Czernin bei dieser Gelegenheit die markigen Sätze:

Das gewaltige Ringen im Westen ist bereits entbrannt. Oesterreich-ungarische und deutsche Truppen kämpfen Schulter an Schulter, wie sie zusammen in Rußland, in Serbien, in Rumänien und in Italien gekämpft haben. Wir kämpfen vereint zur Verteidigung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands. Unsere Armeen werden der Entente beweisen, daß die französischen und italienischen Aspirationen auf unsere Gebiete Utopien sind, die sich furchtbar rächen werden. Was immer auch komme — wir geben Deutschlands Interesse nicht preis, wie es uns nicht im Stiche lassen wird. Die Treue an der Donau ist nicht geringer als die deutsche Treue. Wir ... werden gemeinsam bis zum Schlusse gehen für unsere Verteidigung, für unser staatliches Leben und für unsere Zukunft.

nehmigung in London behauptete das französische Ministerratspräsidium am Schlusse einer längeren polemischen Aussendung, über den Standpunkt Frankreichs in der Elsaß-Lothringensache habe „der Kaiser von Oesterreich selber das letzte Wort gesprochen." Redner habe „in einem Briefe von Monat März 1917 mit eigener Hand seine Zustimmung zu den gerechten Rückforderungsansprüchen Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen' bestätigt"; außerdem stelle „ein zweiter kaiserlicher Brief" fest, daß der Kaiser „mit seinem Minister einig" sei.

Diese Behauptungen Clémenceaus wurden am 10. April nicht nur vom Wiener Auswärtigen Amt als „vom Anfang bis zum Ende erlogen" gebrandmarkt, sondern auch in einem ob des politischen Inhaltes und der lapidaren Wucht ewig denkwürdigen Telegrammes unseres Kaisers an Kaiser Wilhelm „mit Entrüstung" zurückgewiesen und als „völlig falsch", „unwahr" und „erlogen" bezeichnet. Am 12. April wurde die Antwortdepesche des deutschen Kaisers bekanntgegeben.

Nun erwiderte die französische Regierung mit der Veröffentlichung des angeblichen Wortlautes eines Briefes, den Kaiser Karl am 31. März 1917 an seinen Schwager Prinz Sixtus von Parma mit Richtlinien für dessen Besprechungen mit Pariser leitenden Persönlichkeiten gerichtet haben soll; dieser Brief habe, nach der französischen Darstellung, u. a. auch folgende Stelle enthalten:

Ich Dich, geheim und inoffiziell Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, zur Kenntnis zu bringen, daß Ich mit allen Mitteln und unter Anwendung Meines ganzen persönlichen Einflusses bei Meinen Verbündeten die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde. Was Belgien betrifft, so muß seine Souveränität wieder hergestellt werden; es muß seine gesamten afrikanischen Besitzungen behalten. Hiemit soll der Frage der Entschädigung nicht vorgegriffen werden, die es für erlittene Verluste wird erhalten können.

Das Wiener Auswärtige Amt bezeichnete noch am 12. April den Brief als „verfälscht" wiedergegeben und erklärte über Befehl des Kaisers, daß dieser zwar im Frühjahr 1917 „einen persönlichen Privatbrief" an seinen Schwager geschrieben habe, aber dieser Brief habe über Belgien gar nichts und über Elsaß-Lothringen folgendes enthalten:

Ich hätte Meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenu diese Ansprüche gerecht wären; sie sind es jedoch nicht."

Den Abschluß der Auseinandersetzungen bilden die an anderer Stelle mitgeteilten Wiener und Pariser Verlautbarungen.

---

aufgang 5 Uhr 9 Minuten morgens. — Sonnenuntergang 6 Uhr 51 Minuten abends. — Mondaufgang 7 Uhr 53 Minuten vormittags. — Monduntergang 12 Uhr 15 Minuten vormittags.

* **Ernennung in den Ritterstand.** Der Rat in der hat dem Obersten des 38. Regts Ritter Kirchhofer Edlen von Hohenhardt den Ritterstand verliehen.

* **Aus dem Hofbräuhause.** Der Hofbräuhauskassier hat den Hoftheatersekretär Adalbert Martus, die Obergalleriewärterin Klothilde Schatel und Georg Schäffl in Pflegen zu Hofratswitwen und die Obergalleriewärterin Josefine Simon, Alfred Müller und Dr. Franz Bastir in Pflegen zu Hofkinderfrauen, die Hofbuchhalterswitwe Elsa v. Cavallotti, Johann Fröhlich, Wilhelm Kreiner, Emil Ulrich, Franz Wanied und Hofbuchhalter Dr. Rudolf Oehlreiter, Dr. Viktor Edler von Kunitsch, Dr. Leo Cavalli, Dr. Viktor Edler von Heyrer und Dr. Egon Adler in Pflegen zu Hofsekretären und die Hofkommissäre Franz Mendighofer, Armin Hurter, Gerhard Lerner, Franz Strenz, Friedrich Hardt, Ferdinand Lang Strenz, Franz Stöger, Friedrich Hazmitt und Hans Strenz in Pflegen zu Hofkommissären ernannt.

* **Auszeichnungen und Ernennungen.** Der Rat hat den praktischen des Landesgerichtes in Straßen Wirklichkeitsgrad Turnowicz zum Sekretär des Landesgerichtes in Straßen ernannt, dem Advokaten und Mitgliede des Gerichtshofes Dr. Johann Janovet in Prag und dem Advokaten Dr. Joachim Reichenhein in Prag den Orden der Eisernen Krone 3. Klasse, dem Reichsratsabgeordneten, praktischen Arzte Dr. Viktor Pridl in Wien den Titel eines Medizinalrates verliehen. — Die Ratifizierin hat der gefängnisärztlichen Assistentin im Landesgerichte Josefstadt in Wien Frau Hermine Hofmann den Titel einer Gefängnisoberärztin verliehen.

* **Von den Hochschulen.** Der Rat hat an der Universität in Lemberg den a.o. Professor Dr. Kasimir Rutkiewicz zum ordentlichen Professor der Hygiene und vergleichenden Anatomie und den Privatdozenten Bibliothekar 2. Kl. an der Universitätsbibliothek in Lemberg Dr. Johann Stitzdler zum a.o. Professor der vergleichenden Anatomie, den a.o. Professor Dr Anton Wagner zum ordentlichen Professor der Hygiene an der Universität in Graz ernannt.

Fremdenblatt
15/IV. 1918

Die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien.

K. Kiew, 13. April. (Meldung der Ukrainischen Telegraphenagentur.) Die Nachricht von dem Anschlusse Bessarabiens an Rumänien hat in allen Kreisen der ukrainischen Bevölkerung große Entrüstung hervorgerufen. Unverzüglich wurde eine außerordentliche Sitzung des ukrainischen Parlaments, edr Zentralna Rada, abgehalten, die speziell der bessarabischen Frage gewidmet war. Alle Fraktionsführer im Parlament haben energisch gegen die internationale Spekulation der rumänischen Regierung Protest erhoben. Sie haben darauf hingewiesen, daß dieser Anschluß nicht nur dem Wunsche der Ukrainer, Deutschen und Bulgaren in Bessarabien nicht entspreche, sondern auch dem Wunsche der moldanischen Bevölkerung selbst.

15/IV. 1918

135

Abreise des Botschafters Prinzen Hohenlohe nach Wien.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 15. April.

Der hiesige österreichisch-ungarische Botschafter Prinz Hohenlohe begibt sich heute abend nach Wien.

Abendbl. 16./IV. 1918

137

Die angekündigten Erklärungen Clemenceaus

S. Bern, 15. April. Aus Paris wird gemeldet: Dem „Figaro" zufolge wird Clemenceau im Kammerausschusse für auswärtige Angelegenheiten ein zusammenhängendes Bild der politischen Lage im Anschlusse an die Veröffentlichung des Briefes des Kaisers Karl geben. Clemenceau beabsichtige, mit größter Offenheit über den Verlauf der Besprechungen zu berichten, die sich an den Schritt des Prinzen von Bourbon beim Präsidenten der Republik geknüpft haben. Insbesondere wird das Verhältnis Frankreichs zu seinen Verbündeten — vor allem zu Italien — Gegenstand der Ausführungen des Ministerpräsidenten sein. Clemenceau werde beweisen, daß die Versuche, Frankreich besonders von Italien abzusprengen, erfolglos geblieben seien. Es sei nicht ausgeschlossen, daß gleichzeitig auch Mitteilungen über die seinerzeitige Unterredung zwischen dem Grafen Mensdorff und General Smuts gemacht werden würden.

Fremdenblatt 16./IV. 1918

Der verfälschte Kaiserbrief.

Französische Kritiken an Clemenceau.

K. Genf, 14. April. Marcel Sembat vertritt in mehreren Blättern sehr energisch den Standpunkt, daß sich Clemenceau eher als Zeitungspolemiker, denn als Politiker hervorgetan habe. Er mißbilligt die naive Auffassung der Presse, die bloß eine Polemik sieht. Man müsse sich aber fragen, was Frankreich dabei gewonnen habe, und darauf sei die Antwort negativ. Im Gegenteil, man habe die Brücke nach Oesterreich-Ungarn hinter sich verbrannt.

In der „Humanité" fragt Sembat, warum nirgends etwas von Pichon, der doch Minister des Aeußern sei, zu hören ist. Wäre dieser vielleicht nicht eines Sinnes mit Clemenceau, dem er etwa erklärt haben könnte, daß das Interesse an einer gelungenen Polemik nicht identisch sein könne mit den Interessen Frankreichs?

Jacques Bainville fragt in der „Action Française" vom 10. d. M., wieso es möglich sei, daß die französischen Politiker mit einer so hochwichtigen Tatsache wie dem Briefe Kaiser Karls seit 1917 nichts anzufangen wußten. Im April 1918 seien Frankreichs Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn viel schlechter als im vorigen Jahr und jemals. Frankreich werde sich jedenfalls die Frage stellen müssen, warum aus den begonnenen Besprechungen nichts herausgekommen sei. Es werde sich nicht verwehren können zu glauben, daß dies entweder auf Nachlässigkeit oder Ungeschicklichkeit zurückzuführen sei. Daß eine so wichtige Verhandlung in einer so tragischen Zeit mit so vielverheißendem Anfang einfach, ohne Spuren zu lassen, abgetan werde, sei ein Ding, das einen um die Vernunft bringen und in seiner Zuversicht beunruhigen könne. Daraus erhelle, daß man während des Krieges nicht bloß eine geheime, sondern selbst eine ultrageheime Diplomatie hätte pflegen müssen. Wir bedauern es bitter, daß eben diese Verhandlungen stecken geblieben sind.

Ein neutrales Urteil.

K. Bern, 15. April. Unter der Ueberschrift „Kaiser Karl deckt die Fälschungen auf" schreibt das „Berner Tagblatt": Die amtliche Erklärung des Wiener Ministeriums des Aeußern bringt eine sensationelle Episode zum Abschluß, dank der in Frankreich die Aufmerksamkeit von den Vorgängen an der Front vorübergehend abgelenkt wurde. Die Tatsache ist nicht mehr wegzuleugnen, daß der von Kaiser Karl an den Prinzen Sixtus gerichtete Brief in seinen wesentlichsten Punkten in einer gefälschten Version, deren Urheber zurzeit noch unbekannt ist, von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist. Schon in ihrer amtlichen Verlautbarung vom 7. d. hatte die österreichisch-ungarische Regierung in loyaler Weise die Friedensvermittlungsaktion des Prinzen Sixtus zugegeben; sie mußte aber mit allem Nachdruck dagegen protestieren, daß der Brief des Kaisers Karl gerade in der maßgebendsten Stelle gefälscht wurde, und deshalb in einer außergewöhnlichen Form den wahren Sachverhalt feststellen, daß nämlich Kaiser Karl nie daran gedacht hat, die imperialistischen Utopien der Feinde dadurch zu fördern, daß er den Schein weckte, als wäre er in der Frage Elsaß-Lothringens nicht solidarisch mit seinem Verbündeten. Diese Legende, die nur in einem Lande Glauben finden konnte, in dem Fälschungen eine so große und manchmal tragische Rolle gespielt haben, ist nunmehr gründlich zerstört.

Wenn Clemenceau heute zu derartigen Mitteln greift, um das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu erschüttern, so beweist dies nur, daß er in seiner Verbissenheit, die ihm den Spitznamen „le tigre" eingetragen hat, jedes Verständnis für die Wirklichkeit eingebüßt hat und sich selbst und seine Landsleute und Verbündeten über die historisch feststehende Tatsache hinwegzutäuschen sucht, daß ihn die Hauptschuld dafür trifft, daß die ehrlichen Friedensbemühungen des Kaisers von Oesterreich gescheitert sind. Wie er sich auch drehen und wenden mag, wird es ihm nie gelingen, diese schwere Verantwortung von sich abzuwälzen. Auch hier wird die Weltgeschichte das Weltgericht bilden. Ein positives Resultat hat allerdings die Veröffentlichung der Fälschung ergeben — aber sicherlich nicht dasjenige, das Clemenceau erwartete — nämlich eine neue Festigung und Kräftigung des Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die das Danktelegramm Kaiser Wilhelms an Kaiser Karl in besonders feierlicher Weise bekundet. Herr Clemenceau, der ehedem so geschickte und schlagfertige Debatter, muß sich nun selbst sagen: „C'était plus qu'une faute, c'était une bêtise."

Reichspost 16./IV. 1918

139

Der verfälschte Kaiserbrief.

Wie wir von bestunterrichteter Seite erfahren, war es bisher nicht möglich, zwischen Wien und dem Prinzen Sixtus von Bourbon, an den bekanntlich der Privatbrief unseres Kaisers vom Frühjahr 1917 gerichtet war, die gewünschte Verbindung herzustellen, da die französische Regierung jede andere als ihre eigenen Mitteilungen über den Kaiserbrief ängstlich zu verhindern trachtet.

Wie es heißt, weile der Schwager des Kaisers, Prinz Sixtus von Bourbon, derzeit in Marokko. Diesen Umstand scheint die Pariser Regierung zu benützen, um im Pariser „Journal", wie man der „Reichspost" aus Genf meldet, zu erklären, der Prinz weile seit März „nicht mehr auf französischem oder englischem Boden", was es der französischen Regierung unmöglich mache, den Prinzen zur Vorlegung des Originalbriefes unseres Kaisers aufzufordern. Dies ist natürlich eine Spiegelfechterei. Zunächst ist Marokko den Franzosen genau so erreichbar wie jedes andere französische Gebiet, während die Mittelmächte vom Verkehr mit Marokko abgeschnitten sind, dann aber steht es der französischen Regierung gar nicht zu, die Vorlage eines Briefes zu verlangen, den unser Kaiser, wie in seinem Auftrage das Wiener Auswärtige Amt am 12. d. festgestellt hat, als einen Privatbrief an seinen Verwandten schrieb. Der Umstand, daß die französische Regierung im Besitze einer von einem „Freunde des Prinzen" stammenden Abschrift des Briefes zu sein behauptet, die von der zuständigsten Stelle in Wien als verfälscht erklärt worden ist, ändert daran nichts. Das Brieforiginal wäre im Besitze der französischen Regierung, die an der Rettung ihrer Fiktionen lebhaft interessiert ist, natürlich der größten Gefahr ausgesetzt. Es wäre nicht die erste Pariser Urkundenfälschung, von welcher die Welt zu hören bekäme. Auch neutrale Blätter, wie das „Berner Tagblatt", erinnern daran, daß „Clémenceaus Legende nur in einem Lande Glauben finden konnte, in dem Fälschungen eine große und manchmal tragische Rolle gespielt haben". Für die namhaftere neutrale Presse gab es nach den bestimmten Wiener Erklärungen keinen Zweifel mehr darüber, wie es sich mit dem Kaiserbrief verhält. Man sagt sich wohl, daß an Kaiser Karl, abgesehen davon, daß er als Verfasser des Briefes wohl zuständiger ist, über dessen Inhalt auszusagen, als Herr Clémenceau, der selbst bekennt, nur über eine von dritter Hand stammende Abschrift des Briefes zu verfügen, die Behauptungen der französischen Regierung gar nicht herankönnen. Mit wirkt dabei wohl auch die Erwägung, daß die französische Regierung, wenn ihre Abschrift des Kaiserbriefes verläßlich gewesen und ihr somit schon im März 1917 die Billigung der französischen Kriegsziele durch Oesterreich-Ungarn vorgelegen hätte, doch unmöglich den Krieg gegen Oesterreich-Ungarn noch ein Jahr lang fortgeführt hätte. Schon die Tatsache, daß der Krieg nach dem Frühjahr 1917 von Frankreich fortgeführt wurde, ist Beweis genug dafür, daß Clémenceaus Briefabschrift falsch und von der französischen Regierung auch als falsch erkannt war.

Die Tatsache der Kriegsfortsetzung scheint übrigens auch in Frankreich selbst bereits zu Fragen und Zweifeln Anlaß zu geben. Aus Paris, 14. d., wird nämlich gemeldet:

Jacques Bainville fragt in der „Action Française" vom 10. d. M., wieso es möglich sei, daß die französischen Politiker mit einer so hochwichtigen Tatsache wie dem Briefe Kaiser Karls seit 1917 nichts anzufangen wußten. Im April 1918 seien Frankreichs Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn viel schlechter als im vorigen Jahr und jemals. Frankreich werde sich jedenfalls die Frage stellen müssen, warum aus den begonnenen Besprechungen nichts herausgekommen sei. Es werde sich nicht verwehren können zu glauben, daß dies entweder auf Nachlässigkeit oder Ungeschicklichkeit zurückzuführen sei. Daß eine so wichtige Verhandlung in einer so tragischen Zeit mit so vielverheißendem Anfang einfach, ohne Spuren zu lassen, abgetan werde, sei ein Ding, das einen um die Vernunft bringen und in seiner Zuversicht beunruhigen könne. Daraus erhelle, daß man während des Krieges nicht bloß eine geheime, sondern selbst eine ultrageheime Diplomatie hätte pflegen müssen. Wir bedauern es bitter, daß eben diese Verhandlungen stecken geblieben sind.

Fester Lloyd

16/IV. 1918

140

Der Rücktritt des Grafen Czernin.

Graf Czernin und der Brief des Königs an den Prinzen Sixtus von Parma.

Wien, 15. April.

Die Blätter erfahren von unterrichteter Seite, daß Graf Czernin in das Konzept des Briefes Sr. Majestät an den Prinzen Sixtus von Parma Einsicht genommen habe. Das Konzept steht völlig im Einklang mit den über den Brief Sr. Majestät veröffentlichten Kommuniqués unseres k. u. k. Ministeriums des Aeußern vom 12. April. Es ist in dieser Zuschrift weder ein Auftrag an den Prinzen Sixtus von Parma enthalten, den Brief Sr. Majestät irgend jemandem mitzuteilen, noch befindet sich ein Wort über Belgien darin. Der auf Elsaß-Lothringen bezügliche Passus deckt sich vollständig mit dem vom Ministerium des Aeußern veröffentlichten Passus.

Berner Bund
16./4. 1918

16
141

Der gefälschte Kaiserbrief.

Eine seltsame Hofgeschichte.

Drahtbericht unsr. Korrespondenten.

t. **Budapest**, 15. April. Der Wiener Korrespondent des Az Est erhält, angeblich von einer hohen Persönlichkeit aus Hofkreisen, eine Darstellung der Entstehungsgeschichte des Kaiserbriefes sowie der Geschichte seiner Fälschung. Dem Bericht ist folgendes zu entnehmen: Der Brief wurde weder von Clemenceau selbst gefälscht, noch ist Clemenceau einer Fälschung aufgesessen. Die Fälschung des Briefes ist in Wien begangen worden. Der Kaiser hat ein deutsches Konzept des Briefes an seinen Schwager, den Prinzen Sixtus von Parma, angefertigt. Das Konzept war flüchtig geschrieben und enthielt gewissermaßen nur die Richtlinien für die endgültige Fassung des Briefes. Der Kaiser, der nicht genügend Vertrauen zu seinem Französisch hatte, hat die Uebersetzung des Briefes dem französischen Beichtvater der Kaiserin anvertraut. Dieser fügte aus eigener Machtvollkommenheit ein einziges Wort ein, das den Sinn des Schreibens durchaus verändert. In dem Konzept des Kaisers hatte nämlich folgender Satz gestanden:

„Ich werde die Ansprüche Frankreichs hinsichtlich Elsaß-Lothringens Meinen Verbündeten vortragen, und Mich nach Kräften bemühen, sie zu vertreten."

Der Geistliche setzte vor das Wort „Ansprüche" das Wort „gerechtfertigte", und so ging der Brief nach der Schweiz ab. Clemenceau durfte daraufhin mit Recht sagen, er wisse, daß der Kaiser von Oesterreich hinsichtlich Elsaß-Lothringens den Standpunkt Frankreichs anerkenne. Er hat also ebenso im guten Glauben gesprochen wie Kaiser Karl selbst, der diese Behauptung mit Entrüstung zurückgewiesen hatte, wie sein Minister Graf Czernin. Es wird ungemein peinlich empfunden, daß in Deutschland an maßgebender Stelle nunmehr bekannt wird, daß sich in der unmittelbaren Umgebung der Kaiserin noch immer ein fanatischer Franzose befindet. Deshalb wurde auch die ganze Entstehungsgeschichte der Fälschung bisher geheimgehalten. Nunmehr ist auch der Satz in der letzten Wiener Erklärung verständlich, daß Prinz Sixtus einer Fälschung nicht beschuldigt werden könne und daß sein dem Kaiser bekannter Charakter einen solchen Verdacht ausschließe.

•

Die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Darstellung müssen wir dem bekannten Budapester Boulevard-Blatt überlassen. Sehr wahrscheinlich klingt es nicht, daß der Kaiser von Oesterreich kein Vertrauen zu seinem Französisch hätte, daß er den deutschen Entwurf des Briefes gerade von dem französischen Beichtvater hätte übersetzen lassen (warum denn nicht von Sixtus selbst?), und daß die Uebersetzung des Franzosen dann gar nicht mehr überprüft und unbesehen von Wien abgegangen wäre. Aber selbst, wenn man alle diese wunderlichen Dinge als Tatsachen hinnehmen will, bleibt die „Aufklärung" immer noch höchst unvollständig. Der hier angeführte Satz des Kaiserbriefes stimmt wohl ungefähr mit der Stelle in dem von der französischen Regierung bekanntgegebenen Text überein, wo es heißt:

„... daß Ich mit allen Mitteln und unter Aufbietung Meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die (gerechten) französischen Ansprüche hinsichtlich Elsaß-Lothringens unterstützen werde."

Aber der Wortlaut, der dann von Wien aus bekanntgegeben wurde, lautet doch ganz anders. Da heißt dieser Satz:

„Ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären; sie sind es jedoch nicht."

Das ist immerhin ein starker Unterschied. Er trägt nicht dazu bei, die Darstellung des Az Est wahrscheinlicher zu machen.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, darauf hinzuweisen, daß Graf Czernin, wie ein Telegramm unseres Wiener t. Korrespondenten berichtet, dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner und dem Obmann der Deutschnationalen Waldner bei ihrem Abschiedsbesuch neuerlich die bestimmte Versicherung gab, daß es sich bei dem Kaiserbrief um eine der größten Fälschungen in der an Fälschungen so reichen Geschichte Frankreichs handle.

Reichspost

16./IV. 1918

142

Vor der Unterfertigung der Friedensverträge mit Rumänien

Budapest, 15. April.

Handelsminister Szterenyi wird in dieser Woche mit Unterbrechung seines Aufenthaltes in Abbazia auf einen Tag nach Bukarest reisen, um die mit dem Friedensvertrage verbundenen wirtschaftlichen, politischen und Verkehrsverträge seitens Ungarn zu unterschreiben.

Die Reise des Herrn v. Kühlmann zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Rumänien.

Berlin, 15. April.

Staatssekretär Dr. v. Kühlmann hat sich gestern in das Große Hauptquartier begeben. Seine Abreise wurde von verschiedenen Seiten mit dem Rücktritt des Grafen Czernin in Zusammenhang gebracht. Wie von unterrichteter Seite erklärt wird, besteht ein solcher Zusammenhang nicht. Seine Abreise war bereits zu einer Zeit beschlossen, als das Demissionsgesuch des Grafen Czernin hier noch nicht bekannt war. Staatssekretär Dr. v. Kühlmann hat die Absicht, sich Mittwoch oder Donnerstag nach Bukarest zu begeben. Vorher wird er die Führer der Reichstagsparteien empfangen, um sie über die politische Lage zu informieren.

Fremdenblatt
16./IV. 1918

Die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien

Proteste aus der Ukraine.

K. Kiew, 14. April. (Meldung der Ukrainischen Telegraphen-Agentur.) Die ukrainische Presse erhebt einstimmig Einspruch gegen die imperialistischen Gelüste der rumänischen Regierung und weist darauf hin, daß das ukrainische Volk sich mit der Lösung der bessarabischen Frage im rumänischen Sinne nie einverstanden erklären könne. Die ukrainische Regierung wird aufgefordert, in Wahrnehmung des ukrainischen Interesses bezüglich Bessarabiens energisch aufzutreten.

K. Kiew, 14. April. (Meldung der Ukrainischen Telegraphen-Agentur.) Aus Odessa wird gemeldet: Gestern wurden Vertreter der 200.000 Seelen zählenden bulgarischen Bevölkerung in Bessarabien nach Sofia delegiert, um gegen den eventuellen Anschluß Bessarabiens an Rumänien zu protestieren. Die Bulgaren in Bessarabien befürchten das Schicksal ihrer Brüder in der Dobrudscha und wollen nicht von Rumänien unterjocht sein.

Abendblatt 144
16./IV. 1918

Das serbische Friedensbedürfnis.

Ein Nachklang in der Skupschtina auf Korfu zur letzten Rede des Grafen Czernin.

Im Nachrufe, den heute das Wiener sozialdemokratische Zentralorgan dem Grafen Czernin widmet, steht neben anderen Kuriositäten auch der Satz: „Graf Czernin hat für den Frieden blutwenig geleistet." An der Stelle, wo so oft vor den unbeschreiblichen Friedenswunderwerken der Herren Wilson und Trotzki, Henderson und Branting verzückte Derwischtänze aufgeführt wurden, darf natürlich dem Staatsmann, der trotz aller westlerischen Machenschaften und trotz aller bolschewikischen Winkelzüge die Friedensverträge von Litauisch-Brest zustandegebracht hat, nicht einmal jenes Minimum von Verdienst zugebilligt werden, welches die bloße Achtung vor dem offenkundigen Tatbestand selbst dem schärfsten Gegner des scheidenden Ministers abnötigen müßte. Graf Czernin ist ja nur ein Oesterreicher, ein Oesterreicher zwar, dem ein Teil der Presse des verbündeten Reichsdeutschland es sehr nachträgt, daß unter ihm die politisch-diplomatische Führung des Vierbundes nach Wien gekommen sei, aber eben doch nur ein Oesterreicher und kein Westler und kein Bolschewik, kein Pseudodemokrat mit Maschinengewehren im Stile Trotzkis und kein süßholzraspelnder, die salbungsvollste Quäckersprache redender Exponent vertrusteter Plutokratien. Nur ein Oesterreicher! Und was die Marke „Made in Austria" trägt, hat von vorneherein jeden Anspruch auf objektive Wertung durch die rabulistisch-sozialistischen Zeitgenossen verwirkt.

„Graf Czernin hat für den Frieden blutwenig geleistet," so vernichtend lautet das Schlußurteil jener, die in Stockholm so Unsterbliches für den Frieden geleistet haben, daß sie dadurch alle zu unsterblichen Europäern wurden gleich dem „einzigen" Wilson, über das Wirken des Grafen Czernin, der zwar nicht in Stockholm mitdebattiert, dagegen in Brest-Litowsk und in Bustea der Kriegshydra eine Anzahl von Köpfen abschlug. Die Bevölkerung, die es miterlebt hat, wie im Osten Friede wurde, dürfte das schonungslose „Ungenügend" der Stockholmer Friedensprofessoren über den Staatsmann, der den Brotfrieden mit der Ukraine und mit Rumänien zustandebrachte und auch die minder fürchterlichen Erben des furchtbaren Zarismus für den Frieden zu gewinnen wußte, stark lächerlich finden. Graf Czernin war nicht nur ein, er war „der" Friedensminister unter den leitenden Staatsmännern der kriegführenden Mächte. Er hat die diplomatische Friedensoffensive, welche die Mittelmächte mit ihrem Anbot vom 12. Dezember 1916 begonnen hatten, zähe fortgesetzt, er hatte seine eigene Methode und Technik dafür und erntete damit die sichtbarsten Erfolge. Es kam ihm vor allem darauf an, einmal irgendwo mit dem Frieden den Anfang zu machen, dann würde der Segen schon ansteckend auf die anderen wirken. Darum schloß er mit der Ukraine ab, sobald er erkannte, daß an diesem Punkt mit Glück der Hebel anzusetzen wäre, selbst unter Opfern, die schwere Gegnerschaft eintrugen. Aber es galt vor allem, einmal einen festen Punkt zu gewinnen, von dem aus das Weltunglück des Krieges aus den Angeln zu heben wäre. Das Weitere würde sich schon finden. Und es fand sich. Es folgte das kalmierende Ergänzungsabkommen mit der Ukraine über die Cholmer Grenze, es folgte der Vertrag mit Rußland und es folgte der Vorfriede mit Rumänien. Und ehe noch die Unterschrift auf den Vertrag mit dem rumänischen Nachbar gesetzt werden konnte, packte Graf Czernin schon das nächste Problem an, die nunmehr reif gewordene Frage eines Friedensschließens mit den serbischen Ländern.

In seiner großen Rede an die Abordnung des Wiener Gemeinderates machte Graf Czernin folgende Andeutungen:

> **Wir wissen, daß in Serbien der Wunsch zum Frieden sehr groß ist, jedoch das Land durch die Ententegroßmächte verhindert wird, denselben zu schließen. Bulgarien muß gewisse von Bulgaren bewohnte Gebiete erhalten, aber wir wollen Serbien nicht vernichten, nicht zertrümmern, wir wollen ihm die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln, wir würden einen engeren wirtschaftlichen Anschluß Serbiens an uns nur begrüßen, wir wollen das zukünftige Verhältnis Serbiens und Montenegros zur Monarchie nicht durch Motive beeinflussen, welche einem freundnachbarlichen Verhältnisse widersprechen. Der beste staatliche Egoismus ist der, sich mit den geschlagenen Nachbarn auf einen Fuß zu stellen, der sie zu dauernden Freunden macht. Diesen Egoismus habe ich für Oesterreich-Ungarn. Die Feinde müssen, nachdem sie militärisch erobert wurden, auch moralisch erobert werden, erst dann ist ist der Sieg ein vollständiger — hier muß die Diplomatie die Arbeit der Armeen ergänzen.**

Nach dem militärischen und innerpolitischen Zusammenbruche Rußlands hatten die beiden serbischen Königreiche ihren vermeintlichen Protektor, der sie nur als Instrument für seine selbstsüchtigen Zwecke gebraucht hatte, verloren. Der als Allslawentum verkleidete Panrussismus hatte mit dem Zaren seinen Kopf verloren, der angestaunte Koloß zerfiel in klägliche Trümmer, mit dem Rückhalt der Balkankleinen an der Großfürstensippe war es endgültig vorbei. Es gab für die serbischen Staaten keine andere Rettungsmöglichkeit mehr als die schleunige Umkehr aus dem Kriegslabyrinth, eine Nötigung, die der Friedensschluß der russischen Trümmer und Rumäniens mit den Mittelmächten vervielfachte. Dem wachsamen Auge des Wiener Friedensministers entging diese Gelegenheit zur Fortsetzung seines Werkes nicht und schon richtete er einen ermunternden Zuruf an die serbischen Nachbarn, denen die selbstverschuldete Zwangsherrschaft der Entente bisher den Weg zum Frieden versperrt. Mit der Sicherheit, die den Meisterschützen kennzeichnet, traf er das gewollte Ziel. In der Skupschtina auf Korfu hatte der Unglücksmensch Serbiens Pasic, das Werkzeug der Verbandsmächte, einen schweren Strauß auszufechten mit den Volksvertretern, denen Cezrnins Worte das Verständnis für den großen Wandel der Dinge geweckt zu haben scheinen.

*

Kundgebungen in der serbischen Skupschtina gegen den Friedensverhinderer Pasic.

TK. **Paris**, 15. April.

Die Agence Havas meldet aus Korfu:

In der Skupschtina richtete der Abgeordnete Trifkovic an den Ministerpräsidenten Pasic eine Anfrage wegen der letzten Rede des Grafen Czernin und speziell wegen jenes Teiles der Rede, in der von Serbien gesprochen worden ist. Ministerpräsident Pasic gab hierauf folgende Erklärung ab: „Wir haben die Behauptungen des Grafen Czernin dementiert, sobald sie uns zur Kenntnis gekommen sind. Graf Czernin hat Serbien niemals einen Frieden angeboten. Seine Vorschläge wären übrigens auch nicht angenommen worden."

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten wurden durch heftige Zwischenrufe unterbrochen.

Pester Lloyd
17./IV. 1918
17
145

Das Dossier Clemenceaus.

Die Mitteilungen Clemenceaus in den Kammerausschüssen.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Rotterdam, 17. April.

Der Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus Paris: Das Aktenstück über Kaiser und König Karl, das die Regierung heute nachmittag den Ausschüssen der Kammer vorlegen wird, besteht aus Schriftstücken, die sich auf gewisse Schritte des Prinzen Sixtus beim Herrscher beziehen. Das Original des Briefes war mit Bleistift geschrieben und Prinz Sixtus hat, nachdem er den Brief dem Präsidenten mitgeteilt hatte, diesem eine Abschrift davon gegeben, die sich mit einem Begleitschreiben im Ministerium des Aeußern befindet.

Ueber die Angelegenheit war Geheimhaltung vereinbart worden und diese würde auch jetzt noch aufrechterhalten worden sein, wenn Graf Czernin nicht ohne Anlaß mit den Mitteilungen begonnen hätte. Ribot hatte pflichtgemäß die Verbündeten Frankreichs von der Angelegenheit verständigt; er verständigte Lloyd George und las dann das ganze Aktenstück Sonnino bei der Zusammenkunft im April vor. Sonnino war sehr dankbar für diesen Beweis der Aufrichtigkeit Frankreichs gegen Italien. Alle Minister der Alliierten waren der Ansicht, daß der Brief des Monarchen keine Grundlage zu Verhandlungen bieten konnte und dies wurde dem Prinzen Sixtus sofort mitgeteilt. Die Angelegenheit fand ihren Abschluß mit einer Erklärung König Karls, die Prinz Sixtus einige Wochen später überbrachte. Dies war der zweite Brief.

Paris, 17. April.

(Havas.) Vor den versammelten Kammerausschüssen für auswärtige Angelegenheiten, Krieg und Marine legte heute Ministerpräsident Clemenceau die Umstände dar, unter denen die Versuche Oesterreich-Ungarns, unter den Alliierten durch Friedensverhandlungen eine Spaltung hervorzurufen, vor sich gingen. Er unterbreitete die gesamten Akten in dieser Angelegenheit dem Ausschusse für Aeußeres, der die Frage studieren und darüber Bericht erstatten wird.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Genf, 18. April.

Nach Pariser Zeitungen hat Clemenceau im Senatsausschuß die Versicherung abgegeben, der Brief König Karls werde in der Handschrift des Monarchen veröffentlicht werden, sobald Prinz Sixtus von Bourbon aus Afrika zurückkehre, was spätestens Mitte Mai der Fall sein dürfte.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Haag, 18. April.

Die Agence Havas veröffentlicht eine neue Darstellung in der Angelegenheit des Königsbriefes, die eine gewisse Verlegenheit der französischen Regierung in dem Augenblicke zeigt, in dem es sich darum handelt, die Dokumente der Oeffentlichkeit mitzuteilen. Die Agence Havas berichtet, daß die Kommission für auswärtige Angelegenheiten und für Krieg heute die Aktenstücke und die Protokolle bezüglich der Besprechung des Grafen Armand mit dem Grafen Revertera zugestellt erhalten hätte. Einzelheiten über diese Dokumente teilt jedoch die Agence Havas nicht mit.

Petit Journal meldet, daß die Aktenstücke, zu denen die Regierung und Ribot ergänzende Mitteilungen machen wollen, nicht veröffentlicht werden würden.

In der Darstellung der Agence Havas, wonach der Königsbrief mit Bleistift geschrieben wäre, erscheint es zumindest auffallend, daß ein so wichtiger Brief im Original mit Bleistift geschrieben gewesen sein soll. Die Vermutung liegt nahe, daß das, was die französische Regierung als einen Originalbrief des Königs Karl angesehen hat, bereits die Abschrift eines Briefes war, der vielleicht das Original gewesen sein könnte.

Pariser Kritik an dem Vorgehen Clemenceaus.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Paris, 18. April.

In L'Heure schreibt Aubriot: Das Bedauern über die Veröffentlichung des Briefes des Königs Karl ist allgemein. Die Hauptfrage ist jetzt, wie weit damals die Verhandlungen gediehen sind. Aus der jetzigen Erörterung der Angelegenheit ergibt sich, daß Lloyd George und Sonnino den Inhalt und Charakter des Angebotes des Königs nur ungenau kannten, denn sonst wäre das Urteil dieser beiden Staatsmänner anders ausgefallen. Es ist zu befürchten, daß Weglassungen und Entstellungen von Tatsachen in dem Schriftstück vorgekommen sind, um die Meinung Lloyd Georges und Sonninos zu beeinflussen. Die entstellte Wiedergabe des Briefes bildet nur einen Einzelfall von den vielen Vorkommnissen ähnlicher Art. (Telegraphen-Kompagnie.)

Neue Freie Presse

17. IV. 1918

Der Brief des Kaisers an den Prinzen Sixtus.

Der Coup Clemenceaus eine Niederlage der Entente.

Bern, 16. April.

Die „Neuen Züricher Nachrichten" schreiben in Besprechung der Wiener Mitteilung vom 13. April: „Als der angebliche Brief Kaiser Karls in die Oeffentlichkeit gelangte, war auf den ersten Blick ersichtlich, daß der Text gefälscht sein mußte, denn es gab Wendungen darin, die kein Monarch, am wenigsten Kaiser Karl, gebraucht hätte, so plump war die Fälschung. Sie ist nun amtlich festgelegt und der Coup Clemenceaus ist zu einer politischen Hauptniederlage der ganzen Entente geworden. Man wird zwar in Paris versuchen, die Fälschung aufrechtzuerhalten oder zu behaupten, daß der gefälschte Text in die Hände der französischen Regierung gespielt worden sei. Wenn jedoch die französische Regierung den gefälschten Text wirklich für echt hielt, dann durfte sie keinen Tag mit seiner Ausnützung zögern; denn wäre dieser Text echt gewesen, so hätte sie an ihm ein Instrument besessen, das österreichisch-ungarisch-deutsche Bündnis in acht Tagen zu sprengen und den Frieden in spätestens einem Monat zu diktieren. Hielt man in Paris und London die Fälschung für echt und benützte den Brief dennoch nicht sofort, so bewies man damit, daß man eben noch viel mehr als nur Elsaß-Lothringen und viel mehr als die vollste Wiederherstellung Belgiens von Deutschland wollte, nämlich seine Vernichtung. Entweder wußte man um die Fälschung und dann war ihre erfolgte Ausnützung ein Verbrechen an Kaiser Karl, oder man wußte nicht darum und dann war die Nichtausnützung während eines vollen Jahres ein Verbrechen an allen Völkern. Ungetrübt geht das hehre Bild Kaiser Karls aus diesem schmutzigen Anschlag, ungetrübt jenes „seines" Czernin hervor.

Reichspost

17./IV. 1918

147

Französische Kritik gegen die Ablehnung des Kaiserbriefes.

(Drahtbericht der „Reichspost".)

Basel, 16. April.

Die Erörterung, ob die Entente klug daran tat, die Versöhnungsversuche Kaiser Karls auszuschlagen, nimmt in der französischen Presse immer größeren Umfang an. „Action Francaise" erklärt, es sei bedauerlich, daß der Vierverband die Friedensbereitschaft Oesterreich-Ungarns nicht auszunützen verstand; das Gefühl, mit Frankreich sei nichts anzufangen, werde Kaiser Karl zukünftig abhalten, sich an Frankreich zu wenden.

TK Paris, 15. April.

„Petit Parisien" schreibt: Wir stehen erst am Beginne der notwendigen Aufklärungen über die Polemik Clémenceau-Czernin. Es läßt sich voraussehen, daß Clémenceau vor den Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten und des Krieges die Sache vollständig aufklären wird, wie er es in der Affaire Bolo Pascha tut.

Neues Wiener Tagblatt
17/IV. 1918

Kaiser Wilhelm an die Balten.

Kowno, 16. April. (Meldung des Wolffschen Bureaus.) Der Korrespondenz B wird aus Riga gemeldet: Kaiser Wilhelm hat an den Vorsitzenden des gemeinsamen Landesrates Landesmarschall Pilar in Riga folgendes Telegramm gerichtet:

„Der mir in so herzlicher Weise dargebrachte Dank des Landesrates von Livland, Estland, Riga und Oesel für die Befreiung der alten Ordenslande von ihrer Bedrängnis hat mich tief gerührt. Ich danke Gott von Herzen, daß er mich und meine Armeen das Werkzeug für diese Befreiung hat sein lassen und mir die Möglichkeit gegeben hat, die Zukunft der alten, durch deutsche Arbeit geschaffenen Lande auf eine sichere Grundlage zu stellen. Die Bitte des Landesrates um Anschluß an das Deutsche Reich unter meinem Zepter wird mit Wohlwollen begrüßt werden. Ich nehme sie als Zeichen des Vertrauens zu meiner Person und meinem Hause und zu Deutschlands Zukunft und spreche dem Landesrat meinen kaiserlichen Dank dafür aus."

Fremdenblatt
17./IV.-1918

England verbreitet das Memorandum Lichnowskys.

In Millionen von Exemplaren.

K. Amsterdam, 16. April. Wie ein hiesiges Blatt aus London erfährt, hat das englische Kriegskomitee das Memorandum des Fürsten Lichnowsky als Flugblatt unter dem Titel „Schuldig" veröffentlicht. Von den Eisenbahnbuchhandlungen sollen mindestens drei Millionen Exemplare verbreitet werden.

Neue Freie Presse
17./IV. 1918
150

Baron Burian Minister des Aeußern.

Wien, 16. April.

Amtlich wird gemeldet:

Se. k. u. k. Apostolische Majestät hat den gemeinsamen Finanzminister Baron Stephan Burian v. Rajecz zum Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern ernannt.

Amtliche Begründung der Ernennung.

Budapest, 16. April.

Amtlich wird gemeldet:

Se. Majestät hat, wie das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau erfährt, mit Entschließung vom heutigen Tage den gemeinsamen Finanzminister Baron Stephan Burian v. Rajecz zum Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern ernannt.

Die Wahl ist aus dem Grunde auf Baron Burian gefallen, weil er, abgesehen davon, daß er das Vertrauen Sr. Majestät besitzt, alle Antezedenzien im einzelnen kennt, deren gründliche Kenntnis im Zusammenhang mit den zur Verhandlung gelangenden internationalen Vereinbarungen außerordentlich wichtig ist.

Die Leitung des gemeinsamen Finanzministeriums.

Der Minister des Aeußern Baron Burian wird, wie das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau erfährt, auch weiterhin die Führung des gemeinsamen Finanzministeriums beibehalten.

Neue Freie Presse Abendbl 17.IV.1918 152

Die Krone gegen die Anhänger der Entente in Oesterreich.

Fortsetzung des bisherigen politischen Kurses.

Wien, 17. April.

Die Abgeordneten Geheimer Rat Prälat Hauser und Professor Dr. Waldner erschienen heute mittag beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, um im Namen ihrer Parteien auf die tiefgehende Erregung aufmerksam zu machen, welche die Vorgänge der letzten Tage überall in den deutschen Kreisen hervorgerufen haben.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler erklärte, ihm sei diese Erregung bekannt, er bedaure sie lebhaft, möchte jedoch zur Beruhigung darauf hinweisen, daß der politische Kurs nach außen wie im Innern von dem Wechsel auf dem Posten des Ministers des Aeußern vollständig unberührt bleibe.

Hiebei nahm der Ministerpräsident auch Gelegenheit, scharf zu betonen, daß nach den ihm bekannten unwandelbaren Anschauungen der Krone diejenigen, die ihr Heil von der Entente erwarteten, stets als Staatsfeinde betrachtet und behandelt werden müßten.

Pester Lloyd
18/IV. 1918
153
18

Der Personenwechsel im Ministerium des Aeußern.

Der Kurs bleibt der alte.

Aeußerungen Baron Buriáns.

Wien, 17. April.

Wie die Abendausgabe des Fremdenblattes meldet, erschien der neue Minister des Aeußern Baron Burián vormittag im Ministerium des Aeußern, um das Amt zu übernehmen und mit dem Grafen Czernin bezüglich der Uebernahme seines Amtes und der wichtigen außenpolitischen Fragen zu konferieren.

Wie die Korrespondenz Austria meldet, erschienen die Abgeordneten Prälat Hauser und Professor Waldner mittags beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, um im Namen ihrer Parteien auf die tiefgehende Erregung aufmerksam zu machen, welche die Vorgänge in den letzten Tagen in den deutschen Kreisen hervorgerufen.

Der Minister erwiderte, ihm sei diese Erregung bekannt. Er bedauere dieselbe lebhaft, möchte jedoch darauf hinweisen, daß der politische Kurs nach außen wie nach innen vom Wechsel auf dem Posten des Außenministeriums vollständig unberührt bleibe. Hiebei nahm der Ministerpräsident die Gelegenheit wahr, stark zu betonen, daß nach den ihm bekannten unwandelbaren Anschauungen der Krone diejenigen, die ihr Heil von der Entente erwarten, stets als Staatsfeinde betrachtet und behandelt würden.

Ein Dementi.

Das Neue Wiener Tagblatt schreibt in seiner heutigen Nummer, daß der österreichische Ministerpräsident Dr. v. Seidler von der Kandidatur des Barons Burián zum Minister des Aeußern schon am Sonntag eine Verständigung erhalten und der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle im Einvernehmen mit seinem österreichischen Kollegen der Ernennung Baron Buriáns schon im vorhinein zugestimmt hätte.

Wie Magyar Tudósító von zuständiger Stelle erfährt, entspricht diese Nachricht nicht der Wahrheit. Ministerpräsident Dr. Wekerle war von der Ernennung des Ministers des Aeußern nicht nur nicht im voraus verständigt, er hat von ihr auch keine Kenntnis gehabt und darum seine Demission beschlossen.

Botschafter Prinz Hohenlohe bleibt auf seinem Posten.

Wien, 17. April.

Einige Blätter haben die Nachricht verbreitet, daß der k. u. k. Botschafter in Berlin die Absicht habe, seine Demission zu überreichen. Wie das K. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau erfährt, ist diese Nachricht durchaus aus der Luft gegriffen. Prinz Hohenlohe hat sich für einige Tage nach Wien begeben, um hier mit dem k. u. k. Minister des Aeußern Rücksprache zu pflegen und wird dann auf seinen Posten nach Berlin zurückkehren.

Der Eindruck in Deutschland.

Berlin, 17. April.

Die Blätter besprechen die Ernennung des Barons Burián zum Minister des Aeußern und stimmen darin überein, daß dieser ein überzeugter Anhänger und bewährter Freund des Bündnisses mit Deutschland sei. Sie erblicken in der Ernennung Baron Buriáns einen Beweis dafür, daß die Krone an den bisherigen Grundsätzen der auswärtigen Politik unverbrüchlich festzuhalten gedenke, so daß die Ernennung Buriáns als neues Bekenntnis Kaiser und König Karls zu den Grundlinien derjenigen Politik anzusehen sei, die jetzt von beiden Völkern mit Strömen kostbaren Blutes besiegelt worden ist.

Der Lokalanzeiger führt aus: Als einer der gründlichsten Kenner der Balkanfrage bringt Baron Burián gerade im gegenwärtigen Augenblick, da der Friedensschluß mit Rumänien nahezu spruchreif geworden ist, und im Anschluß daran möglichst dauernde friedliche Zustände im nahen Osten geschaffen werden sollen, die notwendigen Bürgschaften für eine ersprießliche Amtsführung mit, und man braucht nicht zu befürchten, daß die Verhandlungen den so sehr erwünschten raschen Erfolg wesentlich aufhalten werden. Von besonderer Seite wird dem Lokalanzeiger geschrieben: In Baron Burián begrüßen wir einen bewährten Staatsmann und Freund Deutschlands, dessen feste Bundestreue über jeden Zweifel erhaben ist. Für die Leitung der auswärtigen Politik der Doppelmonarchie kommt dem neuernannten Minister seine große Erfahrung und Uebersicht zustatten, die er sich während des Krieges erworben hat, indem er bis in die jüngste Zeit hinein an maßgebender Stelle tätig war. Persönlich von festem, lauterem Charakter, hat sich Baron Burián seit jeher durch straffe Zügelführung in den ihm übertragenen Amtsgeschäften ausgezeichnet, woraus zu schließen ist, daß es ihm in absehbarer Zeit gelingen dürfte, derjenigen Schwierigkeiten, unter denen die innerpolitische Lage der Monarchie zurzeit noch zu leiden hat, Herr zu werden. Was den neuen Minister des Aeußern uns Deutschen ebenso wie den anderen Bundesgenossen so sympathisch macht, ist seine nie versagende Siegeszuversicht, die durch die großen Erfolge an unserer Westfront nur noch neue Nahrung erfahren hat.

Berlin, 17. April.

Das deutsche Zentrumsorgan Germania hofft, daß es Baron Burián gelingen wird, die Beziehungen der Doppelmonarchie zum Deutschen Reiche noch enger zu gestalten. Im Deutschen Reiche wird die Wahl Baron Buriáns begrüßt werden.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hebt in einem redaktionellen Artikel hervor, daß die Wahl Baron Buriáns die Kontinuität der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns bedeute, die das notwendigste Erfordernis für den Erfolg sei. Die erst in letzter Zeit wiederholt und mit besonderer Wärme betonte Bündnistreue Oesterreich-Ungarns wird auch — sagt das Blatt — unter dem neuen Minister den Eckstein der auswärtigen Politik der Donaumonarchie bilden, bleiben und bleiben müssen. Von diesem Gesichtspunkte aus wird man in Deutschland den Personenwechsel auf dem wichtigen Posten nur als solchen betrachten und nicht als Ereignis von weiterer politischer Bedeutung, weil sich in Oesterreich-Ungarn und in Deutschland die Auffassung immer mehr befestigt hat, daß das Bündnis zwischen den beiden Staaten nicht als eine von Personen abhängige Frage, sondern eine von geschichtlichem Interesse geförderte Notwendigkeit ist.

Lloyd

18/IV. 1918

154

Das Dossier Clemenceaus.

Graf Czernin über den Brief König Karls.

Wien, 17. April.

Wie die Korrespondenz Austria berichtet, sprach Reichsratsabgeordneter Professor Waldner vormittag beim ehemaligen Minister des Aeußern Grafen Czernin vor, um eine Aussprache betreffend die mit dem Kaiserbrief zusammenhängenden Gerüchte herbeizuführen. Wie die Korrespondenz von zuverlässiger Quelle erfährt, versicherte Graf Czernin gegenüber dem Abgeordneten ehrenwörtlich, daß der von der französischen Seite veröffentlichte Brief eine Fälschung, und zwar ein Meisterstück der Fälschungstechnik der an Fälschungen so reichen politischen Geschichte Frankreichs in der letzten Zeit ist. Der Brief wurde von französischer Seite gefälscht, in der unverkennbaren Absicht, einen Keil zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu treiben, eine Absicht, die glücklicherweise vollkommen vereitelt erscheint.

Der Vatikan und der Brief des Königs.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Haag, 17. April.

Aus Rom wird telegraphiert: Das Organ des Vatikans, der Osservatore Romana veröffentlicht in der Angelegenheit des Briefes des Königs Karl eine Erklärung, in der es heißt, daß zwischen diesem Briefe und der päpstlichen Friedensnote vom 11. August kein Zusammenhang besteht.

Französische Preßstimmen über den Brief König Karls.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Haag, 17. April.

Aus Paris wird gemeldet: Die Erörterungen in der Presse über den Brief König Karls beherrschen auch heute alle anderen Ereignisse. Besonders die sozialistische Presse macht die Angelegenheit zum Gegenstand großer politischer Auseinandersetzungen.

Sembat hebt in der L'Heure hervor, welches Aufsehen der Brief in Frankrech verursacht habe und fragt, ob Präsident Wilson von diesem Brief Kenntnis erhalten habe. Sembat erklärt, daß Frankreich als Gegenleistung für die Rückgewinnung von Elsaß-Lothringen Italien durch Abtretung afrikanischen Küstengebietes entschädigen sollte.

Auch der Abgeordnete Meunier wendet sich heftig gegen die Regierung, weil sie aus dem Brief ein Geheimnis gemacht habe.

Pester Lloyd

18/IV. 1918

18

155

Ausfälle der Pariser Presse gegen Clemenceau und Ribot.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Berlin, 17. April.

Die Vossische Zeitung berichtet aus Bern: Aus Paris wird gemeldet: Die dem Ministerpräsidenten Clemenceau nahestehenden klerikalen Organe meinen, Frankreich habe recht getan, nicht auf die österreichisch-ungarische Annäherung einzugehen, weil das Verrat an Italien gewesen wäre. Die Mehrzahl der Zeitungen fragt, warum aus diesen Versuchen nichts wurde und meint, daß die Regierung zu weiterer Auskunft verpflichtet sei.

So schreibt das Journal: Es ist unmöglich, daß der Brief des Königs Karl gar keine Wirkung getan haben sollte. Man fühlt, daß der Chef der französischen Regierung bereit ist, interessante Aufklärungen über die Debatten zu bringen, die nach dem 31. März, dem Datum der Ueberreichung des Briefes, einsetzten. Wir haben noch viel zu erfahren.

L'Oeuvre sagt: Die einzige Frage, die wir stellen und die die öffentliche Meinung aufregt, ist: Warum hat der Schritt König Karls keine Folgen gehabt? Man sollte uns und der ganzen Welt endlich die Wahrheit sagen.

In der Verité erhebt der Abgeordnete Meunier anläßlich des Briefes des Königs Karl schwere Anklagen gegen Ribot, daß er das Parlament von den Friedensvorschlägen nicht unterrichtet habe, insbesondere, daß der zweite Brief des Königs noch immer nicht veröffentlicht wurde. Auch über die langen Verhandlungen, die den Briefen folgten, sei das Parlament niemals aufgeklärt worden. Das Ministerium Ribot sei, wenn auch gestürzt, nicht jeder Kontrolle und Kritik entzogen. Er fragt: Was hat man in unserem Namen auf den kaiserlichen Schritt geantwortet? Warum hat der Friedensvorschlag zu keinem Ziel geführt? Die Antwort findet man im Journal des Débats, das sagt, Frankreich habe nicht auf Kosten Italiens einen Sonderfrieden schließen wollen.

Neue Freie Presse

18/IV. 1918

Der Rücktritt des Grafen Czernin.

Das Handschreiben des Kaisers an den Grafen Czernin.

Wien, 17. April.

Die morgige „Wiener Zeitung" veröffentlicht folgende Allerhöchste Handschreiben:

„Lieber Graf Czernin!

Indem Ich unter Einem Meinen gemeinsamen Finanzminister Stephan Baron Burian zum Minister Meines Hauses und des Aeußern ernenne, enthebe Ich Sie nunmehr in vollen Gnaden von diesem Amte und der Ihnen mit Meinem Handschreiben vom 15. d. unter Annahme Ihrer Demission aufgetragenen einstweiligen Fortführung der Geschäfte.

Während einer der bedeutsamsten Epochen der Weltgeschichte aller Zeiten haben Sie im Interesse einer Politik, die nach wie vor für Mein Haus und Meine Staaten richtunggebend bleiben soll, in aufopferungsvoller Weise und unermüdlicher Pflichttreue hervorragende Dienste geleistet, deren Ihnen zu gerechter Befriedigung gereichende Erfolge Ihnen nicht versagt geblieben sind, indem Sie mit in vorderster Linie die ersten Friedensschlüsse der leidenden Menschheit vermitteln konnten.

Sie haben sich hiedurch wohlverdienten Anspruch auf Meinen unvergänglichen Dank und Meine vollste Anerkennung erworben, die Ich Ihnen hiemit gerne zu warmem Ausdruck bringe, und als deren äußeres, wenn auch lange nicht vollentsprechendes Zeichen Ich Ihnen die Brillanten zum Großkreuze Meines St. Stephans-Ordens verleihe.

Nicht minder will Ich Ihnen Meine fortdauernde Gewogenheit zusichern, wie Ich auch zuversichtlich hoffe, daß Ihre außergewöhnlichen Gaben nicht für immer Mir und dem Wohle Meiner Staaten entzogen bleiben sollen.

Budapest, am 16. April 1918.

Karl m. p.

Czernin m. p."

Die Ernennung des Barons Burian.

„Lieber Baron Burian!

Indem Ich Sie vom Posten Meines gemeinsamen Finanzministers in Gnaden enthebe, ernenne Ich Sie gleichzeitig zum Minister Meines Hauses und des Aeußern und betraue Sie mit dem Vorsitze im gemeinsamen Ministerrate. Zugleich übertrage Ich Ihnen die Leitung Meines gemeinsamen Finanzministeriums.

Budapest, am 16. April 1918.

Karl m. p.

Burian m. p."

Fremdenblatt

18/IV. 1918

157

Der verfälschte Kaiserbrief.

Die französischen Sozialisten gegen Clémenceau. — Paroxysmus der Nationalisten.

Gr. Berlin, 17. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Das Berliner „Achtuhrblatt" meldet aus Genf: Die Pariser sozialistische Presse schöpft aus der Verzweiflung über die Entwicklung der militärischen Ereignisse neuen Mut zu heftigen Angriffen gegen Clemenceau. Die Veröffentlichung des Kaiserbriefes beginnt ihre Wirkung gegen Clemenceau auszuüben, da dieses Schreiben einen Beweis dafür erbringt, welche günstige Friedensgelegenheiten die Ententestaatsmänner vorübergehen ließen.

Die Nationalisten sind über die deutschen Erfolge dem vollkommenen Wahnsinn verfallen und fordern die sofortige Erschießung aller sozialistischen Defaitisten und unangemeldeten feindlichen Ausländer.

Clemenceau weilt fast unausgesetzt im Hauptquartier Fochs.

Neue Freie Presse

18./IV. 1918

158

Clemenceaus Erklärungen in den Kammerausschüssen.

Vorlegung der Akten über die Friedenssondierungen.

Paris, 17. April.

Die Agence Havas meldet: Vor den versammelten Kammerausschüssen für auswärtige Angelegenheiten, Krieg und Marine legte heute Ministerpräsident Clemenceau die Umstände dar, unter denen die Versuche Oesterreich-Ungarns, unter den Alliierten durch Friedensverhandlungen eine Spaltung hervorzurufen, vor sich gingen. Er unterbreitete die gesamten Akten in dieser Angelegenheit dem Ausschusse für Aeußeres, der die Frage studieren und darüber Bericht erstatten wird.

Neue Freie Presse 18./IV. 1918

Lloyd-George über Irland, Homerule und die Kriegslage.

London, 16. April.

In einer Antwort an Dillon erklärte Lloyd-George im Unterhause, die Anwendung des Dienstpflichtgesetzes auf Irland könne billigerweise mit dem Versuche verglichen werden, den amerikanischen Kolonien Steuern gegen ihren Willen aufzuerlegen, weil es sich in diesem Falle um eine Besteuerung ohne Vertretung handle. Ferner sei bei keiner Selbstverwaltungsmaßnahme, die von irgendeiner verantwortlichen Gruppe, welche Irland in diesem Hause vertrete, gefordert worden, bis jetzt jemals danach gestrebt worden, daß Fragen, die die Organisation des Heeres, der Flotte sowie der Landes- und Reichsverteidigung angehen, einem anderen Parlament zur Entscheidung überlassen werden sollten als dem Reichsparlament. Die Forderung, daß zunächst die Zustimmung der Iren erlangt werden soll, könnte mit demselben Rechte für Wales und Schottland geltend gemacht werden, aber diese hielten es nicht für eine Schmälerung des Selbständigkeitsgefühles ihrer Rasse, dem Reiche, dessen Bürger sie sind, das Recht zu übertragen, Maßnahmen zur Vermehrung der Kräfte, die zur Verteidigung des Reiches dienen, im Namen des Reiches durch die Reichsvertretung zu erzwingen. (Beifall.) Mit Bezug auf die Behauptung Dillons, der Krieg hätte erfolgreicher geführt werden können, möge derselbe daran erinnert werden, daß innerhalb der letzten 13 Monate einer unserer größten Verbündeten, der über eine Armee von fünf bis sechs Millionen Mann verfügte, aus dem Kriege ausgeschieden ist. Man könne schwerlich behaupten, daß die gegenwärtige Regierung für den Bolschewikismus in Rußland verantwortlich sei.

Lloyd-George erklärte dann: Die Regelung der irischen Frage ist nicht nur für Irland, sondern für das Reich eine Angelegenheit von vitalem Interesse, und es wäre im Interesse unserer Leistungsfähigkeit und im Interesse der Mobilisierung unserer Kräfte für das beste Ziel wünschenswert, daß wir die irische Frage regeln und irgendwie eine Zufriedenheit in Irland sowie das Wohlwollen Amerikas erreichen würden. Es gäbe niemanden in der Regierung, der nicht im Stillen überzeugt sei, daß es besser für sein Land und deshalb besser für die Alliierten wäre, wenn diese Frage geregelt würde.

Bei der Einführung des Mannschaftsgesetzes habe die Regierung an nichts anderes gedacht als an die besten Mittel, den Krieg fortzusetzen. Sie stand vor der Notwendigkeit, mehr Mannschaften ausheben zu müssen, weil die Deutschen neue 550.000 Mann zur Ausbildung einberufen hätten. Wir hatten daher unsere Vorbereitungen zu treffen. Deshalb mußten wir eine so drastische Maßnahme einführen. Niemand, der die schwierige Lage übersieht, kann einen Augenblick zweifeln, daß diese Vorschläge notwendig sind, um einer Notlage zu begegnen. Die Maßnahme ist sehr weitreichend und wird eine lähmende Wirkung auf tausende Industrielle haben. Die Regierung hat Irland nur widerwillig eingeschlossen und nur deshalb, weil sie überzeugt war, daß es ungerecht wäre und Unwillen hervorrufen würde, wenn diese drastische Maßnahme angewendet würde, ohne daß in Irland die Dienstpflicht eingeführt würde.

Das Vertrauen des Generals Foch.

Lloyd-George erklärte weiter: Das war die Lage, aber nicht die ganze Lage. Die irische Konvention war gebildet worden. Sie hatte ihren Bericht erstattet. Was sollte die Regierung antworten? Lloyd-George erinnerte an die Mitteilungen bei der Einbringung des Gesetzes, daß Schwankungen zwischen Hoffnung und Verzweiflung eintreten würden und sagte: Man wird noch öfter beides fühlen. Aber ich bin doch voll Vertrauen. Ich habe gerade einen General gesprochen, der von der Front zurückgekehrt ist. Er erzählte mir, daß er Generale, die im Kampfe standen, gesehen habe. Er habe volles Vertrauen. (Lauter Beifall.) Wir haben Gelände verloren, aber wir haben nichts verloren, wovon unser Leben abhängt. Das ist nicht nur die Ansicht unserer Generale, das ist auch die Ansicht des Generals Foch, der ebenso ruhig, ebenso vertrauensvoll ist. Der General, den ich gesprochen habe, hatte auch ihn an diesem Nachmittag gesehen. Er hat absolutes Vertrauen. (Beifall.) Der Feind zielt auf Vernichtung der britischen Armee. Er fühlt, daß, wenn er nur diese Armee besiegen kann, der Weg zum Siege frei würde. Aber er hat diese Armee noch nicht besiegt. Er hat, wie ich leider bekennen muß, der englischen Armee schwere Verluste zugefügt, aber diese Verluste sind nichts im Vergleiche zu denen, die er erlitten hat. Die französische Armee ist unversehrt, die amerikanische kommt in großen Massen. Die Stimmung mag hoffnungsvoll sein, sie mag verzweifelt sein — wenn wir nur fest und entschlossen zusammenstehen, wenn wir nicht der Furcht oder Panik nachgeben, wenn wir nur bereit sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, wenn alle Parteien in England, ja in England und Irland zusammenstehen, wenn die Iren in Irland mit den Iren, die zu Millionen über das Meer kommen, diesen Kampf vereint mit den englischen Truppen kämpfen, wenn wir dies tun, dann werden wir endlich siegen. (Lauter Beifall.)

Lloyd-George verließ sodann unter großem Beifall das Haus.

Neue Freie Presse

18./IV. 1918

160

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

Berlin, 17. April.

Das Wolffsche Bureau meldet: Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten in Moskau hat der deutschen Regierung mitgeteilt, daß es dem Eintreffen der deutschen diplomatischen Abordnung in Moskau entgegensehe und alle Anordnungen für ihren Empfang getroffen habe. Die russische Regierung habe für den Grafen Mirbach bereits ein Haus in Moskau zur Verfügung gestellt und werde die Mission, welche morgen Berlin verläßt, an der russischen Grenze mit einem Sonderzug abholen lassen.

Fremdenblatt
18./IV. 1918

Minister des Aeußern Baron Burián.

Der neue Minister des Aeußern Baron Burián ist heute vormittags bereits im Ministerium erschienen, um sein Amt zu übernehmen und mit dem Grafen Czernin bezüglich der Uebernahme seines Amtes und der wichtigsten außenpolitischen Fragen zu konferieren.

Fremdenblatt Abend
18./IV. 1918

Baron Burián an den Grafen Hertling.

Wien, 18. April.

Minister des Aeußern Baron Burián hat an den Reichskanzler Grafen Hertling folgende Depesche gerichtet:

„Se. k. und k. apostolische Majestät mein allergnädigster Herr haben mich heute zum Minister seines Hauses und des Aeußern zu ernennen geruht.

Indem ich Euer Exzellenz in meiner neuen Eigenschaft wärmstens begrüße, gebe ich der Bitte Ausdruck, daß Hochdieselben das Vertrauen und Entgegenkommen, deren sich mein Amtsvorgänger in so hohem Maße erfreuen durfte, auch meiner Person entgegenbringen mögen.

Die Befestigung und der Ausbau des altbewährten Bündnisses mit dem Deutschen Reiche bildete seit jeher die Grundlage meines politischen Denkens und Fühlens. Auf dieser unverrückbaren Grundlage auch fernerhin weiterzubauen, erachte ich als meine vornehmste Pflicht und so hoffe ich, daß es mir im treuen Einvernehmen mit Euer Exzellenz vergönnt sein möge, die verbündeten Mächte in nicht allzu ferner Zeit dem ersehnten Ziele — einem gerechten und ehrenvollen Frieden — zuführen zu können."

Reichspost Abend
18./IV. 1918

Unzulängliches in der reichsdeutschen Diplomatie.

Die „Leipz. N. Nachr. (Nr. 102), die selber über österreichische Verhältnisse durchaus nicht in einem Begeisterung weckenden Tone zu schreiben pflegen, halten in einem „das diplomatische Gardeprinzip" überschriebenen Aufsatz jenem Teile reichsdeutscher Presse, der allzu absprechend über die gegenwärtigen Vorgänge in Oesterreich zu urteilen liebt, ein Spiegelbild gewisser Erscheinungen im eigenen Reiche vor, das geeignet erscheint, die Kritiklust zu dämpfen und durch Selbstkritik zu ersetzen. Das Leiziger Blatt schreibt, ausgehend von den Lächerlichkeiten und der „grotesken Selbstüberhebung" des Fürsten Lichnowsky:

„Man kann sich schließlich nur fragen, wie es möglich war, daß ein solcher Mann, von den Ratgebern des Kaisers an die verantwortungsreichste Stelle unseres Außendienstes gestellt und dort auch gehalten werden konnte, nachdem sich aus seinen Berichten gezeigt hatte, wie wenig er dieser Aufgabe gewachsen war. Daraus entwickelt sich naturgemäß die weitere Frage nach den Voraussetzungen, wie man bei uns zu Lande Gesandter oder Botschafter wird. Der Weltkrieg war auf unserer Seite so jämmerlich schlecht vorbereitet, daß wir ihn politisch eigentlich verloren hatten, schon an dem Tage, als er begann. Und wenn wir anstatt unserer Diplomaten nur Staatskuriere als beglaubigte Abgesandte in den fremden Hauptstädten gehabt hätten, schlimmer hätten die Dinge für uns unmöglich aussehen zönnen, als sie dank der Hilflosigkeit — oder sagen wir Ahnungslosigkeit — unserer Vertreter sich entwickelt haben. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß wir in den ersten Monaten des Krieges gezwungen waren, fast überall in Europa unsere Diplomaten zu wechseln, wobei ein großer Teil von ihnen mit Recht in der Versenkung verschwand. Schade nur, daß es erst eines solchen Zusammenbruches bedurfte, um auch die amtlichen Stellen von der Unzulänglichkeit zu überzeugen, über die man sich sonst schon überall einig war. Wir erinnern uns noch einer Unterhaltung mit dem verstorbenen Bassermann, der doch gewiß in solchen Dingen kein Heißsporn war. Die Charakteristik, die er dabei von unseren Botschaftern in Paris, London, Petersburg und Rom entwarf, war von einer so verzweifelten Mutlosigkeit, daß man es begreifen konnte, wenn er seine Gesamteinschätzung schließlich in einem mitleidigen Achselzucken zusammenfügte. Und das war vor dem Kriege, wo man manche der Glanzleistungen noch gar nicht kannte, wo wir noch nicht die Erfahrung gemacht hatten, daß einer unserer Botschafter ruhig auf seinem Posten blieb, obwohl sein Stiefsohn im russischen Heere gegen uns focht, wo wir noch nichts von einem anderen gehört hatten, der grundsätzlich für Deutsche nicht zu sprechen war, da er entweder im Begriff war, ins Bad zu gehen, oder gerade beim Bade war, oder soeben gebadet hatte. Dabei sind das nur ein paar beliebig herausgegriffene Beispiele, die sich ins Endlose verlängern ließen ... Die Auswahl unserer Vertreter beweist immer noch bis in die letzte Zeit hinein, ein erstaunlich geringeres Maß von psychologischen Vorkenntnissen: Als das zaristische Rußland durch Herrn Protopopow zum ersten Male einen Friedensfühler ausstreckte, schickten wir als Vermittler einen Berliner Bankier jüdischer Abkunft nach Petersburg, was natürlich am Zarenhofe außerordentlich stark verschnupfte. Als wir es aber später mit Trotzki und Genossen zu tun hatten, da wußten wir nichts Besseres anzufangen, als eine Kommission nach Petersburg zu setzen, die sich aus zwei Grafen und einem Prinzen zusammensetzte, und waren, um diese wertvollen Persönlichkeiten wieder zu bekommen, genötigt, als die Verhandlungen scheiterten, die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten um einige Tage hinauszuschieben. In Finnland aber und in der Ukraine stehen an der Spitze der neu errichteten deutschen Gesandtschaft zwei Herren von altem Adel, denen sich als Dritter im Bunde Graf Mirbach für Moskau anschließen wird."

Abendblatt 164
18./IV. 1918

Baron Burian über die Grundlinien seiner Politik.

Ansprache an die Beamtenschaft des Ministeriums des Aeußern.

Wien, 18. April.

Der Minister des Aeußern hat heute sein Amt angetreten. Bei diesem Anlaß hat Baron Burian die Beamtenschaft des Ministeriums des Aeußern mit folgenden Worten begrüßt:

„Durch die Gnade Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät abermals an die Spitze dieses Ministeriums berufen, begrüße ich Sie, meine Herren, wärmstens als alte Freunde und bewährte Mitarbeiter.

Als Graf Czernin sein Amt antrat, betonte er, daß die Richtlinien der von mir geführten Politik unverändert aufrechtbleiben würden.

Nun, da er zu unser aller, zu Ihrem und meinem Bedauern von dieser Stelle scheidet, sage ich Ihnen: Meine Politik wird die gleichen Ziele verfolgen wie die des Grafen Czernin.

In treuem Festhalten an unseren bewährten Bündnissen werden wir in vollem Vertrauen auf unsere ruhmreiche Armee und auf die erprobte Opferwilligkeit der Bevölkerung den Krieg mit Aufwand unserer ganzen Kraft solange durchkämpfen, als uns die Haltung unserer Feinde dazu zwingt. Hiebei werden wir aber den Weg nicht aus dem Auge verlieren, auf dem Graf Czernin grundlegende und wichtige Etappen zurücklegte, indem er unentwegt an dem Friedenswerk fortarbeitete, welches unser erhabener junger Herrscher vereint mit seinen hohen Verbündeten noch zur Zeit meiner Amtsführung großherzig eingeleitet hat. In zielbewußtem Streben und im engen Zusammenschluß mit unseren Bundesgenossen wollen wir diesen Weg bis zum glücklichen Ende verfolgen.

Bei dieser Arbeit zähle ich auf Ihre hingebungsvolle Mithilfe."

Neue Freie Presse

19./IV. 1918

Handschreiben an Dr. Wekerle über die Ernennung des Barons Burian.

Budapest, 18. April.

Das Amtsblatt veröffentlicht folgendes Allerhöchstes Handschreiben:

„Lieber Dr. Wekerle!

Ich bringe Ihnen zur Kenntnis, daß ich Meinen gemeinsamen Finanzminister Baron Stephan Burian de Rajecz von dieser Stelle in Gnaden enthoben und gleichzeitig zum Minister Meines Hauses und der äußeren Angelegenheiten ernannt habe. Gleichzeitig habe Ich ihn mit dem Vorsitze im gemeinsamen Ministerrat und mit der Leitung des gemeinsamen Finanzministeriums betraut.

Budapest, den 16. April 1918.

Karl m. p.

Wekerle m. p."

Reichspost
19./IV. 1918

Der Fortgang der Verhandlungen mit Rumänien.

Wien, 18. April.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, gehen die Verhandlungen mit Rumänien, welche durch die Ministerkrise formell nicht aufgehalten worden sind, weiter; es weilt zu diesem Zwecke Generalkonsul Peter in Bukarest. Nachdem Baron Burian in Berlin beim deutschen Kaiser und beim Reichskanzler seinen Besuch wird abgestattet haben, dürfte auch die rumänische Angelegenheit neuerdings in Bewegung kommen.

Die handelspolitischen Verträge sind noch nicht zum Abschluß fertig, da noch eine Reihe von Schwierigkeiten zwischen Oesterreich und Ungarn und hinsichtlich der deutschen Ansprüche bestehen. Es ist bisher nicht bestimmt, ob Baron Burian persönlich oder durch einen Vertreter die Verhandlungen führen wird.

Neue Freie Presse Abendbl. 19/IV. 1918 167

Telegramme Baron Burians an den Großwesir und Radoslawow.

Wien, 19. April.

Der Minister des Aeußern hat an den Großwesir folgendes Telegramm gerichtet:

„Durch die Gnade Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät zum Minister des k. u. k. Hauses und des Aeußern ernannt, drängt es mich, Eure Hoheit hievon in Kenntnis zu setzen und Sie meiner Ueberzeugung zu versichern, daß die Aufrechterhaltung und die Fortentwicklung des engen Bündnisses, welches in so glücklicher Weise Oesterreich-Ungarn mit der Türkei verbindet, den vitalen Interessen unserer Länder entspricht. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Bemühungen Eurer Hoheit mit den meinigen dahin übereinstimmen, die Bande, die uns verbinden, immer noch enger zu knüpfen."

An den bulgarischen Ministerpräsidenten hat Baron Burian folgendes Telegramm gerichtet:

„Durch die Gnade Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät zum Minister des k. u. k. Hauses und des Aeußern ernannt, drängt es mich, Eurer Exzellenz hievon mit der Versicherung Mitteilung zu machen, daß ich in der Pflege und Wahrung des engen Bündnisses, welches die Monarchie und Bulgarien in so glücklicher Weise verbindet, eine meiner vornehmsten Aufgaben erblicke.

In der festen Ueberzeugung, daß Eure Exzellenz auch Ihrerseits dieses hehre Ziel vor Augen haben, hoffe ich zuversichtlich auf die Fortsetzung unseres bereits in der Vergangenheit so vielfach erprobten vertrauensvollen Zusammenwirkens."

Pester Lloyd

19./IV. 1918

Das Dossier Clemenceaus.

Der verfälschte Sixtusbrief.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Wien, 18. April.

In hiesigen diplomatischen Kreisen sieht man der weiteren Entwicklung der durch die Veröffentlichung des königlichen Briefes an den Prinzen Sixtus von Parma entstandenen Affäre mit voller Ruhe entgegen. Man macht sich darauf gefaßt, daß der französische Kammerausschuß, der auf Grund der ihm von Clemenceau vorgelegten Akten seinen Bericht abzufassen haben wird, sein möglichstes tun wird, um die nicht mehr sichere Stellung des Ministeriums wieder zu befestigen und die öffentliche Meinung des Landes zu beruhigen. Aus privaten Telegrammen ist mittlerweile bekannt geworden, daß das Hauptstück des der französischen Regierung zur Verfügung stehenden Beweismaterials, die Kopie des königlichen Briefes, sich auf ein Original bezieht, das den französischen Regierungsmännern nicht selbst vor Augen gekommen ist und von dem sie — wie es erzählt wird — zugeben müssen, daß es ein mit Bleistift geschriebenes Dokument ist. Sehr imponierend nimmt sich demnach das Material des Herrn Clemenceau nicht eben aus, und wenn das Zugeständnis aufrechterhalten bleibt, daß die Kopie wieder von einem mit Bleistift niedergeschriebenen Text genommen wurde, so ist der Verdacht der Fälschung dadurch nicht gerade entkräftet worden.

Ein angebliches deutsches Angebot an Frankreich über Elsaß-Lothringen.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Berlin, 18. April.

Die Vossische Zeitung meldet aus Bern: In der heutigen Sitzung des Ausschusses des französischen Parlaments werden Renaudel und Sembat Ribot zur Aeußerung über folgende, in den Zeitungen L'Heure und Lanterne zum ersten Male bekanntgegebene Umstände auffordern: Im Oktober vergangenen Jahres machte Ribot in einer öffentlichen Kammerrede eine Anspielung auf ein angebliches deutsches Angebot betreffs Elsaß-Lothringens, das er sofort abgewiesen habe.

Ribot wurde damals, nicht zuletzt infolge heftiger Angriffe Clemenceaus im L'Homme Enhainé, in geheimer Kammersitzung zur Rede gestellt. Die Debatte ergab, daß jenes deutsche Friedensangebot von Baron Lancken an Briand und von diesem an Ribot weitergeleitet worden sein soll. Ribot erklärte in der Geheimsitzung, das deutsche Friedensangebot sei Lloyd George und Sonnino zur Kenntnis gebracht, aber von diesen, im Einverständnis mit der französischen Regierung, abgelehnt worden.

In jener Geheimsitzung stellte sich, wie jetzt L'Heure enthüllt, im Laufe der Erörterung heraus, daß die Akten über die Angelegenheit Lloyd George und Sonnino nicht vollständig mitgeteilt und Auslassungen sowie Entstellungen vorgenommen wurden, um Lloyd George und Sonnino in dem von Frankreich gewünschten Sinne zu beeinflussen. Wären beide Staatsmänner wahrheitsgetreu unterrichtet, so hätten sie sich, wie jetzt im französischen Parlament viele annehmen, zweifellos nicht für die Ablehnung der Friedenshand ausgesprochen. Es bestehe nun der Verdacht, daß ähnliche Kunststücke auch mit dem Briefe des Kaisers und Königs Karl vorgenommen wurden.

Besprechung Clemenceaus mit Lord Milner.

Paris, 18. April.

Echo de Paris meldet: Nach seiner Rede vor dem Kammerausschuß hatte Ministerpräsident Clemenceau eine längere Besprechung mit Lord Milner, der Kriegsminister wird, während Lord Derby an Stelle Berties Botschafter in Paris wird.

Neues Wiener Tagblatt
Abendl 169
19/IV. 1918

Der Kaiserbrief.

Paris, 18. April. (Meldung der Telegraphenkompagnie.) Die Debatte über den Kaiserbrief geht in der Pariser Presse weiter. Die sozialistischen Blätter wenden sich nunmehr schärfer gegen Ribot als gegen Clemenceau.

Henry Fabre greift im „Journal de Peuple" Ribot heftig an. Pichon tut das gleiche in der „L'Heure".

Renaudel verlangt in der „Humanité" die Einberufung einer Nationalversammlung.

Die Kammerkommissionen für auswärtige Angelegenheiten und Krieg haben, wie „Petit Journal" meldet, die Erklärung Clemenceaus zum Kaiserbrief vollständig gebilligt.

Berlin, 19. April. (Privattelegramm.) Die „Vossische Zeitung" meldet aus Bern: In der Pariser Presse werden Gerüchte wiedergegeben, die davon sprechen, daß Clemenceau beabsichtige, in der Kammer bei Besprechung des Kaiserbriefes die Vertrauensfrage zu stellen.

* * *

Berlin, 18. April. (Meldung der Telegraphenkompagnie.) Nach einer Meldung aus Genf verlautet in römischen politischen Kreisen, daß die Angelegenheit des Kaiserbriefes in der italienischen Kammer zur Sprache kommen werde. Der Abgeordnete Maggiore Ferrari beabsichtige, an Sonnino die Anfrage zu stellen, ob Frankreich bei seinen Erörterungen über die Möglichkeiten eines Friedens die Interessen Italiens betont habe.

Pester Lloyd Abendblatt
19/IV. 1918
170 a 13

Das Dossier Clemenceaus.

Angriffe gegen Ribot.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Haag, 19. April.

Die Debatte über das Dossier Clemenceau geht in der Pariser Presse weiter. Die sozialistischen Blätter wenden sich nunmehr schärfer gegen Ribot, als gegen Clemenceau. Henri Fabre greift im Journal du Peuple Ribot heftig an. Cachin tut das gleiche in L'Heure. Renaudel verlangt in der Humanité die Einberufung einer Nationalversammlung.

Die Briefaffäre im Kammerausschuß.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Genf, 19. April.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten wird zur Prüfung des Aktenbündels „Prinz von Parma", das angeblich zwanzig Stücke enthält, mindestens drei Sitzungen verwenden. Ribot und Painlevé, vielleicht auch Botschafter Barrère (Rom) sollen einvernommen werden, hauptsächlich zur Klarstellung der Frage, ob in Italien im vorigen Jahre tatsächlich ein Mißtrauen gegen Frankreich wegen der Vorgeschichte der Konferenzen zwischen Revertera und Aymond bestand.

Reichspost Abend
19/IV. 1918
173

Das Dokumentenabenteuer der französischen Regierung.

TK. Paris, 18. April.

Die Debatte über den Kaiserbrief geht in der Pariser Presse weiter. Die sozialistischen Blätter wenden sich nunmehr schärfer gegen Ribot als gegen Clémenceau.

Henry Fabre greift im „Journal du Peuple" Ribot heftig an. Cachin tut das gleiche in der „L'Heure". Renaudel verlangt in der „Humanité" die Einberufung einer Nationalversammlung.

Die Kammerkommissionen für auswärtige Angelegenheiten und Krieg haben, wie „Petit Journal" meldet, die Erklärungen Clémenceaus zum Kaiserbrief gebilligt.

TK. Berlin, 18. April.

Nach einer Meldung aus Genf verlautet in römischen politischen Kreisen, daß die Angelegenheit des Kaiserbriefes in der italienischen Kammer zur Sprache kommen werde. Der Abgeordnete Maggiore Ferrari beabsichtige, an Sonnino die Anfrage zu stellen, ob Frankreich bei seinen Erörterungen über die Möglichkeiten eines Friedens die Interessen Italiens betont habe.

Erwägungen über den Kaiserbrief in Deutschland.

Der „Regensburger Anzeiger" veröffentlicht zum Kaiserbriefe eine Betrachtung, die uns deshalb lieb ist, weil sie Gedanken ausspricht, die in dieser Schärfe zu sagen uns der bundesgenössische Takt verbot. Aber es sind Wahrheiten. Das Blatt schreibt:

Die erste Aufregung über die Folgen des Kaiserbriefes hat sich gelegt und eine ruhigere Betrachtung der Angelegenheit greift Platz. Es dürfte nach all der Kritik, die an dem politisch zweifellos abwegigen Brief Kaiser Karls geübt worden ist, nun wohl angebracht sein, die Sache auch einmal von einer anderen Seite zu betrachten. Wir nehmen der Einfachheit halber mal an, Kaiser Karl habe wirklich die Meinung gehabt, durch einen gänzlichen oder teilweisen Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen könne der von ihm wie von den blutenden Völkern so heiß ersehnte Friede rasch herbeigeführt werden. Diese Meinung wäre gewiß recht kurzsichtig, denn sie würde die tieferen Kriegsursachen und die stärkeren Triebfedern des Kampfes gegen Deutschland, beispielsweise das Verhältnis Englands zu uns, vollkommen mißkennen. Aber nehmen wir ruhig an, es wäre so und Kaiser Karl habe geglaubt, uns Deutschen das Opfer Elsaß-Lothringens um des Friedens willen zumuten zu dürfen — haben wir dann eigentlich ein moralisches Recht, ihm dessentwegen gram zu sein? Haben wir denn nicht, und zwar nicht insgeheim, gewissermaßen nur um einen Friedensfühler auszustrecken, sondern amtlich und öffentlich Oesterreich zur Preisgabe von Gebietsteilen gezwungen, bezw. zwingen wollen, die mit zu seinen schönsten und wichtigsten Landstrichen gehören: Südtirol, Adriaküste, Triest? Und das nicht, um dadurch den Weltfrieden herbeizuführen, was Kaiser Karl doch immerhin durch seinen Schritt erhoffen konnte, sondern nur um das treulose Italien von einem Angriff abzuhalten, ja, vielleicht nur um des „Italienduselsʺ gewisser Leute willen? Glauben wir denn, das Ergebnis jener bezeichnenden Politik Bethmann-Hollwegs, den Feinden um den Bart zu streichen und den Verbündeten den Daumen aufs Auge zu drücken, habe man in Wien weniger schmerzlich empfunden, als wir die uns möglicherweise zugemutete Herausgabe der Reichslande? Es war doch eine recht gewalttätige Politik des sonst so zagen Herrn Bethmann-Hollweg, in einem Zeitpunkt, da Oesterreich-Ungarn unter drangvollster Russennot litt, ihm auch noch die furchtbare Demütigung vor dem treulosen Italien anzutun, und nur der fast einhellige Widerspruch des deutschen Volkes gegen die Vergewaltigung des treuen Bundesgenossen vermochte in Oesterreich-Ungarn die Volksstimmung vor einem entscheidenden Umschwung oder auch dem Zusammenbruch zu retten.

Wir sagen also: Selbst wenn Kaiser Karl einmal einen solchen Gedanken gehegt hätte, dann wäre seine moralische Schuld nicht so groß — die moralische Schuld an der ganzen Entwicklung der leidigen Geschichte trägt die deutsche Politik unter Bethmann-Hollweg. Darüber wollen wir uns doch keinem Zweifel hingeben.

Neues Wiener Tagblatt

Abendl 174

19/IV. 1918

Der Amtsantritt des Ministers des Aeußern Baron Burian.

Wien, 19. April. Der Minister des Aeußern hat an den Großwesir folgendes Telegramm gerichtet:

„Durch die Gnade Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät zum Minister des k. u. k. Hauses und des Aeußern ernannt, drängt es mich, Euer Hoheit hievon in Kenntnis zu setzen und Sie meiner Ueberzeugung zu versichern, daß die Aufrechterhaltung und die Fortentwicklung des engen Bündnisses, welches in so glücklicher Weise Oesterreich-Ungarn mit der Türkei verbindet, den vitalen Interessen unsrer Länder entspricht. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Bemühungen Euer Hoheit mit den meinigen darin übereinstimmen, die Bande, die uns verbinden, immer noch enger zu knüpfen."

Wien, 19. April. Der Minister des Aeußern hat an den königlich bulgarischen Ministerpräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

„Durch die Gnade Seiner k. und k. Apostolischen Majestät zum Minister des k. und k. Hauses und des Aeußern ernannt, drängt es mich, Euer Exzellenz hievon mit der Versicherung Mitteilung zu machen, daß ich in der Pflege und Wahrung des engen Bündnisses, welches die Monarchie und Bulgarien in so glücklicher Weise verbindet, eine meiner vornehmsten Aufgaben erblicke.

In der festen Ueberzeugung, daß Euer Exzellenz auch Ihrerseits dieses hehre Ziel vor Augen haben, hoffe ich zuversichtlich auf die Fortsetzung unsres bereits in der Vergangenheit so vielfach erprobten vertrauensvollen Zusammenwirkens."

20./IV. 1918

175

Der Kaiser über die Aufrechterhaltung des bisherigen politischen Kurses.

Audienz des Abgeordneten Hauser.

Wien, 19. April.

Der Obmann der Christlichsozialen Vereinigung, Delegationspräsident Prälat Hauser, ist heute mittags aus Linz hier eingetroffen und wurde nachmittags vom Kaiser in längerer besonderer Audienz empfangen.

Im Verlaufe des Empfanges wiederholte der Kaiser in Bekräftigung der vorgestrigen Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler, daß der Kurs unserer äußeren und inneren Politik durch die letzten politischen Ereignisse keine Aenderung erfahre und der gleiche bleibe.

Delegationspräsident Hauser bei Baron Burian.

Auf Einladung des Ministers des Aeußern Baron Burian hatte der Präsident der österreichischen Delegation Landeshauptmann Hauser heute abend eine längere Unterredung mit dem Leiter der auswärtigen Politik.

Fremdenblatt

20./IV. 1918

Die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien

Der Protest der ukrainischen Regierung.

K. Kiew, 17. April. (Meldung der Ukrainischen Telegraphenagentur.) Nach Erörterung der Frage der Annektierung Bessarabiens durch Rumänien hat die ukrainische Zentralrada in ihrer Sitzung vom 16. April erklärt:

1. Die ukrainische Volksrepublik erkennt den Beschluß über die Angliederung Bessarabiens an das rumänische Königreich nicht an, weil er dem freien Ausdruck der Wünsche aller Nationen, die das Gebiet Bessarabiens bewohnen, nicht entspricht. Infolgedessen verlangt die ukrainische Volksrepublik die Durchführung der freien Wünschekundgebung und die Ausschaltung derjenigen Teile Bessarabiens, welche ihrem Willen dahin Ausdruck geben, mit der ukrainischen Volksrepublik vereint zu sein.

2. Die ukrainische Zentralrada beauftragt den Volksministerrat, sich an Rumänien wie an die Staaten des Vierbundes mit einer Protestnote gegen ein solches System der Unterdrückung und Gewalttat den Völkern Bessarabiens gegenüber zu wenden.

Die Proklamation vom 9. April als nicht entscheidend betrachtend, beauftragt die ukrainische Zentralrada ihren Volksministerrat, alle Maßregeln zu treffen, die ihm zur Verfügung stehen, damit in nächster Zukunft das Schicksal Bessarabiens auf Grund eines Einverständnisses mit der ukrainischen Volksrepublik und nach dem Willensausdruck der ganzen Bevölkerung Bessarabiens entschieden werde.

Stere — Präsident des Landesrates von Bessarabien.

K. Bukarest, 19. April. Der rumänische Deputierte Konstantin Stere, der sich seit der Vorbereitung der Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien in Kischinew befindet, ist vom Landesrate einstimmig zu dessen Präsidenten gewählt worden.

In dem Telegramme, mit dem Stere diese Wahl dem rumänischen Ministerpräsidenten mitteilt, drückt er die Auffassung aus, daß sie eine neue Bestätigung für den Willen Bessarabiens sei, mit dem Mutterlande vereinigt zu bleiben.

Fremdenblatt

20/IV. 1918

177

Der Frieden im Osten.

Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs zwischen Deutschland und Rußland.

Gr. Berlin, 19. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Wie die „Vossische Zeitung" hört, kommt heute Herr Joffe, der Botschafter der russischen Sowjet-Regierung, in Berlin an. Da gleichzeitig Graf Mirbach in Moskau eintrifft, so sind damit die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland in aller Form wiederhergestellt.

Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine.

K. Kiew, 18. April. (Meldung der Ukrainischen Telegraphen-Agentur.) Der Volksministerrat der ukrainischen Volksrepublik hat in der Sitzung vom 17. April folgenden Beschluß über den Frieden mit Rußland gefaßt:

Der Vorschlag des russischen Volkskommissariats über die Friedensverhandlungen mit der Ukraine wird von der ukrainischen Regierung angenommen. Die Friedensverhandlungen werden in einer Provinzstadt des Gouvernements Kursk stattfinden.

Ein Spezialkurier wurde mit diesem Beschluß nach Moskau abkommandiert.

Ein Neutraler über den Eindruck in Wien.

Reichspost
20./IV. 1918

178

Die Beschwerden der Ukrainer.

Die Beratungen der Regierung mit den ukrainischen Vertretern Ostgaliziens wurden gestern in einer mehrstündigen Besprechung abgeschlossen. Es kamen dabei neuerlich die Zusagen der Regierung, betreffend die Heranziehung der Bauern in Ostgalizien zu Arbeiten für die Großgrundbesitzer zur Sprache, ebenso die Tatsache, daß der ukrainische Abg. Budzinowskyj gelegentlich seines Einschreitens von Gendarmen verhaftet wurde, obwohl er sich als immuner Reichsratsabgeordneter legitimiert hatte; er wurde zwar sofort wieder in Freiheit gesetzt, immerhin beweise seine Verhaftung neuerdings, daß die Regierung energisch auf die unteren Organe einwirken müsse. Schließlich drückten die Abgeordneten die Mißstimmung über das bisherige Wirken der Wiederaufbauzentrale in Krakau aus, die nach ihrer Darstellung von den bisher bewilligten 300 Millionen nur 80 Millionen für Zwecke des Wiederaufbaues verwendet habe, während die übrigen 220 Millionen den Polen in Form von Subventionen zugewendet worden seien. Arbeitsminister v. Homann erklärte sich mit der Forderung nach Wiedereinsetzung des Beirates der Krakauer Zentrale einverstanden. Sodann legte die Abordnung einen Nachweis vor, daß aus dem Kredit für landwirtschaftliche Zwecke bisher nur die polnischen Großgrundbesitzer Subventionen bezogen, während von dem im Berichte verzeichneten Vorschuß von 21 Millionen für Kriegsleistungsentschädigungen die bäuerliche Bevölkerung bisher noch keinen Heller bezogen habe. Statthalter Graf Huyn erwiderte, daß er diesbezüglich sofort genaue Berichte abverlangen werde, und daß selbstverständlich der Mittel- und Kleingrundbesitz die Entschädigungen erhalten müsse. In einem Schlußworte sicherte Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler Abhilfe der vorgebrachten Beschwerden zu und gab auch dem Bedauern über den Mißgriff bei der Verhaftung des Abg. Budzinowskyj Ausdruck.

Die Zeit Abend 179 a
20./IV. 1918 20

(Die Frauen an den Grafen Czernin.) Auf Anregung großer Gruppen von Frauen hat Frau Marianne Hainisch, Vorsitzende des Bundes österreichischer Frauenvereine, eine Denkschrift verfaßt, die, mit zahlreichen Unterschriften versehen, dem Grafen Czernin aus Anlaß seines Rücktrittes überreicht wurde. In der Denkschrift heißt es unter anderem: „Als einen schweren Schlag, der unser Vaterland trifft, empfinden wir heute Ihren Rücktritt von der Leitung der äußeren Angelegenheiten der Monarchie. Wir sind um Hoffnungen, die sich an Ihre Person knüpften, ärmer geworden. Unseren Mut stählte das Bewußtsein, daß eine starke, sichere Hand das Steuer unseres Doppelstaates lenkt, unterstützt von einem die Verhältnisse mit scharfem Blick durchdringenden Auge und einem mannhaften, warm für unser Heil schlagenden Herzen. Dieses erhebende Bewußtsein in allerschwerster Zeit ist durch den so jäh erfolgten Rücktritt Eurer Exzellenz genommen. Wir hofften auch von Ihrem Einfluß ernsthafte Erwägungen und sachkundiges Eingehen in die Schiedsgerichtsfrage sowie die Nutzbarmachung aller Hilfsmittel, um der Welt in Zukunft den Frieden zu sichern. Auch diese Hoffnungen sehen wir durch Ihren Rücktritt schwinden. Es drängt uns, Eurer Exzellenz heute den Dank für den Abschluß des Friedens im Osten und Ihre zielbewußte, kraftvolle Amtsführung darzubringen. Es ist zur Stunde eine noch nie erlebte Bewegung in der Frauenwelt. Elemente, die ganz abseits von der Politik stehen, trauern und möchten dem Manne, der unserem Lande in kurzen sechzehn Monaten so gewaltige Dienste geleistet hat, den Ausdruck ihrer Verehrung entgegenbringen und den Wunsch daran knüpfen, daß Eure Exzellenz dem Vaterland nicht für alle Zukunft verloren sind."

Neue Freie Presse
20./IV. 1918
180

Die Abschiedsaudienz des Grafen Czernin.

Dank des Kaisers für sein staatsmännisches Wirken.

Wien, 19. April.

Der Kaiser hat heute den Minister des Aeußern a. D. Grafen Czernin, der sich schon in den allernächsten Tagen zur Erholung nach Abbazia begibt, in Abschiedsaudienz empfangen.

Diese Audienz verlief, wie die Korrespondenz Wilhelm meldet, in für den scheidenden Minister außerordentlich ehrender Weise. Der Kaiser überreichte ihm persönlich die Brillanten zum Großkreuz des Stephans-Ordens, dankte ihm mit wärmsten Worten für sein erfolgreiches, aufopferndes staatsmännisches Wirken und gab wiederholt dem Wunsche Ausdruck, daß Graf Czernin in Abbazia jene Erholung je eher finden möge, die seine wertvolle Arbeitskraft auch in Zukunft der Dynastie und der Monarchie sichern könne.

Vossische Zeitung

20./4. 1918.

10
181

Tagung der Vaterlandspartei.

Tirpitz über die Friedensfrage.

Auf dem zweiten Parteitag der Vaterlandspartei, der gestern im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses stattfand, erklärte der Vorsitzende, Großadmiral v. Tirpitz:

Der Gang der Ereignisse habe die Gründung der Vaterlandspartei gerechtfertigt. Die Richtung des Verzichtes sei zusammengebrochen. Doch würde der Sache am besten gedient, wenn nach Möglichkeit ein Strich unter das Vergangene gemacht werde. Das Positive der Lage sei das Entscheidende. Die Ostfragen seien vorläufig gelöst, und es bleibe nur die Hoffnung zu verwirklichen, daß in den Baltenlanden das hartbedrängte Deutschtum zu neuem gesicherten Leben gelange. Nach Westen hätten wir die Hände frei. Dort sei die Entscheidung in den großen Ereignissen noch nicht gefallen. Unser englischer Gegner sei zähe und politisch gewandt. In England wisse jeder genau, worum es sich handelt. Es sei aber noch nicht in alle Schichten des deutschen Volkes eingedrungen, daß das Deutschtum vor seiner Schicksalsstunde stehe, und daß an das Kriegende, das unseren Notwendigkeiten gerecht werden soll, ein ganz anderer Maßstab anzulegen sei als bisher. Auch die Massen müßten begreifen, daß die Erhaltung des Deutschtums nicht nur von geistiger und idealer Bedeutung sei, sondern daß von dem Kriegsende auch die Entscheidung darüber abhänge, ob die große Masse des Volkes neu aufblühe oder materieller Verelendung verfalle. Das Deutschtum müsse dem Anglo-Amerikanertum gegenüber gesicherter dastehen als bisher. Wir müßten den Rohstoffbezug für unsere Industrie, den Aufbau unseres Kolonialreiches und eine Entschädigung in irgend einer Form für die erlittenen Verluste sicherstellen. Auch bei fortdauernden Siegen würden an unsere Spannkraft noch große Anforderungen gestellt.

An die Rede des Großadmirals schloß sich eine mehrstündige Aussprache, in der folgende Vertreter das Wort nahmen: Geheimrat Hoche (Baden), Landtagsabg. Dr. Brockmann (Düsseldorf), Generalsekretär Künzel (Berlin), Rechtsanwalt Hüttmann (Altona), Justizrat Rumpf (München), San.-Rat Dr. Kretzschmar (Dresden), Prof. Dr. v. Heck (Tübingen), Prof. Dr. Ziehen (Brandenburg), Pastor Kleinschmidt (Prov. Sachsen), Prof. Luley (Darmstadt), Dr. Wirth (München), Landtagsabg. Bacmeister (Elberfeld), Gymnasialdirektor Dr. Gaede (Potsdam), Frau Voß-Zitz (Schwartau), Verbandsdirektor Bar[illegible] (Flensburg), Geheimrat Hornemann (Hannover). Die Aus[illegible]che schloß mit der einstimmigen Annahme der folgenden, von [illegible]rmann Hormann (Bremen) auf Grund einer Ausschußberatung vorgelegten Entschließung:

„In einer Zeit, als Kleinmut und Schwachheit den deutschen Siegeswillen zu erschüttern drohten, hat die Deutsche Vaterlandspartei die Fahne des Sieges erhoben. Heute ist kein Zweifel mehr möglich, daß der Ruf zur Standhaftigkeit und zum Ausharren bis zum endgiltigen Erfolge das Gebot der Stunde war. Lassen wir heute Vergangenes vergangen sein. Jetzt gilt es, die wiedererstarkende Einigkeit des deutschen Volkes zum bewußten Siegeswillen weiter zu festigen.

Das deutsche Schwert hat den Frieden im Osten gebracht. Die U-Boote setzen zähe das Werk fort, das die englische Macht unterhöhlt. Das Heer aber steht unter seiner glänzenden Führung in entscheidungsvollem Kampfe auf Frankreichs Erde. Kaiser und Heerführer haben in klaren Worten dem deutschen Volke Ziele gezeigt, die in dem gewaltigen Ringen erreicht werden sollen; Ziele, nicht der Eroberungssucht, sondern des Willens, Deutschlands Zukunft zu sichern. Von Anfang an ist die Deutsche Vaterlandspartei, von aller inneren Politik sich fernhaltend, für diese Ziele eingetreten. Sie fordert ihre Mitglieder und Freunde auf, unverwandt weiter für sie einzustehen und auch gerade dann, wenn Geduld und Opfermut noch auf harte Proben gestellt werden sollten. Es gilt, Deutschlands Macht so aufzubauen, daß unsere Gegner einen zweiten Ueberfall nicht wieder wagen, und daß wir den schweren Wettkampf auf wirtschaftlichem Gebiet erfolgreich wieder aufnehmen können.

Im Osten sind die Grundlagen des Friedens gelegt. Wir dürfen hoffen, daß unsere Grenzen besser als bisher gesichert werden, und daß in den Baltenlanden deutsches Leben zu neuem und gesichertem Aufblühen kommen wird. Wir erwarten, daß ein enger Anschluß von Kurland, Livland, Estland und Litauen in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehung an das Reich durch die im Gange befindlichen Sonderverhandlungen erreicht und neues Siedlungsland für Reichsdeutsche erschlossen wird.

Im Westen ist vor allem die Verbesserung unserer maritim-geographischen Stellung England gegenüber erforderlich. Dazu ist es unbedingt nötig, daß Belgien dem anglo-amerikanischen und französischen Einflusse dauernd entzogen und mit der flandrischen Küste politisch, militärisch und wirtschaftlich fest in deutscher Hand behalten wird. Ferner muß das Erzgebiet von Longwy und Briey im dringenden deutschen Industrie-, Gewerbe-, Landwirtschafts- und Handelsinteresse von Frankreich an Deutschland abgetreten werden. Beides bietet in Verbindung mit anderen, etwa noch erforderlichen Grenzsicherungen, die unsere Oberste Heeresleitung für notwendig hält, die Gewähr für den dauernden Schutz unserer Westgrenze vor feindlichem Ueberfall, für die Freiheit der deutschen Schiffahrt und für die ungestörte Auswirkung und Ausbreitung der deutschen Arbeit. Dazu hat die Sicherung unserer Volksernährung und der Rohstoffzufuhr für Industrie und Gewerbe unter Gewinnung neuer Möglichkeiten zu treten, sowie der Wiederaufbau eines unseren Bedürfnissen entsprechenden Kolonialreiches und ausreichende Entschädigung für die schweren wirtschaftlichen Verluste, die wir erlitten haben. Sie wird in erster Linie unseren Kriegsbeschädigten zugute kommen.

Wenn wir so den Weg zu dem kraftvollen deutschen Frieden finden werden, der nach Hindenburgs Wort allein uns fortan vor einem Kriege bewahren kann, wird das deutsche Volk mit des Vaterlands Ehre und Größe die gesegnete deutsche Zukunft aufbauen, die unser Kaiserlicher Kriegsherr voller Zuversicht seinem Volke verheißen hat."

Zum Schluß der Tagung wurde den Satzungen die folgende Bestimmung neu eingefügt: „Die Deutsche Vaterlandspartei befaßt sich nicht mit Fragen der inneren Politik."

Pester Lloyd Abend
20./IV. 1918

182 20

Das Dossier Clemenceaus.

Bevorstehende Erklärungen der italienischen Regierung.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Lugano, 20. April.

Giornale d'Italia, das Organ Sonninos, glaubt, daß die Regierung nicht werde umhin können, im Parlament ausgiebige Erklärungen über die schändlichen, von Clemenceau aufgedeckten pazifistischen Machenschaften Oesterreich-Ungarns abzugeben. Bis diese Aeußerungen und die Erklärungen im französischen Parlament erfolgen, sei es jedoch gut, sich vor falschen Ausstreuungen zu hüten, die glauben machen möchten, daß eine Gelegenheit zum Abschlusse eines gerechten Friedens sich geboten habe, aber von Italien und den anderen Ententemächten versäumt worden sei.

Demgegenüber sei zu bemerken, daß Verhandlungen wie die zwischen den Grafen Armand und Revertera sowie zwischen Smuts und dem Grafen Mensdorff-Pouilly und Fühlungen zwischen Wilson und Wien stattgefunden haben und von seiten der Ententemächte nichts unterlassen worden sei, um Klarheit über die Absichten der österreichisch-ungarischen Regierung zu gewinnen. Der Schluß war jedoch immer der gleiche: die Mittelmächte weigerten sich fortgesetzt, die gerechten Forderungen der Westmächte, das heißt Frankreichs und Italiens anzuerkennen. Konnte also Italien, konnte die Entente unter solchen Umständen einen endgültigen Frieden schließen? Hierüber dürfte die Regierung Aufklärungen zu geben bereit sein, an die sich eine ausführliche Diskussion in der Kammer und im Senat anschließen dürfte.

Österr. Volkszeitung

21./IV. 1918

183

Die Unerschütterlichkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Graf Hertling an Baron Burian.

Wien, 20. April.

Der deutsche Reichskanzler hat an den Minister des Aeußern folgende Antwortdepesche gerichtet:

„Euer Exzellenz bitte ich meinen aufrichtigsten Dank für das geneigte Telegramm vom gestrigen Tage entgegenzunehmen, das mich hier im Allerhöchsten Hoflager erreichte. Unweit von dieser Stätte wird die gewaltige Schlacht siegreich ausgefochten, die unsere westlichen Feinde in Verkennung unserer unüberwindlichen Kraft und unter Mißachtung unserer Friedensbereitschaft eigensinnig herausgefordert haben. Mit Freude begrüße ich die Teilnahme österreichisch-ungarischer Artillerie; sie bildet ein neues sichtbares Zeichen für die Unerschütterlichkeit des Bündnisses zwischen den beiden befreundeten und kampferprobten Reichen und eine weitere Gewähr für treue Waffenbrüderschaft bis zum siegreichen Ende. Voller Stolz über die unvergleichlichen Heldentaten unserer Völker, dürfen wir mit unerschütterlicher Zuversicht in die Zukunft die Arbeit weiterführen, welche die leitenden Staatsmänner beider Monarchien bisher gemeinsam verrichtet haben und bei deren Fortsetzung Euer Exzellenz stets meiner loyalen Unterstützung versichert sein können."

Fremdenblatt

21./IV. 1918

184

Die irische Krise.

Manifest der Dubliner Konferenz gegen die Dienstpflicht.

K. Amsterdam, 20. April. „Algemeen Handelsblad" meldet aus London: Die gemeinsame Konferenz der Nationalisten, Sinnfeiner, Arbeiter und der katholischen Geistlichen in Dublin hat ein Manifest gegen die Dienstpflicht verfaßt. Außerdem wird eine Erklärung an die ganze Welt gerichtet und der Lordmayor von Dublin nach Amerika geschickt werden, um mit dem Präsidenten Wilson zu verhandeln. Aus Amerika liegt bisher kein Anzeichen dafür vor, daß diese Agitation jenseits des Ozeans auf Unterstützung rechnen kann. Die amerikanische Presse ist der Ansicht, daß Irland verpflichtet sei, sich am Kampf gegen die Mittelmächte zu beteiligen.

„Daily Chronicle" hält es für sicher, daß die Dienstpflicht in Irland nach Durchführung der Homerule in Wirksamkeit treten soll, und hält es sogar für wahrscheinlich, daß das Londoner Parlament nach dem Zusammentritt des irischen Parlamentes in Dublin keinen Gebrauch von dem im neuen Dienstpflichtgesetze enthaltenen Rechte macht, sondern es dem irischen Parlamente überlassen wird, nach eigenem Gutdünken Mannschaften für die Armee auszuheben. Das Blatt glaubt, daß die Irländer dann, wenn ihre Führer sie dazu auffordern, die Dienstpflicht freiwillig durchführen werden.

K. Rotterdam, 20. April. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London, daß von den 30 Bischöfen Irlands 27 das Manifest gegen die Dienstpflicht unterzeichnet haben. Die Pfarrgeistlichen werden ihren Pfarrkindern einen Eid abnehmen, daß sie sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Dienstpflicht widersetzen werden. Die Lage sei so ernst, daß selbst die unionistische „Irish Times", die für die Dienstpflicht ist, die Regierung beschwöre, sich durch eine freiwillige Rekrutierung aus der Verlegenheit zu ziehen.

Die wahre Stimmung in Amerika.

K. Bern, 19. April. Die von dem Reuterschen Bureau und der Northcliffepresse mitgeteilten beifälligen Aeußerungen der New-Yorker Blätter zur Einführung der Wehrpflicht in Irland geben ein völlig falsches Bild der Stellung der amerikanischen öffentlichen Meinung zu den fraglichen Maßnahmen. Die wirkliche Stellung ergibt sich aus dem folgenden Kabeltelegramm des auf einer Werbereise für die irischen Nationalisten durch die Vereinigten Staaten begriffenen Parlamentariers O'Connor an den „Daily Chronicle": „Die irische Wehrpflicht macht hier allem ein Ende."

Gardiner sagt dazu in der „Daily News": „Ja, nicht dort allem ein Ende. Man bedenke diese durch die amerikanische Presse kommende Kriegserklärung an Irland. Man bedenke die Entrüstung, die wie eine Flutwelle durch die Vereinigten Staaten geht. Man bedenke den Berg von Schwierigkeiten, der dadurch über Nacht auf den Pfaden des Präsidenten errichtet wird.

Der New-Yorker Berichterstatter der „Daily News" drahtet: Alle Amerikaner sind voll unbegrenzter Bewunderung für die britische Tapferkeit, mit der natürlichen Ausnahme der Deutschen und der irischen Unversöhnlichen, deren Feindschaft latent ist. Aber die besten Freunde Englands sind in schwerer Sorge wegen des Vorschlages, die Wehrpflicht auf ein Land auszudehnen, dem bisher die verfassungsmäßigen Rechte versagt blieben.

Neue Freie Presse
21./IV. 1918
185

Der Kampf Irlands gegen die Dienstpflicht.

Eine Erklärung der Iren an die ganze Welt.

Amsterdam, 20. April.

„Algemeen Handelsblad" meldet aus London: Die gemeinsame Konferenz der Nationalisten, Sinn Feiner, Arbeiter und der katholischen Geistlichen in Dublin hat ein Manifest gegen die Dienstpflicht verfaßt. Außerdem wird eine Erklärung an die ganze Welt gerichtet und der Lord-Mayor von Dublin nach Amerika geschickt werden, um mit dem Präsidenten Wilson zu verhandeln. Aus Amerika liegt bisher kein Anzeichen vor, daß diese Agitation jenseits des Ozeans auf Unterstützung rechnen kann. Die amerikanische Presse ist der Ansicht, daß Irland verpflichtet sei, sich am Kampf gegen die Mittelmächte zu beteiligen.

„Daily Chronicle" hält es für sicher, daß die Dienstpflicht in Irland nach Durchführung von Homerule in Wirksamkeit treten soll, und hält es sogar für wahrscheinlich, daß das Londoner Parlament nach dem Zusammentritt des irischen Parlaments in Dublin keinen Gebrauch von dem im neuen Dienstpflichtgesetze enthaltenen Rechte macht, sondern es dem irischen Parlament überlassen wird, nach eigenem Gutdünken Mannschaften für die Armee auszuheben. Das Blatt glaubt, daß die Irländer dann, wenn ihre Führer sie dazu auffordern, die Dienstpflicht freiwillig durchführen werden.

Die irische Geistlichkeit gegen die Dienstpflicht.

Rotterdam, 20. April.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London, daß von den 30 Bischöfen Irlands 27 das Manifest gegen die Dienstpflicht unterzeichnet haben. Die Pfarrgeistlichen werden ihren Pfarrkindern einen Eid abnehmen, daß sie sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Dienstpflicht widersetzen werden. Die Lage sei so ernst, daß selbst die unionistischen „Irish Times", die für die Dienstpflicht sind, die Regierung beschwören, sich durch eine freiwillige Rekrutierung aus der Verlegenheit zu ziehen.

Neue Freie Presse
21/IV. 1918

Das Aktenmaterial Clemenceaus.

Vor der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten.

Paris, 19. April.

Die Agence Havas meldet: Es wird folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht:

Die drei Senatskommissionen für auswärtige Angelegenheiten, Armee und Marine versammelten sich heute unter dem Vorsitze de Selves und nahmen die Erklärungen des in Begleitung des Ministers des Aeußern Pichon erschienenen Ministerpräsidenten Clemenceau über die jüngsten von Graf Czernin hervorgerufenen diplomatischen Zwischenfälle entgegen. Nachdem sich die Minister entfernt hatten, gab Ribot eingehendere Aufklärungen über die Fakten, die sich unter seiner Ministerpräsidentenschaft ereignet hatten. Bevor Clemenceau den Saal verließ, übergab er der gemeinsamen Kommission die zur Unterstützung seiner Erklärungen dienlichen Aktenstücke.

Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten hat die Prüfung des ihr von Clemenceau unterbreiteten Aktenmaterials beendet und über Verlangen Franklin-Bouillons einen fünfgliedrigen Unterausschuß eingesetzt mit dem Auftrage, den Text der Fragebogen im Hinblick auf die demnächst zu erfolgenden Einvernahmen festzustellen. Der Unterausschuß wird morgen zusammentreten.

Reichspost

21./IV. 1918

187

Der verfälschte Kaiserbrief.

Verwickelte Mitteilung in der französischen Senatskommission. — Einsetzung eines Unterausschusses.

Paris, 19. April. (Havas.)

Es wird folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht:

Die drei Senatskommissionen für Auswärtige Angelegenheiten, Armee und Marine versammelten sich heute unter dem Vorsitze De Selves und nahmen die Erklärungen des in Begleitung des Ministers des Aeußern Pichon erschienenen Ministerpräsidenten Clémenceau über die jüngsten von Graf Czernin hervorgerufenen diplomatischen Zwischenfälle entgegen. Nachdem sich die Minister entfernt hatten, gab Ribot eingehendere Aufklärungen über die Fakten, die sich unter seiner Ministerpräsidentschaft ereignet hatten. Bevor Clemenceau den Saal verließ, übergab er der gemeinsamen Kommission die zur Unterstützung seiner Erklärungen dienlichen Aktenstücke.

Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten hat die Prüfung des ihr von Clemenceau unterbreiteten Aktenmaterials beendet und über Verlangen Franklin-Bouillons einen fünfgliedrigen Unterausschuß eingesetzt mit dem Auftrage, den Text der Fragebogen im Hinblick auf die demnächst zu erfolgenden Einvernahmen festzustellen. Der Unterausschuß wird morgen zusammentreten. (Schon diese umständliche Art der „Aufklärung", welche die Herren Ribot und Clemenceau der Senatskommission gegeben haben, sowie daß die letztere erst wieder einen eigenen Untersuchungsausschuß einzusetzen für notwendig hielt, zeigt jedem Urteilsfähigen, welche Bewandtnis es mit den „Dokumenten" und Behauptungen Clemenceaus hat.)

Eine zeitgemäße Erinnerung.

München, 20. April.

Zu der gefälschten Abschrift des Kaiserbriefes schreibt die „Münchener Allg. Ztg.": Das Fälscherhandwerk hat auch sonst schon in der Pariser Kanzlei seine unsauberen Künste geübt. Man erinnert sich vor allem der gefälschten bulgarischen Briefe aus dem Jahre 1887, die dazu dienen sollten, die damals zwischen Deutschland und Rußland eingetretene Spannung so zu steigern, daß es zum Bruche kommen mußte. Man erinnert sich des berüchtigten Contos in den Panamaakten, das tückisch dem Botschafter Baron Mohrenheim unterschoben wurde, und speziell Herr Clemenceau wird dieses Fälscherkunststückchen um so eher im Gedächtnisse behalten haben, als er damals während des Panamaskandals von den Fälschern zum Opfer ausersehen war. Man erinnert sich schließlich der sehr erheblichen Rolle, die das berüchtigte Borderau und andere Fälschungen im Dreyfus-Prozeß gespielt haben, und wird auf Grund aller dieser Erinnerungen ohne weiteres sagen dürfen, daß die Fälschung immer eine beliebte, wenn auch gefährliche Gehilfin der Pariser Staatskunst gewesen ist.

Reichspost
21./IV. 1918

Landmarschall Prinz von und zu Liechtenstein zum Rücktritte des Grafen Czernin.

In einer vom „Freundschaftsverband Lueger" heute abends im Saale des katholischen Arbeitervereines in Margareten veranstalteten Festversammlung hielt Landmarschall Prinz von und zu Liechtenstein eine großangelegte Rede, in der er u. a. auch über den Rücktritt des Grafen Czernin sprach und hiebei ausführte:

Es freut mich, daß ich über die Ereignisse der letzten Tage, nicht unmittelbar unter dem ersten Eindrucke, sondern nachdem sich die Erregung ein wenig gelegt hat, sprechen kann. Graf Czernin hat seine Demission gegeben und dieselbe ist vom Kaiser unter Verleihung einer besonderen Auszeichnung angenommen worden. Graf Czernin war ein genial veranlagter und patriotischer Staatsmann, und sein Scheiden aus dem Amte war in ganz Oesterreich, insbesondere in Wien, Veranlassung zu lebhaften Sympathiekundgebungen. Diese Sympathie hat er sich ohne Zweifel schon dadurch erworben, weil er als moderner, jeder Schablone abholder Politiker mehr als bisher üblich, im Kontakte mit der öffentlichen Meinung gearbeitet und die Methoden seines Ressorts, der verschwiegenen zünftigen Diplomatie bei Seite gelassen hat. Seine letzte Rede, vor den Vertretern der Gemeinde Wien gehalten, hat sofort über seine Demissionsabsichten keinen Zweifel gelassen, wurde auch in den weitesten Kreisen des Wiener Volkes als ein Abschied von seiner Stellung aufgefaßt. Nur über den eigentlichen und alleinigen Grund seiner Demission scheint mir in der Oeffentlichkeit ein Irrtum vorzuwalten. Keinerlei Zwiespalt der Ansichten des Monarchen und seines Ministers über die äußere Politik ist vorgelegen. Auch die letzten Ennunziationen Seiner Majestät und dessen Briefwechsel mit dem deutschen Kaiser legen Zeugnis dafür ab, daß keinerlei Divergenz der Meinungen zwischen dem Monarchen und seinem Minister des Aeußeren vorlag. Ebenso gilt nicht der mindeste Grund zu der Befürchtung, daß unser so bewährtes Bündnis mit dem Deutschen Reiche an Festigkeit verloren hätte. Gegen die Entente, ihre äußeren und hiesigen inneren Anhänger, wird scharf vorgegangen werden. Der Rücktritt des Grafen Czernin ist erfolgt, weil er in den demnächst tagenden Delegationen keine Aussicht besaß, über die Majorität zu verfügen, weil er in der kurzen Spanne Zeit, die übrig blieb, nicht imstande gewesen wäre, jene Verstimmung, welche der Abschluß des Brester Vertrages zwischen ihm und den Polen erzeugt hatte, zu versöhnen. Darum also, aus patriotischen Rücksichten und Erwägungen, ist Graf Czernin zurückgetreten, weil er seine Person als ein ernstes Hindernis für den klaglosen und erfolgreichen Verlauf der Delegationstagung erkannte weil er diese wichtige Staatsaktion nicht gefährden wollte und dürfte, ist er vom Amte geschieden. Jeder Nachfolger hat es verhältnismäßig leichter, den so notwendigen und unaufschiebbaren Ausgleich zwischen Polen und Ukrainern in der Cholmerfrage und in vielen anderen strittigen Punkten einzuleiten und zu einem glücklichen Abschlusse zu bringen.

Es liegt mir ferne, dem Grafen Czernin bezüglich der Einzelheiten des Brester Vertrages einen Vorwurf zu machen. Nur die Eingeweihten können darüber ein Urteil fällen. Der Abschluß des Friedens mußte in Eile vollzogen werden, duldete keinen Aufschub; denn es war nur ein formeller Frieden, welchem der Einmarsch in die weiten Gebiete des ehemaligen Zarenreiches folgen mußte, um die bedrängten Grenzländer und Randvölker vor den barbarischen Bösewichten und Uebeltätern, die sie vernichten wollten, zu befreien. Auch heute noch wären ohne die Okkupation durch die Truppen der Mittelmächte Livland, Estland, Finnland und die Ukraine allen Greueln der Verwüstung preisgegeben. Der Redner erörterte sodann die Zustände in der Ukraine, die gewiß eine große Zukunft, und eine ruhmvolle Vergangenheit habe, ihre Gegenwart sei zwar eine prekäre; wenn die Reaktion des Moskowitertums, wie zu erwarten ist, erstarkt, lernt sich die Ukraine nur durch Anlehnung an die Kultur des Westens, an die Mittelmächte behaupten. Wir haben bis zur nächsten Ernte noch ein paar Monate Entbehrungen zu ertragen. Wir werden aber durchhalten als Männer und Patrioten. Im Siege winkt uns der schönste Lohn. (Lebhafter Beifall.)

Frankfurter Zeitung
22/4. 1918.

Die Erdölverträge mit Rumänien.

N Berlin, 21. April. (Priv.-Tel.) Im Rahmen des rumänischen Friedensvertrages ist auch eine eingehende Regelung der Verwertung und Ausbeutung der rumänischen Erdölvorkommen mit einbegriffen, und zwar ist die Regelung so erfolgt, daß die Petroleumschätze künftig für Deutschland gesichert bleiben. Die Form ist so gewählt, daß durch eine Verknüpfung deutscher, österreichischer und rumänischer Interessen ein dauerhafter und auf Generationen hinaus keinen Störungen unterworfener Zustand hergestellt werden wird. Ueber den Inhalt der darüber vereinbarten Verträge machte gestern in einem Kreise von Pressevertretern Direktor Hertz vom Kriegsamt Mitteilungen. In der ausländischen Presse, insbesondere in der österreichischen, aber auch teilweise in der neutralen, sind bereits Einzelheiten aus dem Abkommen veröffentlicht worden. In Deutschland soll die Veröffentlichung erst erfolgen, wenn die Verträge über den gesamten Friedensschluß endgültig fertiggestellt sind. Bis dahin muß auch ein endgültiges Urteil über die Erdölverträge vorbehalten bleiben. Der allgemein Eindruck war auf Grund des Vortrages, daß die deutschen Interessen hinreichend gewahrt sind. Durch zwei Maßnahmen wird in der Hauptsache die Hand auf die rumänische Erdölproduktion gelegt. Es wird eine deutsche Pachtgesellschaft, die sogenannte Oelländereien-Pachtgesellschaft gegründet werden, die mit ziemlich weitgehenden Zuständigkeiten ausgestattet ist und an der die rumänische Regierung durch Beteiligung interessiert ist. Der deutsche Einfluß auf diese Gesellschaft wird durch entsprechende Verteilung der Stimmenverhältnisse zwischen Vorzugsaktien und Stammaktien gesichert werden, auch wenn, was vorgesehen ist, die Gründungen aus den Stammanteilen Beteiligungen an Dritte abgeben. Ebenso ist die rumänische Regierung in der Lage, ihre Anteile an Dritte abgeben zu können. In Oesterreich hat man bekanntlich schon mit einer Aufteilung der österreichisch-ungarischen Beteiligung begonnen. Weiter ist vorgesehen, daß unter Umständen eine rumänische Handelsmonopol-Gesellschaft geschaffen wird, und zwar für den Fall, daß bis zu einem bestimmten Zeitpunkt kein anderweites Abkommen über die Rohölverwertung getroffen wird. Nach der gegebenen Darstellung scheinen die erforderlichen Sicherungen in einem Ausmaß getroffen zu sein, daß bei etwaigen späteren Differenzen für uns nicht die Notwendigkeit besteht, den Weg diplomatischer Vorstellungen zu beschreiten. Auch die Beteiligung Oesterreich-Ungarns dürfte in einer Form geregelt sein, die den deutschen Interessen genügenden Spielraum läßt. Der praktische Erfolg wird der sein, daß wir in Zukunft unsere Einfuhr an Erdöl und Erdölprodukten zu mehr als der Hälfte aus dem Abkommen decken können, sodaß im wesentlichen die Abhängigkeit von Amerika auf diesem Gebiete beseitigt wird. Für die Dauer des Kriegszustandes im Westen wird die Ausbeute der Oelfelder wie bisher unter der Leitung der Heeresverwaltung erfolgen, da die unveränderte Ausbeute im jetzigen Umfang aus militärischen Gründen unbedingt gewährleistet sein muß.

Pester Lloyd

Abendbl
22./IV. 1918

27
N

191

Das Dossier Clemenceaus.

Enthüllungen über den gefälschten Königsbrief.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Genf, 22. April.

Zur Geschichte des Briefes König Karls macht der Temps die interessante Mitteilung, daß die Entente auf der Konferenz St. Jean de Maurienne nicht etwa, wie bisher die französische Regierung behaupten ließ, beschlossen hätte, der Anregung des Königs keine Folge zu geben, sondern daß im Gegenteil sich die Ententekabinette bereit erklärten, in Unterhandlungen einzutreten. Sie ließen den König Karl um ergänzende Erläuterungen bitten. Daraufhin überbrachte Prinz Sixtus den zweiten, bisher von Clemenceau merkwürdigerweise noch immer nicht veröffentlichten Brief des Königs Karl.

Erst auf das zweite Schreiben hin ließen die Ententekabinette wissen, daß die Fortsetzung der Besprechungen nicht in Frage käme.

Es scheint sich also die Enthüllung der Heure zu bestätigen, daß der zweite Brief den ersten korrigierte, oder besser gesagt, das Mißverständnis beseitigte, das bei den Ententeregierungen durch die von Clemenceau jetzt veröffentlichte Fassung des ersten Briefes entstanden war.

Nach dem Intransigeant war das erste königliche Schreiben französisch abgefaßt. Die vom Prinzen Sixtus dem Präsidenten Poincaré übergebene Abschrift — nicht das Original, wie die Agence Havas gemeldet hat — war mit Bleistift geschrieben. Die Veröffentlichung Clemenceaus stützt sich also nur auf eine offenbar erst beim Empfang des Prinzen Sixtus im Elysée rasch mit Bleistift gemachte Abschrift.

Clemenceau hat sich übrigens durch seine Enthüllung einen Feind geschafft, der mindestens ebenso ernst zu nehmen ist wie die ganze sozialistische Opposition, nämlich den früheren Minister des Aeußern Barthou. Dieser machte bei der ersten Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten dem Premierminister wegen der Veröffentlichung des Königsbriefes die heftigsten Vorwürfe. Er nannte sie eine den einfachsten Regeln des diplomatischen Ehrenkodex zuwiderhandelnde Verletzung der Schweigepflicht.

Die Verhandlungen zwischen Armand und Revertera.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Rotterdam, 22. April.

Der Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus London: Nach dem Manchester Guardian, der kürzlich aus Paris berichtete, daß Ribot es ablehnte, über die Verhandlungen, die damals mit Oesterreich-Ungarn angeknüpft wurden, eine Erklärung abzugeben, glaubt man doch, daß er die österreichisch-ungarischen Friedensanträge ablehnte. Es werde sich wahrscheinlich herausstellen, daß die österreichisch-ungarischen Anträge von den Regierungen, oder zum mindesten von den Premierministern geprüft wurden und zu Verhandlungen führten, wobei einige der Alliierten Versuche machten, sich mit Oesterreich-Ungarn zu verständigen. Das Scheitern der Verhandlungen war wahrscheinlich auf die Weigerung Oesterreich-Ungarns zurückzuführen, den Wünschen, die eine der alliierten Mächte äußerte, auch nur einigermaßen zu entsprechen. Das führte zum Abbruch der Verhandlungen zwischen den Grafen Revertera und Armand im August 1917. Ende Januar oder Anfang 1918 wurden sie nach Clemenceaus Regierungsantritt vermutlich durch Zutun Oesterreich-Ungarns wiederaufgenommen, aber mit geringer Aussicht auf Erfolg, weil Graf Armand den Auftrag hatte, sich nur zu informieren.

Die Opposition gegen Clemenceau und Ribot.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Haag, 22. April.

Aus Paris wird gemeldet: Als Wortführer der Opposition gegen Clemenceau und Ribot trat, wie die Humanité meldet, in der Angelegenheit des Königsbriefes der Exminister Violette auf. Er macht Ribot heftige Vorwürfe, weil er ein so wichtiges Dokument Lloyd George und Sonnino, aber nicht dem französischen Ministerium gezeigt habe.

Das Verlangen nach Einberufung einer Nationalversammlung.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Hamburg, 22. April.

In den französischen Kammerkreisen wächst die Bewegung, die im Anschluß an den Vorschlag Renaudels die Einberufung einer französischen Nationalversammlung wegen der Angelegenheit des Königsbriefes fordert. Neuerdings hat sich auch der Deputierte Meunier dieser Forderung angeschlossen.

Neues Wiener Tagblatt
22./IV. 1918

Landmarschall Prinz Liechtenstein über den Rücktritt des Grafen Czernin.

In einer christlichsozialen Versammlung sprach Samstag abend Landmarschall Prinz Liechtenstein über den Rücktritt des Ministers des Aeußern Grafen Czernin und führte unter anderm aus, daß über die Gründe der Demission in der Oeffentlichkeit ein Irrtum vorzuwalten scheine. Es sei kein Grund zu der Befürchtung, daß unser so bewährtes Bündnis mit dem Deutschen Reiche an Festigkeit verloren hätte. Gegen die Entente, ihre äußeren und hiesigen inneren Anhänger, wird scharf vorgegangen werden. Der Rücktritt des Grafen Czernin ist erfolgt, weil er in den demnächst tagenden Delegationen keine Aussicht besaß, über die Majorität zu verfügen, weil er in der kurzen Spanne Zeit, die übrig blieb, nicht imstande gewesen wäre, jene Verstimmung, welche der Abschluß des Brester Vertrages zwischen ihm und den Polen erzeugt hatte, zu versöhnen.

Darum, also, aus patriotischen Rücksichten und Erwägungen, sei Graf Czernin zurückgetreten, weil er seine Person als ein ernstes Hindernis für den klaglosen und erfolgreichen Verlauf der Delegationstagung erkannte. Jeder Nachfolger hat es verhältnismäßig leichter, den so notwendigen und unaufschiebbaren Ausgleich zwischen Polen und Ukrainern in der Cholmer Frage und in vielen andern strittigen Punkten einzuleiten und zu einem glücklichen Abschlusse zu bringen.

Es liegt mir fern, dem Grafen Czernin bezüglich der Einzelheiten des Brester Vertrages einen Vorwurf zu machen. Nur die Eingeweihten können darüber ein Urteil fällen. Der Abschluß des Friedens mußte in Eile vollzogen werden, duldete keinen Aufschub; denn es war nur ein formeller Friede, welchem der Einmarsch in die weiten Gebiete des ehemaligen Zarenreiches folgen mußte, um die bedrängten Grenzländer und Randvölker vor den barbarischen Bösewichten und Uebeltätern die sie vernichten wollten, zu befreien. Auch heute noch wären ohne die Okkupation durch die Truppen der Mittelmächte Livland, Estland, Finnland und die Ukraine allen Greueln der Verwüstung preisgegeben. Der Redner erörterte sodann die Zustände in der Ukraine, die gewiß eine große Zukunft und eine ruhmreiche Vergangenheit habe. Ihre Gegenwart sei eine prekäre; wenn die Reaktion des Moskowitertums, wie zu erwarten ist, erstarkt, kann sich die Ukraine nur durch Anlehnung an die Kultur des Westens, an die Mittelmächte, behaupten. Wir haben bis zur nächsten Ernte noch ein paar Monate Entbehrungen zu ertragen. Wir werden aber durchhalten als Männer und Patrioten. Im Siege winkt uns der schönste Lohn. (Lebhafter Beifall.)

22./IV. 1918

193

Der Kampf gegen die Wehrpflicht in Irland.

Organisierung des Widerstandes durch die irischen Abgeordneten.

Dublin, 20. April.

Reuter meldet: Eine Versammlung der dem Unterhause angehörenden irischen Nationalisten beschloß, in Irland zu bleiben und dort den Widerstand gegen die Wehrvorlage zu organisieren.

Beschlagnahme der Waffen- und Munitionsvorräte in Irland.

London, 21. April.

Reuter meldet: Die Polizei hat gestern alle Waffen- und Munitionsvorräte in den Waffenladen Dublins beschlagnahmt. Wie gemeldet wird, ist eine ähnliche Maßregel in ganz Irland durchgeführt worden.

22./IV. 1918

194

Einmütiger Widerstand gegen die Dienstpflicht in Irland.

Steigende Unzufriedenheit mit Lloyd-George.

Bern, 20. April.

Englischen Blättermeldungen zufolge ist die englische Regierung sehr besorgt wegen der Haltung Irlands gegenüber den neuen Wehrvorlagen. Irländischerseits tue man alles, um die Durchführung der Wehrpflicht unmöglich zu machen. In einer von der Dubliner Staotverwaltung einberufenen Konferenz, an der die Führer der Nationalisten und Sinnfeiner sowie Vertreter sämtlicher Gewerkschaften teilnehmen, sollen die Maßregeln festgesetzt werden, die gegen die Regierungsbehörden zu ergreifen seien. Ein allirischer Convenant (Schwur) würde alle Treuen in ihrem Widerstand binden. Unerwarteterweise spreche sich auch Ulster gegen die allgemeine Wehrpflicht aus, und zum erstenmal fühle und handle ganz Irland einmütig. In alledem könne Irland auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten rechnen.

Gleichzeitig beginnt die liberale Presse Englands, schärfer gegen Lloyd George aufzutreten. Er zwinge dem Lande in einem kritischen Moment Maßnahmen auf, die, ohne seine militärische Schlagkraft zu fördern, die letzten Reste der wirtschaftlichen Struktur Englands zerstören. Die letzten Schlachten sind nach der großen Mehrzahl der englischen Blätter die größten Niederlagen Englands in diesem Kriege. Die öffentliche Meinung weiß, daß nur die Tapferkeit der Franzosen und ihr schnelles Eingreifen England vor einer Katastrophe gerettet habe. Die Berichte zurückkehrender Verwundeter über die Verwirrung und Kopflosigkeit im englischen Heere verbreiten sich mit riesiger Schnelligkeit über das Inselreich. Die Schuld an allen diesen Echecs schiebt man Lloyd George in die Schuhe, dem Robertson habe weichen müssen.

Neue Freie Presse

22./IV. 1918

Die Widerstände gegen Lloyd-George.

Chamberlain als Nothelfer.

Rotterdam, 21. April.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt aus London: Die Lage in Irland hat sich schnell entwickelt. Die unversöhnliche Haltung, die die katholische Hierarchie angenommen hat, macht die Aussichten für die Regierung hundertmal schwieriger. Im Augenblick sieht es so aus, als ob die Hauptschwierigkeit nicht die sein werde, die unionistische Partei dazu zu bewegen, sich mit Homerule abzufinden, sondern die, die Nationalisten dazu zu bringen, Homerule im Zusammenhange mit der Dienstpflicht anzunehmen. Wenn Homerule in dieser Verbindung nicht durchgesetzt wird, wird die Regierung noch den Versuch machen, die Dienstpflicht gemäß Lloyd-Georges bestimmten Erklärungen in Irland durchzuführen. Die Gefahr, die der Premierminister durch diese Ankündigung der Dienstpflicht heraufbeschworen hat, ist durch die späteren Bemühungen um einen Vergleich noch nicht beschworen. Die Stellung der Regierung ist unzweifelhaft nicht stark. Nur das Fehlen einer Opposition, die bereit ist, die Verantwortung auf sich zu nehmen, erklärt, daß sie noch am Ruder bleibt. Die neuerliche irische Politik hat das ganze politische Leben Englands in leidenschaftliche Unruhe versetzt.

In verschiedenen Kreisen ist man mit den Veränderungen in der Regierung nicht einverstanden. Anderseits erhofft man, daß der Wiedereintritt Chamberlains in die Regierung, da er schon in der Kommission saß, die den Homeruleentwurf vorbereitete, dazu beitragen wird, den Weg zu Homerule zu bahnen. In unionistischen Kreisen findet der Plan viel Widerspruch, aber man denkt, daß Chamberlain sich um einen Ausgleich bemühen wird. Ein Teil der Unionisten betrachtet Chamberlain als Führer. Sein Anschluß wird in vollem Umfange Homerule zugute kommen. Das genügt, um zu verstehen, weshalb durch und durch konservative Zeitungen, wie die „Morningpost", welche Homerule unversöhnlich gegenübersteht, die Ernennung ablehnen. Die wütende Erbitterung der Northcliffe-Blätter über Chamberlains Eintritt in das Kabinett rührt dagegen davon her, daß Chamberlain vor kurzem im Parlament den ungehörigen Einfluß gewisser Zeitungen und die Beziehungen des Premierministers zu den Besitzern derselben angegriffen hat. Aus demselben Grunde erklärt die radikale Presse ihre Befriedigung über die Ernennung, weil sie darin ein Abweichen von Northcliffe sieht. Chamberlain gilt überall als ein ernster Mann mit guter Begabung, aber er hat nichts von der Genialität seines Vaters. Er ist der durchschnittliche Friedenszeitpolitiker, der jetzt für einen hohen Posten ausersehen ist, weil er immer im Staatsdienste gewesen ist.

Lord Milner.

Die „Times" schreibt: Was von dem Kriegskabinett geleistet worden ist, ist von Milner und Lloyd-George geleistet worden. Selbst diejenigen, die sich über Milners Politik geärgert haben, glauben, daß er ein außerordentlich geschickter Mann von großem administrativen Talent ist. Man erwartet deshalb von seiner Uebernahme des Kriegsministeriums große Dinge. Man glaubt, daß vor allem sein Mut und sein Talent, vielversprechende Männer zu Mitarbeitern zu nehmen, mit dem Schlendrian der Ueberlieferung, dem Günstlingssystem im Staatssekretariat für den Krieg aufräumen wird. Es bleibt nur zweifelhaft, ob Chamberlein ein genügender Ersatzmann für Milner im Kriegskabinett ist und ob er für die allgemeine Leitung der Angelegenheiten ausreicht.

Lord Derby.

Unabhängige Beurteiler halten die Ernennung Derbys zum Botschafter in Paris für ein Zeichen, daß Lloyd-George dann und wann auf die alte Methode zurückkommt, die Stellung und Tradition berücksichtigt. Man ist ziemlich allgemein der Ansicht, daß Derbys Verwaltung des Staatssekretariats für den Krieg durch Schwäche gekennzeichnet war. Der Kampf zwischen Robertson und der Regierung ist zum großen Teil, ohne daß Derby in Betracht gezogen wurde, geführt worden. Seine Stellungnahme dazu war schwankend. Er hat sich sogar widersprochen, und die Anhänger Robertsons wie die „Morningpost" beschuldigen ihn, daß er den General nicht unterstützt habe, um seinen Posten zu behalten. Als er sich schließlich überwand, als Staatssekretär für den Krieg abzutreten, wurde er mit dem Botschafterposten in Paris getröstet, als ob Vornehmheit und äußere Würde dazu ausreichend seien.

22./IV. 1918

196

Die Absichten Lloyd-Georges.

Bern, 20. April.

Gardiner widmet den Samstagartikel der „Daily News" vom 13. d. der irischen Wehrpflicht, die keine militärische Maßnahme, sondern ein politischer Kniff sei. Lloyd-George habe garnicht die Annahme der Wehrpflichtnovelle gewollt, sondern den Fall seines Ministeriums auf Grund des selbstgewählten Konflikts mit dem Parlament, damit die ernste Lage, die seine unheilvolle Politik an der Westfront herbeigeführt hat, verdunkelt werde, und er das unerfreuliche Geschäft des Regierens anderen überlassen könne. Obwohl die Gesetzvorlage eingebracht wurde, als ob sie mit der militärischen Lage im Zusammenhang stünde, und durch das Unterhaus gepeitscht wurde, als ob der Ausgang der Schlacht davon abhänge, habe sie mit den Krieg nichts zu tun. Sie sei eine Kriegserklärung an Irland, die der britischen Armee keinen einzigen weiteren Iren für die gegenwärtige oder selbst für eine künftige Schlacht zuführen würde. Vielleicht werde man Irland schlagen, aber was helfe das, wenn man von den Deutschen geschlagen würde? Die berechnete Ironie, die irische Wehrpflicht in dieser unbeugsamen Weise genau zu dem Zeitpunkt zu fordern, zu dem die irische Konvention nach langer Arbeit eine Verständigung erzielt hatte, müsse, wie Gwynn im Unterhause gesagt habe, auch ein weniger argwöhnisches Volk als das irische glauben machen, daß die Regierung absichtlich jede Verständigung für immer unmöglich machen wollte. Gardiner schließt: Wir stehen am Rande eines furchtbaren Abgrundes. Wir brauchen alle unsere Kraft und Einsicht, um die Prüfung, welche die Nation durchmacht, zu überstehen. Wenn unsere Moral nicht versagen will, müssen wir das Vertrauen wiederherstellen, und der erste Schritt dazu ist, eine Regierung zu erhalten, die Vertrauen einflößt.

Pester Lloyd Abendbl
23./IV. 1918
197 a 23

Das Dossier Clemenceaus.

Clemenceau in Nöten.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Genf, 23. April.

Die fünf Vertrauensmänner des großen Kammerausschusses befinden sich laut L'Humanité in arger Verlegenheit, weil sie nach Clemenceaus Verlangen von den ihnen übermittelten Kopien einiger, aber nicht aller Geheimakten zur Affäre Revertera—Armand niemand Kenntnis geben sollen. Nun sind aber schon Indiskretionen begangen worden und ein großer Teil des Kammerausschusses verlangt von jenen fünf die unverzügliche Bekanntgabe des gesamten Materials Clemenceaus, der, wie L'Humanite von neuem versichert, im Kammerausschuß eine der unangenehmsten Stunden seiner Regierungszeit verlebte. Er will nicht wieder vor diesem parlamentarischen Schiedsgericht erscheinen.

Frankreich — eine große Kriegsmonarchie.

Bern, 23. April.

Die Populaire de Centre erklärt zu der Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Czernin und Clemenceau, die in der französischen Presse noch immer lebhaft erörtert wird: Aus dem ganzen Vorgang könne man jedenfalls ersehen, welche furchtbaren Folgen es hat, daß die französische Republik jetzt zu einer großen Kriegsmonarchie geworden sei. Das Land und das Parlament dürfen nicht gestatten, daß diese Kriegsmonarchie ihren verderblichen Einfluß weiter ausübe. Die Ausschüsse hatten beschlossen, Painlevé und Ribot zu vernehmen, damit in öffentlicher Kammersitzung die Moral aus der Geschichte gezogen werde.

Ein vernichtendes neutrales Urteil über Clemenceau.

Amsterdam, 23. April.

Nieuwe van den Tag schreibt zur Enthüllung des Briefes König Karls: Die Hauptsache ist, daß die Friedensbemühungen des Königs von den Feinden zurückgewiesen worden sind. Selbst in diesen Tagen der allgemeinen Verblendung steht man verdutzt gegenüber dem lüsternen Mut und der rohen Leichtfertigkeit eines Mannes wie Clemenceau, der an diesem ganzen Vorfall wieder den Bühnenerfolg herausschlägt, sowie gegenüber der minderwertigen politischen Erfolghascherei Clemenceaus, der sein Leben der Aufgabe weihte, Minister zu stürzen und jetzt selbst in der Fortsetzung des Krieges nur die Erhaltung der eigenen Macht sucht. Daß die Bemühungen König Karls der Ausgangspunkt zu einem Verständigungsfrieden hätten sein können, damit scheint sich Clemenceau nicht beschäftigt zu haben. Er will keinen Frieden, er will nur den Krieg. Und an einen solchen Mann ist Frankreich sowie dadurch mittelbar auch ein großer Teil der Welt ausgeliefert.

Neue Freie Presse

Abendbl
23./IV. 1918

199

Holland am Wendepunkt.

Wien, 23. April.

Die wirtschaftliche Not des Krieges macht sich in Holland je länger desto fühlbarer. Schon hat es Unruhen gegeben, die gewaltsam unterdrückt werden mußten, und wenn auch alle Urteilsfähigen in diesem pseudorevolutionären Treiben die Hand der Entente erkennen, derselben Entente, die soeben den unerhörten Raub der holländischen Schiffe vollzogen hat und das bedauernswerte Land von jeder überseeischen Zufuhr ausschließt, so bleibt für das Volksempfinden doch nur die Tatsache übrig, daß die Lebenshaltung immer schwieriger wird und Holland sich irgendwie helfen müsse. Es herrscht Nervosität, die mit zum mindesten mit verursacht ist durch das Gefühl, daß die holländische Regierung einen schwankenden Kurs verfolgt.

Der Minister des Aeußern Loudon scheint sich mit der Entente allzusehr eingelassen zu haben und findet es jetzt schwierig, den Weg ins Freie wieder zu gewinnen. An der Empörung des gesamten holländischen Volkes ist der Versuch gescheitert, den gesamten holländischen Schiffspark an die Entente zu verhandeln. Die Entente hat darauf zum Schiffsraub gegriffen, so daß Holland weder die Schiffe noch die versprochene Gegenleistung der Entente hat. Immer wieder tauchen Meldungen auf, daß die Entente ihre Versprechungen erneuert unter der Bedingung, daß Holland Gegenleistungen mache, und zwar Gegenleistungen, über die bereits vor Monaten ein prinzipielles Abkommen erzielt worden ist. Man darf es nicht übersehen: das Abkommen, das die holländische Regierung mit England und Amerika im Prinzip geschlossen hatte, ist nur daran gescheitert, daß die Entente den gesamten Schiffspark, die beliebige Verwendung der holländischen Schiffe, auch in der Unterseebootsperrzone und auch für militärische Transportzwecke, verlangte; es ist aber nicht gescheitert wegen des anderen Inhaltes des Uebereinkommens, das unter anderm eine vollständige Einstellung der holländischen Ausfuhr nach Deutschland vorsah, ob nun ein offenes Ausfuhrverbot ausgesprochen werden oder ob die holländische Regierung durch Verwaltungsmaßregeln diese Ausfuhr tatsächlich unmöglich machen sollte. Jetzt, wo die Entente die holländischen Schiffe bereits hat, möchte sie auch diesen anderen Inhalt des Uebereinkommens verwirklicht haben, und als Gegenleistung bietet sie den Holländern Lebensmittel und Futterstoffe, zu deren Transport ein Teil der den Holländern geraubten Schiffe zur Verfügung gestellt werden würde.

Weder in Holland noch in Deutschland scheint man zu wissen, wofür sich die holländische Regierung entscheiden wird. Die Frage ist aber akut, weil das wirtschaftliche Uebereinkommen mit Deutschland, das den Verkehr zwischen beiden Ländern regelt, abgelaufen ist. Es ist kaum anzunehmen, daß Deutschland den Holländern weiter Kohle, Eisen und Zement liefern wird, wenn die Holländer ihre Ausfuhr nach Deutschland einstellen. Außerdem nimmt man in Deutschland Anstoß an dem chikanösen Vorgehen der holländischen Zollorgane, das namentlich die Flußschiffahrt erschwert, an der Zurückziehung der auf deutschen Gewässern verkehrenden holländischen Flußschiffe und Kähne. Auch die Frage der Sand- und Kiestransporte dürfte wieder aktuell geworden sein. Mit Rücksicht auf Holland hat Deutschland vor einiger Zeit die Sache auf sich beruhen lassen, weil die Notwendigkeit dieser Transporte momentan nicht vorhanden war. Aber dieser Zustand kann nicht dauernd sein. Es handelt sich bekanntlich um die Durchfuhr von Sand und Kies nach Belgien auf holländischen Wasserwegen. Das Recht zu dieser Durchfuhr ist gewährleistet durch die verschiedenen Rheinschiffahrtsakte. England hat im vorigen Herbst, um Holland zu verhindern, diese Transporte zuzulassen, Holland den Kabelverkehr abgeschnitten. Gegen den Widerspruch Hollands, das das deutsche Recht zu dieser Durchfuhr anerkannte. Holland befindet sich in keiner beneidenswerten Lage, und auf deutscher Seite ist gewiß nicht das Bestreben vorhanden, die Schwierigkeiten dieses Neutralen zu vergrößern. Aber auch die Holländer dürfen nicht glauben, daß man es ihnen gestatten wird, der Entente alle Dienste zu erweisen, weil die Entente rücksichtslos ist.

Die Zeit Abendbl
23./IV.1918

200

Der Kaiserbrief.

Ein Brief Violettes an Ribot.

⊡ **Frankfurt**, 23. April. (Priv.-Tel.) Die Frankf. Ztg. meldet aus Genf: Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten der französischen Kammer hat das Studium über die Vorverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn auf Grund der von der Kommission übergebenen Akten fortgesetzt. Der radikale sozialistische Abgeordnete Violette, der als Minister der Nahrungsmittelversorgung vor einem Jahre dem Ministerium Ribot angehörte, gab der Kommission Kenntnis von einem Brief, den er am 12. d. an Ribot gerichtet und den dieser sofort beantwortet hat. Ribot antwortete, daß ihm der Brief von Poincaré unter der ausdrücklichen Bedingung übergeben wurde, niemandem den Inhalt mitzuteilen, außer den Ministerpräsidenten von England und Italien.

Violette kritisierte vor der Kommission diese unverantwortliche Kriegspolitik Frankreichs durch den Präsidenten der Republik, die zur Folge hatte, daß Italien bei der Ententekonferenz in Saint-Jean-de-Maurienne die Verhandlungen mit Frankreich im Keim ersticken konnte, da mit Ausnahme Ribots das französische Ministerium keine Ahnung von dem Briefe hatte.

Neues Wiener Tagblatt Abendblatt 201
23./IV. 1918

Irland gegen die Dienstpflicht.

Amsterdam, 22. April. „Algemeen Handelsblad" meldet aus London: Man schätzt die Zahl der Personen in Irland, die sich zum Widerstand gegen die Dienstpflicht durch das von den Bischöfen und politischen Führern vorgeschlagene Gelöbnis verpflichtet haben, schon jetzt auf etwa drei Millionen. Das Gelöbnis lautet: „Wir sprechen der britischen Regierung das Recht ab, diesem Lande die Dienstpflicht aufzuerlegen, und verpflichten uns gegenseitig feierlich, uns mit den kräftigsten uns zur Verfügung stehenden Mitteln der Dienstpflicht zu widersetzen."

Rotterdam, 23. April. (Privattelegramm.) Der Korrespondent der „Daily Chronicle" meldet: In der Versammlung in Dublin, in der die nationalistischen Parlamentarier beschlossen haben, nicht nach Westminster zurückzukehren, sondern in Irland zu bleiben, um den Widerstand gegen die Dienstpflicht zu organisieren, scheint sehr stürmisch gewesen zu sein. Devlin schwur, daß England keinen Mann aus Irland bekommen soll.

Neue Freie Presse
23./IV. 1918

Pasic über die letzte Rede Czernins.

Bern, 21. April.

Das serbische Preßbureau veröffentlicht ein Communiqué aus Korfu, laut welchem der Abgeordnete M. Trifcovic den Ministerpräsidenten Pasic über die am 2. d. gehaltene Rede des Grafen Czernin interpellierte. Pasic erwiderte, daß die Behauptungen des Grafen Czernin hinsichtlich Serbiens den Tatsachen nicht vollkommen entsprächen und daß Graf Czernin Serbien niemals ein Friedensangebot gestellt habe, welches übrigens von Serbien nicht angenommen worden wäre. Die Behauptungen des Grafen Czernin seien nichts als Intrigen Oesterreich-Ungarns. Hierauf brachte Herr Pasic jenen Teil der Rede des Grafen Czernin zur Verlesung, in der es heißt, Oesterreich-Ungarn wünsche Serbien nicht vollständig zu vernichten, sondern wolle mit ihm in Frieden leben und es nur moralisch überwinden. Herr Pasic erklärte, daß Oesterreich-Ungarn ebenso wie Graf Czernin sich irren, wenn sie sich derartige Gedanken über Serbien machen, das sie nicht kennen. Der Interpellant Trifcovic habe hierauf erklärt, daß ihn die Antwort des Ministerpräsidenten befriedige und daß er dessen Meinung teile, es handle sich nur um Intrigen Oesterreich-Ungarns. Alle gegen Serbien gerichteten Intrigen würden aber dessen Verbindung mit den großen und mächtigen Verbündeten nur stärken.

Neue Freie Presse
23./IV. 1918
203

Telegrammwechsel zwischen Baron Burian und Herrn v. Steczkowski.

Wien, 22. April.

Der Minister des Aeußern Baron Burian hat an den polnischen Ministerpräsidenten v. Steczkowski folgende Depesche gerichtet:

„Durch die Gnade Sr. kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät zum Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern ernannt, beehre ich mich, dies Eurer Exzellenz mitzuteilen und bitte Sie, versichert zu sein, daß ich jederzeit gerne bereit sein werde, die polnische Regierung in ihrer verantwortungsvollen Arbeit, die sich den Ausbau der polnischen Staatlichkeit und die Sicherung der Zukunft Polens als Ziel gestellt hat, nach Kräften zu unterstützen."

Ministerpräsident v. Steczkowski antwortete:

„Durch das Telegramm vom 19. April d. J. geehrt, beglückwünsche ich Eure Exzellenz zur Ernennung zum Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern und danke ergebenst für die Bereitwilligkeit, die polnische Regierung in ihrer Arbeit zu unterstützen. Hochderselben wohlwollende Worte bestärken mich in der zuversichtlichen Hoffnung, daß es uns gelingen werde, die polnische Staatlichkeit auszubauen und die Zukunft Polens zu sichern."

Neue Freie Presse

23./IV. 1918

Eine holländische Regierungserklärung in der Friedensfrage.

Haag, 20. April.

In der Antwort auf den Kommissionsbericht der Ersten Kammer über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen führt die holländische Regierung über die Friedensbewegung aus:

Die Regierung zaudert nicht vor der Friedensbewegung, doch trägt sie der auch durch die Kammer zum Ausdruck gebrachten Ansicht Rechnung, daß, wenn sich die Regierung in dieser Sache äußert, dies nur im gegebenen Augenblick geschehen darf. Die Idee eines Staatenbundes wird von der Regierung weiter verfolgt. Dieses Problem, insbesondere der Vorschlag einer Liga zur Erzwingung des Friedens, wird jetzt in der Kommission beraten, die seinerzeit zur Vorbereitung einer dritten Friedenskonferenz ernannt wurde.

Die westindischen Kolonien.

Ueber die westindischen Kolonien besagt die Denkschrift, daß die in den Vereinigten Staaten zur Sprache gekommenen Ideen über den Ankauf holländischer Besitzungen in Westindien der Aufmerksamkeit der holländischen Regierung nicht entgangen seien. Es dürfe aber angenommen werden, daß dieses Streben nicht über den Rahmen akademischer Betrachtungen hinausgegangen sei.

Die russische Staatsschuld.

Unter dem Kapitel „Russische Staatsschuld" wird mitgeteilt, der holländische Minister des Auswärtigen habe den Gesandten in Berlin ersucht, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung darauf zu lenken, daß sich die Ukraine gegenüber den deutschen Inhabern von Schuldbriefen über Anleihen, die zur Ausführung öffentlicher Arbeiten dienten, zur Bezahlung verpflichtet habe. Es würde daher unbillig sein, den neutralen Fondsinhabern die Auszahlung zu verweigern, zumal die betreffenden Anleihen zum Teile durch deutsche Bankhäuser in Holland untergebracht seien. Der holländische Gesandte hatte gleichzeitig den Auftrag erhalten, anzufragen, ob nicht durch die deutsche Regierung bei der Ukraine eine für die niederländischen Anleiheinhaber befriedigende Lösung zu finden wäre.

Der Abschnitt über die holländische Nahrungsmittelausfuhr nach Belgien besagt, daß angesichts des besorgniserregenden Zustandes in Holland die Lebensmittelausfuhr nach Belgien sehr stark eingeschränkt, wenn nicht völlig eingestellt werden müsse.

NOUS LIVES 179300

23./IV. 1918

Der Kampf gegen die Dienstpflicht in Irland.

Rotterdam, 22. April.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: In der Versammlung in Dublin, in der die nationalistischen Abgeordneten beschlossen, nicht nach Westminster zurückzukehren, sondern in Irland den Widerstand gegen die Dienstpflicht zu organisieren, wurden mehrere äußerst deutliche und scharfe Reden gehalten. Devlin sagte zum Beispiel, daß die Regierung, solange das Gesetz Geltung haben werde, keinen Mann in Irland bekommen werde. Er forderte die Teilnehmer der Versammlung auf, das Gesetz nicht anzuerkennen. Wenn Gerichtshöfe zur Befreiung vom Militärdienst eingerichtet würden, müsse man „darauf spucken und sie mit Geringschätzung behandeln". Niemand dürfe sich an diese Gerichtshöfe wenden, um seine Befreiung zu erlangen.

Minister Barnes mahnte in einem Pressegespräch zur Geduld und Ruhe. Er sagte: Ich hoffe, daß in Irland, sobald Homerule Gesetz geworden ist, eine mit den nötigen Machtvollkommenheiten ausgestattete Regierung errichtet werden wird und daß diese Regierung dann die Bevölkerung dazu auffordern wird, freiwillig in die Armee einzutreten. Die Dienstpflicht würde nicht mit Gewalt durchgeführt, ehe Irland nicht Homerule habe, und es könne noch monatelang dauern, ehe man so weit sei. Einige Mitglieder der Regierung dächten sogar daran, die irische Wehrpflicht fallen zu lassen.

Die irische Geistlichkeit gegen die Wehrpflicht.

London, 21. April.

Das Reutersche Bureau meldet: In ganz Irland predigte gestern die ganze Geistlichkeit gegen die Wehrpflicht. Viele Priester nahmen nach dem Gottesdienste großen Volksmengen einen Eid auf den Widerstand gegen die Wehrpflicht ab.

Besetzung der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbureaux in Irland.

London, 22. April.

Reuter meldet: „Daily Chronicle" erfährt aus Cork: Die Militärbehörden haben die hauptsächlichsten Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbureaux in Irland übernommen.

Ein Vorschlag auf Uebertragung der Verwaltung Irlands an Amerika.

London, 21. April. (T.-K.)

Das Parlamentsmitglied Edward Marshall veröffentlicht in der „Daily Mail" einen Brief, in dem er erklärt, es wäre am besten, wenn man den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Uebernahme der Verwaltung Irlands anbieten würde. Anstatt eine mögliche Gefahr wenige Meilen von Englands Küste zu schaffen, würde ein derartiger Schritt die amerikanischen Verbündeten Englands um einige Tausend Meilen näherbringen.

23./IV. 1918

206

Drei Millionen zum Widerstand gegen die Dienstpflicht in Irland verpflichtet.

Amsterdam, 22. April.

„Algemeen Handelsblad" meldet aus London: Man schätzt die Zahl der Personen in Irland, die sich zum Widerstand gegen die Dienstpflicht durch das von den Bischöfen und politischen Führern vorgeschlagene Gelöbnis verpflichtet haben, schon jetzt auf etwa drei Millionen. Das Gelöbnis lautet: „Wir sprechen der britischen Regierung das Recht ab, diesem Lande die Dienstpflicht aufzuerlegen, und verpflichten uns gegenseitig feierlich, uns mit den kräftigsten uns zur Verfügung stehenden Mitteln der Dienstpflicht zu widersetzen."

Fremdenblatt
23./IV. 1918

Die irische Krise.

Der Widerstand gegen die Wehrpflicht.

K. London, 21. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In ganz Irland predigte gestern die ganze Geistlichkeit gegen die Wehrpflicht. Viele Priester nahmen nach dem Gottesdienst großen Volksmengen einen Eid auf den Widerstand gegen die Wehrpflicht ab.

K. London, 21. April. (Meldung der Reuterschen Bureaus.) Der irische nationalistische Abgeordnete Devlin hielt in Belfast vor einer Menge von mehreren Tausenden eine Rede und forderte die Iren dringend auf, in jeder Weise dem Wehrpflichtgesetz die Anerkennung zu versagen. Indem sie diese Haltung einnähmen, sagte Devlin, würden sie nur dasselbe tun, was die Ulstermänner gegenüber Homerule getan hätten.

K. Amsterdam, 22. April. „Algemeen Handelsblad" meldet aus London: Man schätzt die Zahl der Personen in Irland, die sich zum Widerstand gegen die Dienstpflicht durch das von den Bischöfen und politischen Führern vorgeschlagene Gelöbnis verpflichtet haben, schon jetzt auf etwa

drei Millionen.

Das Gelöbnis lautet: „Wir sprechen der britischen Regierung das Recht ab, diesem Lande die Dienstpflicht aufzuerlegen und verpflichten uns gegenseitig feierlich, uns mit den kräftigsten, uns zur Verfügung stehenden Mitteln der Dienstpflicht zu widersetzen."

Militarisierung von Bahn-, Post- und Telegraphen-Aemtern.

K. London, 22. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) „Daily Chronicle" erfährt aus Cork: Die Militärbehörden haben die hauptsächlichsten Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Bureaux in Irland übernommen.

Amerika soll die Verwaltung Irlands übernehmen!

London, 21. April. (Meldung der Telegrafen-Compagnie.) Das Parlamentsmitglied Edward Marshall veröffentlicht in der „Daily Mail" einen Brief, in dem er erklärt, es wäre am besten, wenn man den Vereinigten Staaten von Amerika die Uebernahme der Verwaltung Irlands anbieten würde. Anstatt eine mögliche Gefahr wenige Meilen von Englands Küste zu schaffen, würde ein derartiger Schritt die amerikanischen Verbündeten Englands um einige tausend Meilen näherbringen.

Fremdblatt

23./IV. 1918

Die Ernennung Baron Buriáns.

Depeschenwechsel zwischen Baron Burián und dem polnischen Ministerpräsidenten.

Minister des Aeußern Baron Burián hat an den polnischen Ministerpräsidenten v. Steczkowski folgende Depesche gerichtet:

„Durch die Gnade Seiner k. u. k. apostolischen Majestät zum Minister des k. u. k. Hauses und des Aeußern ernannt, beehre ich mich, dies Euer Exzellenz mitzuteilen, und bitte Sie, versichert zu sein, daß ich jederzeit gerne bereit sein werde, die polnische Regierung in ihrer verantwortungsvollen Arbeit, die sich den Ausbau der polnischen Staatlichkeit und die Sicherung der Zukunft Polens als Ziel gestellt hat, nach Kräften zu unterstützen."

Ministerpräsident v Steczkowski antwortete wie folgt: „Durch das Telegramm vom 19. April d. J. beehrt, beglückwünsche ich Euer Exzellenz zur Ernennung zum Minister des k. u. k. Hauses und des Aeußern und danke ergebenst für die Bereitwilligkeit, die polnische Regierung in ihrer Arbeit zu unterstützen. Hochderselben wohlwollende Worte bestärken mich in der zuversichtlichen Hoffnung, daß es uns gelingen wird, die polnische Staatlichkeit auszubauen und die Zukunft Polens zu sichern."

23./IV. 1918

209

Die serbische Frage.

Bern, 21. April. Das serbische Preßbureau veröffentlicht ein Communiqué aus Korfu, laut welchem der Abgeordnete M. Trifcovic den Ministerpräsidenten Pasic über die am 2. d. gehaltene Rede des Grafen Czernin interpellierte. Pasic erwiderte, daß die Behauptungen des Grafen Czernin hinsichtlich Serbiens den Tatsachen nicht vollkommen entsprächen und daß Graf Czernin Serbien niemals ein Friedensangebot gestellt habe, welches übrigens von Serbien nicht angenommen worden wäre. Die Behauptungen des Grafen Czernin seien nichts als Intrigen Oesterreich-Ungarns. Hierauf brachte Herr Pasic jenen Teil der Rede des Grafen Czernin zur Verlesung, wo es heißt, Oesterreich-Ungarn wünsche Serbien nicht vollständig zu vernichten, sondern wolle mit ihm in Frieden leben und es nur moralisch überwinden, Herr Pasic erklärte, daß Oesterreich-Ungarn eben-

---

so wie Graf Czernin sich irren, wenn sie sich derartige Gedanken über Serbien machen, das sie nicht kennen. Der Interpellant Trifcovic habe hierauf erklärt, daß ihn die Antwort des Ministerpräsidenten befriedige und daß er dessen Meinung teile, es handle sich nur um Intrigen Oesterreich-Ungarns. Alle gegen Serbien gerichteten Intrigen würden aber dessen Verbindung mit den großen und mächtigen Verbündeten nur stärken.

Neues Wiener Tagblatt
23./IV. 1918

210

Die rumänische und die belgische Königsfrage.

Berlin, 22. April. (Privattelegramm.) Herr v. Kühlmann ist von seiner Angina so gut wie völlig wieder hergestellt. Er konnte bereits heute das Bett verlassen. Voraussichtlich wird der Staatssekretär nunmehr am Mittwoch die angekündigte Besprechung mit den Parteiführern haben und dann nach Wien reisen. Baron Burian wird zusammen mit Herrn v. Kühlmann nach Bukarest fahren, um die Friedensverhandlungen mit Rumänien und die damit zusammenhängenden politischen und wirtschaftlichen Fragen zum endgültigen Abschluß zu bringen.

Zur rumänischen Königsfrage kann die „Vossische Zeitung" in diesem Zusammenhang folgendes mitteilen: Die deutsche Politik hat bisher aus Gründen, über die man hier verschiedener Meinung sein kann, den Standpunkt vertreten, daß in der rumänischen Königsfrage die Entscheidung in erster Linie Sache Oesterreich-Ungarns sei. Neue Wiener Meldungen deuten darauf hin, daß man dort die Gesichtspunkte, die gegen die Beibehaltung der bisherigen Dynastie sprechen, stärker würdigt als bisher. Man darf wohl hoffen, daß in Berlin die neue Wiener Auffassung nach Kräften unterstützt wird, zumal sie den Interessen der Mittelmächte sicher mehr gerecht wird als der Versuch, die rumänische Dynastie, die mit ihrem Anhang innerlich nach wie vor auf seiten der Entente steht, zu erhalten.

Die „Kreuzzeitung" bemerkt zu dieser Frage ihrerseits: Daß man in Berlin in der Entscheidung dieser Angelegenheit dem österreichisch-ungarischen Verbündeten den Vorrang gelassen habe, wird in der unmittelbaren Nachbarschaft Rumäniens und Oesterreich-Ungarns eine gewisse Rechtfertigung finden. Immerhin hatten aber auch wir ein gewisses Interesse daran, daß in Bukarest nicht eine Dynastie sitzt, die ihren Platz zweifellos auch in Zukunft an der Seite der Verbandsmächte sehen wird. Es kommt hinzu, daß einige der deutschfreundlichen rumänischen Staatsmänner offen gegen die Fortregierung König Ferdinands und seiner Dynastie aufgetreten waren. Sie könnten sich nicht gerade von uns gestützt fühlen, wenn wir jetzt, beim Friedensschluß, diese Frage für die Angelegenheit Rumäniens erklärten, die uns nichts anginge. Man muß es nun sehr willkommen heißen, wenn der damit begangene Fehler nachträglich noch gutgemacht werden könnte.

Die „Kreuzzeitung" spricht auch die Hoffnung aus, daß der gleiche Fehler in der belgischen Frage nicht wiederholt werden könne. Hier sei die Königsfrage von noch größerer Bedeutung. Wie auch die Regelung beschlossen werden möge, man werde es auf alle Fälle mit schwierigen Verhältnissen zu tun haben, und König Albert werde gewiß das Seinige dazu beitragen, daß sie sich nicht befriedigend für Deutschland gestalten werden.

Neue Freie Presse

24./IV. 1918

211 a 24

Die Kriegserklärung Guatemalas an die Mittelmächte.

Washington, 23. April.

Reuter meldet. Die Gesandtschaft von Guatemala teilt mit: Der Entschluß Guatemalas, sich in die Reihe der Alliierten zu stellen, ist die Folge eines Notenaustausches zwischen der Gesandtschaft und Lansing nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Guatemalas zu Deutschland. Infolgedessen befindet sich Guatemala heute im Kriegszustand mit Deutschland und seinen Verbündeten an der Seite der Vereinigten Staaten zur Aufrechterhaltung der Rechte Amerikas und der Menschlichkeit, eine Haltung, die es beibehalten wird zusammen mit den Vereinigten Staaten, bis der preußische Militarismus aufhören wird, freie Länder zu bedrohen.

Neue Freie Presse Abend
24./IV. 1918

Erneuerung des deutsch-schwedischen Kohlenabkommens.

Stockholm, 23. April.

„Dagens Nyheter" melden: Die Verhandlungen über das neue Kohlenabkommen zwischen Schweden und Deutschland sind nun abgeschlossen. Die Unterhändler sind aus Deutschland zurückgekehrt. Die Verhandlungen haben einen günstigen Verlauf genommen. Ab 1. Juli wird das alte Abkommen unter den bisherigen Bedingungen erneuert. Das Auswärtige Amt erklärte auf Anfrage des Blattes, gegenwärtig keine Mitteilungen über das Abkommen machen zu können.

Abschrift 213
24./IV. 1918

Großes Entgegenkommen Deutschlands an die Schweiz.

Freie Fahrt der Getreideschiffe für die Schweiz.

Bern, 23. April.

Wie der Schweizerischen Telegraphenagentur gemeldet wird, hat die deutsche Regierung die Erklärung abgegeben, daß die schweizerischen Getreideschiffe, auch wenn sie die Flagge einer mit Deutschland im Krieg befindlichen Nation führen, freipassieren können. Die Schiffe haben die Sperrzone zu meiden und neben der Flagge ihres Landes das Schweizer Wappen auf dem Schiffsrumpf sowie überdies die schweizerische Flagge in gut sichtbarer Weise zu führen. Die amerikanische Regierung ist mit der Führung der Schweizer Flagge neben der amerikanischen auf den mit Getreide für die Schweiz beladenen Schiffen einverstanden.

* * *

Deutschland hat der Schweiz großes Entgegenkommen bewiesen. Das Getreide, das die Schweiz in Südamerika gekauft hat und zu dessen Transport die Entente nach monatelangen Verhandlungen endlich die gnädige Erlaubnis gab, sollte auf holländischen Schiffen nach Cette gebracht werden. Seit dem Raub aber, den die Entente an Holland verübt, führen die in Betracht kommenden Schiffe nicht mehr die holländische sondern die amerikanische Flagge. Es handelte sich darum, ob Deutschland freies Geleite für solche Schiffe bewilligen würde, trotz der Gefahr des Mißbrauchs durch die Entente.

Abendbl. 214
24./IV. 1918

Verhandlungen zwischen Deutschland und Holland.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Haag, 23. April.

Sämtliche Blätter beschäftigen sich mit den schwebenden Differenzen zwischen Deutschland und Holland. Von einem Ultimatum Deutschlands ist, wie Ihr Korrespondent bestimmt versichern kann, niemals die Rede gewesen. Bei den gegenwärtig schwebenden Wirtschaftsverhandlungen wurden von Deutschland lediglich Forderungen gestellt, zu denen es vertragsmäßig berechtigt ist, von denen es aber aus besonderem Entgegenkommen zeitweilig keinen Gebrauch gemacht hat.

Letztere Tatsache würdigt auch „Nieuwe Courant" ausdrücklich, indem das Blatt, dieses Recht Deutschlands als bekannt und unbestritten voraussetzend, der Hoffnung Ausdruck gibt, Deutschland werde nicht auf dem Buchstaben seines Rechtes bestehen. Gestern mittag fand ein außerordentlicher holländischer Ministerrat statt, der sich mit dieser Frage beschäftigte. „Het Vaderland" konstatiert richtig, daß über die meisten Punkte Uebereinstimmung erzielt worden ist, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der einzige strittige Punkt nicht zu einer Verschärfung der Situation führen werde. „Handelsblad" konstatiert, daß über den von Deutschland gewünschten Eisenbahnverkehr über die limburgsche Strecke noch verhandelt wird, daß aber eine Einigkeit hierüber erzielt werden wird.

Englische Preßhetze.

Die englischen Blätter stellen die unwahre Behauptung auf, daß Deutschland an Holland ein Ultimatum gestellt habe. „Daily Telegraph" sagt, in Berlin sei ein Komplott geschmiedet, um Holland zu zwingen, aktiv am Weltkampf teilzunehmen. „Evening Standard" bringt beunruhigende, verwirrte Nachrichten. Im Ultimatum Deutschlands heiße es, daß Holland seine Neutralität aufgegeben habe, als es seine Schiffe der Entente nicht bedingungslos verweigerte. Angeblich verlange Deutschland die Durchlassung von Mannschaften und Munition nach Belgien.

Eine holländische Koalitionsregierung in Sicht

„Het Vaderland", das bestimmt auf den Abschluß eines Wirtschaftsübereinkommens mit Deutschland hofft, bereitet auf eine Koalitionsregierung vor. Die Regierung habe vier Jahre lang die Neutralität aufrechterhalten; dies bleibe ihr dauerndes Verdienst, selbst wenn sie sich unter den gegebenen Umständen der Lage nicht gewachsen fühlen und wenn es zur Stärkung der Regierung und als Ausdruck der Einigkeit des ganzen Landes notwendig werden sollte, ein Koalitionsministerium zu bilden.

* * *

„Het Vaderland" ist ein angesehenes, gemäßigt liberales Blatt, für das seinerzeit der bekannte Transvaalstaatsmann Dr. Reitz zu schreiben pflegte. Das gegenwärtige holländische Ministerium besteht seit dem Jahre 1913. Es wurde nach der Wahlniederlage der Konservativen berufen. Da die Sozialisten ihre Mitwirkung verweigerten, wurden nur Liberale in die Regierung berufen, doch ist es viel mehr ein Kabinett von Fachmännern, mit allerdings liberalen Tendenzen, als ein ausgesprochenes liberales Parteiministerium. Der Ministerpräsident Cort van der Linden war früher Mitglied des Staatsrates, der Minister des Aeußern Loudon war Gesandter in Washington.

Foster Lloyd

215 24

24./IV. 1918

Das Dossier Clemenceaus.

Die parlamentarische Untersuchung.

Lugano, 23. April.

Italienische Blätter erfahren aus Paris, Clemenceau und Franklin-Bouillon wünschten mit den Aktenstücken über die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn nur eine Kommission von fünf Parlamentariern vertraut zu machen.

Deputierter Forgeot erklärt sich unter Berufung auf die Geschäftsordnung hiemit nicht einverstanden, da jeder Deputierte das Recht habe, von Gesetzentwürfen und Aktenstücken, die die Regierung den Kommissionen übermittelt, Kenntnis zu nehmen, und droht, falls man ihm in die Aktenstücke nicht Einsicht nehmen lasse, mit einem Zwischenfall in der Kammer.

Amsterdam, 23. April.

Nach dem Nieuwen Rotterdamschen Courant schreibt Manchester Guardian im Leitartikel, in Paris glaubt man allgemein, daß die Verhandlungen, die im Vorjahre mit Oesterreich-Ungarn geführt wurden, deshalb mißglückt seien, weil Italien dagegen ein Veto eingelegt habe. Die Gerüchte nötigten Sonnino, Aufklärungen zu geben, die aber nicht sehr deutlich waren. Es ist im Interesse der Regierungen und der Völker notwendig, daß mehr Licht in diese Sache komme. Die Kommission der französischen Kammer für auswärtige Angelegenheiten hat die ministeriellen Akte über die Frage als ungenügend betrachtet und dem Minister einen Fragebogen vorgelegt.

Manchester Guardian setzt sich für die Bildung einer ähnlichen Kommission im Unterhause oder doch für die Aufstellung einer besonderen Kommission ein, damit eine Untersuchung dieser Angelegenheit eingeleitet werde.

Neue Freie Presse

24/IV. 1918

217

Telegramme Talaats und Radoslawows an Baron Burian.

Wien, 23. April.

Großwesir Talaat Pascha hat an den Minister des Aeußern folgendes Telegramm gerichtet:

„Mit lebhafter Freude habe ich das Telegramm erhalten, mit welchem Eure Exzellenz mir gütigst mitteilten, daß Hochdieselben durch die Gnade Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät auf den Posten des Ministers des k. u. k. Hauses und des Aeußern berufen worden sind. Ich bitte Eure Exzellenz, meine aufrichtigsten Glückwünsche zu diesem hohen Vertrauensbeweise Ihres Allerhöchsten Herrn zu empfangen und versichert zu sein, daß ich meinerseits gleichfalls überzeugt bin, daß die Aufrechterhaltung und die Fortentwicklung des engen Bündnisses, welches in so glücklicher Weise zwischen den beiden Reichen besteht, den Lebensinteressen der beiden Länder entsprechen. Ich kann Eurer Exzellenz versichern, daß ich wie in der Vergangenheit alle meine Bemühungen dahin richten werde, die unzerreißbaren Bande der Freundschaft und des Bündnisses, welche die beiden Reiche verbinden, immer fester zu gestalten. Ich wünsche Eurer Exzellenz vollen Erfolg in der Erfüllung Ihrer großen Aufgabe."

Ferner hat der bulgarische Ministerpräsident Doktor Radoslawow an Baron Burian folgendes Antworttelegramm gesendet:

„Hocherfreut las ich die Depesche, durch welche mir Eure Exzellenz Mitteilung machen, daß Se. k. u. k. Apostolische Majestät Eure Exzellenz zum Minister des k. u. k. Hauses und des Aeußern zu ernennen geruht hat, und zugleich mit meinem herzlichsten Glückwunsch versichere ich Eurer Exzellenz, daß Eure Exzellenz in mir immer einen eifrigen Mitarbeiter zur Kräftigung und Erhaltung des engen Bundes, der so glücklich Bulgarien mit der Monarchie verbindet, finden werden."

24./IV. 1918

218

Die Anklagen gegen Clemenceau.

Mitteilungen Cachins über die Fühlungnahme Englands und Oesterreich-Ungarns.

Bern, 23. April. (T.-K.)

Der sozialistische Abgeordnete Marcell Cachin übt in der Pariser „Humanité" vom 16. d. scharfe Kritik am Vorgehen Clemenceaus in der Angelegenheit des Kaiserbriefes. Cachin schreibt in diesem Artikel unter anderm: Seiner traditionellen Politik gemäß hat sich auch England mit Wien auseinandergesetzt. General Smuts wurde zweimal in die Schweiz geschickt, um dort mit dem Grafen Mensdorff zu konferieren. Kurze Zeit nach der Schweizer Mission Smuts versuchte eine andere hervorragende englische Persönlichkeit, die Lloyd-George nahesteht, die unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Cachin behauptet dann, daß auch die belgische Regierung sich für die Aktionen sehr interessierte, und fährt fort: Wir haben eine Annäherung gesucht und uns in Unterhandlungen eingelassen, wir haben mehrere Male die Angel ausgeworfen und die begonnenen Besprechungen fortgeführt. Zwischen Madrid und Paris wurden gleichfalls Verbindungen hergestellt. Unsere Agenten in Spanien unterstützen durch Vermittler die Absichten. Clemenceau, der Wert darauf legte, „seinen Lesern" eine zugkräftige Sensation zu verschaffen, hat mit einem Schlag die ganze Politik seiner Vorgänger und seiner Verbündeten umgestürzt. Für eine Kriegspolitik bis zum Aeußersten ist das ein Erfolg, aber auch ein Erfolg für Frankreich? Das ist eine andere Frage, auf die ebenfalls geantwortet werden muß. Nachdem einmal die Besprechungen im Gange waren, warum hat es die französische Regierung abgelehnt, sie fortzusetzen?

Die Zeit
24./IV. 1918

Die Ukraina und Rußland.

KB Kiew, 21. April. Nach einer Meldung des ukrainischen Pressebureaus hat die ukrainische Regierung in einer Note an die russische Regierung für die Friedensverhandlungen die Stadt Kursk vorgeschlagen und das Eintreffen der ukrainischen Delegation für den 21. d. in Aussicht gestellt.

Die Verhandlungen in Bukarest.

KB Bukarest, 23. April. Sektionschef Dr. Gratz ist hier eingetroffen.

Neues Wiener Tagblatt
24./IV. 1918

Der Kaiserbrief.

Bern, 22. April. (Meldung der Telegraphenkompagnie.) Der sozialistische Abgeordnete Marcell Cachin übt in der Pariser „Humanité" vom 16. April scharfe Kritik am Vorgehen Clemenceaus in der Angelegenheit des Kaiserbriefes. Cachin schreibt in diesem Artikel unter anderm: Seiner traditionellen Politik gemäß hat sich auch England mit Wien auseinandergesetzt. General Smuts wurde zweimal in die Schweiz geschickt, um dort mit dem Grafen Mensdorff zu konferieren. Kurze Zeit nach der Schweizer Mission Smuts' versuchte eine andre hervorragende englische Persönlichkeit, die Lloyd George nahesteht, die unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Cachin behauptet dann, daß auch die belgische Regierung sich für die Aktionen sehr interessierte, und fährt fort: Wir haben eine Annäherung gesucht und uns in Unterhandlungen eingelassen, wir haben mehrere Male die Angel ausgeworfen und die begonnenen Besprechungen fortgeführt. Zwischen Madrid und Paris wurden gleichfalls Verbindungen hergestellt. Unsre Agenten in Spanien unterstützten durch Vermittler die Absichten. Clemenceau, der Wert darauf legte, „seinen Lesern" eine zugkräftige Sensation zu verschaffen, hat mit einem Schlag die ganze Politik seiner Vorgänger und seiner Verbündeten umgestürzt. Für eine Kriegspolitik bis zum Aeußersten ist das ein Erfolg, aber auch ein Erfolg für Frankreich? Das ist eine andre Frage, auf die ebenfalls geantwortet werden muß. Nachdem einmal die Besprechungen im Gange waren, warum hat es die französische Regierung abgelehnt, sie fortzusetzen?

Paris, 21. April. (Meldung der Telegraphenkompagnie.) Als Wortführer der Opposition gegen Clemenceau und Ribot trat im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der „Humanité" zufolge in der Angelegenheit des Kaiserbriefes der ehemalige Minister Violette auf. Er machte Ribot heftige Vorwürfe, weil er ein so wichtiges Dokument wie den Kaiserbrief wohl Lloyd George und Sonnino, nicht aber den französischen Ministern gezeigt habe.

Ribot erklärte auf den Vorwurf Violettes, er habe sich gegenüber dem Präsidenten der Republik zur Geheimhaltung des Kaiserbriefes vor seinen französischen Kollegen verpflichten müssen.

Violette rief, daß Ribot kein Recht gehabt habe, eine solche Verpflichtung zu übernehmen. Die Angriffe Violettes richteten sich auch gegen Clemenceau. Violette sagte, die Veröffentlichung des Kaiserbriefes habe dazu geführt, daß jetzt der österreichische Kaiser nur seine Kanonen an der Westfront sprechen lassen wolle. Hat Clemenceau dies beabsichtigt?

Fremdenblatt Abendbl. 24/IV. 1918 921 a 24

Aeußerungen Marghilomans.

K. Berlin, 24. April. Der rumänische Ministerpräsident Marghiloman hatte mit dem Bukarester Berichterstatter der „Vossischen Zeitung" eine Unterredung, worin er unter anderem sagte, es sei kein leeres Gerede, wenn in der rumänischen Presse von der völligen Abkehr des weitaus überwiegenden Teiles der Bevölkerung von der Politik Bratianus gesprochen werde. Auch der Umstand, daß die Forderung, Bratianu in den Anklagestand zu versetzen, immer lauter erhoben werde, spreche für den Meinungsumschwung. Die Verhältnisse werden in Zukunft in Rumänien eben ganz andere sein. Er habe vor der Amtsübernahme drei Bedingungen gestellt und bewilligt erhalten. Erstens die sofortige Auflösung der Kammer nach dem Friedensschlusse; zweitens, daß ein neuer unabhängiger, politisch intakter Beamtenkörper geschaffen werden müsse, der keinen Raum mehr bietet für politische Privatinteressen und Korruption, und drittens, daß er, falls Bratianu von der neuen Kammer in Anklagestand versetzt werden sollte, von der Krone keinen Widerstand zu erwarten hätte. Wir können — fuhr Marghiloman fort — Bratianu nicht einfach ausweisen. Bratianu weiß, was er zu erwarten hat. Will er freiwillig das Land verlassen, so steht dem nichts im Wege. Bleibt er hier, wird er alle Konsequenzen auf sich nehmen müssen. Im übrigen aber tut man gut, den künftigen Einfluß Bratianus nicht zu überschätzen.

Sie haben im Osten einen Frieden mit Staatsgebilden, die noch durchaus unfertig sind. In Rumänien haben Sie einen Frieden mit einem konstitutionellen Staat, der für die Durchführung der Friedensbedingungen ganz andere Unterlagen. bietet. Unter diesen Umständen muß auch der Friedensschluß mit Rumänien einen ganz anderen Eindruck in den Kreisen der Entente machen als die mit den Ost-Staaten abgeschlossenen. Bemerken Sie in Rumänien etwas von einer deutschfeindlichen Stimmung? Haben Sie in den eineinhalb Jahren der Besetzung gehört, daß ein deutscher Soldat von Rumänen getötet oder auch nur gekränkt wurde? Das rumänische Volk hat eingesehen, was es von seiner Ententepolitik gehabt hat. Rumänien sehnt sich nach Frieden und wird sich den neuen Verhältnissen leichter anpassen als man denkt. Aus dem Kriege wird ein neues Rumänien hervorgehen müssen. In die allgemeine Neuordnung wird sich auch ein Rumänien einpassen, das, nachdem Rußland als Großmacht nicht mehr mitzählt, von selbst auf den engen Anschluß an die Mittelmächte angewiesen ist.

24./IV. 1918

222

Telegramm Kaiser Wilhelms an den Grafen Czernin.

Wien, 23. April.

Der deutsche Kaiser hat an den Grafen Czernin folgendes Telegramm gerichtet:

„Eure Exzellenz haben in der Zeit, während derer die Leitung des Ministeriums des k. u. k. Hauses und des Aeußern Ihren Händen anvertraut war, es sich angelegen sein lassen, im Einklange mit der Tradition, welche das bald vier Dezennien bestehende Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geschaffen hat, freundschaftliche Beziehungen zu meinen politischen Ratgebern zu begründen und dauernd fest zu erhalten. Große Aufgaben sind während dieser Periode in Angriff genommen und durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit einer glücklichen Lösung zugeführt worden. Eurer Exzellenz hiefür meinen wärmsten Dank auszusprechen, ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis. Mein Botschafter Graf Wedel wird Eurer Exzellenz die Insignien des Eisernen Kreuzes erster Klasse aushändigen, das Ihnen bei dieser Gelegenheit zu verleihen mir eine Freude ist."

Neues Wiener Tagblatt
25./IV. 1918

Die französischen Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn.

Lugano, 23. April. Italienische Blätter erfahren aus Paris: Clemenceau und Franklin-Bouillon wünschen mit den Aktenstücken betreffend die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn nur eine Kommission von fünf Parlamentariern vertraut zu machen. Deputierter Forgeot erklärt sich unter Berufung auf die Geschäftsordnung hiemit nicht einverstanden, da jeder Deputierte das Recht habe, von Gesetzentwürfen und Aktenstücken, welche die Regierung den Kommissionen übermittelt, Kenntnis zu nehmen, und droht, falls man ihn in die Aktenstücke nicht Einsicht nehmen lasse, mit einem Zwischenfall in der Kammer.

Amsterdam, 23. April. Dem „Nieuwen Rotterdamschen Courant" zufolge schreibt „Manchester Guardian" im Leitartikel: In Paris glaubt man allgemein, daß die Verhandlungen, die im Vorjahre mit Oesterreich-Ungarn geführt wurden, deshalb mißglückt seien, weil Italien dagegen ein Veto eingelegt habe. Diese Gerüchte nötigten Sonnino, Aufklärungen zu geben, die aber nicht sehr deutlich waren. Es ist im Interesse der Regierungen und der Völker notwendig, daß mehr Licht in diese Sache komme. Die Kommission der französischen Kammer für auswärtige Angelegenheiten hat die ministeriellen Akte über die Frage als ungenügend betrachtet und den Ministern einen Fragebogen vorgelegt.

„Manchester Guardian" setzt sich für die Bildung einer ähnlichen Kommission im Unterhause oder doch für die Aufstellung einer besonderen Kommission ein, damit eine Untersuchung dieser Angelegenheit eingeleitet werde.

Paris, 23. April. (Meldung der Telegraphenkompagnie.) Das „Journal de Peuple" schreibt über die Politik Ribots: Nachdem nun einmal im August 1917 die Besprechungen zwischen Armand und Revertera stattgefunden haben, steht man bestürzt vor der Mißachtung, die Ribot, scheinbar im Einvernehmen mit einer nicht verantwortlichen Stelle, gegenüber den Verhandlungen an den Tag gelegt hat. Ribot hat so die Friedensmöglichkeiten in aller Stille, ohne den Ministerrat zu befragen, erwogen und über Frankreich allein verfügt. Clemenceau hat die Friedensmöglichkeit mit einem Faustschlag vernichtet.

Der Deputierte Mistral schreibt in der „Humanité": Der Geisteszustand, den man bei den Lenkern der französischen Geschicke feststellen kann, ist seltsam und beunruhigend. In der gleichen Nummer dieses Blattes wendet sich der bekannte Sozialistenführer Renaudel gegen den Ministerpräsidenten Clemenceau. Er schreibt: Nach Serbien wurden Rußland und Rumänien außer Kampf gesetzt. Wir wollen das Abwärtsgleiten nicht fortsetzen.

Genf, 23. April. (Meldung der Telegraphenkompagnie.) Marcell Cachin macht in der „L'Heure" Mitteilungen über die letzte Rede, die Ministerpräsident Clemenceau in den vereinigten Parlamentsausschüssen über seine Haltung in der Angelegenheit der Veröffentlichung des Kaiserbriefes hielt. Demnach sprach Clemenceau durch zwei Stunden und suchte sein Vorgehen zu verteidigen. Cachin sagt, der Ministerpräsident habe, wie immer, leidenschaftlich und aggressiv gesprochen. Clemenceau, sagt Cachin, hat ausgeführt, er habe gegen Czernin brutal vorgehen müssen, da durch dessen Angriffe und die Beschuldigungen der Wiener Presse bei den Alliierten Zweifel an seiner (Clemenceaus) Loyalität gegen sie entstehen konnten. Clemenceau beschäftigte sich hierauf in den Einzelheiten mit dem Verlauf seiner Auseinandersetzungen mit Czernin und behauptete schließlich, es sei ihm nichts andres übrig geblieben, als auf diese Weise vorzugehen. Clemenceau erklärte dann, daß die Polemik mit Czernin politisch nicht geschadet habe. Sie habe vielmehr die Stellung der Alliierten zu Oesterreich-Ungarn klar und deutlich gemacht.

Cachin bemerkt zu den Mitteilungen, daß die Darlegungen Clemenceaus von den Ausschüssen nicht mit besonderer Wärme aufgenommen worden seien. Das in der Kammer herrschende Mißbehagen sei durch die Rede des Ministerpräsidenten nicht beseitigt worden.

Eine Reminiszenz.

Genf, 23. April. Die hier erscheinende griechische Zeitung „L'Echo de Grèce" schreibt: Der Streit Clemenceau-Czernin erinnert an eine ähnliche Episode zwischen ersterem und dem verstorbenen König Georg I. von Griechenland. Es war in der hitzigen Periode der kretischen Frage. König Georg hatte auf der Durchreise in Paris das förmliche Versprechen Clemenceaus erhalten, daß die Insel Kreta unverzüglich an Griechenland zugeteilt werden würde; aber Kreta wurde nicht mit Griechenland vereinigt. Ein gemeinsamer Freund übermittelte die berechtigten Klagen des Königs an Clemenceau. Clemenceaus Antwort lautete: „König Georg hat gelogen!"

Genau wie jetzt dem Grafen Czernin gegenüber! König Georg verfehlte nie, wenn Clemenceaus Name in seiner Gegenwart ausgesprochen wurde, entrüstet zu sagen: „Sie wissen, dieser Herr hat mich als Lügner hingestellt." In Athener politischen Kreisen ist das eine sehr bekannte Episode.

Fremdenblatt Abend
25./IV. 1918
224

Einstellung des holländischen Ostindien-Dienstes.

Schwere Verluste des englischen Exporthandels.

K. **Batavia**, 17. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus. — Verspätet eingetroffen.) Die holländische Schiffahrt von Ostindien nach den britischen und amerikanischen Häfen wurde gänzlich eingestellt. Der Exporthandel nach den Straits Settlements, Indien und Amerika ruht ebenfalls so gut wie völlig. Namentlich die Zucker- und Gummiausfuhr, auch der Tabakhandel liegen darnieder. Britische Firmen erleiden schwere Verluste.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl
25./IV. 1918

225

Die Wiederaufnahme der Beziehungen Rußlands zu den Mittelmächten.

Zürich, 24. April. Aus Moskau wird gemeldet: Der diplomatische Vertreter Deutschlands, Graf Mirbach, ist in Moskau eingetroffen und hatte eine längere Unterredung mit Lenin, der von seiner Erkrankung wieder hergestellt ist. Das Blatt „Nowyj Lutsch" teilt über diese Konferenz mit, daß die Regelung einer Reihe wichtiger Fragen, die die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Deutschland betreffen, Gegenstand der Konferenz bildeten. Der Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilgefangenen sowie die Wiederaufnahme des direkten Post- und Telegraphendienstes zwischen Deutschland und Rußland wurden in erster Linie erörtert. Wie das Blatt weiter erfahren will, beabsichtigt die russische Regierung nunmehr, mit Beschleunigung die Ratifizierung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk mit Oesterreich-Ungarn durchzuführen, um die offiziellen diplomatischen Beziehungen auch mit der Monarchie aufzunehmen. Man wünscht in Moskau, daß auch der diplomatische Vertreter Oesterreich-Ungarns dortselbst baldigst eintreffe, um anderseits die Anerkennung für den neuernannten russischen Botschafter in Wien zu erhalten.

Reichspost Abendbl 25./IV. 1918 226

Die Politik des „Kaiserbriefes".

Das Dilemma der Pariser Regierung.

Die französische Parlamentskommission für auswärtige Angelegenheiten soll von den Auskünften Clémenceaus und Ribots über den „Kaiserbrief"-Zwischenfall nicht befriedigt sein und die von Clémenceau vorgelegten „Dokumente" als ungenügend erklärt haben. Der von der Kommission zur Ueberprüfung der ganzen Sache bestellte Fünferausschuß wird zwar mit seinen Arbeiten erst am kommenden Montag zu Ende kommen, aber schon die lange Dauer und Umständlichkeit des Verfahrens deuten darauf hin, daß etwas in den Enthüllungen Clémenceaus nicht stimmt. Das französische Parlament steht vor der Alternative:

Entweder läßt es den von Clémenceau mitgeteilten Briefext als echt gelten — dann steht der Enthüller Clémenceau vor dem französischen Volke und vor der ganzen Welt als der verbrecherische Vereitler einer Friedensgelegenheit, als der Vernichter einer für Frankreich sehr annehmbaren Friedensmöglichkeit da und das französische Volk muß zur furchtbaren Erkenntnis gelangen, daß es seit dem Frühjahr 1917 völlig zwecklos blutet, völlig zwecklos von der eigenen Regierung zur Schlachtbank geschleppt wird;

oder aber es erklärt den Briefext, wie ihn Clémenceau mitgeteilt hat, auf Grund der Prüfung der Dokumente und des ganzen Materials für falsch oder für verfälscht und stellt sich hiedurch ganz auf den Boden der Wiener amtlichen Feststellungen und der feierlichen Erklärungen des kaiserlichen Autors — dann bleibt an Clémenceau zwar noch immer genug von dem Vorwurfe hängen, daß er mutwillig eine Gelegenheit, über einen Verständigungsfrieden zu verhandeln, verpaßt und zerstört habe, aber noch unmittelbarer trifft ihn die Anklage, auf Grund eines ganz unzulänglichen Materials den Kaiser von Oesterreich und die Wiener Regierung, also gerade jene Faktoren, bei denen man in Frankreich noch am ehesten Verständnis für die französischen Wünsche voraussetzen zu dürfen geglaubt hat, in ganz unflätiger Weise beschimpft und sich selbst und Frankreich dadurch aufs äußerste bloßgestellt zu haben.

Für welche Alternative immer sich die französische Kammer entscheidet, sie ist reichlich bitter für Frankreich und mörderisch für das Kabinett des Herrn Clémenceau. Denn es ist nicht wahrscheinlich, daß in Frankreich das regierte Volk bereits so unheilbar krank oder die Konstitution des regierenden Jakobinerhäuptlings so stark sei, daß nicht jeder der beiden schweren Vorwürfe ans Leben greifen müßte.

Während in Oesterreich noch der Streit der Meinungen sich mit den von den Ereignissen längst in den Hintergrund gedrängten Fragen beschäftigt, erstens ob es überhaupt zweckmäßig war, das Wagnis jenes Briefes, auch in der nichtverfälschten Urform und in einwandfreier Fassung, auf sich zu nehmen, zweitens ob es, nachdem einmal Anknüpfungsversuche geschehen waren, klug war, daß Graf Czernin mit seiner Mitteilung vom 2. April den französischen Ministerpräsidenten bloßstellte und zu zornigen, besinnungslosen Erwiderungen reizte, ist der ganze Zwischenfall bereits in ein völlig neues Stadium getreten, wo der Gegenstand des Wiener Streites zu einer nebensächlichen Vorfrage wird.

In Wien darf man jetzt in aller Gemütsruhe zusehen, wie man sich in Paris aus der Schlinge zu ziehen anstrengt, zu der Clémenceaus Unüberlegtheit den Kaiserbrief gemacht hat. Nicht mehr dieser, sondern seine Wirkungen beherrschen den Schauplatz. Und diese Wirkungen drohen — durch Gottes Fügung und Clémenceaus Leidenschaftlichkeit — für die Verbandsregierungen zu einer so ernsten Gefahr zu werden, daß sich die Mittelmächte zur Absendung des Briefes heute nur beglückwünschen können. Diese Erkenntnis ist nicht unwichtig auch für die fernere Haltung der infolge der letzten Ereignisse und Enthüllungen leidenschaftlich erregten parlamentarischen Parteien in Oesterreich.

TK. Genf, 23. April.

Die von Clémenceau den vereinigten Kammerausschüssen übergebenen Aktenstücke in Angelegenheit des Kaiserbriefes und des Grafen Revertera werden von einem fünfgliedrigen Ausschuß geprüft, dem auch Marcel Cachin und die früheren Minister Barthou und Albert Thomas angehören. Für kommenden Montag ist die letzte Sitzung der Untersuchungskommission angesetzt. An diesem Tage werden Briand, Ribot und Painlevé einvernommen werden.

Pester Lloyd

25./IV. 1918

5

227

Eine Erklärung des Abgeordneten Dr. Waldner.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 24. April.

Abgeordneter Dr. Waldner hat an das Prager Tagblatt folgenden Brief gerichtet:

Verehrliche Redaktion!

In der Nummer 88 Ihres sehr geschätzten Blattes findet sich unter dem Titel „Czernins Ehrenwort gegen Clemenceaus Behauptung" eine Mitteilung, der zufolge nur Graf Czernin unter Ehrenwort erklärt hat, daß der Kaiserbrief in der von der französischen Regierung veröffentlichten Form eine Fälschung sei. Diese Ihre Mitteilung beruht auf einer irrtümlichen Information, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Güte hätten, festzustellen, daß diese Nachricht nicht den Tatsachen entspricht. Graf Czernin hat mir eine solche Mitteilung unter Ehrenwort keineswegs gemacht, hat mir aber vielmehr gesagt, daß Se. Majestät ihm Einsicht in die Kopie des in Betracht kommenden Briefes gegeben, welche Kopie Graf Czernin als politisch einwandfrei erklärt hat.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Waldner m. p.

Die Zeit
25./IV. 1918

Czernin über den Kaiserbrief.

Eine Richtigstellung des Abg. Waldner.

* **Wien**, 24. April. Vor einigen Tagen erschien in einigen Blättern die Meldung, daß Graf Czernin in einer Unterred... mit dem Obmann des Verbandes der deutschnationalen Parteien, Abg. Dr. Waldner, unter Ehrenwort erklärt habe, daß der Kaiserbrief in der von der französischen Regierung veröffentlichten Form eine Fälschung sei. Abg. Dr. Waldner stellt nun in einem Schreiben fest, daß diese Nachricht nicht den Tatsachen entspricht. Graf Czernin hat mir — heißt es in dem Schreiben weiter — eine solche Mitteilung unter Ehrenwort keineswegs gemacht, hat mir vielmehr gesagt, daß Seine Majestät ihm Einsicht in die Kopie des in Betracht kommenden Briefes gegeben habe, welche Kopie Graf Czernin als politisch einwandfrei erklärt habe.

Reichspost

25./IV. 1918

Frankreich und der verfälschte Kaiserbrief.

Die „Aktenstücke" Clémenceaus als „ungenügend" erklärt.

Oesterreich-Ungarn und sein Herrscher erhalten eine große Genugtuung. Er weckte schon die Verweisung der „Aktenstücke" des Herrn Clémenceau an eine fünfgliedrige Prüfungskommission den Eindruck, daß Clémenceau in den vereinigten Parlamentsausschüssen mit seinen „Dokumenten" eine sehr geringe überzeugende Wirkung erzielt hatte, so wird diese Annahme vollends durch die aus Paris kommenden Nachrichten bestätigt. Der englische „Manchester Guardian" stellt an leitender Stelle fest, daß die ministeriellen Akte über die Frage des Kaiserbriefes als „ungenügend" betrachtet werden.

Clémenceau hat seine unverschämten Beschimpfungen nicht einmal seiner sonst so willfährigen Kammermehrheit zu begründen vermocht. Seine „Dokumente" sind fadenscheinig, er vermag nicht nur die Echtheit seines „Kaiserbriefes" nicht zu erweisen, sondern seine Akten erregen ernste Zweifel in ihre Echtheit. Sonst wäre die kritische Stimmung der französischen Kammer nicht zu verstehen. So zeugt diese selbst für die Erklärung, mit der Kaiser Karl die Unechtheit des Clémenceauschen Dokumentes festgestellt hat. Der französische Ministerpräsident, anstatt noch rechtzeitig zu prüfen, antwortete mit Brutalitäten und fügte zu der Vermittlung eines edlen Friedensversuches noch die Beleidigung desjenigen, der ihn aus den hochherzigsten Motiven heraus unternommen hatte.

Es ist kein Wunder, daß man auch in Frankreich findet, daß der „Tiger" einen bösen Sprung daneben getan hat.

Es wird noch mehr an den Tag kommen . . .

TK. Genf, 23. April.

Marcell Cachin macht in der „L'Heure" Mitteilungen über die letzte Rede, die Ministerpräsident Clémenceau in den vereinigten Parlamentsausschüssen über seine Haltung in der Angelegenheit der Veröffentlichung des Kaiserbriefes hielt. Demnach sprach Clémenceau durch zwei Stunden und suchte sein Vorgehen zu verteidigen. Cachin sagt, der Ministerpräsident habe, wie immer, leidenschaftlich und aggressiv gesprochen. Clémenceau, sagt Cachin, hat ausgeführt, er habe gegen Czernin brutal vorgehen müssen, da durch dessen Angriffe und die Beschuldigungen der Wiener Presse bei den Alliierten Zweifel an seiner (Clémenceaus) Loyalität gegen sie entstehen konnten. Clémenceau beschäftigte sich hierauf in den Einzelheiten mit dem Verlauf seiner Auseinandersetzungen mit Czernin und behauptete schließlich, es sei ihm „nichts anderes übrig geblieben", als auf diese Weise vorzugehen. Clémenceau erklärte dann, daß die Polemik mit Czernin politisch nicht geschadet habe. Sie habe vielmehr die Stellung der Alliierten zu Oesterreich-Ungarn klar und deutlich gemacht.

Cachin bemerkt zu den Mitteilungen, daß die Darlegungen Clémenceaus von den Ausschüssen nicht mit besonderer Wärme aufgenommen worden seien. Das in der Kammer herrschende Mißbehagen sei durch die Rede des Ministerpräsidenten nicht beseitigt worden.

Lugano, 23. April.

Italienische Blätter erfahren aus Paris: Clémenceau und Franklin-Bouillon wünschen mit den Aktenstücken nur eine Kommission von fünf Parlamentariern vertraut zu machen. Deputierter Forgeot erklärte sich unter Berufung auf die Geschäftsordnung hiemit nicht einverstanden, da jeder Deputierte das Recht habe, von Aktenstücken, welche die Regierung den Kommissionen übermittelt, Kenntnis zu nehmen, und droht, falls man ihn in die Aktenstücke nicht Einsicht nehmen lasse, mit einem Zwischenfall in der Kammer.

Amsterdam, 23. April.

Dem „Nieuwen Rotterdamschen Courant" zufolge, schreibt „Manchester Guardian" im Leitartikel: In Paris glaubt man allgemein, daß die Verhandlungen, die im Vorjahre mit Oesterreich-Ungarn geführt wurden, deshalb mißglückt seien, weil Italien dagegen ein Veto eingelegt habe. Diese Gerüchte nötigten Sonnino, Aufklärungen zu geben, die aber nicht sehr deutlich waren. Es ist im Interesse der Regierungen und der Völker notwendig, daß mehr Licht in diese Sache komme. Die Kommission der französischen Kammer für auswärtige Angelegenheiten hat die ministeriellen Akte über die Frage als ungenügend betrachtet und den Ministern einen Fragebogen vorgelegt.

„Manchester Guardian" setzt sich für die Bildung einer ähnlichen Kommission im Unterhause oder doch für die Aufstellung einer besonderen Kommission ein, damit eine Untersuchung dieser Angelegenheit eingeleitet werde.

TK. Paris, 23. April.

Das „Journal de Peuple" schreibt über die Politik Ribots: Nachdem nun einmal im August 1917 die Besprechungen zwischen Armand und Revertera stattgefunden haben, steht man bestürzt vor der Mißachtung, die Ribot, scheinbar im Einvernehmen mit einer nicht verantwortlichen Stelle, gegenüber den Verhandlungen an den Tag gelegt hat. Ribot hat so die Friedensmöglichkeiten in aller Stille, ohne den Ministerrat zu befragen, erwogen und über Frankreich allein verfügt. Clémenceau hat die Friedensmöglichkeit mit einem Faustschlag vernichtet.

Der Deputierte Mistral schreibt in der „Humanité": Der Geisteszustand, den man bei den Lenkern der französischen Geschicke feststellen kann, ist seltsam und beunruhigend.

Clémenceaus Umgang mit Menschen.

Genf, 23. April.

Die hier erscheinende griechische Zeitung „L'Echo de Près" schreibt: Der Streit Clémenceau-Czernin erinnert an eine ähnliche Episode zwischen ersterem und dem verstorbenen König Georg I. von Griechenland. Es war in der hitzigen Periode der kretischen Frage. König Georg hatte auf der Durchreise in Paris das förmliche Versprechen Clémenceaus erhalten, daß die Insel Kreta unverzüglich an Griechenland zugeteilt werden würde; aber Kreta wurde nicht mit Griechenland vereinigt. Ein gemeinsamer Freund übermittelte die berechtigten Klagen des Königs an Clémenceau. Clémenceaus Antwort lautete: „König Georg hat gelogen!"

Genau wie jetzt dem Grafen Czernin gegenüber! König Georg verfehlte nie, wenn Clémenceaus Name in seiner Gegenwart ausgesprochen wurde, entrüstet zu sagen: „Sie wissen, dieser Herr hat mich als Lügner hingestellt." In Athener politischen Kreisen ist das eine sehr bekannte Episode.

Die Hüter der Menschlichkeit in Guatemala.

Washington, 23. April.

Die Gesandtschaft in Guatemala teilt mit: Der Entschluß Guatemalas, sich in die Reihe der Alliierten zu stellen, ist die Folge eines Notenaustausches zwischen der Gesandtschaft und Lansing nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Guatemalas zu Deutschland. Infolgedessen befindet sich Guatemala heute im Kriegszustand mit Deutschland und seinen Verbündeten an der Seite der Vereinigten Staaten „zur Aufrechterhaltung der Rechte Amerikas und der Menschlichkeit", eine Haltung, die es beibehalten wird zusammen mit den Vereinigten Staaten, bis der preußische Militarismus aufhören wird, freie Länder zu bedrohen.

Fremdenblatt
25./IV. 1918

Die Affäre Clemenceau.

K. **Lugano**, 28. April. Italienische Blätter erfahren aus Paris: Clemenceau und Franklin-Bouillon wünschen mit den Aktenstücken betreffend die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn nur eine Kommission von fünf Parlamentariern vertraut zu machen. Deputierter Forgeot erklärt sich unter Berufung auf die Geschäftsordnung hiemit nicht einverstanden, da jeder Deputierte das Recht habe, von Gesetzentwürfen und Aktenstücken, welche die Regierung den Kommissionen übermittelt, Kenntnis zu nehmen, und droht, falls man ihn in die Aktenstücke nicht Einsicht nehmen lasse, mit einem Zwischenfall in der Kammer.

Fremdenblatt

25./IV. 1918

231

Die irische Krise.

Generalstreik in Irland.

Gr. Berlin, 24. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt".)
Die „Vossische Zeitung" erfährt aus Kopenhagen: Aus London wird berichtet, daß gegen zwei Millionen irische Männer und Frauen sich schriftlich verpflichteten, gegen die Durchführung der militärischen Ausschreibungen Widerstand zu leisten. Heute ist alle Arbeit in ganz Irland eingestellt, sogar die Fleischer, die Bäcker, ja selbst die Briefträger streiken. In Dublin ist der Straßenbahnverkehr ausgefallen. Kein Eisenbahnzug kommt an oder verläßt die Stadt.

Vossische Zeitung
19. III. 1918

Die Parteien zum Friedensschluß.

Nach dem Reichskanzler, dessen Rede über den Friedensschluß mit Rußland wir im Hauptblatt wörtlich wiedergeben, nahm das Wort der Stellvertreter des Staatssekretärs v. Kühlmann im Auswärtigen Amt,

Unterstaatssekretär v. d. Busche:

Dem Vertrag mit der Ukraine folgen jetzt zwei weitere Verträge mit Rußland und Finnland. Die Reden Trotzkis in Brest-Litowsk waren nur zum Fenster hinaus gehalten. Wir waren über seine Absichten auch von anderer Seite unterrichtet. So blieb uns keine andere Wahl als die militärischen Folgerungen zu ziehen und, als dann die erwünschte Folge eintrat, unsere Forderungen in einer Weise zu stellen, daß eine weitere Verschleppung nicht mehr möglich war. Die Behauptung der russischen Delegation, sie habe keine Zeit mehr zur Nachprüfung des Inhaltes des Vertrages gehabt, ist vollkommen hinfällig. Die Einzelheiten der Verhandlungen bewiesen, daß sie mit dem Inhalte der Verträge sehr genau bekannt waren. Herr Sokolnikow, der erste russische Delegierte, lehnte das Anerbieten des Herrn v. Rosenberg, die wirtschaftspolitischen und rechtspolitischen Verträge in einer besonderen Kommission genau durchzuberaten ab. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Finnen dem ihnen von Rußland aufgezwungenen Kriege abhold gewesen sind. Aber Finnland war ein Teil des russischen Reiches. Unsere Verhandlungen mit den Finnen sind im Geiste der Versöhnlichkeit geführt worden und durchaus glatt verlaufen. Unsere Interessen sind auch in diesem Falle durchaus in vorteilhafter Weise gewahrt worden.

Abg. Fehrenbach (Ztr.):

Den Ausführungen des Reichskanzlers über den russischen Vertrag schließen wir uns vollinhaltlich an. Es ist im jetzigen Stadium der Verhandlungen nicht erforderlich, auf die Einzelheiten einzugehen. Der Reichskanzler hat auch unsere Beziehungen zu den ehemals dem russischen Reiche gehörigen und jetzt losgelösten Völkern besprochen. Ich habe schon im Hauptausschuß Gelegenheit genommen, die Selbständigkeitserklärung Finnlands mit Sympathie zu begrüßen, und ich wiederhole diese Erklärungen hier noch einmal. Ich drücke unsere Freude darüber aus, daß in dem Friedensvertrage freundschaftliche Verhältnisse zwischen Finnland und uns festgelegt sind. Finnland hat schwere Kämpfe um seine Selbständigkeit bestehen müssen. Wir hoffen, daß es endlich zu einer ruhigen Entwicklung und geordneten Verhältnissen kommt. Finnland ist noch jetzt der Schauplatz blutiger Kämpfe, und die deutsche Militäraktion soll zur Befreiung des Landes dienen. Wir bedauern, daß diese Hilfeleistung dem finnischen Volke nicht von dem benachbarten, stammesverwandten Schweden geleistet worden ist. (Sehr richtig!) Dadurch wären wir einer Aktion enthoben worden, die in Schweden nicht mit ganz ungetrübten Augen angesehen wird. Nachdem das finnische Volk wiederholt dringend den deutschen Schutz angerufen hat, glaubten wir mit Recht verpflichtet zu sein, dem Hilferuf Folge zu leisten. Für das schwedische Volk liegt keine Veranlassung vor, irgendein Mißtrauen zu hegen. Die Errichtung einer Station auf den Aalandsinseln dient nur Etappenzwecken. Für das Deutsche Reich handelt es sich nie und nimmer um eine Einwirkung auf die innerpolitischen Verhältnisse Finnlands. Wir nehmen zugunsten keiner der dortigen beiden Parteien, der bürgerlichen und der sozialistischen, die ungefähr gleich stark sind, Stellung. Wir wollen nur das unglückliche Land von den bolschewistischen Räuberbanden, denen sich allerdings irregeführte Landeseinwohner angeschlossen haben mögen, säubern. Sobald der Zweck erreicht ist, wird die deutsche Militärmacht zweifellos von Finnland wieder zurückgezogen werden.

Estland und Livland sind nach dem Friedensvertrag mit Rußland noch Bestandteile des russischen Reiches. Wenn sie sich aber auf Grund des von der russischen Revolution selbstproklamierten Rechtes von Großrußland loslösen und zu selbständigen Staatswesen umbilden wollen, so wird das nur unsere lebhafte Sympathie finden. Durchaus begreiflich ist der Wunsch des gesamten Baltenlandes, sich zu einem einheitlichen Staatengebilde zusammenzuschließen. Etwaige kriegerische Verwicklungen mit dem übrigen Großrußland müssen vorher sorgsam erwogen werden.

Kurland hat sich als monarchisch-konstitutionelles Staatswesen erklärt, eine feierliche Deputation hat dem Reichskanzler den Wunsch nach einer möglichst engen militärischen und wirtschaftlichen Verbindung mit dem Deutschen Reiche ausgesprochen und zugleich dem Deutschen Kaiser die kurländische Herzogskrone angeboten. Das ganze deutsche Volk ist über diesen Beweis herzlicher Sympathie für die deutsche Art und des Vertrauens zu unserm Kaiser hocherfreut. (Lebhafter Beifall.)

Wegen der schwerwiegenden Folgen dieses hochbedeutenden Aktes muß jedoch eine sorgfältige Prüfung erfolgen. Kurland ist ja nur zum geringsten Teil von Deutschen bewohnt. Sind den 90 v. H. der Bevölkerung, die sich aus Letten und anderen Stämmen zusammensetzen, auch ausreichend Gelegenheit gegeben, ihre Ansprüche geltend zu machen? Ich glaube, auch nach diesem Gesichtspunkt hin können wir beruhigt sein. Die im September vorigen Jahres gebildete Versammlung besteht aus 80 Mitgliedern, von denen etwa 30 bis 35 Letten sind. Dieses Landesversammlung hat einen Landesrat von 20 Mitgliedern bestellt, wovon auch sieben Herren der lettischen Nationalität zugehören. Wir wünschen, daß die jetzige kurländische Entschließung von einer auf breiter Basis gewählten Volksvertretung ratifiziert wird. Wir werden glücklich sein, auch dem lettischen Volke die hohen Güter der Freiheit und sozialen Wohlfahrt zu bringen.

Es ist befremdlich, daß die Litauer auf die Anerkennung der Selbständigkeit noch warten müssen. Die Wünsche aus Litauen sind nicht so hergekommen wie die aus Kurland. Hier scheint eine militärische Vorzensur gewaltet zu haben. (Hört, hört!) Der Reichskanzler sollte mit den Herren von der militärischen Fakultät darüber mal ein ernstes Wort sprechen. (Sehr richtig!) Ich freue mich, daß eine litauische Deputation hier erwartet wird, ich hoffe, daß die Herren mit der Anerkennung ihrer Unabhängigkeit werden heimreisen können. Die Litauer wünschen einen selbständigen Staat. Sie wollen keine Verbindung weder mit Polen noch mit Kurland. Die Gegensätze zwischen Kurland und Litauen sind zu groß. Die Litauer wünschen einen katholischen Herzog.

Die Polen müssen sich damit abfinden, daß Deutschland unversehrt erhalten werden muß. Auf alle Annexionspläne muß natürlich verzichtet werden. Aber wirtschaftlich sollten wir Entgegenkommen zeigen. Es ist kein Unglück, wenn die Cholmer Frage zur Zufriedenheit der Polen gelöst wird. Weite polnische Kreise wünschen ein Bündnis Polens mit Deutschland. Es ist eine Ehrenpflicht für Deutschland und ein Prüfstein für seine Ehrlichkeit, daß die Völker ihr Selbstbestimmungsrecht auch richtig durchführen können. Das entspricht auch unseren Interessen. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten werden von selbst den Ring enger schließen. Hoffentlich werden die Verträge rasch vom Reichstag erledigt. Gewaltsame Annexionen lehnen wir ab. Militärische Grenzberichtigungen sind ganz etwas anderes. Wenn wir mit dem ganzen Osten den Frieden geschlossen haben, können wir zuversichtlich den Kämpfen im Westen entgegensehen. (Beifall.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Wir stehen dem Friedensvertrag mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Auch wir freuen uns des Friedens im Osten, aber die Art, wie dieser Friede zustande gekommen ist, war kein Verständigungsfriede. Der russische Friede ist ein Gewaltfriede. Das unterlegene Rußland mußte auf Gnade und Ungnade kapitulieren. Freilich hat auch unsere Diplomatie in Brest vor der Militärmacht kapituliert. Dem Zarismus freilich weinen wir keine Träne nach. Aber mit dem russischen Volke wollen wir in Freundschaft leben. Dieser Gewaltfriede kann jedoch keine Freundschaft zur Folge haben. Der Reichskanzler hat es abgelehnt, sich mit dem Urteil des feindlichen Auslands zu beschäftigen. Wie aber urteilt das russische Volk? Maxim Gorki, doch auch ein linksstehender Sozialdemokrat, wirft den Bolschewiki wegen des Brester Friedens Verrat an den Randvölkern, Verrat am russischen Volk vor. Keine russische Regierung ist denkbar, die diesem Vertrag ehrlich, das heißt innerlich zustimmt.

Ein Volksvotum auf breiter Grundlage in den Randstaaten würde Rußland die freundnachbarliche Haltung zu Deutschland später erleichtern. Die Militärverwaltung in Oberost ist eine politische Instanz. Die Funktionäre sind vielfach alldeutsch, die Spitze verschwindet hinter Wolken. Besitzt die Reichsleitung demgegenüber die Macht, ihren Willen durchzusetzen? Nach allen Erfahrungen sind wir da skeptisch. Militärische Sicherungen durch Landerwerb gibt es nicht. Die beste Sicherung sind gute politische Verhältnisse, die Sicherung des polnischen Bestandes nach dem Westen ist die Voraussetzung einer verständigen Polenpolitik.

Der Wille des kurländischer Landesrats ist nicht identisch mit dem Willen des Volkes. Die Balten hatten früher keinen ausgeprägten Selbständigkeitsdrang, wie die Letten und Esten, sie standen im zaristischen Rußland weit rechts und lieferten viele Erzreaktionäre. Die russischen Heere, die Ostpreußen verwüsteten, wurden von baltischen Baronen, wie Rennenkampf und Sievers, geführt. Was in Finnland vorgeht, scheint mir eine Einmischung in innerpolitische Verhältnisse zu sein. Die Rotgardisten, die dort bekämpft werden, sind keine Russen, sondern die Wehrmacht der finnischen Roten Regierung. Andere Darstellungen sind eine grobe Irreführung der öffentlichen Meinung. Daß dort Schandtaten vorkommen, ist erklärlich, weil Bürgerkrieg herrscht. In Berlin ereignen sich ja unter geordneten Zuständen täglich 300 Diebstähle, Einbrüche und Raubanfälle. Ueberall ist das Ergebnis unserer falschen Politik bei den östlichen Völkern eine Verstimmung der Massen. Das ganze Oberostgebiet wird in einen schwelenden Herd der Unzufriedenheit verwandelt. Das deutsche Volk macht diese Gewaltpolitik nicht mit.

Abg. Naumann (Vp.):

Die Kritik an dem Frieden mit Rußland, mag sie berechtigt oder nicht berechtigt sein, vergißt nur zu leicht, was die Beendigung des Krieges im Osten für unser Volk bedeutet. Dieser riesenhafte Ansturm ist abgeschlagen, der Vertrag ist unterschrieben und der Krieg gehört der Historie an. Das ist eines der größten Aktiven, das wir für die Gegenwart buchen können. (Sehr richtig!) In diesem Augenblick gedenken wir unserer treuen Bundesgenossen in Oesterreich und Ungarn, die den ersten Ansturm der gewaltigen russischen Armee aufgefangen haben und wir gedenken auch dankbar der Hilfe der Türken. (Beifall.) Wir unterschätzen bei diesem Rückblick nicht, daß die Sperrung der Dardanellen infolge des Eintritts der Türken in unseren Bund eine der Vorbedingungen war, um zu diesem Ergebnis zu kommen. Wir danken nicht zuletzt der deutschen Armee und ihrer glorreichen Führung, der unendlichen Treue jedes einzelnen Soldaten, den man so gern nur als Objekt der Kriegführung betrachtet und der an seinem Teil ebensogut tragendes Subjekt der Weltgeschichte ist. (Sehr gut!). Die feindliche Macht im Osten, die urkonservative feindliche Macht des russischen Zarismus ist in diesem Kampfe zusammengebrochen, und es hat sich wieder einmal gezeigt, daß Mächte, die glaubten, am festesten zu stehen, den Stoß und die Berührung am wenigsten aushalten konnten. (Sehr gut! links.)

Nach dem Niederbruch des Zarismus hat Herr von Bethmann Hollweg hier erklärt, daß uns jede russische Regierungsform statt des Zarismus in gleicher Weise recht und lieb sein würde. Er und wir ahnten damals wohl nicht, bis zu welch eigentümlicher Regierungsform sich die Russen entwickeln würden. Auch wir glauben, daß der Verlauf der Verhandlungen von Brest-Litowsk in manchen Punkten anders gewesen wäre, wenn unsere Diplomaten für die Gedankengänge des extremen Sozialismus etwas mehr Verständnis gehabt hätten, als sie nach der diplomatischen Schulung haben konnten. Aber deshalb darf man nicht so weit gehen, zu sagen, daß hier kein Verständigungsfriede, sondern ein Gewaltfriede vorliege. Es war eben kein Friedensschluß zwischen zwei Ländern, sondern es war der Friede zwischen einem Länderverband und einer prinzipiellen Idee. (Heiterkeit und sehr gut!) Bei diesen Verhandlungen hatte man viel häufiger den Eindruck, als ob es sich um einen Klub über Weltanschauungsfragen für kommende Generationen handelt. Zwischen diesen Gegensätzen einen Vertrag zustande zu bringen, der auf einer Verständigung beruhte, das war äußerst schwierig. Das darf Dr. David nicht verkennen.

Wenn wir auf Entschädigungen verzichtet haben, so nicht nur wegen der Reichstagsentschließung vom 19. Juli, sondern auch in Anerkennung der Tatsache, daß die Frage, was eigentlich Geld ist, in beiden Ländern ganz verschieden beurteilt wird.

Zwischen diesen beiden Ländern hat man nun vom Weißen Meer bis zum Schwarzen Meer ziemlich willkürlich eine Linie gezogen, eine Linie zwischen West und Ost, eine Linie zwischen Europa und Asien. Ob es eine der großen historischen Grenzen, die Jahrhunderte dauern, sein wird, das können wir heute noch nicht wissen. Jedenfalls ist es eine Grenze von Prinzipien und heute rein praktisch eine Revolutionsgrenze. Westlich von ihr liegen die Länder, die sich vom Bolschewikifieber freihalten wollen.

Eine von den ganz großen Weltmächten, das russische Imperium, ist nun zusammengestürzt. Ob es jemals wiederverstehen wird, das wissen die Götter. Aber das eine sehen wir jetzt, daß überall, wo ein Energiezentrum zusammengebrochen ist, eine Art Vacuum entsteht. Wie anders sieht der Balkan jetzt schon aus, wie anders zeigt sich die Dardanellenfrage, die Donaufrage, die Armenierfrage, Persien, Afghanistan u. s. f. Japan meldet seine Ansprüche schon an, England hat schon heute das Gefühl, daß es diesem leeren Raum gegenüber Aufgaben zu erfüllen hat, und wir unsererseits sollten diesen weltgeschichtlichen Vorgang nicht mitempfinden? Das geht nicht. Aber das kann man nicht mit dem Worte „Annexion" bezeichnen. (Sehr richtig!) Unter Annexionen versteht man im staatlichen Leben das, was man im privaten Leben als Raub bezeichnet, nämlich die Wegnahme einer Ware aus einem Besitztum in ein anderes. Man darf es nicht so hinstellen, als ob wir aus wilder Annexionslust alldeutscher Sorte über die Grenze nach Rußland hineingegangen sind, sondern wir haben an dem Platz der ausgeschalteten Energie im Westen genau so organisatorische Aufgaben zu erfüllen, wie sie im Osten die Japaner zu erfüllen sich verpflichtet fühlen. Objektiver Haß mag im Augenblick auf russischem Boden uns gegenüber bestehen. Ob er sich aber künftig speziell und allein gegen uns richten wird, das ist doch noch sehr die Frage, aber es ist sehr leicht möglich, daß er sich zuletzt nicht gegen den richten wird, der der offene Feind war, als vielmehr gegen den ungetreuen Freund. (Sehr richtig!)

Hinweg mit den Gedanken an Annexionen! Es ist verwunderlich, daß die Parteien, die das Wort vom Nationalstaat fortgesetzt im Munde führen, jetzt am eifrigsten am Werke sind, um uns künstlich durch Beifügung an sich hochachtbarer, aber stammesfremder Elemente zu entnationalisieren. (Sehr gut! links.) Diesen uns stammesfremden Elementen wollen wir zu einer Staatsform verhelfen, die später nicht zu inneren Reibungen führt. Wir wünschen mit ihnen zu einer wirklichen Verständigung zu kommen. Freilich, zu bestimmen, was als eine Verständigung angesprochen werden kann, das ist sehr schwierig. Jedenfalls darf die Methode nicht so sein, daß zuletzt der Stärkere den Schwächeren fragt: Hast du nun verstanden? (Heiterkeit.)

Was Finnland anlangt, so ist Deutschland jetzt am Werke, die finnische Regierung zu stützen, mit der es Frieden geschlossen hat. Dieser Schutz darf aber nicht dem Schutz einer finnischen Partei gleichkommen, sonst liegt der Verdacht nahe, als ob wir auch über den Frieden hinaus Partei zu sein die Absicht haben. Die Uebereinstimmung der Roten Garde in Finnland mit der von uns anerkannten Regierung in der Ukraine und die Geistesverwandtschaft der finnischen Roten Garde mit den sozialistischen Parteien anderer Länder sollte uns doch bedenklich machen, auf Tod und Leben der einen Regierungsform gegen die andere zum Ziel zu verhelfen. (Sehr richtig! links.) Mögen die maßgebenden Stellen es sich noch einmal überlegen, ob nicht unter ihrer autoritativen Führung eine Verständigung der beiden annähernd gleich großen Parteien in Finnland nicht doch möglich ist. Noch bis vor ganz kurzer Zeit hat es in Finnland eine gemischte Regierung gegeben, an der Rote und Weiße pro patria beieinander gesessen haben. Da sollte eine Verständigung doch nicht zu den unmöglichen Dingen gehören.

Aehnlich liegen die Dinge in Estland und Livland. Wir wollen mit allen diesen Ländern im Bündnis leben, aber wir haben keinen Anlaß, bei ihnen Polizeigeschäfte zu verrichten. (Sehr richtig! links.) Anders liegen die Dinge in Kurland, dort grüßen wir die deutschen Blutsgenossen. Nur hat man hier mit der Spitze angefangen, der Unterbau ist noch nicht vorhanden. Der muß aber geschaffen werden, denn das Wort „Selbstbestimmung" hat keinen Zweck, wenn die Selbstbestimmung nur in einem einmaligen, vielleicht nicht unbeeinflußten Wahlakt besteht.

Die Litauer sollen auf Grund einer litauischen Verfassung selbst entscheiden, welche Staatsform sie haben wollen. Litauen will nicht nur Aufmarschgelände für Festungen sein, es ist lebendiges Menschentum. Wir sollen nicht die Okkupation machen, sondern das Bündnis. Die Ueberleitung von der Okkupation zum Bündnis ist jetzt die große Aufgabe. Jetzt muß die militärische Verwaltung sich zurückziehen. Auch bei den Polen brauchen wir den Willen zur Ueberleitung. Die Polen auf deutschem Boden müssen ebenso treu zum Staate stehen wie die Deutschen in Oesterreich und in der Schweiz. Wenn keine Verständigung erfolgt, dann kann der größte General nicht darüber hinweghelfen, daß Polen eine offene Wunde ist. Ein schlechter Friede kann ein Elend ohne gleichen sein. Er kann eine Balkanisierung der ganzen Zwischenschicht bringen.

Der Reichskanzler hat die Selbständigkeit Belgiens als möglich erklärt. Er hat übers Wasser gerufen, er sei zu Vorbesprechungen bereit. Gekommen ist niemand. Nun soll das blutige Handwerk noch einmal angehen. Wir aber tun das Werk der Verteidigung. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich auf Dienstag, 11 Uhr: Anfragen, Weiterberatung, Daimlerangelegenheit.

Schluß 6½ Uhr.

* * *

Das Etats-Notgesetz.

Zu Beginn der Sitzung beriet das Haus über das Gesetz betr. die vorläufige Regelung des Reichshaushalts. Diese vorläufige Regelung ist notwendig, da keine Aussicht besteht, den Reichshaushaltsplan noch vor Ostern zu verabschieden. Durch das Gesetz wird der Bundesrat ermächtigt, die laufenden Ausgaben weiter zu leisten.

Abg. **Haase** (U. Soz.): Wir haben kein Vertrauen zur Regierung, die den Gewaltfrieden mit Rußland beschlossen und die Revolution in der Ukraine und in Finnland niedergesäbelt hat. Wir lehnen das Gesetz daher ab.

Abg. **Scheidemann** (Soz.): Bisher war es Brauch, solche Notgesetze ohne weiteres zu bewilligen. Es liegt kein Anlaß vor, von dieser Gewohnheit abzuweichen. Wir sehen in der Zustimmung zu diesem Gesetz keine Vertrauenskundgebung für die Regierung. Wir wünschen nicht, daß jeder Beamte am 1. April die Regierung verklagt, weil sie ihm das Gehalt nicht bezahlen kann, wenn dieses Gesetz nicht bewilligt wird. Wir sehen keine Veranlassung, bei dieser Gelegenheit eine politische Aussprache vom Zaune zu brechen.

Das Gesetz geht an den Hauptausschuß.

Vossische Zeitung 20./III./1918.

Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

Die Aufzeichnungen des früheren deutschen Botschafters in London, Fürsten Lichnowsky, von denen in dem Hauptblatt unserer heutigen Ausgabe ausführlich die Rede ist, tragen die Ueberschrift: „Die Schuld der deutschen Regierung am Kriege. Meine Londoner Mission 1912-14". Wir beginnen heute mit der auszugsweisen Wiedergabe dieser Denkschrift.

Sie beginnt mit einigen einleitenden Worten über Lichnowskys Berufung zum Botschafter für London. Darin werden die Fähigkeiten seines Vorgängers Baron Marschall herabgesetzt. Er wird mit den Worten „mehr Beamter und Jurist als Diplomat und Staatsmann" abgetan. Die Verärgerung Lichnowskys über seine achtjährige unfreiwillige Untätigkeit blickt aus jeder Zeile hervor. Lichnowsky behauptet, nicht zu wissen, wem er seine Berufung verdanke, keinesfalls dem Kaiser. Er glaubt selbst, daß er nur deshalb gewählt wurde, weil kein anderer Kandidat zur Verfügung stand. Mit Bethmann Hollweg habe er freundschaftlich gestanden, Herr von Kiderlen begegnete ihm sofort mit unverkennbarem Uebelwollen und suchte ihn durch Unhöflichkeit einzuschüchtern.

Fürst Lichnowsky kritisiert nun zunächst die deutsche Marokkopolitik und kennzeichnet sie mit dem Wort eines seiner österreichischen Kollegen, der lange in Paris war: „Wenn die Franzosen anfingen, die Revanche zu vergessen, dann habt ihr sie regelmäßig durch kräftige Tritte daran erinnert." Uebrigens bestätigt Lichnowsky die schon mehrfach behauptete Tatsache, daß Delcassé zunächst versucht habe, sich mit Deutschland über Marokko zu verständigen.

In diesem Abschnitt sagt Lichnowsky noch u. a.: „Unsere Haltung förderte die russisch-japanische und später die russisch-britische Annäherung. Gegenüber der deutschen Gefahr traten alle Gegensätze in den Hintergrund. Die Möglichkeit eines neuen deutsch-französischen Krieges war augenfällig geworden, und ein solcher konnte, anders wie Anno 70, weder Rußland noch England unberührt lassen. Die Wehrlosigkeit des Dreibundes hatte sich bereits in Algeciras gezeigt. . . ."

Der nächste Abschnitt behandelt Sir Edward Greys Programm. Er enthält einleitend folgenden Satz: „Die Mission Haldanes war . . . gescheitert, da wir die Zusage der Neutralität verlangten, anstatt uns mit einem Vertrage zu begnügen, der uns vor britischen Angriffen und vor Angriffen mit britischer Unterstützung sichern sollte."

Ueber Greys Programm sagt Lichnowsky: „Der britische Staatsmann wollte, nachdem sowohl mit Frankreich wie mit Rußland die alten Streitfragen geregelt waren, auch mit uns zu ähnlichen Abmachungen gelangen. Nicht uns zu vereinsamen, sondern uns möglichst zu Teilnehmern an der bestehenden Genossenschaft zu machen, war seine Absicht. Wie es gelang, britisch-französische und britisch-russische Gegensätze zu überbrücken, so wollte er auch die britisch-deutschen möglichst beseitigen und durch ein Netz von Verträgen, zu denen schließlich wohl auch eine Vereinbarung über die leidige Flottenfrage gehört hätte, den Weltfrieden sichern, nachdem unsere frühere Politik zu einer Genossenschaft, der Entente geführt hatte, die eine gegenseitige Versicherung gegen Kriegsgefahr darstellte."

In den folgenden Abschnitten bemängelt Fürst Lichnowsky die deutsche Orient- und Dreibundpolitik. Er sagt u. a.: „Nachdem die Türkei in Europa nicht mehr zu retten war, gab es zwei Möglichkeiten gegenüber der Regelung ihrer Hinterlassenschaft: entweder wir erklärten unser völliges Desinteressement an der Gestaltung der Grenzen auf dem Balkan und überließen die Regelung den Balkanvölkern, oder aber wir unterstützten unsere „Bundesgenossen", trieben Dreibundpolitik im Orient und traten dadurch aus der Rolle des Vermittlers heraus. Ich befürwortete vom Anfang an die erstere Lösung. Das Auswärtige Amt aber vertrat um so entschiedener die letztere."

Lichnowsky bemängelt nun zunächst, daß Deutschland während der Balkankrise 1912-13 in der albanischen Frage den österreichisch-italienischen Standpunkt eines selbständigen Albaniens unterstützt und nicht Albanien zwischen Serbien und Griechenland aufgeteilt habe. Für die Beteiligung Griechenlands sei auch Kaiser Wilhelm aus dynastischen Gründen eingetreten. „Als ich den Monarchen brieflich in dieser Richtung bestärkte, erhielt ich vom Reichskanzler erregte Vorwürfe, ich gelte als „Gegner Oesterreichs", und er müßte sich solche Eingriffe und die direkte Korrespondenz verbitten."

Weiter definiert Lichnowsky seine eigenen Ansichten über deutsche Balkanpolitik: „Wir mußten uns von der verhängnisvollen Ueberlieferung endlich lossagen, Dreibundpolitik auch im Orient zu treiben, und den Irrtum zu erkennen, der darin lag, uns im Süden mit den Türken und im Norden mit den Austro-Magyaren zu identifizieren." Statt dessen habe sich Deutschland den Balkanvölkern gegenüber auf die Seite der türkischen und magyarischen Unterdrücker gestellt. „Der verhängnisvolle Irrtum unserer Dreibund- und Orientpolitik, die Rußland, unseren naturgemäßen besten Freund und Nachbar, in die Arme Frankreichs und Englands gedrängt und von der asiatischen Ausbreitungspolitik abgedrängt hatte, war um so augenfälliger, als ein russisch-französischer Ueberfall, die einzige Hypothese, die eine Dreibundpolitik rechtfertigte, aus unserer Berechnung ausscheiden konnte."

Fürst Lichnowsky versucht dann nachzuweisen, daß das Bündnis Deutschlands sowohl mit Italien, wie insbesondere auch mit Oesterreich wertlos gewesen sei. Was Oesterreich betrifft, schon deshalb, weil dieses ohnehin von Deutschland abhängig sei. Eine Rückkehr Oesterreichs zur großdeutschen Politik sei nicht zu fürchten gewesen. „Unsere Interessen aber würden durch einen staatsrechtlichen Anschluß Oesterreichs, das auch ohne Galizien und Dalmatien nur etwa zur Hälfte von Germanen bewohnt ist, also etwa ein großes Belgien darstellt, ebenso leiden, wie andererseits durch Unterordnung unserer Politik unter Wiener und Pester Gesichtspunkte . . . Wir brauchten daher keine Rücksichten auf die Wünsche unserer „Bundesgenossen" zu nehmen, sie waren nicht nur unnötig, sondern auch gefährlich, weil sie zum Zusammenstoß mit Rußland führten, wenn wir orientalische Fragen durch österreichische Brillen betrachteten . . . König Carol hat zu einem unserer Vertreter gesagt, er habe das Bündnis mit uns unter der Voraussetzung geschlossen, daß wir die Führung behielten, ginge diese aber an Oesterreich über, so ändere das die Grundlage des Verhältnisses, und er werde unter solchen Umständen nicht weiter mitmachen können."

Lichnowsky erzählt dann einiges von der Londoner Botschafterkonferenz 1912/13. Ueber Greys Haltung sagt er: „Er wollte als „ehrlicher Makler" lediglich zwischen den beiden Gruppen vermitteln und Schwierigkeiten beilegen. Er stellte sich daher keineswegs auf Seite der Ententegenossen und hat während der Dauer der etwa achtmonatigen Verhandlungen durch guten Willen und seinen maßgebenden Einfluß nicht unwesentlich zur Einigung beigetragen. Statt daß wir eine der englischen analoge Haltung einnahmen, vertraten wir ohne Ausnahme den Standpunkt, der uns von Wien aus vorgeschrieben wurde. Graf Mensdorff führte den Dreibund in London, ich war sein „Sekundant" . . . Bei allen Anlässen . . . stellten wir uns auf den Standpunkt Oesterreichs und Italiens, während Sir Edward Grey fast niemals den französischen oder den russischen unterstützte. Er trat vielmehr meist für unsere Gruppe ein, um keinen Vorwand zu schaffen, wie ihn später ein toter Erzherzog liefern sollte. So gelang es mit seiner Hilfe, den König Nikita aus Skutari wieder herauszulocken. Schon über diese Frage wäre es sonst zum Weltkrieg gekommen, da wir sicher nicht gewagt hätten, „unseren Bundesgenossen" zur Nachgiebigkeit zu veranlassen . . . Rußland hatte überall vor uns zurückweichen müssen, da es niemals in der Lage war, den serbischen Wünschen Erfolg zu verschaffen . . . Der Verlauf der Konferenz war daher eine neue Demütigung für das russische Selbstbewußtsein. Wie 1878 und 1908, hatten wir uns dem russischen Programm entgegengestellt, ohne daß deutsche Interessen im Spiele waren." Der damalige russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, den Fürst Lichnowsky sehr lobt, habe einmal auf die Frage Lichnowskys, ob die russische Stimmung sehr anti-deutsch sei, geantwortet: „Es gibt auch sehr starke und einflußreiche pro-deutsche Kreise, man ist aber allgemein anti-österreichisch!"

Der Abschnitt der Denkschrift über den zweiten Balkankrieg sei hier wörtlich wiedergegeben: „Die Niederlagen Bulgariens im zweiten Balkankriege, der Sieg Serbiens sowie der rumänische Einmarsch bedeuteten natürlich für Oesterreich eine Blamage. Der Gedanke, diese durch einen Waffengang gegen Serbien auszugleichen, scheint bald in Wien Eingang gefunden zu haben. Die italienischen Enthüllungen beweisen es, und es ist anzunehmen, daß Marquis San Giuliano, der den Plan als ein „äußerst gefährliches Abenteuer" sehr treffend kennzeichnete, uns davor bewahrt hat, schon im Sommer 1913 in einen Weltkrieg verwickelt zu werden. Bei der Vertrautheit der russisch-italienischen Beziehungen wird die Wiener Anregung auch wohl in Petersburg bekannt geworden sein. Jedenfalls hat Herr Sasonow in Konstanza, wie Herr Take Jonescu mir erzählt, offen gesagt, daß ein Angriff Oesterreichs auf Serbien für Rußland den Kriegsfall bedeute.

Als einer meiner Herren im Frühjahr 1914 vom Urlaub aus Wien zurückkehrte, erzählte er, Herr von Tschirschky erklärte, es gäbe bald Krieg. Da ich aber über wichtige Vorgänge stets in Unkenntnis gelassen wurde, hielt ich diesen Pessimismus für unbegründet. Seit dem Bukarester Frieden scheint tatsächlich in Wien die Absicht bestanden zu haben, eine Revision dieses Vertrages auf eigene Faust durchzuführen, und man wartete anscheinend nur auf einen günstigen Anlaß. Auf unsere Unterstützung konnten die Wiener Staatsmänner selbstverständlich rechnen. Das wußten sie, denn es war ihnen schon wiederholt „Schlappheit" vorgeworfen worden. Man drängte in Berlin sogar auf eine „Rehabilitierung" Oesterreichs.

Dieser Auszug wird fortgesetzt.

* * *

Der sogenannte Brief des Direktors Mühlon, der im Hauptausschuß ebenfalls erwähnt wurde, bezieht sich auf angebliche Aeußerungen Dr. Helfferichs, von denen er dem Chef der Firma Krupp, Herrn Krupp von Bohlen und Halbach, Mitteilungen gemacht habe. Dieser habe ihm bestätigt: „Die Lage sei in der Tat ernst, der Kaiser habe ihm erklärt, er werde sofort den Krieg erklären, wenn Rußland mobil mache. Diesmal würde man sehen, daß er nicht umfalle. Die wiederholte kaiserliche Betonung, in diesem Fall werde ihm kein Mensch wieder Unschlüssigkeit vorwerfen können, habe auf ihn zuerst sogar komisch gewirkt."

Weiter wird in dem „Brief" gesagt: „Genau an dem von Helfferich bezeichneten Tage erschien dann auch das Ultimatum Wiens an Serbien. Ich war in dieser Zeit wieder in Berlin und äußerte mich gegenüber Helfferich, daß ich Ton und Inhalt des Ultimatums geradezu ungeheuerlich fände. Dr. Helfferich aber meinte, das klinge nur in deutscher Uebersetzung so. Er habe das Ultimatum in französischer Sprache zu sehen bekommen, und da könne man es keineswegs als übertrieben empfinden. Bei dieser Gelegenheit sagte mir Helfferich auch, daß der Kaiser nur zum Schein auf die Nordlandsreise gegangen sei, ihr keineswegs die übliche Ausdehnung gegeben habe, sondern sich in jederzeit erreichbarer Nähe und in ständiger Verbindung halte. Nun müsse man sehen, was komme. Hoffentlich handelten die Oesterreicher, die auf eine Annahme des Ultimatums natürlich nicht rechneten, rasch, bevor die anderen Mächte Zeit fänden, sich hineinzumischen. Die Deutsche Bank habe ihre Vorkehrungen schon getroffen, daß sie auf alle Eventualitäten gerüstet sei. So habe sie das einlaufende Gold nicht mehr in den Verkehr zurückgegeben. Das lasse sich ganz unauffällig einrichten, und mache Tag für Tag schon bedeutende Beträge aus."

Nr. Morgen-Ausgabe Berlin Dienstag, 20. März 19 [illegible]

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Vossische Zeitung" erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf. Teuerungszuschlag 20 %. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Der Reichstag und die geheimen Denkschriften.

Fürst Lichnowskys Schrift.

Der Hauptausschuß des Reichstages hat sich am letzten Sonnabend mit einer der sonderbarsten Veröffentlichungen beschäftigt, die auf deutscher Seite im Laufe des Krieges zu verzeichnen gewesen sind. Wir geben nachstehend den amtlichen Bericht des Ausschusses wieder, möchten aber doch als Einleitung ein paar Worte zum besseren Verständnis für unsere Leser vorausschicken.

Bis zum Kriegsausbruch war Deutschlands Botschafter in London Fürst Lichnowsky, der sich lebhaft um die deutsch-englische Verständigung bemühte. Im Sommer 1914 glaubte er, gemeinsam mit Asquith und Sir Edward Grey die Formel für eine solche Verständigung gefunden zu haben. Der Krieg brachte ihn aus seinen Träumen zu schmerzlichem Erwachen. Als ein gebrochener Mann kam der Fürst nach Berlin. Und er fand hier eine sehr feindselige Stimmung gegen sich vor. Man beschuldigte ihn in den weitesten Kreisen, daß er durch seine verblendete Engländerfreundschaft falsch nach Berlin berichtet und daher zu einm Teil den Krieg auf dem Gewissen habe. Fürst Lichnowsky hatte den Eindruck, daß persönliche Feinde im Auswärtigen Amt die Stimmung gegen ihn schürten und empfand sofort nach seiner Rückkehr das lebhafte Bedürfnis, sich namentlich gegen die Beschuldigung zu wehren, daß seine Berichte jemals einen Zweifel an dem Ernst der Lage und an der Haltung der englischen Regierung für den Fall hätten aufkommen lassen, daß Frankreich in den Krieg hineingezogen werde. Der Botschafter erhob damals in ziemlich bestimmter Form gegen deutlich bezeichnete Persönlichkeiten den Vorwurf, daß Berichte von ihm nicht an die leitenden Stellen weitergegeben worden seien.

Im Laufe der ersten Zeit des Krieges wuchs die Nervosität des Botschafters weiter, und er glaubte es seiner Selbstverteidigung schuldig zu sein, seine Gedanken über den Kriegsbeginn und über die letzten Vorgänge in London schriftlich niederzulegen. Der Fürst hat in dem Brief an den Reichskanzler Grafen Hertling, den unsere Leser im amtlichen Ausschußbericht finden, erklärt, daß er diese Niederschrift zunächst nur für sein Familien-Archiv gemacht und deren Inhalt dann ganz wenigen vertrauten Freunden zur Kenntnis gebracht habe. Allein der Fürst scheint sich diese Freunde sehr schlecht ausgesucht zu haben. Denn die Denkschrift war kaum niedergeschrieben, da kannten ihren Inhalt bereits auffällig viele Menschen, bis auf die kleinsten Einzelheiten. In den vielen Konventikeln, die unter der Aera Bethmann Hollweg ihr Unwesen trieben, wurde der Inhalt der Denkschrift lebhaft besprochen. Eine besondere Rolle spielte dabei der Bund Neues Vaterland und die ihm nahestehenden Kreise, die sich aus jenen Pazifisten zusammensetzten, für die Deutschlands Schuld am Kriege feststand.

Gegen Ende des Jahres 1914 und etwa Anfang 1916 liefen in Berlin eine Reihe von Leuten herum, die sich sehr diplomatisch gebärdeten, geheimnisvolle Andeutungen machten und vorgaben, den Weltgeschehnissen näher zu stehen als gewöhnliche Sterbliche. Wenn man der Erkenntnisquelle dieser geheimnisvollen Winkeldiplomaten nachging, so stieß man immer auf die Lichnowskysche Denkschrift, deren Inhalt allmählich zu einem Geheimnis des Polichinell geworden war.

Wir wunderten uns lange, daß das Ausland von diesen merkwürdigen Denkwürdigkeiten so lange keine Kenntnis genommen hatte. Es stand seit Jahren zu erwarten, daß die ausländische Presse sich diesen fetten Happen gut munden lassen würde. Vor etwa Jahresfrist hatte ein nervenkranker Offizier, der in den Besitz einer Abschrift gekommen war, eine ganze Reihe von Abschriften machen lassen und diese an alle möglichen politisch interessierten Persönlichkeiten verschickt. Von dort hat irgend ein spekulativer Mann eine Abschrift ergattert und sie durch den Druck vervielfältigen lassen. Auf diese Weise ist sie ins Ausland gekommen, und ein schwedisches Blatt hat vor kurzem mit der Veröffentlichung der Denkschrift begonnen.

Das Drum und Dran und der Inhalt dieser Denkschrift beschäftigte nun am letzten Sonnabend den Reichstagsausschuß. Ganz mit Recht wurde in der Debatte ihr Inhalt als der Ausfluß persönlichen Kränkungsgefühles hingestellt, das schließlich den Fürsten Lichnowsky jeden Maßstab dafür verlieren ließ, was man im Falle der Gefahr des Vaterlandes zu tun und zu unterlassen hat.

Aber das kann doch über die Tatsache nicht hinweghelfen, daß der Schaden, der nun angerichtet ist, kaum wieder gutgemacht werden kann. Der Unterstaatssekretär v. d. Busche hat im Ausschuß ausführlich dargelegt, weshalb man von einer Strafverfolgung des Fürsten abgesehen habe. Es mag tatsächlich zweifelhaft sein, wie das Ergebnis einer Strafverfolgung schließlich ausgefallen wäre. Nicht zweifelhaft dagegen ist es uns, daß um irgend einen beliebigen Staatsbürger, der ähnliche Schriften in Umlauf gesetzt hätte, die Staatsanwaltschaft sich etwas lebhafter bemüht hätte. Es steht jedenfalls fest, daß die Wirkung, die die Denkschrift üben muß, und wohl auch schon geübt hat, durchaus nicht schlimmer hätte sein können, wenn auf ihren Verfasser die Voraussetzungen der Strafparagraphen über Landesverrat anwendbar wären. Dieser Pfeil trifft, auch wenn der Autor ihn nicht abschießen wollte, sein eigenes Volk.

Einzelne Behauptungen der Denkschrift sind bereits im Hauptausschuß widerlegt worden. Aber solche Widerlegungen einzelner Punkte nützen hier nicht allzu viel. Denn die Ausführungen Lichnowskys fußen auf zwei Voraussetzungen: auf dem Glauben an die Möglichkeit einer deutsch-englischen Freundschaft vor dem Kriege, die England selbst lebhaft gewünscht haben soll, und auf der völligen Verfehltheit der deutschen Bündnispolitik, namentlich der Stellung des Deutschen Reiches zu Oesterreich-Ungarn und der falschen Gesamtorientierung der deutschen Auslandspolitik vor dem Kriege. Was über die Rolle Englands in der Vorbereitung des Weltkrieges zu sagen war, ist in der „Vossischen Zeitung" so oft gesagt worden, daß es hier heute wohl nicht wiederholt zu werden braucht. Wie gründlich der Fürst Lichnowsky von den Engländer über ihre wahren Absichten getäuscht worden ist, hat niemand besser und sarkastischer dargelegt als der Engländer Bernhard Shaw. Er — obgleich Ire und Sozialist, ein begeisterter Anhänger der englischen imperialistischen Idee — hat in einem glänzenden Aufsatz geschildert, wie der englische Löwe zu seinem letzten Sprung ausgeholt hat, um seinem mächtigen Konkurrenten Deutschland die Pranken ins Fleisch zu graben. Bernhard Shaw macht sich über die Einfalt des Fürsten Lichnowsky in einer Weise lustig, wie es eben nur Bernhard Shaw kann.

Eine viel ernstere Sache ist die Anschuldigung des Fürsten Lichnowsky gegen die deutsche Bündnispolitik und besonders gegen die deutsche politische Gesamthaltung vor dem Kriege. Um sich mit ihr auseinanderzusetzen, müßte man Dinge berühren und ganz ausführlich behandeln, deren Erörterung im Kriege sich einfach verbietet. Wir sehen deshalb von solcher Erörterung ab. Aber wir halten uns anderseits doch für verpflichtet, unseren Lesern in einem ausführlichen Auszuge die Lichnowskysche Denkschrift zur Kenntnis zu bringen, weil es nicht gut angeht, ein Schriftstück, das heute bereits vielen Tausenden in Deutschland bekannt ist, und das ja nun auch wahrscheinlich die Auslandspresse in ausführlichem Maße beschäftigen wird, deutschen Lesern vorenthalten zu sollen.

Wir beginnen mit dem Abdruck dieses Auszuges in der zweiten Beilage der heutigen Nummer.

Bhd.

Die Verhandlungen im Hauptausschuß.

Am 16. März fand im Hauptausschuß des Reichstages eine Sitzung statt, die sich mit zwei in letzter Zeit auffällig in Deutschland verbreiteten Schriftstücken befaßte, welche sich gegen die Politik der Regierung kurz vor Ausbruch des Krieges richteten.

Vizekanzler v. Payer

gab einleitend folgende Darlegungen:

Es handele sich in erster Linie um eine Denkschrift des Fürsten Lichnowsky vom 14. August 1916, der von 1912 bis 1914 das Deutsche Reich in London vertreten habe. Sie sei datiert vom 1. August 1916 und beziehe sich auf unsere Auslandspolitik seit der Zeit des Fürsten Bismarck, die der Fürst im Zusammenhang mit einer Schilderung seiner Londoner Tätigkeit niedergeschrieben habe. Ueber ihre Entstehung und Veröffentlichung habe er sich selbst am 5. d. M. dem Herrn Reichskanzler gegenüber folgendermaßen geäußert:

Euerer Exzellenz

ist es bekannt, daß rein private Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1916 niederschrieb, durch einen unerhörten Vertrauensbruch den Weg in weitere Kreise gefunden haben. Zur Erläuterung der Angelegenheit darf ich nachstehendes berichten:

Es handelt sich im wesentlichen um subjektive Betrachtungen über unsere gesamte Auslandspolitik seit dem Berliner Kongresse. Ich erblickte in der seitherigen Abkehr von Rußland und in der Ausdehnung der Bündnispolitik auf orientalische Fragen die eigentlichen Wurzeln des Weltkrieges. Daran anschließend unterzog ich auch unsere Marokko- und Flottenpolitik einer kurzen Beleuchtung.

Meine Londoner Mission konnte hierbei naturgemäß um so weniger unberücksichtigt bleiben, als ich das Bedürfnis empfand, der Zukunft gegenüber und zu meiner eigenen Rechtfertigung die Einzelheiten meiner dortigen Erlebnisse und Eindrücke zu notieren, ehe sie meiner Erinnerung entschwanden.

Diese gewissermaßen nur für das Familienarchiv bestimmten Aufzeichnungen, die ich ohne Aktenmaterial oder Notizen aus der Zeit meiner amtlichen Tätigkeit aus dem Gedächtnisse niederschrieb, glaubte ich einigen ganz wenigen politischen Freunden, zu deren Urteil ich das gleiche Vertrauen besaß wie zu ihrer Zuverlässigkeit, gegen die Zusicherung unbedingter Verschwiegenheit zeigen zu können.

Leider hat einer dieser Herren ohne mein Wissen einem in der politischen Abteilung des Generalstabes angestellten und mir unbekannten Offizier, der sich für die einschlägigen Fragen lebhaft interessierte, meine Schrift zu lesen gegeben. In völliger Verkennung der Tragweite seines Schrittes hat letzterer die Schrift vervielfältigt und an eine Reihe mir meist unbekannter Persönlichkeiten verschickt.

Als ich den Unfug erfuhr, war es leider schon zu spät, um alle ausgegebenen Exemplare restlos einziehen zu können. Ich habe mich dem damaligen Reichskanzler, Herrn Dr. Michaelis, daraufhin zur Verfügung gestellt und ihm mein tiefstes Bedauern über die ganze peinliche Angelegenheit zu erkennen gegeben. In steter Fühlung mit dem Auswärtigen Amt bin ich seither bestrebt gewesen, der weiteren Verbreitung meiner Betrachtungen möglichst entgegenzuwirken, leider ohne den gewünschten Erfolg.

Euere Exzellenz wollen mir gestatten, mein bereits mündlich vorgebrachtes lebhaftes Bedauern über den höchst ärgerlichen Vorfall noch in dieser Form zu erneuern.

In aufrichtiger Verehrung

Euerer Exzellenz ganz gehorsamer

gez. Lichnowsky.

Seiner Exzellenz dem Reichskanzler
Herrn Grafen von Hertling."

Mittlerweile habe der Fürst sein Abschiedsgesuch eingereicht und bewilligt erhalten, und da ihm zweifellos keine böse Absicht vorgelegen habe, sondern es sich mehr um eine Unvorsichtigkeit ge-

Es braust ein Ruf wie Donnerhall

durch alle deutschen Lande! Von heute an gibt es nur einen Willen, eine Pflicht:

Kriegsanleihe zeichnen!

Die Denkschrift Lichnowskys.

::: Berlin, 19. März. (Priv.-Tel.) Das Tageblatt bringt aus der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky große Auszüge, von denen namentlich die folgenden Stellen Oesterreich betreffen: „Ende Juni 1914 begab ich mich," so schreibt der Fürst, „auf allerhöchsten Befehl nach Kiel. An Bord des ‚Meteor' erfuhren wir den Tod des Erzherzogs Franz Ferdinand. Der Kaiser bedauerte, daß dadurch seine Bemühungen, den hohen Herrn für seine Ideen zu gewinnen, vergeblich wären. Ob der Plan einer aktiven Politik gegen Serbien schon in Konopischt festgelegt wurde, konnte ich nicht wissen; da ich über Wiener Ansichten und Vorgänge nicht unterrichtet war, maß ich den Ereignissen keine weitgehende Bedeutung bei.

In Berlin beklagten sich Bethmann Hollweg und Zimmermann mir gegenüber über russische Rüstungen. Ich suchte sie zu beruhigen und betonte, daß Rußland kein Interesse habe, uns anzugreifen, und daß ein solcher Angriff auch niemals die englisch-französische Unterstützung finden würde, weil beide Länder den Frieden wollten. Daß General v. Moltke zum Kriege drängte, wurde mir natürlich nicht gesagt. Ich erfuhr aber, daß Herr v. Tschirschky einen Verweis erhielt, weil er berichtete, er habe in Wien Serbien gegenüber zur Mäßigung geraten.

Auf meiner Rückreise nach London hielt ich mich einige Tage in Berlin auf und hörte, daß Oesterreich beabsichtige, gegen Serbien vorzugehen. Leider unterschätzte ich die Tragweite dieser Nachricht. Heute bedaure ich, nicht in Berlin geblieben zu sein und sogleich erklärt zu haben, daß ich eine derartige Politik nicht mitmache. Nachträglich erfuhr ich, daß bei der entscheidenden Besprechung in Potsdam am 5. Juli die Wiener Anträge die unbedingte Zustimmung aller maßgebenden Persönlichkeiten fanden, und zwar mit dem Zusatz, es werde auch nicht schaden, wenn daraus ein Krieg mit Rußland entstehen sollte.

[redacted]

Ich bekam die Weisung, darauf hinzuwirken, daß die englische Presse eine freundliche Haltung annehme, wenn Oesterreich der großserbischen Bewegung den Todesstoß versetze. Alles in England sprach aber so sehr gegen den Krieg, daß ich mich veranlaßt sah, dringend zu warnen. Ich warnte aber auch vor dem ganzen Projekt, das ich als abenteuerlich und gefährlich bezeichnete, und riet den Oesterreichern Mäßigkeit an, da ich nicht an die Lokalisierung des Konflikts glaubte.

Herr v. Jagow antwortete mir, etwas Gepolter würde es wohl geben, aber je fester wir zu Oesterreich stünden, um so mehr würde Rußland zurückweichen. Oesterreich beschuldige uns schon der Flaumacherei, und so dürften wir nicht kneifen. Die Stimmung in Rußland werde einerseits immer deutschfeindlicher, und da müßten wir es eben riskieren.

Als das österreichische Ultimatum erschien, waren alle Organe mit Ausnahme des stets notleidenden und von den österreichischen Agenten bezahlten Standard einig in der Verurteilung. Die ganze Welt, außer in Wien und Berlin, begriff, daß es einen Krieg, und zwar einen Weltkrieg, bedeute. Die britische Flotte, die zufällig zu einer Flottenschau versammelt war, wurde nicht demobilisiert. Ich drängte auf eine möglichst entgegenkommende Antwort an Serbien, da die Haltung der russischen Regierung keinen Zweifel mehr an dem Ernst der Lage ließ. Die serbische Antwort entsprach den britischen Bemühungen, denn tatsächlich hatte Paschitsch alle Forderungen angenommen bis auf zwei Punkte, über die er sich bereit erklärte, zu unterhandeln. Wollten England und Rußland den Krieg, um uns zu überfallen, so genügte ein Wink nach Belgrad, und die unerhörte Note blieb unbeantwortet. Grey ging die serbische Antwort mit mir durch und wies auf die entgegenkommende Haltung der Regierung in Belgrad hin. Wir berieten dann einen Vermittlungsvorschlag, der eine beiden Teilen annehmbare Lösung dieser beiden Punkte vereinbaren sollte. Unter seinem Vorsitz sollten Cambon, Marquis Imperiali und ich zusammentreten, und es wäre leicht möglich gewesen, eine annehmbare Form für die strittigen Punkte zu finden, die im wesentlichen die Mitwirkung der k. und k. Beamten bei den Belgrader Untersuchungen betrafen. In einer oder zwei Sitzungen wäre alles bei gutem Willen zu erledigen gewesen; schon die bloße Annahme des englischen Vorschlages hätte eine Entspannung bewirkt und unsere Beziehungen zu England verbessert. Ich befürwortete ihn daher dringend, da sonst der Weltkrieg bevorstehe, bei dem wir alles zu verlieren und nichts zu gewinnen hätten. Umsonst, es sei gegen die Würde Oesterreichs, hieß es, und wir wollten uns in die serbische Sache nicht einmischen. Wir überließen das unserem Bundesgenossen.

Es hätte natürlich nur eines Winkes nach Wien bedurft, um den Grafen Berchtold zu bestimmen, sich mit einem diplomatischen Erfolg zu begnügen und sich mit der serbischen Antwort zu beruhigen. Dieser Wink ist nicht ergangen. Im Gegenteil, es wurde zum Kriege gedrängt! Der Eindruck befestigte sich bei mir immer mehr, daß wir den Krieg unter allen Umständen wollten. Anders wäre unsere Haltung in einer Frage, die uns doch direkt nichts anging, nicht zu verstehen.

Die inständigen Bitten und bestimmten Erklärungen Sasonows, später die geradezu demütige Telegramme des Zaren, die wiederholten Vorschläge Greys, darauf die des Marquis San Giuliano und des Herrn Bolatti und meine dringenden Ratschläge, alle haben nichts genützt! In Berlin blieb man dabei, Serbien müsse massakriert werden.

Die Ereignisse überstürzten sich bald darauf. Als endlich Graf Berchtold, der bis dahin auf Berliner Weisungen den starken Mann spielte, sich einzulenken entschlossen hatte, beantworteten wir die russische Mobilmachung, nachdem Rußland eine ganze Woche vergeblich unterhandelt und gewartet hatte, mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung. Wir haben, wie aus allen amtlichen Veröffentlichungen hervorgeht, und auch durch unser Weißbuch nicht widerlegt wird, das durch seine Dürftigkeit und Lückenhaftigkeit eine schwere Selbstanklage darstellt, erstens den Grafen Berchtold ermutigt, Serbien anzugreifen, obwohl keine deutschen Interessen vorlagen und die Gefahr eines Weltkrieges uns bewußt sein mußte. Ob wir den Wortlaut des Ultimatums gekannt haben, ist völlig gleichgültig. Zweitens, in den Tagen zwischen dem 23. und 30. Juli 1914, als Sasonow mit Nachdruck erklärte, einen Angriff auf Serbien nicht dulden zu können, die britischen Vermittlungsvorschläge abgelehnt, obwohl Serbien unter russischem und britischem Druck nahezu das ganze Ultimatum angenommen hatte und obwohl eine Einigung über die beiden fraglichen Punkte leicht zu erreichen und Graf Berchtold sogar bereit war, sich mit der serbischen Antwort zu begnügen. Drittens, am 30. Juli, als Graf Berchtold einlenken wollte, wurde, ohne daß Oesterreich angegriffen worden war, auf die bloße Mobilmachung Rußlands hin, ein Ultimatum nach Petersburg geschickt und der Krieg an Rußland erklärt, obwohl der Zar sein Wort verpfändete, solange noch unterhandelt werde, keinen Mann marschieren zu lassen. Wir haben also die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung geflissentlich vernichtet. Es ist nicht zu verwundern, wenn angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen, Deutschland die gesamte Kulturwelt außerhalb seiner Grenzen die alleinige Schuld am Weltkriege beilegt."

Payer über Lichnowsky.

Erklärungen des Vizekanzlers.

KB Berlin, 19. März. Am 16. d. fand im Hauptausschuß des Reichstages eine Sitzung statt, die sich mit zwei in der letzten Zeit auffällig in Deutschland verbreiteten Schriftstücken, in erster Linie mit der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky vom 14. August 1916, befaßte, die gegen die Politik der Regierung kurz vor Ausbruch des Krieges gerichtet sind.

Bei Eröffnung der Debatte führte der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer aus, über die Veröffentlichung der Denkschrift habe Fürst Lichnowsky sich selbst am 15. d. dem Reichskanzler gegenüber folgendermaßen geäußert:

Fürst Lichnowsky über die Veröffentlichung.

„Eurer Exzellenz ist bekannt, daß rein private Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1916 niederschrieb, durch einen unerhörten Vertrauensbruch den Weg in weitere Kreise gefunden haben. Es handelt sich im wesentlichen um subjektive Betrachtungen über unsere gesamte Auslandspolitik seit dem Berliner Kongreß. Ich erblickte in der seitherigen Abkehr von Rußland und in der Ausdehnung der Bündnispolitik auf orientalische Fragen die eigentlichen Wurzeln des Weltkrieges. Daran anschließend unterzog ich auch unsere Marokko- und Flottenpolitik einer kurzen Beleuchtung. Meine Londoner Mission konnte hierbei naturgemäß um so weniger unberücksichtigt bleiben, als ich das Bedürfnis empfand, der Zukunft gegenüber und zu meiner eigenen Rechtfertigung Einzelheiten meiner dortigen Erlebnisse und Eindrücke zu notieren, ehe sie meiner Erinnerung entschwanden. Diese gewissermaßen nur für das Familienarchiv bestimmten Aufzeichnungen, die ich ohne Aktenmaterial oder Notizen aus der Zeit meiner amtlichen Tätigkeit aus dem Gedächtnis niederschrieb, glaubte ich einigen ganz wenigen politischen Freunden, zu deren Urteil ich das gleiche Vertrauen besaß wie zu ihrer Zuverlässigkeit, gegen Zusicherung unbedingter Verschwiegenheit zeigen zu können.

Leider hat einer dieser Herren ohne mein Wissen einem in der politischen Abteilung des Generalstabes angestellten und mir unbekannten Offizier, der sich für die einschlägigen Fragen lebhaft interessierte, meine Schrift zu lesen gegeben. In völliger Verkennung der Tragweite seines Schrittes hat letzterer die Schrift vervielfältigt und an eine Reihe mir meist unbekannter Persönlichkeiten verschickt. Als ich den Unfug erfuhr, war es leider schon zu spät, um alle ausgegebenen Exemplare restlos einziehen zu können. Ich habe mich dem damaligen Reichskanzler Herrn Dr. Michaelis daraufhin zur Verfügung gestellt und ihm mein tiefstes Bedauern über die ganze peinliche Angelegenheit zu erkennen gegeben. In steter Fühlung mit dem Auswärtigen Amt bin ich seither bestrebt gewesen, der weiteren Verbreitung meiner Betrachtungen möglichst entgegenzuwirken, leider ohne den gewünschten Erfolg. Eure Exzellenz wollen mir gestatten, mein bereits mündlich vorgebrachtes lebhaftes Bedauern über den höchst ärgerlichen Vorfall noch in dieser Form zu erneuern. In aufrichtiger Verehrung Eurer Exzellenz ganz gehorsamer Lichnowsky."

Die Motive des Fürsten.

Mittlerweile habe der Fürst sein Abschiedsgesuch eingereicht und bewilligt erhalten, und da ihm zweifellos keine böse Absicht vorgelegen habe, sondern es sich mehr um eine Unvorsichtigkeit gehandelt habe, habe man davon abgesehen, weiter gegen den Fürsten vorzugehen. Wohl aber müsse gegen einzelne seiner Darstellungen und Behauptungen auch im Hauptausschuß Widerspruch erhoben werden. Das gelte namentlich von den Behauptungen über die politischen Vorgänge in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges. Diese Vorgänge seien dem Fürsten aus eigener Wissenschaft nicht bekannt. Es seien ihm anscheinend von dritter, falsch unterrichteter Seite unzutreffende Informationen zugegangen, welche Möglichkeit der Fürst auch selbst zugegeben habe. Als Schlüssel für die Irrtümer und die Fehlschlüsse der Denkschrift sei vielleicht auch noch die auffällige Ueberschätzung der eigenen Verdienste durch den Fürsten heranzuziehen, die von einem förmlichen Haß gegen diejenigen begleitet sei, die seine Leistungen nicht so anerkennen, wie er es erwarte. An mehr als einer Stelle deute er an, daß für diese in erster Linie für ihre Entscheidung nicht sachliche Erwägungen maßgebend gewesen seien, sondern die Frage, ob ihre Stellungnahme ihm nützen oder schaden, angenehm oder unangenehm sein könnte.

Uebereinstimmend mit diesem Zuge ziehe sich durch die ganze Denkschrift hindurch eine auffällige Verehrung für die fremden Diplomaten, namentlich die englischen, die wahrhaft liebevoll geschildert würden, und im Gegensatz dazu eine ebenso auffällige Gereiztheit gegen fast sämtliche deutsche Staatsmänner. Das Resultat sei gewesen, daß der Fürst in nicht seltenen Fällen gerade die eifrigsten Gegner Deutschlands als dessen beste Freunde angesehen habe, weil sie sich mit ihm persönlich gut gestellt hätten. Bei einer solchen Verkennung der Menschen sei es kein Wunder, daß der Fürst bei seiner Darstellung zu falschen Schlüssen gekommen sei. So gebe er selbst zu, daß er der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst keine weitergehende Bedeutung beigemessen und es übel vermerkt habe, daß man in Berlin die Lage anders beurteilt habe. Schon dieser Irrtum allein mache es erklärlich, daß der Fürst kein ungetrübtes Verständnis für die folgenden Ereignisse und deren Bewertung gehabt habe.

Im einzelnen gehe aus der Denkschrift hervor, daß der Fürst schon im Sommer 1914, wie bei Abfassung der Denkschrift die Ansicht vertreten habe, daß trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Friede hätte von der deutschen Regierung durch Einwirkung auf Oesterreich-Ungarn aufrechterhalten werden können, wenn sie nur die Friedensliebe Englands genügend ausgenützt hätte. Von Rußland wäre, wenn dies geschehen wäre, ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. Wie falsch eine solche Politik gewesen wäre, sei jetzt durch die Aufklärungen des Suchomlinow-Prozesses überzeugend festgestellt.

Die angeblichen Tatsachen, auf die der Fürst sich zur Rechtfertigung seiner Politik berufe, ständen im einzelnen vielfach in direktem Widerspruch mit der objektiv festzustellenden Wahrheit. Redner führte dies im einzelnen aus, so bezüglich der Behauptung des Fürsten, daß Generaloberst v. Moltke zum Kriege gedrängt habe, bezüglich des am 5. Juli 1914 in Potsdam abgehaltenen Kronrates und der Versendung eines österreichischen Protokolls über den angeblichen Kronrat an den Grafen Mensdorff nach London, in welchem Protokoll der Zusatz enthalten sei, es werde nicht schaden, wenn auch daraus ein Krieg mit Rußland entstehe. Diese sämtlichen Behauptungen seien nachweisbar falsch, ebenso die Behauptung, daß der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Juli 1914 in Wien gewesen sei, wie die Behauptung, Graf Pourtalès habe berichtet, Rußland werde sich unter keinen Umständen rühren. Wie unbegründet die Klagen des Fürsten darüber seien, daß man nicht seiner Anregung entsprechend die serbische Krise durch eine Konferenz zu beendigen versucht habe, sei jetzt unverkennbar, und die Verhandlungen des Suchomlinow-Prozesses hätten gezeigt, wie unbegründet seine Vorwürfe seien, daß Deutschland die russische Mobilmachung mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung beantwortet habe.

Ebenso sei es mit der Behauptung, die deutsche Regierung [illegible] alle Vermittlungsvorschläge Englands abgelehnt. Ganz besonders dringend sei von Berlin aus der letzte Vermittlungsvorschlag Sir Edward Greys in Wien befürwortet worden. Wenn die Denkschrift von einer Verständigung mit England redet, so müsse zur Vermeidung von Irrtümern betont werden, daß diese sich nur auf die Bagdadbahn und auf portugiesische Kolonien bezogen hätte. Eine Gesamtverständigung mit England sei angesichts des unbedingten Festhaltens Englands an der Ententepolitik, wie es in den Verhandlungen über das englisch-russische Marineabkommen zum Ausdruck gekommen sei, entgegen der Behauptung des Fürsten, begreiflicherweise nicht zustande gekommen.

Es sei dem Fürsten freigestanden, sich Aufzeichnungen über die Vorgänge und über seine Stellung zu ihnen zu machen. Aber dann hätte er die unbedingte Verpflichtung gehabt, dafür zu sorgen, daß sie nicht an die Oeffentlichkeit kommen können.

An die Erklärungen Payers schloß sich eine Debatte an, in deren Verlauf Unterstaatssekretär v. Stumm auf die Anfrage, wer für die Ernennung des Fürsten Lichnowsky verantwortlich sei, was sie veranlaßt habe und weshalb er von seinem Posten nicht abberufen worden sei, erwiderte, daß die Ernennung durch den Kaiser im Einvernehmen mit dem für die Ernennung verantwortlichen Reichskanzler erfolgt sei. Der Fürst habe eine Reihe diplomatischer Stellungen im Ausland, zuletzt als Botschaftsrat in Wien, bekleidet und sei eine Zeitlang als Vortragender Rat im Auswärtigen Amte beschäftigt gewesen. In allen diesen Stellungen habe er sich bewährt, so daß ein Grund, den Fürsten in die Stellung eines Botschafters nicht aufrücken zu lassen, nicht vorgelegen habe.

In London habe sich Fürst Lichnowsky mit Eifer und Hingabe seiner Aufgabe gewidmet. Seine Urteile hätten allerdings mit den Ansichten des Auswärtigen Amtes häufig nicht übereingestimmt. Dies gelte insbesondere hinsichtlich seines weitgehenden Optimismus über den Stand der deutsch-englischen Beziehungen. Nachdem seine Hoffnungen auf Herbeiführung einer deutsch-englischen Verständigung durch den Ausbruch des Krieges vernichtet worden seien, sei der Fürst in einem Zustand starker Erregung nach Deutschland zurückgekehrt und habe mit seiner Kritik der deutschen Politik schon damals nicht zurückgehalten. Seine Erregung sei durch die scharfen Angriffe gesteigert worden, denen er in der deutschen Presse ausgesetzt gewesen sei, deren Aufmerksamkeit er durch sein rednerisches Hervortreten in England auf sich gerichtet habe. Diese Umstände müßten bei Bewertung der Denkschrift in Betracht gezogen werden. Es sei nicht gerechtfertigt, aus derselben Rückschlüsse auf die Tätigkeit des Botschafters in London zu ziehen, sie der Regierung zur Last zu legen und daraus Vorwürfe gegen die Regierung herzuleiten.

Auf die Anfragen bezüglich des Weißbuches müsse er zugeben, daß es nicht sehr umfangreich sei. Es sei sehr rasch zusammengestellt worden, um dem Reichstag bei seinem Zusammentritt ein klares Bild von der Schuldfrage zu geben. Die Buntbücher der anderen Staaten seien zwar viel umfassender, das deutsche Weißbuch hebe sich aber von ihnen insofern vorteilhaft ab, als es keine Fälschungen enthalte. Im übrigen sei die Ausgabe eines neuen Weißbuches in Vorbereitung.

Eine Absage an Lichnowsky.

i Köln, 19. März. (Priv.-Tel.) Die Köln. Ztg. erklärt zur Denkschrift des Fürsten Lichnowsky: Die Behauptungen Lichnowskys, der Weltkrieg hätte vermieden werden können, wenn Deutschland es gewollt hätte, gründen sich auf falsche Unterrichtungen und Mitteilungen aus dritter Hand. Lichnowsky hat 1914 in jenen verhängnisvollen Julitagen in London gelebt, urteilt aber, als seien alle Fäden, die zwischen Wien und Berlin zur Beschwörung des Krieges gesponnen wurden, durch seine Hände gelaufen. Es wäre seine Pflicht gewesen, bei der Berliner Zentralstelle Einsicht in alles zu erbitten, was zum Urteil über jene kritischen Julitage dienen konnte. Hätte er das getan, so hätte er nicht behaupten können, wir hätten den Grafen Berchtold ermutigt, Serbien anzugreifen, und die englischen Vermittlungsvorschläge abgelehnt. Es lag an den Vorschlägen selbst, wenn aus der Vermittlung nichts wurde.

Die Behauptungen Lichnowskys kann man Schritt für Schritt zurückweisen. Schlimmer noch als seine Pflichtvergessenheit, über Dinge zu urteilen, über die ihm auf Grund seiner Unkenntnis ein Urteil nicht zustand, ist die blinde Liebe zu England. Nur ein undiplomatischer Kopf wie Lichnowsky kann sagen, die deutsch-englische Verständigung sei vor Kriegsausbruch erreicht gewesen. Die Berliner politische Leitung sei leichtsinnig verfahren, als sie Lichnowsky nach London schickte; sie hätte wissen müssen, daß er einer solchen Aufgabe nicht gewachsen war.

Die Entente für die Fortführung des Krieges.

Keine Anerkennung des Friedens mit Rußland.

London, 18. März.

Reuter meldet: Das Auswärtige Amt veröffentlicht folgendes Communiqué:

Die Premierminister und die auswärtigen Minister der Entente, die in London versammelt waren, halten es für ihre Pflicht, von dem politischen Verbrechen, das unter dem Namen eines deutschen Friedens gegen das russische Volk begangen worden ist, Kenntnis zu nehmen. Rußland war wehrlos. Die russische Regierung vergaß, daß Deutschland vier Jahre gegen die Unabhängigkeit der Nationen und gegen die Rechte der Menschheit kämpft, und in einer Stimmung einzigartiger Leichtgläubigkeit erwartete sie, auf dem Wege der Ueberredung den demokratischen Frieden zu erhalten, den es durch den Krieg nicht hatte erhalten können. Die Folgen zeigten sich alsbald. Der Waffenstillstand war noch nicht abgelaufen, als die deutsche Heeresverwaltung, obwohl sie sich verpflichtet hatte, die Verteilung ihrer Truppen nicht zu verändern, sie in Massen an die Westfront verlegte, und Rußland war so schwach, daß es keinen Protest gegen diese flagrante Verletzung des von den Deutschen gegebenen Wortes zu erheben wagte. Was weiter folgte, war ähnlich. Als der deutsche Friede in die Wirklichkeit umgesetzt wurde, zeigte es sich, daß er die Invasion russischen Gebietes, die Zerstörung oder Wegnahme aller russischen Verteidigungsmittel und die Organisation russischer Länder zum Vorteil Deutschlands in sich schloß, ein Verfahren, das sich von Annexion nicht unterschied, während dieses Wort selbst sorgfältig vermieden wurde. Inzwischen fanden diese Russen, die militärische Operationen unmöglich gemacht hatten, daß die Diplomatie ohnmächtig sei. Ihre Vertreter wurden gezwungen, zu erklären, daß, während sie sich weigerten, den ihnen vorgelegten Friedensvertrag auch nur zu lesen, sie keine andere Wahl hätten, als ihn zu unterzeichnen. Sie unterschrieben ihn, ohne zu wissen, ob der Vertrag in seiner wahren Bedeutung Frieden oder Krieg bedeutete, und ohne zu erfahren, in welchem Grade das nationale Leben Rußlands dadurch zu einem Schatten heruntergebracht wurde.

Für uns, die Regierungen der Entente, konnte es nicht zweifelhaft sein, welches Urteil die freien Völker der Welt über dieses Verfahren fällen würden. Weshalb soll man viel Zeit über Versprechungen Deutschlands verlieren, das in keiner Periode der Geschichte seiner Eroberungen, nicht als es Schlesien überrannte, nicht als es Polen teilte, sich mit solchem Zynismus als den Zerstörer der nationalen Unabhängigkeit, den unerbittlichen Feind der Menschenrechte und der Würde der zivilisierten Nationen gezeigt hat.

Polen, dessen Heldengeist die grausamste der nationalen Tragödien überdauert hat, wird mit einer vierten Teilung bedroht, und, um sein Leiden noch zu vergrößern, haben die Entscheidungen, durch die die letzten Spuren seiner Unabhängigkeit vernichtet werden sollen, sich auf trügerische Versprechungen der Freiheit gegründet.

Was von Rußland und Polen gilt, gilt nicht minder von Rumänien, das vom Strome unbarmherziger Herrschsucht überwältigt wird.

Mit Macht wird der Friede laut verkündet, aber unter dem dünnen Mantel der Worte lauert die brutale Wirklichkeit des Krieges, die ungemilderte Herrschsucht der gesetzlosen Gewalt. Friedensverträge, wie diese, werden und können wir nicht anerkennen. Unsere eigenen Ziele sind sehr verschieden. Wir kämpfen und werden weiter kämpfen, um ein für allemal dieser Politik des Plünderns ein Ende zu machen und sie nicht an die Stelle der friedlichen Herrschaft der organisierten Gerechtigkeit zu setzen.

Wenn wir die Einzelheiten dieses langen Krieges vor unseren Augen vorüberziehen lassen, erkennen wir immer deutlicher, daß die Kämpfe um die Freiheit überall im Zusammenhang miteinander stehen, so daß man sie nicht einzeln aufzuzählen pflegt. Sollen Gerechtigkeit und Wahrheit gewinnen, soweit das Ergebnis von künftigen Schlachten abhängt, so dürfen die Nationen, deren Schicksal in Schwebe ist, auf die Heere vertrauen, die selbst unter schwierigeren Bedingungen, als die gegenwärtigen, sich der großen Aufgabe, die ihrer Tapferkeit anvertraut ist, mehr als gewachsen gezeigt haben.

Die Londoner Konferenzen.

London, 18. März.

Das Reutersche Bureau meldet amtlich: Die Zusammenkünfte des Obersten Kriegsrates ebenso wie wichtige politische Besprechungen unter dem Vorsitz des Premierministers wurden abgehalten, letztere in London am 14., 15. und 16. d. Sie fanden im Beisein der Premierminister von England, Frankreich und Italien und in Gegenwart anderer Minister nebst ihren militärischen und sonstigen Sachverständigen statt.

Letzte Woche wurden Clemenceau und Orlando vom König und der Königin empfangen.

Der Zweck der Londoner Konferenz.

Lugano, 19. März.

Italienische Blätter melden, Ministerpräsident Orlando habe die Einladung Clemenceaus, auf der Rückreise von der Londoner Konferenz in Paris Aufenthalt zu nehmen, abgelehnt und die Reise ohne Unterbrechung bis Turin fortgesetzt, wo ihn Generalstabschef Diaz zu einer sofortigen langen Besprechung erwartete.

„Epoca" schreibt, aus den Aeußerlichkeiten der Londoner Konferenz sei zu entnehmen, daß dieselbe vornehmlich militärischen Fragen gewidmet gewesen sei, mit deren Behandlung Orlando vom Hauptquartier beauftragt worden war.

Vossische Zeitung

21./III. 1918.

21
12

Donnerstag, 21. März 1918

Zeitung

1704

nd gelehrten Sachen

der Morgen-Ausgabe aufgeführt

2-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

ten entbrannt.

ıgriffe bei Verdun. – Cherson genommen.

Was wird aus Rumänien?

Ein vorzüglicher Kenner der rumänischen Verhältnisse schreibt uns:

Wieder einmal befindet sich das deutsche Volksempfinden im Widerspruch mit den Maßnahmen unserer Diplomatie, ohne daß bisher die öffentliche Meinung in genügender Weise darüber aufgeklärt worden wäre, von welchen Motiven die Schritte der Reichsleitung beeinflußt werden. Das Volksempfinden ist einfach und klar. Es verlangt für Verbrechen Strafe und für Guttat Belohnung. Dementsprechend ist bereits im Reichstage der Auffassung Ausdruck gegeben worden, daß man nicht verstehe, aus welchem Grunde sich Deutschland für das Verbleiben der rumänischen Dynastie einsetzt, und je mehr die Verhandlungen in Bukarest vorrücken und die Zeit der eventuellen definitiven Abmachungen herankommt, um so dringender wird die Frage, wie die Reichsleitung sich die Konsequenzen eines derartigen Verfahrens vorstellt. Nicht, als ob uns daran gelegen wäre, König Ferdinand und Königin Maria zu strafen und nach Rache gegen sie rufen zu wollen. Das Gericht der Weltgeschichte hat das Urteil über diese Persönlichkeiten, deren staatliches Verhalten im Einklang mit ihrem privaten Leben und Treiben stand, längst gesprochen, und keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand vermag abzuwaschen, was sie an sich und ihrem Volke gesündigt haben. Da die Weltgeschichte sich mit der unwiderstehlichen Logik eines Naturereignisses vollzieht, glauben wir deshalb auch nicht, daß König Ferdinand und Königin Maria des Thrones in Bukarest je wieder froh werden können, wenn sie sich von neuem auf ihm niederlassen sollten. Macht ohne Würde kann sich auf die Dauer nicht behaupten, und gegen die Würde seiner eigenen Stellung hat dieses Paar genug gefehlt, ganz abgesehen von der falschen Einschätzung der Wirklichkeit, die sein politisches Verhalten kennzeichnet.

Wir könnten also vom deutschen Standpunkt aus die Frage, ob König Ferdinand und seine Gemahlin eine Wiederherstellung in den vorigen Stand erfahren, als sehr nebensächlich behandeln, denn beide werden nie mehr eine Rolle in der Geschichte zu spielen in der Lage sein. Hat sich aber die Reichsleitung klar gemacht, welche Konsequenzen sie für Deutschland heraufbeschwört, wenn sie trotz dieser mit Sicherheit vorauszusehenden Zukunftsentwicklung sich zum Verfechter der Idee macht, für die, wie es heißt, Graf Czernin sich dem jetzigen König von Rumänien gegenüber verbürgt haben soll? Die Durchführung dieser Idee bedeutet ein schwaches, innerlich zerrüttetes Rumänien. Wer für sie eintritt, verfolgt entweder das Ziel, Rumänien auf absehbare Zeit politisch und wirtschaftlich unmöglich zu machen, oder er ist sich über die Tragweite dieser Regelung aus Mangel an Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, wie sie in Rumänien vorliegen, nicht klar. Entspräche die innere Konstruktion Rumäniens dem äußeren Schein, den das Land sich vor dem Weltkrieg zu geben verstanden hat, so könnte man ohne weiteres verstehen, daß sich die Vierbundmächte auf den Standpunkt stellen, die Regelung der rumänischen Königskrone sei eine innere Angelegenheit des Landes, in die sich einzumischen die jetzigen Sieger kein Interesse hätten. Wäre Rumänien innerlich so weit gereift, wie es sich nach außen den Schein zu geben verstanden hat, so könnte und müßte man den Dingen in dieser Frage ruhig ihren Lauf geben und es der Reaktion der besten Kräfte des Landes gegen das Unheil, das wenige Betörer und viele Betörte angerichtet haben, überlassen, die Konsequenzen des jetzt zutage liegenden Mißerfolges zu ziehen und ein großes Aufräumen im eigenen Hause durchzuführen. Ein solches, aus eigener Kraft neu erstandenes Rumänien würde in Zukunft über viel größere innere Kräfte verfügen, als das alte aufzubringen vermochte, und würde in der Lage sein, den Mittelmächten, deren Zuschlagen es seine innere Befreiung verdankt, für alle Zukunft ein treuer Bundesgenosse zu werden. Leider liegen die Dinge indessen in Rumänien so, daß eine solche Entwicklung außerhalb des Kreises jeder Möglichkeit liegt. Es gibt in Rumänien keine öffentliche Meinung, sondern nur politische Parteien, deren Führerstellen von einer kleinen Oligarchie besetzt werden, und unter dieser Oligarchie die große Masse des von der jeweiligen Parteileitung gänzlich abhängigen Beamtenheeres und die misera plebs der helotenmäßig dahinlebenden Bauern.

Was soll nun in Zukunft geschehen, wenn König Ferdinand wieder den Thron besteigt und mit ihm die Partei zurückkehrt, deren Ratschlägen er gefolgt ist, und deren Mitglieder heute mit den Delegierten der Vierbundmächte über den Frieden verhandeln? Ob die Brüder Bratianu bei diesen Verhandlungen eine Rolle spielen oder es klüglicherweise anderen überlassen, den Frieden als Besiegte zu schließen, ist gleichgültig. Die Leute, die von ihnen vorgeschickt werden, sind Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut und müssen notgedrungen, wenn der Friede unterzeichnet sein wird, die Auswirkung seiner Bedingungen durchführen. Deutschland wird also gezwungen sein, als Be-

Vossische Zeitung 22./III. 1918

Die Ostprobleme im Hauptausschuß.

Nach den vertraulichen Verhandlungen über die armenische Frage, die sich an den Artikel IV des Friedensvertrages mit Rußland geknüpft hatten, wies Abg. Frhr. v. Rechenberg (Ztr.) auf die zwischen Rußland und der Ukraine bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die russisch-ukrainische Grenze hin.

Eine Entschließung Haase-Ledebour (U. Soz.) ersucht den Reichskanzler, die Aalandsinseln zu räumen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Finnlands zu mischen und zwar weder durch Truppensendungen, noch durch Waffenlieferungen.

Abg. Naumann (Vp.) hegt das Bedenken, daß die Sowjets in Moskau bei der Ratifikation des Friedensvertrages manches beschlossen haben können, was wir noch nicht wissen. Ist der russisch-ukrainische Friede abgeschlossen?

Abg. Haase (U. Soz.): Die entscheidende Frage ist, gegen wen wir in der Ukraine kämpfen? Gewaltsame Requisitionen werden sich die ukrainischen Bauern nicht gefallen lassen; sie haben sich ja bereits zur Wehr gesetzt. Man sollte mit derartig abenteuerlichen Unternehmungen Schluß machen, mit denen wir bei den ukrainischen Bauern kein Verständnis finden werden.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Russen haben ihre Truppen aus Finnland zurückgezogen, und wir haben keinen Grund mehr, dort mit bewaffneter Hand einzugreifen. Es sollen schon Verhandlungen zwischen der Roten Garde und den Deutschen im Gange sein, die hoffentlich zu einer Verständigung führen werden, auch wenn es der Weißen Garde nicht passen sollte.

Abg. Gothein (Vp.): Wenn tatsächlich Verhandlungen bereits eingeleitet sein sollten, so könnten wir uns darüber nur freuen. In der Ukraine können wir unsere wirtschaftlichen Ziele durch eine bürokratische Organisation nicht erreichen. Kaufleute, die die dortigen Verhältnisse kennen, sollten dorthin geschickt werden. Die Preisforderungen der Rada sind ja sinnlos, aber wenn überhaupt, so können das nur tüchtige Kaufleute etwas erreichen.

Unterstaatssekretär von dem Bussche

gab über die staatsrechtliche Stellung von Estland und Livland eine längere Erklärung ab, deren Veröffentlichung später erfolgen soll. Von Kämpfen mit ukrainischen Bauern ist hier nichts bekannt. Die Grenzen der Ukraine sind festgelegt, mit Ausnahme der neuerdings erhobenen Ansprüche. Es besteht nicht die Absicht, die Expedition nach Finnland länger auszudehnen, als unbedingt notwendig ist. Wir liegen dort im Kampfe mit Banden, die noch fortgesetzt Zuzug aus Rußland erhalten. Für die Erreichung unserer wirtschaftlichen Ziele in der Ukraine werden landeskundige jüdische Händler verwendet.

Die Entschließung Haase-Ledebour über die Räumung der Aalandsinseln wird abgelehnt.

Entschädigung für Requisitionen.

Bei Artikel IX wurde hervorgehoben, daß Entschädigungen für Requisitionen auch den Polen, Kurländern und Litauern genau so wie den dort ansässigen Reichsangehörigen gewährt werden müssen. Die Regierung müsse das erklären.

Abg. v. Goßler (Kons.): Die meisten Requisitionen sind durch die Russen erfolgt. Wie soll die Entschädigung praktisch durchgeführt werden? Der Wiederaufbau Kurlands hängt geradezu davon ab, daß Entschädigungen gezahlt werden.

Abg. Gothein (Vp.): Völkerrechtlich sind Requisitionen zu entschädigen. Das ist unser nobile officium, soweit wir sie vorgenommen haben. Für Rußland liegen die Verhältnisse anders, denn seine Requisitionen in Kurland erfolgten im eigenen Lande, nicht im Feindesland.

Geheimrat Simons: Unklarheiten bestehen nur in der Entschädigung für Requisitionen in den besetzten Gebieten. Hier liegen Zukunftsfragen vor, die noch geklärt werden müssen. Deutschland wird sich seinen Verpflichtungen nicht entziehen.

Abg. Graf Carmer (Kons.): Für die Requisitionen der russischen Soldaten muß selbstverständlich Rußland Entschädigungen zahlen. Das ist schon zum Teil geschehen.

Abg. Frhr. v. Gamp (D. Fr.): Wenn man von einem nobile officium unsererseits spricht, muß man doch zunächst einmal die Frage aufwerfen, ob Rußland die Verpflichtung fühlt und übernommen hat, den in Ostpreußen angerichteten Schaden zu ersetzen.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Der Art. IX des Friedensvertrages mit Rußland, wonach die vertragschließenden Teile gegenseitig auf den Ersatz der Kriegsschäden verzichten, das heißt derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen mit Einschluß aller im Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind, ist für uns ungünstig. Man könnte die Kosten der Entschädigungen den Staatskassen der besetzten Gebiete aufbürden, die ja von den russischen Kriegslasten befreit sind.

Auf eine Anfrage des Abg. Groeber (Ztr.) erwiderte Geheimrat Simons, daß bisher eine Schiedsgerichtsklausel in den Vertrag nicht eingefügt worden ist.

Abg. Groeber (Ztr.): Für die vielen Zweifelsfragen wäre eine derartige Einrichtung wünschenswert gewesen. Einmal muß man damit doch den Anfang machen.

Abg. Erzberger (Ztr.) regte an, zu dieser Frage in Form einer Entschließung Stellung zu nehmen.

Abg. Gothein (Vp.) meinte, man könnte diese Angelegenheit dem Haager Schiedsgerichtshof überlassen.

Abg. Graf Westarp (K.): Die Dinge sind noch viel zu ungeklärt. Mit wem soll man die Schiedsgerichte besetzen, solange wir noch mit der ganzen Welt im Kriege stehen?

Damit war die Beratung des Hauptvertrages mit Rußland beendet.

Die Wirtschaftsverträge mit Rußland.

Der Ausschuß wandte sich den Abmachungen über die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland zu.

Abg. Gothein (Vp.) ist enttäuscht über den Inhalt des Vertrages. Alles sei nur provisorisch geregelt. Wie steht die Regierung überhaupt zur Meistbegünstigungsfrage? Bei geschickter Ausnutzung der Lage hätte mehr erreicht werden können.

Direktor im Auswärtigen Amt Dr. Johannes: Die Russen widerstrebten energisch der Erneuerung des Handelsvertrages, indem sie von der falschen Voraussetzung ausgingen, daß er ihnen nachteilig sei. Materiell ist jedoch in allen wesentlichen Punkten seine Verlängerung, sogar mit Verbesserungen, erreicht worden. Der Vertrag ist günstiger als der mit der Ukraine. Für die nächsten kritischen Jahre genügt, was wir erreicht haben, später kann Deutschland wieder seine handelspolitischen Machtmittel für einen günstigeren Handelsvertrag einsetzen.

Abg. Erzberger beurteilt das Abkommen wesentlich günstiger als Gothein. Die Zollfreiheit für eine Reihe von Erzen ist ein Vorteil, der auch in der Uebergangszeit bleiben wird. Besonders zu begrüßen ist die Bereitwilligkeit, über weitere Zollbefreiung zu verhandeln. Die einer Fleischeinfuhr entgegenstehenden Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes müssen auch weiterhin aufgehoben bleiben und entgegengesetzten Bestrebungen anderer Ressorts darf nicht nachgegeben werden. Der § 12 des Fleischbeschau-Gesetzes ist außer Kraft gesetzt worden und niemand ist davon krank geworden. Für den künftigen Handelsvertrag ist das Wirtschaftsabkommen eine gute Grundlage.

Abg. Mumm (D. Fr.): Auch im Interesse der deutschen Landwirtschaft und seiner Viehbestände liegt es, wenn wir Vieh und Fleisch hereinbekommen würden.

Abg. Dr. Haas (Vp.): Das Wirtschaftsabkommen mit Rußland ist in mancher Hinsicht günstiger als das Abkommen mit der Ukraine. Eine gewisse Freiheit liegt angesichts der unsicheren Lage in Rußland auch in unserem Interesse. Einem Staate ein Wirtschaftsabkommen aufzuzwingen, ist noch weniger nützlich, als wenn man ihm ein politisches Abkommen aufzwingt.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Die Zollgrenze ist durch den Friedensvertrag an die Friedenslinie verlegt worden, so daß sie zwischen uns und den besetzten Gebieten aufgehoben ist. Was soll nun mit den Unternehmungen an der alten Grenze geschehen? Man müßte ihnen gestatten, ihren Betrieb an die neue Grenze zu verlegen. Die Bindung durch den russischen Zolltarif ist nicht besonders bedeutend.

Direktor Dr. Johannes: Durch die geringen Zölle auf die Einfuhr über See war in Rußland bisher England bevorzugt. Das ist jetzt dauernd in Wegfall gekommen, auch für die Zeit nach Ablauf des Provisoriums. An unserer Zollgrenze ist nichts geändert worden. Ueber die in den besetzten Gebieten zu erhebenden Zölle ist im Friedensvertrag nichts enthalten. Wie unsere Einfuhr aus Rußland zolltarifarisch zu behandeln ist, wenn wir nicht mehr an Rußland grenzen, steht noch dahin.

Abg. Gothein (Vpt.) freut sich, daß Erzberger so entschieden für die Fleischeinfuhr eingetreten ist.

Abg. Waldstein (Vpt.) bringt, unterstützt von Mitgliedern mehrerer Parteien, darauf eine Entschließung ein, die den Reichskanzler ersucht:

Bei den weiteren Verhandlungen mit der Großrussischen Republik auf eine weitere Sicherung der bestehenden, durch das langjährige Zahlungsverbot entwerteten deutschen Forderungen durch Uebernahme einer Ausfallbürgschaft hinzuwirken gegen Zusicherung der Gegenseitigkeit seitens des Deutschen Reiches.

Zur Begründung führte der Redner an, daß die enormen Summen, die der Ausfuhrhandel im Auslande zu fordern habe, nach Möglichkeit hereingebracht werden müßten. Das treffe nicht nur die großen Exportfirmen, sondern ebenso die kleineren und mittleren Unternehmen. Rußland müsse die Bürgschaft dafür übernehmen. Verbote für russische Schuldner, an deutsche Gläubiger zu zahlen, seien völkerrechtswidrig.

Geheimrat Simons: Der Schutz der Privatrechte war ein Gegenstand ernster Sorge. Die in der Entschließung vorgeschlagene Ausfallbürgschaft eignet sich, nach Ansicht der beteiligten Ressorts, nicht zu einer Sicherung. Sie würde eine Kriegsentschädigung darstellen, während wir in die Friedensverhandlungen eingetreten sind mit der Forderung: keine Annexionen und keine Kontributionen. Eine klare Rechtsgrundlage für die Völkerrechtswidrigkeiten des Zahlungsverbots gibt es nicht. Die Dinge liegen nicht so einfach, wie es aussieht.

Abg. Dr. Junck (nl.): Es handelt sich hier nicht um eine Kriegsentschädigung, sondern um eine Sühne für völkerrechtswidrige Handlungen.

Abg. Noske (Soz.): Große Summen sind im Auslande hängen geblieben. Aber wir können das Reich nicht zum Ersatz verpflichten. Zweifellos wird ein Teil der Summen noch nachträglich hereinkommen, und russische Kaufleute sind zur Zahlung bereit, wenn auch augenblicklich noch nicht die Möglichkeit dazu besteht. Wir lehnen es ab, hintenherum eine Kriegsentschädigung zu verlangen.

Geheimrat Simons wandte sich nochmals gegen die Entschließung Waldstein, die von großer Tragweite sei.

In der Abstimmung wurde die Entschließung mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen.

Kriegsgefangene und Zivil-Internierte.

Die Beratung wandte sich der Frage des Austausches der Kriegsgefangenen und der Zivilinternierten zu.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (ntl.) sprach den Wunsch nach einer zweckmäßigen Ordnung des Abtransportes der Kriegsgefangenen aus, damit eine Schädigung der deutschen Wirtschaftsinteressen vermieden werde. Auf einmal werde der Abtransport nicht gehen schon wegen der ungeheuren Transportschwierigkeiten. Man tue daher gut, die Erwartungen nicht zu überspannen.

Abg. Mumm (D. Fr.): Ist alles geschehen, um die in Ost-Sibirien internierten Gefangenen herauszubekommen?

Geheimrat Simons: Die Einzelheiten des Austausches liegen in den Händen eines besonderen Ausschusses. Es wird alles geschehen, was geschehen kann.

Unterstaatssekretär v. d. Bussche: Rußland hat uns das Versprechen gegeben, daß die Zivilinternierten bald zurückkehren werden.

Abg. Noske (Soz.): Man sollte sich endlich dazu entschließen, Internierte, die aus den besetzten Gebieten stammen, freizulassen. Daß man sie noch immer festhält, ebenso die Ukrainer, ist ganz ungehörig.

Im selben Sinn sprachen die Abgg. Haase (U. Soz.), Gröber (Ztr.), Südekum (Soz.), Gothein (Vp.).

Geheimrat Simons: Der vorliegende Vertrag ist nur mit Rußland geschlossen worden, zu dem die besetzten Gebiete nicht mehr gehören. Andrerseits sind die Angehörigen der Randstaaten auch keine Reichsdeutschen.

Unterstaatssekretär Dr. Lewald: Stets wird eine Kontrolle darüber geübt, ob und welche Internierte freigelassen werden können. Man muß auch bedenken, ob die deutschen Verwaltungen in den besetzten Gebieten eine größere Anzahl von Personen aufnehmen können, von denen sie eine Störung der Ordnung befürchten.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärte, daß bisher unsere Gefangenen in Sibirien durch die Schutzmächte geschützt wurden. Nach dem Friedensschluß wird durch besondere Ausschüsse für sie gesorgt werden.

Ein Mehrheitsantrag über Schiedsgerichte.

Inzwischen läuft von den Mitgliedern des Zentrums, der Fortschrittler und der Sozialdemokraten eine Entschließung ein, die den Reichskanzler ersucht, beim Austausch der Ratifikationsurkunden über den deutsch-russischen Friedensvertrag zwischen den Vertragschließenden eine Uebereinstimmung darüber herbeizuführen, daß Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Vertrages einem Schiedsgericht unterbreitet werden und daß in die künftigen Friedensverträge die Schiedsgerichtsklausel aufgenommen wird.

Die konservativen Mitglieder des Ausschusses (Arnstadt, Graf Carmer und Graf Westarp) ersuchen den Reichskanzler, in einer Entschließung dahin zu wirken, daß bei den künftigen Friedensverträgen die Zahlung von Kriegsentschädigung ausbedungen wird, um reichliche Mittel dafür zu schaffen, daß die Fürsorge für die heimkehrenden Krieger auf eine neue Grundlage gestellt, das Rentenwesen für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ausreichend ausgestattet, den entlassenen Kriegern Uebergang in die Friedenswirtschaft und zum Ersatz der ihnen erwachsenen wirtschaftlichen Schäden Beihilfen gewährt und im großen Umfange Heimstätten und Ansiedlungen für Kriegsteilnehmer geschaffen werden können.

Auf die Einwendung des Abg. Stresemann, ob es richtig sei, die Frage im gegenwärtigen Augenblick zu behandeln — ganz abgesehen davon, daß die Form der Entschließung die Zustimmung erschwere —, wird der Antrag zurückgezogen mit dem Vorbehalt späterer Wiedereinbringung in anderer Fassung.

Die Entschließung auf Einfügung von Schiedsgerichtsklauseln wurde einstimmig angenommen.

Die einzelnen Artikel des deutsch-russischen Friedensvertrages wurden mit Mehrheit genehmigt.

Die Beratung wandte sich dann dem deutsch-finnischen Friedensvertrag mit seinen Zusatz- und Unterverträgen zu. Die Verträge wurden ohne Aussprache angenommen.

Abg. Ebert (Soz.) begründete eine Entschließung der Sozialdemokraten, die den Reichskanzler ersucht, beim Abschluß der künftigen Friedensverträge dahin zu wirken, daß Vereinbarungen über eine Mindestforderung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung zwischen den vertragschließenden Staaten herbeigeführt werden und für die Ausgestaltung eines internationalen Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung die Grundlage einer weiteren Entwicklung geschaffen wird. Er verwies auf Eingaben der „Sozialen Praxis" und der Gewerkschaften.

Unterstaatssekretär v. d. Bussche erklärte, die Regierung stehe dem Antrag sympathisch gegenüber.

Auch der Abg. Dr. Stresemann (Natl.) betonte, daß der Antrag eine wesentliche Unterstützung für die deutsche Volkswirtschaft sein werde. Weiter erklärten ihre Zustimmung die Abgg. Gröber (Ztr.) Mumm (D. Frakt.), Naumann (Vp.) und Graf Carmer (Kons.).

Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Damit waren die Arbeiten des Ausschusses erledigt.

Vossische Zeitung
23./III. 1918
16/23

Annahme der Friedensverträge mit Rußland und Finnland.

Der Annahme des 15-Milliarden-Kredits folgte die Bewilligung von 8½ Millionen zur Errichtung eines Dienstgebäudes für die Reichsschuldenverwaltung in Berlin und die Zustimmung zu der Erhebung von Kriegszuschlägen zu den Gerichtskosten und den Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher.

Die Friedensverträge mit Rußland und Finnland.

Es folgt die zweite Lesung des Friedensvertrages mit Rußland und Finnland und der Zusatzverträge. Berichterstatter ist Abg. Dr. Junck (nl.).

Der Ausschuß schlägt Entschließungen vor: 1. zur Sicherung der Auslandsforderungen durch Uebernahme einer Ausfallbürgschaft. 2. zugunsten der Schiedsgerichtsklausel, 3. im Sinne sozialpolitischer Vereinbarungen auf internationaler Grundlage.

Ferner liegt die bereits mitgeteilte Entschließung der Mehrheitsparteien vor zur Sicherung des Selbstbestimmungsrechtes von Polen, Litauen und Kurland.

Abg. **Scheidemann** (Soz.): Das Ziel der Sozialdemokratie ist, die erfolgreiche Verteidigung durch einen Völkerfrieden zu beendigen, der auf Verständigung beruht. Dieses Ziel ist durch den vorliegenden Friedensvertrag nicht gefördert worden. Den Interessen des Deutschen Reiches, die eine dauernde Beruhigung der Verhältnisse und eine engere Freundschaft zwischen Deutschland und dem russischen Volk erfordern, wird die im Osten geführte Machtpolitik nicht gereicht. Wir müssen fordern, daß eine wirklich demokratische Selbstbestimmung Polens, Litauens und Kurlands gesichert wird, damit ein dauerndes Freundschaftsverhältnis Deutschlands mit diesen Staaten und dem russischen Volk nicht unmöglich gemacht wird. Wir können uns mit der Art des Zustandekommens des Vertrags, bei dem der Reichstag ausgeschlossen war, und seinem wesentlichen Inhalt nicht einverstanden erklären. Da aber durch den Vertrag der Kriegszustand im Osten tatsächlich beendet wird, so wollen wir ihn auch nicht ablehnen Wir werden uns der Abstimmung enthalten. Dem Vertrag n. Finnland stimmen wir zu.

Abg. **Gröber** (Ztr.): Man hat dem Friedensvertrag nachgesagt, daß er nicht auf einer Verständigung beruhe. So darf man die Frage nicht stellen. Auf eine andere Weise war der Frieden nicht zu erreichen. Mit einer wahren Lammesgeduld haben sich die deutschen Unterhändler bemüht, zu einem Abschlusse zu kommen. Trotzki und seine Kollegen hielten Brandreden schärfster Art, die eine Verhöhnung aller Bestrebungen zur Schaffung eines vernünftigen Friedens waren. Er war offenbar in der Erwartung befangen, daß es ihm gelingen würde, die Revolutionierung der anderen Staaten zu erreichen. Da die Russen die Friedensverhandlungen abbrachen, wurde Deutschland geradezu gezwungen, den Kampf wieder aufzunehmen, der sehr kurz war, da die Russen wegen ihrer Zermürbung und Zerklüftung ihn nicht fortsetzen konnten. Daß die deutsche Regierung sich nun ohne klare Bedingungen auf nichts mehr einließ, war durchaus berechtigt. Friedensverhandlungen nach einem so schweren Kampf sind kein Spiel und auch nicht eine Art akademischer Doktordissertation oder Klopffechterei (lebhafte Zustimmung), sondern eine ernste Arbeit. Wenn der Gegner nicht den moralischen Mut besitzt, seine Niederlage und deren Folgen anzuerkennen, so muß ihm die andere Seite zu Hilfe kommen und ihm die einzuhaltenden Richtlinien vorzeichnen. Dafür, daß der Friedensvertrag gut ist, gibt es keinen besseren Beweis als den Wutschrei Englands. In dem Augenblick, wo England die Hand auf die holländischen Schiffe legt, darf es auch nicht entfernt von Gewalt reden! (Lebhafte Zustimmung.)

Für uns ist das wichtigste in der Entschließung die Stelle über Schiedsgerichte. Auf diesem Wege ist die Sicherung des Friedens zu erreichen und der Vorgang ist sowohl für spätere Friedensverträge als auch für das Völkerrecht von großer Bedeutung. Der Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit marschiert und er marschiert gut! (Beifall).

Wenn wir den Gang des Krieges überschauen, dann haben wir das Gefühl, wie der Reiter über den gefrorenen Bodensee. Mit Schaudern nur können wir denken an welchem Abgrund wir Gott sei Dank glücklich vorübergekommen sind. Wir haben allen Anlaß, in Demut und Bescheidenheit anzuerkennen: wo wären wir ohne die gnädige Hilfe Gottes hingekommen? (Sehr wahr! rechts u. t. Ztr.). Und das berechtigt uns, zu hoffen, daß wir auch die letzten Schwierigkeiten in dem jetzt begonnenen furchtbaren Endkampf überwinden werden. Möge Gott unsere tapferen Streiter stählen, uns den Endsieg verleihen und damit den allgemeinen, den dauernden Weltfrieden herbeiführen! (Lebh. Beifall).

Vizekanzler v. Payer:

Die Reichsleitung kann in der vorliegenden Entschließung zugunsten des Selbstbestimmungsrechts im wesentlichen eine Bekräftigung der von ihr bisher betriebenen Politik und eine Anregung erblicken, auf diesem Wege auch weiter zu schreiten.

Der Reichskanzler hat schon am 29. November 1917 hier ausgesprochen: „Was die ehemals dem Zepter des Zaren unterworfenen Länder Polen, Kurland und Litauen betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker; wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestalt geben werden, die ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht." Der Reichskanzler hat damals hinzugefügt, daß alle diese Dinge noch in Schwebe seien. Mittlerweile ist doch manches geschehen. Die Selbständigkeit Kurlands ist von der Reichsleitung anerkannt worden. Die Verhältnisse in Litauen sind wenigstens so weit geklärt, daß eine Deputation des dortigen Landesrats, mit den nötigen Vollmachten ausgerüstet, unterwegs ist und im Laufe des morgigen Tages hier eintreffen wird. Dieser Deputation gegenüber wird es keine Schwierigkeiten haben, in den nächsten Tagen das Anerkenntnis der Selbständigkeit auch dieses Landes abzugeben. (Beifall.) Die weitere staatsrechtliche und politische Gestaltung dieser Länder liegt dann zunächst in ihrem eigenen Willen. Wir zweifeln nicht, daß es gelingen und daß es uns möglich sein wird, das beiderseitig erstrebte friedliche und gemeinschaftliche Zusammenleben zu regeln und dann auch dauernd zu erhalten.

Die staatliche Existenz Polens muß ja von unserer Seite nicht erst anerkannt werden. Neuerdings haben weite angesehene politische Kreise dieses Landes begonnen, durch ihre eigene Mitwirkung an seiner künftigen Gestaltung vorbereitend mitzuarbeiten. Die deutsche Reichsleitung wie die Leitung der österreichisch-ungarischen Monarchie begrüßen jede Tätigkeit, die sich in der gleichen Richtung bewegt wie die ihrige, über die sich vor wenigen Tagen erst der Reichskanzler dahin ausgesprochen hat, daß sie unter Sicherstellung der eigenen Interessen auf dauernde gute nachbarliche Beziehungen zu den neu erstandenen Staaten gerichtet ist. Auch die Reichsleitung ist der Ansicht, daß es als eine Voraussetzung der gedeihlichen staatsrechtlichen Entwicklung der drei genannten Länder angesehen werden muß, daß ihre künftigen Volksvertretungen auf breiter Grundlage aufgebaut werden; sie geht dabei davon aus, daß nur eine vom Vertrauen des Volkes getragene Vertretung in der Lage sein wird, über die nötige Autorität zu verfügen.

Das Verlangen, das in der Entschließung weiter gestellt ist, nach Einführung einer einheimischen Zivilverwaltung in diesem durch die Opfer und Lasten des Krieges so schwer betroffenen Staaten, erscheint auch der Reichsleitung als ein berechtigtes Streben. Sie verkennt nicht die Schwierigkeiten, die sich auf diesem Gebiet noch der Durchführung dieses Gedankens entgegenstellen werden, aber sie glaubt, daß diese nicht unüberwindbar sein werden; es handelt sich da um die Berücksichtigung militärischer und politischer Verhältnisse. Die Reichsleitung ist bereit, an ihrem Teil ernstlich darauf hinzuwirken, daß diesen verständlichen Wünschen der Völker entsprochen wird und daß die von diesen Volksvertretungen gewünschten Vereinbarungen mit dem Deutschen Reich so bald als möglich getroffen werden.

Auf baldigen Abschluß drängen nicht nur die politischen Verhältnisse, die Klarheit heischen, sondern es wäre geradezu als eine Erlösung für sämtliche Beteiligten anzusehen, wenn nach jahrelangem Ringen und nach jahrelanger Unsicherheit endlich mit Brief und Siegel bestätigt werden könnte, daß die übermüdeten Völker wenigstens in diesem Teile der Welt der ungetrübten bürgerlichen Arbeit und der Segnungen des Friedens und der Ruhe sich erfreuen könnten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **v. Goßler** (kons.): Wir werden den Entschließungen des Ausschusses zustimmen, aber nicht der Entschließung der Mehrheitsparteien, da sie die Interessen der Randvölker den Interessen des Deutschen Reiches voranstellen. (Sehr richtig! rechts.) Bei allem Wohlwollen für die Bewohner der Randstaaten wünschen wir doch, daß in erster Linie den Bedürfnissen des Deutschen Reiches, vor allen Dingen der militärischen Grenzsicherung unserer östlichen Provinzen Rechnung getragen wird. (Zustimmung rechts.) Diesen Erfordernissen aber wird der Antrag nicht gerecht. Unsere Entschließung über Kriegsentschädigungen aus dem Ausschuß haben wir für das Plenum wieder eingebracht. Auch die Entschließung der Natinalliberalen über Livland und Estland werden wir annehmen, weil auch wir wünschen, daß die berufenen Vertretungen der beiden Länder möglichst bald über ihre Zukunft zu beschließen Gelegenheit haben und wir geben uns der sicheren Zuversicht hin, daß die Entscheidung zu einer dauernden Anlehnung der drei durch Geschichte und Kultur untrennbar miteinander verbundenen Provinzen führen wird. (Beifall rechts.)

Neue Relolutions-Anträge.

Inzwischen sind weitere Entschließungen eingegangen. Eine Entschließung Dr. Stresemann (natl.) lautet: „Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß den berufenen Vertretungen von Estland und Livland gegebenenfalls unter Erweiterung dieser Vertretungen auf breiter Grundlage baldmöglichst Gelegenheit gegeben wird, über die Frage der künftigen Gestaltung ihrer staatlichen Verhältnisse Beschluß zu fassen."

Eine Entschließung Graf Westarp (kons.) ersucht den Reichskanzler, dahin zu wirken, daß bei künftigen Friedensverhandlungen der Grundsatz des Verzichtes auf Kriegsentschädigung aufgegeben und je nach der militärischen Lage die Zahlung von Entschädigungen ausbedungen wird, um reichliche Mittel dafür zu schaffen, daß die Fürsorge für die heimkehrenden Krieger auf eine neue Grundlage gestellt, das Rentenwesen für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ausreichend ausgestaltet, den entlassenen Kriegern für den Uebergang in die Friedenswirtschaft und zum Ersatz der ihnen erwachsenen wirtschaftlichen Schäden Beihilfen gewährt und in großem Umfange Heimstätten und Ansiedlungen für Kriegsteilnehmer geschaffen werden.

Abg. **Haase** (U. Soz.): Wir sehen in dem Frieden mit Rußland die rücksichtsloseste Durchsetzung des deutschen Schwertfriedens. Die Alldeutschen jubeln seit Wochen. Darüber hilft auch die Rabulistik des Abg. Gröber nicht hinweg. (Unruhe im Ztr.) Die Entwicklung hat den Mehrheitssozialisten unrecht gegeben. Der Abg. Wendel hat von einem Scheiterhaufen ihrer Politik gesprochen. Aber noch am Grabe pflanzen die Herren die Hoffnung auf. (Zurufe: Niederbarnim!)

Abg. Dr. **Stresemann** (ntlb.): Ich kann mich im großen und ganzen dem Abg. Gröber anschließen. Wenn in Rußland die Balten für vogelfrei erklärt werden, so scheint auch Herr Haase die Balten als politisch vogelfrei zu betrachten. (Oho! bei den U. Soz. Zustimmung bei den Nl.) Wie könnte er sich sonst erdreisten (Stürmischer Widerspruch bei den U. Soz.) zu behaupten, daß die Balten sich erst zum Deutschtum bekannt hätten, als ihr Geldsack in Gefahr gekommen sei. Was haben die Bürger von Riga und Reval mit der Enteignung des Grundbesitzes durch die bolschewistische Regierung zu tun? Die Balten haben sich schon als Deutsche gefühlt und bekannt, als es noch gar keine Bolschewiki gab.

Trotz aller Erklärungen unserer Regierung spricht Herr Haase von einer geplanten deutschen Gewaltherrschaft gegenüber dem Westen, aber von der englischen Gewaltherrschaft scheinen Sie in Ihrem Leben noch nichts gehört zu haben. (Sehr gut!) Und das nach den erschütternden Kämpfen einer Macht, die neutral bleiben will, gegen englische Gewaltherrschaft. Seien Sie doch Ihrem eigenen Lande gegenüber einmal so objektiv wie gegenüber den Feinden! (Lebhafte Zustammung.) In der armenischen Frage erinnerte der Redner an die freundschaftliche Einwirkung, die auf die Türkei erfolgt sei.

Den Resolutionen des Ausschusses stimmen wir zu, ebenso dem konservativen Antrag auf Kriegsentschädigung. Unsere eigene Entschließung sehen wir als eine Ergänzung der Entschließung der Mehrheitsparteien an. Aus den Ausführungen des Vizekanzlers haben wir schon entnommen, daß bei der Durchführung der Selbstbestimmung in Kurland, Litauen und Polen die selbstverständliche Rücksicht auf die militärischen Verhältnisse genommen werden soll. Wir halten daran fest, daß die Grenzsicherungen hierdurch nicht ausgeschlossen werden sollen. Wir wünschen aber auch die Selbstbestimmung für Estland und Livland. Nach dem Friedensvertrage unterstehen diese Länder allerdings noch der russischen Oberhoheit. Rußland selbst hat aber ihr Selbstbestimmungsrecht bis zur gänzlichen Abtrennung anerkannt. Als okkupierende Macht sind wir es, die Beschlüsse über die staatliche Zukunft dieser Völker entgegenzunehmen haben. Das ist der Sinn unserer Resolution. (Beifall.)

Abg. Dr. **Haas** (Vpt.): Man mag den Frieden mit Rußland beurteilen wie man will, eines verstehe ich nicht: warum Herr Haase, er, der Demokrat, ein Gefühl der Schande empfindet, wenn nicht alles bei Rußland bleibt, was der Zarismus in langen Jahrhunderten zusammengeraubt hat. (Sehr gut!) Herr Haase hat gemeint, Rußland müsse den Frieden als Entehrung empfinden, wie wir den Tilsiter Frieden als Entehrung empfunden haben. Es mag sein, daß es imperialistische Kreise in Rußland gibt, die so denken, daß ein Miljukow solche Empfindungen hat, aber ich verstehe nicht, warum sich gerade Herr Haase zum Sprecher russischer imperialistischer Empfindungen macht. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Ueber die russische Zukunft soll sich niemand als Prophet aufspielen, wir wissen nicht, wie sie sich gestalten wird. Aber wir wünschen, daß alles aus dem Wege geräumt wird, was eine Verständigung mit Rußland unmöglich machen könnte. Gerade weil die russische Zukunft unklar und ein großes Fragezeichen ist, weil niemand weiß, was kommt, deshalb sagen wir: wir haben ein Interesse daran, die Dinge so zu leiten, daß eine Annäherung der Randstaaten an Deutschland erfolgt. Es soll keine feste Bindung sein; bei einer anders gerichteten Politik muß die Möglichkeit einer Aenderung bestehen. Je freier und selbständiger diese Randstaaten sind, desto freier und selbständiger sind auch wir. Jede Festlegung dieser Länder bindet auch uns. Daher baue man diese Staaten aus auf der Grundlage breiter Volksvertretungen, die alle Schichten der Völker umfassen, man schließe mit diesen Staaten auch Verträge, aber man lege sich nicht fest für die ganze Zukunft. Wir stimmen den Verträgen zu. Stärker als alle Bedenken im einzelnen ist bei uns die Genugtuung darüber, daß das unendlich schwere Ringen im Osten abgeschlossen ist. Gebe Gott, waß wir auch im Westen bald den Frieden haben. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. **v. Gamp** (Dtsch. Frakt.) trat für Kriegsentschädigungen ein.

Abg. Dr. **David** (Soz.) lehnte die nationalliberale und konservative Resolution ab. Dem polnischen Antrag, daß die Amnestie auch den Angehörigen aller ehemals russischen Gebiete, so den in Deutschland internierten Polen, zugutekommen soll, stimmen wir zu. Weiter polemisierte der Redner gegen Haase. Nach dem Ausfall der Wahl in Niederbarnim ist der Mut Haases bewunderungswürdig, uns entgegenzurufen, wir stünden an dem Grabe unserer Politik. Welchen Kreis haben Sie noch im ganzen Reich, wo Sie auf Sieg hoffen können? Dort stand der russische Friedensvertrag zur Abstimmung. Ihre Redner haben so gesprochen, wie Herr Haase heute. Halten Sie also, statt uns zu attackieren, Einkehr bei sich selbst, sonst werden Sie bei den nächsten Wahlen ein Volksgericht über Ihre Politik erleben. Wir sind des Vertrauens der Volksmassen sicher!

Abg. **Haase** (U. Soz.): Der Niederbarnimer Wahlausfall ist die Folge des „Vorwärts"raubes und Sie (zu den Soz.) profitieren vom Belagerungszustand. Das parlamentarische Regime enthüllt sich als Täuschung und Trug, wir lehnen diesen Gewaltfrieden ab.

Abg. **Scheidemann** (Soz.): Eine solche hochpolitische Debatte in eine solche Katzbalgerei ausarten zu lassen (lebhafter Beifall), ist uns höchst zuwider. Draußen bluten Hunderttausende und hier macht man den Reichstag zu einem „unabhängigen" Zahlabend. Pfui! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf **Westarp** (kons.): Unsere Entschließung hänat mit dem Friedensvertrag und auch mit dem Lose der Kriegsbeschädigten doch wahrlich mehr zusammen als die Wahl von Niederbarnim. Der Redner begründet dann nochmals die konservative Entschließung. Die Fürsorge für die durch den Krieg körperlich und wirtschaftlich Geschädigten wird ungeheure Mittel erfordern, die nur durch Kriegsentschädigungen aufzubringen sind. Wir erhalten den Frieden nicht, ehe wir unsere Feinde nicht dazu gezwungen haben. Ist das aber der Fall, so können wir auch eine Kriegsentschädigung erlangen. Es wäre Doktrinismus, eine solche Möglichkeit auszuschließen.

Abg. **Ledebour** (U. Soz.): Die Niederbarnimer Debatte ist durch Zwischenrufe der Sozialdemokraten bei Haases Rede veranlaßt worden. Danach war es ein plumper demagogischer Trick Scheidemanns, von den blutenden Hunderttausend zu sprechen.

Damit schließt die Aussprache über den ersten Artikel des Friedensvertrages.

Auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fr. Vp.) werden der konservative Antrag über die Kriegsentschädigung, die nationalliberale Entschließung über das Schicksal Estlands und Livlands und die Ausschuß-Resolution über die Ausfallsbürgschaft an den Hauptausschuß zurückverwiesen.

Berichterstatter Abg. **Junck** (ntlb.) berichtet über die weiteren Bestimmungen der Verträge. Er stellt fest, daß Estland und Livland noch der russischen Oberhoheit unterstehen.

Nach scharfer Debatte, an der die Abgg. Westarp (kons.), Dr. Stresemann (ntlb.), Erzberger (Ztr.) und Rehbel (kons.) beteiligten, erklärte

Unterstaatssekretär **von dem Bussche:** Was der Berichterstatter hier mitgeteilt hat, ist durchaus der Standpunkt des Auswärtigen Amtes. Die Gebiete Estland und Livland unterstehen noch der staatlichen Oberhoheit Rußlands. (Zurufe links und im Zentrum: Na also! — Lachen rechts.)

Abg. Dr. **Junck** (ntlb.) berichtet über die Armenierfrage. Die Regierung hat erklärt, daß nach bindigen Versicherungen türkischer Staatsmänner die türkische Heeresleitung gewillt ist, die Armenier milde zu behandeln. Sie hat sich verbürgt, daß bei den türkischen Truppen, die diese Gebiete besetzen, strengste Manneszucht herrschen soll und daß die Bevölkerung nicht für Ausschreitungen einzelner verantwortlich gemacht werden soll.

Unterstaatssekretär **von dem Bussche** erklärt zur Interniertenfrage u. a.: Am letzten Tage, als die Kommission in Petersburg war, ist ein Abkommen mit der russischen Regierung zustande gekommen, dahin, daß die zwangsweise aus den besetzten Gebieten nach Deutschland zur Arbeit verbrachten Personen zurückzuführen sind, sobald die Russen ihrerseits die aus Ostpreußen Verschleppten zurückbringen.

Abg. **v. Trampczynski** (Pole) tritt für Freilassung der in Deutschland zur Arbeit zurückgehaltenen Polen ein.

Der polnische Antrag wird ebenfalls an den Hauptausschuß verwiesen.

Darauf wird der russische Friedensvertrag in zweiter Lesung angenommen, ebenso der Friedensvertrag mit Finnland.

Die Entschließung der Mehrheitsparteien wird gegen die Stimmen der Konservativen und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen, ebenso die Ausschuß-Entschließungen über die Schiedsgerichte und den Arbeiterschutz.

Darauf werden in der Gesamtabstimmung die Friedensverträge mit den Zusatzverträgen auch in dritter Lesung bei Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Mehrheitsgruppe angenommen.

Schlußansprache des Vizepräsidenten Paasche.

Während wir in die Heimat gehen und den politischen Kampf eine Zeitlang ruhen lassen, ist draußen an der Westfront der Kampf mit all seinen Schrecknissen entbrannt, weil unsere Gegner die Friedenshand zurückgewiesen haben und rücksichtslosen Kampf bis zum endgültigen Siege verlangen. Schwere Tage stehen bevor, aber wir dürfen mit stolzem Bewußtsein feststellen, daß im ganzen deutschen Volke das eine und unverbrüchliche Vertrauen zu unseren Heerführern lebt, daß sie, was gut vorbereitet und begonnen wurde, zum guten Ende führen werden. Wir wollen heute mit dem Wunsche auseinandergehen, daß unsere tapferen Truppen und genialen Führer, wenn wir zurückgekehrt sein werden, den Kampf zu einem siegreichen Ende durchgefochten haben, ohne daß dem Volke noch weitere große Opfer zugemutet werden müssen, und daß wir dem allgemeinen Frieden nähergekommen sein werden. (Beifall.)

Nächste Sitzung: 16. April, 3 Uhr: Fall Daimler, Reichspostetat.

(Hierzu eine Beilage.)

Verantwortlich für die Anzeigen: Karl Radloff, Berlin.
Druck und Verlag: Ullstein & Co., Berlin.

Die Begründung Wilsons für den Schiffsraub.

Washington, 20. März.

Reuter meldet: Ein heute veröffentlichter Erlaß des Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigt das Marinedepartement, Schiffe aus dem niederländischen Schiffsregister in den amerikanischen Territorialgewässern zum Gebrauch während des Krieges zu übernehmen und alle diejenigen Schiffe zu benützen, die für wichtige Zwecke im Kriege gegen die Deutschen notwendig sind. Den Schiffseigentümern solle durch das Marinedepartement der Vereinigten Staaten in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Völkerrechtes volle Entschädigung geleistet werden. Die Schiffe sollen durch die Admiralität oder das amerikanische Schiffahrtsamt so bemannt, ausgerüstet und verwendet werden, wie dies zweckdienlich erscheint.

In Verbindung mit der Uebernahme dieser Schiffe erließ Präsident Wilson folgende Verlautbarung:

Seit einigen Monaten haben die Vereinigten Staaten und die Alliierten der Entente mit der niederländischen Regierung Verhandlungen geführt, um ein allgemeines Handelsabkommen zu schließen. Der niederländische Minister des Aeußern hat am 12. d. im niederländischen Parlament einen sehr klaren Bericht über den Charakter dieser Verhandlungen gegeben. Wie aus diesem hervorgeht, bewegte sich die Besprechung auf der Grundlage zweier grundlegender Vorschläge: Es sollten nämlich die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten die Einfuhr von Lebensmitteln und anderen für die Aufrechterhaltung des niederländischen Wirtschaftslebens geforderten Waren nach den Niederlanden erleichtern und außerdem sollten die Niederlande ihre Handelsflotte der gewöhnlichen Tätigkeit zurückgeben.

Es war die Aufgabe der Verhandelnden, besonders die Anwendung der Vorschläge auszuarbeiten, die für die beteiligten Regierungen annehmbar sein würden. Anfang Januar 1918 gelangten die Unterhändler zu einer Verständigung, die in einem vorläufigen Abkommen zum Ausdruck gebracht wurde, das den beteiligten Regierungen unterbreitet wurde zu dem Zweck, es, falls es annehmbar wäre, zu ratifizieren, andernfalls einen Gegenvorschlag zu machen. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge. Die holländischen Delegierten machten Vorschläge in dem Sinne, daß ihre Schiffe eher gegen Bezahlung in den Dienst genommen werden sollten und daß der in den amerikanischen Gewässern stilliegende holländische Schiffsraum mit gewissen Ausnahmen unverzüglich von den Vereinigten Staaten für Zeiträume, die 90 Tage nicht überschreiten, gechartert werden sollte. Dieser Vorschlag wurde von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen. Am 25. Januar 1918 überreichte der niederländische Gesandte in Washington dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten eine Note, die die Bedingungen des Abkommens über die zeitweilige Charterung und deren Annahme durch seine Regierung enthielt. Das Abkommen sah unter anderm vor, daß 150.000 Tonnen holländischen Schiffsraumes nach dem Belieben der Vereinigten Staaten teils im Dienste des belgischen Hilfswerkes, teils für die Schweiz unter sicherem Geleit nach Cette (Frankreich) verwendet werden sollten, daß für jedes nach Holland im Dienste des belgischen Hilfswerkes entsandte Schiff ein entsprechendes Schiff aus Holland nach den Vereinigten Staaten abgehen solle.

Zwei holländische Schiffe, die mit Ladungen von Lebensmitteln in den amerikanischen Häfen liegen, sollten nach Holland gehen und entsprechender Schiffsraum sollte statt dessen von Holland nach den Vereinigten Staaten gesandt werden, um, wie die anderen holländischen Schiffe in den amerikanischen Häfen, gechartert zu werden. Das Abkommen hatte einen ausgesprochen vorübergehenden Charakter, und da es auf die Lage des Augenblickes zugeschnitten war, so war seine schnelle Ausführung wesentlich. Die holländische Regierung ließ sofort durchblicken, daß es diese Chartervereinbarung, die sie selbst vorgeschlagen hatte, nicht ausüben könne oder wolle. Der erste Wunsch der Vereinigten Staaten war, wie es das Abkommen zum Ausdruck brachte, sich sofort Schiffsraum zu sichern, um nach der Schweiz Lebensmittel zu verfrachten, deren sie sehr bedurfte. Man machte eine Schwierigkeit nach der anderen, um die Charterung holländischer Schiffe zur Versendung nach der Schweiz hinauszuschieben. Der Grund, den Holland zwar nie ausgesprochen hat, den man aber kannte, war, daß die holländischen Reeder fürchteten, daß ihre Lastschiffe von den deutschen U-Booten zerstört werden würden, und dies, obwohl es sich um eine Tat der Barmherzigkeit handelt und obwohl sie kein von der deutschen Regierung proklamiertes Sperrgebiet zu durchfahren hatten. Daß diese Furcht nicht völlig unbegründet war, hat sich bedauerlicherweise gezeigt, da die deutsche Regierung erst kürzlich das spanische Schiff „Cardinero" außerhalb des Sperrgebietes versenken ließ, das eine Ladung Getreide für die Schweiz führte, nachdem der Kommandant des U-Bootes durch Besichtigung des Schiffes diese Tatsache festgestellt hatte.

Die holländische Regierung erklärte sich betreffs der belgischen Unterstützungsfrage im Augenblicke außerstande, dem Abkommen zu entsprechen, da die deutsche Regierung ihr zu verstehen gegeben hatte, daß sie die Abfahrt von Schiffen aus Holland gewaltsam verhindern würde, die nach dem Abkommen gleichzeitig nach den Vereinigten Staaten fahren sollten. Die holländische Regierung sah sich sogar außerstande, zwei Ladungen von Lebensmitteln zu sichern, worauf sie nach dem Abkommen Anspruch hatte, weil auch hier die deutsche Regierung dazwischen trat und den holländischen Schiffsraum zu zerstören drohte, der nach Amerika gehen sollte. Fast zwei Monate sind vergangen, seitdem das zeitweilige Charterabkommen zustande kam, und das geplante allgemeine Abkommen blieb noch länger liegen, ohne daß von Holland eine Antwort gekommen wäre. Inzwischen wurden die deutschen Drohungen immer stärker, um ein dauerndes Abkommen zu verhindern und Holland zur Verletzung des zeitweiligen Abkommens zu zwingen. Am 7. März wurde durch England ein letzter Vorschlag, der bis 18. März gelten sollte, Holland übermittelt. Die Antwort, die darauf eingegangen war, war an sich unannehmbar, hätte aber unter anderen Umständen als Grundlage für weitere Verhandlungen dienen können.

Aber die Ereignisse, auf die ich hingewiesen habe, haben schlüssig bewiesen, daß wir zu verhandeln suchten, wo die wesentliche Grundlage für eine Vereinbarung fehlte, nämlich das Vorhandensein freien Willens. Selbst wenn ein Abkommen geschlossen worden wäre, so fehlte die Macht zu unabhängigem Handeln, die allein die Ausführung sichern könnte.

Ich sage das nicht zur Kritik der holländischen Regierung. Ich habe Sympathie für sie in ihrer schwierigen Lage unter der Drohung der Militärmacht, die in jeder Weise ihre Nichtachtung wechselseitigen Rechtes bewiesen hat, aber da dieser Zwang tatsächlich besteht, so bleibt uns nichts anderes übrig, als das, was wir sonst sicher durch ein Abkommen erreicht hätten, durch die Anwendung unseres unbestreitbaren Souveränitätsrechtes zu erreichen. Es sind daher Schritte getan, um den im Bereiche unserer Rechtsgewalt liegenden holländischen Schiffsraum in unseren Dienst zu nehmen. Dieses Verfahren unserseits und ein gleiches Verfahren von seiten der Regierungen unserer Genossen läßt Holland im Besitze reichlichen Schiffsraumes für seinen eigenen und Kolonialhandel und es kann sofort ein Schiff aus Holland senden, um Getreide zu holen, das sein Volk braucht.

Diese Schiffe werden reichlich mit Kohlen versorgt werden und werden unserseits einer Festhaltung nicht unterliegen. Der Liniendampfer „Nieuwe Amsterdam" wird natürlich die Erlaubnis erhalten, nach Holland zurückzukehren mit seinen beiden Ladungen von Lebensmitteln, die wir nach Holland nach dem jeweiligen Charterabkommen zugestanden hätten, wenn Deutschland es nicht verhindert hätte. Den holländischen Reedern wird für die Schiffe, die in unsere Dienste gestellt werden, eine reichliche Entschädigung gezahlt und es wird entsprechende Vorsorge getroffen werden, falls die Schiffe durch eine Aktion des Feindes verloren gehen sollten. Es ist unser ernster Wunsch, die Interessen Hollands und der Holländer in vollstem Maße zu schützen. Indem wir in dieser Krise von unseren anerkannten Rechten Gebrauch machen, alles Eigentum innerhalb unserer Grenzen unter unsere Kontrolle zu stellen, tun wir Holland kein Unrecht. Die Art, wie wir diese Rechte ausüben wollen, und die Vorschläge, die wir Holland zugleich damit gemacht haben, haben Holland nach meiner Ueberzeugung die Aufrichtigkeit unserer Freundschaft für es beweisen müssen.

Erklärungen Lord Robert Cecils über die Wegnahme der Schiffe.

London, 21. März.

Reuter meldet: In der heutigen Sitzung des Unterhauses teilte Blockademinister Lord Robert Cecil mit, daß die verbündeten Regierungen beschlossen haben, alle niederländischen Schiffe in den Häfen der Verbündeten zu requirieren. Der Minister setzte die Bedingungen, unter welchen die Uebernahme stattfinden würde, auseinander und sagte, die verbündeten Regierungen würden versuchen, sich mit den Reedern über die Zahlung von Miete und Versicherungsprämien zu einigen. Sie würden natürlich versuchen, daß der Schiffsraum nach Beendigung des Krieges den Eigentümern zurückgegeben werde, sowie daß die Eigentümer für die Verluste an Schiffsraum, die durch feindliche Unternehmungen entstünden, entschädigt würden. Die verbündeten Regierungen seien bereit, bei ihrem Anerbieten zu bleiben, nach Beendigung des Krieges jedes durch feindliche Unternehmungen verlorengegangene Schiff baldmöglichst zu ersetzen. Für die Repatriierung der Mannschaften werde vorgesorgt werden. Die verbündeten Regierungen gewährleisten, daß alle niederländischen Schiffe, die nach diesem Termin niederländische Häfen verlassen, nicht im Dienste der Alliierten verwendet werden, außer nach einer Vereinbarung. Je 50.000 Tonnen Weizen oder die gleiche Menge Mehl sollen sowohl in einem nordamerikanischen wie in einem südamerikanischen Hafen für die Niederlande möglichst bald bereitgestellt werden. Man hoffe, die niederländische Regierung werde sofort eine genügende Anzahl von in den Niederlanden befindlichen Schiffen aussenden, um diese Vorräte zu holen.

Wegnahme von 38 holländischen Schiffen in Amerika.

Newyork, 21. März.

Reuter meldet: Die Reservemannschaften der Kriegsmarine haben auf Befehl der Regierung in Washington gestern abend 38 holländische Schiffe übernommen. Die holländischen Kapitäne haben, da sie seit mehreren Tagen auf ein solches Vorgehen vorbereitet waren, nicht protestiert.

Bevorstehende Wegnahme der holländischen Schiffe in den englischen Häfen.

London, 22. März.

Das Reutersche Bureau vernimmt, daß die britische Regierung, nachdem die Vereinigten Staaten die Requisition der holländischen Schiffe in den amerikanischen Häfen angeordnet haben, unverzüglich ähnliche Maßnahmen ergreifen wird in bezug auf die holländischen Schiffe in den Häfen des britischen Reiches. Trotz den Erklärungen aus holländischer Quelle über die Entschlüsse, die von der niederländischen Regierung hinsichtlich der Note der Alliierten getroffen worden sein sollen, ist es sicher, daß die britische Regierung keine Mitteilung erhalten hat, die man als eine endgültige Annahme oder eine Verweigerung der Note der Alliierten ansehen kann. Gegenüber der Erklärung des Ministers des Aeußern der Niederlande, wonach die Alliierten sich anschicken, Maßnahmen zu ergreifen, die die Schiffahrt nach den holländischen Kolonien unmöglich machen, ist zu betonen, daß nichts unternommen werden soll, was den holländischen kolonialen Handel unmöglich macht. Es liegt im gegenseitigen Interesse der Alliierten und Hollands, daß dieser Handel fortbesteht.

Bewaffnung der beschlagnahmten Schiffe.

London, 22. März.

Das Reutersche Bureau meldet unter dem 21. d.: Hier verlautet, daß die Regierung die Absicht hat, die gestern beschlagnahmten niederländi-

Vossische Zeitung
24./III. 1918

24
24

Staatssekretär v. Jagow über Lichnowskys Schrift

Der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister v. Jagow, veröffentlicht unter dem Datum München, 20. März, „Bemerkungen zur Schrift des Fürsten Lichnowsky", die zu den einzelnen Punkten folgende Klarstellungen geben:

Sir Edward Greys Programm.

Als ich im Januar 1913 zum Staatssekretär ernannt wurde, erachtete ich eine deutsch-englische Annäherung für erwünscht und eine Verständigung über die Punkte, wo unsere Interessen sich berührten bzw. kreuzten, auch für erreichbar. Ich wollte jedenfalls versuchen, in diesem Sinne zu wirken. Ein Hauptpunkt für uns war die mesopotamisch-kleinasiatische Frage — die sogenannte Bagdadpolitik —, da sie zu einer Prestigefrage für uns geworden war. Wollte uns England dort herausdrängen, so erschien mir ein Konflikt allerdings schwer vermeidlich. Ich habe in Berlin, sobald es mir möglich war, die Verständigung über die Bagdadbahn in Angriff genommen. Wir fanden Entgegenkommen bei der englischen Regierung, das Ergebnis war das bei Ausbruch des Weltkrieges beinahe fertiggestellte Abkommen.

Gleichzeitig liefen die Verhandlungen über die portugiesischen Kolonien, die von Graf Metternich eingeleitet, von Baron Marschall fortgeführt und von Fürst Lichnowsky wieder aufgenommen waren. Weitere Verständigungen über andere, z. B. ostasiatische Fragen, dachte ich später anzuschneiden, wenn die nach meiner Ansicht wichtigste Frage, die der Bagdadbahn, erst geregelt und damit ein vertrauensvolleres Ambiente geschaffen wäre. Die Flottenfrage habe auch ich beiseite gelassen, da eine Verständigung hierüber nach den gemachten Erfahrungen zunächst doch schwierig gewesen wäre.

Orientfragen.

Die Aufrollung der albanischen Frage kann ich übergehen, da sie vor meinem Amtsantritt geschehen war. Allgemein möchte ich jedoch bemerken, daß ein so weitgehendes Desinteressement in Balkanfragen, wie Fürst Lichnowsky es befürwortet, mir nicht möglich erscheint. Es hätte dem Wesen des Bündnisses widersprochen, wenn wir wirklich vitale Interessen unserer Bundesgenossen völlig ignoriert hätten. Auch wir hatten in Algeciras von Oesterreich Sekundantendienste verlangt, und die Haltung Italiens hatte damals ernste Verstimmung bei uns erregt.

Es erschien mir ferner unmöglich, in Gebieten, wo die Interessen der Bündnismächte sich berühren, keine „Dreibundpolitik" zu treiben. Italien wäre dann in Orientfragen völlig in das Ententefahrwasser getrieben und Oesterreich Rußland ausgeliefert worden, der Dreibund wäre tatsächlich damit hinfällig gewesen. Und auch wir hätten, ohne jede Unterstützung unsere Interessen im Orient nicht wahrnehmen können. Daß wir aber große wirtschaftliche Interessen daselbst zu vertreten hatten, leugnet auch Fürst Lichnowsky nicht. Wirtschaftliche Interessen sind aber heutzutage von politischen nicht mehr zu trennen.

Daß man „in Petrograd die Unabhängigkeit des Sultans" wollte, ist eine Behauptung, für die Fürst Lichnowsky wohl den Beweis schuldig bleiben dürfte; es würde aller Tradition der russischen Politik widersprechen. Wenn wir ferner nicht über den von Baron Marschall begründeten Einfluß in Konstantinopel geboten hätten, wäre es uns kaum möglich gewesen, unsere wirtschaftlichen Interessen in der Türkei in dem von uns gewünschten Sinne zu wahren.

Wenn Fürst Lichnowsky ferner behauptet, wir hätten Rußland „unseren naturgemäßen Freund und besten Nachbarn" erst „durch die Orient- und Balkanpolitik in die Arme Frankreichs und Englands gedrängt", so widerspricht das den geschichtlichen Tatsachen. Erst dadurch, daß Fürst Gortschakoff die russische Politik nach dem revanchelüsternen Frankreich orientierte, ist Fürst Bismarck veranlaßt worden, das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn einzugehen; durch das Bündnis mit Rumänien hat er einen Riegel vor das Vordringen Rußlands nach Süden geschoben. Fürst Lichnowsky verurteilt die Grundzüge der Bismarckschen Politik. Unsere Annäherungsversuche an Rußland scheiterten — Björkö beweist es — oder blieben ineffektiv, wie das sogenannte Potsdamer Abkommen. Unser „bester Nachbar" war Rußland auch nicht immer. Unter der Kaiserin Elisabeth, wie jetzt, strebte es nach dem Besitz von Ostpreußen zur Ausdehnung seiner baltischen Küsten und um sich die Vorherrschaft in der Ostsee zu sichern. Das Petersburger „Fenster" hat sich allmählich um Est- und Livland, Kurland und Finnland erweitert und nach Aaland übergegriffen. Polen wurde zum Aufmarschgebiet gegen uns hergerichtet. Der Panslawismus, der immer mehr die russische Politik beherrschte, hatte direkt antideutsche Tendenzen.

Botschafterkonferenz.

Ebensowenig wie Sir E. Grey haben wir gewollt, daß es wegen Albanien zum Kriege käme. Darum haben wir, trotz schlechter Erfahrungen in Algeciras, in eine Konferenz gewilligt. Das Verdienst einer „vermittelnden Haltung" auf der Konferenz soll Sir E. Grey nicht abgesprochen werden; daß er „sich keineswegs auf Seite der Entente stellte", ist denn aber doch wohl etwas viel gesagt. Er hat gewiß öfters in Petersburg (wie wir in Wien) zum Nachgeben geraten und „Einigungsformeln" gefunden, nach außen hin aber vertrat er die Entente, da er ebensowenig wie wir seine Gozien im Stich lassen wollte, noch konnte. Daß wir andererseits „ohne Ausnahme den Standpunkt vertreten" hätten, „der uns von Wien vorgeschrieben wurde", ist absolut unrichtig. Wir haben, wie England, eine ausgleichende Rolle gespielt und auch in Wien weit mehr zur Nachgiebigkeit und Mäßigung geraten, als Fürst Lichnowsky zu wissen scheint oder vorgibt. Wien hat denn auch verschiedentlich weitgehende Konzessionen gemacht (Dibra, Djakowa). Wenn Fürst Lichnowsky, der immer klüger sein wollte als das Auswärtige Amt, und der sich von Ententevertretern offenbar stark beeindrucken ließ, dies nicht gewußt hat, so soll er doch jetzt keine falschen Behauptungen aufstellen! Der Botschafter Szögyeni gehörte selbst nicht zu den Extremen; in Wien war man mit seiner Haltung keineswegs immer zufrieden. Daß der Botschafter, mit dem ich beinahe täglich verhandelte, fortgesetzt den Refrain des casus foederis spielen ließ, ist mir gänzlich unbekannt. Richtig ist allerdings, daß Fürst Lichnowsky in Wien schon von früher her nicht als Freund Oesterreichs galt. Doch sind mir Klagen über ihn mehr von seiten des Marquis San Giuliano, als von seiten des Grafen Berchtold zu Ohren gekommen.

Rußland hat keineswegs „überall vor uns zurückweichen" müssen, es hat im Gegenteil verschiedentlich „den serbischen Wünschen Erfolg" verschafft, sogar einige Städte und Landstriche, die als rein oder vorwiegend albanisch gelten konnten, wurden Serbien zugeteilt. Für Rußland liegen an der Adria keine vitalen Interessen vor, wohl aber für unsere Bundesgenossen. Hätten wir uns, wie Fürst Lichnowsky zu wollen scheint, durchweg auf den russischen Standpunkt gestellt, so wäre das Ergebnis eine Demütigung Oesterreich-Ungarns und damit eine Schwächung unserer Gruppe gewesen. Fürst Lichnowsky scheint immer nur besorgt, daß Rußland nicht gedemütigt werde, eine Demütigung Oesterreichs ist ihm offenbar gleichgültig.

Wenn Fürst Lichnowsky sagt, daß unsere „Austrophilie" nicht geeignet gewesen wäre, „Rußland seinen asiatischen Interessen zuzuführen", so ist mir nicht recht klar, was damit gemeint sein soll. Nach einer mißglückten Diversion nach Ostasien — im japanischen Kriege hatten wir Rußland begünstigt, ohne je Dank zu ernten! — hat Rußland gerade seine auf den europäischen Orient (Balkan und Konstantinopel) gerichtete Politik mit verstärktem Impuls wieder aufgenommen. (Balkanbund, Buchlau, Iswolski usw.)

Balkankonferenz und zweiter Balkankrieg.

Daß Graf Berchtold gewisse Neigungen für Bulgarien auch in dessen Differenzen mit Rumänien an den Tag legte, ist richtig; daß wir dies „natürlich mit ihm" getan, ist aber durchaus falsch. Mit unserer Begünstigung hatte König Carol die Genugtuung des Bukarester Friedens. Das österreichisch-ungarische Kabinett hat ganz sicher nicht geglaubt — wie Fürst Lichnowsky behauptet — bei „einer Revision desselben auf unsere Unterstützung rechnen zu können". Daß Marquis San Giuliano „uns davor gewarnt haben soll, schon im Sommer 1913 in einen Weltkrieg verwickelt zu werden", weil damals in Oesterreich „der Gedanke eines Waffenganges gegen Serbien" Eingang gefunden hätte, ist mir ganz unbekannt. Ebensowenig weiß ich, daß Herr v. Tschirschky — der allerdings von Natur etwas zum Pessimismus neigte — im Frühjahr 1914 erklärt haben soll, es gäbe bald Krieg. Ueber die „wichtigen Vorgänge", welche Fürst Lichnowsky hier vermutet, habe ich mich also in der gleichen Unkenntnis befunden, wie er selbst! Vorgänge, wie der englische Besuch in Paris —, der erste Sir Edward Greys auf dem Kontinent —, werden dem Botschafter ja bekannt gewesen sein, und von dem geheimen russisch-englischen Marinekommen haben wir ihm Mitteilung gemacht — er wollte allerdings nicht daran glauben!

Kolonialvertrag.

Wenn Fürst Lichnowsky sich rühmt, daß es ihm gelungen sei, dem Vertrag eine unseren Wünschen entsprechende Form zu geben, so soll ihm dies Verdienst nicht genommen werden, es bedurfte allerdings verschiedentlich starken Druckes, um ihn zu bewegen, einzelne unserer Wünsche mit mehr Nachdruck zu vertreten.

Wenn Fürst Lichnowsky sagt, daß er die Ermächtigung zum endgültigen Abschluß des Vertrages erhalten habe, nachdem er vorher behauptet, „der Vertrag war somit gefallen", so enthält das einen Widerspruch, dessen Erläuterung dem Fürsten überlassen werden kann. Lichnowskys Behauptung aber, daß wir die Veröffentlichung hinausgezogen hätten, weil der Vertrag für ihn „ein öffentlicher Erfolg" gewesen wäre, den wir ihm nicht gegönnt hätten, ist eine unerhörte Insinuation, die sich nur aus seiner egozentrischen Auffassung der Dinge erklären läßt.

Der Vertrag hätte seine praktische und moralische Wirkung verfehlt — einer seiner Hauptzwecke war, eine gute Atmosphäre zwischen uns und England zu schaffen — wenn seine Veröffentlichung von heftigen Angriffen gegen das „perfide Albion" in unserer anglophoben Presse und in unserem Parlament begrüßt worden wäre. Hierzu hätte aber bei unserer damaligen inneren Lage die gleichzeitige Bekanntgabe des sogenannten Windsor-Vertrages unzweifelhaft Anlaß gegeben. Und das Geschrei über englische Heimtücklichkeit, das der innere Widerspruch zwischen dem Wortlaut des Windsor- und unserem Vertrage zweifellos hervorgerufen hätte, hätte sich vor unserer öffentlichen Meinung durch die Versicherung englischer bona fides schwerlich entkräften lassen. In berechtigter Vorsicht beabsichtigten wir die Veröffentlichung erst in einem geeigneten Moment eintreten zu lassen, wo die Gefahr abfälliger Kritik nicht mehr so akut war, wenn möglich, gleichzeitig mit der Bekanntgabe des Bagdad-Vertrages, der auch kurz vor dem Abschluß stand. Die Tatsache, daß zwischen England und uns zwei große Agreements zustande gekommen wären, hätte die Aufnahme wesentlich begünstigt und auch über den Schönheitsfehler des portugiesischen Abkommens leichter hinweggeholfen. [illegible] war Rücksicht auf den Effekt des Abkommens, mit dem wir eine Besserung unserer Beziehungen zu England, aber keine neue Trübung zu erzielen wünschten, welches unser Zögern verursachte.

Richtig ist, daß — wenn auch in zweiter Linie — auch Rücksicht auf die gerade damals erstrebte Erwerbung von wirtschaftlichen

Vossische Zeitung

24./III. 1918

17
25

Das politische Programm Litauens.

Von

Professor Dr. Ludwig Stein.

Nach dem Empfang beim Reichskanzler versammelte sich die litauische Abordnung mit Vertretern des Auswärtigen Amtes zu einem Frühstück im Hotel Kaiserhof, bei dem bemerkenswerte Ansprachen gehalten worden sind. Von litauischer Seite nahmen teil: der Präsident des Litauischen Landesrat A. Smetona, die beiden Vizepräsidenten Dr. Georg Schaulis, der Geistliche Standaitis und der Rechtsanwalt Klevsis, ferner der Prälat Olschauskis, der seinerzeit, wie bekannt, im Hauptquartier die litauischen Angelegenheiten zum Vortrag bringen durfte, endlich Baron v. Ropp. Die litauische Verwaltung war durch den Chef der Militärverwaltung Oberost, General v. Falkenhausen, das Kriegsministerium durch den Grafen v. Büdingen, das Auswärtige Amt durch Ministerialdirektor Deutelmoser, Geheimrat Nadolny, Graf Matuschka, Stellvertreter des Grafen Keyserlingk und Dr. Meyer vertreten. Präsident Smetona hielt in deutscher Rede einen Trinkspruch auf das Wohl des Deutschen Kaisers und auf das mächtige Deutsche Reich. Der Chef der Militärverwaltung Oberost, v. Falkenhausen, sagte in seinem Trinkspruch, das Deutsche Reich wolle die Beziehungen zum litauischen Staate immer inniger und freundschaftlicher gestalten; sein Glas gelte dem soeben aus der Taufe gehobenen neuen litauischen Staatswesen.

Wie dieses litauische Staatswesen zu gestalten und auszubauen sei, das war der Gegenstand einer eingehenden Unterhaltung, die ich mit den litauischen Delegierten hatte. An den Besprechungen nahmen u. a. Präsident Smetona und Vizepräsident Dr. Schaulis teil. Was zunächst die Staatsform betrifft, führten die Herren aus, habe man sich im Landesrat mit überwiegender Mehrheit dahin geeinigt, daß im gegebenen Augenblick die konstitutionelle Monarchie die für Litauen geeignetste Staatsform sei. Auf einen bestimmten Monarchen habe man sich noch nicht geeinigt, und amtliche Verhandlungen sind mit keinem Dynastenhause angeknüpft worden. Wenn von dieser oder jener Seite unverbindliche Vorbesprechungen stattgefunden haben, so präjudizierten solche Vorverhandlungen eine Königswahl um so weniger, als erst die Konstituante, die auf Grund eines breiten Wahlrechts zusammentreten wird, das letzte Wort darüber zu sprechen hat. „Eine Personalunion", so erklärte Präsident Smetona, „lehnen wir Litauer grundsätzlich ab, da wir mit der verfassungsrechtlichen Form der Personalunion geschichtlich die denkbar schlechtesten Erfahrungen gemacht haben, und zwar sowohl mit Polen wie auch mit Rußland. Deshalb ziehen wir ein selbständiges Staatswesen mit monarchischer Spitze vor."

Ein junges Volk, das politisch keine Erfahrungen hat, sei für die republikanische Staatsform nicht reif. „Ohne grundsätzliche Stellungnahme zu den Vorzügen oder Nachteilen einer bestimmten Staatsverfassung," sagte Smetona, „halte ich es angesichts der augenblicklichen Konstellation, besonders mit Rücksicht auf das abschreckende Beispiel der russischen Bolschewiki, für dringend geboten, daß für Litauen zurzeit die konstitutionelle monarchische Regierungsform als die einzige ernstlich in Frage kommt. Ohne also der kommenden Konstituante vorgreifen zu wollen, darf ich es als Willensausdruck der litauischen Tarybа (Landesrat), zum mindesten in der Zusammensetzung ihrer jetzigen Mehrheit, aussprechen, daß wir uns letzten Endes, auch in der Konstituante, für die monarchische Regierungsform entscheiden werden.

„Was die religiösen Verhältnisse betrifft, so streben die Litauer keine Nationalkirche an, wie dies seitens der Ukrainer geschieht und auch vielfach von führenden Rumänen gefordert wird, sondern die Litauer wollen im Schoße der römisch-katholischen Kirche bleiben, wenn Rom aufhört, uns gewaltsam in die Arme der Polen zu treiben. Bei jedem Zwang zum Anschluß an die Polen hat man in Litauen eine „Los-von-Rom-Bewegung" zu gewärtigen. Außerdem verlangen wir einen eigenen römisch-katholischen Primas, wie ihn etwa die Ungarn haben.

„Gegen ein besonderes Weiß-Rußland mit dem Mittelpunkt von Minsk als Hauptstadt haben wir keinerlei Bedenken, wenn auch Minsk früher zu Groß-Litauen gehört hat. Aber wenn Weiß-Rußland unter polnische Herrschaft kommen sollte, so käme dies einer Vergewaltigung der weiß-russischen Bevölkerung gleich, und eben damit würde es für Litauen eine Gefahr in sich schließen, der wir vorbeugen müssen. Wir wollen keinen polnischen Korridor von Grodno über Mohilew nach Witebsk. Wir verstehen auch nicht, welchen Anspruch die Polen auf Minsk oder Grodno erheben könnten, die ja auch zur Zeit der polnisch-litauischen Union zu Groß-Litauen gehört haben.

„Die Beschlüsse des litauischen Landesrats zeigen eine strenge Folgerichtigkeit. Die Wilnaer Konferenz vom 18. bis 23. September 1917 hat die Grundzüge festgelegt, die in unserer heutigen Eingabe an die Kaiserlich Deutsche Regierung formuliert sind. Im Beschluß der Tarybа vom 11. Dezember 1917 war latent alles enthalten, was in der Konferenz vom 16. Februar 1918 nur schärfer hervorgehoben worden ist. Die heute erfolgte Sanktion durch die Kaiserlich Deutsche Regierung und den Deutschen Kaiser bedeutet somit nur die Krönung unseres politischen Werkes, dessen verfassungsrechtliche Grundlagen von der Wilnaer Konferenz festgelegt worden sind. Die kommende Konstituante, die auf Grund eines neuen Wahlrechts entstehen wird, dürfte zweifelsohne alles gutheißen, was die bisherige litauische Tarybа beschlossen und in ihrer heutigen Eingabe dem Reichskanzler unterbreitet hat.

Wilna ist nach der heutigen kaiserlichen Erklärung endgültig als Hauptstadt Litauens anerkannt. Im Gegensatz zur polnischen Statistik, die ganz anders geartete Zahlen aufweist, haben wir Litauer auf Grund einer Volkszählung vom Jahre 1915 festgestellt, daß in Wilna nur 3—4000 Polen, 33 000 litauischsprechende Litauer, 35 000 polonisierte oder weißrussische Litauer, deren Eltern noch litauisch gesprochen haben, leben, dazu 70 000 Juden, die sich neutral verhalten und die letzten Endes sich auf jene Seite schlagen werden, die die Regierungsmacht in der Hand behält. Da wir den Juden alle Rechte als freie Bürger Litauens ebenso einräumen, wie den Deutschen, Polen und jeder anderen Minderheit, so zweifeln wir keinen Augenblick daran, daß sich die Juden, sobald der Staat Litauen auf eine feste Grundlage gestellt ist, auf die litauische Seite schlagen werden. Was die Gesamtbevölkerung Litauens betrifft, so dürfte der litauische Staat auf einem Gebietsumfang von 80—90 000 Quadratkilometern drei Millionen Litauer umfassen. Dazu treten etwa 1 Million Emigranten, die zumeist in Amerika leben, so daß zusammengenommen 4 Millionen litauisch sprechender Menschen vorhanden sind.

„Das Verhältnis der Litauer zu den Ukrainern ist das denkbar beste. Es bestehen zwischen uns," so führte Präsident Smetona aus, „keinerlei Reibungsflächen. (Während der Präsident diese Worte sprach, trat gerade ein ukrainischer Delegierter ins Zimmer, der die Ausführungen des Präsidenten über die Ukraine rückhaltlos bekräftigte.) Gerade weil unsere Gemeinsamkeiten mit den Ukrainern so enge und innige sind, können wir nicht zugeben, daß sich ein polnischer Keil zwischen Litauen und Ukraine einschiebt. Auch mit den Weiß-Ruthenen verstehen wir uns glänzend. Uebrigens haben die Weiß-Ruthenen in einer Eingabe an den General Hoffmann ausgeführt, daß sie zwar einem Anschluß an die Litauer sich geneigt zeigen, aber unter keinen Umständen zu Polen geschlagen sein wollen.

„Was endlich das kommende litauische Wahlrecht anbelangt, so muß auf den Charakter des litauischen Volkes Rücksicht genommen und ein Wahlrecht auf demokratischer Grundlage eingeführt werden. Wir Litauer stützen uns im wesentlichen auf die breiten Massen des Volkes, und zwar vorwiegend auf den Kleingrundbesitz, während der Großgrundbesitz vielfach in polnischen Händen ist. Der Mittelstand ist noch unentwickelt, die Intelligenzschicht vergleichsweise dünn. Eine Gefahr der Bolschewikisierung besteht für Litauen nicht. Der gesunde Sinn unseres Volkes hat für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Gesittung volles Verständnis, so daß das abschreckende Beispiel der russischen Bolschewiki nur ernüchternd gewirkt hat. Aber auch eine andere Gefahr wird der junge litauische Staat zu beseitigen wissen, nämlich die Unterdrückung der Minderheiten. Wir selber waren jahrhundertelang so sehr in der Minderheit, daß wir allen Minderheiten, auch den polnischen und jüdischen, volle Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Kräfte und geistigen Fähigkeiten gewährleisten werden, zumal das Aufstreben und Gedeihen dieser Minderheiten mit ihren großen und mannigfachen Talenten dem heute aus der Wiege gehobenen litauischen Staate nur Segen bringen kann."

* * *

Der litauische Landesrat, dessen Vertreter gestern dem Reichskanzler gegenüber die Selbständigkeit ihres neuen States und seine Anlehnung an das Deutsche Reich ausgesprochen haben, ist ebenso wie die Vertretungskörper in den anderen russischen Randstaaten ein provisorisches Gebilde. Seine Beschlüsse sollen später einer auf demokratischen Wahlen beruhenden konstituierenden Versammlung vorgelegt werden. Immerhin ist der Landesrat Vertretrn der verschiedenen litauischen Parteien zusammengesetzt. m wesentlichen zerfällt er in zwei Gruppen, eine ausgeprägt onale mit stark betonter kirchlicher Gesinnung, und eine sozialis e, die mit den nichtlitauischen Bevölkerungsteilen, Polen und den, sympathisiert.

Der Landesrat entstand im September v. Js. auf der Grundlage einer vorher abgehaltenen Konferenz der Parteiführer in Wilna. Unter dem Einfluß der oben erwähnten rechtsstehenden Gruppe nahm er am 11. Dezember eine Entschließung an, wonach die Unabhängigkeit Litauens erklärt und der enge Anschluß an das Deutsche Reich bewirkt werden sollte. Die linke (sozialistische) Gruppe neigte dazu, das staatsrechtliche Verhältnis zu Rußland nicht aufzulösen. Aber auch die rechte Gruppe trat nicht mit bedingungsloser Konsequenz für das Programm vom 11. Dezember ein. So weigerte sich der Landesrat, während der Verhandlungen von Brest-Litowsk, die Unabhängigkeitserklärung Litauens an die russische Regierung bekanntzugeben und die Reihe ähnlicher Erklärungen aus den übrigen Randgebieten zu vervollständigen. Inzwischen trat auch eine Verstärkung des linken Flügels im Landesrat ein, indem die Rechte den Sozialisten auf ihren Wunsch zwei Mandate abtrat.

Erst Ende Januar beschloß der Landesrat, die Unabhängigkeit Litauens an Rußland zu notifizieren. Die Folge davon war der Austritt der Sozialisten aus dieser Körperschaft. Am 16. Februar faßte der Landesrat einen neuen Beschluß über die Selbständigkeit Litauens, der das Verhältnis zu Deutschland aber nicht in derselben Weise kennzeichnete wie der erwähnte Beschluß vom 11. Dezember. Die Verhandlungen zwischen dem Landesrat und der deutschen Regierung haben bis in die letzten Tage hinein gedauert. Auch in der litauischen Presse wurde die Frage des Anschlusses an Deutschland lebhaft und nicht immer freundlich diskutiert. Die Einigung, auf Grund deren die Sozialisten wieder in den Landesrat eintraten und die zu der nunmehr Deutschland gegenüber abgegebenen Erklärung führte, hat erst am 19. März stattgefunden.

Die Frage der litauischen Grenzen ist noch nicht endgültig geregelt. Wie wir schon in der gestrigen Abendausgabe erwähnten, gibt es auch hier wieder eine Anzahl strittiger Gebiete. Insbesondere die Stadt Minsk mit dem dazu gehörigen Umkreis bildet ein Streitobjekt, vor allem zwischen Litauern und Polen. Es ist anzunehmen, daß von deutscher Seite die litauischen Ansprüche nicht bekämpft werden, und daß die polnischen Wünsche auf Einverleibung von Bialystok, Wilna, Grodno und des Waldes von Bjalowesch keine Berücksichtigung erfahren werden.

oft.

eich-Ungarns.

Bezugspreise

ostäglich zweimaliger Zustellung für Wien:
monatlich . . . . . K 5.—
vierteljährlich . . . . . „ 14.50
halbjährlich . . . . . „ 29.—

Für Oesterreich-Ungarn:
bei täglich zweimaliger Postversendung
monatlich . . . . . K 5.90
vierteljährlich . . . . . „ 17.50
halbjährlich . . . . . „ 35.—
bei täglich einmaliger Postversendung
monatlich . . . . . K 5.20
vierteljährlich . . . . . „ 15.50
halbjährlich . . . . . „ 31.—

Einzelpreise:
Morgenblatt . . . . . 16 h
Sonn- und Feiertagsblatt . 20 „
Nachmittagsblatt . . . . . 6 „

Für Deutschland:
viertelj. Kreuzbandsend. K 18.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

Länder des Weltpostvereines:
viertelj. Kreuzbandsend. K 23.—

8 XXV. Jahrgang

Schlacht in Frankreich

nd 25.000 Gefangene eingebracht.

heutigen Deutschen Reiches und Oesterreichs hatten. Von diesem mitteleuropäischen Zentrum aus ist das ganze heutige europäische, amerikanische und wohl auch ein Hauptteil des asiatischen, afrikanischen und australischen Staatenorganismus erwachsen. Diesem Zentrum gegenüber sind alle andern Staaten außer Oesterreich und dem Deutschen Reiche exzentrisch, Ausstrahlungen dieses Zentrums.

Das sind historische Tatsachen, die aus Voraussetzungen der Geographie folgen; sie können vorübergehend verdunkelt werden, aber sie müssen sich immer wieder Geltung verschaffen können. Dieses geschichtliche Mitteleuropa war immer das Zentrum der neueren Weltgeschichte, sonst wäre doch das heilige römische Reich deutscher Nation schon längst, schon im frühen Mittelalter auf Franzosen, Spanier, Engländer, Italiener übergegangen. Auch in den Zeiten des Deutschen Bundes waren die beiden mitteleuropäischen Großmächte, wenn sie eins waren, die Herren der Welt, die Richter des allgemeinen Friedens, trotz des täuschenden Zaubers und lähmenden Schreckens, der manchmal von Petersburg, Paris und London oder Oxford ausging.

Wenn wir hier vom Standpunkt aller Wissenschaft so entschieden für den organischen Begriff „Mitteleuropa" eintreten, für den unbedingtesten Bund mit dem Deutschen Reich, so darf uns dabei nicht die etwaige Antipathie gegen die Person Friedrich Naumanns irremachen und gegen sein oberflächliches Buch über Mitteleuropa. Naumann ist ja auch von jenem doktrinären Staatssozialismus oder Katheder-sozialismus ausgegangen, der als verschleierte Sozialdemokratie dem christlichen, dem katholischen Sozialismus des reichsdeutschen Zentrums, der christlichsozialen Partei in Oesterreich und dem Standpunkt Papst Leos XIII. widerspricht. Dieser rein mechanische und mechanisierende Staatssozialismus ist ja auch durch die schweren Erfahrungen im Weltkrieg widerlegt worden. Er widerspricht dem organischen Wirtschaftsleben. Der Staat kann dem Wirtschaftsleben seine Gesetze ebensowenig vorschreiben, als er dem Menschen vorschreiben kann, wie viele Pulsschläge in der Minute er haben soll. Unsere Zeit leidet an dem Aberglauben an die Macht der Verordnungen, der Konstitutionen, der Konstruktionen. Daher die sonderbare Erscheinung, daß sich alle Staaten des 19. Jahrhunderts Konstitutionen nach dem Muster der englischen Konstitution gegeben haben, die bekanntlich niemals aufgeschrieben worden ist. Darum sind auch Verfassungsänderungen oder Verbesserungen, von denen man jetzt so viel redet, gar nicht so dringend, wie die Klärung der Geister. Auf den Geist kommt es an. Lernt Geschichte, o Zeitgenossen, und ihr werdet auch die Entwicklung der wunderbaren Gegenwart besser verstehen! Der Ausdruck „Mitteleuropa" im jetzt gebräuchlichen Sinn ist viel älter als Friedrich Naumann, er liegt dem Wirken Friedrich Lists und Konstantin Frantz' zugrunde, ich habe ihn zuerst bei Metternich gefunden, dessen Schriften leider auch unserer Zeit ganz unbekannt sind, weshalb sie mit der Frechheit der Ignoranz über ihn aburteilt.

Die Irrtümer, die über das althistorische und geographische Mitteleuropa bestehen, sind übrigens entschuldbar durch das Vorgehen jener Publizisten und Historiker, die die deutsche Reichsgründung von 1871 und den Zweibund von 1879 wie etwas ganz Neues, früher niemals Dagewesenes darstellen, als ob erst seit dieser Zeit sich ein beachtenswertes Mitteleuropa erhoben hätte, als ob früher das Chaos, das Nichts hier geherrscht hätte. Wenn aber die Geschichte und die Geographie Wissenschaften sind, von denen man etwas lernen kann, dann lehren sie uns die naturgeschichtliche und weltgeschichtliche Notwendigkeit des

Der organische Bund der Mittelmächte.

Von Dr. Richard v. Kralik.

Die Kritiken, die in den letzten Tagen von reichsdeutscher wie von österreichischer Seite über den ewigen, unauflöslichen und unkündbaren mitteleuropäischen Bund ergangen sind, haben einige Verwirrung in der öffentlichen Meinung angerichtet, weniger durch die Verschuldung der beiden Urheber der Kritik, Lichnowsky und Lammasch, als vielmehr infolge der Indiskretion der Zwischenmänner. Aber abgesehen von dieser verschiedenartigen moralischen Wertung scheint es in diesem Zeitpunkt der höchsten Entscheidungen unumgänglich notwendig zu sein, die objektiven Irrtümer der beiden Kritiken nicht unbesprochen zu lassen. Diese negative Kritik am Bund der zunächst beteiligten beiden Mittelmächte Europas beruht nämlich auf dem Gegensatz einer doktrinär-mechanistischen Auffassung der Politik zu einer geschichtlich-organischen Auffassung. Die in den Handbüchern alphabetisch aufgezählten Staaten der Erde sind nicht gleichwertige mathematische Größen, die man addieren kann. Auf dieser falschen Vorstellung beruht die Idee eines allgemeinen Verbandes der Staaten, wie er auch dem „Professor" Wilson vorzuschweben scheint, mit künstlichen Einrichtungen zur Schlichtung von Differenzen. Die Staaten sind aber vielmehr selbstgewachsene Organismen, in welche der einzelne Mensch hineingewachsen ist, die er nicht gemacht hat, und auch die ganze Menschheit ist ein solcher Organismus höherer Ordnung. Aller Fortschritt beruht hier auf dem Wachstum von innen heraus, nicht auf dem Zusammensetzen. So wenig ein ganzer Mensch aus verschiedenen Armen, Beinen usw. zusammengeleimt oder geflickt werden kann, so wenig kann auf doktrinäre Weise ein Menschheitsbund, oder ein europäischer Bund anders entstehen, als durch organisches Wachstum. Der Mensch ist ein Organismus, der aus Organen und aus organischen Zellen, selbständigen Organismen besteht. So auch die Familie, die Gemeinde, der Staat, das Reich. Unsere heutigen Staaten sind nicht vom Storch gebracht worden, sondern sie sind seit dem Niedergang des Altertums, des altrömischen Weltreiches, herausgewachsen aus der mitteleuropäischen Völkerwanderung, die seit den Cimbern (113 v. Chr.) und den Markomannen, Goten, seit Attila, ihr Zentrum in den Gebieten des

1918 — Nr. 285

Vierteljährl. Bezugspreis: in Köln 3 ℳ 25 ₰, einschl. Bestellgeld, bei den auswärtigen Vertretungen 10 ℳ 50 ₰, einschl. Bestellgeld, bei den deutschen Postanstalten 9 ℳ 90 ₰, ausschließl. Bestellgeld.
Preis für die Anzeigenzeile oder deren Raum 70 ₰ } zuzüglich 20% Kriegszuschlag
für die Reklamezeile oder deren Raum 3 ℳ }
Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Vertretungen: Koblenz C. Heidenheim, Löhrstr. 129. **Krefeld** J. P. Houbas **Lennep** Ad. Mann. **Mainz** Mainzer Verlagsanstalt. **Mannheim** D. Frenz. **Mülheim** (Ruhr) H. Baedekers Buchhdl. **M.-Gladbach** R. Schellmann. **Neuß** H. Garenfeld, **Neuwied** Felix Trumm. **Remscheid** C. A. Kochenrath. **Rheydt** O. Berger. **Ruhrort** Andreae & Co. **Saarbrücken** 3 C. Schäfer, Sulzbachstr. 15. **Siegburg** A. Fritz, Zeughausstr. 4. **Solingen** Bd. Elven. **Wiesbaden** H. Gieß. — **Sonst. Vertret. in Deutschland:** in allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank. **Bremen** Herm. Wilker, Wilh. Scheller.

An

Im Felde, 23. 3. 18.

die verehrliche Schriftleitung der

Kölnischen Zeitung.

Sie wünschen von mir ein ermunterndes Wort für Zeichnung der neuen Kriegsanleihe. Ich wüßte nicht, mit welcher neuen Wendung ich einen alten, klaren Gedanken zum achten Male schmackhaft machen sollte. Die einzig wahre und durchschlagende Empfehlung der Kriegsanleihe wird derzeit blutigrot auf den Gefilden von Cambrai und St. Quentin geschrieben. Wer diese Sprache nicht versteht und auf sich wirken läßt, der wird durch schöne Worte gewiß nicht verständiger und zum Öffnen der Hand geneigter.

Mit vaterländischem Gruße

Ihr sehr ergebener
v. Gallwitz
Gen. d. Art.

Die Regelung der Ostfragen. I.

Von Dr. Philipp Hiltebrandt.

Die Neuordnung der politischen Verhältnisse im Osten war trotz aller Einwände, die man gegen sie erheben kann, der Lage der Dinge nach die einzig mögliche und zugleich die einzig richtige. Der Gedanke unsrer sogenannten Ostorientierten, uns durch Herausgabe unsrer Eroberungen zur Herstellung des kontinentalen Zusammenschlusses gegen England und des deutsch-russisch-japanischen Dreibundes gegen das Angelsachsentum die Freundschaft der Russen zu erkaufen, beruhte auf falschen Voraussetzungen und Hoffnungen. Seit langem, mochten wir sie auch noch so sehr umwerben, wollten die Russen sich nicht mehr von uns lieben lassen. Rußland konnte sich ebenso wie England nur mit einem schwachen und abhängigen Deutschland vertragen. Je einiger und stärker Deutschland wurde, desto mehr erkalteten die deutsch-russischen Beziehungen. Man kann diese Entwicklung vom Beginn der deutschen Einigungsbewegung an beobachten: Olmütz, der Krieg von 1870/71, der Berliner Kongreß, die bulgarische Frage von 1886, das russisch-französische Bündnis und endlich der Verband mit England bilden die einzelnen Etappen auf dieser absteigenden Linie. Bismarck und Bülow vermochten durch ihre geschickte Diplomatie unter Ausnutzung der überlieferten Beziehungen der beiden Herrscherhäuser diese Entwicklung zu verlangsamen und gelegentlich sogar zum Stillstand zu bringen. Jedesmal aber, wenn die deutsche Politik in weniger gewandte Hände geriet, erfolgte trotz aller Gegenbemühungen von deutscher Seite sofort ein weiteres Absteigen auf dieser schiefen Ebene.

Denn im russischen Volke waren Deutschland und die Deutschen immer verhaßt: man braucht darüber nur in der russischen Literatur bei Dostojewski, Tolstoi und andern nachzulesen. Die verachtete Bureaukratie war von den Deutschen in Rußland eingeführt. Überall fühlte sich das russische Volk durch deutsche Bankiers, Kaufleute und Gewerbetreibende ausgebeutet. Sie galten zusammen mit den Juden als die finanziellen Blutsauger Rußlands. Die russische Industrie und die russische Landwirtschaft glaubten sich durch den Handelsvertrag von 1904 aufs schlimmste übervorteilt. Die russische Intelligenz stand unter dem Einfluß der französischen Bildung, und die russischen Zeitungen hetzten seit den 70er Jahren in steigendem Maße gegen Deutschland. Die Liberalen vom Schlage Miljukows, die Demokraten und Sozialisten von der Art Kerenskis und Trotzkis sahen in Deutschland nichts andres als einen absolutistischen Militär- und Beamtenstaat, der zerschmettert werden mußte, wenn das Zarentum in Rußland verschwinden und die Demokratie zum Siege kommen sollte. Die Panslawisten erblickten in Deutschland das Haupthindernis ihrer Pläne auf die Meerengen und auf dem Balkan; für sie stand es seit 1879 fest, daß der Weg nach Konstantinopel über Berlin führe. So bildeten die einzigen Stützen der deutsch-russischen Freundschaft das Zarentum und die Balten in den hohen Regierungsstellen. Aber das deutsche Beamtentum wurde immer mehr verdrängt, und das Zarentum wurde beständig schwächer. Der Weltkrieg hat vollends zwischen Deutschland und Rußland einen roten Strich gezogen. Das russische Volk bis in seine untersten Schichten ist fest davon überzeugt, durch den deutschen Militarismus meuchlings überfallen worden zu sein. Der Kampf gegen Deutschland war ein Volkskrieg im wahrsten Sinne des Wortes; alle Kreise des Volkes, selbst die Nihilisten, nahmen an ihm mit Begeisterung teil, und er wurde mit einem unsäglichen Opfermut von russischer Seite geführt. Millionen von Russen wurden in seinem Verlauf getötet, weitere Millionen zu Krüppeln geschlagen, und die Schuld an all diesem namenlosen Unglück fiel nach dem Glauben des russischen Volkes den Deutschen zu. Der Zar, der den Krieg nicht hatte verhindern können, hätte ihn noch weniger durch einen Separatfrieden vorzeitig beendigen können, wenn er nicht bei der Stimmung der Reichsduma und des Volkes die Krone aufs Spiel setzen wollte.

Mit dem Sturze des Zarentums und dem Siege der Demokratie fiel der einzige und letzte Faktor dahin, auf dem man noch eine russisch-deutsche Verständigung hätte aufbauen können: für das russische Volk unter Führung der westlich orientierten Demokraten ist und bleibt Deutschland der Erbfeind Rußlands. Die Dinge liegen somit heute für Deutschland Rußland gegenüber ganz anders, als sie 1866 für Preußen Österreich gegenüber lagen. Die Berufung unsrer Ostorientierten auf Bismarck trifft deshalb in keiner Weise mehr zu. Der Krieg von 1866 hat kaum einen Monat gedauert: er war weit mehr ein Kabinettskrieg denn ein Volkskrieg gewesen. Wenn man auf Eroberungen auf direkte Kosten Österreichs verzichtete, konnte man hoffen, Österreich zu versöhnen. Und doch ist Österreich 1870/71 nur durch die überraschende Schnelligkeit der deutschen Siege und durch die Haltung Rußlands von einem Eingreifen zugunsten Frankreichs abgehalten worden, und erst der schwere Druck der panslawistischen Gefahr hat es zum Bündnis mit Deutschland veranlaßt. Im Hinblick auf Rußland liegen heute die Dinge vollkommen anders. Selbst im Falle eines Verzichtfriedens von deutscher Seite blieb Deutschland, wenn es nicht auch die Türkei den Russen opfern wollte, für Rußland der einzige Feind, der Rußland um seinen herkömmlichen Einfluß auf dem Balkan und den erträumten Besitz von Konstantinopel gebracht hatte. Weder mit Frankreich, noch mit Amerika, noch auch mit England hat Rußland irgendwelche Gegensätze schwerwiegender Art. Wie wenig Wurzel asiatische Eroberungspläne im russischen Volke haben, hat der Russisch-Japanische Krieg gezeigt, und Konstantinopel ist den Russen von England überlassen worden. An diesen Tatsachen hätte auch die geschickteste deutsche Diplomatie wenig ändern können. Sie treiben Rußland mit Naturgewalt auf die Seite der drei deutschfeindlichen atlantischen Mächte. Die Koalition von Ost und West, die Einkreisung, hätte nach dem Kriege weiter fortbestanden, wenn auch vorerst vielleicht in stillern Formen. Ein mit dem atlantischen Dreibund verbundenes, mit englisch-amerikanischem Gelde reorganisiertes und ausgebautes Rußland, das seine Bevölkerung um jährlich 2½ Millionen und seine Soldaten um eine Viertelmillion vermehrte, wäre mit der Zeit der Tod für Deutschlands Welt- und Großmachtstellung geworden, und die angelsächsische Weltherrschaft wäre für alle Zeiten befestigt gewesen.

Trotz der Stimmung, die in Rußland gegen Deutschland herrschte, hat die deutsche Diplomatie den Verständigungsfrieden und die Aussöhnung mit Rußland gesucht. Sie hat die russische Formel: „Ohne Annexionen und Entschädigungen" zu ihrer eignen gemacht und den von den Russen vorgeschlagenen Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker ehrlich angenommen. All ihr Entgegenkommen aber erwies sich als vergeblich. Die russischen Unterhändler gaben zwar die mitteleuropäischen Randgebiete zunächst politisch preis, aber mit der geheimen Absicht, sie mit Hilfe der sozialen Revolution und der Roten Garde wieder für Rußland zu erobern. Nach ihrer Auffassung beschränkte sich das Selbstbestimmungsrecht der Nationen auf die unern, leicht aufzuhetzenden und begehrlichen Massen. In den Bolschewiken lebte der panslawistisch-russische Volksimperialismus in sozialer Form weiter fort. Mit brutaler Offenheit erklärte Trotzki die Macht als die Grundlage der bestehenden Einrichtungen und bezeichnete die

Arbeiterzeitung
29. III. 1918

Ernste Worte an den Kaiser.

Der Wunsch nach dem Frieden.

Ueber den Besuch des Kaisers in Teplitz-Schönau finden wir in unserer Teplitzer „Freiheit" noch einige bemerkenswerte Einzelheiten. Die Bezirkshauptmannschaft hatte an die Vertreter der Organisation des Bezirkes mitgeteilt, daß es der Wunsch des Kaisers sei, bei seinem Besuch in Teplitz auch die Vertreter der Arbeiter zu hören und ihre Wünsche hinsichtlich der Ernährung entgegenzunehmen. Eine rasch zusammenberufene Sitzung der wichtigsten Vertrauensmänner des Bezirkes, in der die politische und gewerkschaftliche Organisation vertreten waren, sprach es einhellig als selbstverständliche Pflicht aus, daß diesem Wunsche des Kaisers, die Stimme der Arbeiter zu hören, Rechnung getragen werde. Es wurden die Genossin Aster sowie die Genossen Gorski, Häusler, Pohl und Seliger dazu bestimmt, an dem Empfang teilzunehmen. Ueber die Ansprache des Abgeordneten Seliger haben wir bereits berichtet. Der Kaiser hatte darauf geantwortet: „Ich weiß, daß die Arbeiter unter den Ernährungsschwierigkeiten schwer zu leiden haben, und seien Sie überzeugt, daß ich, was in meinen Kräften steht, tun werde, um ihr Los zu erleichtern. Auch ich sehne mich nach dem Frieden. Glauben Sie mir, auch ich wünsche den Frieden!"

Hierauf wendete sich der Kaiser an den Genossen Pohl und richtete die Frage an ihn, bei welchen Kämpfen er seine Verwundung erlitten hat. — Genosse Pohl: In den Kämpfen bei Kolomea, Majestät. — Der Kaiser: Bei welcher Truppe haben Sie gedient? — Pohl: Beim Egerer Landsturmbataillon, Majestät. Ich bin Sekretär der Organisation der Bergarbeiter und gestatte mir, auf die besonders harten und schweren Opfer zu verweisen, die den Bergarbeitern in diesem Kriege auferlegt sind. Mit zunehmender Kriegsdauer verschlimmert sich ihre mißliche Lage von Tag zu Tag. Die Bergarbeit ist eine der schwersten Arbeiten überhaupt und ist ganz von der physischen Arbeitsleistung des Arbeiters abhängig. Trotz der auch von den Bergarbeitern durchaus anerkannten Bemühungen des Herrn Ministers für öffentliche Arbeiten wegen Versorgung der Bergarbeiter sinkt ihre Lebenshaltung von Tag zu Tag. Die Verordnung, daß ihnen die Rationen nicht gekürzt werden sollen, kann meist nicht eingehalten werden, weil den Bezirken die Zuschübe fehlen. In der Belieferung treten sehr oft Stockungen ein. Eine allgemeine Unterernährung unter den Bergarbeitern hat Platz gegriffen, wie die hohen Krankheitszahlen beweisen. Ein Sinken der Arbeitsleistung, damit auch ein Rückgang der Kohlenproduktion ist die Folge. Für den Bergarbeiter aber bedeutet dies, weil er im Akkord arbeitet, ein weiteres Sinken seines ohnedies nicht ausreichenden Lohnes. Die Möglichkeit für die Bergarbeiter, sich im Schleichhandel zu hohen Preisen etwa Lebensmittel zu verschaffen, wird von Tag zu Tag geringer, die letzten und notwendigsten Haushaltungsgegenstände, Wäsche, Kleider und dergleichen sind längst gegen Lebensmittel umgetauscht. Die Militarisierung der Bergbaubetriebe bringt ebenfalls Härten für die Bergarbeiter mit sich, die von den Zentralstellen kaum gewollt sind. Die Bergarbeiter haben während der langen Dauer des Krieges ihre schwere Pflicht erfüllt, welche auch die volle Anerkennung Eurer Majestät gefunden hat. Die Bergarbeiter werden ihre Pflicht auch weiterhin erfüllen, so schwer es ihnen ankommt, erhoffen aber sehnsuchtsvoll den baldigen Frieden. — Der Kaiser antwortete: Ich weiß die schweren Opfer zu würdigen, die die Bergarbeiter im Kriege gebracht haben, und seien Sie überzeugt, daß mir sehr viel daran liegt, ihr Los zu verbessern. — Hierauf wendete sich der Kaiser dem Genossen Häusler zu, welcher folgendes sagte: Majestät, ich möchte alles, was durch den Abgeordneten Seliger bereits vorgebracht wurde, wiederholt unterstreichen. Die gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse der Arbeiterschaft sind die denkbar schlechtesten. Die einzige Linderung der Not waren bisher die Kriegsküchen, doch wird auch dieser Betrieb wegen Mangels an Fett- und Mehlzuweisungen gefährdet. Die Einstellung der Kriegsküchen würde eine schwere Krise für den Bezirk bedeuten. Ganz besonders aber, Majestät, möchte ich dem Wunsche der Arbeiter nach baldigem Frieden Ausdruck geben. — Der Kaiser erwiderte, daß er alles tun werde, was möglich sei, und betonte wiederholt: Glauben Sie mir, daß der Friede auch mein sehnlichster Wunsch ist.

Genosse Gorsky machte den Kaiser besonders auf die Lage der Metallarbeiter aufmerksam, denen jetzt so große Aufgaben im Interesse des Staates auferlegt sind, denen sie aber nur nachkommen können, wenn die Lebensmittelrationen entsprechend erhöht werden. „Seit einigen Monaten erhalten wir nur ganz kleine Qualitäten Fett, Milch für unsere Kinder überhaupt fast gar nicht. Dazu kommt noch der Mangel an Kartoffeln. Dem Schleichhandel sind Tür und Tor geöffnet, so daß sich die Reichen noch immer ausreichend versorgen können, wenn sie auch für das Kilogramm Mehl 10 bis 20 Kronen, für Fett 60 bis 80 Kronen bezahlen müssen. Während die Preise aller Lebensmittel um mehrere hundert Prozent stiegen, stiegen die Löhne der Arbeiter nur um 50 bis 60 Prozent, so daß es ihnen natürlich unmöglich ist, sich so teure Lebensmittel zu erwerben. Nur wenn die Versorgung wesentlich verbessert wird, werden die Arbeiter imstande sein, so wie bisher ihrer Pflicht gegenüber dem Staate und der Allgemeinheit nachzukommen. Ich erlaube mir deshalb, die besondere Bitte vorzutragen, für entsprechende Berücksichtigung des Teplitzer Bezirkes sorgen zu wollen." Auch zum Genossen Gorsky sagte der Kaiser, man könne sich darauf verlassen, daß er alles aufbieten werde, um Abhilfe zu schaffen.

Darauf wurde dem Kaiser die Genossin Aster vorgestellt, die darauf verwies, daß die Frauen besonders schweres Kriegsleid zu tragen haben. Es ist furchtbar schwer für sie, mit den kargen Rationen ihre Kinder zu versorgen. Und gerade die Sorge um den Nachwuchs ist ja eine besonders schwere. Infolge des Ungemachs, das die Frauen zu tragen haben, ist es der sehnlichste Wunsch aller Frauen, recht bald den Frieden verwirklicht zu sehen. Als Genossin Aster von der Sorge um die Kinder sprach, unterbrach sie der Kaiser mit den Worten, daß es auch sein sehnlichster Wunsch ist, daß für die Kinder gesorgt werde. Er werde gewiß sein möglichstes tun. Und zum Schlusse sagte der Kaiser, auch er wolle den Frieden und tue alles, um ihn herbeizuführen.

Hierauf kamen die Deputationen aus den anderen Bezirken zum Worte, unter denen ebenfalls Vertreter der organisierten Arbeiterschaft waren. So aus dem Duxer Bezirk der Genosse Kühnel (Bilin), der den Kaiser darauf aufmerksam machte, daß sich zu den körperlichen Leiden der Arbeiter aus dem Nahrungsmangel auch noch hinzugesellt die seelische Not, die ihnen aus der Rechtlosigkeit in den militarisierten Betrieben erwächst. Aus dem Brüxer Bezirk war Genosse Weigend erschienen, der ebenfalls die Wünsche der dortigen Arbeiterschaft vertrat. In Tetschen waren als Vertreter der Konsumvereine und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft erschienen die Genossen Schweichhart und Fürnstein sowie Genossin Perthen aus Bodenbach, ferner Kromholz (Bensen), Hackel (Böhmisch-Kamnitz), Kelbel (Steinschönau), Bürgermeister und Schwanda (Haida), Riegert (Zwickau), Goth (Warnsdorf), Scharing (Rumburg) und Tomaschek (Schluckenau).

„Wir können nicht ermessen," schließt die „Freiheit", „welche Eindrücke der Kaiser aus dem Gehörten auf seine Weiterreise mitgenommen hat. Wir können nur im Interesse der notleidenden arbeitenden Bevölkerung hoffen, daß diese unmittelbaren Wahrnehmungen an höchster Stelle des Staates wirklich dazu beitragen, eine Besserung der Ernährungsverhältnisse herbeizuführen."

Erfolg der Kaiserreise.

Die Bevölkerung der Notstandsgebiete, die nun der Kaiser besucht hat, hat sicherlich erwartet, daß ihr fortan mehr Lebensmittel zugewiesen werden. Was aber schickt ihr die Regierung? Geld! Da kann man aber wirklich sagen, „als ob man Geld essen könnte". Die Regierung hat, wie sie mitteilt, „für das nordböhmische Notstandsgebiet einen Kredit von zehn Millionen Kronen angewiesen." Das schaut nobel aus, in Wahrheit macht sich die Regierung die „Hilfe" sehr bequem. Was nützt ein „Kredit", wenn es an Lebensmitteln fehlt? Kann man, da das Getreide in staatlicher Bewirtschaftung ist, mit den Millionen auch nur einen Laib Brot mehr kaufen? In Wahrheit ist der Kredit nur ein Eingeständnis, daß die Regierung nicht helfen kann, weil sie entweder die Lebensmittel nicht zu erfassen vermag oder weil keine da sind. Die Bevölkerung, die gehofft hat, Brot, Mehl, Fett, Zucker, Kartoffeln zu erhalten, und statt dessen Papiergeld kriegt, wird sich sehr enttäuscht und ernüchtert fühlen . . .

Nicht Geld, sondern Lebensmittel brauchen die Menschen!

Einer Protesteingabe des Bezirkswirtschaftsrates für den politischen Bezirk Tetschen — den der Kaiser gleichfalls besuchte — an die Prager Statthalterei vom 23. März 1918 entnehmen wir folgendes:

Insbesondere die Mehlzufuhr ist andauernd derart mangelhaft, daß immer wieder hingewiesen wurde auf die furchtbar ernsten Folgen, welche dieser ganz und gar unhaltbare Zustand mit sich bringen müsse. Besonders in jüngster Zeit waren die Mehlzuweisungen der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Prag so tief unter dem Normalen, daß von achtundfünfzig Gemeindeverpflegsstellen und von den Arbeiterkonsumvereinen für Kopf und Woche nur ein halbes oder gar ein Viertel Brot gegeben werden konnte. Davon gar nicht zu reden, daß eine Mehlausgabe auch nicht erfolgen konnte. Die Bodenbacher Arbeiterbäckerei, die für rund 20.000 Personen das Brot erzeugt, stand vorige Woche vier Tage zur Gänze still, weil kein Mehl vorhanden war. Auch die für die Nordwestbahnbediensteten arbeitende Bäckerei in Biela stand still und diese Arbeiter konnten die ganze Woche hindurch kein Brot erhalten.

Wie ungeheuerlich die Zustände bei uns sind, beweisen folgende unwiderlegliche Zahlen: In der Zeit vom 17. August bis 31. Dezember 1915 hat der politische Bezirk Tetschen allein 369.592 Kilogramm Mehl zu wenig erhalten, in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1916 387.830 Kilogramm Mehl zu wenig, in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1917 gar 786.266 Kilogramm zu wenig und in der Zeit **vom 1. Jänner bis 22. März 1918 225.761 Kilogramm zu wenig, das sind zusammen 1,749.469 Kilogramm Mehl,** die der ohnedies über andere Lebensmittel nicht verfügenden Bevölkerung entzogen wurden.

Mit voller Entschiedenheit verlangen wir schon mit Rücksicht auf die bisher erfolgte unerhörte Kürzung der Mehlzuweisungen die volle Berücksichtigung unserer nur allzu gerechtfertigten Ansprüche. Diese sind: unverkürzte Zuweisung der bestandenen Mehlquote sowie der Zuckerverbrauchsmenge, erhöhte Zuweisung von Kartoffeln in der Höhe von drei Kilogramm für Kopf und Woche, weiter die erhöhte Ueberweisung von Fett und Butter, so daß wenigstens drei Viertel der Fettkarten eingelöst werden können. Ueberweisung von Fleisch im Gewicht von zwei Kilogramm für Kopf und Monat und bessere Versorgung der Kriegsküchen. In dem Bezirk finden in den verschiedenen Kriegsküchen nicht weniger als 18.000 Menschen die Ernährung!

Was ist also der darbenden Bevölkerung mit einem „Kredit" geholfen? Nichts!

Vossische Zeitung

41 31

31./III. 1918

Sonntag, 31. März 1918

Zeitung

1704

d gelehrten Sachen

lich 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich
0 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungs-
60 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
rlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

:26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Somme und Oise

Bündnis-Politik.

Von

Georg Bernhard.

Der Weltkrieg ist für das deutsche Volk eine blutige Erkenntnisquelle. Die Frage, ob dieser furchtbare Krieg notwendig war, drängt sich jedem von selbst auf. Sie wird verschieden beantwortet. Aber wie auch immer man dieser Frage die Antwort findet, niemand ist damit zufriedengestellt. Und immer wird die Schuld der deutschen Diplomatie zugesprochen. Von denen, die die Notwendigkeit verneinen, weil die Diplomaten den Krieg nicht verhinderten. Von denen, die die Notwendigkeit zugeben, weil die Diplomaten nicht eine für Deutschland günstigere Gruppierung der Mächte schufen. Aber ganz mit Recht kann man beiden Richtungen die Frage entgegenhalten, was denn eigentlich ihre Anhänger vor diesem Kriege in dem von ihnen vertretenen Sinne tatkräftig gewirkt haben. Die Diplomatie steht doch nicht abseits jeder Politik. Die Diplomaten sind nur die Vollstrecker des politischen Zentralwillens der Heimat. Wer hat nun vor dem Kriege sich um die auswärtige Politik in einem solchen Maße bekümmert, daß ein Volkswille den Diplomaten und ihren Machtgebern aufgezwungen werden konnte?

Jedermann ist jetzt der Ansicht, daß das nach dem Kriege anders werden muß. Das deutsche Volk muß lernen, die Probleme der auswärtigen Politik zu erkennen. Es muß sich daran gewöhnen, sie von den innerpolitischen Parteikämpfen zu scheiden und sie über sie zu stellen. Die Stärkung von Deutschlands Weltstellung muß höher stehen als die Durchsetzung der Parteiwünsche. Nicht, als ob wir den innerpolitischen Ausbau des Reiches vernachlässigen dürfen. Aber der Aufmarsch der Parteien darf in Zukunft nur noch dem innerpolitischen Kampf gelten. Und über jeden Parteirahmen hinaus müssen diejenigen, die in außenpolitischen Grundfragen gleicher Ansicht sind, sich die Hand reichen. Die praktische Betätigung solcher Strebungen wird sich im Krieg nicht mehr durchsetzen lassen. Aber die Vorarbeiten für die Verbreiterung unserer Erkenntnis müssen wir jetzt schon leisten. Und das deutsche Volk sollte begierig sich über jedes Lehrmittel hermachen, das ihm dazu geboten wird. Besonders wenn seine Anschaffung keinerlei Kosten verursacht. Solch unentgeltliche Lehrmittel wie das Studium unserer auswärtigen Politik vor dem Kriege haben der frühere deutsche Botschafter in London Fürst Lichnowsky mit seiner Denkschrift und der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. v. Jagow mit seiner Entgegnung auf diese beigebracht. An dieser Stelle ist darüber einiges bereits gesagt worden. Die Muße des Feiertages ermöglicht es, uns etwas tiefer in sie zu versenken und ein paar grundsätzliche Worte zu dem zu sagen, was sie über Deutschlands Bündnispolitik enthalten.

Der Fürst Lichnowski beklagt, daß eine der wesentlichsten Ursachen dieses Krieges in den Folgen des deutschen Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn zu suchen gewesen sei. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig, wenn man glaubt, daß die Kriegsgründe mit dem Anlaß zu diesem Kriege erschöpft seien. Denn niemand wird bestreiten wollen, daß dieser Krieg wegen Serbien ausgebrochen ist. Deutschland hat kein Interesse an Serbien gehabt. Was um den serbischen Streitgrund zur kriegerischen Explosion kam, war der Gegensatz zwischen Oesterreich und Rußland. Und von dieser ganz richtigen Beobachtung ausgehend, läßt Deutschlands früherer Londoner Botschafter immer und immer wieder durchblicken, daß der Krieg hätte vermieden werden können, wenn wir das österreichische Bündnis verleugnet und statt dessen seine Freundschaftspolitik mit England angenommen hätten. Er sieht deshalb den Fehler unserer Vorkriegspolitik nicht bloß in unserem Verhalten während der serbischen Krise, sondern bereits in der vorangegangenen Behandlung der Orientfragen, insbesondere der albanischen Frage, im österreichischen Sinne.

In der „Vossischen Zeitung" ist immer behauptet worden, daß die Grundzüge der Lichnowskyschen Politik, die vielleicht mehr als man heute weiß, Kühlmannsche Politik gewesen ist, kein Seitensprung und keine Sonderidee dieses damalige Prinz Wilhelm, besuchte den Zaren bei den Manövern in Brest-Litowsk. Die zunehmende Verstimmung Rußlands galt nicht Deutschland, sondern Oesterreich. Das zeigte sich besonders deutlich darin, daß der Zar Bismarck wissen ließ, daß er die Punktationen von Skiernewicze nicht erneuern würde, dagegen aber bereit sei, mit Deutschland weiter auch vertraglich Freundschaft zu vereinbaren. Aus dem bekannten Besuch des Zaren in Berlin vom 18. November 1887 erhob sich dann der sogenannte Rückversicherungsvertrag. Was war sein Inhalt? Hammann deutet ihn sehr vorsichtig und etwas einseitig an. Aber man darf wohl heute ziemlich offen darüber sprechen, daß er außer der gegenseitigen Zusicherung der Neutralität im Falle eines Angriffs, Rußland bei der Regelung der Dardanellenfrage freie Hand versprach. Ein Standpunkt, den Deutschland immer eingenommen hatte, der auch noch bei der Regelung der bosnischen Frage später von Oesterreich betont war. Darin lag keine Spitze gegen die Türkei. Denn Bismarck konnte sich auf das Wort russischer Zaren stützen, die ausdrücklich erklärt haben, das russische Reich könne wohl zwei Hauptstädte, aber nicht außer Petersburg und Moskau auch noch Konstantinopel vertragen.

Dieser Rückversicherungsvertrag stellte sich nicht als eine Schädigung, sondern als eine Stärkung Oesterreichs dar. Denn es war einmal auf diese Weise gegen den Eintritt des Bündnisfalles durch ein Auftreten Frankreichs gegen Deutschland gesichert, und es hatte außerdem jederzeit gegen Rußland die deutsche Vermittlung, da ja Deutschland dem Zaren niemals einen Zweifel daran gelassen hatte, welcher Art seine Bündnisverträge mit Oesterreich seien. Aber außerdem hatte Deutschland sich die Selbständigkeit seiner Politik auf diese Weise gewahrt. Deutschland hatte dadurch die Möglichkeit, jeder Extravaganz der österreichischen Balkanpolitik entgegenzuarbeiten. Bismarck wollte niemals Oesterreich in seiner Balkanpolitik beschneiden. Ein alter Plan von ihm war, Rumänien zur österreichischen, Bulgarien zur russischen Einflußsphäre zu machen und so zu verhindern, daß der Fall eintritt, den Hammann fürchtet, daß nämlich um Bulgariens willen ein Krieg zwischen Oesterreich und Rußland entbrennen konnte.

Auf genau diesem Wege lag das Bündnis zwischen Rumänien und den Mittelmächten. Hammann stellt es so dar, als ob im Jahre 1883 ein Bündnis zwischen Oesterreich und Rumänien gegen Rußland zustande gekommen sei, dem dann auf Wunsch König Carols Deutschland beigetreten war. Er beweist damit, daß man lange Jahre Pressechef im Auswärtigen Amt gewesen und doch über wichtige Einzelheiten nicht genau unterrichtet sein kann. Denn dieses Bündnis war in Wirklichkeit ein Bündnis Rumäniens mit Deutschland. König Carol hatte es Bismarck angetragen. Bismarcks kluger politischer Instinkt hatte aber den König nach Wien verwiesen. Er verlangte erst den Abschluß des Bündnisvertrages mit Oesterreich, was Rumänien nicht leicht fiel, und schloß sich dann diesem Bunde, den er in Wirklichkeit gestiftet hatte, für Deutschland an. Auf diese Weise war das klarste und einfachste Verhältnis zwischen Deutschland und den Ostmächten geschaffen. Deutschland war gegen den Ueberfall Frankreichs durch die Rückversicherung gedeckt und hatte damit gleichzeitig Italien und Oesterreich entlastet. Es konnte Oesterreich eine ruhige Entwicklung seiner Balkanpolitik verbürgen. Und es schützte Rumänien gegen ungarische und russische Aspirationen. Gleichzeitig aber verbürgte es den Türken, Konstantinopel und den Russen eine für ihre Handelsbedürfnisse notwendige Regelung der Dardanellenfrage. Diese einfache Lage konnte nur denen verwirrt erscheinen, die unter englischem Einfluß standen. Denn eine wirkliche Gefahr bei dieser Gruppierung der Mächte war nur für England vorhanden. In dem Augenblick, in dem man diesen Rückversicherungsvertrag kündigte, löste man das wichtigste Glied aus der Kette dieser Verträge. Man räumte das Hindernis des zarischen Ehrenwortes gegen die Ueberschwemmung des panslawistischen Dammes. Man machte alle österreichischen Ehrgeize frei und trug somit das Pulver zusammen — zur Freude Englands —, das schließlich der serbische Funke zum Weltbrande entflammte. Man darf sich nicht wundern, daß es Diplomaten, die das einfache Bismarcksche Vertragssystem nicht handhaben konnten, schließlich nicht gelang, den Weltkrieg zu verhindern. Bedauerlich ist es nur, daß ein Teil unserer Diplomatie durch diesen Krieg noch immer nichts gelernt hat und neuerdings mit der Behauptung hervortritt, daß alles Unglück nicht geschehen wäre, wenn man die Frage: England oder Oesterreich? richtig beantwortet oder die Möglichkeit gehabt hätte, sie richtig zu beantworten.

Die aufgezwungene Weltherrschaft.

Von Heinrich Friedjung.

Die Feinde Deutschlands wollen es nicht anders. Wie von einem Dämon gepeitscht, lehnten sie ein Friedensangebot der Mittelmächte nach dem andern ab, die Deutschen aber wurden wider eigene Absicht auf der Bahn glorreicher Siege vorwärtsgedrängt. Die Divisionen Mackensens standen erst in der Walachei, deren Ostgrenze noch nicht erreicht war, als Bethmann Hollweg am 12. Dezember 1916 zum erstenmal im Reichstag die Friedensbereitschaft aussprach. Umsonst — infolge des Kriegswahnsinns des Feindes wurden darauf weitere Hammerschläge auf das russisch-rumänische Heer notwendig, bis dieses in die Moldau zurückgeworfen war. Dann immer gleicher Starrsinn der Feinde und neue deutsche Siege. Das italienische Heer war das nächste Opfer, aber das nimmersatte England, von Wilson unterstützt, wies Czernins und Hertlings abermaliges Angebot höhnend ab, weil es auf das von Kerenskij und Miljukow in den Kampf geworfene russische Heer rechnete. Gut denn! erwiderte Hindenburg und schmetterte auch den russisch-revolutionären Imperialismus zu Boden. Als dieses Werk getan war, ward das englische Heer an der Somme mit eisernem Griff gepackt: aus drei wohl ausgebauten Linien geworfen, mußte es gegen Amiens zurückfluten, wo es sich mit der letzten Kraftanstrengung entgegenstemmt, um nicht entzweigebrochen und dann Hälfte um Hälfte zertrümmert zu werden. Wollen denn die noch immer nicht im Blute gesättigten Parteigänger des Krieges nicht früher ruhen, als bis die Deutschen im Siegesrausch wirklich nach der Weltherrschaft greifen, die sie nie angestrebt haben und die ihnen jetzt von Narren und Frevlern gegen ihren Willen aufgedrängt wird? Ein eigenes Schicksal ist über die Welt hereingebrochen. Deutschland hätte sich zufrieden gegeben, wenn seine Feinde zu einem Vergleich bereit gewesen wären; da es aber der schrecklichsten Grausamkeiten geziehen und in seinen heiligsten Empfindungen verletzt wird; da dem edlen Renner die Sporen in die blutenden Weichen gedrückt werden; rast er von Sieg zu Sieg und wird am Ende alles zertreten, was ihm in den Weg kommt. Doch nein! Die wahnwitzige Absicht der Weltherrschaft wird nie den Sinn des tapferen und besonnenen Volkes umnebeln, schon der Blick auf die Mütter, Schwestern und Kinder der einen Million gefallener Krieger hält den Kaiser und seine Ratgeber sicherlich auf der Bahn der Besonnenheit fest.

Genau so wie heute Clemenceau und dessen Genossen die Deutschen zur Entfaltung aller moralischen, militärischen und technischen Begabung ihrer Rasse nötigen, so haben 1870 ihre Väter die friedliebende Nation zu den herrlichen Siegen von Wörth, Gravelotte und Sedan genötigt. Größenschauer — mit diesem Ausdrucke kennzeichnete der größte deutsch-österreichische Publizist Ferdinand Kürnberger 1871 die Scheu der Deutschen vor der ihnen durch das Schicksal aufgezwungenen Weltsendung und verglich diese Empfindung mit der des Propheten Moses, der Jehova flehentlich bat, ihm nicht die Befreiung seines Volkes, nicht den Auftrag an Pharao als Pflicht aufzuerlegen: „Herr, ich stottere mit der Zunge; Herr, ich bin der Rede nicht mächtig; Herr, schicke meinen Bruder Aaron!" läßt Kürnberger den Propheten nach der Bibel sprechen. „So wehrte sich Moses gegen Gott — im Schauer des Menschen vor seiner eigenen Größe. . . . In tausend Ausflüchten widerspricht er seinem Gott; — aber aus allen Ausflüchten hören wir heraus: Du bist der Mann und kein andrer, der die Tat tun wird. Nicht wer zu der Größe sich drängt, sondern wer vor der Größe schaudert, ist ein Welthelb."

Die Toren kennen den deutschen Nationalcharakter nicht und verwechselten den Größenschauer mit Furcht, während doch das deutsche Volk in dem tiefsinnigen Märchen vom Hans, der das Gruseln lernen will, sich selbst konterfeite. Gewiß wäre es hochwillkommen gewesen, wenn Italiener, Rumänen und Amerikaner sich nicht den Feinden zugesellt hätten; da es aber einmal geschah, so kam es auf eine Herkulesarbeit mehr oder weniger nicht an. Russen, Serben und Rumänen liegen bereits mit zerschmetterten Gliedern zu Boden, jetzt sind die Engländer an der Reihe und fühlen den klammernden Griff an der Kehle. Auch wenn es nicht gelingen sollte, ihr Nordheer von der Hauptmacht abzusprengen und zwischen Calais und Boulogne ans Meer zu drücken, ist der Beweis geliefert, daß die Deutschen jedem Feinde in der Welt und allen zusammen gewachsen sind. Und das ist auch zur See der Fall. Der englische Minister Geddes erklärte jüngst, daß von den 18 Millionen Tonnen Schiffsraum, über die Albion zu Beginn des Krieges verfügte, 3½ Millionen verloren seien; nach deutscher Rechnung aber sind es bereits 6 Millionen. Nimmt man an, daß die Wahrheit in der Mitte liegt — ein bei der Gewissenhaftigkeit der deutschen Schätzungen überflüssiges Zugeständnis —, so ist bei Fortdauer des Krieges das Zusammenschmelzen britischer Seeherrschaft unabweislich. Nach diesen Taten erscheint nichts unmöglich, und da unsre Feinde ihre eigenen bösen Absichten den Lenkern des Deutschen Reiches zuschieben, so steigt ihnen die bleiche Furcht auf, das blutige Schauspiel werde mit dem Schlußakt deutscher Weltherrschaft endigen.

Dies aber würde dem tiefen Sinn der Weltenschicksale widersprechen, der darauf hinweist, daß sich die Menschheit in einer Fülle von eigenberechtigten Volkspersönlichkeiten auslebt. So stark ist keine einzelne Nation, um allen übrigen ihren Willen aufzuzwingen. Der Mißbrauch, den Wilson und seine Leute mit der Verheißung eines Weltbundes treiben, soll das Wahre an der abgegriffenen Redensart nicht vergessen machen. Uebrigens hat schon Kaiser Wilhelm II. in einer am 28. März 1905 gehaltenen Rede ausdrücklich die Absicht der Schöpfung eines Weltreiches weit von sich abgewiesen, das durch Blut gegründet, auf der Unterjochung der andern Völker aufgebaut wäre. „Wenn man dereinst," fuhr der Kaiser fort, „von einem deutschen Weltreich oder einer Hohenzollern-Weltherrschaft in der Geschichte reden sollte, soll sie nicht auf Politik gegründet sein durch das Schwert, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Völker." Wohl wurde die Friedensabsicht Wilhelms II. durchkreuzt, aber die Schöpfungen der verbündeten zwei Kaiserreiche im Osten zeigen, welche Ziele ihnen vorschweben. Schon ist der Ukraine und Finnland durch das deutsche Schwert die Freiheit geschenkt, schon sind Polen, Litauen und die baltischen Provinzen daran, ihre staatliche Selbständigkeit aufzubauen. Es wäre schweres Unrecht, diesen nach Eigenleben sich sehnenden Völkern auch nur einen Deut mehr aufzuerlegen, als die Sicherheit Oesterreich-Ungarns und Deutschlands erheischt. So lange man in der Geschichte

Reichspost
31.III.1918

Zum Frieden mit Rumänien.

Von Dr. Richard v. Kralik.

Soweit auf dieser Erde unter den Menschen eines guten oder weniger guten Willens von einem Frieden die Rede sein kann, haben wir also den Frieden gegenüber unserer gemeinsamen Ostfront, und damit ist die seit Beginn des Weltkrieges mit Zuversicht vorausgesetzte Entscheidung Tatsache geworden. Die Meister des Schachspiels auf dem Schachbrett unserer Erde (das übrigens, nebenbei erwähnt, fast genau so viele Staaten zählt, wie das Schachbrett des Spielers schwarze und weiße Felder), Meister pflegen in einer solchen Sachlage das Spiel nicht fortzusetzen, das nur für den obstinaten Dilettanten noch weiteren Reiz bieten kann. Aber wir stehen zwar sehr gefährlichen Gegnern, aber keinen Meistern gegenüber. Seit den ersten Tagen dieses Meuchelmordkrieges haben unsere Staatsmänner wie ruhige, kühle Richter, die Staatsmänner der Gegner wie schimpfende Parteien gesprochen und gehandelt. Sie haben ihre schlechte, kranke Sache durch Poltern, Großsprecherei, Anmaßung und schließlich durch ein Reden und Verhalten verraten, das man nur mit den Delirien von schweren Fieberkranken vergleichen und damit entschuldigen kann. Sie setzen als Dilettanten, die vom schlechten Gewissen und von zielloser Leidenschaft besessen sind, die Partie fort, sie wollen bis zum letzten Zug geschlagen werden, obwohl sie bei gesunden Sinnen sich bereits längst ausrechnen können sollten, daß sie mit den nächsten Zügen schach und matt sein müssen. So handeln Kinder in der Politik, nicht Männer. Wir Mitteleuropäer, die wir im Besitz der Tradition des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation sind, sehen mit der unserer politischen Kultur entsprechenden Ruhe der Zukunft entgegen, immer bereit, den exzentrischen Feinden wieder die Hand zu reichen; aber vor den Folgen eines solchen Verhaltens erschrecken wir doch ein wenig. Denn wenn uns unsere Gegner vielleicht mit der Zeit unseren Sieg werden verzeihen können, so müssen wir fürchten, daß sie sich selber niemals ihre eigene Torheit werden verzeihen können, und wenn sie noch so viele Metamorphosen in ihren Regierungen und Staaten vornehmen sollten, um sich selber zu vergessen, um das Phantom eines „größeren Britannien", eines Panamerikanismus, einer Hanswurstparodie des echten altrömischen Imperialismus usw. die Welt vergessen zu machen.

Was die noch im Felde stehenden und laufenden Gegner nicht über sich vermocht haben, das ist bereits den einst zaristischen Russen vorzüglich geglückt. Sie haben den tiefsten Trunk aus dem politischen Lethe getrunken. Es gibt keinen russischen Staat mehr. Das war die einzig vernünftige Lösung eines sonst unlösbaren Zustandes; und es wird voraussichtlich niemals wieder einen russischen Staat im Sinne der alten unbegründeten Aspirationen geben. Denn der Weltkrieg hat endgültig bewiesen, daß sie unbegründet waren, ohne geographische, ohne historische, ohne ideelle, ohne nationale Grundlage. Rußland hat aufgehört, eine europäische Großmacht zu sein, es wird vielleicht höchstens als asiatische Macht wiedererstehen. Lob, Preis und Dank sei dafür den Bolschewiken gebracht, die mit so großer Selbstverleugnung diese Selbstjustifikation an ihrem Staatswesen vorgenommen haben, zum abschreckenden Beispiel für die ganze Welt. Denn es gibt kein zweites Rußland und es gibt außerhalb Rußlands keine echten Bolschewiken, wenn sich auch manche in die gleiche Pose werfen wollen. Das Gewächs des Bolschewikismus kann nur auf dem Sumpf- und Steppenboden Rußlands gedeihen; in unseren Bergen, Tälern, Wäldern und Auen müßte es elend verkümmern. England, Frankreich, Italien, Amerika müssen zusehen, auf andere Art zugrunde zu gehen.

Mit dem aus der Natur der Sache heraus erledigten russischen Imperialismus war aber überhaupt die ganze östliche Frage erledigt — geradeso wie die soziale Frage erst jetzt, nicht nach dem Mißerfolg des kommunistischen Manifestes 1848, nicht nach dem Mißerfolg der Pariser Kommune 1871, nicht nach dem Ausbleiben des von Engels für 1897 vorausbestellten „Kladderadatsches" geklärt ist. Davon vielleicht ein andermal. Aber um im Orient zu bleiben, so können wir sagen, die Fragen des übrigen Ostens und Südostens außer Rußland, die rumänische, die serbische, die montenegrinische, die albanische, die griechische Frage und was damit noch etwa sonst zusammenhängt, all das ist nun auch geklärt. Wir ahnen noch nicht die artikelweise Feststellung der künftigen Verhältnisse unserer Monarchie zu diesen Gebieten. Aber das wissen wir, daß sich durch das Wegfallen des ganzen russischen Staatensystems das System der Balkanstaaten ganz von selbst radikal ändern muß; sie werden sich in Zukunft nicht mehr nach Petersburg oder Moskau orientieren, sondern nach dem schönen Gebäude auf dem Ballhausplatz. Denn wo liegt heute Petersburg und Moskau! Diese Städte liegen für Bukarest, Athen usw. buchstäblich weiter als der Mond; der Mond regiert sie noch, aber nicht mehr Petersburg.

Ein (katholischer) Herzog von Württemberg war bis 1733, wo er die Regierung in Stuttgart antrat, österreichischer Generalfeldmarschall und kaiserlicher Generalkommandant des Königreiches Serbien. Die rumänische Kultur und Literatur hatte zu wiederholtem Male in früheren Jahrhunderten ihre Wiege, ihr Zentrum bei den siebenbürgischen und österreichischen Rumänen. Wiederholt brauchte das österreichische Kaiserhaus nur die Hand nach den beiden Donaufürstentümern Moldau und Walachei auszustrecken. Nach 1866 bot sie Louis Napoleon dem Kaiser Franz Josef an als Ersatz für Venezien. Aber unser Kaiser wollte sie nicht als Ersatz für Unersetzliches. Damit sich Oesterreich nicht etwa doch anders besinne, beschleunigte Bismarck, damals den Krieg mit Oesterreich vorbereitend, die Reise Karls von Hohenzollern nach Bukarest. Er hoffte in ihm wie in den Italienern und Ungarn Mithelfer im Kriege zu finden. Die Hoffnung erwies sich zum Teil als grundlos. Aber auch die Hoffnung, eine hohenzollersche Dynastie werde ein Vorposten für Berlin an der unteren Donau und dem Schwarzen Meer bleiben, erwies sich im Weltkrieg als Täuschung. Wir wollen den rumänischen Staatsmännern keine Vorwürfe machen, zu denen, die sie sich selbst und die ihnen das unglückliche Land machen kann. Wir wollen ihnen keine Lehren für die Zukunft geben, die sie bereits von der Lehrmeisterin Geschichte empfangen haben. Diese Lehren gibt freilich die Geschichte schon seit Jahrhunderten. Der große deutsche Volkswirt Friedrich List, der jene Gegenden wohl kannte, empfahl wiederholt die ganze untere Donau zu beiden Seite des Stromes, ferner das Küstengebiet des Schwarzen Meeres von da bis Odessa, bis zur Krim und bis zum Kaukasus als Ziel deutscher Kolonisation, allerdings in einem organischeren Sinn als das die Engländer und Franzosen taten mit ihren aussaugenden Raubbauten über See, nicht imperialistisch, sondern zivilisatorisch. Damals war der Kaiser von Oesterreich ein deutscher Fürst im eigentlichsten Sinn. Der ewige Zweibund von 1879, der sich im Weltkrieg so unfehlbar erwiesen hat, als Fortsetzung tausendjähriger Gemeinsamkeiten, steht heute angesichts von Odessa, angesichts der Bagdadbahn usw. den volkswirtschaftlichen Zielen Lists näher als je, oder vielmehr, er ist im Begriff, sie ganz zu erreichen und zu erfüllen.

Und nicht nur das! Am wichtigsten ist die neue, herrliche Gestaltung der Dinge im Südosten in ihrer Rückwirkung auf das innere Staatsrecht unserer Monarchie und des Zweibundes mit dem ganzen Vierbund. Es war der Hauptfehler des Buches von Fr. Naumann über Mitteleuropa, daß er es sozusagen im luftleeren Raum konstruierte. Das eiserne und goldene Band aber, das das Mitteleuropa der Gegenwart und Zukunft sichert und konsolidiert, ist das äußere Verhältnis des Zweibundes zum Vierbund, zu den Randstaaten, zu den Balkanstaaten, zu den weiteren Aufgaben im Orient. Ob nun einzelne Politiker wollen oder nicht, unsere Monarchie und der Zweibund sind in ihrer inneren Politik durchaus bestimmt, von den neuen, glänzenden äußeren Verhältnissen. Sie bekommen damit eine neue Begriffsbestimmung, eine neue „Konstitution", neue Schwergewichte und neue Schwerpunkte. Es bildet sich ein neues Staatensystem mit neuen Wechselwirkungen, darin die veralteten Begriffe von Souveränität, von Selbständigkeit, von Unabhängigkeit sinnlose Phrasen werden. Jedes Glied des Systems dient dem andern und bestimmt es. Mit der ganzen Schwungkraft dieses neuen gesteigerten politischen Systems im Osten treten wir in den Entscheidungskampf im Westen und Südwesten, der einfach die Folgen des bereits Gegebenen zu ziehen hat. Vor dieser Größe verschwindet das kümmerliche Gezeter rückständiger Innenpolitiker, die diese ganze großartige Entwicklung auf nationalem und sozialpolitischem Gebiet verschlafen zu haben scheinen und die Welt langweilen mit Dingen, die in der freien Luft der großen Weltpolitik, wie sie sich seit zwei Jahrzehnten vorbereitet hat, längst verweht sind wie der Küchendunst vom vorigen Jahr.

2./IV. 1918.

Dienstag, 2. April 1918

Zeitung

...d gelehrten Sachen

...lich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich ...40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungs... 60 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. ...erlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages

...26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

...worfen.

...men. — Bisher 75 000 Gefangene.

Rumänien.

Von
Georg Bernhard.

Man darf annehmen, daß in den allernächsten Tagen die Veröffentlichung des Friedensvertrages mit Rumänien erfolgen wird. Die rein politischen Vereinbarungen sind ja wohl schon vor einiger Zeit geschlossen. Dem Vernehmen nach aber hat man das ganze Friedensinstrument von deutscher Seite erst unterzeichnen wollen, wenn auch die wirtschaftlichen Abmachungen bis in die Einzelheiten feststanden. Auch die wirtschaftlichen Verhandlungen dürften sich nun ihrem Ende zuneigen, und das Ganze wird erst dann — anders als bei den übrigen östlichen Friedensschlüssen — zur öffentlichen Kenntnis gelangen. Es braucht nicht betont zu werden, daß der rumänische Friede gerade für Deutschland eine besondere Wichtigkeit haben muß. Und es ist wohl auf die Erkenntnis dieser Wichtigkeit zurückzuführen gewesen, daß Herr v. Kühlmann sich schließlich dafür entschied, persönlich nach Bukarest zu gehen, und dort — auch nach Beendigung der politischen Verhandlungen — bis zum Osterfest auszuharren. Denn ursprünglich lag das weder in seiner Absicht, noch anscheinend in der des Kanzlers. Vielmehr sollte der Botschafter in Konstantinopel, Graf Bernstorff, die deutschen Interessen bei den Bukarester Verhandlungen vertreten. Und Eingeweihte wurden von der Nachricht überrascht, daß der bereits für den Grafen Bernstorff zur Verfügung gestellte Sonderzug im letzten Augenblick nicht zur Verwendung kam.

Inwieweit das Ergebnis der rumänischen Friedensverhandlungen die weitgehenden Wünsche der deutschen Industrie- und Bankwelt befriedigen wird, bleibt abzuwarten. In politischer Hinsicht kann man aber schon jetzt, noch bevor die Einzelheiten des Vertrages bekannt sind, schwere Bedenken nicht unterdrücken. Man hat es zunächst für ganz selbstverständlich gehalten, daß König Ferdinand nicht mehr in das Land zurückkehrt, das durch seine Schuld an den Rand des Abgrundes gedrängt worden ist. Und in der deutschen Presse ist vielfach eine sehr starke Erregung zutage getreten, als sich schließlich im Verlauf der Verhandlungen immer deutlicher herausstellte, daß wider alles Erwarten nun doch mit dem König verhandelt werden sollte. Dafür sind in der Oeffentlichkeit bisher zwei Gründe bekannt geworden. Zunächst der, daß der König, der am Kriege schuld sei, auch seinem Lande gegenüber die Verantwortung für den Frieden tragen müsse, der die selbstverständliche und wenig glückliche Folge des rumänischen Verrats und der rumänischen Niederlagen sei. Es ist aber nicht sehr wahrscheinlich, daß dieser Grund mehr als ein Vorwand ist. Denn der Form nach ist Rumänien ein parlamentarisch regierter Staat, und die wirklich dem Lande verantwortliche Stelle ist daher nicht der König, sondern der Minister, der den Vertrag gegenzeichnet.

Es soll hier gar nicht untersucht werden, ob und welches Interesse für Deutschland vorläge, den Ministerpräsidenten Marghiloman vor einer so folgenschweren Verantwortung zu schützen. Aber es steht fest, daß die amtlichen Vertreter der deutschen Politik auch solche rumänischen Politiker zum Eintritt in das Kabinett Marghiloman und damit zur Mitübernahme der Verantwortlichkeit zu bewegen gesucht haben, deren Mitarbeit an der zukünftigen Neuordnung der Dinge in Rumänien den Mittelmächten dringend erwünscht sein mußte. Wie aber reimt sich damit die Annahme zusammen, daß diejenigen, die die Verantwortung für den Frieden dem rumänischen Volke gegenüber tragen, als politische Todeskandidaten anzusehen sind? Man kann ja der deutschen Politik sehr vieles zutrauen, aber wir sträuben uns auf das Entschiedenste gegen den Verdacht, daß die deutsche Diplomatie die besten Männer Rumäniens in eine Verantwortung hineinhetzt, deren gefährliche Folgen sie selbst kennt, ja womöglich herbeisehnt. Mithin kann auch unmöglich der

Vossische Zeitung
4./IV. 1918
Y
64

Donnerstag, 4. April 1918

Zeitung

1704

d gelehrten Sachen

lich 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich
40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungs-
60 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
rlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

ichsschlacht.

Die mitteleuropäische Verfassung.

Von
D. Fr. Naumann,
Mitglied des Reichstags.

Wann wird nun „Mitteleuropa" fertiggemacht werden? Wann und von wem? Jetzt, nachdem der Friede im Osten gemeinsam hergestellt wurde, ist es hohe Zeit, daß über Militäreinheit, Wirtschaftseinheit und gemeinsame Außenpolitik der beiden Zentralmächte ein fester Vertrag geschlossen wird, denn die neue Ostgrenze stellt uns Aufgaben, die nur gemeinsam gelöst werden können. Eine Weltgeschichtslinie wird vom Finnischen Meerbusen bis zum Schwarzen Meer gezogen, die als gemeinsamer Wall aller Mitteleuropäer zu gelten hat, nachdem sie einmal da ist. Auch diejenigen, die an ihrer historischen Richtigkeit und Nützlichkeit Zweifel hatten oder heute noch haben, können sich der Tatsache nicht entziehen, daß für lange Zeiten eine Kultur- und Staatenscheidelinie geschaffen wurde. An dieser Linie endet die mitteleuropäische Eisenbahn, der mitteleuropäische Tarif, das mitteleuropäische Recht und das mitteleuropäische Geld. Jenseits dieses Striches wächst etwas noch völlig Unbekanntes, das nachrevolutionäre Rußland. Ob ein Bundesstaatenland dort sich herausarbeiten wird oder was sonst, wer weiß es? Soviel ist nur sicher: irgendwann wird auch diese Revolution überwunden sein, und dann beginnt erst die neue Grenze zu einer Bedeutsamkeit ersten Grades aufzusteigen als Friedensgrenze oder Kriegsgrenze, je nach dem Geiste, der auf beiden Seiten waltet.

Wenn auf der mitteleuropäischen Seite der neuen Grenze kein Einheitlichkeit des Willens und der Organisation besteht, so wird der Gedanke, daß ihre Aufrichtung nur eine Zufälligkeit war, bei den Russen, Ukrainern und Rumänen nicht aussterben, und jede neue Generation wird vor einem neuen innereuropäischen Kriege zittern müssen. Nur durch feste Mitteleuropaformation kann die Grenzziehung ein monumentaler Vorgang werden. Keine östliche Phantasie darf später an der zementharten Sicherheit der zentraleuropäischen Masse zweifeln können. Wird solche gemeinsame Festigkeit nicht erreicht, so beginnt das unsagbare Bluten und Ringen später nochmals von neuem.

Und auch innerhalb der neuen Grenze quillt es von Schwierigkeiten, wenn wir die mitteleuropäische Zusammengeschlossenheit nicht finden. Polen kommt nur zur Ruhe, wenn es ein volles mitteleuropäisches Lebens- und Bürgerrecht findet. Es ist jetzt nach dem Frieden von Brest-Litowsk nicht mehr die Frage, ob Polen östlich oder westlich der Grenze zu liegen hat, die Würfel sind gefallen: Polen ist mitteleuropäisch geworden! Jetzt fragt es sich nur noch, ob eine Staatsgestaltung gefunden wird, die die Polen nicht veranlaßt, wieder ostwärts zu wollen. Das kann weder Preußen-Deutschland allein fertig bringen, noch Oesterreich-Ungarn. Hier ist zentralisierte Kraft und Klugheit nötig.

Mit einem Worte: Wer angefangen hat, Weltgeschichte zu machen, soll nicht sofort nach dem Anfang vom Werke zurücktreten! Die Unterschriften von Brest-Litowsk verpflichten zu etlichen weiteren Unterschriften: zum Bunde aller derer, die westlich der neuen Grenze sitzen, zur Grenzwallgemeinschaft, zur Rhein-Donau-Weichsel-Gemeinschaft.

Die Kaiser, Ministerien und Volksvertretungen Mitteleuropas sind berufen, zu zeigen, ob sie des Friedens wert und der Größe dieser Tage würdig sind. Von den zwei Kaisern darf man ohne weiteres annehmen, daß sie keinesfalls vor der Nachwelt als Hinderer eines geschichtlichen Fortschrittes erscheinen wollen. Ebenso wie sie durch gemeinsame Proklamation im November 1916 den polnischen Staat verkündet haben, der nun zur geschichtlichen Notwendigkeit geworden ist, so werden sie eines Tages, wenn die Vorarbeiten fertig sind, das größere leisten, wodurch auch jener Akt erst in den richtigen Rahmen eingestellt wird: sie werden vor allem Volke ihre Hände ineinanderlegen: auf ewig vereint! Das ist der einzige wahrhaft befriedigende Abschluß des ungeheuren, vereint getragenen Krieges. Dadurch allein werden für alle Beteiligten alle Kriegserinnerungen heilig und alle Kriegserrungenschaften fest. Durch freien Entschluß der Monarchen

Ostdeutsche — Rundschau

4/IV. 1918

67

Für einen ehrenvollen Siegfrieden.

Im Simmeringer Brauhaussaale fand am 27. d. eine Versammlung des Deutschantisemitischen Bezirksvereins statt, die sehr gut besucht war und in welcher nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Gehr Professor Dr. Imendörffer über die tschechische sowie südslavische Frage und deren mögliche Lösung in einem für die Deutschen günstigen Sinne sprach. Unter großem Beifalle ergriff sodann Herrenhausmitglied Dr. Pattai das Wort.

Nachdem er einige ganz unbegründete persönliche Angriffe, die gegen ihn in einer Grazer Pazifistenversammlung erhoben worden waren, gebührend zurückgewiesen hatte, ging der Redner zu folgenden treffenden sachlichen Ausführungen über:

Die glänzenden Ereignisse, die seit den letzten wenigen Tagen eintraten, sprechen heute schon eine sehr deutliche Sprache. Die Unüberwindlichkeit der deutschen Streitmacht, an der ich keinen Augenblick gezweifelt habe, der Sieg des Rechtes, der sich vorbereitet, läßt die Torheit um so kläglicher erscheinen, die uns zugemutet wird, alle Ergebnisse der maßlosen Opfer in den Wind zu schlagen und in einen Zustand zurückzukehren, der uns denselben Gefahren von neuem aussetzt und uns nicht Liebe oder auch nur Mitleid, sondern nur Geringschätzung eintragen würde. (Lebhafter Beifall.) Was uns mit dem Verzichtfrieden hinaufgeredet hätte werden sollen, ersieht man sogleich aus folgender Gegenüberstellung: Stellen wir uns vor — auch wenn diese glänzenden Ereignisse nicht eingetreten wären — und es wäre der Verzichtfriede möglich gewesen und geschlossen worden: Kein Mensch kann glauben, daß wir sofort wieder in das Dorado wie vor dem Kriege gelangt wären. **Die Sorgen der Verpflegung wären geblieben und geblieben ohne absehbares Ziel. Ohne Entschädigung, mit Schulden belastet, die ganze Handelsposition in den Händen der Gegner,** die wegen ihrer Gewinnung den Krieg begannen, die Meere nach ihrem Belieben gesperrt, die Rohprodukte in ihrer Verfügung, keine Möglichkeit, die zurückflutenden Arbeitermassen zu beschäftigen, kein Landgewinn zur Kolonisation, kein Einfluß auf die Konjunktur, das Elend in Dauer! Am Tage nach diesem Verzichtfrieden hätte sich jeder an den Kopf gegriffen, wie aus einem Traume zur entsetzlichen Wirklichkeit erwacht, hätte man gefragt: Und dazu haben wir geopfert, um nichts zu erhalten und alles zu verschlechtern! Wehe denjenigen, die uns dieses Ergebnis gebracht hätten! Ob sie es in gutem Glauben, ob sie es aus falscher Popularitätshascherei oder aus noch schlimmeren Gründen getan hätten — sie wären hinweggefegt worden. Wenn wir das Bolschewikentum Einzug in Oesterreich und Deutschland halten lassen wollten — das so vorbereitete dauernde Elend wäre der Weg dazu gewesen. (Lebhafter Beifall.)

Und nun zu der Frage, die von den falschen Friedensfreunden mit Vorliebe aufgerollt wird: Ob uns in Oesterreich denn wirklich die Kämpfe im Westen nichts angehen?

Man blicke etwas in die Geschichte zurück: Das Oesterreich, das im Jahre 1815 aus dem Wiener Kongreß hervorging, war anders bestellt als das heutige. Vormacht im Deutschen Bund, Besitz der reichsten Gegenden Oberitaliens, Besatzungen und faktische Herrschaft bis in den Kirchenstaat hinunter, der Balkan durch die befreundete Türkei außer Streit gesetzt, dazu das in der heiligen Allianz befreundete Rußland, im Innern unseres Reiches von nationalen Aspirationen der Slaven noch nichts bekannt, so hatte Metternich — in der inneren Politik kurzsichtig, aber in der äußeren Politik der bedeutendste Staatsmann seit Kaunitz — uns die erste Großmachtstellung Europas gesichert. Es ist begreiflich, daß man in jener Situation über die Beherrschung der Meere durch England hinwegsehen, dieses Gebiet ihm gutgläubig überlassen konnte. — Seit dieser Zeit ein beständiges Abbröckeln. Die Herrschaft über Italien verloren, am Balkan die unruhigste Nachbarschaft, die schließlich durch den von Staats wegen eingeleiteten Mord unseres Thronfolgers den Weltkrieg entzündete. Er wurde das Opfer, nicht weil man ihn als Slavenfeind betrachtete; er galt sogar als deren Freund — sondern weil man den energischen Mann in ihm fürchtete und wußte, was Oesterreich bei Energie noch leisten kann.

Was aber die Politik des Zauderns und der Nachgiebigkeit einbringt, das kann man gerade an diesem Beispiele sehen. Serbien war bis zu Anfang dieses Jahrhunderts von der uns ergebenen Dynastie Obrenowitsch beherrscht. Sie wurde durch scheußlichen Fürstenmord beseitigt, und Karageorgiewitsch setzte sich an deren Stelle. Oesterreich war aber damals der erste Staat, der sein vollständiges Desinteressement erklärte und den Thronwechsel anerkannte, der aus Serbien den gärenden Umsturzherd schuf, der zugleich die Südslaven Oesterreichs beständig zu verhetzen suchte.

Im Balkankriege erklärten wir wieder unser Desinteressement, statt entweder die Türkei zu halten oder die neue Staatenbildung selbst in die Hand zu nehmen.

Die Antwort auf alle diese Duldsamkeit war das Attentat von Serajewo — und nun mutet man uns zu, denselben Staat, den wir zur verdienten Strafe für seine Perfidie zertrümmert haben, wieder aufzurichten, ja sogar im Innern des Reiches an Stelle der altehrwürdigen Kronländer, die seit einem Jahrtausend deutsche Reichsfürstentümer waren und als solche Oesterreichs Erbe wurden, eine südslavische Provinz zu schaffen, damit die Verhetzung von neuem und auf noch fruchtbarerem Boden angehen könne. (Sehr wahr!)

An der Adria bliebe uns zwar Triest. Statt aber Triest durch eine großartige handelspolitische Aktion die glaubten, durch Nichtgebrauch ihrer Rechte der Liebe der Völker näher zu rücken. Sie wurden schlecht bedankt. Ja mancher sägte selbst an den Füßen seines Thrones und freute sich an dem Beifalle der Umstehenden, der ihm so lange wurde, als er die Arbeit verrichtete, die er allein zu verrichten imstande war. Erst als es zu spät war, erkannte er die Fratze des Verräters. Am besten fährt immer der, der es nicht denen recht zu machen sucht, deren Abfall oder Untreue er fürchtet, sobald man ihnen nicht nachgibt. **Denn Treue läßt sich nicht erkaufen,** zufrieden werden sie ja doch nicht und **mit den Geschenken wächst nur die Begehrlichkeit. Die zurückgesetzten Getreuen aber werden zwar nicht untreu, aber ihre Kraft wird zersprengt** und schließlich ist die festeste Stütze verloren und der Feind zum Herrn gemacht. Das gilt nicht nur von Völkern, sondern mehr noch von Parteien.

Als eine solche, den wirklichen Staatsinteressen ganz und gar abholde Partei hat sich erst jüngst wieder die sozialdemokratische gezeigt. Sie wollte der Regierung sogar verbieten, in die Ukraine einzumarschieren, um unsere Lebensmittel zu holen und jene, die mit uns Frieden geschlossen hatten, gegen die Bolschewiki zu schützen. An dem Abend aber, als unter dem Eindrucke der Herrenhausdebatte der Ministerpräsident eintrat, um zu verkünden, es wird einmarschiert, war er selbst noch von den Einschüchterungen so befangen, daß auch diese Erklärung mit Entschuldigungen verknüpft war, als ob es sich um eine Missetat handle, und es hätte gar nicht wundergenommen, wenn schließlich beigesetzt worden wäre: Die Oesterreicher werden aber nicht schießen, sondern nur auf sich schießen lassen. Nun, so kam's allerdings nicht. Sie sind mit den Bolschewiki bald fertig geworden. Wir werden auch mit deren Freunden im Inlande fertig werden. (Stürmische Zustimmung.)

Wenn die bürgerlichen Parteien in Wien ehrlich zusammengehen, so bekommen die anderen in Wien von den 33 Mandaten nicht ein Fünftel. Dann wird man endlich einsehen, daß die Sozialdemokraten nicht das Volk sind. Daß dies Zusammengehen erfolgt, setzt aber auch gemeinsame Ziele voraus, und zwar **Hochziele! — Nicht bloß Parteiinteressen, auch nicht bloß materielles Wohl und Vorteile der Bevölkerung** und die mit dessen Hoffnung verbundene und oft sehr trügerische Popularität, sondern Ehre und Größe der Nation und des Vaterlandes. (Stürmische Zustimmung!)

Diese befiehlt heute auszuharren und verbietet sinnloses Bitten um das, was man diktieren kann, und auch zu begehren verpflichtet ist, wenn man nicht die Kämpfenden um den Preis, die Nachkommen um ihr Erbe und das deutsche Volk, dem wir ebenso angehören wie jene im Reiche, um seine Ehre bringen will. (Stürmische Zustimmung.)

Waren die Ausführungen Dr. Pattais schon in ihrem Verlaufe wiederholt mit rauschendem Beifall aufgenommen worden, so wollten die Zustimmungskundgebungen an deren Schluß kein Ende nehmen. Dem Redner wurde der Dank für seine Haltung in der Friedensfrage ausgesprochen.

Vossische Zeitung
5./IV. 1918
76 3

n

Freitag, 5. April 1918

Zeitung

1704

n Staats- und gelehrten Sachen

g: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich
. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungs-
ag 30 %. Stellengesuche 60 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
me im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Kochstraße 22-26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

h der Somme.

. — Vergeltungsfeuer auf Reims.

lt wurde. Diese An- die Franzosen auch abend, 6. April, von en einstellen werden tfindende Beisetzung Gvamaten getöteten

peschen-Agentur hat den Wunsch aus- aris anläßlich der in am Mittwoch g hat dem Wunsche aber an die zustän- mittag übermittelt

emenceau.

g.

Wien, 4. April.

nister des Aeußern en Jahres vor der en Rede folgendes

Beginn der West- dlungen bereit sei, im Einvernehmen eit sei und gegen- blicken könne als

Die Erwiderung Jagows.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

München, 4. April.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" veröffentlichen heute abend unter Bezugnahme auf die Widerlegung der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky und auf einen Artikel Georg Bernhards in der „Vossischen Zeitung", in dem dieser aus der Erwiderung Jagows den Schluß zu ziehen sucht, als habe Jagow in Uebereinstimmung mit Lichnowsky an die Lösung des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn und dessen Ersetzung durch eine neue Kombination mit England gedacht, ein Gespräch ihres Hauptschriftleiters Ernst Posselt mit Herrn v. Jagow. Herr von Jagow äußerte sich bei dieser Gelegenheit folgendermaßen:

„Eine Polemik über unsere Politik vor dem Kriege erscheint mir im jetzigen Augenblick an sich wenig nutzbringend. Ich bin in eine solche, im Gegensatz zu der Zurückhaltung, die ich mir seit meinem Rücktritt auferlegt habe, mit meiner Erwiderung auf die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky nur ungern eingetreten. Da es sich aber in diesem Falle um die Darlegung eines früheren Botschafters handelte, habe ich mich als damaliger Leiter des Auswärtigen Amtes verpflichtet gefühlt, dazu Stellung zu nehmen. Ich habe mich auf eine Widerlegung der wesentlichen Irrtümer der Denkschrift beschränken zu sollen geglaubt und nicht beabsichtigt, eine ausführliche Darlegung der Richtlinien zu geben, die die deutsche Politik während meiner Amtsführung bestimmt haben. Nachdem aber, wie der Artikel der „Vossischen Zeitung" zeigt, die knappe Fassung meiner Aeußerungen zu Mißdeutung Anlaß gegeben hat, halte ich eine Richtigstellung im allgemeinen politischen Interesse für geboten.

Es ist mir unverständlich, wie aus einem aus dem Zusammenhang gerissenen Satz die Folgerung hergeleitet werden konnte, die Auffassungen des Fürsten Lichnowsky über Oesterreich-Ungarn seien im Auswärtigen Amte geteilt worden, ich selbst sei ein Gegner des Bündnisses gewesen, und es habe sich damals um die Frage England oder Oesterreich-Ungarn gehandelt. Schon der Hinweis am Schlusse meiner Ausführungen auf den Standpunkt des Fürsten Bismarck: Deutschland dürfe nicht neben einem niedergeworfenen Oesterreich-Ungarn auf dem europäischen Kontinent zwischen Rußland und Frankreich isoliert zurückbleiben, mußte wohl eine solche Verkennung meiner Absichten ausschließen. Aus den Ausführungen des Fürsten Lichnowsky geht schon klar hervor, daß seine Anschauungen in diesem Punkte der amtlichen Berliner Politik zuwiderliefen.

Es liegt mir natürlich fern, in Erörterungen über das Thema „Erneuerung oder Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages?" eintreten zu wollen. Aber gegen die Darstellung muß ich mich wenden, daß durch den Vertrag die Interessen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Italiens und der Türkei gewahrt worden seien, während er für England eine Bedrohung bedeutet hätte. Der Rückversicherungsvertrag bot Deutschland Sicherheit gegen einen französischen Ueberfall. Die Gefahren, die eine aggressive russische Orientpolitik für die Türkei, für Oesterreich-Ungarn und Italien in sich barg, bestanden in gleichem, wenn nicht in erhöhtem Maße weiter fort und trafen, wenn auch erst in zweiter Linie, und zwar im Falle eines russischen Angriffes, auf Oesterreich-Ungarn, auch Deutschland infolge seiner Bündnispflichten. Positive Vorteile zog aber aus dieser Kombination in erster Linie England, dessen Orientinteressen bei der bestehenden Mächtegruppierung ohne eigene Bindung durch die Kontinentalmächte mit gegen Rußland gedeckt waren.

Auch war Fürst Bismarck selbst nicht der Ansicht, daß diese Konstellation ausreichte, um den Verbündeten Deutschlands und damit auch diesem selbst die nötige Sicherheit gegen ein aktives Vorgehen Rußlands im Orient zu geben. Es geht dies aus der Tatsache hervor, daß unter der Patronanz des Fürsten in der zweiten Hälfte der 80er Jahre — ich glaube, es war im Jahre

rselben englischen In- und mit ganz genau geführt worden. Ob ende — übrigens doch ußland den Krieg zum keine Rolle. Ein Ruß- des Rückversicherungs- da ab immer stärker seit Jahren durch eng- itet wurde, konnte na- verden. Aber die Auf- gewesen, das immer lusses auf Rußland zu chnen der Bismarckschen smarck einmal zu einem daß die erste Störung werde, beweist ja doch n deutsch-russischen vielmehr, daß er dabei ussischen Gegensätze im

n ihm angestrebte Eng- Lichnowsky wollte, auf rreich hinauslief. Aber ung gegen den Fürsten gung nahezu zwingend. rläuterung seiner Mei- Unrichtigkeit der ersten r auf seinen Schlußsatz neben einem niederge- europäischen Kontinent iert bleiben" — so hätte and uns aus der Iso- daß von einem nieder- dede sein konnte, denn türlich immer eine Spitze e insofern ein Schutz für

Herr v. Jagow übersieht: ungsvertrag möglich war, und mit Oesterreich-Un- o wäre Deutschland sterreich gewesen. Denn standen dauernd Gegen- die doppelseitige deutsche Bündnis mit Deutschland- land die führende, schwächste Macht gewesen, nsätze bestanden zwischen Gegensätze aber zwischen es jederzeit seinen Bun- e werfen können. Darin chen Bündnispolitik. Mag dnisse für Bismarck das Die Krönung des Werkes er lagen im deutsch-russi-

ch den Hinweis auf das kommen vom Jahre 1867 sicherungsvertrag und die der Mächte Bismarck nicht aggressive russische Orient- dabei nur die Kleinigkeit, Abschluß des Rückversiche- ismarck zwar der Patron iner Teilhaber war, und bringen dieses Abkommens des Fürsten Bismarck ge- Abschluß des Rückversiche- hatte sich England gegen- n Bundesgenosse Oesterreich lärt hatte, die Punktationen nicht erneuern zu wollen, e dadurch entstandene Iso- n um so mehr, ein Sonder- narck anzunehmen. Dieses llen ein tatsächlicher Schutz

Westungarischer - Grenzbote

Z. I/IV. 1918

85

...te

Blattes:
Mit täglicher Postzusendung.
Für das Inland:
monatlich . . . K. 4.40
vierteljährig . . . K. 13.—
halbjährig . . . K. 26.—
ganzjährig . . . K. 52.—
Für das Ausland:
vierteljährig . . . K. 24.—

Mit der dazugehörigen „Illustrierten Sonntags-Beilage" monatlich . . 30 Heller mehr

47. Jahrgang.

Czernin, der Optimist.

Diese Woche war beherrscht von einer Rede des Grafen Czernin, unseres gemeinsamen Ministers für die äußeren Angelegenheiten. Er kehrte heim aus Rumänien, hielt in Wien eine Rede und reiste wieder zurück, um die unterbrochenen Friedensverhandlungen zu Ende zu führen. Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner und sein Begleiter wollten von dem Minister hören, was er ihnen an Lebensmitteln für die notleidende Zweimillionenstadt in Aussicht stellen könne, Graf Czernin aber gab ihnen Steine anstatt Brot, er hielt ihnen eine hochpolitische Rede über äußere und innere Politik.

Der Vorfall hat etwas vom Charakter einer Tragikomödie, aber die Sache war offenbar vereinbart; jeder spielte eben die Rolle, die ihm zukam, der Bürgermeister mußte von dem Minister, der jetzt schon den dritten Frieden im Osten schließt, verlangen, was Wien von ihm erwartet und der Minister wollte sich endlich das Herz erleichtern und all jene Momente darlegen, die den Krieg immer wieder verlängern und die Arbeit der Diplomatie kreuzen. Da die einzige politische Körperschaft, in der er sprechen kann, die Delegationen, auf Osterferien waren und man die Herren schwerlich so schnell hatte zusammen rufen können, so nahm er vorlieb mit der Abordnung des Wiener Gemeinderates und redete an ihr vorbei zum Fenster hinaus. Zur Stunde, als die Rede gehalten wurde, war sie auch schon in den Wiener und Budapester Redaktionen und es ist sehr bezeichnend, daß der „Pester Lloyd" sie schon im Dienstag-Abendblatt bringen konnte, während sie in Wien erst am Mittwoch früh erschien. Diese Rede war keine Rede, sie war ein sorgfältig ausgearbeitetes diplomatisches Aktenstück, das aus ganz bestimmten Gründen gerade jetzt veröffentlicht wurde. Unser Minister wollte damit zunächst auf die Kriegführenden wirken, aber auch auf Rumänien, das noch nicht ganz kleingekriegt ist, sowie auf Serbien. Und nicht zuletzt auf die widerborstigen Tschechen, diese Staatsverräter, die wohl eine der traurigsten Rollen in diesem Weltkrieg gespielt haben und noch spielen.

Das war ein bißchen viel auf einmal, der Herr Graf sollte öfter reden, damit sich der Stoff nicht zu hoch anhäuft bei ihm. Zu viele Effekte heben einander auf. Höchst bemerkenswert war es, wie höflich Wilson, dieser trockene Schleicher, von Czernin behandelt wurde. So, als läge er gar nicht mit uns im Kriege, als wäre er der Lord Protektor des Friedens, der Mann, von dem wir alles Gute zu erwarten hätten. Daß dies gegenüber Amerika eine falsche Musik ist, das wird Graf Czernin schon noch erfahren. Mitten in die grandiose deutsche Offensive hinein, die vom Siegeswillen getragen ist, weil es keinen anderen Ausweg gibt für diesen Krieg als den, den das Schwert uns bahnt, mitten hinein bläst unser Minister neuerlich auf der Friedensschalmei. Aber er lockt vergeblich, der Wilson, den wir genugsam kennen gelernt haben wird den Ton für unecht halten. Und in der Rede Czernins fehlt auch der nötige Akzent gegen England. Daß dieses der eigentliche Feind und das eigentliche Hindernis des Weltfriedens ist, davon spürt man keinen Hauch in dieser Rede, sie nimmt Frankreich als den Hauptgegner Deutschlands an. Sehr interessant war die Mitteilung, daß Clemenceau vor der jetzigen deutschen Offensive in Wien anfragte, ob man zu Verhandlungen geneigt wäre, aber nichts mehr von sich hören ließ, als Wien und Berlin ihm gemeinsam antworteten: Ja, aber es dürfe von Elsaß-Lothringen nicht gesprochen werden. (Jetzt leugnet Clemenceau seine Anfrage ab!!) Konnte der Mann glauben, daß Oesterreich-Ungarn imstande wäre, einen Treubruch zu begehen wie Italien, wie Rumänien ihn begangen haben? Das wäre schon pathologisch. Aber Graf Czernin führt dieses Ausharren all unserer Feinde, dieses zähe Hoffen auf unseren Zerfall hauptsächlich auf die leidenschaftliche internationale Agitation der Tschechen zurück. Der schurkische Professor Masaryk, der im Ausland gegen Oesterreich arbeitet, ist die Seele jener Agitation und Graf Czernin ist überzeugt, daß es auch innere Masaryks in Oesterreich gibt, die in gleichem Sinne arbeiten. Er packte den tschechischen Stier bei den Hörnern und suchte ihn niederzuringen. Das Verhalten der Tschechen in der Armee und in der Politik brandmarkte er aufs schärfste, er erklärte das tschechische Volk für treu und gab dessen Führer als Hochverräter preis. Seltsam, seltsam! Warum wurde denn der Hochverräter Dr. Kramarz und seine ganze Sippe begnadigt? Will man jetzt neue Prozesse einleiten, damit es in einem Jahr wieder etwas zu begnadigen gibt? Man glaubt nicht recht an den Sturmwind in solchen Worten, nachdem die in monatelangen Prozessen überwiesenen tschechischen Hoch- und Landesverräter heute sämtlich wieder ihrer politischen Wühlarbeit zurückgegeben sind. Der Appell an die Gesamtheit aller vaterländisch Gesinnten, Front zu machen gegen die Verräter, klang ja recht gut, aber die in Oesterreich geübte Praxis ist ein Hohn auf solche energische Redensarten eines Ministers.

Nie hat ein öffentlicher Würdenträger in Oesterreich so oft ich, ich, ich, ich, ich gesagt; nie war einer so durchdrungen von seiner Machtvollkommenheit und uns ist ein wenig bange um diesen selbstbewußten Staatsmann. Es wäre doch schade, wenn ihn eines Morgens ein witziger Journalist auf einem Spaziergang über den Wiener Graben (wie es dem berühmten Schmerling passiert ist!) fragen würde: „Exzellenz, wissen Sie schon, daß Sie demissioniert haben?" Es stolpert sich so leicht, wenn man allzu sehr von sich eingenommen ist.

Am leichtesten war uns in der Rede des Grafen Czernin der weiche Ton gegenüber Rumänien verständlich. Diese Einladung zur künftigen Freundschaft, dieser Hinweis auf Bessarabien als Ersatz für die Dobrudscha, das alles war ja wohl-

Tägliche Rundschau
7./IV. 1918

Eine neue Denkschrift Erzbergers.

Herr Mathias Erzberger, Mitglied des Reichstags, Inhaber eines Kriegsautos, intellektueller Urheber des italienischen Gerlach-Spionageprozesses und der ebenso schädlichen Grimm-Hoffmann-Affäre, außerordentlicher Gesandter des Herrn v. Bethmann Hollweg für Rom, Bukarest, Wien, die Schweiz und Schweden, Patron einer schwäbischen Nudelmarke, Aufsichtsrat a. D. des Herrn August Thyssen, Geschäftsagent der „Germania" und hundert andrer erkenntlicher Seelen, heimlicher Denkschriftenfabrikant für den Vatikan, Intimus des vollkommen westwärts orientierten Monsignore Marchetti — Herr Mathias Erzberger, des deutschen Volkes auf allen seinen Pfaden, in Glück und Unglück, Unvermeidlicher*), hat wieder eine Denkschrift verfaßt, die er an eine Reihe absolut „Zuverlässiger" verteilt hat. Eine Denkschrift, die, nach Gebühr gewürdigt, ins Licht der kontrollierenden Oeffentlichkeit gehört und vielleicht nicht ihren Zweck, doch ihren Beruf verfehlte, wenn sie im Dunkeln nur als politischer Hintertreppen-Baedeker wirksam bleiben müßte.

... Ende Juli 1917 ließ Herr Erzberger, der wieder einmal in der Schweiz zu tun hatte, den Redakteur Baumgarten der „Neuen Zürcher Nachrichten" in den lichten Dom seiner Ideenwelt treten und dem andachtsvoll Staunenden sich dann also vernehmen: „Die Grundlagen für eine Verständigung mit England — dort liegt der Angelpunkt für den allgemeinen Dauerfrieden, um den es sich handelt — sind effektiv da. Wäre mir nächstens Gelegenheit geboten, mich mit Lloyd George oder Balfour oder mit einem ihrer ersten Vertrauensmänner zu unterhalten, würden wir uns sehr wahrscheinlich in wenigen Stunden über Verständigungs- und Friedensbasis soweit geeinigt haben, daß amtliche Friedensverhandlungen danach sofort beginnen könnten." Alle Welt schüttelt den Kopf. Hundstagshitze oder, nach der glorreich eingebrockten Reichskrisis, Größenwahn? Nur in der „Tägl. Rdsch." wurde sofort ein Zipfelchen seines sehr wirtschaftlich determinierten Denkens und Seins entschleiert, wurde gesagt, daß seine Hauptidee sich in einer deutsch-englischen Industrie-Vertrustungsabsicht verkörpere. Jetzt, wo erwartungsvoll die Geschichte vor dem größten Geschehen der größten Weltwende den Atem anhält, Tausenden, Millionen, Bewunderung und Hoffen, tiefste Dankbarkeit und stille Demut vor nie noch gesehenem Heroismus in der Seele, der Schlag des Herzens stockt, jetzt hält der Wackere die Zeit für gekommen, eine neue Propaganda für seinen gloriosen Wirtschaftsfrieden einzuleiten. Unmöglich, wenn Hindenburg eine Offensive beginnt, daß Herr Erzberger nicht mit seiner Gegenoffensive auf dem, freilich nur Ausgewählten zugänglichen, Plan erscheint. Und wer weiß, was er will, versteht, warum sein Lämpchen in der Dunkelkammer glüht.

Was er will? Er will als Grundlage eines deutsch-englisch-amerikanischen Friedens die weitgehendste Aufnahme britischen Kapitals in die deutsche Industrie; bis zur Hälfte, auch mehr wohl noch. Er will den Abstoß des dadurch freiwerdenden deutschen Kapitals in die Briten- und Amerikaner-Industrie. Er will weiter die deutsche Industrie der englischen Mitleitung und Kontrolle ausgeliefert wissen und glaubt, daß auch die Angeln- und Yankee-Industrie sich nach deutscher Aufsicht sehnt. Er erklärt, daß der deutsche Mittelstand zerrüttet sei; so zerrüttet, daß an einen erfolgreichen Wiederaufbau nur noch Kinder glauben könnten. Doch das macht nichts. Was ist die Findigkeit der schlauen, listenreichen Pallas Athene neben der politischen Auskunftei dieses Gehirns. Ein Arzt kann sorgenvoll und hilflos am Krankenbette stehn und schwerer Wehmut voll die tiefen Wunden betrachten, die Natur menschlicher Gesundheit schlägt, wo, wenn und weil er die Grenzen seiner Kunst erkennt: der Schäfer Thomas kuriert alles (brieflich, wenns grad nicht anders geht). Durch den Untergang des Mittelstandes werden bei uns zahlreiche Intelligenzen frei: die stellen wir der mit uns vertrusteten englischen und amerikanischen Industrie zur Verfügung. Also: Deutschland düngt England und Amerika mit Geld, Deutschland düngt England und Amerika mit Intelligenz! Hat jemand die Stirn, dies nicht eine glänzende Idee zu nennen? Doch Das ist noch nicht alles. Schließen wir einen schwächlichen Frieden (und jeder Friede ist schwächlich, der nicht, seis durch Landerwerb, seis durch Kriegsentschädigung,

*) Vgl. die weitester Verbreitung hiermit empfohlene, für unsere Zustände ebenso lehrreiche wie beschämende Broschüre, die Friedrich Hussong über „Mathias Erzbergers Wege und Wandlungen" kürzlich veröffentlicht hat. Zu beziehen durch die Deutsche Landbuchhandlung, Berlin SW. 11, Dessauer Straße 7.

Armand, diesmal im Auftrag Herrn Clemenceaus, mit dem Grafen Revertera neuerlich Fühlung. Der im August 1917 abgerissene Faden ist also von Herrn Clemenceau selbst im Januar 1918 wieder aufgenommen worden. Aus dieser neuerlichen Fühlungnahme ergaben sich dann die im amtlichen Communiqué vom 4. d. mitgeteilten Besprechungen. Richtig ist, daß Graf Revertera den Grafen Armand bei diesem Anlaß am 23. Februar 1918 eine Aufzeichnung übergab, von der Herr Clemenceau nur den ersten Satz zitiert und die bestätigt, daß Graf Revertera bei den im August 1917 abgehaltenen Besprechungen mit dem Grafen Armand den Auftrag hatte, zu konstatieren, ob von der französischen Regierung Vorschläge zu erhalten seien, die, an die Adresse Oesterreich-Ungarns gerichtet, die Grundlagen für einen allgemeinen Frieden bieten würden und die Oesterreich-Ungarn seinen Verbündeten zur Kenntnis bringen könnte.

Es entspricht somit durchaus den Tatsachen, wenn Graf Czernin in seiner Rede am 2. d. erklärt hat: „Herr Clemenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis." Der gegen den Grafen Czernin von Herrn Clemenceau erhobene Vorwurf der Lüge ist demnach auch in jener Einschränkung, die das vorliegende Communiqué der französischen Regierung vornimmt, nicht aufrechtzuerhalten.

Die Unterredung Mensdorffs mit Smuts.

Von „Bitten um einen angeblichen Separatfrieden", mit welchen Oesterreich-Ungarn die Regierungen in Rom, Washington und London ermüdet habe, ist der österreichisch-ungarischen Regierung nichts bekannt. Richtig ist dagegen, daß in der Schweiz zwischen dem Botschafter Grafen Mensdorff und dem General Smuts eine von der englischen Regierung im Unterhaus zugegebene Unterredung stattgefunden hat, die aber nicht einige Minuten, sondern in mehreren Zusammenkünften einige Stunden dauerte. Wenn Herr Clemenceau den österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern fragt, ob er sich erinnere, daß „zwei Monate vor der Unternehmung Revertera" — also vor etwa Jahresfrist — ein „Versuch der gleichen Art durch eine im Range weit über ihm stehende Persönlichkeit" gemacht worden sei, so nimmt Graf Czernin keinen Anstand, dies zu bejahen, wobei der Vollständigkeit und vollen Korrektheit halber noch beizufügen ist, daß dieser Versuch gleichfalls zu keinem Ergebnis geführt hat.

So weit die Feststellung der Tatsachen. Im übrigen sei nur bemerkt, daß Graf Czernin seinerseits keinen Grund sehen werde, es abzuleugnen, wenn er in diesem oder in einem ähnlichen Falle die Initiative ergriffen hätte, da er — im Gegensatz zu Herrn Clemenceau — glaubt, daß es kein Vorwurf für eine Regierung sein kann, Versuche zur Herbeiführung eines alle Völker von den Schrecknissen des gegenwärtigen Krieges befreienden ehrenvollen Friedens zu unternehmen.

Durch die von Herrn Clemenceau aufgeworfene Streitfrage ist übrigens die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Kernpunkt der Aeußerung des Grafen Czernin abgelenkt worden. Das Wesentliche daran war nicht so sehr, wer die Besprechungen vor Beginn der Westoffensive angeregt, sondern wer sie zerschlagen hat. Und das hat Herr Clemenceau bisher nicht geleugnet, daß er sich geweigert hat, auf der Basis des Verzichtes auf den Rückerwerb Elsaß-Lothringens in Verhandlungen einzutreten.

Die Erklärungen Clemenceaus.

* Wien, 8. April. Ueber das vom französischen Ministerratspräsidium veröffentlichte Communiqué erfahren wir von wohlinformierter Seite folgendes:

das Bestreben hatte, Oesterreich-Ungarn zu einem Separatfrieden zu bewegen. Das gleiche dürfte auch für die Besprechungen zwischen dem Grafen Mensdorff und dem General Smuts gelten. Die Entente hat also zu wiederholten Malen versucht, zu sondieren, ob man Oesterreich-Ungarn zu einem Separatfrieden bewegen könne. Demgegenüber haben Graf Revertera und Graf Mensdorff keinen Zweifel darüber gelassen, daß es sich bei ihren Besprechungen nur um die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens handeln kann.

Wenn man nun der Frage näherirtt, warum Clemenceau der Tatsache gegenüber, daß von französischer Seite Besprechungen wegen Einleitung von Friedensverhandlungen angebahnt wurden, sich mit allen Zeichen des Zornes und des Aergers auf den Standpunkt des Ableugnens stellt, so gibt es hierfür zwei Erklärungen: Es muß für einen Mann, der im eigenen Lande immer wieder predigte, daß es nur ein Mittel zur Beendigung des Krieges gebe: den Sieg, für einen Mann, der einen schrecklichen Kampf gegen alle führt, die gegenteiliger Meinung sind, für einen Mann, der Caillaux einsperren ließ und eine ganze Reihe von Prozessen gegen „Defaitisten" führt, sehr unangenehm sein, wenn er überwiesen wird, daß er selbst Verhandlungen wegen Herbeiführung eines Friedens führen ließ. Dann muß man sich folgendes vor Augen halten: Wie man italienischen Blättern entnehmen kann, haben die Besprechungen in der Schweiz ohne Kenntnis der italienischen Regierung stattgefunden. Die Italiener haben nun bereits zu wiederholten Malen ihr Mißtrauen darüber bekundet, daß die Entente nicht gewillt sei, die italienischen Wünsche entsprechend zu vertreten. Wenn nun Italien tatsächlich nicht über die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn unterrichtet worden war, so begreift man es, daß hierdurch in Italien ein großes Mißtrauen wachgerufen werden dürfte, zumal Italien die Befürchtung hegen könnte, daß Frankreich über den Kopf Italiens hinweg einen Frieden suche, der die Aspirationen Italiens nicht erfülle.

All den vorliegenden Meldungen gegenüber darf man wohl auf den Grafen Czernin verweisen, der erklärt hat, daß die Verhandlungen in der Schweiz auf französische Initiative zurückzuführen waren. Aber selbst wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, so würde Graf Czernin dies frei bekennen, denn der Minister des Aeußern hat doch immer erklärt, daß wir den Frieden suchen, und wenn sich eine Gelegenheit hierzu ergibt, so würde er sich gewiß nicht scheuen, dies einzubekennen. D die Redereien in dem französischen Communi über angebliche Betteleien Oesterreich-Ungarns nach einem Separatfrieden anlangt, sind diese vollständig aus der Luft gegriffen.

Man muß es Clemenceau überlass ob er auf all diese von uns festgestellten T sachen zurückkommen will. An den hiesigen k petenten Stellen hat man zunächst keine V anlassung, mehr zu sagen, auch nicht bezüg der Verhandlungen der in dem französis Communiqué angedeuteten Persönlichkeit, die Range weit höher als der Gr Revertera steht. Man hat hier keine V anlassung, einen Namen zu nennen. So jedoch Clemenceau auf die Sache zurückkomm und vielleicht wieder mit einer Lüge, so w man Clemenceau sofort mit Tatsachen a worten."

Clemenceau vorgeladen.

Die Abrechnung im Heeresausschuß

KB Berlin, 8. April. Die Vossische Zeitu berichtet nach Pariser Blättern vom 7. d.: D letzten Freitag abends traten die Kamm kommission für auswärtige Angelegenheiten u der Heeresausschuß zu einer gemeinsam Sitzung zusammen, zu der Clemence dringlich geladen wurde. Der Sozialistenführ

allgemeinen Frieden herbeizuführen. Es läßt sich ja aus dem Communiqué selbst herauslesen, daß man auf französischer Seite

den Frieden und den Augenblick ernster Verhandlungen. Wilson habe recht, die öffentliche Diplomatie an Stelle dieser Geheimtuereien zu fordern. Die soeben begründete Coalition Républicaine der französischen Republikaner fordere dasselbe. Sie habe recht. Deshalb fordern wir, daß die verantwortlichen Regierungschefs in den Parlamenten klar reden und offen ihre Friedensbedingungen bekanntgeben und durch ihre Offenheit die Gegner zwingen, Farbe zu bekennen. Sobald die Kriegsfragen uns wieder die Freiheit hierzu geben, wollen wir dies neuerdings von Parlament und Land verlangen.

Italien und die Rede Czernins.

KB Lugano, 6. April. Giornale d'Italia erklärt, die Rede des Grafen Czernin sei hinterhältig. Die Entente müsse dem Pazifismus stärksten Widerstand leisten, und Italien müsse sich zur Abwehr der bevorstehenden österreichisch-ungarischen Offensive vorbereiten.

Eine Meldung des Pariser Temps aus Rom verbreitet sich gleichfalls über die vorgebliche österreichisch-ungarische Offensive, die in italienischen Militärkreisen als bevorstehend erachtet werde.

Die Londoner Morning Post ermahnt Italien, den Worten des Grafen Czernin nicht zu trauen, denn der Konflikt bestehe nicht sowohl zwischen dem einen und dem anderen Lande, sondern zwischen dem gesamten Ententeblock und dem Vierbund.

Die Kriegsberichte vom Sonntag

Unser amtlicher Bericht.

KB Wien, 7. April. Amtlich wird verlautbart: „7. April 1918. An der italienischen Front nichts von Belang.

Der Chef des Generalstabes."

Der deutsche Kriegsbericht.

KB Berlin, 7. April. (Amtlich.) „Großes Hauptquartier, den 7. April 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Schlachtfront entwickelten sich am Nachmittag heftige Feuerkämpfe, denen starke englische und französische Angriffe an der Ancre und Avre folgten. In dichten Massen vorstürmende englische Regimenter brachen nördlich von Beaumont—Hamel und vor unserer Brückenkopfstellung beiderseits von Albert zusammen. Südlich von Villers—Bretonneux kamen bereitgestellte Sturmtruppen des Feindes in unserem Feuer nicht zur Ent-

Die Antwort Clemenceaus.

KB Paris, 6. April. Die Agence Havas meldet: Das Ministerratspräsidium gibt folgendes Communiqué aus:

Bei Uebernahme der Regierung fand Clemenceau in der Schweiz auf Initiative Oesterreich-Ungarns eingeleitete Besprechungen zwischen dem Grafen Revertera, einem persönlichen Freunde des Kaisers, und dem Major Armand vom 2. Departement des Generalstabes vor, welch letzterer von dem damaligen Minister hierzu bestimmt worden war. Herr Clemenceau glaubte nicht die Verantwortung auf sich nehmen zu dürfen, diese Besprechungen zu unterbrechen, die bisher kein Ergebnis geliefert hatten, die aber nützliche Informationsquellen bieten konnten. Major Armand konnte sich also auf eine Bitte des Grafen Revertera neuerlich nach der Schweiz begeben. Die Instruktion, die ihm in Gegenwart seines Vorgesetzten von Herrn Clemenceau gegeben worden war, lautete: „Anhören und nichts sagen." Als Graf Revertera sich endlich die Ueberzeugung verschafft hatte, daß sein Versuch, den Köder für Deutschland auszuwerfen, ohne Erfolg geblieben sei, übergab er, um seine Mission genau zu charakterisieren, am 25. Februar dem Major

beurteilen zu können, müßte man den ganzen Bericht Reverteras und die Details der Affäre kennen. All das verzögere indessen bloß

9./4 1918.

97 9

Das ukrainische Programm.

Drahtmeldung unseres Kriegsberichterstatters
Hans Kyser.

Kiew, 4. April.

Das Arbeitsprogramm des neuen ukrainischen Kabinetts, das sich fast ausschließlich aus Vertretern der Regierungsparteien — der ukrainischen Sozialrevolutionäre, unabhängigen Sozialdemokraten, den Hauptvertretern der völligen Unabhängigkeit der Ukraine und Sozialföderalisten — zusammensetzt, ist vor allem ein nationales Programm und legt das Hauptgewicht auf die entschiedene Ukrainisierung der Städte und des Landes.

Die ukrainische Sprache wird als Regierungssprache bei den Behörden und im öffentlichen Leben festgesetzt. Ein Gesetz über die Erwerbung des ukrainischen Bürgerrechtes ist erlassen, das nur den Bürgern der ukrainischen Volksrepublik die Teilnahme an staatlicher und lokaler Verwaltung gestattet und alle Nichtukrainer ihrer politischen Rechte entkleidet, sofern sie nicht einen Antrag auf Naturalisierung stellen. Letztere haben um eine Aufenthaltsbescheinigung nachzusuchen, die höchstens drei Monate gewährt wird.

Es ist begreiflich, daß die russischen Parteien, denen sich auch die Juden angeschlossen haben, dagegen Stellung nehmen und einen Widerstand organisieren, der im „Russischen Bund in der Ukraine" zusammengefaßt, sich den Schutz der national-russischen Interessen und der russischen Sprache auf ihr Programm gesetzt haben. Sie sprechen von einer gewaltsamen Ukrainisierung, vergessen aber dabei, daß es sich hier um die Befreiung von dem jahrhundertlangen Druck der mit den verwerflichsten Mitteln durchgeführten Russifizierung handelt, die das ukrainische Volk um alle Früchte seiner nationalen und wirtschaftlichen Kultur systematisch betrogen hat.

Im nationalen, durch das vierte Universal aufgestellte Programm des selbständigen, von niemanden abhängigen freien souveränen Staates des ukrainischen Volkes sind alle ukrainischen Parteien einig. Die Haltung zu den Zentralmächten wird von innerpolitischen Gegensätzen weniger beeinflußt als von nationalistischen. So ist die Ratifizierung des Friedensvertrages gegen die Stimmen der russischen Sozialdemokraten, der russischen Sozialrevolutionäre, des jüdischen Bundes und der polnisch-demokratischen Zentrale erfolgt. Aber diese parlamentarischen Kämpfe spiegeln nicht die allgemeine Stimmung der Bevölkerung wieder, die im Hinblick auf die im Inneren zerrüttete Lage den äußeren Frieden auf das freudigste begrüßt und in ihm die einzige Möglichkeit sieht, die Arbeit nicht nur am Aufbau der neuen republikanischen Verfassung der Ukraine, sondern vor allem auch an der Wiederherstellung geordneter Wirtschaftsverhältnisse auf demokratischer Grundlage aufzunehmen.

Neben dem neuen Kabinett, an dessen Spitze Holubowitsch geblieben ist, sind Ministerialdirektoren mit speziellen Vollmachten ernannt worden. Eine besondere Pflege soll dem Ausbau der Verkehrswege gewidmet werden, die zum Nationaleigentum erklärt worden sind. Die Lage der Angestellten, aus denen man alle Nichtukrainer ausgemerzt hat, soll durch die Ueberlassung von Siedlungsland verbessert werden. Die Monopolisierung des Außenhandels und die staatliche Kontrolle des gesamten wirtschaftlichen Lebens ist geplant, wird aber von der Presse zunächst zurückhaltend aufgenommen. Eigenes ukrainisches Geld ist überall im Umlauf, das Emissionsrecht der Staatsbank soll erweitert werden. Einstweilen macht sich der Mangel an Bargeld, das von den Bolschewisten zum größten Teil weggeführt worden ist, noch empfindlich bemerkbar. Die öffentliche Sicherheit in den Städten ist zum größten Teil wiederhergestellt. Der Schutz der Hauptstadt ist einer Militärtruppe anvertraut. Die

---

kriegsende. Nicht in den Kugelregen,
Nicht zum kühnen Handstreich, nicht

die Zahlfront!

Vossische Zeitung
9./4. 1918.

98 9

Staatssekretär Helfferich über die angelsächsische Gefahr.

Nur eine Rettung: der Sieg.

In einer Stuttgarter Versammlung hielt Staatsminister Dr. Helfferich eine Rede, die sich mit aller Schärfe gegen die angelsächsische Weltherrschaft kehrte.

Nach einer Einleitung, die darauf hinwies, daß es lediglich dem „deutschen Militarismus", unserem straff organisierten und disziplinierten Volksheer zu danken ist, wenn zum ersten Male seit Jahrhunderten in einem Völkerkriege nicht Deutschland der zerstampfte und der rauchende Kriegsschauplatz ist, sondern Länder, deren Soldateska sich früher auf unserem Boden getummelt hat, erklärte Dr. Helfferich:

Der serbisch-österreichische Konflikt war der Funke, der in das Pulverfaß flog; aber das Pulverfaß war von anderen Händen mit seiner Sprengladung gefüllt.

Ohne England gab es keinen Weltkrieg.

Nicht durch irgendwelche Herausforderung oder Bedrohung, lediglich durch unsere friedliche Entwicklung fühlte sich England beeinträchtigt. Eine freie Welt hat Raum für alle; die britische Weltherrschaft nicht; die britische Weltherrschaft hat für ein aufstrebendes Deutschland keinen Platz. Die Engländer, die so viel von Freiheit sprechen, meinen die Freiheit der Briten; die Freiheit der anderen kennen sie nur in den Schranken der Britenherrschaft. Gestützt auf sein gewaltiges Weltreich, auf seine überlegene Kriegsflotte, auf die mächtigen Heere der Genossen seiner Einkreisungspolitik hat England von der friedlichen Arbeit an die Gewalt der Waffen appelliert. Und so ist der Krieg weit über seine ursprüngliche Veranlassung hinausgewachsen zu dem Kampf zwischen der britischen Weltherrschaft und der Entwicklungsfreiheit der Völker. Wir kämpfen für unsere allereigenste Sache; aber wir führen — nicht zum ersten Male in der Geschichte — mit deutschem Herzblut gleichzeitig die Sache der Welt. Mag angelsächsische Heuchelei tausendmal die Völkerfreiheit als ihr Kriegsziel ausschreien, die Freiheit der Welt ist in unserem Lager. Mag Präsident Wilson die Dinge auf den Kopf stellen und behaupten, wir wollten „ein Weltreich der Gewalt, der Gewinnsucht und der wirtschaftlichen Oberherrschaft" aufbauen; wir wissen, wer die Inhaber und Verteidiger dieses Weltreichs sind. Mit dem System der unduldsamen angelsächsischen Weltherrschaft ringen wir jetzt auf Leben und Tod, und wir werden es mit Gottes Hilfe brechen, wie wir des von der anderen Seite her auf Europa lastenden russischen Albdrucks Herr geworden sind.

Was uns erwartet, wenn wir nicht die Kraft finden sollten, in diesem Ringen oben zu bleiben, — unsere Feinde haben es uns in den vier Kriegsjahren eindringlich vor Augen geführt. Zielbewußt hat England den Krieg vom ersten Tage an geführt als Vernichtungskrieg gegen unsere Wirtschaftskraft.

England hat nicht mit territorialen Eroberungen jenseits der Meere begnügt. Es hat den Versuch gemacht, alle Fäden, die uns mit dem Ausland verbinden, abzuschneiden. Es wollte damit unsere Wirtschaft noch während des Krieges erdrosseln, uns durch Hunger und Rohstoffmangel von innen heraus, allen Waffenerfolgen zum Hohn, zusammenbrechen lassen; es will damit gleichzeitig für die Zeit nach dem Kriege unsere wirtschaftlichen Außenbeziehungen, unsern auswärtigen Handel und unsere auswärtigen Niederlassungen mit Stumpf und Stiel vernichten. Wir sollen ein für allemal eingeschnürt und eingekapselt werden in unsere kontinentale Beschränktheit und damit endgültig unseren bescheidenen Platz finden in dem System der angelsächsischen Weltherrschaft.

Gegen diese Gefahr ist nur ein Kraut gewachsen. Und dieses Kraut heißt Sieg.

Alle Erklärungen und Reden der britischen Staatsmänner, alles, was wir sonst aus England und den Ländern seiner Genossen und Vasallen herüberschallen hören, bestätigt, daß der Friede auch heute noch nicht eine Frage der Verständigung, eine Frage der Bedingungen ist, sondern einzig allein eine Frage des Sieges. Die Frage ist, ob es uns gelingt, den bisher noch aufrechten und entschlossenen Kriegs- und Siegeswillen des Feindes zu brechen. Wenn eins uns darin bestärken kann, dann ist es die jüngste Rede des Präsidenten Wilson. Er proklamiert „Gewalt, Gewalt bis zum äußersten, Gewalt ohne Maß und Grenzen". — Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir müssen alle Kräfte in neuem Aufschwung zusammenfassen, um die Gewalt der Feinde endgültig zu brechen.

Wie steht es mit dem Hungerkrieg? — Gewiß, die Entbehrungen und Leiden sind groß. Aber wir haben vier Jahre durchgehalten und werden weiter durchhalten, solange es sein muß. Der Hunger droht heute den Feinden!

Wie steht es nun mit dem Materialkrieg, der uns nach Lloyd Georges prahlerischem Wort den „Knockout" geben sollte? — Die Somme-Schlacht von 1918 gibt die Antwort auf die Hoffnungen, mit denen der Feind in die Somme-Schlacht von 1916 hineingegangen ist. Deutsche Arbeit und deutscher Erfindungsgeist haben vermocht, den vereinigten Industrien der Welt nicht nur das Gleichgewicht zu halten, sondern sogar — die letzten Ereignisse haben es gezeigt — im kritischen Augenblick und am kritischen Punkt das Uebergewicht zu erlangen.

Und schließlich die „silbernen Kugeln", mit denen Lloyd George im August 1914 den Krieg gewinnen wollte! — Er hat sich inzwischen wohl überzeugt, daß zur Niederwerfung eines Volkes wie des deutschen auch der dickste Geldbeutel nicht ausreicht. Er hat sich wohl auch überzeugt, daß sogar auf dem Felde der Finanzen wir über das weiter tragende Geschütz und die bessere Munition verfügen.

Auf allen Gebieten sehen wir dasselbe: Die größere innere Stärke, die größere Tatkraft und Umsicht, die bessere Disziplin, die stärkeren Nerven und das höhere Pflichtgefühl — sie sind bei uns. Ein Volk von Barbaren und Knechten kann wohl mit der großen Zahl, aber nicht gegen die große Zahl sich behaupten und siegen. Nur geistige und sittliche Kraft kann die erdrückende materielle Uebermacht bändigen und bezwingen.

Mit einem eindringlichen Werbewort für die achte Kriegsanleihe schloß die Rede, die einmütigen Beifall fand.

(Hierzu drei Beilagen.)

Neue Freie Presse 99
9./IV. 1918

Eine Kriegsrede Balfours.

Die Hoffnung auf Amerika.

London, 8. April.

Reuter meldet: Der Wortlaut der Rede, die Balfour im Mansion House anläßlich des Jahrestages der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika hielt, ist folgender:

Die Umrisse des Toastes, den zu halten man mir die Ehre erwies, wurden bereits in der Eröffnungsansprache des Bürgermeisters sowie in den der Versammlung bekannten Telegrammen des Königs und des Premierministers gegeben. Es ist richtig, daß wir den heutigen Tag feierlich begehen. Ich glaube nicht, daß in der Geschichte eine wichtigere Begebenheit gefeiert wurde als die, welche wir heute mit der ganzen Menschheit und Zivilisation feiern. Der heutige Tag ist der Jahrestag eines Ereignisses, das den genauen Moment bezeichnet, wo die Neue Welt ihr Schicksal an dasjenige der zivilisierten Elemente der Alten Welt knüpfte und wo die größten Staatsmänner der alliierten Mächte die klare Einsicht der Tatsache bekundeten, daß alle zivilisierten Kräfte vereinigt werden müssen, wenn eine Gefahr, welche sich wie der deutsche Ehrgeiz in die ganze Welt verbreitet, abgewendet werden muß und wenn die Freiheit der Entwicklung, die wir mit der internationalen Freiheit verbinden, gesichert werden muß. Nie hat sich etwas Aehnliches in der Weltgeschichte ereignet. Wir feiern heute den Augenblick, wo die Zivilisation sich ihrer selbst bewußt geworden ist, wo alle Freiheitsliebenden in der Alten und in der Neuen Welt fühlen, daß es ihre Pflicht ist, gemeinsame Sache zu machen gegen eine furchtbare Gefahr. Dieses Ereignis war sicherlich in den Vereinigten Staaten die letzte Etappe und das Ende einer beständigen Bewegung. Wir gelangten schneller zu dem gleichen Punkt, weil wir durch Verträge mit Belgien verbunden waren und enge Beziehungen uns mit unserem Nachbarn Frankreich einten.

Die Bewegung konnte zweifellos nicht so schnell sein in einer so großen Gemeinschaft, die durch 3000 Meilen des Atlantischen Ozeans von der Alten Welt getrennt ist. Wenn aber diese fortschreitende Bewegung auch langsamer war, so erreichte sie nichtsdestoweniger vollständig ihr Ziel, und ich glaube nicht, daß zur jetzigen Stunde ein Gemeinwesen vorhanden ist, das klarer als die große amerikanische Republik die ganze Bedeutung der im Spiele stehenden Fragen des Krieges erfaßt hätte, an dem Amerika für die Verteidigung der Sache der Alliierten teilnimmt, noch ein solches, das entschlossener wäre, unsere gemeinsamen Anstrengungen durch den Erfolg gekrönt zu sehen.

Wir alle sind zu diesem Schluß gekommen, daß, wiewohl auf Erden Platz vorhanden ist, für die freie Entwicklung aller Gemeinwesen, kein Platz vorhanden sein darf für die von der deutschen Militärpartei eifrig verfolgten Ideale neben jenen, die den großen freien Demokratien der Welt teuer sind. Nein, diese Ideale könnten nebeneinander nicht gedeihen. Diese Ideale haben in kristallklaren Worten die Grenzen der Welt erreicht und finden ein Echo in jedem Herzen, das die Bedeutung des Wortes „Freiheit" kennt, sie kamen aus dem Munde des Präsidenten Wilson. Er hat sie in einer Reinheit der Form und Kraft der Sprache ausgesprochen, mit welchen wenige Staatsmänner, wenn nicht keiner unserer Zeit wetteifern könnten.

Gibt es etwas Betrüberendes als den Gebrauch, den die deutschen und die österreichisch-ungarischen Staatsmänner mit den öffentlichen Erklärungen Wilsons hinsichtlich seiner Politik gemacht haben? Der deutsche Reichskanzler und ein österreichisch-ungarischer Minister haben die Grundsätze Wilsons zitiert und laut gebilligt. Diese Grundsätze sagen uns, was die Gerechtigkeit für die Herbeiführung des dauernden Friedens verlangt. Die Nationen dürfen nicht als Tauschobjekte zwischen verschiedenen Mächten behandelt werden, Grenzverschiebungen müssen im Interesse der Bevölkerung der betreffenden Gebiete erfolgen. Nun haben die Staatsmänner Oesterreichs und Ungarns in einer Sprache, die heuchlerisch genannt werden muß, diese Erklärungen offen vor ihren Mitbürgern gelobt und sie dann allseits auf zynische Weise mißbraucht. Sie taten dies in ihrem eigenen Lande, ohne daß ein Vorwurf an sie gerichtet wurde.

Hier sehen Sie eine der Folgen der falschen Anwendung des Prinzips, daß je nach der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes zu entscheiden ist, zu welchem Lande es gehört. Ist es nicht sehr einfach, in der Art dieser Bevölkerung eine Veränderung hervorzurufen, sei es durch Massaker oder anderswie? Dies erscheint von fast unglaublicher Brutalität. Nun aber schreitet man in Rumänien, in Griechenland und in anderen Ländern zu Massakern in gewissen Fällen. Man behilft sich mit Zwangsmaßregeln in anderen Fällen, damit die Bevölkerungen jener Gegenden und die Gegenden selbst nach Art des Wilsonschen Prinzips behandelt werden können. Ich behaupte nicht, daß die Deutschen und Oesterreicher-Ungarn diese Operationen selbst ausführen, wohl aber ihre Verbündeten, und dies trotz ihrer Billigung der Grundsätze Wilsons, betreffend die territorialen Fragen. Sie behandeln die Bevölkerungen wie Tauschartikel zwischen verschiedenen Mächten. Die Zentralmächte sagten zu Rumänien, daß es, wenn es nicht Frieden schließe, zwischen Bulgarien und Oesterreich-Ungarn aufgeteilt und von der Karte verschwinden würde. Wenn man an die Rußland geraubten Gebiete denkt, so kann man sich einen Begriff von der Aufrichtigkeit machen, welche die Zentralmächte beseelt. Anstatt diesen Teil Europas nach ethnischen und Sprachgebieten aufzubauen, verfuhren die Zentralmächte mit jeder in Betracht fallenden Grenze derart, daß eine Wunde zurückblieb und Eifersucht zwischen den ihre Unabhängigkeit erstrebenden Staaten bestehen bleibt, da solches den Eroberern hilft, ihre unheilvollen Weltbeherrschungspläne zu verwirklichen. Die Zentralmächte haben nie daran gedacht, dieses Gleichgewicht herzustellen, das die einzige wahre Sicherheit und Garantie des Friedens ist.

Was ein internationales Uebereinkommen tun kann, ist, darüber zu wachen, daß ein natürlicher menschlicher und gerechter Vergleich geschlossen werde. Mit Rhetorik kann nicht Krieg geführt und mit schönen Phrasen kein Friede erreicht werden. Unsere russischen Freunde beginnen diese Wahrheit einzusehen. Ich hoffe, daß diese Lehre nicht zu spät kommt. Ich glaube nicht, daß Rußlands jetzige Lage von Dauer sein wird. Ich gehöre zu denen, die unbeschränktes Vertrauen zum russischen Volke haben. Ich hoffe, es etappenweise, wenn auch mühsam, eine neue unabhängige und freie Stellung einnehmen zu sehen. Rußland wird, was es früher nie war, nicht nur unabhängig und einig, sondern auch frei werden. Wir werden ihm alle Hilfe leisten, trotz der Leiden, die es sich und uns verursacht hat.

Die Illusionen, die Rußland in seine jetzige Lage brachten, wurden von unseren Freunden jenseits des Atlantischen Ozeans nie gehegt. Sie waren sich immer dessen bewußt, daß sie in letzter Linie für Ideale kämpfen müßten. In diesem großen Kampfe zwischen Licht und Finsternis, zwischen Recht und Ungerechtigkeit waren Opfer unvermeidlich. Sie haben gezeigt, daß sie bereit sind, diese Opfer in hohem Maße zu bringen. Präsident Wilson und die amerikanische Regierung haben kürzlich den größten Beweis der Hingabe Amerikas an die gemeinsame Sache erbracht, indem sie darin einwilligten, daß die amerikanischen Truppen vorläufig nicht als selbständiges amerikanisches Heer, sondern zwischen den britischen und französischen Mannschaften an der Westfront kämpfen. Ich glaube übrigens nicht, daß es sehr lange dauern wird, bis, wie wir alle wünschen, die große amerikanische Armee unter eigenen Fahnen Seite an Seite mit den Soldaten der übrigen Alliierten wird kämpfen können. Dieses Opfer wurde geleistet um des großen internationalen Zieles willen, da der Präsident sowohl wie die von ihm vertretene Gemeinschaft erkannt haben, welch bedeutender Maßnahmen es bedürfe zur Sicherung des Erfolges in dem Ringen, das sich während der kommenden Monate auf der französischen Front abspielen wird.

Das Ziel, das wir alle ersehnen, wird erreicht werden. Niemand von uns bezweifelt dies. Aber die Deutschen sagen immer noch, sie hätten gewonnen. Ich bin der letzte, der den gewaltigen Charakter der deutschen Organisation oder die Tapferkeit der deutschen Soldaten unterschätzt. Wenn aber die Deutschen der Welt im allgemeinen und den Neutralen und Kriegführenden im besonderen zumuten, nun auch ihrerseits die Kriegskarte zu betrachten und zu sagen, ob denn die Deutschen nicht Sieger werden, so komme ich meinerseits durch einen Blick auf die Kriegskarte zu einem völlig anderen Ergebnis. Unzweifelhaft haben die Zentralmächte einen bedeutenden Geländegewinn erzielt. Es geschah jedoch, weil sie es mit Gegnern zu tun hatten, die nicht bewaffnet waren oder die keinen Widerstand entgegensetzten. Ihre Erfolge waren nicht mehr bedeutend als sie es mit Heeren zu tun bekamen, die gleich den ihrigen gründlich vorbereitet waren. Ich bin nicht Fachmann auf militärischem Gebiet und mag hier deshalb kein Horoskop stellen. Ich möchte indessen den Deutschen zu bedenken geben, daß, wenn sie in diesem Kriege Boden gewonnen haben, unsere Verbündeten und wir selber ihnen auch viel Gebiete entrissen haben.

Das Vertrauen, das ich in unsere Zukunft setze, gründet sich aber nicht auf Erwägungen dieser Natur. Trotz des bedauerlichen Verlustes, den wir in dem Abfall eines so mächtigen Verbündeten wie Rußland beklagen müssen, sind die Kräfte, die für Recht und Freiheit kämpfen, bedeutend größer, als diejenigen des Gegners. Außerdem besitzen wir in Amerika hauptsächlich, aber nicht allein in diesem Lande, Kraftquellen zu unserer Unterstützung, die je nach der Entwicklung des Krieges noch zunehmen werden. Abgesehen von ihrer Ueberlegenheit auf diesem Gebiete, stehen den Alliierten im Kampfe gegen die Mittelmächte noch andere Waffen von hohem Werte zur Verfügung: wir meinen den Handel und die Ueberseeverbindungen, die der

Abendbl 103
11/IV. 1918

Die gefälschten Briefe des Kaisers Karl.

Das Telegramm an Kaiser Wilhelm und die Erklärung des Ministeriums des Aeußern.

Wien, 11. April.

In den ersten Morgenstunden ist heute die Antwort auf die Note der Agence Havas, die den Hinweis auf die angeblichen Briefe des Kaisers Karl enthielt, veröffentlicht worden. Das Einvernehmen mit dem Grafen Czernin konnte erst spät in der Nacht hergestellt werden und die Veröffentlichung verschob sich bis nach Mitternacht. Es war jedoch richtig, keinen Tag länger zu zögern. Der Sachverhalt mußte sofort und ohne Versäumnis festgestellt werden. Das Bedürfnis nach Aufklärung war im ganzen Publikum, wo unbestimmte Gerüchte den Gegenstand des allgemeinen Gespräches gebildet hatten, sehr stark und rasches Handeln mit Rücksicht auf das Inland und auf das Ausland nötig.

Die Depesche des Kaisers Karl an Kaiser Wilhelm.

Die Politik der Entente gegenüber der Monarchie hat seit Jahren schon die Wirkung gehabt, das Bündnis mit Deutschland immer mehr zu befestigen. Wir brauchen, um ein schlagendes Beispiel anzuführen, nur an die Note der Entente zu erinnern, mit der sie die Friedensanregung Wilsons beantwortet hat. Dort wurde erklärt, daß der Friede erst geschlossen werden könne, wenn unsere Czechen und Slowenen befreit sein werden, eine Friedensbedingung, die jeden Kenner unserer politischen und parlamentarischen Verhältnisse in das größte Erstaunen versetzen muß. Wer die Erlebnisse in der letzten Budgetdebatte mitgemacht hat, muß sich nach dem Worte von Anastasius Grün fragen, ob die Deutschen im Abgeordnetenhause noch so frei sein dürfen, frei zu sein. England hat einen Großverschleiß mit unseren Ländern begonnen. Diese Politik hat das Bündnis zu einer noch ernsteren Notwendigkeit für Deutschland und für die Monarchie gemacht, wie es auch geschaffen wurde, um den Frankfurter Vertrag und den Berliner Vertrag gemeinsam zu verteidigen. Der Frankfurter Vertrag hat Deutschland die seit Jahrhunderten bedrohte Sicherheit der Grenzen durch die Festungen Straßburg und Metz gegeben. Der Berliner Vertrag hat durch das Mandat für Bosnien und die Herzegowina den Anspruch der Monarchie, sich durch Rußland nicht vom Balkan abdrängen zu lassen und seinen Einfluß in diesen Gebieten zu stärken, anerkannt. Beide Verträge sind noch jetzt der Mittelpunkt der Bündnispolitik. Sie können voneinander nicht losgelöst werden, müssen in diesem Kriege gemeinsamen Schutz finden, damit die durch sie geschaffene Ordnung in Europa erhalten bleibe.

Aus dieser Erkenntnis ist die Depesche des Kaisers Karl an den Kaiser Wilhelm geschrieben. Wieder hat die französische Politik durch ihre Umtriebe bewirkt, daß der Anschluß noch fester, noch entschiedener sei. Das ist schwerlich, was Clemenceau gewollt hat, und dieses Ergebnis wird, mag er die Streitigkeiten fortsetzen, sich gegen den Vorwurf der Fälschung wehren und was immer tun oder sagen, eine schwere Niederlage für ihn bleiben. Die Depesche des Kaisers Karl gehört zu den allerwärmsten und nachdrücklichsten Kundgebungen des Bündnisses und der Bündnistreue seit der Thronbesteigung und auch seit dem Beginne der Krieges. Der Kaiser sagt, daß er für die Provinzen des Deutschen Reiches genau so kämpfe und auch ferner zu kämpfen bereit sei, wie für die eigenen Länder. Der Kaiser wiederholt das Wort, daß unsere Truppen das deutsche Straßburg ebenso verteidigen werden, wie die deutschen Truppen des österreichische Triest verteidigt haben. Dieses Wort werden die Franzosen jetzt aus dem Munde des Kaisers Karl vernehmen. Diese Wirkung des Streites hat Clemenceau sicherlich nicht gewollt und auch gar nicht wollen können. Der Kaiser erklärt ferner die vollständige Solidarität zwischen den beiden Herrschern und den beiden Reichen. Er sagt ausdrücklich: vollständige Solidarität. Das war gewiß nicht der Zweck des von Clemenceau unternommenen Feldzuges. Der Kaiser erklärt, daß wir gemeinsam mit Deutschland den ehrenvollen Frieden erzwingen wollen. Damit ist das ewige Zischeln in Frankreich über die Möglichkeit eines Sonderfriedens ein- für allemal vorüber.

Die Behauptungen in der Note der Agence Havas.

Der französische Ministerpräsident, der es sonst liebt, seine Gedanken ungemein scharf und genau auszudrücken, spricht von den gefälschten Briefen in einer sehr gewundenen Form. Er sagt:

„Wer hätte geglaubt, daß man eines Revertera bedurft habe, um den Geist Czernins über die Frage aufzuklären, über die der Kaiser von Oesterreich selbst das letzte Wort gesprochen hat? Denn Kaiser Karl ist es, welcher in einem Briefe vom Monate März 1917 mit eigener Hand seine Zustimmung „zu den gerechten Rückforderungsansprüchen Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen" bestätigt hat. Ein zweiter kaiserlicher Brief stellt fest, daß der Kaiser „mit seinem Minister einig" sei.

In diesen krausen Sätzen wird nicht klipp und klar behauptet, Kaiser Karl habe einen Brief geschrieben, worin er seine Zustimmung „zu den gerechten Rückforderungsansprüchen Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen bestätigt hat". Das wird nicht gesagt. Nach der Fassung der Note wird nur erklärt, der Kaiser habe in einem Briefe vom Monate März 1917 seine Zustimmung bestätigt. Nach dem Wortlaute müßte geschlossen werden, Clemenceau behaupte, der Kaiser habe die Zustimmung zu dieser Anschauung bestätigt, sei aber nicht selbst mit dieser Anschauung ursprünglich hervorgetreten. Viel verwegener ist die zweite Behauptung. Da wird unmittelbar gesagt: „ein zweiter kaiserlicher Brief stellt fest, daß der Kaiser „mit seinem Minister" einig sei". Hier wird unmittelbar von einem zweiten Brief gesprochen und um so mehr muß es auffallen, daß in der ersten Behauptung nur die Zustimmung zu der Anschauung über Elsaß-Lothringen mitgeteilt wird.

Die Fassung des Textes ist ganz verschieden von der Art, wie Clemenceau in seinen Reden und Schriften sich auszudrücken pflegt. Sie ist winkelig und mit allerlei Hintertüren versehen. Der Kaiser hat in seiner Depesche gesagt, die Behauptungen Clemenceaus seien erlogen. Das Ministerium des Aeußern stellt fest, daß die Angaben über die brieflichen Aeußerungen des Kaisers Karl von Anfang bis zu Ende erlogen sind. Das Ziel war die Verärgerung des Bündnisses, die Reizung zu Empfindlichkeit und Mißtrauen, das Ergebnis ist die Depesche des Kaisers Karl an den Kaiser Wilhelm.

Pester Lloyd
13./IV. 1918
115

Stellung ferner für das Inland, Oesterreich und Feldpost, Morgen- und Abendblatt: Ganzjährig 72 Kronen, halbj. 36 Kronen, vierteilj. 18 Kronen, monatl. 6.30 Kronen. Blos Morgenblatt: Ganzjährig 52 Kronen, halbjährig 26 Kronen, vierteilj. 13 Kronen, monatlich 4.50 Kronen. Blos Abendblatt: Ganzjährig 30 Kronen, halbj. 15 Kronen, vierteilj. 7.50 Kronen, monatl. 2.60 Kronen. Für die separate Zusendung des Abendblattes nach der Provinz sind vierteljährlich 2 Kronen zu entrichten. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 24 K, für alle übrigen Staaten 28 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Für den Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, B. Eckstein, Győri & Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Ign. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 20 Heller, Abendblatt 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

65. Jahrgang. Budapest, Samstag, 13. April 1918 Nr. 88

Das Beweisstück des Herrn Clemenceau.

Paris, 12. April.

Folgendes offizielle Kommuniqué wird ausgegeben:

In dem Gewirr von Lügen ergibt sich ein fester Punkt, indem Kaiser Karl unter den Augen Berlins die lügenhaften Dementis des Grafen Czernin auf sein Konto nimmt und so die französische Regierung in die Notwendigkeit versetzt, Beweise zu liefern. Nachstehend der Text des eigenhändigen Briefes, den Prinz Sixtus von Bourbon, der Schwager des Kaisers, dem Präsidenten der Republik Herrn Poincaré am 31. März 1917 zur Kenntnis gebracht hat und der unmittelbar hierauf mit Zustimmung des Prinzen dem französischen Ministerpräsidenten bekanntgegeben wurde:

Mein lieber Sixtus!

Das dritte Jahr dieses Krieges, welches der Welt so viel Trauer und Schmerzen gebracht hat, nähert sich dem Ende. Alle Völker Meines Reiches sind mehr als je in dem gemeinsamen Willen einig, die Unversehrtheit der Monarchie zu schützen, selbst um den Preis der schwersten Opfer. Dank ihrer Tätigkeit und der großherzigen Mitwirkung aller Nationalitäten Meines Reiches, hat die Monarchie seit fast drei Jahren den schwersten Angriffen Widerstand leisten können. Niemand wird die militärischen Erfolge leugnen können, welche Meine Truppen insbesondere auf dem balkanischen Kriegsschauplatze errungen haben.

Frankreich hat seinerseits eine Widerstandskraft und einen prachtvollen Elan gezeigt. Wir alle bewundern ohne Vorbehalt die herrliche traditionelle Tapferkeit seiner Armee und die Opferwilligkeit des ganzen französischen Volkes. Es ist Mir besonders angenehm, zu sehen, daß, obgleich wir derzeit Gegner sind, kein wirklicher Widerspruch in den Auffassungen und Bestrebungen Mein Reich von Frankreich trennt, und daß Ich berechtigt bin, hoffen zu können, daß Meine lebhaften Sympathien für Frankreich, vereinigt mit jenen, welche in der ganzen Monarchie herrschen, für alle Zukunft die Wiederkehr des Kriegszustandes, für welchen Mich keine Verantwortlichkeit treffen kann, verhüten werden.

Zu diesem Zwecke, und um die Wirklichkeit dieser Gefühle genau auszudrücken, bitte Ich Dich, geheim und inoffiziell Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, zur Kenntnis zu bringen, daß Ich mit allen Mitteln und unter Anwendung Meines ganzen persönlichen Einflusses bei Meinen Verbündeten die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs in bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde.

Was Belgien betrifft, so muß seine Souveränität wiederhergestellt werden. Es muß seine gesamten afrikanischen Besitzungen behalten. Hiemit soll der Frage der Entschädigung nicht vorgegriffen werden, die es für erlittene Verluste wird erhalten können.

Serbien wird in seiner Souveränität wiederhergestellt werden. Als Pfand für unseren guten Willen sind wir geneigt, ihm nach Billigkeit einen natürlichen Zugang zum Adriatischen Meere, ebenso wie weitgehende wirtschaftliche Vorteile zu geben. Als erste und unbedingt zu erfüllende Bedingung wird Oesterreich-Ungarn seinerseits verlangen, daß das Königreich Serbien in Hinkunft jede Verbindung mit irgendwelcher Gesellschaft oder Gruppe, insbesondere mit der Narodna Obrana, aufgebe oder solche Verbindungen unterdrücke, deren politisches Ziel auf die Auflösung der Monarchie gerichtet ist. Es habe loyal und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln jede derartige politische Agitation, sei es in Serbien, sei es außerhalb seiner Grenzen, zu verhindern und die Verpflichtung hiezu unter der Garantie der Ententemächte zu übernehmen.

Die Ereignisse in Rußland zwingen Mich, Meine Gedanken hierüber bis zu dem Tage vorzubehalten, an welchem dort eine gesetzliche und definitive Regierung eingesetzt sein wird.

Nachdem Ich Dir in dieser Weise Meine Gedanken auseinandergesetzt habe, werde Ich Dich bitten, daß Du Mir Deinerseits nach Rücksprache mit den beiden Mächten vorerst die Meinung Frankreichs und Englands mitteilst, um so das Terrain für ein Einvernehmen vorzubereiten, auf dessen Grundlage offizielle Besprechungen eingeleitet werden und zur Befriedigung aller führen könnten.

Indem Ich hoffe, daß wir so von beiden Seiten baldigst den Leiden ein Ende setzen können von so vielen Millionen Menschen und von so vielen in Trauer und Angst befindlichen Familien, bitte Ich Dich, an Meine lebhafte und brüderliche Gesinnung zu glauben.

Karl.

Indem Graf Czernin durch seine Note vom 8. April anerkannt hat, daß Besprechungen stattgefunden haben, welche der Initiative einer Person entsprungen sind, die im Range weit über ihm steht, ist jetzt die österreichisch-ungarische Regierung gezwungen, sich über den von ihr zugegebenen Versuch und über die Einzelheiten der Unterredungen ihres Delegierten auszusprechen.

Eine offizielle Erklärung unseres Auswärtigen Amtes.

Aus Wien wird amtlich berichtet:

Der von dem französischen Ministerratspräsidium in seinem Kommuniqué vom 12. April 1918 veröffentlichte Brief Sr. kais. und apostolisch königlichen Majestät ist verfälscht.

Vor allem sei erklärt, daß unter der „im Range weit über dem Minister des Aeußern stehenden Persönlichkeit", welche, wie in der amtlichen Verlautbarung vom 7. April zugegeben wurde, im Frühjahr 1917 Friedensbemühungen unternommen hat, nicht Se. kais. und apostolisch königliche Majestät, sondern Prinz Sixtus von Bourbon verstanden werden mußte und verstanden wurde, da Prinz Sixtus im Frühjahr 1917 mit der Herbeiführung einer Annäherung der kriegführenden Staaten befaßt war.

Zu dem von Herrn Clemenceau veröffentlichten Brieftext erklärt das k. u. k. Ministerium des Aeußern über allerhöchsten Befehl, daß Se. k. u. k. apostolische Majestät seinem Schwager, dem Prinzen Sixtus von Bourbon, im Frühjahr 1917 einen rein persönlichen, privaten Brief geschrieben hat, der keinen Auftrag an den Prinzen enthielt, eine Vermittlung bei dem Präsidenten der französischen Republik oder sonstwie einzuleiten und die ihm gemachten Mitteilungen weiterzugeben, sowie Gegenerklärungen zu veranlassen und entgegenzunehmen.

Dieser Brief erwähnte die belgische Frage überhaupt nicht und enthielt bezüglich Elsaß-Lothringens folgende Stelle:

„Ich hätte Meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären. Sie sind es jedoch nicht."

Den im Kommuniqué des französischen Ministerratspräsidiums vom 9. April erwähnten zweiten Brief des Kaisers, in welchem Se. k. u. k. apostolische Majestät erklärt haben soll, daß er „mit seinem Minister einig" sei, erwähnt das französische Kommuniqué bezeichnenderweise nicht.

Mitteilungen von Wiener diplomatischer Seite.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Wien, 12. April.

Bevor noch Herr Clemenceau mit dem Beweisstück herausgerückt war, dessen Besitz ihn mit dem Frevelmut erfüllt hatte, unseren Herrscher als seinen heimlichen Bundesgenossen der Welt vorzustellen, ist von österreichisch-ungarischer amtlichen Seite mit der größten Bestimmtheit erklärt worden, daß es sich nur um eine Fälschung handeln könne, der der französische Ministerpräsident zum Opfer gefallen ist, wenn man nicht gar annehmen wollte, daß er in irgendeiner Beziehung an der Fälschung selbst mitschuldig sei. Heute, da der angebliche Brief König Karls von der französischen Regierung vorgelegt wird, ist endlich die Möglichkeit geboten, dem unerhörten Angriff mit noch weit größerer Sicherheit zu begegnen.

In später Nachtstunde veröffentlicht unser Auswärtiges Amt das Kommuniqué der französischen Regierung und gibt zugleich den Inhalt jenes Briefes in den Hauptstellen wieder, der wirklich im Frühjahr 1917 von unserem König geschrieben worden ist. Der Empfänger war Prinz Sixtus von Bourbon, der Schwager unseres Herrschers, und wir erfahren, daß er in jener Zeit sich darum bemühte, die internationalen Beziehungen seiner Familie für die Sache des Friedens zu verwerten und daß er eine Annäherung zwischen den kriegführenden Staaten zuwegebringen wollte.

Vergleicht man den von Herrn Clemenceau nunmehr publizierten Brief mit den Angaben über den Inhalt des wirklichen Briefes, so erstaunt man über die Ungeheuerlichkeit der Fälschung. Hier handelt es sich nicht etwa darum, daß Einzelheiten ungenau wiedergegeben, der Sinn eines Wortes, eines Satzes durch eine leichte Retouche verändert wurde. Viel Aergeres ist geschehen. Das genaue Gegenteil dessen, was der König niederschreiben wollte und niedergeschrieben hat, wird in dem Falsifikat ihm in den Mund gelegt.

Es war ein privater und persönlicher Brief, in dem der Herrscher seine Auffassungen über die Friedensfrage entwickelte, und der königliche Schreiber hatte nicht die Absicht und verfolgte nicht damit den Zweck, den Inhalt zur Kenntnis dritter Personen bringen zu lassen. Hier ist das erste deutliche Anzeichen der Fälschung zu erkennen, denn der in Paris ausgegebene Brieftext will glauben machen, daß der Prinz vom König Karl den Auftrag hatte, den Präsidenten Poincaré, wenn auch nur geheim und inoffiziell, über den Inhalt des Schreibens zu unterrichten. Und gerade in der Angelegenheit, hinsichtlich deren Prinz Sixtus einen Auftrag an den Präsidenten der französischen Republik gehabt haben soll, in der Angelegenheit Elsaß-Lothringens nämlich, wagt der Pariser Brieftext die allerniederträchtigste Entstellung. Der König soll, wie schon das vorschußweise ausgegebene Zitat aus dem königlichen Briefe besagte, die gerechten Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen anerkannt haben. In Wirklichkeit hat der König gerade in diesem wichtigsten Punkte eine so deutliche, eine so eindeutige Stellung eingenommen, daß dem Fälscher tatsächlich nichts anderes übrigblieb, als aus Tag Nacht und aus Ja Nein zu machen. Der König hat die Gerechtigkeit der französischen Ansprüche nicht nur nicht anerkannt, sondern auch in diesem privaten und nur für den Empfänger bestimmten Schriftstück die Gerechtigkeit der Sache Frankreichs unumwunden bestritten. Er hat, um seine Meinung nur recht deutlich zu machen, hinzugefügt, daß er, könnte er die französischen Forderungen für berech-

13./IV. 1918 116 13

Das verfälschte Beweisstück Clemenceaus.

Budapest, 13. April.

Daß die Machthaber in Frankreich sich zu der Kühnheit verstiegen haben, durch Fälscherkünste verwerflichster Art das feste Bündnis der Mittelmächte in die Luft sprengen zu wollen, wird nach der auf ausdrücklichen Befehl unseres Königs amtlich verlautbarten Erklärung unseres Ministeriums des Aeußern in den Augen aller rechtschaffen denkenden Menschen des Erdenrundes als erwiesene Tatsache gelten. Das zynische Verbrechen, das hier begangen wurde, richtet sich selbst. Kein Urteil der sittlichen Empörung kann streng genug sein, es nach Gebühr zu brandmarken. Abgrundtief ist der moralische Verfall, der sich nicht scheut, zu derlei Mitteln zu greifen. Schon der Gedanke allein, durch Verfälschung der Worte eines gekrönten Staatsoberhauptes die Beziehungen zwischen Staaten, die mit vereinten Kräften die härteste Schicksalsprüfung zu bestehen haben, vergiften zu wollen, ist eine der ganzen Menschheit zugefügte Schmach. Der Waffengang des Krieges mag die Gebote menschlicher Barmherzigkeit aufheben, die Gesetze des Völkerrechts durch die Leidenschaften, die er entfacht, außer Kraft setzen, überhaupt manches, was in dem Gewissen der Menschheit festgewurzelt schien, über den Haufen rennen. Aber auch im Kriege, ja im Kriege erst recht, dürfen die Gesetze der Ehre ihre Geltung nicht verlieren. Ein Staat, der sich darüber hinwegsetzt, daß das Schlachtfeld, dessen Boden seine Bürger mit ihrem Blute düngen, das Feld der Ehre bleiben muß, hat nicht nur sich selbst mit untilgbarem Makel bedeckt, er hat auch das letzte sittliche Gut, das den Völkern inmitten der furchtbaren Verwilderung noch geblieben ist, besudelt und entwertet. Ein Königswort, an dem nicht gemäkelt werden darf, erklärt vor dem Richterstuhl des Menschheitsgewissens, daß eine Aeußerung über die Hauptfrage dieses schrecklichen Völkerringens durch eine abscheuliche Fälschung just in ihr Gegenteil verkehrt worden ist. König Karl hat im Brief an seinen Schwager die französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen mit aller Deutlichkeit als ungerechtfertigte bezeichnet. Offenbar in der Absicht, einen Keil in das mitteleuropäische Bündnis zu treiben, hat man in Paris — ob im Elysée-Palast oder am Quai d'Orsay, das wird sich später wohl erfahren lassen — diesen Satz in sein Gegenteil umgefälscht und an seine Stelle einen Passus geschmuggelt, der den französischen Ansprüchen die Berechtigung zuerkennt und ihnen die Unterstützung unseres Königs verheißt. Wenn das Ehrgefühl in den gesitteten Völkern der Erde noch nicht ganz erloschen ist, muß ein einziger Schrei der Entrüstung über dieses niederträchtige Verbrechen sich erheben.

Diese Fragen sind es, die heute die öffentliche Meinung beschäftigen. Ihrer offenmütigen Erörterung sollte auch unter den außerordentlichen Verhältnissen des Krieges, auf die eine gewissenhafte Publizistik zweifellos bedacht bleiben wird, kein Hindernis in den Weg gelegt werden.

Ein Ministerrat im Elysée.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Genf, 13. April.

Die Veröffentlichung des Wortlautes des Briefes des Königs Karl an den Prinzen Sixtus von Bourbon wird von den Pariser Blättern von Freitag als ein Ereignis von größter Bedeutung bezeichnet. L'Homme Libre spricht von einem historischen Ereignis. Selbst die Erläuterungen über die Kriegslage, die in der Presse sonst das ganze Interesse in Anspruch nehmen, tritt momentan hinter diesen Auseinandersetzungen zwischen Clemenceau und Czernin zurück. Die Veröffentlichung des Wortlautes des Briefes bildet selbst keine Ueberraschung mehr, da die Blätter dies bereits als unmittelbar bevorstehend angezeigt haben.

Wie den Berichten zu entnehmen ist, fand Donnerstag im Elyséepalast unter dem Vorsitze des Präsidenten Poincaré ein Ministerrat statt. Der Präsident hatte kurz vorher eine Unterredung mit dem diplomatischen Vertreter Großbritanniens.

Clemenceau wird im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten die offizielle Darstellung der Agence Havas noch durch eine eingehende mündliche Mitteilung ergänzen. Ueber eine Veröffentlichung des von Clemenceau erwähnten angeblichen zweiten Briefes des Königs Karl, in dem vom Grafen Czernin die Rede sein soll, wird vorläufig nichts erwähnt. (Telegr.-Komp.)

Die sozialistische Gruppe der französischen Kammer verlangt Rechenschaft.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Paris, 13. April.

Petit Parisien meldet: Die sozialistische Kammergruppe hat sich in einer Sitzung mit dem Zwischenfall Clemenceau—Czernin beschäftigt und beschlossen, ihre Vertreter in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten zu beauftragen, dringend den Zusammentritt dieser Kommission, sowie den Zusammentritt der Armeekommission zu verlangen. Die Partei wünscht, daß Clemenceau sowohl über die politische wie die militärische Lage nähere Aufklärungen erteile. Sobald Clemenceau in den Kommissionen gesprochen haben wird, wird die sozialistische Kammergruppe darüber beschließen, ob sie den Zusammentritt der Kammer zur Besprechung dieser Angelegenheit als notwendig erachtet. (Telegr.-Komp.)

Eine Erklärung Ribots.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Haag, 13. April.

Liberté veröffentlicht eine Unterredung mit Ribot, der sich bezüglich der Veröffentlichung des Briefes des Königs Karl äußerte. Unter anderem erklärt Ribot, daß seine Regierung in dieser Angelegenheit immer in engster Verbindung mit den Alliierten vorgegangen sei. (Telegr.-Komp.)

Wiener Preßkommentare.

Wien, 13. April.

Zur Fälschung des Briefes Sr. Majestät an den Prinzen Sixtus von Bourbon schreibt das Neue Wiener Tagblatt: Das Schreiben Kaiser Karls entsprach augenscheinlich dem schon in der Thronrede ausgesprochenen Bestreben des Monarchen, sein Reich und seine Völker sobald als möglich von den Schrecknissen des Krieges zu befreien und einem ehrenvollen Frieden zuzuführen.

Die Zeit führt aus: Wie die Fälschung zustande kam und auf welche Weise überhaupt ein Privatbrief des Kaisers in dieser oder jener Fassung dem Präsidenten der französischen Republik übermittelt werden konnte, was laut amtlicher Feststellung auftragswidrig war, diese Umstände bedürfen wohl noch einer weiteren Aufklärung. Die Hauptsache aber ist vollkommen klar und sicher: Kaiser Karl erkannte niemals die französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen als gerecht an. Oesterreich-Ungarn ist und bleibt bundestreu. Diese Bundestreue ist durch Taten erwiesen und mit keinem Worte jemals verletzt worden.

Das Deutsche Volksblatt sagt: Das feierliche Bekenntnis beider Monarchen zur felsenfestesten Bundestreue und zum unentwegten Zusammenstehen beider Reiche übertönt laut das Geschrei der Völker, die ihre faule Ware viel zu spät auf den politischen Markt werfen, als daß sie außer bei ihren eigenen Freunden willige Abnehmer für ihre Lügen fänden.

In der Reichspost heißt es: Es war vorauszusehen, daß Clemenceau, der doch irgendwie seine Prahlerei, daß er über ein Zeugnis des Kaisers zugunsten der Berechtigung der französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen verfügt, rechtfertigen mußte, gerade jene Stelle in dem Briefe, die die französische Forderung als unvertretbar, weil ungerecht erklärt, nicht unrevidiert der Oeffentlichkeit übergeben, sondern sie für seinen Bedarf zurechtformen würde.

Neutrale Urteile.

Zürich, 12. April.

Die Neue Zürcher Zeitung führt unter der Ueberschrift: „Von der Unwahrheit zur Fälschung" aus:

Im Netz eigener Unwahrheiten verstrickt, suchte Clemenceau sich durch einen Hauptschlag freizumachen und gleichzeitig den Gegner zu Boden zu strecken, berief sich auf einen angeblichen vertraulichen Brief des Kaisers und Königs Karl vom März 1917. Für jeden Denkfähigen war es von vornherein klar, daß es sich hier um einen Verzweiflungscoup handelte. Kaiser und König Karl parierte aber den Hieb glatt und prompt in dem gestern veröffentlichten Telegramm an Kaiser Wilhelm. Der Brief soll angeblich an den König von England gerichtet sein. Möge er nun an diesen oder an eine beliebige andere hohe Stelle adressiert sein, so mußte sich Clemenceau ohne weiteres sagen, daß es sich nur um die denkbar plumpste Fälschung handeln könne. Auf wessen Anstiften geschah die Fälschung und wer hat sie begangen? Man steht hier vor einem Akt, wie ihn ähnlich nur die dunkelsten Episoden der Geschichte kennen und der kaum seinesgleichen hat. Die Entente liegt im Todeskampfe. Er zeichnet sich ab in den Reden von Lloyd George und Bonar Law im englischen Unterhause, er zeichnet sich ab in der Fälschung dieses Herrscherbriefes und in der Ausschlachtung dieser Fälschung. In den zitierten Reden liegen Momente, denen die Welt ihre Achtung nicht versagen kann, für das andere kann sie aber nur Verachtung und Ekel haben. Man beschmutzt damit den Heldenkampf der braven französischen Truppen.

Die Entente hat dem Weltkrieg zu Anbeginn das Stigma der Lüge aufgedrückt, sie hat diese auch weiter zu ihrem Verbündeten und am Ende geht es nun von der Lüge zur Fälschung. Auch diese hält das bereits hereingebrochene Gericht nicht auf. Zunächst dürfte es zwei treffen: Clemenceau und Poincaré.

Die Zürcher Post sagt: Man hat in Paris offenbar jede Hoffnung aufgegeben, auf der österreichisch-ungarischen Brücke zum Frieden zu kommen. Rücksichten müssen also nicht mehr genommen werden. Andererseits ist Clemenceau in einer Lage, die keine Unklarheiten verträgt. Er, der die Defaitisten in der französischen Republik mit ungewöhnlichem Fanatismus verfolgt hat, muß sich, wenn irgendwie möglich, reinwaschen von dem Vorwurfe, daß er selbst sich auf friedlichen Pfaden der Annäherung an die feindlichen Staaten bewegt habe. Wie weit ihm das gelingt, wird von der französischen Kammer festzustellen sein. Es ist in dieser Lage schon ein Erfolg, daß er die Aufmerksamkeit und die Spannung des Augenblicks von seiner Person auf diejenige des jungen österreichischen Herrschers ablenken konnte.

Neue Freie Presse
13./IV. 1918
117

Der angebliche Brief des Kaisers an den Prinzen Sixtus von Parma.

Paris, 12 April.

Folgendes offizielles Communiqué wird ausgegeben: In dem Gewirr von Lügen ergibt sich ein fester Punkt, indem Kaiser Karl unter den Augen Berlins die lügenhaften Dementis des Grafen Czernin auf sein Konto nimmt und so die französische Regierung in die Notwendigkeit versetzt, Beweise zu liefern. Nachstehend der Text des eigenhändigen Briefes, welchen Prinz Sixtus von Bourbon, der Schwager des Kaisers, dem Präsidenten der Republik, Herrn Poincaré, am 31. März 1917 zur Kenntnis gebracht hat und welcher unmittelbar hierauf mit Zustimmung des Prinzen dem französischen Ministerpräsidenten bekanntgegeben wurde:

„Mein lieber Sixtus! Das dritte Jahr dieses Krieges, welcher der Welt so viel Trauer und Schmerzen gebracht hat, nähert sich dem Ende. Alle Völker Meines Reiches sind mehr als je in dem gemeinsamen Willen einig, die Unversehrtheit der Monarchie zu schützen selbst um den Preis der größten Opfer. Dank ihrer Tätigkeit und der großherzigen Mitwirkung aller Nationalitäten Meines Reiches hat die Monarchie seit fast drei Jahren den schwersten Angriffen Widerstand leisten können. Niemand wird die militärischen Erfolge leugnen können, welche Meine Truppen, insbesondere auf dem balkanischen Kriegsschauplatze, errungen haben. Frankreich hat seinerseits eine Widerstandskraft und einen prachtvollen Elan gezeigt. Wir alle bewundern ohne Vorbehalt die herrliche, traditionelle Tapferkeit seiner Armee und die Opferwilligkeit des ganzen französischen Volkes. Es ist Mir besonders angenehm, zu sehen, daß, obgleich wir derzeit Gegner sind, kein wirklicher Widerspruch in den Auffassungen und Bestrebungen Mein Reich von Frankreich trennt und daß ich berechtigt bin, hoffen zu können, daß Meine lebhaften Sympathien für Frankreich, vereinigt mit jenen, welche in der ganzen Monarchie herrschen, für alle Zukunft die Wiederkehr des Kriegszustandes, für welchen Mich keine Verantwortlichkeit treffen kann, verhüten werden. Zu diesem Zwecke und um die Wirklichkeit dieser Gefühle genau auszudrücken, bitte Ich dich, geheim und inoffiziell Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, zur Kenntnis zu bringen, daß Ich mit allen Mitteln und unter Anwendung Meines ganzen persönlichen Einflusses bei Meinen Verbündeten die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde.

Was Belgien betrifft, so muß seine Souveränität wieder hergestellt werden; es muß seine gesamten afrikanischen Besitzungen behalten. Hiemit soll der Frage der Entschädigung nicht vorgegriffen werden, die es für erlittene Verluste wird erhalten können. Serbien wird in seiner Souveränität wieder hergestellt werden. Als Pfand für unseren guten Willen sind wir geneigt, ihm nach Billigkeit einen natürlichen Zugang zum Adriatischen Meere ebenso wie weitgehende wirtschaftliche Vorteile zu geben. Als erste und unbedingt zu erfüllende Bedingung wird Oesterreich-Ungarn seinerseits verlangen, daß das Königreich Serbien in Hinkunft jede Verbindung mit irgendwelcher Gesellschaft oder Gruppe, insbesondere mit der „Narodna Obrana", aufgebe oder solche Verbindungen unterdrücke, deren politisches Ziel auf die Auflösung der Monarchie gerichtet ist. Es habe loyal und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln jede derartige politische Agitation, sei es in Serbien, sei es außerhalb seiner Grenzen, zu verhindern und die Verpflichtung hiezu unter der Garantie der Ententemächte zu übernehmen. Die Ereignisse in Rußland zwingen Mich, Meine Gedanken hierüber bis zu dem Tage vorzubehalten, an welchem dort eine gesetzliche und definitive Regierung eingesetzt sein wird.

Nachdem Ich Dir in dieser Weise Meine Gedanken auseinandergesetzt habe, werde Ich Dich bitten, daß Du Mir Deinerseits nach Rücksprache mit den beiden Mächten vorerst die Meinung Frankreichs und Englands mitteilst, um so das Terrain für ein Einvernehmen vorzubereiten, auf dessen Grundlage offizielle Besprechungen eingeleitet werden und zur Befriedigung aller führen könnten.

Indem Ich hoffe, daß wir so von beiden Seiten baldigst den Leiden ein Ende setzen können von so vielen Millionen Menschen und von so vielen in Trauer und Angst befindlichen Familien, bitte Ich Dich, an Meine lebhafte und brüderliche Gesinnung zu glauben. Karl."

Indem Graf Czernin durch seine Note vom 8. d. anerkannt hat, daß Besprechungen stattgefunden haben, welche der Initiative einer Person entsprungen sind, die im Range weit über ihm steht, ist jetzt die österreichisch-ungarische Regierung gezwungen, sich über den von ihr zugegebenen Versuch und über die Einzelheiten der Unterredung ihres Delegierten auszusprechen.

Mitteilungen von unterrichteter Seite.

Wien, 12. April.

Von unterrichteter Seite kommen uns zur weiteren Richtigstellung des durch die Agence Havas veröffentlichten angeblichen Textes des Briefes des Kaisers an den Prinzen Sixtus von Parma, die folgenden Erläuterungen zu:

Es ist richtig, daß der Kaiser unter dem in dem französischen Communiqué angeführten Datum an den Prinzen Sixtus einen Brief geschrieben hat. Dieses Schreiben hat jedoch keinerlei Auftrag enthalten, den Inhalt irgendeiner Persönlichkeit oder Stelle zur Kenntnis zu bringen, Vorschläge entgegenzunehmen oder weiterzuleiten. Ein hierauf bezüglicher Passus ist im Originalbrief nicht enthalten. Es handelt sich hier vielmehr um einen rein persönlichen Brief, um einen Privatbrief, dessen Inhalt ausschließlich für den Adressaten bestimmt war, ohne die Ermächtigung, von ihm irgendeinen weiteren Gebrauch zu machen.

Ferner ist festzustellen, daß der in der französischen Version des Briefes angeführte Passus über Belgien in dem Originalbrief überhaupt nicht enthalten war.

Was den Passus über Elsaß-Lothringen betrifft, ist diese Stelle des Originalschreibens in dem Falsifikate in das genaue Gegenteil verwandelt worden. In dem Originalbrief heißt es nämlich an dieser Stelle: „Ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären; sie sind es jedoch nicht." Es ist hieraus zu entnehmen, daß irgendwo eine Fälschung des Originaltextes vorgenommen worden ist. Wann, wo und unter welchen Umständen dies geschehen ist, läßt sich von hier aus nicht feststellen. Daß der Brief nicht jenen Inhalt hat, wie er von der französischen Regierung publiziert wurde, geht aus den obigen Feststellungen mit Evidenz hervor.

Die Wirkung des Telegramms Kaiser Karls in Deutschland.

Berlin, 12. April.

Die „Nationalliberale Korrespondenz" schreibt unter der Ueberschrift: „Der Lügner Clemenceau": Wir können wieder von ganzem Herzen anerkennen, daß Kaiser Karl in seinem Telegramm ein leuchtendes Zeugnis für die Bundestreue Oesterreich-Ungarns abgelegt hat.

Die „Hamburger Nachrichten" schreiben: Wir haben an der österreichisch-ungarischen Bündnistreue nie gezweifelt. Jetzt hat Clemenceau erreicht, daß sie zweimal kurz nacheinander vor aller Welt laut und klar bekundet worden ist: am 2. April in der Rede des Grafen Czernin und am 11. April in dem Drahtbrief Kaiser Karls an Kaiser Wilhelm.

Französische Mutmaßungen.

Genf, 11. April.

Der „Temps" schreibt: Wenn Graf Czernin das Vertrauen seines Herrn mißbraucht hat, wie sollte er dann nicht zurücktreten? Bleibt er, so müssen wir offenbar daraus den Schluß ziehen, daß die Absendung der kaiserlichen Briefe zwischen Wien und Berlin vereinbart worden war.

Es wäre interessant, den Adressaten der kaiserlichen Schreiben zu kennen.

14./IV. 1918

121

dernden Haltung Czernins unmöglich gemacht worden war. Der Artikel schließt: Wenn Graf Czernin im Amte bleibt, sei der Schluß gestattet, daß der Brief König Karls zwischen Wien und Berlin vereinbart worden sei.

Diese Vermutung teilt auch Journal des Débats, das den Eindruck des Generals Smuts wiedergibt, der nach seinem Gespräch mit dem Grafen Mensdorff feststellte, letzterer sei der Wortführer Oesterreich-Ungarns und Deutschlands.

Die Lebensaufgabe Clemenceaus.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Rotterdam, 13. April.

Aus Paris meldet der Amsterdamer Telegraaf, daß Clemenceau vor Tagen seinen Arzt gefragt habe, wie lange er noch zu leben habe. Er brauche vier Monate, um seine Aufgabe für Frankreich durchzuführen.

Die Wirkung des Duells Clemenceau—Czernin in England und Italien.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Bern, 13. April.

Die Vossische Zeitung meldet aus Bern: Der diplomatische Waffengang zwischen Clemenceau und dem Grafen Czernin beginnt in England ganz andere Wirkungen auszuüben, als der französische Staatsmann erwartete. Die pazifistischen und gemäßigten Gruppen finden, daß die österreichisch-ungarischen Friedensfühler weit mehr hätten berücksichtigt werden sollen als dies tatsächlich der Fall war. Man vergleicht die österreichisch-ungarischen Angebote vom März 1917 mit der heutigen politischen Lage und kommt zu dem Schluß, daß es unendlich günstiger gewesen wäre, im ersten Stadium der russischen Revolution den Ausgleich herbeizuführen als jetzt. Schon erheben sich anklagende Stimmen, die den damaligen Mangel an Friedenswillen der Entente mit der Aussicht auf die Intervention Amerikas begründen. Das amerikanische Irrlicht habe bewirkt, daß die Entente die Gefahr des russischen Zusammenbruches unterschätzte. Heute bestehe Rußland nicht mehr als Verbündeter, die amerikanische Hilfe habe bis nun versagt und die damaligen Friedenschancen seien endgültig geschwunden.

Aus der englischen Presse ist zu entnehmen, daß die Rede des Grafen Czernin in England keineswegs so ungünstig aufgenommen wurde, wie es Reuter hinzustellen versuchte. Manchester Guardian beispielsweise begrüßte in einen großen Leitartikel die Rede des Grafen Czernin wegen ihrer einzigartigen Mäßigung und betonte, daß an der Aufrichtigkeit dieser Mäßigung nicht zu zweifeln sei. Das liberale Blatt greift noch einmal die Beschlüsse von Versailles an und wendet sich gegen Clemenceau, der bis jetzt nicht gerade als Friedensbringer figuriert habe. Ebenso verweist Manchester Guardian auf den Brennpunkt der letzten österreichisch-ungarisch-französischen Verhandlungen bezüglich Elsaß-Lothringens. Das Blatt bedauert, daß angesichts des immer noch vor sich gehenden Abschlachtens der europäischen Menschheit, der Kampf um diplomatische Finessen die unvermeidlichen Friedensbesprechungen grausam hinausschiebe. Die anerkannte Uebereinstimmung zwischen dem Präsidenten Wilson, dem Grafen Hertling und dem Grafen Czernin dürfe nicht durch Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser Uebereinstimmung weggeleugnet werden. Man müßte sich zu einer Friedenskonferenz vereinigen, wo sich sehr bald herausstellen würde, inwieweit die Uebereinstimmung der Grundprinzipien in Wirklichkeit vorhanden ist.

Die italienischen Blätter meinen, der Versuch, Frankreich durch die Hergabe Elsaß-Lothringens zu bewegen, Italien im Stich zu lassen, dürfe als verlorenes Spiel betrachtet werden. Corriere delle Sera übt eine scharfe Kritik an der gesamten Ententepolitik, die mit der Möglichkeit der Annäherung an den Habsburger Standpunkt viel Zeit verloren und nur Wien und Berlin ermutigt habe, den Krieg zu verlängern.

Französische Stimmen.

Bern, 13. April.

Die infolge der Grenzsperre erst jetzt in Bern vorliegenden französischen Blätter geben zur Rede des Grafen Czernin vom 2. April nachfolgendes Gesamtbild:

Aus dem eingetroffenen, bis zum 7. d. reichenden Zeitungsmaterial geht hervor, daß sich damals manche Stimmen gegen die Taktik Clemenceaus vernehmen ließen. Gaulois erklärt: Wo gibt es in Europa heute einen Staatsmann, der für eine Ablehnung der in den Propositionen beschriebenen Besprechungen der Friedensmöglichkeiten die Verantwortung übernehmen würde? Diesen Satz übernimmt in der radikalen Verité der Deputierte Meunier als Ausgangspunkt seines Artikels und erklärt, er unterschreibe diesen Standpunkt und wolle auch selbst darüber hinaus nichts mehr sagen.

Das Journal du Peuple kritisiert heftig das Vorgehen der Regierung, indem es aus der Erklärung des Grafen Czernin drei prinzipielle Forderungen konstruiert und, diese mit den vier Hauptformeln Wilsons vergleichend, konstatiert, daß man gut auf dieser Grundlage in nähere Besprechungen über den Frieden hätte eintreten können.

Der Deputierte Marcel Sembat sagte in der Heure: Die große Frage sei bloß, wohin will Graf Czernin hinaus. Diese Frage stellt sich übrigens die ganze französische Presse. Für die Antwort bestand augenscheinlich ein Mot d'Ordre der Regierung, die Worte des Grafen Czernin in der Rede vom 2. April so zu erklären, als wäre sie auf einen dezidierten Wunsch Deutschlands gesprochen worden, um „endlich den Standpunkt festzulegen".

Mit dieser Formel wollten sich anscheinend die Sozialisten nicht begnügen. Denn Renaudel fordert in der Humanité, daß die Regierung volles Licht auf die Situation werfe und dem Lande reinen Wein einschenke. Das Volk Frankreichs müsse wissen, wie und von wem um seine Haut gehandelt wird. Der Grundton der sozialistischen Presse war zwischen den Zeilen darauf gestimmt, daß man vernünftigen Vorschlägen jedenfalls wenigstens hätte Gehör schenken müssen.

Das verfälschte Beweisstück Clemenceaus.

Die Verhandlungen über den Brief des Königs.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Haag, 13. April.

Le Temps bespricht in einem längeren Artikel den Brief des Kaisers und Königs Karl und fordert die französische Regierung auf, auch die Fortsetzung der Besprechungen zu veröffentlichen, die sich an diesen Brief geknüpft haben. Die Veröffentlichung werde beweisen, daß Frankreich, unbeschadet seiner Bündnispflichten, die Initiative des Königs Karl erwogen und diskutiert habe.

Die Gründe für die Veröffentlichung Clemenceaus.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Genf, 13. April.

Seit dem Ministerium Ribot blieben die auf die Affäre Armand—Revertera bezughabenden Dokumente unberührt. Sie lagen unbenützt im französischen Staatsarchiv.

Ein Artikel des Temps erinnert daran, daß Graf Czernin schon vor einigen Monaten die Aeußerung machte, Oesterreich-Ungarn schlage sich mit ebensoviel Eifer für Straßburg wie für Triest. Damit stand die Regierung vor der Versuchung, mit der Veröffentlichung der Geheimdokumente zu antworten. Clemenceau antwortete erst, bis jeder weitere Aufschub infolge der herausfor-

Vossische Zeitung

14./4. 1918.

122

des allgemeinen
zu nützen. Und
gewisse Strömun
lengängen b e s t ä

Denn wie sah
Krieg hatte begon
Leute bis in die
Eingreifen die to
Operationen war
Die Miesmacherei
amtlichen Kreisen
nicht besser, sond
fürchteten die Fo
lution. Außerdei
nen Drähte zwi
besondere Aufmu
tet worden sein.
hohen Beträge a
möglichen Gschaft
ländischen und
Lüften nach Frie
kannt, daß damal
Hollweg die höchs
versprachen, dur
feindlichen Lande
sollte denn nun
auf Vorschläge d
recht erhebliche J
als auch Belgien,
nützen.

Diese Stimmur
man den Brief r
ja aus dieser S
gewachsen. Wir
E r z b e r g e r in
er von dort mit
der Zentrumsfra
weniger d'rekt
Reichstages führt
durchaus geeignet
verhandlungen
sie entstand, bela
ßung in nicht u
heute nur zu
schließlich hätte
Kanzler B e t h m
hätte. Ein groß
Stimmung lag
mtlichen Kreise
dieser Krieg
a man nirgends
konnte, die mittl
zu ergänzen, so
lich im Ausland
unsere Lage als
doch auch letzten
Selbst wenn ma
annimmt, so muß
seins e'nes Kaise
Symptom für di
Man mache sich d
klar und bedenke
aus solcher Urku
Ausharren zu v
Woche zu Woche

Sonntag, 14. April 1918

Zeitung

gelehrten Sachen

8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich
l. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungs-
Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

6 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800,
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

der Lys-Ebene.

Kaiser Karls Brief.

Von

Georg Bernhard.

Die Unterhaltungen zwischen Wien und Paris, die vom Grafen Czernin durch seine Angriffe gegen den Ministerpräsidenten Clemenceau in der Rede vor der Deputation des Wiener Gemeinderats vom 2. April angesponnen worden sind, hatten sich von Tag zu Tag dramatischer zugespitzt. Es wäre nicht uninteressant gewesen, aus diesem Hin und Her der amtlichen Noten zu erfahren, wie es denn nun wirklich um die Verhandlungen im schweizerischen Freiburg zwischen dem Grafen Revertera und dem Grafen d'Armand bestellt gewesen ist. Ganz geheuer scheint jedenfalls die Sache Herrn Clemenceau nicht gewesen zu sein. Denn die Wiener Indiskretionen hatten bereits den Erfolg, daß der französische Ministerpräsident im eigenen Lande zwischen zwei Feuer geriet. Außerdem begannen die Italiener sich schon darüber zu erregen, daß Frankreich bereit gewesen sei, mit Oesterreich-Ungarn Verhandlungen anzuknüpfen, in denen die italienischen Interessen überhaupt keine Rolle spielten. In dieser Not tat Clemenceau einen geschickten Zug: Er erklärte, daß „Kaiser Karl in einem Schreiben im März 1917 seine Zustimmung zu dem gerechten Anspruch Frankreichs hinsichtlich Elsaß-Lothringens eigenhändig gegengezeichnet" habe.

In seinem Schreiben an Kaiser Wilhelm vom 10. April hat Kaiser Karl „diese Behauptung mit Entrüstung" zurückgewiesen. Und eine amtliche Wiener Kundgebung vom gleichen Tage stellt „zum Ueberfluß ausdrücklich fest, daß die Angaben Herrn Clemenceau über die brieflichen Aeußerungen Kaiser Karls von Anfang bis zu Ende erlogen sind". Welche Angaben? In der gleichen Kundgebung wird die Angabe Clemenceaus dahin näher erläutert, er habe behauptet, Kaiser Karl hätte geschrieben, „daß er den gerechten Wünschen Frankreichs auf eine R ü c k e r w e r b u n g E l s a ß - L o t h r i n g e n s zustimme". Eine so lautende Aeußerung hat Herr Clemenceau aber niemals getan. Vielmehr spricht er lediglich von der „Zustimmung zu dem gerechten Anspruch Frankreichs h i n s i c h t l i c h Elsaß-Lothringens". Und in dem angeblichen Brief des Kaisers Karl, der vom Büro Havas am 12. April veröffentlicht wurde, heißt es: „Zu diesem Zwecke und um die Echtheit dieser Gefühle auf bestimmte Art kundzutun, bitte ich Dich, geheim und inoffiziell Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik mitzuteilen, daß ich mit allen Mitteln und unter Aufbietung all meines persönlichen Einflusses bei meinem Verbündeten d i e g e r e c h t e n f r a n z ö s i s c h e n A n s p r ü c h e h i n s i c h t l i c h Elsaß-Lothringen unterstützen werde. Was Belgien anbetrifft, muß es in seiner Souveränität wiederhergestellt werden und seine gesamten afrikanischen Besitzungen behalten, unbeschadet der Entschädigungen, die es für die erlittenen Verluste erhalten sollte."

Nun ist es ja klar, daß i n F r a n k r e i c h jedermann noch jetzt, schon aus dem Wortlaut dieser Zeilen, herauslesen wird, daß Kaiser Karl sich für die Rückerwerbung Elsaß-Lothringens einzusetzen beabsichtigte. Denn für die Franzosen geht ihr „gerechter" Anspruch zweifellos eben auf die Rückerwerbung der verlorenen Lande. Und Herr Clemenceau selbst hat in seiner Veröffentlichung den Sinn dieser Worte nach solcher Richtung unterstrichen, indem er sie auf die Versicherung folgen läßt, daß keine französische Regierung in der elsässischen Frage mit sich handeln lasse. Aber immerhin steht eine Zustimmung des Kaisers zu solchen Plänen nach der vorliegenden Uebersetzung der französischen Veröffentlichung weder im Kaiserbrief selbst, noch behauptet sie dem Wortlaut nach Herr Clemenceau in seiner Erklärung.

Es scheint uns den Tatbestand keineswegs zu klären, daß die Wiener Note vom 10. April sich nicht auf den einfachen Wortlaut des Kaiserbriefes stützt, den Clemenceau zitiert. Nehmen wir einmal an, Kaiser Karl hätte wirklich seine Zustimmung zu dem gerechten Anspruch Frankreichs „h n s i c h t l i c h" (nicht „auf") Elsaß-Lothringn erklärt, so würde doch immerd die Frage entstehen, w a s Kaiser Karl für einen gerechten Anspruch gehalten hat. Das braucht durchaus nicht die Wiederabtretung an Frankreich gewesen zu sein. Im Frühjahr 1917 wurden nämlich sowohl von österreichischer

garns und damit auch die Unmöglichkeit für
eiterzukämpfen.
nceau hat mit seinen Veröffentlichungen Ge-
ergangenen Tagen heraufbeschworen. Er hat
barer Deutlichkeit vor Augen geführt, wohin
kommen sein würde, wenn es dem damals auch
eiteten Kopfhängertum schließlich zum Opfer
Jetzt sehen wir erst deutlich, welch Riesenglück
hsel vom Sommer 1917 war. Und jetzt werden
e begreifen, weshalb auch wir damals mit so
und Entschiedenheit uns der weiteren Kanz-
nann Hollwegs widersetzten. Die deutschen
ling 1918 an der Westfront und die Tatsache,
ruppen Oesterreich-Ungarns mit den deutschen
insam auf den Schlachtfeldern des Westens
rung Hindenburgs und Ludendorffs kämpfen,
izendste Rechtfertigung für das energische Be-
itfernung jener Personen aus dem Amt, die
lt des Kleinmuts in Deutschland bildeten.
nan es im Reiche noch immer nicht verstanden,
der bei uns wiedererwachten Stärke voll be-
en und die nötigen Folgerungen aus ihr zu
mmer wie in den Frühlingstagen vor einem
e Diplomatie allzu oft die Führung unter den
aus ihrer Hand. Für jeden Deutschen ist es
ändlich, daß Deutschland seine Interessen am
ndem es gleichzeitig die Interessen seiner
wahrnimmt. Es liegt an der deutschen
n aber auch den uns verbündeten Diplomaten
aß ihr Interesse mit dem deutschen unlöslich
und daß Deutschlands Sicherung ihre eigene
utet.

Der Zweikampf Czernin-Clemenceau. (Originalzeichnung von Theo Zasche.)

Österr. Volkszeitung
Wien 1918
126

OYD

Haasenstein & Vogler, G. Daubdorf, Bycrs & Nagy, Julius & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Adolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Os. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 20 Heller, Abendblatt 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Báris Valeria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

8 Nr. 89

wußte, erklärte Ministerpräsident Dr. Wekerle, daß er darüber keine Kenntnis habe, aber er fügte hinzu, daß er Gelegenheit hatte, das Konzept des Briefes Sr. Majestät an den Prinzen Sixtus zu sehen und daher positiv feststellen könne, daß der in der Agence Havas veröffentlichte Text des Briefes in seinen wichtigsten Punkten entstellt und gefälscht wiedergegeben wurde.

Mitteilungen aus Wiener diplomatischen Kreisen.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Wien, 15. April.

Der Streitfall Clemenceau—Czernin, der in den letzten Tagen die Aufmerksamkeit der europäischen Oeffentlichkeit in einem so außerordentlichen Grade auf sich gelenkt hat, tritt heute durch ein Ereignis von weit überragenderer Bedeutung ein wenig in den Hintergrund. Minister des Aeußern Graf Czernin hat den König um seine Entlassung gebeten, sie ist ihm gewährt worden, und der Minister führt gegenwärtig die Geschäfte nur bis zur Ernennung seines Nachfolgers weiter. Die Affäre, in deren Mittelpunkt der vom König im März 1917 geschriebene Brief steht, ist mittlerweile von unserem Auswärtigen Amt als unsererseits abgeschlossen erklärt worden. Die Gründe für dieses Vorgehen, von denen im weiteren noch die Rede sein soll, liegen für jeden, der auch nur einen Blick auf das letzte französische Kommuniqué geworfen hat, ohnehin auf der Hand. Herr Clemenceau hat sich mit dieser einzigartigen Veröffentlichung auf eine so tiefe Stufe begeben, daß schon vom Standpunkt der persönlichen Würde eine Diskussion mit ihm fürderhin unmöglich erscheint.

Der Rücktritt des Ministers und die Veröffentlichung der beiden Kommuniqués über die Briefangelegenheit sind an einem und demselben Tage erfolgt. Es wird infolgedessen notwendigerweise der Eindruck entstehen müssen, als ob die beiden Ereignisse nicht nur in zeitlichem, sondern auch ursächlichem Zusammenhange stünden. Auf Grund einer Darstellung der Dinge, die von einer absolut unterrichteten Seite stammt, kann jedoch mit Nachdruck festgestellt werden, daß ein solcher Zusammenhang nicht besteht. Die Briefaffäre mag einen der Anlässe zum Rücktritte des Ministers des Aeußern geliefert haben, sie ist aber nicht die Ursache der Demission, ist es ganz bestimmt nicht in dem Sinne, als ob die Auffassung des Ministers des Aeußern, wie er sie in seinem Streit mit Clemenceau vertreten hat, sich irgendwie geändert hätte. Noch heute vormittag ist von berufener und vom Grafen Czernin hiezu autorisierter Stelle die Erklärung abgegeben worden, daß der Minister des Aeußern in der Lage ist, zu bestätigen, daß der Inhalt des Königsbriefes in jeder Richtung einwandfrei ist und, wovon sich der Minister durch Einsichtnahme in das Konzept des Briefes überzeugen konnte, mit den von unserem Auswärtigen Amte am 12. April veröffentlichten Angaben übereinstimmt. Diese Erklärung dürfte genügen, um eine etwaige Fortsetzung des Verleumdungsfeldzuges, den Herr Clemenceau eingeleitet hat, in den Augen eines jeden vernünftigen und ehrenhaften Menschen zu verurteilen.

Positive Mitteilungen über die Ursachen der Demission des Grafen Czernin können in diesem Augenblick noch nicht mit aller Genauigkeit in den Einzelheiten gemacht werden. Nur so viel kann mit dem Anspruch auf Zuverlässigkeit gesagt werden, daß zwischen dem Herrscher und seinem Minister persönliche Verstimmungen obwalteten, die ihren Grund in einer gegensätzlichen Auffassung gewisser Einzelfragen hatten. Der Mangel an einer vollkommenen Uebereinstimmung scheint insbesondere in der letzten Zeit hervorgetreten zu sein, und schließlich gelangte der Minister des Aeußern zu der Ueberzeugung, daß er das Vertrauen der Krone nicht mehr in dem für die sichere Handhabung der ihm anvertrauten Geschäfte erforderlichen Ausmaße besitze. Aus diesem Sachverhalt und dieser Ueberzeugung hat Graf Czernin durch seine Demission die Konsequenzen gezogen. Daß die aufgetauchten Gegensätze sich nicht auf Hauptfragen und nicht auf die Grundlinien der auswärtigen Politik der Monarchie bezogen haben, steht absolut fest und wird schon durch die alleinige Tatsache zur Gewißheit, daß Graf Czernin in der gegenwärtig wichtigsten Frage, in der prinzipiellen und tatsächlichen Stellungnahme zu der Offensive an der Westfront, genau jene Politik befolgte, die der Herrscher erst gestern durch sein Telegramm an Kaiser Wilhelm neuerdings in allerbestimmtester Form bekräftigt hat. Durch den Rücktritt des Ministers ändert

Ministerpräsident Dr. Wekerle über den Rücktritt des Ministers des Aeußern.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Wien, 14. April.

Vor seiner Abreise nach Budapest machte Ministerpräsident Dr. Wekerle Ihrem Korrespondenten folgende Mitteilungen über den Rücktritt des Ministers des Aeußern:

— Die Demission des Grafen Czernin wurde von Sr. Majestät heute vormittag angenommen. Eine Entscheidung über seinen Nachfolger ist noch nicht gefallen, dürfte aber vermutlich in acht bis zehn Tagen getroffen werden.

Auf die Frage, ob es wahr sei, daß Graf Stefan Tißa der Nachfolger des Grafen Czernin sein werde, antwortete der Ministerpräsident:

— Auch das ist möglich.

Auf die Frage Ihres Korrespondenten, ob Graf Czernin zur Zeit, da er vor der Deputation des Wiener Gemeinderates seine bekannten Aeußerungen über Clemenceau machte, von dem Briefe des Königs an den Prinzen Sixtus von Parma

Tägliche Rundschau 15/4.1918. 15
133

Tagung des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes zu Berlin

Am Sonntag hielt der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes im Künstlerhause zu Berlin seine Frühjahrstagung ab, nachdem am Tage vorher der Geschäftsführende Ausschuß zu wichtigen Besprechungen zusammengetreten war. Die Zahl der Teilnehmer belief sich auf 403. Der Vorsitzende Claß verlas

eine Entschließung,

die folgenden Wortlaut hatte:

Der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes bekennt sich von neuem zu dem bei Kriegsbeginn von Hauptleitung und geschäftsführendem Ausschuß aufgestellten Kriegsziele, das den Notwendigkeiten der militärischen, völkischen und wirtschaftlichen Sicherungen unseres Vaterlandes und der machtvollen Entwicklung des gesamten Deutschtums entspricht.

Im Osten ist das wesentliche Kriegsziel erreicht: die Entlastung der deutschen Ostflanke durch den Zusammenbruch Rußlands, die wir den großartigen Leistungen der Obersten Heeresleitung und ihrer Heere verdanken. Bei Gestaltung der neuen, durch Loslösung der Randgebiete von Rußland geschaffenen Verhältnisse hat nach der Meinung des Gesamtvorstandes allein der Gesichtspunkt der deutschen Sicherheit zu entscheiden; dies gilt insbesondere für das polnische und litauische Sprachgebiet.

Der Gesamtvorstand begrüßt die Befreiung des baltischen Deutschtums mit stolzer Freude und hält es für ein selbstverständliches Gebot deutscher Ehre, daß die befreiten baltischen Lande in ihrer Gesamtheit beim Reiche verbleiben und ihren deutschen Charakter bewahren.

Der Gesamtvorstand vertraut, daß — wie im Osten — so auch im Westen erreicht wird, was die Sicherung der deutschen Zukunft erheischt. Der böse Wille Frankreichs und die Vernichtungsabsichten Englands sind so sehr erwiesen, daß es Verrat am Vaterland wäre, den sicheren militärischen Sieg nicht voll auszunutzen. Vor allem muß Belgien militärisch, politisch und wirtschaftlich fest in deutscher Hand bleiben, und ebenso müssen wir diejenigen überseeischen Gebiete für uns fordern, die wir für den Wiederaufbau und Ausbau der deutschen Volkswirtschaft brauchen. Dringend notwendig ist hierfür auch eine den ungeheuren Opfern und Verlusten unseres Volkes entsprechende Kriegsentschädigung.

Von dem Pflichtbewußtsein des deutschen Reichstags muß das deutsche Volk verlangen, daß er seine Entschließung vom 19. Juli preisgibt, und, den geschichtlichen Ereignissen folgend, für das Kriegsziel eintritt, das sich aus der militärischen Lage ergibt.

Der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes dankt den obersten Führern der deutschen Heere für all das Gewaltige, das sie für das deutsche Volk getan haben, und dankt allen, die unter ihnen in unvergleichlicher Treue, Tapferkeit und Ausdauer ihre Pflicht erfüllt haben. Gleichen Dank schulden wir unserer Flotte und ihren ausgezeichneten Führern, die sich dem Heere ebenbürtig erwiesen haben.

Das deutsche Volk in Waffen hat das Vaterland aus denkbar schwerster Gefahr errettet — es wird ihm auch die Sicherheiten verschaffen, die es in Zukunft vor der Wiederkehr solcher Gefahren schützen.

Hierauf nahm der Vorsitzende das Wort zu einer Eröffnungsansprache:

Die Alldeutschen könnten mit Genugtuung darauf hinweisen, daß ihr östliches Kriegsziel heute, soweit die Landkarte in Betracht komme, restlos erfüllt sei. Seit dem Dezember 1912 habe der Alldeutsche Verband nach der Braunschweiger Vorstandssitzung die Auffassung vertreten, daß eines der dringendsten Erfordernisse zur Sicherung der deutschen Zukunft die erreichbar größte Schwächung Rußlands sei, das durch seinen Eroberwillen und seinen Menschenreichtum unsere Ostflanke lebensgefährlich bedrohe; wir meinten daher, der Krieg, den wir infolge des bösen Willens unserer Feinde in nächster Nähe gerückt sahen, müsse so lange geführt werden, bis Rußlands fremdstämmische Randstaaten losgelöst seien und es damit seiner wirtschaftlich tragenden Gebiete ledig sei. So wird es auch im Westen ergehen, die militärischen Reiter des Vaterlandes werden auch seine politischen Erbauer und Vergrößerer werden, und wir Alldeutschen werden es erleben, daß auch nach Westen hin unser viel gescholtenes Kriegsziel erreicht wird. Mit fester Zuversicht sehen wir dem Kriegsausgang entgegen.

Der inneren Wiedergeburt wird unsere Hauptarbeit nach dem Krieg gelten,

schon heute müssen wir unsere Aufgaben vorbereiten, die dann unserer harren. Da gilt es schon jetzt mit allem Nachdruck zu verlangen, daß die zur Führung berufene Schicht des Volkes nicht nur nach ihren Fähigkeiten, sondern auch nach sittlicher Eignung und nach Verantwortlichkeitsgefühl den Ansprüchen genügt, die an Führer und Führung gestellt werden müssen. Noch heute haben wir in wichtigsten Aemtern Persönlichkeiten, die diese Eigenschaft nicht besitzen, noch duldet das Volk in seiner Volksvertretung Leute, die seiner unwürdig sind und die sich trotzdem Macht und Einfluß anmaßen dürfen, die nur den Besten zukommen sollte. Dem Kampf gegen diese Schädlinge, die nicht nur politisch unser Volk mißleiten, sondern die seine Seele vergiften, die seine Ehre antasten, gilt die nächste Arbeit.

Der nächste Redner Graf Ernst zu Reventlow (Charlottenburg) erstattete sodann den Bericht über die politische Lage. Der Redner führte aus:

Das letzte Vierteljahr des vergangenen Jahres stand noch innen im Zeichen des Kanzlerwechsels Michaelis—Hertling, nach außen im Zeichen der deutschen Offensive auf dem nordöstlichen Kriegsschauplatze. Der neue Kanzler hat sich bisher in seinen Reden mit Geschicklichkeit und Zurückhaltung ausgedrückt und versucht, mit der von ihm übernommenen, nicht beneidenswerten Erbschaft fertig zu werden. In seinen, an feindliche Staatsmänner gerichteten Reden hat er manchmal Töne gefunden, die befriedigen und

eine gewisse Hoffnung geben konnten.

Ein Fehler und die Ursache erheblichen Zeitverlustes ist gewesen, daß Graf Hertling sich auf das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker festlegte und die Delegierten damit nach Brest-Litowsk ziehen ließ.

Redner sprach über die Offensive im Osten, über die Einnahme des Rigaischen Meerbusens und der vorgelagerten Inseln. Die Lehre des Brester Friedensschlusses sei: völliges Versagen der Verständigungstheorien, Beweis, daß diese nicht zu einem Frieden führen können. Redner besprach die durch den Friedensschluß im Osten geschaffene Lage und erklärte sie unter der Voraussetzung entsprechender Ausnutzung als nicht ungünstig. Zukünftige deutsche Vormachtstellung in Nordwest-Europa, vor allem auch in und an der Ostsee wird von größter Bedeutung sein.

Der Redner erwähnte die durch den Ostfrieden für Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei geschaffene Lage, insbesondere auch die durch die Entlastung Persiens geschaffene Sicherheit einer breiten Verbindung nach Indien. Hier liege ein bedeutendes Zukunftsinteresse: für Deutschland und gegen England. Der rumänische Friedensschluß und die Auseinandersetzungen zwischen Bulgarien, der Türkei und den Mittelmächten seien schwierig und zum Teil sehr heikel. Bei dieser Gelegenheit wurde das theoretische Verzichtprogramm des Grafen Czernin, im Widerspruche mit seiner praktischen Politik Rumänien gegenüber beleuchtet, ebenso das völlige Versagen Kühlmanns in Bukarest.

Der Redner knüpfte an diese Betrachtung die Erörterung der Zusammenhänge zwischen der Resolutionspolitik des Verzichtes und des Hungerfriedens im Deutschen Reiche, gekennzeichnet hauptsächlich durch die Namen Erzberger und Scheidemann und der Wiener Politik, insbesondere der des Grafen Czernin. Die Enthüllungen Clemenceaus haben uns nicht überrascht. Wir begrüßen sie aber, weil sie geeignet sind, die politische Klarheit und Nüchternheit im Deutschen Reiche zu fördern. Tatsächlich am wichtigsten ist für uns die Anwendung der österreichischen Vorgänge auf die Verhältnisse im Deutschen Reiche, vor allem auf die Politik der Resolutionsmehrheit. Alle Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, daß der U-Boot-Krieg bis zum letzten durchgeführt wird und kein Waffenstillstand gerade in der entscheidenden Periode seine Endwirkungen schwächt oder aufhebt. Daß der U-Boot-Krieg für spätere Krieg als deutsches Universalmittel dienen, Hochseeflotte usw. überflüssig machen könne, ist ausgeschlossen. Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg war das bei weitem kleinere Uebel, wenn man ihn überhaupt als ein Uebel im Rahmen der Gesamtlage und im Hinblick auf die Zukunft bezeichnen will. Um die Vereinigten Staaten zu befriedigen, gab es nur ein Mittel: Die Niederlage oder freiwillige Unterwerfung Deutschlands.

Als dritter Redner erhielt an Stelle des leider an die Front berufenen Landtagsabgeordneten Dr. Traub (Dortmund) der Hauptschriftleiter Wulle (Essen) das Wort zu einer Rede über den Gedanken „Freiheit und Machtfrieden". Herr Wulle führte folgendes aus:

Hätten wir vor dem Kriege zielbewußt Machtpolitik getrieben und günstige Gelegenheiten benutzt, uns auszudehnen, hätten wir einen Bismarck schon 50 Jahre früher gehabt, wir hätten Millionen Deutscher im Lande behalten, das heißt, wir hätten ein Dutzend Armeekorps mehr gehabt, wir hätten wahrscheinlich 1914 Paris im Fluge genommen, den Krieg um Jahre abgekürzt und unserm Volk um Jahre seine politische und wirtschaftliche Freiheit früher wiedergegeben, denn die jetzige Unfreiheit des Staatssozialismus und der Zensur ist wahrlich nicht beneidenswert.

Nach einer Pause hielt Schlosser Wilhelm Wahl (Bremen) einen Vortrag über „Das Kriegsziel und die deutsche Arbeiterschaft". Der Redner führte folgendes aus:

Neben dem wirtschaftlichen Kriegsziel muß die deutsche Arbeiterschaft aber auch ein politisches Kriegsziel, insbesondere gegenüber England haben. Der Arbeiter ist nicht nur ein Arbeiter, sondern in erster Linie ein Mensch, der Höherem zustrebt und vor allem eine größere kulturelle Höhe erreichen will. Die Vorbedingung dazu aber ist eine sichere, auskömmliche wirtschaftlich Lage, die ihm genügend freie Zeit läßt und ihm auch die Einrichtungen zum kulturellen Aufstieg liefert. Kommt der starke deutsche Siegfrieden nicht, dann wird der deutsche Arbeiter nicht nur nicht auf seiner stolzen kulturellen Höhe hoch über dem englischen Arbeiter bleiben, sondern soweit herabsinken, daß er zum Arbeitspferd der übrigen Welt, insbesondere aber Englands, wird. Der englische Arbeiter wird auf Kosten der Arbeitskraft und der niedrigen Entlohnung des deutschen Arbeiters über ihn hinaus zur höchsten Kulturstufe emporsteigen und auf ihn wie auf einen chinesischen Kuli oder Negersklaven herabsehen. Ein starker deutscher Siegfrieden ist daher im besten Sinne auch ein deutscher Arbeiterfriedent

Hieran schloß sich der Bericht des Dr. med. Schiele (Naumburg) über „Das Kriegsziel und die deutsche Volkswirtschaft".

Das deutsche Volk hatte vor dem Krieg sozusagen zwei Reiche, ein politisches Reich, das völkisch und wirtschaftlich zu eng war für das Siebenundsechzig-Millionen-Volk, und ein Wirtschaftsreich da draußen, das sich über die ganze Erde erstreckte. Von diesem Wirtschaftsreich da draußen hat ⅙ aller Deutschen gelebt, und wir anderen haben auch seinen nährenden Strom in unseren Adern gefühlt. Und es wird nicht wiederkehren, wenn wir nicht den Rohstoffkrieg auch gewinnen. Wie aber ist der Wirtschaftssieg zu erringen? Die Grundvoraussetzung für ihn ist der militärische Sieg. Der ist uns durch Hindenburg und Ludendorff gewährleistet. Man wird sagen, dann bedarf es für uns nur noch eines großen Kolonialreichs, um auch den vollen wirtschaftlichen

Tägliche Rundschau
16./4. 1918
16
136

Dienstag, 16. April 1918

Zeitung

1704

d gelehrten Sachen
r Morgen-Ausgabe aufgeführt

26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280 15 281, 15 282 bis 15 291.

pul genommen.

ıcebach, bei Moreuil und Montdidier.

Um die Nachfolge Czernins.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

* **Wien**, 16. April.

Der Rücktritt des Grafen Czernin bildet eine Ueberraschung eigentlich nur für den Fernstehenden oder für jemanden, der, wie ich, die kritischen Stunden im Eisenbahnwagen verbracht hat und die vollendete Tatsache bei der Ankunft aus der Zeitung erfuhr. Im übrigen aber bestand für den Eingeweihten kein Zweifel darüber, daß die Verhältnisse in der letzten Woche von vornherein dazu bestimmt waren, die Lage des Grafen Czernin zu klären nach der positiven oder nach der negativen Seite. Vielleicht sogar nach der negativen. Damit ist eigentlich schon von vornherein gesagt, daß die Affäre des Kaiserbriefes nicht die Ursache, sondern den Anlaß zum Rücktritt gegeben hat. Der Brief hat aber seine Bedeutung für das Verständnis der Dinge durch seinen symptomatischen Charakter. Er ist für die Verhältnisse, die anscheinend den Rücktritt des Grafen Czernin herbeigeführt haben, ein durchaus typisches Beispiel.

Daß seine Meinungsverschiedenheit mit Kaiser Karl nicht auf einen einzigen Fall beschränkt ist, braucht Graf Czernin gar nicht zu leugnen. Er beweist bei seinem Rücktritt den offenen und aufrechten Charakter, der seine Stärke als Minister gebildet hat. Die Zeitungen dürfen aus unterrichteter Quelle berichten, daß Graf Czernin infolge einer Reihe von Meinungsverschiedenheiten das Vertrauen des Kaisers nicht mehr zu besitzen glaubte, und daß die Annahme seiner Demission diese Auffassung bestätigt hat. Ueber die Art dieser Differenzen wird nichts gesagt. Man kann nur an das vorliegende Tatsachenmaterial Vermutungen knüpfen. In den letzten Zielen scheinen Kaiser Karl und sein bisheriger Minister einig gewesen zu sein: beide wollten einen schnellen Frieden, beide wollten einen Frieden, den man für Oesterreich-Ungarn ehrenvoll nennen konnte. Beide haben auch zweifellos grundsätzlich den Weg der Verhandlungen mit dem Gegner als brauchbar angesehen. Diese Aufgabe war schwierig, wenn sie ohne Verletzung der Rücksichten auf die Verbündeten der Monarchie gelöst werden sollte. Graf Czernin war der Mann danach, dieses Spiel zu spielen und vielleicht zu gewinnen. Er mußte aber gerade mit Rücksicht auf seine Gefahren und Schwierigkeiten sich vor der kleinsten, selbst vor der bestgemeinten Störung hüten. Eine solche Störung war es, wenn der Kaiser — wie gesagt, immer in der besten Absicht —, zu dem Friedenswerk seinen eigenen Privatbeitrag zu liefern trachtete.

In solchen Fällen, für die schon, wie erwähnt, der Brief an den Prinzen Sixtus von Bourbon ein typisches Beispiel ist, mußten bei der Eigenart der handelnden Personen zwei starke Temperamente aneinandergeraten. Ein jugendliches, noch nicht durch Erfahrungen und Enttäuschungen hinreichend gebändigtes und ein gleich veranlagtes, das alle diese Hemmungen bereits besaß und sich der ganzen Größe und aller Hindernisse seiner Aufgabe bewußt war. Die impulsive Taktik des Kaisers konnte zu geringen Mißverständnissen führen, die der Minister vorausgesehen haben würde, wenn er stets rechtzeitig auf dem Laufenden geblieben wäre. Hinterher hat er diese Möglichkeit wohl erkannt, und hier war er es, der mit weiser Berechnung seinem eigenen Temperament freien Lauf ließ, als er in seiner letzten großen Rede an die Wiener Gemeindevertreter mit ungewöhnlichem Nachdruck und in mehrfacher Wiederholung die Bündnistreue Oesterreich-Ungarns unterstrich. In Deutschland hat man diese Geste des Grafen Czernin nicht hinreichend gewürdigt, aus dem einfachen Grunde, weil niemand an seiner und an Oesterreich-Ungarns Bündnistreue gezweifelt hat. Das Ausland dürfte aber den Minister sicher richtig verstanden haben, und man muß gestehen, daß in diesem Zusammenhang sein schneller Rücktritt doppelt

rasche Verabschiedung der Wahlreform wird auch die [illegible] der nächsten Regierung sein.

151

Freiherr v. Burian als Minister des Aeußern.

Ein Rückblick auf seine Laufbahn.

Wien, 16. April.

Der neue Minister des Aeußern Baron Burian ist mehrfach diplomatisch tätig gewesen. Er war Schüler der früheren Orientalischen Akademie, trat im Jahre 1872 in die Konsularkarriere und lernte, mit Aegypten beginnend, den nahen Orient kennen. Er kam dann nach Rußland, später nach Sofia und wurde schließlich Gesandter in Athen. Im Jahre 1903 wurde er gemeinsamer Finanzminister, und in dieser Stellung machte er die Annexionskrise mit. Am 13. Januar 1915 wurde er zum Minister des Aeußern ernannt. Drei wichtige Krisen fallen in seine Amtszeit: Verhandlungen mit Italien, Unterhandlungen mit Rumänien und Verhandlungen in der polnischen Frage. In der italienischen Krise suchte er den immer schärfer werdenden Forderungen Sonninos dadurch entgegenzutreten, daß er selbst Gegenansprüche anmeldete wegen der italienischen Besetzung des Dodekanesos und Valonas. Italien erzwang jedoch die Erklärung, daß ein neuer Einmarsch in Serbien nur auf Grund eines Vorvertrages bezüglich zu leistender Kompensationen unternommen werden dürfe. Ende März 1915 bot Freiherr v. Burian die Abtretung des Trentos an und forderte dafür von Italien die volle Neutralität, die volle militärische Aktionsfreiheit für die Monarchie und die Aufrechterhaltung des Vertrages über Albanien. Die Besprechungen wurden jedoch von Italien mit immer schärferen Mitteln geführt, und schließlich erhob das Ministerium Salandra die unerhörte Forderung nach der Abtretung von Südtirol bis Bozen, des Isonzotales bis Görz, der Inseln der dalmatinischen Küste, der Umwandlung Triests in eine freie Stadt und des Desinteressements der Monarchie an Albanien. Am 4. Mai wurde der Dreibund gekündigt und am Pfingsttage, am 23. Mai 1915, erfolgte die Kriegserklärung. Bereits waren jedoch die Siege in Galizien erfochten, und auf Grund dieser Erfolge gelang es während des Sommers und Herbstes, Bulgarien zu gewinnen, das Freiherr v. Burian aus seiner Sofioter Zeit genau kennt.

Baron Burian hat auch in den Streit zwischen Amerika und Deutschland eingegriffen und in mehreren Noten und anläßlich des Anconafalles die Berechtigung der Munitionslieferungen bekämpft und als völkerrechtswidrig bezeichnet. In der rumänischen Krise hat er, ausgezeichnet informiert durch den damaligen Gesandten Grafen Czernin, sich keiner Täuschung über die feindseligen Absichten des Kabinetts Bratianu hingegeben. Am 18. Juli 1916 teilte er dem Grafen Czernin mit, er habe Anhaltspunkte dafür, daß Bratianu bereits über ein Zusammenwirken mit der Entente in Verhandlungen stehe. Die großen Erfolge im Osten haben damals die Kaisermächte zu der berühmten Proklamation vom 4. November veranlaßt, in welcher die Selbständigkeit Polens mit erblicher Monarchie, konstitutioneller Verfassung und eigener Armee im Anschlusse an die Verbündeten proklamiert wurde. Baron Burian sagte der polnischen Abordnung, das künftige Königreich Polen werde selbstverständlich erst nach dem Friedensschlusse seine volle staatliche Existenz beginnen können und im Anschlusse an die Zentralmächte die Garantien seines Besitzstandes finden. Das letzte große Ereignis in der Zeit der Ministerschaft des Barons Burian war das Friedensangebot vom 12. Dezember. Damals ist seitens der vier Verbündeten, Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Bulgarien und der Türkei, erklärt worden, daß die Fortsetzung des mörderischen Krieges nur zwecklose Vernichtung sei und daß die vier Staaten daher die Geneigtheit haben, in Friedensverhandlungen mit den Gegnern einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen bringen wollten, seien geeignet, die Daseins- und Entwicklungsfreiheit auch der feindlichen Völker zu sichern. Es ist bekannt, wie die Mächte der

Vossische Zeitung
19./4. 1918.

171 19

will wissen, wohin der Kurs führt, in welchem das Staatsschiff gesteuert wird. Alle diese Wünsche fanden eine gewisse Bürgschaft für ihre Befriedigung in der Person des Grafen Czernin.

Nach seinem Sturze erlangt deshalb die Wahl seines Nachfolgers eine über das Ressort weit hinausgehende grundsätzliche Bedeutung. Der neue Minister könnte die Gemüter beruhigen, konnte sie mindestens zum Abwarten veranlassen. Statt dessen kam Burian. Er kam wie vom Himmel gefallen. Weder der österreichische noch der ungarische Ministerpräsident wurden vorher zu Rate gezogen. Dr. Weterle hatte deshalb demissioniert, Herr v. Seidler nicht. Die Berufung Burians war mindestens für die öffentliche Meinung das Ergebnis einer Automobilfahrt mit dem Kaiser. Die tiefere Ursache freilich suchte man in einer anderen Automobilfahrt, die der Kaiser vorher mit dem Grafen Tisza unternommen hatte. Ob diese Meinung richtig ist, möchte ich dahingestellt sein lassen. Möglicherweise ist auch Graf Tisza nicht befragt worden. Trotzdem ist er aber der einzige im öffentlichen Leben stehende Politiker, der für den Augenblick mit der Wandlung der Dinge zufrieden sein kann. Er ist seines allzeit bewährten Einflusses auf Baron Burian sicher, die Oeffentlichkeit aber sieht in Baron Burian ein Werkzeug, das Graf Tisza vorgeschoben hat, sieht also in ihm einen Vorkämpfer jenes eingefleischten Ungartums und zähen Konservatismus, wegen dessen Tisza in ganz Oesterreich und in einem nicht unerheblichen Teil von Ungern als geradezu „unmöglich" gilt. Dagegen kann man dem Baron Burian keineswegs die starken Vorzüge nachrühmen, die Tisza mit in den Handel gebracht haben würde, wenn er selbst das Ministerium des Aeußern übernommen hätte. Tisza ist eine ausgeprägte Persönlichkeit, ein Mann, dem Konzessionen politisch fern liegen, der die einmal übernommene Verantwortung mit niemandem geteilt haben würde, soweit die Verfassung dies nicht von ihm forderte. Auch würde man mit dem guten Klange gerechnet haben, den sein Name in Berlin hat. Bei Baron Burian dagegen sind alle diese Eigenschaften zum mindesten weit weniger ausgeprägt. Seine Bündnispolitik besitzt nicht den großen Zug Czernins, seine Hand ist niemals besonders glücklich gewesen, seine Selbständigkeit wird mit Recht oder Unrecht eben wegen des engen Verhältnisses zu Tisza bezweifelt. Es kommt hinzu, daß er mit Stürgkh unseligen Andenkens zusammen regiert hat.

Das Resultat ist eine Presse, wie sie kaum je zuvor ein österreichisch-ungarischer Minister bei seinem Amtsantritt erlebt hat, eine Bewegung in parlamentarischen und politischen Kreisen, die geradezu beunruhigend wirkt und den Anlaß zu ganz ungewöhnlichen amtlichen Beschwichtigungsnoten bietet. Vor allem fühlt man, daß die Oeffentlichkeit, besonders die deutsche und die ungarische, auf eine ungetrübte Fortsetzung des engen Zusammengehens mit Deutschland einen entschiedenen Wert legt. Diese Versicherung wird bereitwilligst gegeben. Trotz der ungewöhnlichen Form, der Bezugnahme auf die Politik eines gestürzten Ministers, nimmt die Oeffentlichkeit diese Erklärung als selbstverständlich hin. Sie betrachtet dies als das Geringste, was man im gegenwärtigen Augenblick tun kann. Sie möchte noch viel weitergehen und fordert Taten statt der Worte.

Das ist der Segen dieser ganzen unerfreulichen Episode, daß Oesterreich heute ein so überzeugter Freund und opferwilliger Bundesgenosse ist wie nur jemals. Das Fühlen von Volk zu Volk ohne Rücksicht auf alle Instanzen und übergeordnete Stellen ist wieder erwacht. Wird doch hier die Politik überhaupt viel müßiger betrieben als im Reiche. Oesterreich, zumal das deutsche Oesterreich, hat das Bedürfnis, sich dem Reiche gegenüber von den Folgen eines Mißverständnisses zu befreien, das wie eine Schuld aussieht, und das deshalb eine Art Gewissensnot verursacht. Je unbegründeter diese Stimmung war, desto stärker die Sehnsucht nach einer besonders herzlichen Versöhnung. Heute scheint der Augenblick wiedergekommen zu sein, wo Versäumtes und scheinbar Verlorenes wieder nachzuholen wäre. Freilich nicht mit Härte oder mit übertriebenen Forderungen. Heute muß man in Deutschland wissen, was das Volk und ganz Oesterreich will, und was man vernünftigerweise von Oesterreich überhaupt verlangen kann; man würde es sicher erreichen.

Die inneren Verhältnisse der letzten Wochen sind allerdings weniger erquicklich. Die allgemeine Unzufriedenheit kann zweifellos das Ferment eines Aufschwunges bilden, wenn sie durch zielbewußte Führung in positive Bahnen gelenkt wird. Hier genügt es nicht, sich aufzuregen und laut über dies oder jenes zu schreien. Auch hier muß ein Wille geboren werden, sonst ist die Befürchtung nicht unbegründet, daß die bloße Unzufriedenheit mit bestehenden Dingen zum Zersetzungsferment wird, das bei passender Gelegenheit zu unerwünschten Konsequenzen führen kann.

Dr. Alexander Rudlich.

Er arbeitet jetzt im Auswärtigen Amt.

Von
Carl Bulcke.

Von dreihundert Bildern drei. Vielleicht hilft es. Ich finde, der Umfang wächst.

Ein großes Hotel in der Nähe des Potsdamer Platzes. Man ißt zu Abend. Tisch bei Tisch besetzt, auffallend wenig Damen, die Herren von der Mitte der dreißiger Jahre aufwärts; gedämpfte Unterhaltung, leise Musik. Achte darauf, du wirst kein lachendes Gesicht sehen. Achte darauf, diese ernstblickenden Menschen kennen sich untereinander fast alle. Sie sind keineswegs miteinander befreundet, sie grüßen sich nur mit ganz leiser Neigung des Kopfes, ohne viel hinzusehen. Ab und zu steht einer auf und spricht mit jemand am Nebentisch. Es sind immer nur ein paar Worte. Achte darauf, wie oft die kleinen Kellner kommen und diesen ernsthaften Menschen Telegramme bringen. Achte darauf, wie diese Menschen die Telegramme lesen: sie öffnen das Blatt, sehen flüchtig hinein, stecken das Blatt in die Tasche und sprechen ruhig weiter. Was sind das für Leute? Kriegsgewinnler? Neutrale Gäste? Nein. Du kannst jeden Abend in diesem Hotel dasselbe Bild sehen. Es sind die großen Kaufleute Deutschlands, es sind jeden Tag erlauchte Namen darunter. Sie haben den Tag über hier gearbeitet, Besprechungen in den Ministerien, Generalversammlungen gehabt, sie tragen ihre Schlafwagenfahrkarten sämtlich in der Tasche und ein, zwei Stunden später sitzen sie in den überfüllten Zügen, die nach Essen, nach Breslau, nach Frankfurt, nach Hamburg, nach Mülheim an der Ruhr, nach Warschau, nach Brüssel, nach Kiew, nach Riga fahren.

Das erste Bild: an einem Tisch sitzt ein einzelner Herr, das Einglas im Auge, sitzt steif und herausfordernd. O nein, das ist kein Kaufmann.

Ein älterer Offizier geht durch den Raum, sieht den Herrn, stutzt, spricht ihn an. Man hört ein paar Worte. Der ältere Offizier äußert sein Erstaunen, daß der Herr hier sei. Er vermutet den Herrn mit dem Einglas ganz wo anders.

Der Herr mit dem Einglas antwortet mit einem Stimmaufwand, der über sechs Nachbartische reicht: „Aber ich bitte Sie, verehrtester Herr Major, ich bin bereits seit drei Monaten hier im Kriegsministerium beschäftigt."

Die Menschen an den Nebentischen sehen sich aus den Augenwinkeln an. —

Berliner Lokalanzeiger
19./4.1918.

172 19

Czernins Freunde und Feinde.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

* **Wien**, 17. April.

Kaum, daß das erste Aufsehen über den unter so ungewöhnlichen Umständen erfolgten Rücktritt des Grafen Czernin abzuflauen beginnt, setzt auch schon die nüchterne Kritik ein. Aus ihren ersten Aeußerungen ergibt sich eine merkwürdige Lehre. Graf Czernin hat zweifellos eine ungewöhnliche Achtung und sehr starre Sympathien in den verschiedenen Kreisen genossen. Seine Politik hat mehr und mehr Gegner auf sich gezogen, und diese haben in der letzten Zeit zweifellos die Freunde weitaus überholt. Ein Blick in die Zeitungsartikel, ein kurzer Rundgang durch die Korridore des Parlaments, wo zurzeit übrigens nur verschiedene Ausschüsse tagen, lehrt, daß die im gestrigen Bericht erwähnten Meinungsverschiedenheiten mit dem Kaiser nicht die einzigen Schwierigkeiten für die Stellung des Grafen Czernin gebildet haben. Seine eigentlichen Anhänger sind in den Reihen der Deutschen zu suchen; unter ihnen hat er ehrliche Freunde und Bewunderer seiner Fähigkeiten gefunden. Ihnen galt er vor allem und sicher mit Recht als ein Hort des Bündnisses mit Deutschland. Aus diesem Grunde ist er vom Verband der Deutschnationalen Partei bis zum Schlusse bedingungslos unterstützt worden. Der Verband hat ihn auch jetzt nach seinem Scheiden durch einen einstimmig gefaßten Beschluß geehrt, der das tiefe Bedauern über seinen Rücktritt ausspricht und sich gegen jede Möglichkeit einer Aenderung in der bisherigen Bündnispolitik verwahrt. Die Betonung des Bündnisgedankens in dieser zugunsten Czernins gefaßten Entschließung ist deshalb bezeichnend, weil damit eigentlich alles erschöpft ist, was die deutsche Entschließung an positivem Lob für den Minister ausspricht. Sie ist um so bezeichnender, als ein erheblicher Teil der deutschen Abgeordneten eine noch wärmere Fassung der Entschließung vorgezogen hätte.

Man sieht aus dem veröffentlichten Ergebnis der gestrigen Beratung, daß es auch in den deutschen Reihen nicht an Stimmen fehlt, die eine zurückhaltendere Beurteilung Czernins wünschen. Dazu gehören insbesondere die radikalen Elemente, die dem Minister seine schwankende Haltung in der Nationalitätenfrage zum Vorwurf machen und unter anderem behaupten, er habe im entscheidenden Augenblick die Obstruierung der österreichischen Verfassungsreform, wie sie von deutscher Seite gefordert wurde, verhindert. Man erinnert sich da, daß Graf Czernin lange Zeit als Tschechenfreund gegolten hat, allerdings mit Unrecht. Er soll aber seinen Standpunkt in der Nationalitätenfrage nicht immer aufrechterhalten haben. In Wirklichkeit hat Graf Czernin wohl stets den Wunsch gehabt, daß die außenpolitische Situation der Monarchie durch einen inneren Ausgleich zwischen den Nationen Oesterreichs gestärkt wird. Er konnte deshalb nicht gut für eine Zwangsverfassung eintreten, die von den Slawen abgelehnt worden wäre. Trotzdem soll es Zeiten gegeben haben, in denen er für das Oktroi zu haben war. Seine letzte große Rede vor den Wiener Gemeindevertretern bedeutete abermals eine radikale Schwenkung zu ungunsten der Tschechen. In parlamentarischen Kreisen wird nun behauptet, daß Graf Czernin diesen Umschwung eigenmächtig und im Gegensatz zu der herrschenden inneren Politik vollzogen habe. Er habe damit die bereits in der Verwirklichung begriffenen Absichten des Ministerpräsidenten v. Seidler, denen auch der Kaiser zustimmte, auf eigene Faust durchkreuzt, was eine heftige Auseinandersetzung zwischen ihm und Seidler zur Folge gehabt haben soll. Hinterher wurde versucht, die Rede in einem beruhigenden Sinne zu kommentieren. Sie hatte aber die zweifellos ungewollte Wirkung, die gemäßigten Elemente unter den Tschechen wieder von der Verständigung zu entfernen, zu der er vor Seidler sie zu bewegen getrachtet hat. Bei den Tschechen also hinterläßt Graf Czernin keine Freunde.

Dasselbe kann man heute von den Polen sagen, obwohl der Minister ihrer Freundschaft, wie es scheint, schwere grundsätzliche Opfer gebracht hat. Graf Czernin hat es lange vermieden, sich auf eine bestimmte Fassung der polnischen Frage festzulegen. Während des vorigen Sommers erfolgte aber ein Umschwung. Das Ministerium des Aeußern gab plötzlich die Parole aus, die austropolnische Lösung sei eine Forderung, von der nicht abgegangen werden könne. Daß Graf Czernin seiner Politik unter dem Druck höherer Einflüsse diese Richtung gegeben hat, wird bestritten. Es dürfte sich also für die Minister in erster Linie darum gehandelt haben, die österreichischen Polen für seine Politik zu gewinnen. Erst unter seinem Einfluß habe sich angeblich auch der Kaiser für die austropolnische Lösung endgültig entschieden. Den gewünschten Erfolg hat nun aber Graf Czernin selbst durchkreuzt, als er die polnischen Ansprüche auf den Cholmer Kreis dem Sonderfrieden mit der Ukraine opferte. Es heißt, daß Graf Czernin von reichsdeutscher Seite vor den für die österreichische Politik üblen Folgen dieses Schrittes gewarnt worden sei, obwohl man es ja gerade in Deutschland nicht so notwendig hatte, jene starke Rücksicht auf die polnischen Wünsche zu nehmen. Man kann sich kaum des Eindrucks erwehren, daß der Minister die Bedeutung des ukrainischen Friedens sehr überschätzte und daß er unverhältnismäßig größere Opfer brachte, um jene Ansprache auf den Wiener Nordbahnhof halten zu können, in der das Wort vom „Brotfrieden" geprägt wurde. Die Freundschaft der Ukraine scheint er mit dieser Politik auch nicht dauernd oder bedingungslos gewonnen zu haben. Seine nachfolgende Schwankung in der Cholmer Frage zur Beruhigung der Polen war jedenfalls nicht danach angetan, das Vertrauen der Ukraine zu bestärken.

Auch eine andere Partei, bei der Graf Czernin eine Zeitlang sehr beliebt gewesen ist, hat ihm ihr Vertrauen entzogen, nämlich die sozialistische. Sie machte ihm den kaum zu widerlegenden Vorwurf, daß er in seinen Reden pazifistischer gewesen ist als in seinen Handlungen. Die sozialistische Presse hat ihm die Teilnahme an dem Friedensschluß zu Brest-Litowsk ganz entschieden zum Vorwurf gemacht, und dieselben Kreise konnten auch über den Widerspruch nicht hinwegkommen, der zwischen den Theorien des bisherigen Ministers und seiner Praxis bei dem rumänischen Friedensschluß besteht.

Die Lage des Grafen Czernin war also schon vor dem 2. April kritisch, und die Annahme wird glaubhaft, daß seine große Rede an diesem Tage einen letzten Rettungsversuch bedeutete. Wie die Dinge lagen, konnte sich der Minister mit voller Sicherheit auf die Deutschen in Oesterreich stützen sowie auf den Kredit, den ihm seine Bündnispolitik im Deutschen Reiche verschafft hatte. Deshalb hat er offenbar ohne Rücksicht auf die innerpolitischen Vorgänge die scharfen Worte gegen die tschechischen Irredentisten gebraucht, deshalb hat er dreimal mit ungewöhnlichem Nachdruck seine Bundestreue zum Deutschen Reiche unterstrichen. In diesem Zusammenhange kann man auch bis zu einem gewissen Grade die Attacke gegen Clemenceau verstehen, durch die Graf Czernin vielleicht beweisen wollte, daß seine Bestrebungen die Zustimmung Deutschlands besaßen und das deutsche Interesse unbedingt berücksichtigten. Daß Graf Czernin gerade Elsaß-Lothringen in den Vordergrund stellte, ist nur natürlich. Er wandelt dabei in den Spuren des Herrn v. Kühlmann.

Es ist wohl auch ohne alle offiziösen Versicherungen kaum noch ohne Zweifel, daß Graf Czernin die Attacke unterlassen haben würde, wenn er von dem Vorhandensein des Kaiserbriefes etwas gewußt hätte. Auf der anderen Seite muß man sich aber fragen, wie Kaiser Karl selbst, eben mit Rücksicht auf seinen Brief, die Rede seines Ministers zu billigen vermochte. Daß Clemenceau sich nach dieser Rede zur Wehr setzen mußte, ist von vornherein klar, ebenso daß er jedes Beweismaterial zur Entkräftung des Czerninschen Angriffes, das ihm zur Verfügung stand, verwenden würde. Auch diese Frage wird lebhaft erörtert. Es läßt sich aber nicht feststellen, wie weit der Kaiser vorher über den Inhalt der Rede unterrichtet war. Ich erfahre allerdings, daß Graf Czernin dem Kaiser, ehe er die Rede hielt, einen längeren Vortrag gehalten hat. Es ist sehr wohl möglich und wird von vielen Leuten auch vermutet, daß der Kaiser sowohl über den Angriff auf Clemenceau wie auch über den gegen die Tschechen nur mangelhaft unterrichtet war, und daß er deshalb keinen Anlaß hatte, seinem Minister das Vorhandensein des Briefes an den Prinzen von Bourbon in diesem Zusammenhange mitzuteilen.

Die ganze Angelegenheit schwebt heute natürlich noch in einigem Dunkel. Wir kennen die Voraussetzung für die Rede des Grafen Czernin noch zu ungenau, um sagen zu können, ob sie klug oder von vornherein ein schwerer Fehler gewesen ist. Hinterher hat sie sich jedenfalls als ein Mißerfolg erwiesen. Der gute Eindruck, den sie in den deutsch-österreichischen Kreisen zunächst machte, wurde durch die Meinungsverschiedenheiten aufgewogen, die zwischen Czernin und dem Kaiser entstanden, und die erhoffte Wirkung in der reichsdeutschen Oeffentlichkeit blieb aus. Trotzdem soll Graf Czernin seinen Rücktritt noch bis zum Schluß nicht als unbedingt sicher betrachtet haben. Man erzählt, daß er am Sonntag keineswegs mit dem festen Entschluß, zu demissionieren, in das kaiserliche Schloß Lazenburg fuhr, wenn auch in dem Bewußtsein der bevorstehenden Entscheidung. Sie fiel gegen ihn.

Dr. Alexander Redlich.

ndschau

Politik

ller Stände

Zeitungsge-
M., viertel-
sch-Ungarn
Pfennig.
rlin 12421.

Anzeigenpreise: Grundpreis der siebengespaltenen Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 80 Pf., im Abendblatt sowie in der Montagausgabe 1 M. Reklamen: Grundpreis der dreigespaltenen Zeile 2.50 M. Zu diesen Preisen treten 30 v. H. Teuerungszuschlag. Stellengesuche die Zeile 40 Pf.

38. Jahrgang

ffensive.

1550 Geschütze.

Der Friede mit Rumänien.

Wir erhalten von einer Persönlichkeit, die in Bukarest die Dinge aus eigener Anschauung und aus erster Quelle zu beobachten Gelegenheit hatte, eine längere Darstellung, aus der wir einzelne Teile nachstehend wiedergeben, in der Erwartung, daß die erneut eingesetzte Ueberprüfung des rumänischen Friedens Gelegenheit gegeben hat, gemachte Fehler in der Rumänien gegenüber betriebenen Politik zu bessern.

Die Schriftleitung.

Die Frage der Angliederung Beßarabiens an Rumänien wird von der deutschen und österreichischen Oeffentlichkeit und leider auch den amtlichen Unterhändlern in Bukarest mit einer Sachlichkeit und einem Wohlwollen im Sinne der rumänischen Wünsche behandelt, als ob Rumänien ein neutraler, uns freundlich gerichteter Staat wäre. Man gönnt dem Staate an der untern Donau den Zuwachs, damit er wieder in die Lage kommt, „die kräftige politische Lebenstätigkeit wieder aufzunehmen und nicht in der Indolenz der Niederlage versinkt", wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mehr rührend als staatsmännisch sagt. Man sieht offenbar auch in der Erweiterung Rumäniens um Beßarabien „eine innere Angelegenheit Rumäniens", wie in der Frage der Dynastie und der Persönlichkeit König Ferdinands.

Das zeigt, daß weder unsere heimischen Politiker noch die nach Bukarest gesandten Vertreter den Charakter dieses Volkes und die Ziele und Methoden seiner Staatsmänner kennen. Schon zu Zeiten Karols nahm man in Bukarest das Streben des sich wirtschaftlich und handelspolitisch aufschwingenden rumänischen Staates nach der Vormacht an der unteren Donau und am Balkan energisch auf und steuerte bewußt einen weltpolitischen Kurs, bei dem ihn die dynastischen Beziehungen der Hohenzollern wesentlich unterstützten.

In der zweiten Hälfte der Regierungszeit Karols erwuchs der Gedanke des größeren Rumänien („Romania mare"), dem von selbst irredentistisches Schauen über die Karpathen, nach Siebenbürgen, der Bukowina und dem Banat sich beigesellte. Auch Karol hoffte bis zum Schluß seines Lebens auf die „nationale Einigung" des gesamten Rumänentums, doch vorläufig auf gutwilligem Wege, durch ungarische Konzessionen. Unter Karol erstand der Hafen von Konstantza und wurde der Anfang zu großen Dampferlinien nach Konstantinopel und Aegypten geschaffen. Karols Regierung trug die Fahnen Rumäniens über die Donau und nahm dem im Kampf ermatteten bulgarischen Nachbarn ein Stück Landes ab, das der Dobrudscha angegliedert wurde. Das alles waren Stufen zur Höhe einer rumänischen Großmachtstellung, wie sie König und Ministern, den dreibundfreundlichen Staatsmännern (wie Titu Majorescu) und den dreibundfeindlichen (wie Filipescu) gleichmäßig vorschwebte.

Die künftige Großmachtstellung war der einzige Leitgedanke der rumänischen Politik. Er schuf sich mit der raschen Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit des rumänischen Volkscharakters, mit einem sehr östlichen Sinn für Wahrnehmung der Konjunktur des politischen Marktes die wechselnden Methoden. Mit romantischen Ideen, wie „Nibelungentreue" und ähnlichem, war die rumänische Politik nie belastet. Griff man gestern den schwachen Bulgaren an, so war im jetzigen Weltkrieg die Versuchung von Anfang an stark, die durch russische Bedrohung gelähmte habsburgische Monarchie anzugreifen, um die längst ersehnte Beute zu holen. Nur Karol selbst hatte in diesem letzten Falle persönliche Hemmungen. Er drang aber nicht damit durch, der Tod bewahrte ihn gnädig vor der letzten Entscheidung. Sein gänzlich unpolitischer Neffe ward vor diese gestellt und gab selbstverständlich den Druck des durchaus herkömmlichen und konsequenten Kurses nach, der früher oder später dazu treiben mußte, die allzu verlockende Konjunktur auszunützen.

Daß der Versuch mißlang, ist den Rumänen rasch klar geworden. Aber die Grundrichtung des politischen Strebens wurde durch die Erfahrungen des Krieges mit uns nicht geändert. Klug und zielbewußt verkehrte der konservative Marghiloman während der Okkupation mit unseren Behörden. Jetzt kam seine Zeit. Ihm war zunächst die Gelegenheit willkommen, die Mißwirtschaft des liberalen Kurses vor seinen Volksgenossen darzutun. Darum billigte und unterstützte er alles, was von der be-

21
189

Vossische Zeitung
23./4. 1918.

128 23

Die Krise eines politischen Klubs.

Von

Emil Ludwig.

Bald nach der Gründung der Berliner „Deutschen Gesellschaft 1914" schuf man in Wien die „Oesterreichische Politische Gesellschaft". Hier sind die Räume kleiner, die Vorträge waren milder, die Debatten geschlossener, das Gespräch einheitlicher, das Essen besser und alles aus demselben Grunde. Hat der Wiener Klub weit weniger Mitglieder als der in Berlin, so gehörten diese bisher allgemein einer politischen Grundrichtung an. Auch dies schien wenig sonderbar, denn da beide Klubs während des Krieges mit Hinblick auf den Frieden begründet wurden, konnte die ganze Divergenz der Meinungen auch den Klub nur in der einen Hauptstadt spalten, in der es von Anfang an Kämpfe über den Frieden gab. Hier, wo die Rückeroberung von zwei Provinzen jahrelang das natürliche Kriegsziel darstellte und man Königreiche sich zwar aus Neigung angliedern lassen, doch keineswegs erobern wollte, umfaßte die weltpolitische Debatte im Grunde keine Antithese, und so stritt man meist über die böhmische Frage. Doch war diese politische Gesellschaft auch das Forum jener deutschen Minorität, die sich mit Tschechen und Südslawen verständigen möchte und darum von den Radikalen verfolgt wird. Freiheit von Vorurteil, wie sie in der Berliner Gesellschaft durch die Einführung der Sozialisten angedeutet wurde, ist hier durch Zulassung aller Nationen der Monarchie stabiliert.

So muß auch der Personenkreis in der Oesterreichischen Gesellschaft, wenigstens derer, die periodisch hier erscheinen, sich einheitlich und enger zusammenschließen als in Berlin. In dem Wiener Klub trifft man die Offiziellen nie, man trifft die Aelteren, die an der Macht waren, die Jüngeren, die an die Macht wollen, und da sich fast nur Politiker einfinden, Offiziere oder oder Künstler kaum, wird hier auch der eigentümliche Verkehr zwischen Aristokraten und Journalisten gepflegt, der im Grunde so unausgeglichen bleibt, wie er liberal erscheint und meistens fruchtlos endet. In der Deutschen Gesellschaft, wo die politischen Vorträge und wo Politiker als Zuhörer kaum die Hälfte bilden, ist auch das Gespräch allgemeiner, und diese große, stets wandelbare Zahl der Mitglieder, die Verschiedenheit ihrer Interessen, auch die Weite der Räume nahmen dem Ganzen so viel an Einheit, wie sie ihm an Anregung zurückgeben. Es mag doch mehr als nur ein Zufall sein, daß man in Berlin an kleinen Tischen speist wie im Restaurant, während man im Wiener Klub gemütlich an langen Tafeln sitzt wie zur Postkutschenzeit.

Plötzlich wurde dieser angenehm temperierte Saal zur Arena. Als im vorigen Sommer die Friedensbewegung in Oesterreich anwuchs und die Gegner des U-Boot-Krieges im gleichen Augenblicke in Wien sich aufrichteten, als sie in Berlin auf einem Umwege den Kanzler stürzten, war es diese Oesterreichische Gesellschaft, in der die Forderungen der Verzichtenden zuerst kategorisch wurden. Hier sprach Mitte Juli Professor Förster aus München, hier wirkte Professor Redlich, und diese Weltanschauung ging von hier zum Throne, zwar nicht als diejenige der Gesellschaft, doch sozusagen vorgewärmt in ihrer Atmosphäre. Lammasch war der dritte Professor pazifistischer Färbung. Damals erhoben sich Fürst Auersperg und andere Herrenhausmitglieder noch nicht so laut wie später in ihrem Parlament, aber sie legten schon sichtliche Verwahrung ein. Man verbreitete damals, ohne den Rednern Einsicht in die Stenogramme zu geben, in tausend Exemplaren den Bericht einer Sitzung, in der, unter Försters — allerdings mehr platonisch geistiger — Führung, viel gegen U-Boot-Krieg und Annexionen gesprochen worden war.

Nun haben diesen Winter, nach den Erfolgen im Osten, die Dinge sich auch in Wien gewendet, die Professoren verloren an höchster Stelle an Geltung und Lammasch fand im Herrenhaus nur Gegner. Friedjung bekämpfte ihn, zuerst an dieser Stelle. Das Odium der Bündnisgegnerschaft fiel ungerecht auf eine Gesellschaft, die pazifistische, nicht antideutsche Ideen propagiert hatte, und man sah sich nun zu Erklärungen veranlaßt, die allerdings, in ihrer Sprache, die Sphäre der Gesellschaft wesentlich kämpferischer erscheinen lassen, als sie sich noch im vorigen Juli erwies.

Am 27. März hielt Exzellenz Horowitz, der Vorsitzende, eine Ansprache, in der es hieß:

> „Wir haben die in unser Land eindringende russische Heeresmacht zurückgestemmt und dann gemeinsam mit Deutschland besiegt, die tapferen Türken haben den Piratenzug Englands mit deutscher Hilfe zurückgewiesen und das groß angelegte Unternehmen ist in Nichts verlaufen. Die bulgarischen Streiter haben das Balkanland mächtiggehalten und all die Kleinen, die mittun wollten an den Beutezügen der Großen, sie liegen zerschmettert am Boden. Der italienische Raubzug ist an unserer eisernen Front zerschellt und mit Deutschland zusammen haben wir die beutegierigen Italiener tief in ihr Land hinein zurückgetrieben, den vereinten Angriffen Frankreichs und Englands an der Westfront immer standgehalten. Aber auch alle die trügerischen Worte und heuchlerischen Lockungen waren vergeblich, der feste Bund der Treue, der Oesterreich-Ungarn und Deutschland verbindet, ward nicht gelockert, blank, fest und ungeritzt ist der Schild der Treue . . .
>
> In dem Donner der Geschütze, der die französische Erde erschüttert, hallt mit die gewaltige Stimme unserer Mörser und Haubitzen, der österreichisch-ungarischen Artillerie, die mit hinausgezogen ist, um teilzunehmen an der gewaltigsten der Schlachten und sich ihr Teil zu holen an dem blutigen Ruhm. Wir sind stolz darauf, daß wir bundestreu mittun an dem großen Kampfe. Wir vertrauen fest auf die erprobte deutsche Heerführung und wir wissen, daß ein gerechter, uns als Gleichberechtigte anerkennender Friede nur mehr mit dem Schwerte erstritten werden kann."

Zwischen jenen Julitagen, in denen Professor Redlichs Reden in der Oesterreichischen Gesellschaft den Zorn und indirekt den Zerfall des Nationalverbandes hervorriefen, und diesen Sitzungen des März liegt eine Krise, nicht nur der Gesellschaft und ihrer Führung, auch in den Geistern selbst. Manche, denen die Ereignisse damals ihr verzichtendes Vorgefühl zu bestätigen schienen, wandelten ihr Urteil unter dem Eindruck der drei östlichen Friedensschlüsse, andere wurden durch persönliche Gegnerschaften oder Ambitionen auf neue Bahnen geleitet, und wer sich heut in diesem Kreise dem Krieg bis zur Entscheidung und wer sich Preußen gegenüber fremd fühlt, schweigt mehr als voriges Jahr darüber und wartet auf neue Wendungen.

Die Krise eines Wiener Klubs, deren Einzelheiten intern bleiben, ist symptomatischer für eine Besserung der Wiener Stimmung, als die Krise eines Berliner Klubs aufgefaßt werden dürfte. Die Luft in dieser alten Hauptstadt ist doch eben weit politischer, als sie in der neuen selbst dann sein könnte, wenn sie dort schon vor dem Kriege in gleicher Stärke geweht hätte.

Vossische Zeitung
24./4. 1918.

216 24

Marghilomans Optimismus.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters
Dr. Paul Rachó.

* Bukarest, 22. April.

Der rumänische Ministerpräsident Marghiloman hatte die Freundlichkeit, mich heute zu einer längeren Unterredung zu empfangen, in der er sich über die schwebenden politischen Fragen und die voraussichtliche Gestaltung der inneren Verhältnisse Rumäniens nicht nur mit großem Freimut, sondern auch mit starkem Optimismus äußerte. Marghiloman ist von dem Gefühl vollster Zuversicht durchdrungen, daß Rumäniens Zukunft sich auf gesunder und gesicherter Grundlage entwickeln kann.

Ich machte zuerst auf den Skeptizismus aufmerksam, der in einem großen Teil der deutschen Oeffentlichkeit über die weitere Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse Rumäniens bestehe, und auf die Befürchtung, daß später die alten Quertreibereien von neuem anfangen und daß Bratianu und sein Anhang wieder maßgebend ihren Einfluß auf die Geschicke des Landes und seiner auswärtigen Beziehungen nehmen könnten.

Der Ministerpräsident gab mir nach dieser Richtung hin die beruhigendsten Versicherungen. Es sei, meinte er, kein leeres Gerede, wenn in der rumänischen Presse von völliger Abkehr des weitaus überwiegenden Teiles der Bevölkerung von der Politik Bratianus gesprochen werde. Auch der Umstand, daß die Forderung, Bratianu in den Anklagezustand zu versetzen, immer lauter erhoben werde, spreche für den Meinungsumschwung. Die große Masse des Volkes sei von der Erkenntnis, daß nur die leichtfertige Politik des ehemaligen Kriegskabinetts das Land ins Unglück gestürzt, so durchdrungen, daß neue Treibereien Bratianus keine Aussicht auf Erfolg mehr böten, selbst wenn sie unter den alten Verhältnissen und mit der alten Bewegungsfreiheit weiter verfolgt würden. „Die Verhältnisse," fuhr Marghiloman fort, „werden aber in Zukunft in Rumänien eben ganz andere sein. Glauben Sie, ich hätte mich zur Uebernahme meines Amtes entschlossen, wenn ich nicht weitgehende Garantien in dieser Beziehung erhalten hätte? Ich habe vor meiner Amtsübernahme drei Bedingungen gestellt und bewilligt erhalten. Die erste war, sofortige Auflösung der Kammer nach Friedensschluß, denn mit der bisherigen Kammer konnte und wollte ich natürlich nicht zusammenarbeiten. Das Dekret der Kammerauflösung ist unterzeichnet. Ich habe es in meiner Tasche. Die zweite Bedingung war, daß ein neuer, unabhängiger und politisch intakter Beamtenkörper geschaffen werden müsse, der keinen Raum mehr bietet für politische Privatinteressen und Korruption. Die dritte Bedingung war, daß ich u. a. falls Bratianu von der neuen Kammer in Anklagezustand versetzt werden sollte, von der Krone keinen Widerstand zu erwarten hätte.

„Wenn," fuhr der Ministerpräsident fort, „von verschiedenen Seiten die Forderung erhoben wird, daß Bratianu außer Landes verwiesen werden müsse, daß keine Ruhe eintreten könne, solange er im Lande ist, so ist das eine Forderung, die zu erfüllen wir nicht imstande sind. Wir können Bratianu nicht einfach ausweisen. Bratianu weiß, was er zu erwarten hat. Will er freiwillig das Land verlassen, so steht dem nichts im Wege. Bleibt er hier, so wird er alle Konsequenzen auf sich nehmen müssen. Im übrigen aber tut man gut," das betonte Marghiloman immer wieder, „den künftigen Einfluß Bratianus nicht zu überschätzen."

Unter den neuen Verhältnissen und mit den ihm persönlich gegebenen Garantien der Krone sei der Friede mit Rumänien ganz anders zu bewerten, als der mit Rußland, mit Finnland, mit der Ukraine. „Sie haben dort einen Frieden mit Staatengebilden, die noch durchaus unfertig sind. Hier haben Sie einen Frieden mit einem konstitutionellen Staat, der für die Durchführung der Friedensbedingungen ganz andere Unterlagen bietet. Unter diesen Umständen muß auch der Friedensschluß mit Rumänien einen ganz anderen Eindruck in den Kreisen der Entente machen, als der mit den Oststaaten abgeschlossene."

Meinen Einwand, daß vielleicht doch eine gewisse deutschfeindliche Stimmung im Lande zurückbleiben und nach dem Friedensschluß stärker hervortreten könnte, setzte der Ministerpräsident ebenfalls einen ausgesprochenen Optimismus entgegen. „Bemerken Sie etwas von einer deutsch-feindlichen Stimmung?" fragte er. „Und haben Sie in den 1½ Jahren der Besetzung gehört, daß ein deutscher Soldat von einem Rumänen getötet oder auch nur gekränkt worden sei? Das rumänische Volk hat eingesehen, was es von seiner Ententepolitik gehabt hat. Rumänien sehnt sich nach Frieden, und es wird sich den neuen Verhältnissen leichter anpassen, als man denkt.

„Es wird aus diesem Krieg ein neues Rumänien hervorgehen, hervorgehen müssen. In die allgemeine Neuordnung wird sich auch Rumänien einpassen, das, nachdem Rußland als Großmacht nicht mehr mitzählt, ganz von selbst auf einen engen Anschluß an die Mittelmächte angewiesen ist."

Der Ministerpräsident machte mir dann noch einige vertrauliche Angaben über Vorbereitungen, die im Gange sind, um ein besseres Verständnis zwischen Deutschland und Rumänien herbeizuführen — der Rumäne, sagte er, kenne eigentlich Deutschland nicht, ebenso, wie man in Deutschland den Rumänen nicht kennt — und ging dann ausführlich auf die beßarabische Frage ein. Die Mitteilungen, die Marghiloman hierüber machte, möchte ich mir für einen späteren Bericht vorbehalten.